



Direct: 712 200 000
USA: 053 656
PRINTED
IN GERMANY

no. 31
no. 30
no. 29
no. 28
no. 27
no. 26
no. 25
no. 24
no. 23
no. 22
no. 21
no. 20
no. 19
no. 18
no. 17
no. 16
no. 15
no. 14
no. 13
no. 12
no. 11
no. 10
no. 9
no. 8
no. 7
no. 6
no. 5
no. 4
no. 3
no. 2
no. 1

Subscription rates:
Germany: 120 DM
Foreign: 150 DM
USA: 250 DM
Canada: 250 DM
Japan: 3000 Yen
Australia: 3000 Yen
New Zealand: 3000 Yen
South Africa: 3000 Yen
India: 3000 Yen
China: 3000 Yen
Russia: 3000 Yen
Brazil: 3000 Yen
Mexico: 3000 Yen
Argentina: 3000 Yen
Chile: 3000 Yen
Colombia: 3000 Yen
Cuba: 3000 Yen
Czech Republic: 3000 Yen
Denmark: 3000 Yen
Finland: 3000 Yen
France: 3000 Yen
Germany: 120 DM
Greece: 3000 Yen
Hungary: 3000 Yen
Ireland: 3000 Yen
Israel: 3000 Yen
Italy: 3000 Yen
Japan: 3000 Yen
Korea: 3000 Yen
Netherlands: 3000 Yen
Norway: 3000 Yen
Poland: 3000 Yen
Portugal: 3000 Yen
Romania: 3000 Yen
Spain: 3000 Yen
Sweden: 3000 Yen
Switzerland: 3000 Yen
Taiwan: 3000 Yen
Thailand: 3000 Yen
UK: 3000 Yen
USA: 250 DM
Canada: 250 DM
Mexico: 3000 Yen
Brazil: 3000 Yen
Argentina: 3000 Yen
Chile: 3000 Yen
Colombia: 3000 Yen
Cuba: 3000 Yen
Czech Republic: 3000 Yen
Denmark: 3000 Yen
Finland: 3000 Yen
France: 3000 Yen
Germany: 120 DM
Greece: 3000 Yen
Hungary: 3000 Yen
Ireland: 3000 Yen
Israel: 3000 Yen
Italy: 3000 Yen
Japan: 3000 Yen
Korea: 3000 Yen
Netherlands: 3000 Yen
Norway: 3000 Yen
Poland: 3000 Yen
Portugal: 3000 Yen
Romania: 3000 Yen
Spain: 3000 Yen
Sweden: 3000 Yen
Switzerland: 3000 Yen
Taiwan: 3000 Yen
Thailand: 3000 Yen
UK: 3000 Yen

WIE GESCHMIERT:

Kohl saniert Schröder



CDU im
Spendensumpf
SPD im
Zwischenhoch

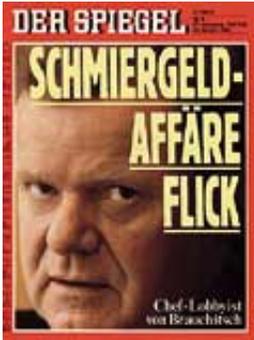
Werbeseite

Werbeseite

Hausmitteilung

6. Dezember 1999

Betr.: Titel, Nigeria, Gabriel, Marine



SPIEGEL 4/1983

Die gegenwärtige Parteispendenaffäre gleicht einer Wiederaufführung des Flick-Skandals der achtziger Jahre: Auch damals flossen auf dubiosen Wegen stattliche Summen zur CDU, Parteimogul Helmut Kohl stand im Mittelpunkt, und vertuscht wurde wie jetzt: Verfehlungen werden erst eingeräumt, wenn Leugnen zwecklos ist – alles schon mal da gewesen. So darf auch der SPIEGEL ein wenig recyceln und eine von anderen geprägte Schlagzeile abgewandelt auf den Titel stellen: „Holzmann saniert Schröder“, beschrieben kürzlich Berliner „taz“-Kollegen die Folgen der Kanzler-Hilfe für den maroden Baukonzern – „Kohl saniert Schröder“ passt heute noch besser (Seite 22).

Viel Geduld mussten die SPIEGEL-Redakteure Hans Hoyng, 51, und Birgit Schwarz, 43, mitbringen, als sie in der nigerianischen Hauptstadt Abuja mit Staatspräsident Olusegun Obasanjo, 64, verabredet waren – der ließ sie stundenlang warten. So richtig gemütlich wurde es auch dann nicht: Dem Präsidenten missfielen einige Fragen sehr – etwa zu Korruption oder Bürgerkrieg. Unwirsch machte den Patriarchen offenbar zudem, dass sich mit Schwarz auch eine Frau nicht einfach abwimmeln ließ: „Ich will nicht, dass Leute wie Sie herkommen und mir vorschreiben, was ich zu tun habe“, herrschte Obasanjo die Redakteure an. Der Abschied war versöhnlich: „You are a tough man“, lobte Schwarz scherzend Obasanjo – „and you are a tough woman“, revanchierte der sich artig (Seite 206).

Nur selten schickt der SPIEGEL seine Gespräche zur Autorisierung ans Krankenbett. Beim designierten niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel, 40, ging das nicht anders: Der SPD-Politiker musste sich vergangene Woche am Rückgrat operieren lassen. Der Eingriff, erfuhren die SPIEGEL-Redakteure Joachim Preuß, 54, und Hans-Jörg Vehlewald, 35, am Tag zuvor, sei eine Spätfolge von Gabriels „Dienst am Vaterland“: Als Zeitsoldat war er vom Dach eines Radarwagens gefallen und hatte sich einen Wirbelbruch zugezogen. Im SPIEGEL spricht Gabriel freimütig über Verfehlungen seines Vorgängers Glogowski, sein streitbares Verhältnis zum Kanzler und die Generation von Politikern seines Alters, die in der SPD auf der „Roten Liste“ aussterbender Gattungen stehe (Seite 46).

SPIEGEL-Wissenschaftsredakteur Christian Wüst, 35, lernte die Bundeswehr in Bad Reichenhall kennen. Dort brachte er es in 15 Monaten Wehrpflicht zum Gefreiten und „stellvertretenden Dienstvorschriftenverwalter“ des Gebirgsjägerbataillons 231. Wie die heutigen Dienstvorschriftenkollegen bei der Marine ar-



Wüst, Fregattenkapitän Fritz

beiten, konnte Wüst auf dem Zerstörer „Lütjens“ erleben: „10 Uhr Einschiffung SPIEGEL-Reporter vor Olpenitz“, war im Tagesdienstplan seine Ankunft korrekt vorgemerkt. An Bord machte sich Wüst bei Fregattenkapitän Günther Fritz kundig über die dampfgetriebenen Oldtimer der deutschen Marine, die bald durch neue Schiffe ersetzt werden sollen. Die Nacht verbrachte er im Stockbett einer engen Offizierskajüte. Kommod war das nicht: „Aus Sicht eines Fußsoldaten völlig unzureichend“ (Seite 238).

Werbeseite

Werbeseite

Titel

Parteispenden: Wie Helmut Kohl seine Macht absicherte..... 22
 Muss die Union zurückzahlen? 26
 Der Ex-Kanzler auf PR-Tour..... 28
 Gerhard Schröder wirbt um die Seele seiner Partei..... 32
 Klaus von Dohnanyi über Sozialdogmatiker und Pragmatiker in der SPD..... 40
 Wolfgang Clement soll den Reformflügel stärken 43

Kommentar

Rudolf Augstein: Kuckucksei im Schoß der Nato 24

Deutschland

Panorama: Deutsche Bahn verärgert ihre Kunden / Ex-Außenminister Kinkel kritisiert Nachfolger Fischer 17
Niedersachsen: SPIEGEL-Gespräch mit dem designierten Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel über die Affäre Glogowski und die Moral der Regierenden 46
Karrieren: Polit-Kommentare vom Kanzler-Bruder 56
Zwangsarbeiter: Sind acht Milliarden Mark genug? 80
Bergbau: Ausbildung ohne Zukunft 84
Strafjustiz: Sterbehilfe im Krankenhaus 86
Bayern: Dubiose Staatswirtschaft..... 92
Partnerschaften: Justizministerin Herta Däubler-Gmelin über das Gleichstellungsgesetz für homosexuelle Partner 103
Bundeswehr: Die Wünsche der Generäle 104
Hauptstadt: Posten-Poker diskreditiert die SPD-Spitze 105

100 Tage im Herbst

Wende und Ende des SED-Staates (11): „Holt die Stricke“ – Sturm auf die Stasi-Zentralen 59

Wirtschaft

Trends: Opel streicht 8000 Stellen / Bilanzmisere bei der Dresdner Bank..... 107
Geld: Boom der Asien-Aktien / Die illegalen Praktiken der Immobilienvermittler 109
Affären: Wie Spekulant Schneider aus dem Gefängnis einen Millionen-Coup organisierte.. 110
Steuern: Regierung plant 20-Milliarden-Geschenk für Unternehmer 113
Arbeitslosigkeit: Schröders Bündnis für Stillstand 114
Bauindustrie: SPIEGEL-Gespräch mit Holzmann-Aufsichtsratschef Carl Ludwig von Boehm-Bezing über die Beinahe-Pleite 117
Straffaktion gegen Ex-Vorstände? 120
Fusionen: Wie Mannesmann-Chef Klaus Esser um die Gunst der Großaktionäre wirbt.. 122
Musicals: Stella im Überlebenskampf 126

Medien

Trends: Phoenix soll aufsteigen / Klatschkolumnist Michael Graeter über seine Internet-Pläne 129
Fernsehen: RTL verliert Marktanteile / „Tatort“-Kommissarin Ulrike Folkerts über ihre Karriere als Vorleserin..... 130
Unternehmen: EM-TV – eine Erfolgsgeschichte mit Fragezeichen 132
TV-Technik: Neue Geräte erfüllen den Traum vom Wunschprogramm aus der Glotze..... 138
Privat-TV: Der Schlagzeilenmacher von Sat 1..143

Gesellschaft

Szene: Restaurantkette bietet Horror-Menüs / Spezialbrillen fürs Silvester-Feuwerk 147
Jahreswechsel: Gedämpfte Lust auf teure Millenniumsfeten 148
Ausländer: Spezielle Werbekampagnen für Türken in Deutschland 152

Kohl runter, Schröder rauf

Seiten 22, 32



Kohl, Schröder

Die Affäre um die schwarzen Konten ihres Patriarchen Kohl bereitet nun auch der jungen Garde in der CDU Probleme. Mehr und mehr Christdemokraten geraten in Verdacht, Mitwisser der Tricks zu sein – das Vertrauen der Basis schwindet rapide. Der Sturzflug der Union bietet Kanzler Schröder und seiner SPD, rechtzeitig zum Parteitag in dieser Woche, doch noch die Chance auf Wahlerfolge im Jahr 2000.

Millionen-Coup aus dem Knast

Seite 110

Fast wäre er wieder auf freiem Fuß gewesen, doch nun wird abermals gegen den verurteilten Immobilienspekulanten Jürgen Schneider ermittelt. Er hatte schon aus dem Knast in den USA geplant, sich einen Teil des väterlichen Erbes zu sichern. Für seine Geschwister und seine Kinder versteckte er Millionen in Trusts auf der Kanalinsel Jersey. Nun droht ihm ein Strafverfahren.



Schneider vor dem Frankfurter Gefängnis (1998)

Das Kanzler-Kränzchen

Seite 114

Wegschauen, aussitzen, vertagen: Das Bündnis für Arbeit ist zum Symbol für den organisierten Stillstand geworden. Am kommenden Sonntag steht die nächste Kanzlerrunde an, und wieder geht der Disput vor allem um Tagesordnung und Sprachregelungen. Noch immer debattiert der Kreis, worüber eigentlich geredet werden darf.

Alptraum der Programmchefs

Seite 138

Neuartige Geräte revolutionieren das Fernsehen: Digitale Videorecorder, die Bildsignale auf einer Festplatte speichern, verwandeln das Angebot der Sender in ein TV-Buffer. Aus dem Bildschirm-Menü kann sich jeder Zuschauer sein persönliches Wunschprogramm zusammenklicken. Die Sender verlieren auf diese Weise die Macht über Programmabläufe und Werbeblöcke.



Digitaler Videorecorder „TV-Server“



Unruhen in Belfast (1998), Politiker Mallon, Trimble



FOTOS: REUTERS (6/2); AFP / DPA (1/2)

Frieden in Nordirland?

Seite 176

Nordirland feiert ein historisches Ereignis: Nach einem Vierteljahrhundert blutigen Bürgerkriegs zwischen Protestanten und Katholiken einigten sich die Konfliktparteien auf eine gemeinsame Regierung. Ein „riesiger Schritt vorwärts“, so Londons Premier Tony Blair, im zähen Ringen um Frieden und Aussöhnung.

Widerstand gegen Gentechnik

Seiten 186, 232

Bei der Welthandelskonferenz in Seattle entlud sich massiver Protest gegen den globalen Kapitalismus. Vor allem die in den USA bisher unbehelligte Gentechnik-Industrie bekommt nun Widerstand zu spüren: Die Bio-Konzerne bangen um ihre Gewinne.

Deutsche Filme für Amerika

Seite 260

Beim Export gilt der deutsche Film als Totalversager. Auch PR-Feten wie die Verleihung des Europäischen Filmpreises letzten Samstag in Berlin ändern daran wenig. Einzelne Exporterfolge, etwa „Lola rennt“ oder „Das Mädchen Rosemarie“, lassen jedoch auf bessere Zeiten hoffen. Vor allem Amerikaner sind an spezifisch „deutschen Geschichten“ durchaus interessiert.



Nina Hoss in „Das Mädchen Rosemarie“

Silvester '99: Kuscheeln statt Knallen

Seite 148

Für den Jahrtausendwechsel waren weltweit gigantische Partys und Traumreisen geplant – doch von New York bis Frankfurt fallen die Feten kleiner aus als erwartet. Viele fliehen vor dem großen Knall in den Kuschel-Kreis enger Freunde.

Psychologie: Eleonore Höfner über die Vorzüge schroffer Umgangstöne in der Therapie..... 160
Jugendliche: Mörderischer Hass auf Lehrer... 167
Affären: Dieter Baumann – Dopingsünder oder Komplottopfer?..... 168

Ausland

Panorama: Moskaus Pakt mit Teheran / Kompromissvorschlag für Korsika 173
Nordirland: Allianz von Feinden 176
Europa: SPIEGEL-Gespräch mit EU-Kommissar Chris Patten über die Erweiterungspolitik der Gemeinschaft 180
Kuweit: Niederlage für die Frauen..... 184
Globalisierung: Die Schlacht von Seattle 186
Spanien: Rückkehr des Eta-Terrors? 190
Bulgarien: Interview mit Ministerpräsident Iwan Kostow über die Auswirkung des Kosovo-Krieges..... 195
Mexiko: Das Gräberfeld der Drogenbarone ... 196
Rauschgift: Moskaus Kampf gegen die Sucht 202
Nigeria: SPIEGEL-Gespräch mit Staatspräsident Olusegun Obasanjo über blutige Konflikte im Vielvölkerstaat 206
Chile: Ein Sozialist greift zur Macht..... 212
China: Das Heer der Alten..... 214

Sport

Fußball: Bedroht der Vermarkter Michael Kölmel die Bundesliga?..... 218
Olympia: Interview mit Athletensprecher Roland Baar über Reformen, Doping und seine Ambitionen auf einen IOC-Sitz 222

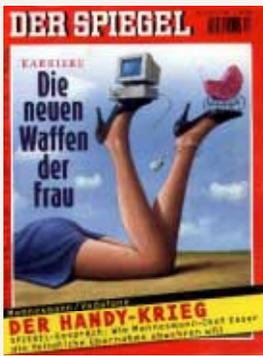
Wissenschaft • Technik

Prisma: Fernsehen auf der Tapete? / Pharmakologe Frölich über Todesfälle nach Arzneimittelgebrauch 229
Gentechnik: Die Revolte der Kritiker erreicht Amerika 232
Klima: Eisbären – erste Opfer des Treibhauseffekts? 236
Schiffe: Die Marine wrackt ihre letzten Zerstörer mit Dampftrieb ab 238
Aids: Indien – die heimliche Hochburg der Seuche 242
Atomenergie: Pannen erschüttern den Glauben der Japaner an die Kernkraft 248
Medizin: Tödliche Gefahr durch Menschenbisse 254

Kultur

Szene: Eine Liebesaffäre der Dichterin Droste-Hülshoff / Bayerns Kunstminister Zehetmair zum Absprung von Intendant Peter Ruzicka nach Salzburg 257
Kino: Bessere Exportchancen für junge deutsche Filme? 260
Spektakel: Wie ein „popkulturelles Quintett“ sich selbst glorifiziert 264
Intellektuelle: Eine 20 Jahre alte Russin gewinnt internationalen Essay-Wettbewerb .. 268
Entertainment: Geschäft mit toten Stars 271
Literatur: Bianca Dörings witziger Debütroman „Hallo Mr. Zebra“..... 274
Bestseller: 275
Musiktheater: SPIEGEL-Gespräch mit dem scheidenden Berliner Generalmusikdirektor Christian Thielemann über Hauptstadt-Querelen..... 276
Ausstellung: Stuttgart feiert Pissarro 282
Theater: Dramatiker Klaus Pohl über den Tod des Schauspielers Ulrich Wildgruber 286
Wildgruber-Bonmots 286
Nachruf: Fritz Fischer 294

Briefe 8
Impressum 14, 292
Leserservice 292
Chronik 293
Personalien 296
Hohlspiegel/Rückspiegel 298



SPiegel-Titel 47/1999

„Man darf die Frauen, die nach der Phase des Opfer- nun in die Phase des Stress-Lamentos eingetreten sind, diskret darauf hinweisen, dass auch Männer seit einigen Jahrhunderten jeden Morgen unausgeschlafen zur Arbeit rennt und sich dort allerhand Ärger und Stress einhandelt.“

Rolf Westermann aus Hannover zum Titel „Die neuen Waffen der Frau“

Langsam, aber sicher

Nr. 47/1999, Titel: Karriere: Die neuen Waffen der Frau

Es überrascht mich nicht, dass die Frauen mit ihrem zunehmenden Streben nach Macht ausgerechnet jenen Instinkt entwickeln, den sie bei ihren gegengeschlechtlichen Zeitgenossen mit besonderer Inbrunst als „typisch männlich“ gebrandmarkt haben. Die Vollendung dieser Entwicklung bedeutet freilich Sieg und Niederlage der Frauenbewegung zugleich.

BERLIN

GABRIEL SEIBERTH

Hoffentlich wird Gleichberechtigung jetzt endlich auf allen Ebenen Wirklichkeit. Frauen können langsam, aber sicher Karriere machen, und Männer erlernen die klassischen „Waffen“ der Frauen. Männer dürften sich nicht so tief über ihre „Berufung“ definieren und sollten ihre Angst vor intelligenten und starken Frauen verlieren. Würden Frauen sich bei der Partnerwahl weniger am Sozialstatus des Mannes orientieren, so gäbe es tatsächliche Partnerschaft und Emanzipation. Sobald wir ein Kind haben, wird meine Frau die Familie ernähren, und ich werde auf das Kind aufpassen.

BONN

HANS ALEF

Das Titelbild zum Thema Karriere sagt mehr aus als der mehrseitige Artikel. Es geht beim Kampf ums Überleben um den Einsatz männlicher Machtphantasien und weiblicher Raffinesse.

KAISERSLAUTERN

EVA HÖPEL

In den alten Bundesländern können Frauen Berufstätigkeit und Kindererziehung nur unter größten Anstrengungen verwirklichen. Das gilt aber nicht für den Osten. Die ostdeutschen Frauen verdienen unter anderem deshalb mehr als ihre westlichen Schwestern, weil ihnen durch umfangreiche Kinderbetreuung (noch) eine volle Berufstätigkeit möglich ist. Aus eigenen Erfahrungen als Wessi im Osten habe ich diese Segnungen schätzen gelernt und hoffe, dass es diese Möglichkeiten auch bald im Westen geben wird. Die Chancen

dafür stehen aber denkbar schlecht. Solange die Medien diese ostdeutsche Wirklichkeit ausblenden, wird sich daran auch so schnell nichts ändern.

SCHWERIN

DR. KARIN HAUG

Die Frauen können fast alles erreichen. Aber sie bekommen nicht alles auf einmal, und sie müssen wissen, was sie wollen. Frauen, für die allerdings ein (außer Haus) erfolgreicher Vorgezemann ebenso wichtig ist wie Kinder, brauchen nicht nach Fehlern zu suchen, wenn sie es „nur“ zur Assistentin gebracht haben.

MÜNCHEN

ULI SOMMER

Es fällt auf, dass im Zusammenhang mit weiblicher Berufstätigkeit seit einiger Zeit mit Klischeebegriffen wie „Karriere“ und „Selbstverwirklichung“ operiert wird. Fatal wäre es, wenn Berufseinsteigerinnen dies für bare Münze nähmen. Sie müssten nämlich erkennen, dass der Arbeitsplatz selten die Möglichkeit zur „Selbstverwirklichung“ bieten kann. Medien, die den gegenteiligen Eindruck erwecken, bestätigen nur den alten Chauvi-Spott: „Frauen gehen ‚sich selbst verwirklichen‘, aber nur, solange das Make-up nicht verrutscht – Männer gehen arbeiten.“

BERLIN

WOLFGANG PENNEKE

Neue Frauenbewegung? Die Frage lautet weiterhin: Kind oder Karriere? Denn wenn der Fortschritt darin besteht, dass nicht

mehr nur Männer ihren Nachwuchs lediglich zum Frühstück und ansonsten schlafend erleben, sondern auch Mütter, ist dieser Fortschritt mehr als zweifelhaft und geht zu Lasten der Familie. Ich will einen Job, der meiner (Aus-)Bildung, meinen Neigungen und den Bedürfnissen meiner Familie angemessen ist – zu gleichen Teilen!

HAMBURG

BARBARA MINTA

Geprägt durch das Zeitalter der frauenbewegten Lila-Latzhosen-Trägerinnen, wollte ich meine Frau im Beruf stehen. Als erste und einzige Frau in der Werkstatt, als eine der Exotinnen im technischen Studiengang und als einzige Frau in der Abteilung Projektierung in einem größeren Unternehmen suchte ich mir schnell eigene Strategien für das berufliche Fortkommen, wobei die alten feministischen Theorien mir nicht im Entferntesten eine Hilfe waren. Das Kind wächst trotzdem, die Projekte werden trotzdem erfolgreich abgeschlossen, die Ehe ist trotzdem glücklich, ein Freundeskreis ist trotzdem da, und auf der Arbeit wird man trotzdem akzeptiert – vielleicht



PICTURE PRESS

Erfolgsfrauen in Deutschland
Machtphantasien und Raffinesse

alles auch gerade deswegen. Hätte ich mich in einem feministischen Debattierclub versteckt, hätte ich von alledem nichts erreicht.

WUPPERTAL

DIANE SANDER-BÖGE

Ich habe mich gewundert, dass das seit 1921 bestehende Netzwerk von Soroptimist International mit mehr als 100 000 weiblichen Mitgliedern weltweit nicht genannt worden ist. Soroptimist International ist eine Vereinigung berufstätiger Frauen. Neben unserer Repräsentanz als Nichtregierungs-



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 8. DEZEMBER 1949

Personalstreit bei der Reichsbahn Erdbeeren und Intrigen. **Odyssee über die Weltmeere** Deutscher Seemann ohne Heuer von Hafen zu Hafen. **Justiz-Skandal in der Provinz** Unorthodoxe Methoden im Hanauer Strafvollzug. **Parlament will Diätenordnung** Ungewohnte Einigkeit. **Französisch-polnischer Diplomatenkrieg** Hintertreppengeschichten. **Mussolinis letzte Ruhestätte** Irrfahrt einer Leiche. **Sechstagerennen in Berlin** Rohes Fleisch in den Hosens. **Selbstkontrolle der deutschen Filmwirtschaft** Streit um Prädikate.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter <http://www.spiegel.de>

Titel: Herzogin Charlotte und Jaime, Herzog von Segovia

Werbeseite

Werbeseite

organisation in verschiedenen Uno-Gremien, im Europarat und verschiedenen sozialen Projekten steht der Gedanke des Frauen-Netzwerks im Mittelpunkt unserer Clubarbeit.

DÜSSELDORF MARLIES HAMPPEL
PRÄSIDENTIN DER DEUTSCHEN UNION
VON SOROPTIMIST INTERNATIONAL

Erfolgsorientierte Frauen müssen von der weiblichen „Versorgungsmentalität“ Abschied nehmen. In der modernen Gemeinschaft wird der Erfolg der Frauen am Grad ihrer Anpassungsfähigkeit im Konkurrenzkampf gemessen. Der Erfolg gibt den Frauen, die ihre Interessen konsequent verfolgen, Recht.

DARMSTADT DR. BRITTA MÖSER

Studienräte sind unerbittlich

Nr. 47/1999, Geheimdienste:
US-Spione wollen Frieden mit Deutschland

Soso, Hanning und Uhrlau wurden also „durchgewunken“, als sie zur NSA nach Bad Aibling gefahren sind. „Gewunken“, das habe ich auch einmal gesagt in der ZDF-Sendung „heute“, und die Briefe der Studienräte, die es nicht fassen konnten, dass so ein Deutsch-Dussel wie ich die Nachrichten verkünden darf, waren Legion. Gewunken wird vielleicht in Süddeutschland, aber selbst dort ist es nicht korrekt. „Gewinkt“ müsse es heißen, behauptet der Duden, belehrten mich die Studienräte, ohne zu erklären, warum es dann nicht getrinkt heißt, wenn man einen über den Durst getrunken hat. Schade, dass Sie diese Lauscher-Geschichte nicht früher gebracht haben. Dann hätte ich meine Kritiker abgewunken und geschrieben, dass sich sogar der SPIEGEL verwindet, und der ist norddeutsch. Sie bekommen jetzt sicher Post bis zum Abwinken. Deutsche Studienräte sind unerbittlich. Ich versichere Sie meines Mitgefühls und beneide Verona Feldbusch, die da einfach drübersteht.

MAINZ PETRA GERSTER



Gerster

Wieder Krieg spielen

Nr. 47/1999, Konzerne: Die Schlacht um Mannesmann

Wir haben keine Angst vor Chris Gent, im Gegenteil. Mr. Gent müssten mal die Regularien des deutschen Aktienrechts beigebracht werden. Wenn von einer feindli-



Mannesmann-Zentrale in Düsseldorf
„Wir haben keine Angst vor Chris Gent“

chen Übernahme gesprochen wird, müssen auch die strafrechtlichen Aspekte durch die zuständigen Ermittlungsbehörden geprüft werden. Mr. Gent kann sich darauf einrichten, dass einzelne stimmberichtigte Aktieninhaber alle Rechtsmittel, zivil- und strafrechtlicher Art, ausschöpfen werden.

DÜSSELDORF KARL-H. ACKERMANN
KARL-H. SCHMITZ
BETINA JELINSKI

Diese Art von Wirtschafts imperialismus zeigt die Auswüchse und Risiken des Systems, insbesondere des Aktienmarkts. Widerstand ist angezeigt, auch wenn die Gelegenheit teilweise schon schön geredet wird. Ohne nationalistisch zu sein, kann ein Ausverkauf dieser Art – Mannesmann ist ein florierendes Unternehmen – nicht gutgeheißen werden. Wenn schon erwachsene Männer glauben, wieder Krieg spielen zu müssen – entsprechend dem seelischen Entwicklungsstand von Kindern –, dann bitte nicht auf dem Rücken unserer Unternehmen und Arbeitsplätze.

KASSEL DR. MED. S. FÜLLER

Die Akteure sind irgendwie noch im Kindergarten: Wer kann am weitesten pinkeln, wessen Vater hat das dickste Auto? Diese Fusionisten, Übernahmeguerrilleros, Globalisierungshelden sollten alle mal auf die Psychiatercouch. Dann wären vielleicht die Mitarbeiter in den Unternehmen diesen Egomane nicht so ausgeliefert.

KÖLN PETER RAABE

Maßlos überzogene Preise

Nr. 47/1999, Pay-TV: Die schöne neue Fernsehwelt von Premiere World; Interview mit Premiere-Chef Tellenbach über die Probleme des Senders

Vermisst habe ich noch einen Blick in die Abgründe der Decodersoftware: Will man einen mit Jugendschutz versehenen Film aufnehmen, lässt sich dieser nur über die d-Box programmieren, und dies nur wenige Stunden vor der Ausstrahlung. Somit lauert der volljährige und doch entmündigte Pre-

miere-World-Abonnent in demütiger Erwartung vorm Decoder, bis ihm die Freischaltung ermöglicht wird. Da ich es vom PC gewohnt bin, Probleme zu lösen, die ich ohne ihn nicht hätte, freut es mich, dass dieses Grundprinzip der Computertechnologie erfolgreich übernommen wurde.

GRASBRUNN (BAYERN) MICHAEL SCHACHENMAYER

Eine solch präzise, mit Ironie gespickte Beschreibung eines Kampfes, den wohl so gut wie jeder Neuabonnent von Premiere World geführt und wohl immer verloren hat, habe ich in den vielen Veröffentlichungen zu diesem Thema noch nicht gelesen. Ich selbst habe bei der Installation der d-Box an meinem Verstand gezweifelt, doch dieser Artikel erteilt mir und meinem technischen Verständnis Absolution.

OBERURSEL (HESSEN) CHRISTIAN BENDER

Wenn Herr Tellenbach zufrieden ist, aktuell mit einem Schnitt von drei Versuchen das Call-Center zu erreichen, dann spricht dies Bände über die Definition von Service in diesem Unternehmen. Dass das Programm primär aus Wiederholungen be-



G. SCHLIGER

Premiere-World-Werbeaktion (in Hamburg)
In demütiger Erwartung

steht, meines Erachtens als „Recycling-Station“ von Leo Kirchs angestaubtem Filmarchiv dient und man dies zu maßlos überzogenen Preisen anbietet, ist nur das i-Tüpfelchen.

GOLDBACH (BAYERN) HORST SIEGERT

Niemals erhoben

Nr. 48/1999, Recht: SPIEGEL-Gespräch mit dem neuen Verfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem über Pressefreiheit im Internet-Zeitalter

Sie schreiben aus Anlass meiner Wahl zum Richter des Verfassungsgerichts, ich hätte der Richterschaft vor gut einem Jahr „Bequemlichkeit, mangelnde Professionalität und Reform-Unlust“ vorgeworfen. Einen solchen Vorwurf habe ich niemals erhoben, weder im vergangenen Jahr noch zu einer anderen Zeit. Er wäre auch inhaltlich falsch.

HAMBURG PROF. DR. W. HOFFMANN-RIEM



M. APPELT / AGENTUR ANZENBERGER

Populist Haider bei einer Wahlveranstaltung: *Unzureichende historische Aufklärung*

Reizvolle kulturelle Vielfalt

Nr. 46/1999, Südtirol:
Unheimlicher Nachbar Haider und 47/1999,
Österreich: Jörg Haider als reuiger Sünder

Grenzregionen bezahlen in der Regel für verlorene Kriege, und 1918 war Südtirol an der Reihe. Es hatte mit Italien aber Glück im Unglück, denn andere Staaten gingen und gehen mit Minderheiten weit rücksichtsloser um. Das geordnete Nebeneinander schützt alle drei Sprachgruppen und wird sich mit der Zeit zu einem Miteinander entwickeln, und die sprachliche und kulturelle Vielfalt hat ihre Reize. Den Lockrufen des „properen Populisten“ aus Österreich werden die deutschen Südtiroler, die eine Minderheit sind, mit großer Vorsicht begegnen, denn was Jörg Haider zu wehrlosen Minderheiten zu sagen pflegt oder sagen lässt, ist nicht gerade vertrauenswürdig, sondern einfach erschreckend.

STERZING (ITALIEN) HERMANN EPPACHER

In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „la Repubblica“ vom 9. Oktober hat Dr. Haider ausdrücklich festgestellt, dass er in der Südtirol-Frage davon ausgehe, dass die Südtiroler selbst kein Referendum anstreben, sie mit dem „Südtirol-Paket“ zufrieden seien und für ihn diese Lösung auch akzeptabel sei.

WIEN KARL HEINZ PETRITZ
BÜRO DR. JÖRG HAIDER

Die Gründe für den Aufstieg der FPÖ liegen zum Großteil begründet in der unzureichenden geschichtlichen Aufklärung der Bevölkerung. Haider ist nicht der politische Genius, als der er im Artikel dargestellt wird. Denn erstens muss man, international gesehen, nur durchschnittlich sein, um aus einem Pool von acht Millionen her-

auszuragen, zweitens ist es nicht schwierig, ein Diktiergerät auf einen Biertisch zu stellen, die Betrunkenen-Parolen auf Plakate zu drucken und denen, die noch einen Rest von Schamgefühl besitzen, in Form des „Kinderschicks“ ein Alibi zu liefern.

INNSBRUCK TOBIAS TATARCZYK

Ordnungsgemäß erworben

Nr. 48/1999, Panorama: Nachgefragt

In Ihrer Emnid-Umfrage wird gefragt, ob „Affären“ wie der Vorwurf fragwürdiger Immobiliengeschäfte gegenüber Ministerpräsident Stoiber das Vertrauen in die Politik erschüttern. Hierzu ist festzuhalten: Es gibt keine fragwürdigen Immobiliengeschäfte von Ministerpräsident Stoiber. Das Ehepaar Stoiber besitzt eine Doppelhaushälfte in Wolfratshausen und zwei Ein-Zimmer-Wohnungen in München, die ordnungsgemäß erworben und finanziert worden sind. Das Ehepaar Stoiber hat keinen weiteren Immobilienbesitz.

MÜNCHEN MARTIN NEUMEYER
PRESSESPRECHER DER
BAYERISCHEN STAATSKANZLEI

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Titelgeschichte (Seiten 32, 40), Zwangsarbeiter, Bundeswehr, Partnerschaften, Chronik: Dr. Gerhard Spöri; für Titelgeschichte (Seiten 22, 26, 28), Niedersachsen, Karrieren, Bergbau, Hauptstadt, Ausländer, Jugendliche: Clemens Höges; für 100 Tage im Herbst: Jochen Bölsche; für Bayern, Trends, Geld, Affären, Steuern, Arbeitslosigkeit, Bauindustrie, Fusionen, Musicals, Unternehmen, Privat-TV, Entertainment: Gabor Steingart; für Fernsehen, Szene, Jahreswechsel, Psychologie, Kino, Spektakel, Intellektuelle, Literatur, Bestseller, Musiktheater, Ausstellung, Theater: Dr. Mathias Schreiber; für Panorama Ausland, Nordirland, Europa, Kuweit, Globalisierung, Bulgarien, Mexiko, Rauschgift, Nigeria, Chile, China: Hans Hoyng; für Fußball, Olympia, Affären: Alfred Weinzierl; für Prisma, Gentechnik, Klima, Schiffe, Aids, Atomenergie, Medizin, TV-Technik: Johann Grolle; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Thomas Bonnie; für Layout: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Hans-Ulrich Stoldt; Chef vom Dienst: Karl-Heinz Körner (sämtlich Brandstwierte 19, 20457 Hamburg)
TITELBILD: Illustration Dewa Waworka für den SPIEGEL

Persönliche Knetmasse

Nr. 47/1999, Pressefreiheit:
Angriff auf das Redaktionsgeheimnis

Angesichts der bestehenden Probleme darf man sich getrost fragen, warum die Politik sich nur immer noch mehr mit sich selbst beschäftigt und sich quasi Woche für Woche neu zu erfinden trachtet. Wenn Politiker sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, besteht – verständlicherweise – von deren Seite kein verstärktes Interesse daran aufzuklären, um dergleichen in Zukunft besser vermeiden zu können. Stattdessen versucht man Gesetze herauszubringen, die es erschweren sollen, Nachrichten darüber zu verbreiten.

STUTTGART ALEXANDER SEDLAK

Es ist schon erschütternd, in wie eklatanter Weise manche Minister inzwischen die fundamentalsten Grundrechte als eine Art persönlicher Knetmasse betrachten, die sie nach Belieben deformieren und zur Not auch bis zur Unkenntlichkeit platt drücken können.

MÜNCHEN DR. JUR. RUDOLF GRIDL

„Advokatenwinkelzüge“ nennt man wohl diese Strategie des Herrn Schily, das Grundgesetz auszuhebeln. Es ist doch klar: Wer die Pressefreiheit und das Pressegeheimnis aushebelt, der raubt die Demokratie ihrer Grundfesten und des Korrektivs.

HEILBRONN FRIEDEMANN BLÜTHNER

Das absolute und uneingeschränkte Recht der Presse zu veröffentlichen, was sie für richtig hält, sowie der hundertprozentige Schutz journalistischer Informationsquellen ist für mich persönlich eines der wichtigsten demokratischen Grundrechte überhaupt. Wer es auch nur im Geringsten zu beschneiden oder auszuhöhlen versucht, ist für mich kein Demokrat, nicht mehr wählbar und dürfte kein Regierungsamt ausüben oder Volksvertreter sein.

SURABAYA (INDONESIEN) ULRICH DENNERLEIN

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

Einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte der Firma TOSHIBA EUROPA, Neuss, beigegeklebt. Einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Canon Euro-Photo, Willich, und der Gesamtauflage eine Beilage des SPIEGEL-Verlages/SPIEGELreporter, Hamburg, bei.



M. DÄRCHINGER

Minister Schily

Werbeseite

Werbeseite



T. EINBERGER / ARGUM



AP

Fahrkartenschalter (in München), Jungfernfahrt des ICE-T vergangene Woche in Dresden

VERKEHR

Strafe für eilige Kunden

Hartmut Mehdorn, der neue Bahn-Chef, ist offiziell noch nicht im Amt – und schon ärgert er seine Kundschaft. Die von seinem Vorgänger installierten „Pünktlichkeitstafeln“, die immerhin ein Bemühen um die Einhaltung der Abfahrtszeiten erkennen ließen, werden jetzt republikweit abmontiert. Unter Mehdorns Führung einigte sich der Vorstand auch auf Maßnahmen, die eilige Reisende schlechter stellen und Unannehmlichkeiten bedeuten. Weil immer mehr Fahrgäste ihr Ticket im Zug lösen, sollen sie künftig mehr zahlen als Kunden, die ihre Karten am Schalter kaufen. Zudem sollen 200 Verkaufsstellen, auch das ist bereits beschlossene Sache, dichtgemacht und durch 4000 jener Ticketautomaten ersetzt werden,

an deren Bedienung selbst Ex-Bahnchef Heinz Dürr einst scheiterte. Von den unzähligen Sonder-, Super-, Günstigst-Tarifen der Bahn, mit denen schon viele Schalterangestellte überfordert sind, wird der Automatenkunde naturgemäß kaum profitieren. Der Bahn ist das nicht ganz unrecht: Mehdorn will ohnehin den Vorausverkauf über Reisebüros und Call-Center ankurbeln. Die verbleibenden Schalterhallen, so zumindest hat es der Vorstand beschlossen, sollen als Verkaufsraum an Attraktivität gewinnen. Als „Schnellmaßnahme“ würden nun Einsatzpläne für die Stoßzeiten entworfen. Unterbeschäftigte Eisenbahner und Pensionäre sollen auf Zuruf hinter den Ticket-Counter abkommandiert werden.



T. BARTH / ZEITENSPIEGEL

Mehdorn

EUROPA-PARLAMENT

Weiter auf Umwegen

Das Europäische Parlament zögert, der als illegal kritisierten Parteienfinanzierung im eigenen Haus einen Riegel vorzuschieben. Seit Jahren werden Millionen aus den Budgets der Fraktionen, die ausschließlich für parlamentarische Zwecke verwendet werden dürfen, an die Parteien der Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen und Grünen weitergegeben. Der CDU-Europa-Abgeordnete Reimer Böge scheiterte jetzt im Haushaltsausschuss mit seinem Vorstoß, im Etat 2000 einen Betrag von 18 Millionen Euro zur Förderung der Parteien festzuschreiben und damit die Umwegfinanzierung überflüssig zu machen. Vornehmlich die Sozialisten

drängten auf Aufschub. Die Kommission sollte erst mal einen Vorschlag für ein Parteien-Statut machen. Das müsste der Rat der EU verabschieden – was

dauern wird, weil in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Interesse an einer solchen Neuregelung gering ist.



DPA

Europa-Parlament in Straßburg

RENTEN

Angebot an die Union

Rot-Grün will der Union im Streit um die Rente entgegenkommen. Anders als bislang angekündigt wird die Bundesregierung in diesem Jahr kein eigenes Konzept für eine Strukturreform der Alterssicherung mehr vorlegen. Darauf haben sich Bundeskanzler Gerhard Schröder und Arbeitsminister Walter Riester Ende November verständigt. Mit dem Verzicht will die Bundesregierung vermeiden, dass der noch vor Weihnachten geplante Rentengipfel zwischen Schröder und Unionschef Wolfgang Schäuble durch die Vorlage eines detaillierten Koalitionskonzepts belastet wird.

Regierung und Opposition rechnen mit langwierigen Verhandlungen. „Das kann ein mehrjähriger Diskussionsprozess werden“, prognostiziert Unions-Fraktionsvize Hermann Kues. Die neue Konsenslinie der Regierung überdeckt zugleich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition. Während die Grünen das Rentenniveau durch einen so genannten Genera-



IM URBAN



Riester, Rentner-Protest in Berlin

FROESE / CARO

tionenfaktor weiter absenken wollen, plädieren die Sozialdemokraten für die langfristige Sicherung eines Niveaus von 67 Prozent des Nettolohns. Weitgehend geeinigt hat sich die Koalition über die übrigen Bestandteile des Reformkonzepts: Sie will private Altersvorsorge durch steuerliche Anreize und Zuschüsse für Geringverdiener fördern sowie eine Mindestrente in Höhe der Sozialhilfe einführen. Auf die legt Riester besonderen Wert, seit ihm seine Experten eine deutliche Zunahme der Altersarmut in Ostdeutschland vorhersagen. Der Anteil der Rentner mit Einkommen unterhalb der Sozialhilfeschwelle von 1200 Mark werde dort bis zum Jahr 2020 von rund 10 auf 21 Prozent steigen.



POULET / SIPA PRESS

Cresson

EUROPA

Gefälschte Berichte

Im Skandal um die Ex-Forschungskommissarin der EU, Edith Cresson, geraten jetzt auch hochrangige Brüsseler Beamte ins Zwielficht. Ihnen wird Dokumentenfälschung und Betrug vor-

geworfen. Die EU-Kommission hat ein Disziplinarverfahren gegen fünf ehemalige Mitarbeiter Cressons eröffnet, darunter sind ein stellvertretender Forschungsgeneraldirektor aus den Niederlanden und ein italienischer Abteilungsdirektor. Die belgische Justiz ermittelt. Es geht um gefälschte Tätigkeitsberichte des Zahnarztes und Cresson-Spezis René Berthelot, den die Kommissarin unter anderem als „Aids-Spezialisten“ zu einem Monatsgehalt von 14 000 Mark in EU-Dienste gestellt hatte. Die Berichte für 1995 und 1996 wurden offenbar erst 1998 angefertigt, als die Affäre ruchbar wurde. So wurde bei einem angeblich aus 1996 datierenden Bericht ein statistischer Anhang von 1997 gefunden. Auch Berthelot muss mit Konsequenzen rechnen: Er soll die Gehälter und Spesen in Höhe von 250 000 Mark zurückzahlen.

AFFÄREN

Hektische Suche

In der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Westdeutschen Landesbank (WestLB) haben Berichte über Flüge von Kabinettsmitgliedern auf Kosten der Bank hektische Suchaktionen ausgelöst. Trotz aller Demenstis fahndeten neben Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) auch weitere Regierungsmitglieder nach Flugunterlagen und Belegen. Die CDU im Landtag fordert weiter detaillierte Aufklärung. Ein „immenser Image-Schaden für die WestLB“, so Fraktionschef Laurenz Meyer, könne nur verhindert werden, „wenn die beiden für die Bank-Aufsicht zuständigen Kabinettsmitglieder, Schleußer und Wirtschaftsminister Peer Steinbrück, auf eine Offenlegung aller WestLB-Unterlagen zu Flügen von Regierungsmitgliedern drängen“.

ZEITGESCHICHTE

Willige Professoren

Ex-Kanzler Helmut Kohl hat vor den letzten Bundestagswahlen Historiker und Politologen großzügig unterstützt, um seinen Ruf als Kanzler der Einheit zu mehren. Kohl hatte Anfang der neunziger Jahre Geheimakten des Kanzleramts freigegeben, die seine Rolle im Wendejahr 1989/90 in glanzvollem Licht erscheinen lassen sollten. Die Freigabe ist ungewöhnlich, denn eigent-

lich gilt eine 30-Jahre-Sperrfrist. Um eine genehme Interpretation der Akten sicherzustellen, durften nur ausgewählte Wissenschaftler, unter Leitung des Münchner Professors Werner Weidenfeld, die Unterlagen sichten; der Politologe hatte gelegentlich an Kohls Reden mitgeschrieben. Im Haushalt wurden für das Projekt 3,55 Millionen Mark aus dem Etat des Innenministeriums zur Verfügung gestellt, untergebracht in Kapitel 0602 des Haushalts. Die Bücher, so Weidenfeld, seien aber in „kritischer Unabhängigkeit geschrieben“ worden.



R. SONDERMANN

Schleußer

FALL HOFER

„Fischer schaut zu“

Ex-Außenminister Klaus Kinkel (FDP), 62, über das deutsch-iranische Verhältnis und den Fall Hofer



FRIEDRICHSON

SPIEGEL: Das Todesurteil der iranischen Justiz im Fall Hofer ist schon im Februar diesen Jahres aufgehoben worden. Warum sitzt er immer noch in Haft?

Kinkel: Herr Hofer ist leider zum innenpolitischen Spielball in Teheran geworden. Was da geschieht, ist ein tolles Stück. Die Fundamentalisten versuchen, die vom liberalen Staatspräsidenten Khatami geplante Verbesserung der deutsch-iranischen Beziehungen zu verhindern. Jetzt wird er mit dem unbestimmten Vorwurf „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ festgehalten. Hofer wird außerdem als Geisel missbraucht, um im Austausch die Mykonos-Attentäter frei zu bekommen. Ein solches Geschäft kommt nicht in Frage. Wir sind ein Rechtsstaat.

SPIEGEL: Was kann Berlin unternehmen, um Hofer frei zu bekommen?

Kinkel

Kinkel: Hier wird ein Mensch systematisch kaputtgemacht. Und der deutsche Außenminister Joschka Fischer sitzt in der ersten Reihe und schaut zu. Es muss endlich Schluss sein mit der Leisetreterei, sie hat nichts gebracht. Hofer muss an Weihnachten zu Hause sein.

SPIEGEL: Sie selber haben als Außenminister auch immer auf Geheimdiplomatie gesetzt, um

in Sachen Menschenrechte etwas zu erreichen.

Kinkel: Richtig. Im Fall Hofer war Zurückhaltung eine Zeit lang angebracht. Jetzt reicht's aber. Das Maß ist voll. Im Übrigen hat Herr Fischer als grüner Oppositionspolitiker diese Menschenrechtspolitik der Regierung Kohl/Kinkel immer großspurig angegriffen. Daran muss er sich messen lassen. Jetzt verlassen sich die Verantwortlichen in Teheran auf die grenzenlose Stillhaltefähigkeit des vermeintlichen Menschenrechtsapostels Fischer.

SPIEGEL: Was sollte er denn machen?

Kinkel: Er sollte seine Fürsorgepflicht für einen deutschen Staatsbürger endlich wahrnehmen und die Hilfe der europäischen Partner und aller mit uns befreundeten Länder erbitten, die in Iran Einfluss haben. Das hat alles nichts damit zu tun, dass wir großes Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zu Teheran haben, für die ich mich immer – oft gerade von den Grünen gescholten – mit Nachdruck eingesetzt habe.



AFP / DPA

Inhaftierter Hofer im Oktober in Teheran

IMMOBILIEN

Probleme für Platzeck

Potsdams Oberbürgermeister Matthias Platzek, der diese Woche in den SPD-Parteivorstand aufrücken soll, bekommt Ärger mit der Kommunalaufsicht des Brandenburger Innenministeriums. Die hegt schwere Bedenken gegen sein wichtigstes Bauvorhaben – ein neues Theater für die Landeshauptstadt. Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hatte auf Druck des Oberbürgermeisters beschlossen, die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) mit dem Bau zu beauftragen. Das Theater, so Platzek, sei eine „einzigartige Chance“ und ein „Jahrhundert-Projekt“. Die Kommunalaufsicht moniert, dass der Auftrag ohne jegliche Ausschrei-

bung an die LEG erging. Falls ein anderer Projektentwickler deshalb vor Gericht ginge, so die Befürchtung des Innenministeriums, wäre der bislang nicht unterzeichnete Vertrag hinfällig. Potsdams Verwaltung dagegen sieht sich auf der sicheren Seite, weil die Stadt formal gar nicht Auftraggeber ist. Sie überlässt der LEG ein Grundstück und kauft es samt Theater für einen „vertragsgemäßen Pauschalpreis von 50,7 Millionen Mark“ zurück.

Die ministeriellen Kontrolleure trauen dieser Preiskalkulation allerdings nicht. Sie befürchten wesentlich höhere Kosten für die öffentliche Hand, weil das Theater auf dem verseuchten Gelände eines früheren Gaswerks errichtet werden soll. Die finanziellen Risiken des Vertrags prüft nun der Landesrechnungshof.

Am Rande

Bomben-Geschäft



Waffenhändler sind auch nur ... äh ... Menschen – und zwar keine beneidenswerten: Branchen-Ambiente? Ein

Leben in Jetlag und Flughafen-Hotels. Job? Geldkoffer schleppen, Kuverts kleben, Überweisungen schreiben. Privatleben? Undercover.

Oder sollen sie zur Lufthansa-Blondine sagen: „Hi, ich könnt dich groß rausbringen als Sexbombe. Bin nämlich Waffenhändler.“ Image? Eben! Dauernd mit Leuten teuer essen gehen, die einen später nie gesehen haben.

Karlheinz Schreiber wird gern als Waffenhändler bezeichnet. Seit ihn jeder kennt, will ihn keiner gekannt haben. Das tut weh. Finanziell, weil die sieben Anwälte bezahlt werden müssen, die er nun braucht. Menschlich sowieso.

Was macht der Mensch Schreiber also? Er packt aus (diesmal Klatsch statt Kuverts): unter anderem über Strauß, Kohl, Stoiber, Schäuble usw. Namen sind Nachrichten sind auch ein Bomben-Geschäft. Das riecht nach Fernseh-Auftritten (wann wird er bei „Sabine Christiansen“ seine Memoiren – „Ich, der Fuchs“ – präsentieren?) und gut dotierten Gastvorträgen vor Drückerkolonnen.

Oder Enthüllungs-Movies, in denen letzte Fragen geklärt würden: Wie starb Marilyn Monroe wirklich? Muss die Geschichte der Deutschen Einheit umgeschrieben werden? Rannte Karlheinz Schreiber jemals Joschka Fischer hinterher? Mögliche Antworten („Keine Ahnung“; „Nein“; „Ich jogge nicht“) sind egal. Allein der Unterhaltungswert zählt. Name der Show: Wer-sich-zuerst-erinnert-gewinnt.

Alle Partei-Obersten grübeln nämlich bereits, ob sie mal einem kleinen Dicken mit großen Kuverts begegnet sind: Renate Schmidt (SPD) fiel gerade wieder ein, dass sie im Mai 1994 auf dem Flug von Köln nach München ein laaanges Gespräch mit Schreiber führte und einen dicken Umschlag mit 5000 Mark bekam. Was beweist das? 1. Die Lufthansa flog schon damals endlose Warteschleifen, 2. Politiker sind auch nur ... äh ... Menschen.



KSK-Soldaten bei einer Übung

BUNDESWEHR

Truppe ohne Kämpfer

Erhebliche Probleme, geeignetes Personal zu finden, hat die Eliteeinheit der Bundeswehr, das in Calw im Schwarzwald stationierte „Kommando Spezialkräfte“ (KSK). Dreieinhalb Jahre nach Aufstellung der Spezialtruppe zur Geiselnbefreiung und Evakuierung gefährdeter Deutscher im Ausland fehlt noch immer die Hälfte der Kämpfer – von den 250 Soldaten stehen erst gut 100 bereit. Insgesamt soll die Einheit –

mit Hilfspersonal vom Koch bis zum Fahrer – im Jahr 2001 eine Gesamtstärke von rund 1000 Mann erreichen. Die Gründe für das geringe Interesse: Die Zugehörigkeit zum Elitekommando soll geheim bleiben, deshalb ist die gesellschaftliche Anerkennung nicht höher als für andere Soldaten. Ihr Erkennungszeichen, das bordeauxrote Barett mit dem senkrechten Schwert im Abzeichen, dürfen die Männer außerhalb der Kaserne nicht tragen. Auch soziale Kontakte lassen sich kaum halten. Die Soldaten sind oft von zu Hause fort und dürfen ihren Angehörigen meist nicht sagen, wo sie hingehen und wann sie wiederkommen. Dazu kommt immenser körperlicher und psychischer Stress; die Männer müssen mit 40 Jahren bei den Spezialkräften ausscheiden. „Die Leute sind dann in ihren alten Verbänden kaum wieder zu integrieren“, urteilt ein Offizier. Um doch noch genügend Freiwillige zu finden, tingelt derzeit ein Werbetrupp durch die Kasernen der Republik. Zusätzlich zu ihrer Zulage von 270 Mark für Fallschirmjäger wollen die KSKler noch eine „Kommando-Zulage“ von 300 Mark.

BUNDESTAG

Rüffel für die Richter

Der für Immunität zuständige Ausschuss des Bundestags hat die sächsische Justiz für ihr Verhalten gegenüber PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch scharf gerügt. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte in einem jahrelangen Verfahren weiter gegen Bartsch ermittelt, obwohl der im September 1998 in den Bundestag gewählt worden war und somit Immunität besaß. 1992 hatte die Dresdner Justiz ein Ermittlungsverfahren gegen Bartsch eingeleitet, der 1991 vor einem Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtags zum Verbleib von SED-Vermögen uneidlich falsch ausgesagt haben soll; Bartsch bestreitet die Vorwürfe. Erst am 8. Oktober dieses Jahres beantragte das Amtsgericht Dresden die Aufhebung seiner Immunität – der Bundestag entsprach dem Antrag Ende November.

Nachgefragt

Wenig Vertrauen

„Der Euro fiel vergangene Woche auf ein Rekordtief gegenüber dem US-Dollar. Viele Anleger verlieren das Vertrauen in die europäische Währung. Was meinen Sie?“

Ich habe noch immer Vertrauen in den Euro

29

Ich hatte schon immer Sorge um einen Währungsverfall, daran hat sich nichts geändert

43

Meine Sorge um den Euro hat sich in letzter Zeit noch verstärkt

21

Ennid-Umfrage für den SPIEGEL vom 30. November und 1. Dezember; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: ist mir egal



Altkanzler Kohl (am Dienstag vergangener Woche vor der Sondersitzung des Unionspräsidiums in Berlin): „Dies habe ich nicht gewollt“

Patriarch und Pate

Mit hohen Summen aus schwarzen Kassen hat sich Helmut Kohl über Jahrzehnte die Macht in der Union gesichert. Nun erfaßt die Parteispendenaffäre um den mächtigen Altkanzler auch weitere CDU-Größen.

Fünffmal hat er feierlich, die rechte Hand zum Schwur erhoben, das staatstragende Bekenntnis abgelegt. Und Millionen Deutsche hörten mit. „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ Der gläubige Katholik Helmut Kohl bekräftigte die Formel stets: „So wahr mir Gott helfe.“

Gut ein Jahr nach Ende seiner letzten Amtszeit gestand derselbe Mann: „Eine von den üblichen Konten der Bundesschatzmeisterei praktizierte getrennte Kontenführung erschien mir vertretbar.“ Und dann: „Ich bedauere, wenn die Folge möglicherweise Verstöße gegen Bestimmungen des Parteiengesetzes gewesen sein sollten. Dies habe ich nicht gewollt.“

Mit seiner rührseligen Entschuldigung am vergangenen Dienstag im CDU-Hauptquartier in Berlin erweckte der Altkanzler den Eindruck, als habe ein tüdeliger älte-

rer Herr nur ein paar Kontoauszüge durcheinander gebracht. Es klang ein wenig nach Erich Mielke, der vor der Volkskammer mit seinem gestammelten „Ich liebe, ich liebe doch alle ...“ um Mitleid barmte.

Die vielleicht größte Parteispendenaffäre der Nation nur ein Versehen, eine Art Kavaliersdelikt? Keinem geschadet, alles nicht gewollt? Doch die absurde Hoffnung, die beliebteste Ausrede aller Stasi-Helfer könne auch hier wirken, hielt nur kurz.

Als habe es den Fall Flick nie gegeben, hat Helmut Kohl, 16 Jahre lang Bundes-



kanzler und ein Vierteljahrhundert Chef der CDU, offenbar vorsätzlich und immer wieder gegen Recht, Gesetz und Verfassung verstoßen, den Amtseid gebrochen.

Im sicheren Gefühl der Unangreifbarkeit hat der majestätische Herrscher Kohl nicht nur sein eigenes Lebenswerk relativiert, sondern auch seine Partei an den Rand des politischen wie finanziellen Ruins getrieben (siehe Seite 26).

Vorbei der stete Aufwind, an den sich die CDU nach acht gewonnenen Wahlen gewöhnt hatte. Nun wenden sich die Umfragen, Gerhard Schröder tritt aus dem Schatten des Überkanzlers. Die rot-grüne Regierung, vor Monatsfrist noch abgeschrieben, zittert nicht mehr dem SPD-Parteitag in dieser Woche entgegen, die Angst vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen weicht plötzlich der Hoffnung auf eine Chance 2000. Kohl hat Schröder saniert.

Noch sind die Folgen der Affäre nicht abzuschätzen. Doch schon jetzt steht fest, dass Kohls schwarzer Dienstag von historischer Bedeutung war. Nun ist Wirklichkeit, was trotz Schröders eindrucksvollem Sieg am 27. September 1998 niemand zu denken wagte: Die Ära Kohl ist endgültig vorbei und mit ihr die Bonner Republik, in der Demokratie offenbar gelegentlich mehr gespielt als gelebt wurde.

Immer neue Fakten belegen, wie listig und jenseits der Gesetze das System Kohl über Jahrzehnte arbeitete. Im Schattenreich des ewigen Kanzlers lief es offenbar wie geschmiert. Allein 1986/87 flossen auf Geheiß Kohls innerhalb eines Jahres rund 2,75 Millionen Mark aus der schwarzen Kasse ab: je eine halbe Million für die Landesverbände Hamburg, Saarland und Niedersachsen, die CDA-Sozialpolitiker bekamen 250 000 Mark für neues Mobiliar im Schulungsheim Königswinter.

Sicher ist, dass Kohl viele seiner Extras aus dem ominösen Topf finanzierte: Die Kanzler-Illustrierte zu Silvester 1986 war ihm eine Million Mark Schwarzgeld wert. Mal bezahlte er so 700 000 Mark Porto für Briefe an die Parteimitglieder, mal beglich er so die Hubschrauberflüge zur Weihnachtssause mit seinen liebsten Mitarbeitern.

Was auf Kohls Konten, parteiintern schon „KoKo-

Kanzler Schröder (in Paris)
Ära Kohl beendet



Generalsekretär Geißler, Kiep (1982)
„Eine neue Dimension“

System“ getauft, inzwischen alles denkbar ist, zeigen Überlegungen der Fahnder in Augsburg und Frankfurt. Bei Aktionen gegen mutmaßliche Steuerflüchtlinge und ihre Helfer in deutschen Banken waren die Ermittler 1997 auch auf eine Stiftung von Wolfgang Röllner gestoßen, damals Aufsichtsratschef der Dresdner Bank.

Das Vermögen der Liechtensteiner Stiftung namens „Gallumena“ betrug Ende 1993 rund 3,4 Millionen Schweizer Franken. Er verwaltete das Vermögen treuhänderisch für Dritte, behauptete Kohl-Freund

Immer neue Fakten belegen, wie weit ab der Gesetze das System Kohl arbeitete

Röllner damals. Der Verdacht, es sei CDU-Geld, ließ sich nicht erhärten.

Die Fantasie der Fahnder wurde durch Reisekostenabrechnungen des CDU-Steuerberaters Horst Weyrauch in Sachen Schweiz neu angeregt. Gemeinsam prüfen sie derzeit die beschlagnahmten Akten nach Hinweisen auf Liechtenstein.

Noch klingt es unglaublich: Helmut Kohl eine Politik-Variante von Tennisvater Peter Graf, der einst die Antrittsgelder für seine Tochter Steffi im Plastikbeutel am Fiskus vorbei ins Ausland schleppte und dafür zwei Jahre hinter Gitter kam? Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland und seine einstige Regierungspartei am Ende ganz gewöhnliche Steuerflüchtlinge?

Ob und welche strafrechtlichen Konsequenzen ernsthaft zu diskutieren sein werden, wird wohl erst die Detailprüfung des Systems ergeben. Staatsanwalt Jörg von Essen, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, glaubt nach Rücksprache mit Experten jedenfalls: „Für alle Vorstandsmitglieder, die wussten, dass die Rechenschaftsberichte unvollständig



Kuckucksei im Schoß der Nato

RUDOLF AUGSTEIN

Wohin es führt, wenn der grüne Außenminister Joschka Fischer sich mit einem quasi symbolischen Beitrag an dem Krieg in Osttimor beteiligt, wird sich demnächst wieder, wie üblich ohne irgendeine öffentliche Diskussion, entscheiden. Übermütig geworden durch den Erfolg der Einführung des Euro und die knirschend funktionierende Wirtschaftsunion, sieht sich Berlin vor die Wahl zwischen Pest und Cholera gestellt.

Die Europäer, angeführt von Tony Blair und Jacques Chirac, verfolgen einen aberwitzigen Plan: Die Europäische Union soll eine mit modernsten Mitteln ausgerüstete Armee bekommen, die auch ohne das Einverständnis der Nato in den fernsten Krisengebieten eingreifen könnte. Erstes Opfer wäre die Währungsunion (Großbritannien ist ihr noch nicht einmal beigetreten) samt Euro, die ein Rüstungswettlauf der europäischen Teilnehmer in die Luft sprengen müsste.

Der allgemein verordnete Sparzwang würde einer einmaligen Rüstungsanstrengung weichen müssen, deren Kosten noch keineswegs errechenbar sind, in jedem Fall aber immens sein würden. Bekanntlich ist Javier Solana, seit sieben Wochen als Hoher Repräsentant zuständig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union, ein aktiver Betreiber dieses bodenlosen Unterfangens. Er sinniert bereits, ob sich eine EU-Armee in der Stärke von 150 000 Mann einem Einsatz in Osttimor oder einem Brennpunkt in Afrika entziehen könne. Osttimor liegt recht nahe, denn da sind Joschkas Soldaten ja schon tätig.

Man stelle sich die enorme Zahlungsbereitschaft der Spanier, die nicht einmal ihr Baskenland in den Griff kriegen können, für ein solches

Abenteuer vor. Dabei hat Solana durchaus eigene Erfahrungen, er war nämlich von 1995 bis Oktober 1999 Generalsekretär der Nato, die von den Amerikanern dominiert wird. Und auf einen Konkurrenzkampf gegen die USA würde das Unternehmen hinauslaufen.

Die Amerikaner haben bereits in aller Deutlichkeit klargemacht, dass sie im Schoß der Nato kein Kuckucksei

führen – unbeschadet irgendwelcher Aktionen der Nato“. Mitentworfen hat dieses Sprengstoffpapier der grüne Außenminister Joschka Fischer.

Hier geht es nicht um die Olympischen Spiele, sondern um die Zertrümmerung aller bisher in Europa erreichten Errungenschaften. Die Regierung Schröder tut so, als wolle sie der Empfehlung der Zeitung „Handelsblatt“ folgen: „Wenn die Europäer die Währungsunion nicht ohne Not riskieren wollen, dann erscheint es ratsam, die Fortentwicklung der Sicherheitsidentität nur langsam voranzutreiben.“

Dies scheint die Regierung Schröder/Fischer auch anzustreben, zumindest bis zu den nächsten Bundestagswahlen. Eine eindeutige Erklärung wird man von ihr wohl nicht erwarten dürfen.

Zwar schätzt Nato-Generalsekretär George Robertson, Nachfolger Solanas, die gesamten europäischen Aufwendungen auf 60 Prozent des Pentagon-

Etats. Mit diesen Mitteln könnten die Europäer allenfalls 10 Prozent der amerikanischen Schlagkraft erzielen. Man müsse das Geld nur klüger einsetzen. Wenn es aber einen Etatposten gibt, wo das Geld verschwenderisch und sehr unklug eingesetzt wird, dann ist das der gesamte Rüstungskomplex.

So aufdringlich die Vereinigten Staaten als einzige verbliebene Weltmacht überall auftreten: Die Nato zu unterlaufen, das dürfen wir, wie zu Zeiten des Kalten Krieges unter Stalin und Chruschtschow, nicht einmal erwägen. Solch eine Situation ist schon einmal vor fast 50 Jahren von dem britischen Cartoonisten David Low aufgespießt worden, angesichts der amerikanischen Kriegstänze in Fernost: „What a headache to be with America! But without them – oh Lord!“



Low-Karikatur im SPIEGEL (4/1951)

DAILY HERALD

ausbrüten wollen, dem dann eine von ihnen unabhängige nennenswerte Streitmacht entschlüpfen würde. Sicher ist, dass die Amerikaner sich zunehmend von solch einem Europa lösen würden. Theoretisch könnten die USA eine bisher vertraglich verbotene landesweite Raketenabwehr aufbauen. Dieser Schritt würde sie von allen anderen Bundesgenossen abkoppeln.

Die Bundesregierung sieht das Dilemma. In der Beschlussvorlage zum EU-Gipfel dieser Woche in Helsinki heißt es unmissverständlich: Die EU soll „die autonome Fähigkeit erhalten, selber darüber zu entscheiden, EU-geführte Militäroperationen als Antwort auf internationale Krisen und zur Unterstützung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union in die Wege zu leiten und dann auch auszu-

Die Helfer Sie trugen das System Kohl

Eduard Ackermann

Das Ohr

Hielt Kontakt zu den Medien und unterrichtete Kohl täglich in der Morgenlage über die Themen des Tages. Erstattet noch heute regelmäßig Bericht.

Wolfgang Schäuble

Der Erbe

Kanzleramtsminister, Innenminister, Fraktionschef, galt lange Zeit als einer der engsten Vertrauten Kohls, kühler Stratege, wirkte als Gegenpart zum Bauchmenschen Kohl. In den letzten Jahren litt die Männerfreundschaft, weil Schäuble Kohls Kurs für falsch hielt.

Rudolf Seiters

Der Wasserträger

Dienstbarer Geist in Fraktion, Kabinett und Partei, stets auf Korrektheit bedacht. Trat als Innenminister zurück wegen der Affäre um den in Bad Kleinen gestorbenen mutmasslichen Terroristen Wolfgang Grams.

Horst Weyrauch

Der Treuhänder

In seiner Obhut lag das verzweigte Netz der Sonderkonten, über die Kohl verfügen konnte. Die SPD will, dass er von seiner Schweigepflicht entbunden wird und im Untersuchungsausschuss aussagt.

Juliane Weber

Die Getreue

Weit mehr als nur ein Vorzimmerdrachen. Wehrte unliebsame Besucher ab. War aber auch im Auftrag ihres Chefs in Gelddingen unterwegs, z. B. zum Flick-Konzern. Teilte mit Kohl Freud und Leid des Alltags.

Hans Terlinden

Der Bürokrat

Arbeitete als Hauptabteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle angeblich eng mit dem Büro Weyrauch und Kapp zusammen. Soll alles über die Konten wissen, die Kohl an der Partei vorbeilaufen ließ.

Friedrich Bohl

Der Hausmeister

Kein Kanzleramtsminister vor und nach ihm galt als so gut informiert. Hielt sich stets diskret im Hintergrund. Wusste vieles, verriet nichts.

Anton Pfeifer

Die Graue Eminenz

Freund Kohls aus alten Zeiten, hielt den Kontakt zur Bundestagsfraktion und zu den Ländern. Eigentlich Kohls Kultur-Beauftragter.

Uwe Lühje

Der Beschaffer

Langjähriger Helfer von Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Schirmte das System Kohl gegen unliebsame Einblicke ab.

Michael Roik

Das Faktotum

Der Büroleiter schrieb immer mit, wenn in Abwesenheit des Chefs etwas besprochen wurde. Gilt noch heute als Kohls Spion.

Walther Leisler Kiep

Der Sündenbock

Nutzte seine guten Kontakte zur Finanzwelt zum Spendensammeln, hielt im Parteispendenprozess für die CDU den Kopf hin.

von Sachsen, Heiner Geißler, heute wegen seiner Forderung nach Abnabelung von Kohl der Buhmann, und Volker Rühle, der jedes Mitwissen dementiert.

Mit zunehmender Panik reagiert die Parteispitze auf immer neue Enthüllungen. Der sturmerprobte Parteichef Wolfgang Schäuble, über den von Brauchitsch sagt, er sei von Kohl schon während der Flick-Affäre in heikle Finanzaktionen eingeweiht worden, und die fassunglose Generalsekretärin Angela Merkel, die sich trotz achtjähriger Erfahrung mit KoKo eine solche Affäre nicht vorstellen konnte, leiden geradezu körperlich. Kohl dagegen gibt sich mal gewohnt aggressiv, mal verkriecht er sich wie ein waidwunder Fuchs im Bau, verlässt den ganzen Tag sein Büro nicht (siehe Seite 28).

Die Unionisten debattieren vor allem die möglichen finanziellen Folgen von Kohls Patriarchat. Im allerschlimmsten Fall, errechneten Experten, müsste die CDU 464,7 Millionen Mark zurückzahlen.

Für Schäuble sind derlei Überlegungen „ziemlich wüste Spekulationen“. Bei einer hohen Rückzahlungsverpflichtung werde man

sind, ist der Tatbestand der Untreue gegeben.“

Die Frage, ob wirklich nur der Parteipatriarch Kohl die Christdemokraten in diese schwierige Situation brachte, wie es der neue CDU-Chef Wolfgang Schäuble verzweifelt glauben machen will, scheint schon mit einem „Nein“ beantwortet. Die Zahl der potenziellen Mitwisser des Systems Kohl steigt fast täglich. Eberhard von Brauchitsch, Hauptakteur der Flick-Affäre, will eine „neue Dimension“ ausgemacht haben: Kohl habe „Generalsekretäre gehabt, die exakt wussten, dass Geld an der offiziellen Kasse vorbeigegangen ist“.

Karlheinz Schreiber, der mit seiner Million im Koffer die Staatsaffäre auslöste, kann sich plötzlich an Treffen mit hohen CDU-Politikern wie Kohl, Schäuble und Schleswig-Holsteins Spitzenkandidat Volker Rühle erinnern. CSU-Chef Edmund Stoiber soll ebenfalls über Schreibers Geschäfte informiert gewesen sein.

Und auch Ex-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, fast 20 Jahre Mitwisser im

System Kohl, hat nach Angaben aus Justizkreisen bei seiner Vernehmung Mitte November durch die Staatsanwaltschaft Augsburg eine Zeitbombe gezündet. Seines Wissens, hat Kiep den Fahndern erklärt, hätten auch die jeweiligen Generalsekretäre über alle von Weyrauch geführten CDU-Treuhandkonten Bescheid gewusst. Das waren während Kieps Kassiererzeit Kurt Biedenkopf, heute Ministerpräsident

„ungewöhnliche Sparmaßnahmen ergreifen müssen“. „Die Partei“, sagt Schäuble betont überzeugt, „wird weiter existieren.“

Bei der bayerischen Schwesterpartei dagegen wird bereits diskutiert, ob die CDU womöglich den Weg der Democrazia Cristiana gehe. Die italienischen Christdemokraten verschwanden 1993 in Folge von Korruption und Vetternwirtschaft. Offiziell verkündet CSU-Generalsekretär Thomas

CDU-Generalsekretärin Merkel
Zunehmende Panik



„Ganz mulmig zu Mute“

Die Folgen von Kohls Finanztricks könnten die CDU in den Ruin treiben. Der Partei drohen Rückforderungen in dreistelliger Millionenhöhe.



Ex-Schatzmeisterin Baumeister, CDU-Treuhänder Weyrauch: Den Laden zumachen?

Das Schreiben, das der Präsident des Deutschen Bundestages Anfang dieser Woche aus Bayern erhält, wird anders ausfallen als gewünscht. Statt Details über Treuhandkonten, schwarze Kassen und verschleierte Einnahmen der CDU bekommt Wolfgang Thierse (SPD), 56, lediglich eine Notiz vom Chef der Augsburger Staatsanwaltschaft, Reinhard Nemetz, 48. Darin lässt dieser den Parlamentspräsidenten wissen, die Ermittlungen seiner Behörde gegen den ehemaligen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, 73, dauerten an. Ergebnisse lägen bislang keine vor.

Was die Ankläger finden, kann entscheidend sein für die weitere Existenz der Volkspartei CDU. Denn die Akten, die Staatsanwälte am 11. November in der Frankfurter Kanzlei des Steuerberaters Horst Weyrauch, 67, einem Vertrauten von Altkanzler Helmut Kohl, 69, beschlagnahmt haben, geben Aufschluss über die dubiosen finanziellen Machenschaften des Parteipatriarchen. Hat die CDU jahrelang falsche Rechenschaftsberichte abgegeben, dann droht ihr der wirtschaftliche – und politische – Ruin.

„Am besten, wir machen unseren Laden sofort zu und gründen eine neue Partei“, klagte vergangene Woche ein CDU-Oberer, der sich lange mit der Rechtslage in Sachen Parteienfinanzen befasst hat. Ihm werde „ganz mulmig zu Mute, wenn ich daran denke, was auf uns zukommen kann“. Schlimmstenfalls muss die CDU mit Rückforderungen des Bundestages in dreistelliger Millionenhöhe rechnen. So sehen es das Parteien- und das Verwaltungsverfahrensgesetz vor.

Relativ einfach liegt der Fall bei der Millionenspende, die der Lobbyist Karlheinz Schreiber, 65, im Beisein Kieps 1991 in der Schweiz in einem Koffer Weyrauch überreicht hat. Handelt es sich um eine im Rechenschaftsbericht 1991 nicht ausgewiesene Spende an die CDU – und dafür spricht derzeit viel –, verliert die Partei das Doppelte, also zwei Millionen, bei der staatlichen Parteienfinanzierung.

Ob des unkorrekten Rechenschaftsberichts könnte der Bundestag zudem mög-

licherweise alle staatlichen Mittel zurückfordern, die der CDU im Vertrauen auf die Richtigkeit des Berichts von 1991 gezahlt wurden: Allein auf Bundesebene wären das 47,1 Millionen Mark. Dies ergibt sich aus dem Verwaltungsverfahrensgesetz.

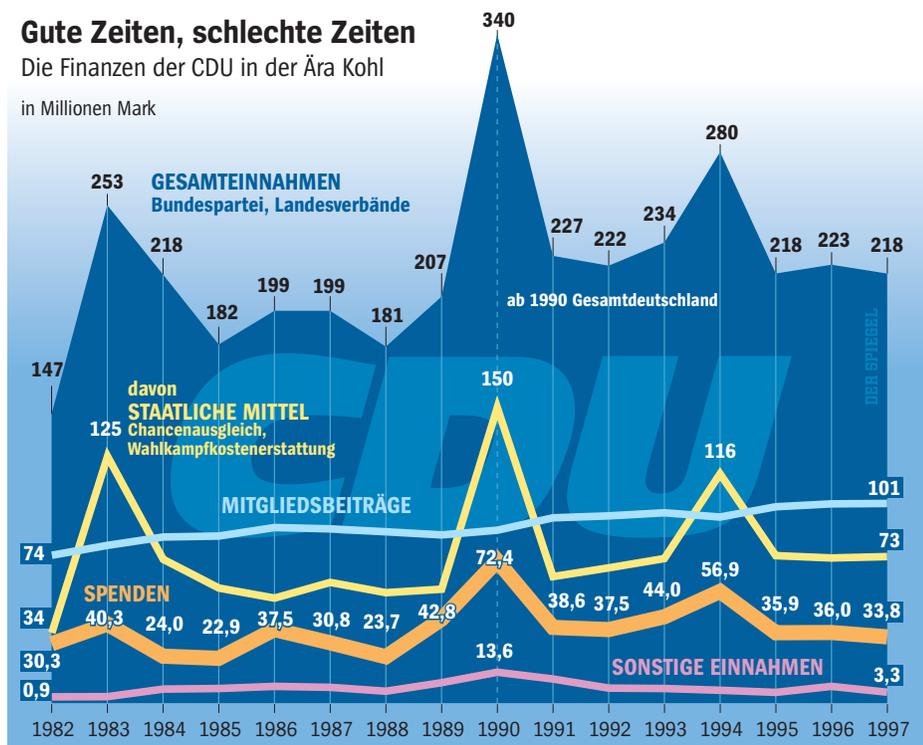
Dort ist in Paragraph 48 geregelt, dass ein Verwaltungsakt – in diesem Fall der Auszahlungsbescheid der Bundestagsverwaltung – dann zurückgenommen werden kann, wenn er „durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung“ oder durch Angaben erwirkt wurde, „die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren“. Allerdings handelt es sich dabei um eine Ermessensentscheidung; der Parlamentspräsident ist zur Rückforderung nicht gesetzlich gezwungen.

Nach Ansicht des Verwaltungsrechtlers Hans Herbert von Arnim dürfte es allerdings „schwer sein, gute Gründe zu finden, um auf die Rückforderung der zu Unrecht gezahlten Mittel gänzlich zu verzichten, weil die Bundestagsverwaltung vermutlich vorsätzlich und über Jahre getäuscht worden ist“. Sollte Thierse die besagten 47,1 Millionen Mark dennoch nicht einfordern, würde der Fall wohl vor

Gute Zeiten, schlechte Zeiten

Die Finanzen der CDU in der Ära Kohl

in Millionen Mark



Gericht landen. Denn andere Parteien könnten klagen.

Schon als die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) gegen den Rat ihres zuständigen Referatsleiters darauf verzichtete, von der FDP wegen eines Formfehlers der Partei 12,4 Millionen Mark Zuschüsse für 1996 zurückzufordern, zogen die Grauen Panther vor Gericht. In erster und zweiter Instanz bekam die Seniorenpartei Recht. Da die Liberalen und der Bundestag Revision eingelegt haben, muss nun das Bundesverwaltungsgericht entscheiden.

Tatsächlich steht für die CDU aber noch viel mehr auf dem Spiel als die 47,1 Millionen Mark. Schlimmstenfalls geht es um alle staatlichen Gelder, welche die Partei seit der Übernahme des Vorsizes durch Kohl 1973 erhalten hat. Ansprüche auf Rückzahlung verjähren nämlich erst nach 30 Jahren.

Dieses Szenario könnte eintreten, sollten alle veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Partei in der Ära Kohl unkorrekt gewesen sein. Ob das so ist, vermag derzeit niemand in der CDU-Führung zu sagen. Denn die schwarzen Kassen müssen nicht zwangsläufig zu falschen Berichten führen. Denkbar wäre auch, dass alle Transfers, die über die Treuhandkonten liefen, am Ende doch im Rechenschaftsbericht auftauchten, auch wenn sie in undurchsichtigen Titeln wie „Sonstige Einnahmen“ oder „Zuschüsse an Gliederungen“ verpackt worden sind.

Die für die CDU kritischen Jahre dürften von 1991 bis 1996 reichen. 1991 kam die Schreiber-Spende, und bis 1992 zurück muss die Partei ihre Belege aufgehoben haben. Für 1997 hat die Union noch bis Silvester die Chance, ihren Rechenschaftsbericht zu korrigieren.

Wären die Rechenschaftsberichte dieser Jahre in wesentlichen Punkten falsch, könnte Thierse maximal 464,7 Millionen Mark zurückfordern. So viel hat die CDU von 1991 bis 1996 an staatlichen Zuschüssen erhalten. Die Partei, die Ende 1997 ein Reinvermögen von 178,2 Millionen Mark auswies, müsste Konkurs anmelden.

Dass es so weit kommt, kann sich allerdings niemand so recht vorstellen. Arnim hält es nicht für ausgeschlossen, dass „eine Samthandschuh-Politik“ betrieben wird, „weil auch die anderen Parteien Leichen im Keller haben könnten“.

Auch Thierse beteuert, niemand wolle die CDU „finanziell kaputt machen“.

Vergangenen Mittwoch, einen Tag nach der öffentlichen Kohl-Beichte, erhielt die Bundes-CDU turnusgemäß 17,7 Millionen Mark von Thierses Verwaltung – als Schlusszahlung von insgesamt 63,3 Millionen staatlicher Mittel für 1999.

Goppel immer noch, es sei „zu früh, um über das Ende der CDU zu spekulieren“. Er räumt aber ein: „Die politische Parteienlandschaft kann sich immer ändern.“

Der Fall Kohl hat schlagartig die letzten Reste von Vertrauen bei Millionen Wählern zerstört. Ausgerechnet der Erfinder der „geistig-moralischen Wende“ gehört auch zu jener Riege von Mächtigen, die das Einhalten von Regeln und Gesetzen nur zelebrieren, solange jemand zuschaut. War „unser Vaterland“ (Kohl) 16 Jahre lang nur eine christlich getarnte Bananenrepublik und ein Oggersheimer ihr Pate?

Täuschen sich ehemalige Mitarbeiter des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses in ihrer Erinnerung nicht und sind gewisse Unterlagen in ihrem Besitz nicht falsch – dann gründete sich die Machtmaschine des schwarzen Kanzlers auch auf Stimmenkauf: Denn Kohls Mehrheiten auf den CDU-Parteitag wurden ganz wesentlich mit Hilfe von Weyrauchs Anderkonten abgesichert.

Immer wieder ereigneten sich vor den Augen ranghoher CDU-Funktionäre in der Bundesgeschäftsstelle kleine Wunder. Wenn die Landesverbände die Entwürfe ihrer Haushaltspläne bei der Bundespartei einreichten, klafften häufig hässliche Löcher zwischen Einnahmen und Ausgaben. Ehe die endgültigen Etats präsentiert wurden, hatte es oft Vier-Augen-Gespräche zwischen dem Chef und den Landesvorsitzenden gegeben. Und plötzlich waren die Löcher weg.

„Wir wussten nur“, so einer der Spitzenleute der Geschäftsstelle, „dass Kohl irgendwelche Quellen hatte, aus denen er immer wieder Gelder hervorzauberte.“ Die Empfänger ahnten es zumindest auch.

Was keiner so genau wissen wollte, wird nun überall in der Republik bekannt. Viele hingen am Tropf des Übervaters. Von welchem Konto das Geld geflossen war, erklären Profiteure wie der Bremer Vorsitzende Bernd Neumann schmallippig, das habe „nicht interessiert“.

In den Rechenschaftsberichten der Bundespartei seien die Zahlungen unter „Zuschüsse an Gliederungen“, bei den Landesverbänden unauffällig als Einnahmen verbucht worden. Nicht Rechtsverstöße seien das Problem gewesen, so ein führender CDU-Mann, „aber die innerparteiliche Demokratie“ habe unter diesem Vorsitzenden Schaden genommen.



CDU-Chef Schäuble: „Die Partei wird weiter existieren“

Bundesweit gestreuter „Bimbos“, so nennt Kohl Geld, war für den Kanzler, der sich stets gebrüstet hatte, die Partei bis hinab in die Kreis- und Ortsverbände zu kennen wie kein Zweiter, eine langfristige Investition. „Ein virtuos System zur Macht-sicherung“, erinnert sich ein ehemaliger CDU-Präside: „Kohl verteilte Geld gegen Informationen.“ So hatten interne Gegner wie Ernst Albrecht niemals eine Chance. Auch der Putschversuch von Geißler und Lothar Späth 1989 war deshalb zum Scheitern verurteilt.

Kohl, glauben vor allem die jüngeren Abgeordneten, habe „der Partei ein Danaergeschenk gemacht“. Mit seiner „Ich-wollte-doch-nur-meiner-Partei-dienen-Nummer“ mache sich der Altkanzler zum Märtyrer und beende zugleich den Klärungsprozess. Schon bald werde sich der Druck wieder auf die Partei verlagern.

Längst ist fraglich, ob Schäuble seine Balance zwischen Distanz und Nähe zu Kohl durchstehen kann. Intern spricht er voller Zorn über seinen Vorgänger, dessen Erb-lasten und verlangt: „Der ganze Stall gehört ausgemistet“ – um dann einzuräumen, die Sache sei nur mit und nicht gegen Kohl unter Kontrolle zu halten. Der Not gehorchend, warnte er die Fraktion: „Unsere Mitglieder würden uns verfluchen, wenn wir uns jetzt von Helmut Kohl ab-

„Hat der heute Ausgang?“

Marzipan in Lübeck, Talkshow in Dresden: Nur im Bundestag lässt Kohl sich nicht blicken.

Montag: Früh sitzt der Altkanzler in seinem Fraktionsbüro Unter den Linden gegenüber vom Hotel Adlon. Er feilt an einer Vier-Punkte-Erklärung für das CDU-Präsidium. Um 12.50 Uhr kommt Parteichef Wolfgang Schäuble. Das Gespräch dauert 50 Minuten. Auf Ledersesseln vor dem Büro warten Journalisten. Um 15 Uhr dringt Kohl aus der Tür und nimmt sich einen vor: „Sie haben kein Recht, hier zu sitzen.

Petit Four lehnt er ab, den Marzipanaal packt er ein. Ältere Damen klatschen, Kinder holen sich Autogramme. Auf dem Weihnachtsmarkt ruft eine Waffelbäckerin: „Mein Bester! Wann geht der andere und Sie kommen wieder?“

19 Uhr, Lübecker Kongresshalle: Trommelwirbel, eine Band spielt „O when the Saints“, 1600 Besucher klatschen im Takt: „Helmut, Helmut!“ Kohl ist verzückt. Alles wie früher. Fast.

Erstmals bekennt er vor Publikum Fehler. „Dazu stehe ich.“

Mittwoch: Kohl arbeitet den ganzen Tag in seinem Berliner Büro. Den Reichstag meidet er, wohl auf Schäubles Wunsch. Der Parteichef fürchtet Eskalationen. Aufgekratzt erscheint Kohl abends zur CDU-Weihnachtsfeier im Hotel Schweizerhof. Scherzend geht er von Tisch zu Tisch: „Ihr Heuchler wart doch alle froh, wenn ich Euch geholfen habe.“ Alle lachen, manche herzlich, manche ängstlich. Pippo Balistreri wartet vergeblich auf seinen stets hungrigen Gast. Der Chef von Kohls Lieblingsrestaurant „La Cascina“ in Wilmersdorf sagt: „Das letzte Mal war er vor einer Woche hier.“

Donnerstag: Der Bundestag beschließt die Einsetzung des Untersuchungsausschusses „Parteispenden und Waffenhandel“. Der Sitz des künftigen Hauptzeugen bleibt frei. Während Schäubles Rede rufen die SPD-Parlamentarier: „Wo ist Kohl?“ Der verlässt erst um 18 Uhr sein Büro und fährt in seine Altbauwohnung in Wilmersdorf. Auf dem Weg stoppt er bei „Butter Lindner“, Fachgeschäft für Kalorienreiches. Für 44 Mark kauft er Brot, Kaisersülze, Salami und Mondseer Käse. Ein Passant wundert sich: „Hat der heute Ausgang?“

Freitag: In der MDR-Talkshow „Riverboat“ drohen Kohl keine fiesen Fragen. Intendant Udo Reiter begrüßt ihn mit „Herr Bundeskanzler“. Kohl grient und verlangt nach Kaffee. In der Sendung dozieren er: „Manches im Leben ist eine Ermessensentscheidung.“ Er meint Europa. „Ich will nach Hause“, sagt er hinter den Kulissen. Dann geht es ab nach Oggersheim. CHRISTOPH SCHULT

wenden.“ Der Angesprochene spürte die Reste der alten Macht sehr wohl. Teilnehmer der Präsidiumssitzung empfanden den Patriarchen wie „einen, der weiß, dass er rechtlich was falsch gemacht hat, moralisch aber nicht“.

Schließlich ist auch für seine Feinde undenkbar, dass Kohl selbst von Barem profitierte. Und daraus leitet der schwarze Riese sein mangelndes Schuldbewusstsein ab. Geld war zwar das Machtmittel schlechthin, aber es diente immer dem Machterhalt der CDU und damit, so sah es Kohl, dem Wohle Deutschlands.

Also empört er sich, wann immer es geht, über den nicht erhobenen Vorwurf, ein gewöhnlicher Raffke zu sein. Den zweiten Teil der Wahrheit verschweigt er allerdings gern: Einen Kohl kann man wohl nicht kaufen. Aber Kohl kauft selbst.

Kein Parteichef akquirierte so ungeniert Spenden wie er, keiner konnte mit Geld so zynisch demütigen, motivieren und regieren. Er ließ über das CDU-Unternehmen „Dico-Soft“ vor dem Bremer Parteitag 1989 diejenigen Kreis- und Landesverbände mit Computern ausstatten, auf deren Hilfe die Rebellen bauten. Die Firma geriet in Not, aber Kohl gewann die Schlacht.

Auch Abfindungen, die in ihrer Höhe den Charakter von Schweigegeldern erhielten, wurden offenbar vom KoKo-System bezahlt. Die in Ungnade gefallenen Mitarbeiter Geißlers erhielten zusammen eine halbe Million Mark, der geschasste Generalsekretär selbst soll, so wird in der CDU-Schatzmeisterei kolportiert, die gleiche Summe erhalten haben. Es sei deutlich weniger gewesen, sagt dagegen der ehemalige General.

Schon Mitte der sechziger Jahre – da war er noch Vorsitzender der Landtagsfraktion in Mainz – taucht Kohls Name in Verbindung mit Gönnern auf, die der CDU über illegale Umwege Spenden zukommen ließen. Unter seiner Regentschaft gedieh das wirtschaftlich schwache Rheinland-Pfalz zur Steueroase für Parteispender.

Nirgendwo sonst wuschen gemeinnützige Tarnorganisationen Zuwendungen so ungestört von lästigen Finanzbeamten zu quittungsgerechten Spenden. Als Kohl in einem Untersuchungsausschuss zur Praxis im Land der Rüben und Reben befragt wurde, befahl ihm jener Gedächtnisschwund, der als „Blackout“ zum Synonym für unverfrorenes Täuschen wurde.

Das heimische Beziehungsgeflecht entfaltete Kohl auch jenseits der Partei. So finden sich inzwischen ungewöhnlich viele Spuren nach Liechtenstein und in die Schweiz. Nicht nur Kohl-Freund Röllner von der Dresdner Bank, die auch beim mysteriösen Verkauf des DDR-Kombinats Leuna an den französischen Multi Elf mitwirkte, unterhielt dort die Stiftung Gallumena für einen, wie er behauptet, Dritten.

Kohls und Kieps williger Helfer Uwe Lüthje hatte dort bis 1992 Gelder in der Stiftung „Tenira“ deponiert. Einer der



Wahlkämpfer Rühle, Kohl: „Ihr wart doch froh“

Sie lungern vor meinem Büro herum und schnüffeln.“ Zornesrot spricht er von „Methoden wie in einer Diktatur. Ich Sorge dafür, dass das ein Ende hat“.

Dienstag: Das Unions-Fraktionsgebäude darf heute nur mit Einladung betreten werden. Kohl fährt um zehn Uhr vor der CDU-Parteizentrale in der Mauerstraße vor. 20 Kamerateams versperren den Weg. Kohl stampft den Fußweg entlang, reißt Zierbäume und geparkte Fahrräder mit: „Ich fühle mich überhaupt nicht unter Druck“, sagt er und meckert über Journalisten: „Wie die ersten Menschen.“

Drei Stunden später: Im überdachten Innenhof der Parteizentrale verliert der CDU-Ehrenvorsitzende seine Erklärung, schüttelt Schäuble und Merkel die Hand und fliegt zum schleswig-holsteinischen Wahlkampf nach Lübeck. Gemeinsam mit Spitzenkandidat Volker Rühle lässt er im Café „Niederegger“ Marzipantorte servieren. Ein



Wahlkämpfer Kohl (1998): *Das Lebenswerk und die Partei zerstört*

REUTERS

Rechtsnachfolger war Lühje-Sohn Thomas, der bei der Hauck-Bank arbeitete – jenem Institut, bei dem Weyrauch die geheimen CDU-Konten führte.

Und noch eine Gemeinsamkeit macht stutzig: Treuhänder beider Stiftungen ist die Branchengröße Herbert Batliner. Er nennt Kohl gern seinen Freund, traf ihn im Urlaub am Wolfgangsee. Die beiden setzten 1993 zwölf Flaschen „edlen deutschen Weines oder nach freier Wahl gleiches Quantum Champagner“ um den EU-Beitritt Liechtensteins in diesem Jahrhundert. Kohl verlor nicht nur seine Geheimkonten, sondern auch die Wette – er muss am 2. Januar 2000 den Rebsaft abliefern.

Schäuble hält es für „ziemlich ausgeschlossen, dass Kohl selbst Konten in der Schweiz unterhalten hat“. Auch die erste Durchsicht der jetzt von Weyrauch bei der

„Die Frage, die alle bewegt, geht an Schäuble und lautet: Was hast du gewusst?“

Partei abgelieferten Geheimunterlagen habe „keine Hinweise ergeben, dass es Konten der CDU in der Schweiz gibt oder gab“.

Doch was ist noch ausgeschlossen in dieser Affäre? Auch die neue Garde der Christdemokraten ist plötzlich von Zaudern und Zögern befallen. Würde zunächst „rückhaltlose Aufklärung“ versprochen, so werden jetzt Einschränkungen gemacht. Natürlich würden nur Vorwürfe untersucht, nicht etwa das generelle Finanzgebahren der CDU. Vor der Fraktion machte der Parteichef bereits deutlich, dass es enge

Grenzen bei der Aufklärung gebe: Spenden, die nicht veröffentlichungspflichtig seien, würden auch nicht veröffentlicht.

Ungewöhnlich ist auch, was bei der CDU als „unabhängig“ gilt. Wenn Schäuble und Merkel über die Wirtschaftsprüfer reden, die derzeit in einem abgeschlossenen Raum im Bonner Konrad-Adenauer-Haus die Weyrauch-Akten prüfen, gehört dieses Adjektiv zum Standardrepertoire.

Doch die Gesellschaft Ernst & Young, die Licht in die Sache mit den schwarzen Konten bringen soll, ist den Christdemokraten keineswegs fremd. Der Kölner Wirtschaftsprüfer Erwin Pougin, dessen Unterschrift bis 1997 unter allen Rechenschaftsberichten der Partei steht, leitet seit 1996 die Kölner Filiale von Ernst & Young. Dass nun ausgerechnet die Kanzlei des Mannes, der bis vor drei Jahren die CDU-Financen prüfte, Klarheit in Kohls System bringen soll, findet SPD-Schatzmeisterin Inge Wetzig-Danielmeier „fragwürdig“.

Pougin, der seit 1985 auch die Finanzen des Vatikans in Ordnung bringt, soll auf Kohls Beichte äußerst verärgert reagiert haben. Er sei bisher von der Richtigkeit der CDU-Angaben überzeugt gewesen.

Noch etwas dürfte die Unruhe der um ihre Existenz fürchtenden Christdemokraten verstärken. Kiep hat vor der Staatsanwaltschaft ausgesagt, heißt es in der bayerischen Justiz, die CDU habe ihm seinerzeit in der Flick-Affäre alle Anwaltskosten ersetzt. Das habe er selbst unter vier Augen mit Kohl ausgehandelt. Nach Angaben aus der CDU waren das über eine Million Mark.

Dass er 1992 aus dem dunklen Topf mit der Schreiber-Million die verdienten Mit-

arbeiter Lühje und Weyrauch honoriert habe, sei jedoch nicht mit Kohl abgesprochen gewesen. Dagegen gehe er davon aus, soll Kiep zu Protokoll gegeben haben, dass seine Nachfolgerin Brigitte Baumeister über diese Zahlungen Bescheid gewusst habe. Schließlich habe er ihr ja den Schriftwechsel mit den beiden über das Sonderhonorar hinterlassen.

Als bald müssen sich auch andere Parteigrößen auf drängende Nachforschungen einstellen. Ein ehemaliges CDU-Präsidiumsmitglied erklärte nach den Weiterungen am vergangenen Freitag: „Die Frage, die alle bewegt, geht an Schäuble und lautet: Was hast du gewusst?“. Da dies ganz sicher im Untersuchungsausschuss gefragt werde, müsse die Verwicklung des heutigen CDU-Chefs vorher in der Partei geklärt werden. Es sei nicht glaubhaft, dass Schäuble als enger Vertrauter Kohls nichts gewusst habe. Gleiches gelte für andere der wichtigsten Kohl-Helfer wie Friedrich Bohl, Rudolf Seiters und Anton Pfeifer.

Einen der letzten Kohl-Getreuen im Adenauer-Haus erwischte es bereits: Hauptabteilungsleiter Hans Terlinden wurde von Schäuble entlassen, weil seine Abteilung jahrelang von der umstrittenen Kontenwirtschaft gewußt haben soll.

Da konnte der Trost des Patriarchen nicht helfen. Die Sozialdemokraten, erklärte Kohl im kleinen Kreis den zagenden Vertrauten, würden schon nicht so giftig fragen, „die haben das doch auch gemacht“.

TINA HILDEBRANDT, DIRK KOCH, WOLFGANG KRACH, FELIX KURZ, HARTMUT PALMER, HEINER SCHIMMÖLLER, BARBARA SCHMID, HAJO SCHUMACHER

Werbeseite

Werbeseite

Die weichste Stelle der Partei

Rechtzeitig zum SPD-Parteitag hat Bundeskanzler Schröder die Stimmung zu seinen Gunsten gewendet. Nach der Holzmann-Rettung gilt er den Sozialdemokraten wieder als einer der Ihren. Aber gelingt der SPD endlich der Wandel von der Oppositions- zur Regierungspartei?



Manchmal kriegt er schon wieder den blauen Stahlblick hin. Auch zieht Gerhard Schröder bisweilen wie früher an dicken Zigarren. Nur das Victory-Zeichen, die triumphierend gereckten Arme mit den gespreizten Siegesfingern – nach der Wahl zum Bundeskanzler im Oktober 1998 sein Markenzeichen –, fällt derzeit noch ein bisschen zaghaf aus, verlegen fast, als glaube er sich das neue Hochgefühl selbst nicht ganz.

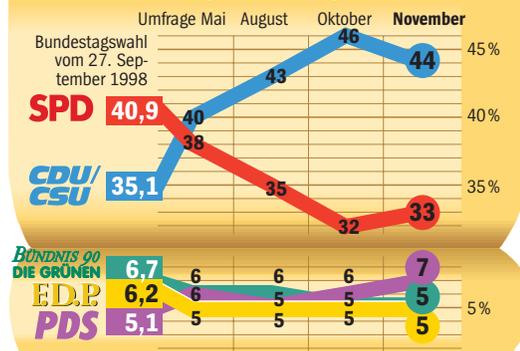
Gerhard Schröder, der Erfolg signalisierende Medienstar, ist wieder da, nachdenklich und um bittere Erfahrungen reifer. Auf dem Parteitag in Berlin hat er in dieser Woche die Chance zum Comeback für das Jahr 2000, das ihm im Februar und Mai mit den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen entscheidende Bewährungsproben abverlangt. Schröder übt sich jedenfalls in Zuversicht: „Das gewinnen wir.“

Sein Vorgänger Helmut Kohl hat ihm mit seiner Parteispenden-Affäre zweifellos geholfen. Doch den Durchbruch für die rot-grüne Koalition und die Traditionspartei SPD muss der forsche Sozialdemokrat nach Monaten der Zerstrittenheit und der Pannen, nach verheerenden Wahlniederlagen und quälenden Regierungstümpereien nun schon selbst schaffen – als Bundeskanzler und als Parteivorsitzender.

* Links: am vorvergangenen Samstag bei einer SPD-Regionalkonferenz in Nürnberg; oben: NRW-Bauminister Michael Vesper, NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn, Fraktionssprecherin Kerstin Müller, Außenminister Joschka Fischer am 13. November bei der NRW-Landesdelegiertenkonferenz in Düsseldorf.

Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



SPD-Chef Schröder, Genossen Riester (l.), Müntefering (r.): „Die Leute wollen Führung“



Grüne Koalitionspartner*: Unmut über das Ungeschick der Regierung

Damit der Machtwechsel keine Episode bleibt, wird sich die SPD endlich aufs Regieren einlassen müssen. 78 Prozent der SPD-Anhänger machen das schlechte Erscheinungsbild der rot-grünen Koalition für die Wahlschläppen dieses Jahres verantwortlich, aber nur 24 Prozent den Bundeskanzler, fand das Bielefelder Emnid-Institut im Auftrag des SPIEGEL heraus.

„Die Leute wollen Führung“, glaubt Schröder, und er sagt es so, als gelte es für seine Genossen wie für den Rest der Deutschen und als sei es ganz gleich, wohin er sie führe. Tatsächlich hat er spätestens mit der politisch populären, wirtschaftlich höchst umstrittenen und im Ausgang schwer absehbar Sanierungsaktion für den Pleitekonzern Holzmann sein Macherimage aufpoliert und sein Herz für die kleinen Leute gezeigt.

Das schmückt. Plötzlich scheint das Glück wieder auf seiner Seite. Der Kanzler Schröder sonnt sich im Erfolg, sowohl seinen Sparhaushalt als auch eine Reihe von Reformen im Bundestag durchgesetzt oder angeschoben zu haben. Der SPD-Chef ist von Landesparteitagen zu Regionalkonferenzen gereist, um seine Sensibilität für soziale Gerechtigkeit zu beteuern: „Der Markt darf die Gesellschaft nicht beherrschen.“

Dabei ist aus dem Mann, der sich in Bochum mit Knitterfalten und fahriger Tapferkeit dem Zorn der aus den Rathäusern an Rhein und Ruhr vertriebenen Genossen stellte, wieder ein selbstbewusster Politiker geworden. „Wir haben lange genug in den Abgrund geschaut“, wird er seiner Partei in Berlin einhämmern. Ihn selbst pflegt dieser Blick zu Kraftakten anzuspornen.

Vorbei freilich ist die Zeit, als Begriffe wie „Dynamik“, „Flexibilität“ und „Beweglichkeit“ den Kanzler uneingeschränkt positiv beschrieben. Jetzt präsentiert sich der regierende Staatsmann Schröder lieber vor gravitäischem Hintergrund. „Verantwortung für Deutschland“ dröhnt es von der schwarz-rot-goldenen Deko-Wand im Berliner Parteitagssaal. „Zukunft braucht Mut“ wird angemahnt.

Den braucht der inzwischen wieder höchst zuversichtliche Gerhard Schröder weniger als seine Partei. Denn anders als beim grellen, lauten und telegenen „Krönungs“-Parteitag im April 1998 in Leipzig, als Schröder nach Regieanweisung winkte „bis zum Ende der Musik“, warten in Berlin eher Skeptiker als Jubler auf ihn.

Wofür steht dieser Kanzler und SPD-Chef nun eigentlich? Im Berliner Kongress-Hotel Estrel erhoffen sich nicht nur die Delegierten eine Antwort auf die Frage, wie der Prag-

matiker Schröder heute die Akzente setzt im Spannungsfeld zwischen den Begriffen „Innovation“ und „Gerechtigkeit“, mit denen damals Oskar Lafontaine und er die Bundestagswahl gewonnen hatten.

Ist er wirklich einer von ihnen? Was ist dran am Buhmann-Image vom Cashmere- und Cohiba-Kanzler, der – fasziniert von Globalisierung und Modernisierung – mehr an die Vernunft des Marktes glaubt als an die Steuerungskräfte der Politik? Oder sollte sich im sozialen Karrieristen Schröder, dem als Sohn einer Putzfrau die Chance zum Studium als unerhörtes Privileg erschien, trotz aller Arriviertheit doch eine Art „Robin Hood“ der Marktwirtschaft verstecken?

Am liebsten wäre den Genossen eine Eindeutigkeit, die im richtigen Leben selten, bei Gerhard Schröder so gut wie nie vorkommt. „Vielleicht“, hofft der frühere Fraktionschef Hans-Ulrich Klose, „treibt ihn der Parteitag ja in eine klare Führungsrolle. In die Enge getrieben, ist Schröder schon immer am besten gewesen.“

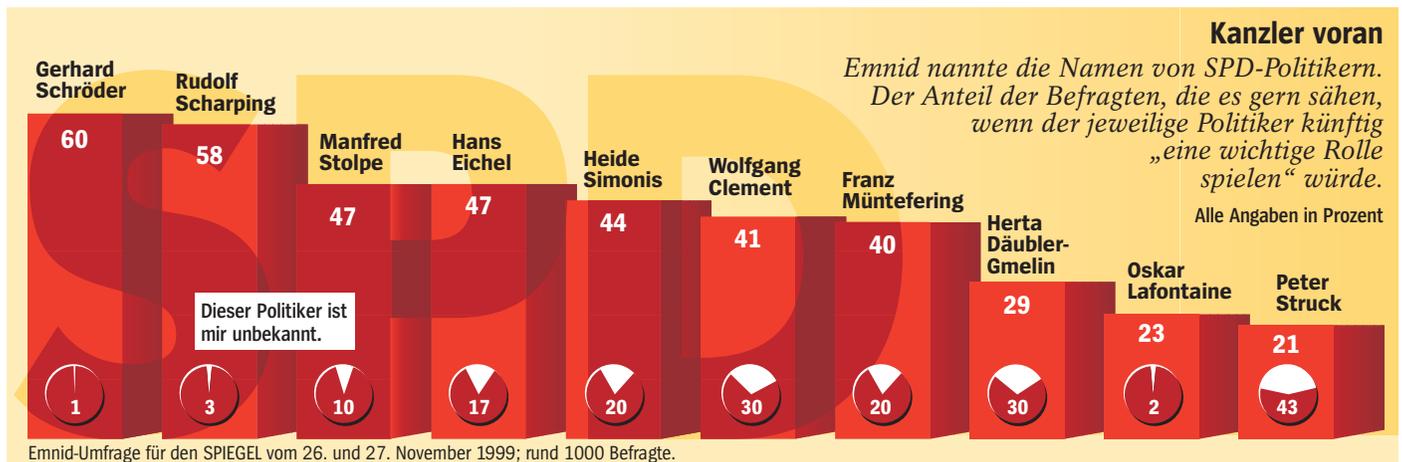
Wirklich beigelegt sind die Differenzen zwischen dem neuen Vorsitzenden und dem Gros der Genossen nicht. „Wir denken noch zu oft als zwei verschiedene Parteien“, räumt der künftige Generalsekretär Franz

„Natürlich muss Schröder auch weiterhin vor allem der Modernisierer sein“

Müntefering ein – hier die Regierungs-SPD im Kanzleramt und in Ministerien, dort die Oppositionspartei im Parlament und in Ortsvereinen, die in 16 langen Kohl-Jahren gelernt hat, „dagegen“ zu sein und „mehr“ zu fordern (siehe auch Seite 40).

13 Monate rot-grüner Regierung haben diese Widersprüche und Ungereimtheiten nicht beseitigt, im Gegenteil. Die Flucht Lafontaines im März, der Kosovo-Krieg, Fehler beim Regierungshandwerk und massive Vermittlungsdefizite in den Unterbezirken und Kreisverbänden hinterließen zusätzliche Wunden.

Als dann das Schröder-Blair-Papier in Verbindung mit den miserablen Europa-



Kanzler voran

Emnid nannte die Namen von SPD-Politikern. Der Anteil der Befragten, die es gern sähen, wenn der jeweilige Politiker künftig „eine wichtige Rolle spielen“ würde.

Alle Angaben in Prozent

wahlen erschien, das Sparpaket verknüpft wurde mit der Korrektur der Rentenversprechen – da begannen selbst sturmerprobte Genossen laut zu hadern.

Schröder kann den Unmut verstehen, doch ist er nicht bereit, alles dem Ungeschick der Koalition zuzurechnen. Er sieht im Zustand der Politik auch ein Spiegelbild der Verwerfungen und Umbrüche, die den Alltag aller Bürger durcheinander bringen. Die Partei, sagt einer seiner Berater, „ist genauso orientierungslos wie die ganze Gesellschaft“.

Bisher hat der Kanzler den Bürgern bei der Wegweisung allerdings auch wenig geholfen. Kein Wunder also, dass die renitente Basis ihre Zweifel in einer Reihe von Anträgen auf dem Parteitag anmeldet. Von der Wiedereinführung der Vermögensteuer („Millionäre zur Kasse“) bis zum Tempolimit enthält das Antragsbuch ein ganzes Bündel von Vorschlägen, die mit Schröders Regierungsarbeit wenig kompatibel sind.

So wird dem Vorsitzenden ein geradezu akrobatischer Akt abverlangt. Er muss einerseits dem Bedürfnis der Partei nach sozialdemokratischen Grundwerten Rechnung tragen, muss ihr jene „eiserne Ration“ aus der heilen alten Sozi-Welt lassen,

* Oben: am 24. November in Frankfurt am Main; unten: Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier in Schröders Berliner Büro.



Jubelnde Holzmann-Beschäftigte*: Von Fall zu Fall eingreifen

ohne die – nach der Einschätzung des Philosophen Odo Marquard – keine neue Welt zu ertragen ist. Andererseits darf er seinen Innovations- und Modernisierungskurs nicht aus den Augen verlieren, will er nicht der Beliebigkeit gescholten werden.

Das ist selbst für einen so instinktsicheren Gratwanderer wie Gerhard Schröder ein Dilemma: „Er kann nicht für Veränderung und Wärme gleichzeitig stehen“, mahnt ein Parteilinker. „In jedem Fall muss er aber zeigen, dass er was übrig hat für die Seelenlage der Partei.“

Tatsächlich hat Schröder während der Haushaltsdebatte unlängst auffällig häufig und mitfühlend von den „Menschen in Deutschland“ gesprochen, von Alten und Jungen, die eine Perspektive brauchten, von denjenigen, „die in den Betrieben tatsächlich die Werte schaffen, von denen wir alle leben“, von den „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die jeden Tag

erneut ihre Pflicht tun“. So redet sonst vorzugsweise Rudolf Scharping.

Das war eine Art Generalprobe für die Parteitagsrede, an der seine engsten Berater seit Wochen feilen. Schröder hat sogar die ihm nicht uneingeschränkt zugetanen Veteranen Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel um Rat gefragt, dazu eine große Zahl von Intellektuellen und Experten. Er wird versuchen, wärmende Traditionswerte vor allem durch eine nachhaltige Konzentration auf den Begriff „Solidarität“ zu erzeugen. Allerdings legt Schröder Gewicht auf eine Balance zwischen Förderung und Forderung: „Wenn wir als Gesellschaft, für die der Staat handelt, jemandem helfen, der in einer existenziellen Krise ist, dann muss auch der das ihm Mögliche tun. Ein eigener Beitrag zur gesellschaftlichen Solidarität ist ihm zuzumuten.“

Es ist also eher die „elegische Sprache“ seines Freundes Tony Blair, von der sich Schröder distanziert, als der Inhalt jenes unter linken Sozialdemokraten verhassten Papiers, das er mit seinem britischen Kollegen hat verfassen lassen. Denn das bleibt: „Ich gehöre zu denjenigen, die auf die Marktkräfte setzen, weil ich erfahren habe, dass der Markt das beste Steuerungsmittel der Wirtschaft ist“, wie Schröder vergangene Woche im ZDF wiederholte. Nur von Fall zu Fall behalte er sich vor, pragmatisch eingzugreifen wie bei Philipp Holzmann.

Kanzler Schröder, Mitarbeiter*: „Wir haben lange genug in den Abgrund geblickt“

F. OSSENBRINK



Anspruch und Wirklichkeit

Bilanz rot-grüner Vorhaben

Atomausstieg

ZIEL

Möglichst im Konsens, unumkehrbar und entschädigungsfrei soll der Atomausstieg eingeleitet werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Und dies zum Teil schon in den ersten 100 Tagen. Kommt es zu keiner Einigung mit den Energiebossen, drohte die Koalition mit einem Gesetz. Über eine Befristung der Betriebsgenehmigungen für die Meiler wollte sie dann den Ausstieg festschreiben.

Was erreicht wurde

Der Atomausstieg entzweit die Koalition. Die Industrie beharrt auf einem „technischen Auslaufen“ der profitablen Reaktoren, die Grünen wollen noch in dieser Legislaturperiode mindestens einen Meiler abschalten. Zur Not will die Koalition den Ausstieg auch im Dissens mit den Stromern erzwingen. Noch dieses Jahr will die Regierung daher ein Gesetz vorlegen, das eine Betriebserlaubnis von 30 Jahren festschreibt. So soll die Industrie möglichst bis Weihnachten wieder an den Verhandlungstisch gebracht werden.

Steuerreform

ZIEL

Entlastung von Bürgern und Unternehmen durch eine dreistufige Steuerreform – finanziert durch eine breitere Bemessungsgrundlage, Vereinfachung des Steuersystems, Schließen von Schlupflöchern. Das Kindergeld soll steigen. Eine dreistufige Ökosteuern finanziert die Senkung der Lohnnebenkosten. Danach will die Regierung zur großen Reform der Unternehmensteuer ansetzen.

Was erreicht wurde

Die Steuerreform ist beschlossene Sache. Die erste Stufe greift bereits seit Januar 1999 mit einer leichten Senkung der Einkommensteuersätze. Das Kindergeld stieg um 30 Mark und wird auf Druck des Verfassungsgerichts schon im Januar 2000 um weitere 20 Mark erhöht. Auch die beiden weiteren Stufen der Steuerreform sind bereits verabschiedet und treten 2000 und 2002 in Kraft. Die Ökosteuern ist ebenfalls beschlossen, bis 2003 wird Benzin pro Jahr um 6 Pfennig und Strom jährlich um 0,5 Pfennig mehr besteuert. In wenigen Wochen soll der Entwurf für die Unternehmensteuerreform vorgelegt werden, dem jedoch die Opposition im Bundesrat zustimmen muss.

Rentenreform

ZIEL

Stopp der CDU-Reform und der damit verbundenen Rentenniveaукürzungen. Die Rentenbeiträge sollen mit einer großen Strukturreform langfristig stabilisiert werden. Eckpunkte: eigenständige Alterssicherung von Frauen, verbunden mit Einschnitten bei der Hinterbliebenenrente, Stärkung der privaten Vorsorge, Ausbau der Rente nach Mindesteinkommen und eine bessere Absicherung von Teilzeitarbeitnehmern.

Was erreicht wurde

Die CDU-Reform wurde gestoppt, die Rentenbeiträge steigen vorerst nicht. Mindestrente, mehr private Vorsorge und Rente mit 60 – noch hat Riesters Ministerium keine konkreten Pläne vorgelegt. Im Juni wurde beschlossen, dass die Renten für zwei Jahre nur noch mit der Inflation steigen. Die Opposition zeigt Bereitschaft, noch vor Weihnachten mit der Regierung Gespräche über eine große Reform zu beginnen.

Gesundheitsreform

ZIEL

Die Gesundheitskosten sollen durch ein jährliches Globalbudget gedeckelt werden. Die Kassen sollen die Krankenhäuser direkt finanzieren, und die Rolle des Hausarztes soll gestärkt werden.

Was erreicht wurde

Von der Reform blieb wenig übrig. Einzige Neuigkeit: Das Krankenhaus-Notopfer in Höhe von 20 Mark wurde abgeschafft, Zuzahlungen für Medikamente wurden reduziert. Der Kempunkt Globalbudget wäre am Bundesrat gescheitert, Ärzte und Verbände hatten massiv dagegen protestiert. Die Suche nach einem Kompromiss im Vermittlungsausschuss blieb ohne Ergebnis.

Doppelte Staatsbürgerschaft

ZIEL

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht soll die Integration erleichtern. Ausländische Kinder und Jugendliche bekommen zu ihrem bisherigen einen deutschen Pass, wenn sie in Deutschland geboren sind oder bereits acht Jahre hier leben und zumindest ein Elternteil über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt.

Was erreicht wurde

Nach der bundesweiten CDU-Unterschriftenaktion zur hessischen Landtagswahl im Frühjahr blieb im neuen Gesetz nur der Doppelpass auf Zeit. Junge Ausländer bekommen zwar jetzt den deutschen Pass neben ihrem bisherigen, müssen sich aber bis zum 23. Lebensjahr endgültig für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Ein neuer Schröder ist das nicht. Inständig hat Müntefering ihn davor gewarnt, sein Image umzudrehen: „Natürlich muss Schröder auch weiterhin vor allem der Modernisierer sein.“

Auch der Versuchung, den Linken in der Partei mit symbolträchtigen Angriffen auf die Vermögenden entgegenzukommen, hat Schröder deshalb widerstanden. Bei der mit Spannung erwarteten Vorstellung seiner Vorschläge, wie die SPD große Vermögen stärker zur Finanzierung des Haushalts heranziehen möchte, beschränkte er sich am vorigen Freitag auf fünf allgemein gehaltene Maßnahmen, die ohnehin seit längerem anstehen: eine Reform des Stiftungsrechts, das Streben nach einer europäischen Lösung zur Besteuerung von Kapitalerträgen, eine Verbesserung des Kampfes gegen Steuerhinterziehung, eine Erweiterung der Möglichkeiten zur Beteiligung von Beschäftigten am Produktivkapital sowie eine steuerliche Neubewertung von Immobilienbesitz.

„Zu mager“, findet die Abgeordnete Andrea Nahles. Parteitagroutiniers wie der Abgeordnete Willfried Penner hingegen loben den Kanzler dafür: „Die Leute wollen keinen verkleideten, sondern den echten Schröder.“

Nur – wie erkennt man den? Sicherlich eher an seinen Taten als an seinen Worten. Es ist deshalb das Sparpaket des Finanzministers Hans Eichel, das deutlicher als alle programmatischen Erklärungen den „Wendepunkt“ markiert, den die Regierung Schröder der eigenen Partei zumutet. 30 Milliarden Mark weniger – das signalisiert mehr „Mut zur Zukunft“, als die Partei erlaubt.

Eichels Haushaltspolitik zeigt, wohin die Reise gehen könnte. Der Publizist Warnfried Dettling, als ehemaliger Leiter der Planungsgruppe im Konrad-Adenauer-Haus allzu großer Nähe zu Rot-Grün unverdächtig, lobt die Steuer- und Sparpolitik der Regierung als eine „andere soziale Philosophie für das 21. Jahrhundert“. Erstmals werde bei der sozialen Frage die Zukunft mitgedacht.

Kein Wunder, dass sich die Ängste und das Misstrauen der Deutschen auf dieses Sparprogramm konzentrieren. Rechte Reiche wie linke Arme treffen sich im Argwohn. Wird ihnen da nur etwas weggenommen? Oder hat das Sparen einen tieferen Sinn?

Es sind immer dieselben Fragen, mit denen Schröders Finanzminister konfrontiert

wird. Am vorvergangenen Wochenende waren es der Soziologe Oskar Negt, der SPD-Vordenker Johano Strasser, der SPD-Vize Wolfgang Thierse, die Ex-Ministerin Regine Hildebrandt und der IG-Metaller Harald Schartau, die – in Varianten – wissen wollten: „Wofür“ sparen wir so rigoros? Wie heißt die Idee dahinter?

Und sie hörten – auf dem 12. Ideentreff der „Aktion für mehr Demokratie“ im Willy-Brandt-Haus in Berlin – von Eichel immer dieselben Antworten: dass ein Staat, der jedes Jahr 82 Milliarden Mark Zinsen zahlen muss, kaum noch handlungsfähig sei; dass Zinszahlungen, die ja mit Steuergeldern finanziert werden, „die größte Umverteilung von unten nach oben“ darstellten und deshalb sozial ungerecht seien.

„Zukunftsfähigkeit und Generationengerechtigkeit“, schloss Eichel sein Kurzplädoyer für Schuldenabbau, seien für ihn „die schönste ethische Begründung von Finanzpolitik“, seit es Sparpakete gibt.

Kaum war er fertig, stand einer aus dem Publikum auf: „Ich bin hierher gekommen mit der Hoffnung, zu erfahren, welches Ziel die Bundesregierung mit ihrer Sparpolitik verfolgt. Doch leider muss

ich sagen: Ich bin genauso schlau wie vorher.“

Was Eichel in Berlin widerfuhr, erlebte Schröder in Köln und Hamburg, in Bochum und Nürnberg, und in dieser Woche dürfte es ihm wieder bevorstehen: Den Sozialdemokraten ist der gemeinsame Code abhanden gekommen.

Nun rächt sich, dass die SPD im Wahlkampf bewusst mit unscharfen Begriffen

Solange Lafontaine da war, musste Schröder nicht die Herzen wärmen

operierte, um eine Projektionsfläche für die Hoffnungen möglichst vieler Menschen zu bieten. Mit dem Doppelpack Schröder/Lafontaine und der Nimm-zwei-Formel „Innovation und Gerechtigkeit“ suggerierte die SPD sich selbst und den Wählern, sie müssten sich nicht für eine Richtung entscheiden, möglich sei ein entschlossenes Sowohl-als-auch.

Gemeinsam feierten sie den Sieg, doch insgeheim reklamierten die Protagonisten beider Richtungen den Löwenanteil des Erfolgs für sich. Das war zunächst nicht weiter schlimm – bis einer der beiden das Feld verließ und der andere „nicht gleich kapiert hat, dass er den anderen Part jetzt mit übernehmen muss“, wie es Eichel formuliert.

Im Gegenteil: Anstatt auf die vom putschartigen Rückzug Lafontaines zutiefst verunsicherte Partei einzugehen, eilte Schröder, damals noch geleitet vom Dritten-Weg-Pfadfinder Bodo Hombach, in die entgegengesetzte Richtung.

Das Schröder-Blair-Papier, klagt der Unterbezirk Düsseldorf in einem Antrag zum Parteitag, habe „die Identität der SPD als Partei der linken Mitte verwischt. Das hat zu Verunsicherung und Orientierungslosigkeit geführt“.

Solange Lafontaine da war, musste Schröder nicht die Herzen der Genossen wärmen, dafür hatten die ja „den Oskar“. Seit dessen Abgang aber steht Schröder, der immer schon ein ziemlich egomanischer Genosse war, unter Generalverdacht. Und das Schlüsselwort für das Misstrauen heißt „soziale Gerechtigkeit“.

Keinen anderen Begriff verwenden Sozialdemokraten so häufig, kein anderer ist so emotionsgeladen. Allein im Leitantrag zum Parteitag kommt er, in den verschiedensten Formulierungen, rund 30-mal vor. Seit Schröders Versuch, soziale Gerechtigkeit von oben herab neu zu definieren („das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln“), ist ein Kampf entbrannt um die Deutungshoheit, welche Politik das Prädikat sozial gerecht verdient.

Die Schlacht, die mit Papieren und Gegenpapieren ausgetragen wird, hält die Partei sowie ihre Anhänger und Gegner seit

dem Sommer bei Laune. Und diese Frage bleibt nach Einschätzung des Regierungssprechers Uwe-Karsten Heye die „weichste Stelle der Partei“.

Zu praktisch jeder Position lässt sich in der SPD mühelos auch deren Gegenteil finden. Verteufeln die einen steuerliche Entlastung von Unternehmen als „Fortsetzung ungerechter, neoliberaler Umverteilungspolitik“, sehen andere ebendarin die Grundvoraussetzung, Ressourcen für sozialen Ausgleich zu erwirtschaften.

Hinter dem Streit um das Copyright auf die beste Idee zur allgemeinen Wohlstandshebung verbirgt sich eine noch viel grundsätzlichere, die SPD nicht minder spaltende Frage: Die nach dem richtigen Maß an Staat. Um zukunftsfähig zu bleiben, mahnt Erhard Eppler seine Partei, müsse die SPD „ohne Scheuklappen entscheiden, was Sache des Marktes, was Aufgabe der Zivilgesellschaft und was Pflicht von Gesetzgebung und Regierung ist“.

Von einer schlüssigen und mehrheitsfähigen Antwort werden Kanzler wie Partei auch nach dem Berliner Parteitag noch weit entfernt sein. Als auf einer Podiumsdiskussion zur sozialen Gerechtigkeit der Hildesheimer Bischof Josef Homeyer unlängst dem Bundeskanzler den Max-Horkheimer-Satz „Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit. Je mehr Gleichheit, desto weniger Freiheit“ ans Herz legte, meinte

Schröder nur: „So brillant, dass es einen hilflos macht.“

Da hält einerseits Müntefering „Eigenverantwortung, Individualität und Leistung“ nicht für „Begriffe, vor denen Sozialdemokraten davonlaufen sollten“. Andererseits sind die Jusos nach wie vor überzeugt, soziale Gerechtigkeit lasse sich „nur durch aktives staatliches Handeln“ herstellen.

In dieser Frage gehören die Jusos zum Mainstream der Partei: Ein Blick in das 372 Seiten dicke Antragsbuch zum Parteitag offenbart, wie dominant in der SPD noch immer die Vorstellung ist, es gehe umso gerechter zu in der Welt, je mehr Geld der Staat verteilt.

Die Phantasie der Sozialdemokraten ist grenzenlos, wenn es um Mittel und Wege geht, an das Geld der Wohlhabenden zu gelangen. Maschinensteuer, Wertschöpfungsabgabe, Extra-Steuer auf Luxusgüter, Vermögenssteuer oder -abgabe – in den Anträgen findet sich die gesamte Palette steuerpolitischer Folterwerkzeuge, die viele Sozialdemokraten gern wieder hervorholten, wenn der Kanzler und Parteivorsitzende sie nur ließe.

Was die Debatte in der Partei zusätzlich erschwert: Bis heute ist nicht hinreichend geklärt, wer Schröder warum gewählt hat.

Für die Genossen des SPD-Bezirks Wetterau in Südhessen steht außer Zweifel: „Die Bundestagswahl ging nicht zu Güns-

Fest im Sattel?

„Glauben Sie, dass die rot-grüne Regierung mit Kanzler Gerhard Schröder bis zum Jahr 2002 durchhält?“

Regierung hält **55**

Regierung zerbricht **42**

„Trauen Sie Schröder zu, die Arbeitslosigkeit, wie versprochen, deutlich zu senken?“

ja **27**

nein **71**

„Hat sich Schröder mit seinem politischen Kurs in den letzten Monaten der SPD angenähert oder die SPD sich ihm?“

Schröder hat sich der Partei angenähert **33**

Die SPD hat sich Schröder angenähert **45**

weder noch **18**

Alle Angaben in Prozent. Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 26. und 27. November 1999; rund 1000 Befragte.

Bestrafte Regierung

„Bei den letzten Landtagswahlen hat die SPD zum Teil starke Verluste hinnehmen müssen. Welches sind die Gründe für die Wahlniederlagen?“

das schlechte Erscheinungsbild der rot-grünen Koalition **82**

mangelnde Gerechtigkeit beim Sparpaket **65**

Fehler in der jeweiligen Landespolitik **55**

Bundeskanzler Gerhard Schröder **45**

Mäßiges Vertrauen

„In der nächsten Zeit stehen einige Reformvorhaben der Regierung an. Welche Reformen wird Gerhard Schröder eher durchsetzen können?“

in der Haushaltspolitik **61**

bei den Steuern **54**

bei der Rente **47**

im Gesundheitswesen **41**



FOTOS: F. SCHUIZ (li.); T. IMO / IMO (re.)

Rivalen Scharping, Lafontaine, Minister Scharping*: Zumutungen für die Sozialdemokraten

ten der SPD aus, weil die Bürger sich nach mehr Eigenverantwortung und weniger sozialer Sicherheit sehnten; das Gegenteil ist der Fall.“

Ganz falsch liegen sie damit nicht, wie eine Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie beweist. Der Ausgang der Bundestagswahl, glaubt die Meinungsforscherin Renate Köcher, sei ein Plebiszit für den herkömmlichen Sozialstaat und gegen die Reformpolitik der alten Regierung gewesen. Umso herber sei dann die Enttäuschung ausgefallen, als plötzlich auch die neue Regierung auf Sparkurs ging.

Im Zweifel, so Köchers ernüchternde Botschaft für alle Reformpolitiker, zögen die Bürger einen fürsorglichen Staat vor, selbst wenn er mehr kostet: „Mehr Eigenverantwortung, weniger Staat – damit verbindet die Bevölkerung in erster Linie die Erwartung einer zunehmenden sozialen Differenzierung, mehr Kälte und Egoismus.“

Und Gerhard Schröder, der regierende Sozialdemokrat im Kanzleramt, ist inzwischen zur Symbolfigur dieses staatlichen Wärmeentzugs geworden. 58 Prozent aller SPD-Anhänger sehen in mangelnder Gerechtigkeit beim Sparen den Grund für die Wahlniederlagen dieses Jahres. Ausgerechnet der Medienliebling, den die Zuneigung einer breiten Wählermehrheit letztlich der SPD aufgenötigt hat, weil er nichts anders, nur manches ein bisschen besser machen wollte als Helmut Kohl – ausgerechnet dieser Gerhard Schröder muss nun den Deutschen unangenehme Wahrheiten zumuten. Erst langsam dämmert ihm, dass er – wie sein Vorbild Willy

Brandt mit der Ostpolitik – unversehens beim Umbau des Sozialstaats vor der Notwendigkeit steht, den Deutschen Chancen zu erschließen, die sie bis dahin nicht einmal sehen, geschweige denn nutzen wollten; dass er ihnen die Augen für Risiken öffnen muss, die sie bisher nicht erkennen möchten.

Schröder betrachtete es indes keineswegs als Auszeichnung, dass er – unbeabsichtigt und ziemlich unzureichend gerüstet – in eine Rolle geraten ist, die bei den Demokratie-Theoretikern Guy Kirsch und Klaus Mackscheidt „Staatsmann“ heißt. Vom normalen „Amtsinhaber“ nach dem Muster Helmut Kohls unterscheidet sich der Staatsmann nach dieser Definition dadurch, dass er die Wahrnehmungsblockaden gegenüber einer schmerzhaften Wirklichkeit durchbricht.

Erfolg könnte Schröder auf diesem Weg allerdings nur haben, wenn die Wähler ihm glauben, dass er ihre geheimsten Wünsche und Ängste kennt und teilt – dass er also einer von ihnen ist, so anfällig für Zweifel, Irrtümer und Selbsttäuschungen wie du und ich. Das will er in Berlin vorführen.

Dass die bisherige Amtszeit ihn gezeichnet hat, ist unübersehbar. Psychisch und physisch ist der robuste Gerhard Schröder in den vergangenen Monaten an den Rand seiner Kräfte gelangt. „Ich muss diese Zeit nicht noch einmal haben“, stöhnt er, „das war verdammst hart.“ Ihm ist aber klar, dass nur solche schmerzhaft-

ten Erfahrungen ihn legitimieren, seine Lernfortschritte weiter zu vermitteln.

Und wo – wenn nicht bei der eigenen Partei – könnte Schröder diesen Versuch starten? Nur wenn die Genossen ihn durch Akzeptanz, Disziplin und ein achtbares Wahlergebnis auf dem Parteitag hinreichend stützen, wird der sozialdemokratische Kanzler auch in einer breiten Öffentlichkeit Vertrauen gewinnen können.

Aber wie weit vermag die Partei auf ihren Frontmann zuzugehen? Noch immer ist zu bezweifeln, dass die SPD ihre Rolle als Regierungspartei, die einem Anführer bisweilen auch in schwierigen Phasen folgen muss, wirklich angenommen hat.

Zu besichtigen ist die mentale Reserve immer wieder mal in der SPD-Bundestagsfraktion. Unter der Kuppel im Reichstag sitzt eine Riege von Abgeordneten, die sich auch nach über einem Jahr schwer tut mit ihrem Kanzler. Schröder-Anhänger unter den Fraktionären gehen von etwa 35 Kolleginnen und Kollegen aus, „die eigentlich lieber in der Opposition wären“.

Ihre Symbolfigur ist Rudolf Dreßler, der von den traditionellen Freund-Feind-Mustern und den eingefahrenen Ritualen des Verteilungsstaats nicht lassen kann. Er wiederum wähnt sich „von den eigenen Leuten diskreditiert, weil ich seit 30 Jahren an bestimmten Grundwerten festhalte“. Am vorvergangenen Wochenende zürnte er in aller Öffentlichkeit über die SPD und damit ihren Vorsitzenden: „Eine Partei, die das zulässt, muss doch bekloppt sein.“

Natürlich ist Dreßler Gewerkschafter – Mitglied jener Arbeitnehmerlobby, deren „gnadenloser Opportunismus“ selbst den

* Links: am 16. November 1995 nach Lafontaines Wahl zum SPD-Chef auf dem Parteitag in Mannheim; rechts: am 19. November in Abu Dhabi.



Staatsmann Schröder*: *Zwiespalt zwischen Tradition und Modernität*

Gewerkschaftskollegen im Schröder-Kabinett zu weit geht. Erst in der vergangenen Woche konnte der Krisenkanzler erleben, woran er ist mit seiner SPD und ihren Freunden.

Genau acht Tage nach seinem erfolgreichen Notfalleinsatz bei Holzmann begaben sich die Baugewerkschafter daran, das sorgfältig geschnürte Care-Paket wieder aufzudröseln. Sie pochten auf Einhaltung der Tarifverträge, obwohl die Holzmann-Betriebsräte Einbußen akzeptiert hatten.

Nicht einmal für einen geduldigen Genossen wie Walter Riester ist die Haltung der Traditionsozis immer nachvollziehbar. Als der Arbeitsminister in der vergangenen Woche in Nürnberg mit Adtranz-Betriebsräten zusammentraf, ließ er seinem Unverständnis freien Lauf: „Auf der einen Seite macht ihr die Regierung laufend an. Andererseits erwartet ihr, dass wir eure Beschlusslage umsetzen.“

Die ebenso lauten wie unbeirrbareren Gewerkschafter rufen Schröder das latente Misstrauen in Erinnerung, das ihm ein Teil der Partei immer schon widerfahren ließ. Sie bestätigen den Eindruck, den die Kanzlerberater seit langem argwöhnisch aufsaugen: „Die sprechen ihm einfach ab, dass er ein wirklicher Sozialdemokrat ist.“

Noch haben die Linken der Partei nicht erklärt, ob ihnen die neue, sozial eingefärbte Tonlage ihres Spitzenmannes genügt. Die Zeichen stehen gut für Schröder,

der, der inzwischen Spekulationen über eine Große Koalition im Falle grüner Niederlagen ausschließt: „Mit uns wird es das nicht geben.“

Der stellvertretende Fraktionschef Gernot Erler glaubt deshalb nicht an ein Aufbegehren der Schröder-Zweifler auf dem Parteitag. Entscheidende Weichen seien im Vorfeld gestellt. Und außerdem sind die meisten, wie es einer aus der ersten Garde formuliert, „einfach fertig. Die machen nichts. Alle denken doch: Es darf bloß nichts schief gehen.“

Für ein anderes Handicap zeichnet sich derweil Entspannung ab: Die Dominanz der Enkel-Generation geht ihrem Ende entgegen. Mit dezenter Protektion der Parteispitze rückten in den vergangenen Wochen – zumeist in Feuerwehrmission – Jung-Genossen auf wichtige Positionen nach.

In Hannover musste der reisefreudige Gerhard Glogowski Platz machen für den jüngsten Ministerpräsidenten, den die Bundesrepublik je hatte, den 40-jährigen Sigmar Gabriel.

Im Saarland ist der 33-jährige Fraktionschef Heiko Maas im Begriff, den Freunden in Fraktion und Landesverband aus der Depression zu verhelfen.

In Thüringen muss der Bundestagsabgeordnete Christoph Matschie, 38, als neuer Landeschef die Trümmer sortieren, und zwischen Rhein und Neckar bemüht sich die Vorsitzende Ute Vogt, 35, den Landesverband neu zu ordnen.

Mit den alten Gräben können die jungen Leute wenig anfangen. Sie eint eine ausgeprägte Neigung zu pragmatischen Erwä-

gungen, die Kanzler Schröder mit Genugtuung registriert. Geschickter als ihre Ziehväter schlagen sie Brücken zwischen alten Ansprüchen und neuen Einsichten.

Der Nachwuchs rückt zum richtigen Zeitpunkt auf. Denn wenn die SPD Schröder zum zweiten Mal zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat, beginnen alsbald wieder die Mühen der Ebene. Unter dem Tannenbaum, hofft der künftige Generalsekretär Müntefering, sollten die Deutschen beim Familienplausch die Reformleistungen der rot-grünen Regierung zu würdigen beginnen: Zum Aufbruchgefühl ins neue Jahrtausend würde das Zukunftsprogramm der Regierung Schröder passen wie der Karpfen zu Silvester.

Wahrscheinlicher ist freilich, dass im Kleinklein des Alltagsgeschäfts sofort wieder die Frage auftaucht: wofür Kanzler Schröder denn nun eigentlich stehe?

Denn es sei nun einmal so – diese Erfahrung hat der SPD-Vordenker Erhard Eppler gemacht –, dass die Menschen politischen Entscheidungen leichter zustimmen, wenn sie die Teile in ein Ganzes einordnen können. Dieses „Ganze“ aber wird Schröder seiner Partei und seinen Wählern auch in Berlin schuldig bleiben. In einer Zeit, in der alles nur noch auf Schlagzeilen starrt, ist das rot-grüne Projekt weiter ohne Überschrift.

Das liegt nicht nur an der unübersichtlichen gesellschaftlichen Lage, am Hü und Hott der Koalitionäre. Das spiegelt vor allem die Defizite der Wahrnehmungswelt eines Kanzlers wider, der ganz im Hier und Heute lebt. Weder Erfahrungen der Vergangenheit noch Vorstellungen von der Zukunft spielen eine formende Rolle. Nichts rundet sich in Schröders Leben zu einer Biografie. In seiner Sicht reihen sich lediglich Stationen von Herausforderung und Erfolg – Variationen des Aufstiegs von unten nach oben.

Wie hat dieser Kanzler immer gespotet über den „Makroökonom“ Oskar Lafontaine, der mit seiner Politik am

Die Dominanz der Enkel-SPD geht ihrem Ende entgegen

liebsten gleich die ganze Welt beglücken wollte. Schröders Verständnis war ein anderes: Wenn er bei Preussag/Salzgitter und bei Dasa und jetzt bei Holzmann Arbeitsplätze rettet, fügen sich all diese Mikros zu einem Makro-Zusammenhang.

Im Wahlkampf hat Gerhard Schröder den Menschen die Angst, er könnte als Regierender ihre Sorgen und Nöte vergessen, genommen, indem er ihnen versicherte: „Ich weiß, wo ich herkomme.“ Jetzt wollen sie wissen, wo er hin will – außer in den Wahlkampf 2002.

SUSANNE FISCHER,
HORAND KNAUP, JÜRGEN LEINEMANN

* Mit Premier Lionel Jospin (l.) und Präsident Jacques Chirac (r.) am vergangenen Dienstag beim deutsch-französischen Gipfel in Paris.

In weiter Distanz

Klaus von Dohnanyi über Pragmatiker und Sozialdogmatiker in der SPD

Dohnanyi, 71, war von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister Hamburgs.

Ein Gerücht geht um und füllt die Gazetten: Es heißt, die nationale Politik habe ihre gestaltenden Einflussmöglichkeiten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen weitgehend verloren; der Sozialstaat erweise sich als ohnmächtig gegenüber der Globalisierung. Ein merkwürdiges Gerücht, wenn man bedenkt, wie unterschiedlich erfolgreich die Nationen Europas den neuen Entwicklungen begegnen. Denn was außer verschiedener Politik könnte diese Unterschiede erklären?

Wenn jetzt die SPD in Berlin zusammenkommt, dann bringen viele Parteitage delegierte ein Weltbild mit sich, das Oskar Lafontaine ihnen über Jahre eingehämmert hatte: Der „Neoliberalismus“, sein „Gewäsch“ und „Standortgefasel“ trage die Verantwortung für Arbeitslosigkeit und die Durchlöcherung der sozialen Sicherungssysteme. Internationale und europäische Ordnungssysteme müssten die nationalen Regelsysteme ersetzen. Also: die bisherige Politik in vergrößertem Maßstab für Europa oder gar die Welt.

Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine Anhänger teilen diese Auffassung nicht. Schon vor der Bundestagswahl ließ Schröder erkennen, dass er auf eine erneuerte sozialdemokratische Politik setze. Das so genannte Blair/Schröder-Papier, veröffentlicht nach dem Scheitern Lafontaines, deutete die neue konzeptionelle Richtung an: die Wiederherstellung von mehr Eigenverantwortung der Bürger als ein Steuerungsinstrument des Sozialstaats.

Auf dem Berliner Parteitag stehen sich also in weiter Distanz zwei Parteiflügel gegenüber; zwei verschiedene Wahrnehmungen der Welt. Die einen legen den Schwerpunkt auf europäische oder gar globale Regelsysteme; die anderen lehnen internationale Regeln zwar nicht ab, erkennen aber, dass angesichts der großen Unterschiede von Strukturen und Interessen in der Welt der Sozialstaat auf diesem Wege nicht gerettet werden kann. Sie setzen mehr auf seine inneren Reformen.

Die SPD war seit ihren Anfängen vor bald 140 Jahren immer von Flügelkämpfen gezeichnet; immer gab es Orthodoxe und Reformen. Gemeinsam war ihnen früher

das Gesellschaftsverständnis des wissenschaftlichen Marxismus. Spätestens aber seit dem Godesberger Programm von 1959, das die westdeutsche SPD vor 40 Jahren zur damals modernsten Sozialdemokratie Europas machte, fehlt den deutschen Sozialdemokraten eine gesellschaftstheoretische Grundlage. Der Marxismus ging von Bord, aber ein neuer Lotse wurde nicht gefunden. Nun sind es in erster Linie Pragmatiker und Sozialdogmatiker, die den Parteiflügeln ihre Färbung geben.

Die SPD heute ist eine von Theorie entleerte Partei. Ihr Bemühen, diesen Mangel durch die so genannten Grundwerte zu ersetzen, muss schon deswegen scheitern, weil alle demokratischen Parteien diesen Grundwerten verpflichtet sind. Manche allerdings meinen, ohne Theorie zu arbeiten sei auch ein Fortschritt: Jetzt sei die Partei frei, sich pragmatisch nach den jeweiligen Notwendigkeiten zu entwickeln. Nur, was sind die jeweiligen Notwendigkeiten? Wie bestimmt man im Konfliktfall



Genossen Schröder, Blair*: „Zwei verschiedene

* Mit Frankreichs Premier Lionel Jospin bei einem Treffen sozialistischer und sozialdemokratischer Partei- und Regierungschefs in Paris am 27. Mai.

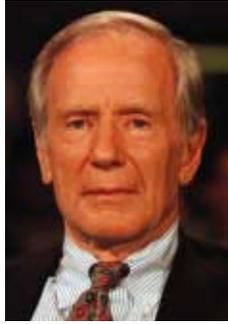
die Rangfolge der Werte? Was ist gerecht?

Die SPD nennt sich stolz eine „Programmpartei“. Was sie wohl präziser meint, ist dies: Während sich Union und FDP im Großen und Ganzen damit abfinden, pragmatisch den evolutionären Entwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft zu folgen, will sich die SPD damit nicht zufrieden geben: Sie will der Richtung selbst die Richtung weisen.

Anders ausgedrückt: Die SPD will das Schiff der Gesellschaft nicht nur vor den Wind der Evolution setzen, sie will notfalls auch gegen den Wind Kurs nehmen können. Der Segler weiß, dass dies möglich ist; die Methode nennt man Kreuzen.

Betrachtet man die Entwicklung der Welt, die schwerwiegenden sozialen Folgen der weltweiten Informationsvernetzung und Marktverflechtungen (Globalisierung), so ist die Dringlichkeit des Gegensteuerns unabweisbar. Doch wie? Um auf das Beispiel des Seglers zurückzukommen: Was er zum Kreuzen gegen den Wind braucht, ist am Schiffsboden ein Kiel als Gegengewicht; nur so kann das Abtreiben in Windrichtung verhindert werden. Gibt es auch gesellschaftspolitisch ein solches Gegengewicht?

Das Dilemma, dem sich insbesondere die kontinental- und nordeuropäischen So-



Dohnanyi

zialstaaten ausgesetzt sehen, ist dies: Die Marktkräfte der weltweiten Veränderungen wirken in den Nationalstaaten höchst unterschiedlich auf Branchen, Betriebe, Arbeitsplätze, aber die geltenden nationalen Rechtsordnungen entsprechen dieser Differenzierung nicht.

Zum Verständnis: Ein Friseur wird von der Globalisierung weniger betroffen als ein Software-Ingenieur; beide jedoch arbeiten im Sozialstaat

Deutschland. Um im global geprägten Wandel differenzieren zu können, müssen die Sozialstaaten ihren Bürgern differenziertere Reaktionen ermöglichen: „Flexibilität“ ist eben kein neoliberales Schlagwort, sondern die wissenschaftlich begründbare, nationale Antwort auf evolutionäre internationale Marktkräfte; vom Flächentarifvertrag bis zur Uni-Organisation.

Zu dieser Flexibilität erweiterter Freiheiten gehört dann als das Gegengewicht eine größere Verantwortung für die Folgen der praktizierten Freiheiten. „Eigenverantwortung“ ist ein Steuerungsinstrument: Ohne selbst erfahrene Verantwortung kann der Lernprozess in der offenen Gesellschaft nicht gesteuert werden.

Wir sind erfahren im Organisieren von Sicherheiten, sagt Anthony Giddens, Tony Blairs „theoretischer“ Berater. Aber, so fährt er fort: Wir müssen nun wieder lernen, auch die Verteilung von Risiken zu organisieren.

Im geltenden Berliner Programm der SPD von 1989 dominiert das Sicherheitsprinzip des nationalen Sozialstaats uneingeschränkt vor dem Steuerungsprinzip Risikobeteiligung oder auch „Eigenverantwortung“: Nur zweimal kommt dieses Wort in jenem Programm vor. Die SPD muss also umdenken, sich „modernisieren“. Wenn im Leitantrag des Vorstands für den SPD-Parteitag 1999 die Worte „Eigenverantwortung“ siebenmal, „Eigeninitiative“ viermal und „Selbständigkeit“ sogar neunmal vorkommen, so ist das hoffentlich keine bloße Verbeugung vor dem Blair/Schröder-Papier, das diese Begriffe in den Mittelpunkt rückt.

Zumutbare Selbstbeteiligung an Krankenkosten; ein zusätzlicher eigener Beitrag zur Altersvorsorge; zumutbare Arbeitspflicht bei Sozialhilfeempfang; mehr Entscheidungsspielraum in der Lohnpolitik für die Betriebe; sogar mehr Finanzhoheit für Länder und Kommunen: Das alles sind nicht in erster Linie Sparmaßnahmen oder „Sozialkahlschlag“, sondern unentbehrliche Steuerungselemente der offenen Gesellschaft im Globalisierungsprozess.

Ob der Parteitag in die richtige Richtung führt, wird sich also entscheidend daran beurteilen lassen, wie die Delegierten mit dem Thema „Eigenverantwortung“ pragmatisch umgehen.



Wahrnehmungen der Welt“

Werbeseite

Werbeseite



U. BRAATZ / LAIF

Regierungschef Clement*: „Ich habe eine tiefere sozialdemokratische Bindung, als sie bei mir immer wahrgenommen wird“

„Mir blieb ja keine Wahl“

Wolfgang Clement soll zu Gerhard Schröders Vize aufsteigen und den Reformer-Flügel in der SPD stärken. Von Hans-Joachim Noack

Während in Düsseldorf der nordrhein-westfälische Landtag über die Folgen der inzwischen beschlossenen Ökosteuerreform debattiert, wirkt er plötzlich wie verwandelt: keine Spur mehr von jenem fast schon berüchtigten Starrsinn, mit dem der Ministerpräsident Wolfgang Clement einige Tage lang nicht nur die eigene Koalition in heftige Turbulenzen stürzte, sondern ärger noch die Regierenden in Berlin.

Denn der Konflikt ist an diesem Mittwoch der vorvergangenen Woche ja ausgestanden. In einem „knallharten Clinch“ hat der rigide Sozi das ohnehin ziemlich bescheidene Gesetz vom Kanzler und von dessen grünem Bündnispartner erheblich verwässern lassen. Es begünstigt nun lediglich Gas-Kraftwerke, die bis Ende März 2003 ans Netz gehen. Für den jederzeit wachsamem Ruhrkohle-Lobbyisten ist das keine ernst zu nehmende Konkurrenz.

Vermutlich wird von der Steuerbefreiung allein eine bei Greifswald geplante Anlage profitieren – und der Landesherr aus NRW, der zuvor noch seinem Schweriner Amtskollegen Harald Ringstorff gedroht hatte, die Reform kurzerhand „niederzuwalzen“, gibt sich ungewohnt versöhnlich: „Mecklenburg-Vorpommern“, teilt er den staunenden Parlamentariern mit, habe schließlich „auch Interessen“.

Wolfgang Clements sanfte Töne kommen nicht von ungefähr. Er fühlt sich als Sieger, doch er will auch schon Flagge zeigen: Der schnell lernende rote Regent beginnt sich in eine neue Funktion einzutüchteln, die ihm unvermeidlich „grenzüberschreitendes Denken“ abverlangt.

Geht es nach den Wünschen des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder, soll der bald 60-jährige Genosse auf dem Berliner Bundesparteitag in die Riege der Stellvertreter einrücken – gewiss eine Ehre, aber mehr noch eine Bürde. Von Stund an dürfte sich für den bekennenden „Nordrhein-Westfälinger“, der aus seiner Distanz zur viel zitierten „Berliner Republik“ kaum



F. OSSENBRINK

New-York-Besucher Clement (im Januar 1998)
„Grenzüberschreitendes Denken“

* Am vorvergangenen Donnerstag beim Besuch einer Lernbehinderten-Schule in Köln.

ein Hehl macht, das politische Minenfeld zwangsläufig erweitern.

Das weiß er natürlich. Wird der Kandidat in diesen Tagen gebeten, über den Stand seiner Vorbereitungen auf den späten „Karreresprung“ zu reden, hebt er misstrauisch die Augenbrauen. Ob man ihn mit solchen Wertungen verspotten wolle, fragt der gelernte Journalist leise grantelnd zurück.

Nein, dass er sich um den schwierigen Job in einer ebenso schwierigen Volkspartei „gerissen“ habe, soll ihm niemand vor-

30 Prozent der SPD-Mitglieder sind noch auf den glorreichen Saarländer fixiert

werfen können. Aber nun, da zumindest der Kanzler auf ihn setzt, will er es „unbedingt auch richtig machen“.

Nach dem Werben Schröders hat sich Wolfgang Clement, der in Bochum geborene Sohn eines Baumeisters, zunächst einmal eingehend geprüft, und das Resultat gibt er in wenigen trockenen Halbsätzen zu Protokoll, die für seine Selbstauskünfte typisch sind: In Sonderheit spricht er sich „eine tiefere sozialdemokratische Bindung“ zu, als sie bei ihm „immer wahrgenommen“ werde.

Der erst mit 30 Jahren zur SPD gestoßene präsumtive Vize möchte „zur Klarheit beitragen“. Entscheiden sich die Delegierten für ihn, sieht er seine Aufgabe vor allem darin, die ins Schlingern geratene Partei peu à peu aus der Reserve zu locken und den „zeitgemäßen Rahmenbedingungen“ zu öffnen.

Keine Kleinigkeit nach dem Abgang Lafontaines, dessen Flucht ins Private der verunsicherten Basis offenbar deutlich mehr zu schaffen macht, als er anfangs glauben mochte. „Rundum 30 Prozent der Mitglieder“ sieht Clement heute noch auf den ehemals glorreichen Saarländer fixiert – eine Anhängerschaft, die sich in Berlin kaum verstecken dürfte.

Nur das ändert ja nichts. Mit List und Krampf eine „Oskar-Kopie“ finden zu wol-

len, der es gelänge, die einstweilen schwer irritierten Genossen über ihre Verlustgefühle hinwegzutrusten, hält er schlicht für unsinnig.

Schon gar nicht wäre einer wie Wolfgang Clement der geeignete Typ. Lafontaine hat das Weite gesucht, und der vergleichsweise dröge Genosse aus dem Ruhrpott ist nun Teil jener von Gerhard Schröder in der SPD-Führung verfolgten „neuen Architektur“. Gemütswerte und allem voran der berühmte „Stallgeruch“ sollen in diesem Braintrust zwar wie eh und je ihren Rang haben, aber es geht wohl notfalls auch ohne.

Dass Clement seine Kandidatur andererseits keineswegs so leicht nimmt, wie es gelegentliche flapsige Bemerkungen vermuten lassen, erklärt sich aus der Lage: In einem halben Jahr stehen in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen an, und der Erbfolger des sieggewohnten Johannes Rau gilt als stark gefährdet.

Also ist Vorsicht geboten. Kehrt der NRW-Regierungschef, wie von manchen prognostiziert, aus Berlin nur mit einem schlappen Parteitagsvotum in seinen hoch funktionalen Glaspalast zurück, wäre das eher kontraproduktiv – ein beträchtliches Risiko, das er mit einigen Image-Korrekturen zu mindern versucht.

Er, Clement, sagt Wolfgang Clement, sei ein „werthaltiger Modernisierer“, der sich unangefochten seine „sozialdemokratische Substanz“ bewahrt habe, und darüber hinaus zur Einsicht fähig. Dass er etwa anlässlich einer Visite beim französischen Premier Lionel Jospin das von ihm geliebte Paris näher an sein Düsseldorfer Ambiente heranrückte als die deutsche Hauptstadt – eine Stichelei, für die ihn sogar der Bundespräsident rüffelte –, soll sich so nicht wiederholen.

Aber damit hat es sich dann auch. Den ihm hartnäckig anhängenden Verdacht, im Grunde seines Wesens ein rheinischer Provinzfürst und notorischer Berlin-Gegner zu sein, empfindet er als ungerecht. Solche Geschichten stammten von denselben Leuten, die ihm unablässig vorhielten, in der SPD zu fremdeln.

„Alles Quatsch ... alles übertrieben.“ Soll er mal erzählen, wie er schon in den Jahren, als er noch als Korrespondent arbeitete, die nordrhein-westfälischen Ortsvereine abklapperte? Und nicht zu vergessen sein Einsatz für Willy Brandt, zu dessen engsten Bezugspersonen er zeitweilig gehörte.

Doch die Verhältnisse haben sich geändert, und der in die Politik umgestiegene Journalist wendet sich lieber der sozialdemokratischen Gegenwart zu, die er als ziemlich besorgniserregend analysiert.

Wo immer Clement nämlich hinschaut, erkennt er einen lähmenden Hang „zum Introvertierten“. Während sich die Welt in atemberaubendem Tempo in chancenreiche Großräume gliedert, sieht er massenhaft eingeschüchterte Genossen vor sich hin werkeln, die zäh ihren kleinen Beritt verteidigen.

„Die SPD muss sich anpassen“, lautet sein Kernsatz, mit dem er in Berlin vor die Delegierten zu treten beabsichtigt – und nicht nur insofern steht er „voll inhaltlich“ hinter dem Kurs des Kanzlers. Seinem Gesinnungsfreund in allen Fragen den Rücken zu stärken, die den Parteitag „in Richtung Wirklichkeitsbewältigung“ weiterbringen, gebietet nach seiner Einschätzung die Vernunft.

Ein Konvent, auf dem die so genannten Traditionalisten von einer „Konzentration der Kräfte“ (Clement) gedeckelt werden, die dem schieren Pragmatismus frönt? Die Gefahr, dass sich die nach dem Ausscheiden Lafontaines etwas unbehauste Linke über mangelnde innerparteiliche „Vielseitigkeit“ beklagen könnte, will der Kandidat nicht leugnen.

Was seinen Schulterchluss mit dem Vorsitzenden anbelange, sagt er dazu nur beschwichtigend, gebe es durchaus Differenzen: Während sich Gerhard Schröder für ihn eher auf der nationalen Schiene bewegt – „aus vollster Überzeugung Berliner“ –, sieht er sich selbst als den Mann, der die SPD in einen „Europäisierungsprozess“ lenken möchte.

Europa als Ziel und die von Clement in NRW propagierte „realitätsbezogene

sozialdemokratische Regierungspolitik“ als Vorbild: Dass in Düsseldorf unter dem Rubrum „Innovation und Gerechtigkeit“ Wegweisendes geleistet worden ist, glaubt der Ministerpräsident hinreichend belegen zu können – für den neuen Job quasi seine Mitgift.

Doch zurzeit steht es ja weniger gut um ihn. Wie der Kanzler auf Bundesebene quält sich der Landeschef mit demoskopischen Daten, die ihm schwindende Akzeptanz signalisieren. Obschon er rastlos seine Region bereist, um sich in den Führungsetagen der Großindustrie ebenso als ökonomischer Profi anzudienen wie auf dem steinigem Feld der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, kommt ihm zusehends die Mehrheit abhanden.

Und in so einer Situation soll er sich von seiner Partei, die um ihre Identität ringend mit Sicherheit Angriffsflächen bieten wird, einbinden lassen? Es gab jede Menge Stimmen, die ihn vor einem unnötigen Spagat warnen, und er versteht diese Ängste. „Aber mir blieb ja keine Wahl“, sagt er etwas sibyllinisch.

„Wolfgang, du musst das jetzt machen“, hat ihn der Vorsitzende bedrängt, und der ansonsten zur Widerspenstigkeit bereite Schicksalsgenosse mochte den Bittsteller nicht zurückweisen. Dass die derzeit unter einer gewissen Formschwäche leidenden beiden roten Realos auf Gedeih und Verderb miteinander verhandelt sind, scheint eh seit langem klar.

Oder täuscht der Eindruck? So nahe sich Clement seinem Kanzler persönlich



Reformer Clement, Schröder*: „Du musst das jetzt machen“

fühlt („Es gibt da nichts mehr aufzuarbeiten“), so ungeniert grübelt er halblaut über denkbare machtpolitische Konstellationen. Was geschieht zum Beispiel, wenn auch Schleswig-Holstein für die SPD verloren geht und in Nordrhein-Westfalen die Nerven blank liegen?

* Am 2. Oktober auf dem SPD-Bezirksparteitag in Bochum.

Ein Verhalten nach dem Muster des vormaligen Kollegen von der Saar, Reinhard Klimmt, der seinen Chfessessel mit einem Wahlkampf „gegen Schröder“ zu retten versuchte, komme für ihn nicht in Frage, schwört der Düsseldorfer Regent. Aber dann gerät er ins Stocken: „Von meinem Naturell her“, entfährt es ihm finster, „wäre das sicher möglich.“

In solchen Augenblicken wirkt er ein bisschen getrieben. Wolfgang Clement, der als sprichwörtlicher Macher lange ausharren musste, ehe ihm sein sesshafter Ziehvater Johannes Rau das Zepter überließ, im Rollenkonflikt: Er möchte in seiner im Mai 2000 anstehenden „Schlacht um alles“ endlich mal selbst gewinnen – nur mit welchen Mitteln?

Soll er weiterhin, wie ihn etwa „Die Woche“ während seines Krachs um die Ökosteuerreform porträtierte, den „Rammbock vom Rhein“ spielen oder mehr auf Ausgleich setzen? „Hab 'ne starke Neigung zum Konsens“, sagt er unvermittelt allen Ernstes, um dann gleich darauf in ein bitterfröhliches Gelächter auszuweichen: „Glaubt mir natürlich keiner.“

Zumindest auf dem Berliner Parteitag will er an seinen Positionen „feilen“, sich einbringen und „den bodenständigen, sehr verlässlichen Sozialdemokraten“ hervorkehren.

Ein paar Proben seiner veränderten Tonlage lieferte der Kandidat schon mal beim einstigen Mentor ab. Der amüsierte Bundespräsident war angetan: „Man merkt, dass du's begriffen hast.“ ◆

J. DIETRICH / NETZHAUT

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Macht braucht Regeln“

Niedersachsens designierter Ministerpräsident Sigmar Gabriel über echte und unechte SPD-Enkel, sein Verhältnis zum Kanzler und die Moral der Regierenden



K. B. KARWASZ

Glogowski-Nachfolger Gabriel: „Ist da noch was, war alles okay?“

SPIEGEL: Herr Gabriel, nach Ihrer Nominierung zum Ministerpräsidenten haben Sie erklärt, es sei „kein Tag der Freude“. Ist das nicht etwas viel Bescheidenheit für einen 40-Jährigen, der zum jüngsten Regierungschef in der Republik aufsteigt?

Gabriel: Es entspricht meiner Stimmungslage. Vielleicht sind wir schon so verrohrt, dass man sich darüber zu freuen hat, wenn man in ein Amt kommt, das gerade ein Parteifreund verloren hat. Ich kann das nicht.

SPIEGEL: Ihr Freund und Vorgänger Gerhard Glogowski hat offensichtlich die Grenze zwischen privater Nähe zu Unternehmern und dem Verdacht der Bestechlichkeit etwas unscharf gesehen. Braucht es einen neuen Moralkodex für Politiker?

Gabriel: Ich finde, dass Recht und Verfassung uns die Grenzen klar aufzeigen sollten. Macht braucht Regeln. Natürlich hat Gerhard Fehler gemacht, das sieht er selbst auch ein. Die Leute sagen: Das kann doch nicht wahr sein, ich habe für die Hochzeit meiner Tochter Geld gespart und mich verschuldet, dann heiratet da ein Politiker,

und der lässt sich das Bier von der Brauerei schenken. Das war nicht klug.

SPIEGEL: Wie konnte Glogowski solche Fehler machen?

Gabriel: Ich denke durch Unachtsamkeit. Er hat sich einfach nichts dabei gedacht. Gerhard ist ein Kumpeltyp, er kann eine Nähe zu Menschen herstellen, die viele in unserem Beruf nicht hinkriegen. Das ist eine Riesenchance, aber offensichtlich auch eine Riesengefahr.

SPIEGEL: Waren auch falsche Berater schuld?

Gabriel: Der scheidende Ministerpräsident ist im Wesentlichen daran gescheitert, dass seine Umgebung ihn nicht genügend geschützt hat. Jeder Regierende braucht ein Umfeld von selbstbewussten Beratern, die hinreichend Distanz zu ihm haben. Wenn diese Distanz verloren geht, wenn Freundschaft, Beratung und Machtverhältnis durcheinander gehen, dann wird es schwierig – besonders in Krisensituationen.

SPIEGEL: Welche Schlüsse ziehen Sie als werdender Ministerpräsident daraus?

Gabriel: Zunächst mal habe ich die letzten Tage damit verbracht zu schauen: Ist da noch was? Ich habe mit meinem Steuerberater gesprochen: Ist alles korrekt? Auch hier im Büro: Wen habe ich eingeladen auf ein Bier oder einen Kaffee, war das alles okay?

SPIEGEL: Sind Sie da nicht etwas übersensibel?

Gabriel: Sicher reagieren jetzt alle sehr empfindlich. Das Problem ist ja, dass es keine klaren Gesetze gibt: Was darf ich, was nicht? Und schon vor meiner Wahl zum Ministerpräsidenten hat ein öffentlich-rechtlicher Sender beim politischen Gegner angerufen und gefragt, ob bei mir auch Vorwürfe abzugreifen seien, wie sie gegen Gerhard Glogowski erhoben wurden. Für einen Journalisten mag das normale Arbeit sein, aber moralischer finde ich es, wenn dieser Kollege von der CDU mich anruft und mir von der Schnüffelei

in meinem Privatleben berichtet. Das war einfach nett. Gefunden haben die sowieso nichts.

SPIEGEL: Nicht einmal beim ATP-Tennisturnier am vorvergangenen Wochenende in Hannover trauten sich die Landespolitiker auf die Zuschauertribüne. Schon Tage zuvor hatte das gesamte Kabinett die Freikarten zurückgegeben.

Gabriel: Da fängt die Sache möglicherweise an, komisch zu werden. Aber die Unsicherheit ist in den letzten Wochen gewachsen. Jetzt müssen wir überlegen: Ist es beispielsweise in Ordnung, wenn ein niedersächsisches Unternehmen den Regierungschef zur Eröffnung einer Filiale nach Südafrika einlädt? Wer muss dann die Reise zahlen? Und wenn ein Freund, der nebenbei auch Chef eines großen Konzerns sein könnte, mich privat zu sich in den Urlaub oder auch nur zum Essen einlädt, wer zahlt dann die Rechnung?

SPIEGEL: Also kein neuer Moralkodex, sondern klarere Gesetze?

Gabriel: Einen Vorschriftenkatalog zumindest soll jetzt ein Gutachter für uns er-

arbeiten. Mit dem Stichwort Moral jedenfalls kommen Sie nicht weit – was moralisch ist, das hängt auch von Stimmungen ab.

SPIEGEL: Aber im Fall Glogowski geht es ja nicht allein um Moral: Es bleibt der Vorwurf, unter ihm seien Akten der Staatskanzlei gefälscht und gefilzt worden – im Zweifel ist so etwas ein Fall für den Staatsanwalt.

Gabriel: Das will ich alles vor meinem Amtsantritt geklärt wissen. Im Auftrag der Staatskanzlei prüfen bereits ein Gutachter und ein Staatsanwalt alle Vorgänge. Außerdem besteht die CDU weiterhin auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Das halte ich aber für überzogen. Die wollen nur taktieren, um von der Kiep-Affäre abzulenken, wo es um wirkliche Gesetzesverstöße zu gehen scheint. Trotzdem: Ich habe keine Lust, in die Staatskanzlei zu wechseln und mir erst mal den Keller für die Leichen zeigen zu lassen. Also muss bis dahin alles auf den Tisch, in meinem Interesse, im Interesse Gerhard Glogowskis und auch in dem der Öffentlichkeit.

SPIEGEL: Als 40-Jähriger gehören Sie wirklich zu den so genannten Enkeln Willy Brandts. Wo liegt der Unterschied zu Lafontaine, Schröder, Scharping, die ja eher Söhne sind?

Gabriel: Zunächst einmal gibt es in der Partei nicht viele von uns. Die 18- bis 45-Jährigen stehen bei uns auf der Roten Liste, unter Biotopschutz sozusagen. Aber ich glaube, in Wahrheit gehöre ich zu einer Zwischengeneration. Ich war ja schon als Junge bei den Falken, der Jugendorganisation der SPD. Deren Zeltlager waren damals eine gute Gelegenheit, preiswert der Aufsicht der Mutter zu enttrinnen und mit der Freundin allein zu sein. Mit 18 Jahren bin ich dann in die SPD eingetreten und habe eine sehr starke emotionale Bindung zu meiner Partei und ihrem Umfeld.

SPIEGEL: Trotzdem gelten Sie nicht unbedingt als scharfer Linker.

Gabriel: Gerade die Nähe zur Partei gibt mir die Gewissheit, dass die Zeit der klassischen Milieubildung abgelaufen ist. Wir haben ja inzwischen ein eher folkloristisches Verhältnis zur Arbeiterbewegung, und ich weiß, dass die traditionellen Vorstellungen von sozialdemokratischer Parteipolitik und Organisation modernisiert werden müssen.

SPIEGEL: Was haben Sie vor?

Gabriel: Wir brauchen Sachverstand und Einschätzungen von außen. Man sieht das auf den Parteiversammlungen: Da fehlen uns immer stärker ganze Segmente der Gesellschaft – junge Leute, Frauen, Techniker, Betriebsräte, Handwerker. Anderen Parteien geht es nicht besser. Aber man kann Politik nicht mehr allein durch die Diskussion auf Parteiversammlungen auf

ihre Trittfestigkeit hin überprüfen. Deshalb müssen wir uns öffnen für Leute, die gar nicht in der Partei sind.

SPIEGEL: Könnten Sie sich bei einer Kabinettsumstellung auch Minister ohne Parteibuch vorstellen?

Gabriel: Was das Kabinett angeht, da halte ich es mit Franz Beckenbauer: „Schau’n



Parteifreunde Gabriel, Glogowski: „Ein Kumpeltyp“

Sigmar Gabriel

soll am 15. Dezember vom Landtag in Niedersachsen zum Nachfolger von Ministerpräsident Gerhard Glogowski gewählt werden. Die Umstände, die Gabriel, 40, ins Amt befördern – der Skandal um gesponserte Feste und Reisen seines Vorgängers –, mögen dem gebürtigen Goslarer nicht behagen, dennoch hatte der machtbewusste Sozialdemokrat den Posten als Regierungschef seit Jahren fest im Blick. Glogowskis Abgang hilft der Partei, denn so kann bei den nächsten Wahlen im Jahre 2003 ein frischer Newcomer der SPD gegen den „jungen Wilden“ Christian Wulff von der CDU antreten.

Gabriel, der in Göttingen Deutsch, Politik und Soziologie für das Lehramt studierte und von Freunden wegen seiner Herkunft und Statur gern „Harzer Roller“ genannt wird, ist ein Gremienprofi in seiner Partei. Nach dem Wahlerfolg Gerhard Schröders im März 1998 stieg er zum Fraktionsvorsitzenden auf und gilt als ebenso guter wie ruppiger Redner.

Der Skandal um seinen Vorgänger Glogowski hat Gabriel zumindest eines gelehrt: Seine politischen Ämter in der Heimatstadt Goslar hat er abgegeben. Die Sponsoren-Affäre seines Parteifreundes wird ihn trotzdem weiter verfolgen: In der Staatskanzlei durchsuchen ein Sonderermittler und ein Staatsanwalt derzeit die Akten nach weiteren Ungereimtheiten. Diesen Monat will die CDU im niedersächsischen Landtag außerdem einen Untersuchungsausschuss einsetzen lassen.

mer mal.“ Aber prinzipiell halte ich Minister, die nicht der SPD angehören, für denkbar – solange es öffentlich nicht als Makel empfunden werden muss, Mitglied in einer Partei zu sein, die 140 Jahre lang auf der Seite der Verfolgten stand. Das soll uns erst mal einer nachmachen.

SPIEGEL: Das klingt ja klassenkämpferisch. Aber den Ausdruck „neue Mitte“ können Sie offenbar auch im Munde führen, ohne rot zu werden.

Gabriel: Mit der neuen Mitte verbinde ich überwiegend einen strategischen Ansatz, der bei der Bundestagswahl funktioniert hat. Es galt, zwei Bevölkerungsteile zurück zur SPD zu bringen: Zum einen diejenigen, die den Modernisierungstau in der Gesellschaft sehen und wollen, dass er gelöst wird. Denen gefiel auch die Attitüde des Wahlkämpfers Gerhard Schröder, seine relative Distanz zur Partei und zum traditionellen Parteiestablishment. Der andere Teil sind diejenigen, die

Angst davor haben, Opfer dieser Modernisierung und Globalisierung zu werden. Beide Gruppen haben in Schröder die Person gesehen, die ihre Interessen verkörpert ...

SPIEGEL: ... und sind jetzt enttäuscht.

Gabriel: Sie waren es zumindest. Die SPD ist nach der Bundestagswahl daran gescheitert, dass sie keine Konzepte dafür hatte, wie dieses Doppel-Versprechen in die Tat umgesetzt werden konnte.

SPIEGEL: Schröder hat doch vor der Wahl eigentlich damit gerechnet, dass er eine Große Koalition eingehen muss.

Gabriel: Deswegen war er darauf vielleicht nicht vorbereitet. Wir haben die neue Mitte versprochen und die alte zerstrittene Linke abgeliefert. Dann haben die Leute gesagt: Das haben wir nicht gewählt. Jetzt gelingt es ihm offensichtlich nach schweren Auseinandersetzungen und Wahlniederlagen, die Partei wieder zu vereinen. Das Schröder-Blair-Papier war eine Provokation. Das allein reicht aber noch nicht. Danach muss ein Plan kommen. Das beginnt nun mit dem Konzept von Finanzminister Hans Eichel, der sparen will, um Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

SPIEGEL: Dem Schröder-Blair-Papier stehen Sie ja nicht allzu fern. Aber hätten Sie das so gemacht?

Gabriel: Ich glaube nicht, dass ich die Partei so unterschätzt hätte. Schröder hat aus dem fernen London ein Papier unters Volk gebracht, das an den Grundfesten sozialdemokratischer Überzeugungen rüttelt. Die strategischen Ansätze oder Politikvorschläge, die darin stehen, teile ich. Ich teile aber nicht die Diskreditierung des klassischen Ansatzes für soziale Gerechtigkeit in der Vergangenheit. Statt einen Brückenschlag zwischen traditionellen Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit und dem Modernen zu versuchen oder die Parallelität

Werbeseite

Werbeseite

zu organisieren, riskiert das Papier den Bruch und demoralisiert damit große Teile der Partei, die sich mit dieser traditionsbeladenen Vorstellung sozialer Gerechtigkeit verbunden fühlt.

SPiegel: Als einstiger linker Falke müssten Sie auch mal Fan von Oskar Lafontaine gewesen sein.

Gabriel: O ja, im Kampf gegen den Nato-Doppelbeschluss Anfang der achtziger Jahre war Oskar neben Willy Brandt der Heros der Partei. Er war derjenige, der für uns gegen Parteirechte und gegen den Kanzler Helmut Schmidt antrat.

SPiegel: Und am Ende gegen Schröder.

Gabriel: Wenn das Gespann Schröder/Lafontaine funktioniert hätte, wenn diese Aufgabenteilung geklappt hätte, dann wäre das auf lange Zeit der Garant der strukturellen Mehrheitsfähigkeit der SPD gewesen. Oskar Lafontaine hat nicht erkannt, dass er in diesem Bündnis eine dienende Rolle akzeptieren müsste, er hätte nämlich diese Brücke zwischen Traditionalismus und Modernität bauen müssen.

SPiegel: Er hatte ja den Eindruck, dass er nun lange genug gedient hat, nun sollte der andere mal dienen.

Gabriel: Richtig, Lafontaine fehlen nämlich genau jene Sekundärtugenden, die er früher an Schmidt kritisiert hat. Ebendieses Berufsethos von Helmut Schmidt oder Willy Brandt hätte er gebraucht. Brandt hat auch gedient unter Schmidt. Auch Wehner hat das gemacht. Wenn Lafontaine es denen gleichgetan hätte, dann wäre der SPD auf lange Zeit eine große Mehrheit in der Gesellschaft sicher gewesen. Oskar hätte dienen müssen.

SPiegel: Wie ist denn Ihr Verhältnis zum Kanzler? Sie waren sein Wunschkandidat nach Glogowski, er will Sie auf dem kommenden Parteitag in den Bundesvorstand holen. Schröder scheint Sie zu mögen.

Gabriel: Ich glaube, er schätzt mich. Ich weiß nicht, ob er mich mag.

SPiegel: Sagen wir: Wenn der Kanzler Freunde hätte, wären Sie einer davon.

Gabriel: In dieser Formulierung muss ich das natürlich empört zurückweisen, denn bestimmt hat Schröder eine Menge Freunde. Aber im Ernst: Wir haben schon hier in Hannover – ich als Abgeordneter, er als Ministerpräsident – ein streitbares Verhältnis gepflegt.

SPiegel: Als studierter Lehrer gehören Sie nach einem alten Schröder-Spruch zu den „faulen Säcken“.

Gabriel: Meine Kollegen sagen, ich hätte mildernde Umstände, weil ich aus der Erwachsenenbildung komme.

SPiegel: Immerhin mussten Sie ihn einst schon mal zur Einhaltung eines Wahlversprechens nötigen.

Gabriel: Das hat Freude gemacht, da ging es um höhere Gehälter für Polizeibeamte. Wir



SPD-Politiker Gabriel, Schröder (1989)
„Wir ducken uns beide nicht weg“

hatten in der Fraktion beschlossen, dass man das finanzieren kann, aber Schröder tobte auf recht rustikale Weise herum: „So geht das nicht.“ Ich habe dann zu ihm gesagt, ich hätte viel Verständnis für rustikale Umgangsformen, aber das könne ich auch.

SPiegel: Also bekamen die Polizisten ihr Geld?

Gabriel: So ist es. Ich kannte ja Schröder: Die Beamten hätten demonstriert, und dann hätte er aus der Staatskanzlei gerufen: „Jungs, kein Problem, wir machen das.“ Er wäre der große Retter gewesen. Aber ich wollte die Sache vorher lösen, ohne Konflikt.

SPiegel: Kann Schröder mit solchen Tritten vors Schienbein umgehen?

Gabriel: Eines verbindet uns sicher: Wir ducken uns beide nicht weg vor Konflikten. Bei Schröder hat sich das in Berlin sicher noch verstärkt. Wer mit ihm Pitsche-Patsche machen will – eine Hand wäscht die andere – der erwirbt nicht seinen politischen Respekt. Man könnte sagen, der heftige Streit zwischen Schröder und mir war der Anfang einer dauerhaften Freundschaft.

SPiegel: Wird die sich auch im Bundesrat zu Gunsten der Bundesregierung auswirken?

Gabriel: Sollte der Bund tatsächlich glauben – was ich natürlich für fast ausgeschlossen halte –, man könnte Sparen so definieren, dass man einfach nur Kosten auf die Länder abwälzt, würde ich mich ganz nach dem weisen Wort unseres Kanzlers Schröder richten: Erst das Land, dann die Partei.

SPiegel: Herr Gabriel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Gabriel (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Rustikal kann ich auch“

* Mit den Redakteuren Joachim Preuß und Hans-Jörg Vehlewald in seinem Büro im hannoverschen Landtag.

Werbeseite

Werbeseite

KARRIEREN

Guck mal, der Gerd

Der Halbbruder des Kanzlers hat gleich zwei Jobs: Er ist Kanalarbeiter und bewertet als Zeitungskolumnist Gerhard Schröders Politik.

Irgendwann im Leben, ziemlich früh vermutlich, gibt es eine Weggabelung, und da muss man die richtige Entscheidung treffen. Denn die zwei Wege können in sehr unterschiedliche Richtungen führen – der eine beispielsweise in die Kanalisation und der andere ins Bundeskanzleramt.

Die Halbbrüder Lothar Vosseler, heute 52, und Gerhard Schröder, heute 55, mussten sich entscheiden, als sie mit 12 Jahren die Volksschule verließen. Lothar lernte Heizungsmonteur, ging zum Bund, traf seine heutige Ehefrau, fuhr Arzneimittel aus, war EDV-Fachmann, vier Jahre lang arbeitslos und ist Kanalarbeiter. Gerhard lernte Einzelhandelskaufmann, machte im Abendkurs die mittlere Reife, auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur, war Lothars Trauzeuge und studierte in Göttingen Jura. „Ich werde Minister“, sagte er mit 18, wurde Minister, Ministerpräsident und ist Bundeskanzler.

Zufall? Hätte alles auch andersrum kommen können? „Vielleicht“, sagt Lothar Vosseler, „aber Gerhard war ehrgeiziger. Der hat immer erreicht, was er wollte.“

Die beiden Brüder, die dieselbe Mutter, aber verschiedene Väter haben, teilten sich fast zwei Jahrzehnte lang ein Zimmer. Sie gaben sich Spitznamen: Lothar hieß „Zwockel“, Gerhard „Acker“; wieso, das weiß Vosseler nicht mehr. Sie machten, was Jungs damals so machten auf dem Land: schlichen auf den Bauernhof und schossen den Bullen „Krampen an die Eier“ (Vosseler), klauten und schlachteten Hühner, stahlen Kirschen aus Kellern.

Und am lustigsten war es, als das Mädchen Rosemarie, das aus guter Familie stammte, den verliebten Gerhard zurückwies, weil der arm war. Da rührten die Brüder Kalk an und kleisterten bei Rosemaries Familie die Fenster zu – nie kam heraus, dass Schröder der Täter war.

Drei Mark Taschengeld bekam der junge Gerhard damals. Und als rote Blousons schwer in Mode waren, nahm die Mutter noch eine Putzstelle an, damit ihre Söhne auch welche bekamen. Dann steckte der künftige Kanzler eine Böschung an, und weil „das Scheißfeuer immer höher loderte“ (Vosseler), mussten sie es mit den neuen Blousons ausschlagen. Das war das einzige Mal, dass die Mutter richtig sauer war.

Die Brüder spielten Fußball beim TuS Talle. Lothar war Rechtsaußen, und Gerhard, sagt Lothar, „war ein draufgängerischer Mittelstürmer und vor 40 Jahren quasi der erste deutsche Profi“: Der Bezirksligist spendierte seinem Helden, der beim 4:2 in Detmold drei Tore geschossen hatte, Bahnfahrten und Mittagessen.

So also war das damals.

Heute regiert Gerhard die Republik, Lothar fährt von Gully zu Gully, und dem Kölner „Express“ gelang der Coup, den Bruder des Kanzlers als Kolumnisten zu verpflichten. Jeden Dienstag telefoniert ein Redakteur mit Vosseler, donnerstags liest der Journalist ihm den Text vor, und freitags steht dann „So sehe ich es“ in der Zeitung. „Wir wollen die sehr weggerückte Politik menschlicher machen“, sagt Chefredakteur Thomas Ruhmöller.

Vosseler schreibt: „Als ich den Gerd vor ein paar Tagen in den Nachrichten gesehen habe, wie er bei seinem China-Besuch mit Stäbchen gegessen und dazu grünen Tee getrunken hat, machte er keinen sehr glücklichen Eindruck. Ein Schnitzel und

ein frisch gezapftes Pils wären ihm ganz bestimmt lieber gewesen.“

Angst muss der Kanzler nicht haben, denn Vosseler ist nach eigener Aussage zwar „maßlos enttäuscht, dass nach 16 Jahren Vorbereitung der Start der Regierung so voll in die Hose ging“, aber er bleibt doch „bruderfreundlich und nicht zersetzend“ (Ruhmöller). Richtig findet er die Renten-



Kanalarbeiter Vosseler

„Gerhard war ehrgeiziger“

politik, ebenso die Holzmann-Rettung, und besonders richtig findet er, dass Oskar Lafontaine nicht mehr mitmischt: „Ich habe gleich gedacht, der treibt ein schlechtes Spiel mit Gerd.“ Voller Stolz auf „den Großen“ wählt Vosseler natürlich SPD.

Und zu Hause in Detmold sitzt er vor einem Regal mit Zinnbechern und einem Christbaum mit roten Kugeln und raucht Lux Filter. An einer Tür hängt ein signiertes Wahlplakat des Kanzlers, gegenüber das Demo-Poster „Defekte Abwasserkanäle“. Und wenn Schröder im Fernsehen ist, sagt Vosseler: „Guck mal, der Gerd.“

Der Kontrast, das ist ihm klar, könnte größer nicht sein. Schlimm war es aber bloß in jenen Jahren, als Gerd mit Hillu verheiratet war: „Die ist abgehoben, wollte weder mit mir noch mit Mutter was zu tun haben.“ Zum Glück hat sich das erledigt; jetzt gibt es Doris, und die „pflegt den Kontakt“.

Vosseler schreibt: „Zwischen den Gerd und mich passt nämlich wirklich kein Blatt Papier.“

Schließlich hat auch Lothar Vosseler vom Aufstieg des Gerhard Schröder profitiert. Klar, dass der „Express“ nicht jeden Kanalarbeiter schreiben lässt – gefragt ist Kanzlers Bruder.

Die Krönung ist, dass der im Frühling seinen ersten Staatsbesuch machen darf. Der Bürgermeister des türkischen Ürgüp hat ihn samt Ehefrau zum Urlaub eingeladen und will Vosseler wegen erwiesener Türkenfreundlichkeit zum Ehrenbürger machen. Wie der Gerd wird der Lothar dort aber nicht auftreten: „Badesachen und Trainingsanzug müssen reichen.“

KLAUS BRINKBÄUMER



Ehepaar Vosseler, Trauzeuge Schröder (r.): Spitzname „Acker“

* Mit Verwandten am 29. Mai 1968.

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-Serie über Wende und Ende des SED-Staates (11)
Die Woche vom 4. 12. 1989 bis zum 9. 12. 1989

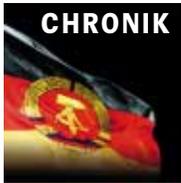
»Holt die Stricke!«

Gefangene rebellieren, Soldaten meutern, Bürger stürmen Stasi-Dienststellen. Im Machtvakuum der zerfallenden DDR gedeiht Lynchstimmung. Gedrängt vom Runden Tisch, lässt die SED die Geheimpolizei im Stich. Putschangst geht um.



Montagsdemonstranten am 4. Dezember 1989 vor der Stasi-Zentrale in Leipzig

JURGENS OST + EUROPA PHOTO



»Stasi, deine Zeit ist um«

Montag, 4. Dezember 1989

Ost-Berlin

Ein Interview kann wie ein Zündfunke wirken. Frühmorgens um 6.45 Uhr bestätigt ein anonymer Stasi-Mann im Berliner Rundfunk, was viele Bürger seit Tagen ahnen – und löst eine Explosion der Empörung aus.

Republikweit haben sich die Geheimen darangemacht, die hässlichsten Spuren des DDR-Spitzelapparats zu tilgen, der im November in „Amt für Nationale Sicherheit“, im Volksmund „Nasi“ genannt, umgetauft wurde. Ein Mitarbeiter der Hauptabteilung XXII („Terrorabwehr“) packt im Radio aus:

Ich habe gesehen, dass mein direkter Leiter die Unterlagen genommen hat, damit ins Heizhaus gegangen ist und dass im Umkreis des Heizhauses ... verbrannte Papierschnipsel ... liegen und aus dem Schornstein rausfliegen.

Nun weiß es jeder: Während Bürgerrechtler die Bestrafung von Stasi-Tätern und die Rehabilitierung von Stasi-Opfern fordern, wird potenzielles Beweismaterial auf höchsten Befehl hin vernichtet. Dabei gehen die Stasi-Leute nicht immer so „klug“ und „unauffällig“ vor, wie Nasi-Chef Wolfgang Schwanitz es in einer Dienstbesprechung am 21. November von ihnen verlangt hat; mancherorts werden Akten unter freiem Himmel verbrannt.

Tonnenweise sind Dokumente vernichtet worden. Schredder zerhacken Disketten, Reißwölfe laufen heiß. Die zerschnipselten Papiere werden bis zur Unkenntlichkeit „verkollert“ – zu Papiermehl vermahlen und mit Wasser zu Brei verrührt.

Die Aussage des namenlosen Nasi-Mannes, die immer wieder über den Sender geht, löst eine Kettenreaktion aus. Auf einmal droht die bislang friedliche Revolution in Pogromstimmung und Lynchjustiz umzuschlagen. Der Zorn über Korruption, Misswirtschaft und Unterdrückung hat plötzlich ein Ziel: die Zwingburgen des Stasi-Staates in Kreisen und Bezirken.

Die gespenstischen Gebäude sind in den letzten Wochen zwar immer wieder von Demonstranten – oft mit Kerzen als Symbol der Gewaltfreiheit – umlagert, aber bislang nirgendwo gestürmt worden.

Auch in den 224 Bezirks- und Kreisdienststellen lagern Unmengen von Waffen – darunter 60 000 Pistolen und Revolver sowie mehr als 30 000 Maschinenpistolen. Mit Handgranaten und Scharfschützengewehren, Reizgas und Panzerbüchsen ist die Stasi gerüstet wie eine Bürgerkriegstruppe.

Noch weiß niemand draußen, wie die Geheimarmee auf Versuche reagieren wird, ihre Hauptquartiere zu besetzen.

Erfurt

Ein paar dutzend beherzte – oder tollkühne – Frauen wagen, wie so häufig in diesem Herbst, den ersten Schritt. Die Initiative „Frauen für Veränderung“ hat in Erfurt zur Anti-Stasi-Demo aufgerufen. Gegen 9 Uhr morgens versammeln sich vor dem Nasi-Bezirksamt in der Andreasstraße mehrere hundert Demonstrantinnen und Demonstranten. Über dem Dienstgebäude steigen seit Tagen dunkle Rauchschwaden gen Himmel.

Zunächst blockiert die Menge nur die Eingänge und kontrolliert die Taschen der Nasi-Mitarbeiter; deren Kollegen von der Volkspolizei sehen tatenlos zu. Dann kommt es zum Tabubruch – zur „gewaltvollen Erzwingung des Zutritts oppositioneller Kräfte“, wie der Erfurter Nasi-Chef, Generalmajor Josef Schwarz, seiner Berliner Zentrale telegraphiert.

„Seit ca. 10.00 Uhr“, kabela Schwarz, „wurden seitens Erfurter Bürger die gesamten drei Zugänge zum Bezirksamt Erfurt blockiert. Maßgeblich beteiligt daran war ein Krankenwagen der Erfurter Verkehrsbetriebe, der die Ein- und Ausfahrt des Hauptobjektes unmöglich machte.“

Wegen der „Gefahr einer weiteren Eskalation“, so Schwarz, habe er „eine Abordnung von 10 Personen empfangen, um ... beruhigend auf diese Einfluss zu nehmen“. Während der Amtsleiter im Konferenzzimmer der Delegation weiszumachen versucht, dass das Verbrennen von Akten

zum normalen Dienstbetrieb gehöre, verschaffen sich „weitere Personen unter Führung einer Frau Dr. Schön, Kerstin, die sich als Sprecherin eines unabhängigen Untersuchungsausschusses ausgab, gewaltsam Zugang zum Bezirksamt“.

Zuvor habe „die Frau Dr. Schön“, so notiert Schwarz, „den Staatsanwalt des Bezirkes über ihre Absicht, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Amt für Nationale Sicherheit vor Vernichtung zu bewahren, in Kenntnis gesetzt“.

„Auf Grund der massiven Forderungen“ genehmigt Schwarz eine „Objektbegehung“. Rund 300 Menschen strömen in den Gebäudekomplex. Die Eindringlinge erzwingen die Versiegelung aller Türen sowie



Nasi-Besetzer in Erfurt*: Rauchschwaden am Himmel

der verbliebenen Akten durch einen Militärstaatsanwalt. Beim Abzug hinterlassen die Besetzer einige der Ihren als „Bürgerwachen“ in der Geheimdienstzentrale.

* Bürgerrechtler sichern verkohlte Akten, links im Hintergrund der Erfurter Nasi-Chef Josef Schwarz.

Ost-Berlin

An dem lang gestreckten, U-förmigen Tisch im Sitzungssaal des Politbüros, unter den Standbildern von Marx und Lenin, tagt der „Arbeitsausschuss“, der an Stelle des zurückgetretenen Zentralkomitees einen Notparteitag der SED vorbereiten soll. Ausschussmitglied Markus Wolf fühlt sich an diesem Vormittag wie im „Krisenstab eines vom Fieber geschüttelten Landes“.



S. GÄBLER / PUNCTUM

Immer wieder wird der Ex-Geheimdienstchef ans Telefon gerufen. Die Nachricht von der Erfurter Aktion hat mittlerweile hunderttausende in der ganzen Republik mobilisiert. Bis zum Abend kommt es in 20 Städten zum „Erzwingen des Zutritts“, wie die Nazi-Filialen melden. Am nächsten Tag wird die Besetzungswelle zwei Dutzend weitere Orte erfassen.

Das Land ist kopflos, Modrow und Krenz sind auf Moskau-Reise. Aus der Arbeitsausschusssitzung heraus kontaktiert Wolf, „allein durch die Autorität meines Namens legitimiert“, Innenminister Lothar Ahrendt und Nazi-Chef Schwanitz. Wolf hält fest: „Beide bestätigten den Ernst der Lage und beklagten die Abwesenheit des Regierungschefs.“

Die Situation spitzt sich stündlich zu. „Holt die Stricke raus!“, rufen in Suhl, der südlichsten Bezirkshauptstadt, rund 5000 Demonstranten vor dem gepanzerten Nasitor. Vergebens versuchen die Wachmannschaften, den Durchbruch mit Tränengasgranaten aufzuhalten. Aus Angst erschießt sich ein altgedienter Stasi-Offizier.

Nasi-Fernschreiber, Nazi-Blockade in Leipzig
„Wir müssen diesen Montag überstehen“

Revolution paradox: Hilfe finden die ehemals gefürchteten Stasi-Offiziere in der Stunde der Not bei denen, die sie vor kurzem noch als Staatsfeinde bekämpft haben: bei Kirchenleuten und bei Bürgerrechtlern, etwa vom Neuen Forum (NF).

Die Oppositionellen – Motto: „Schwerter zu Pflugscharen“ – sind zumeist besetzt von pazifistischer Gesinnung. Bestärkt in ihrer Bereitschaft zur Friedfertigkeit werden die Kerzenträger nun allerdings von ganz anders gestimmten Mitstreitern: Hunderte von Einflussagenten der Stasi sind in den letzten Wochen in die Bürgerbewegung eingeschleust worden.

Die gezielte „Durchdringung“ soll, so ein interner „Maßnahmeplan“ des Erfurter Bezirksamtes, die oppositionellen „Aktivitäten in gesellschaftlich ungefährliche Bahnen“ lenken.

Allein im Bezirk Dresden ist es der Geheimpolizei „gelingen, in den neuen Sammlungsbewegungen circa 80 bis 100 IM sowohl in Führungspositionen als auch als Mitglieder einzubauen“, wie Bezirkschef Horst Böhm am 20. November stolz nach Berlin gemeldet hat.

Böhm selbst entgeht beim Sturm auf seine Dienststelle nur knapp einer gewalt-

W. M. WEERER





Nasi-Bezirkschef Böhlm, von Demonstranten umstelltes Böhlm-Auto „Keine Gewalt“



R. POHL

fährt. Dort soll der als Dissident getarnte Agent besänftigend auf die Demonstranten einwirken. Schwanitz verspricht, sein Amt werde dem Anwalt vor Ort einen Lautsprecherwagen zur Verfügung stellen.

Leipzig

Nach einer Dienstbesprechung am Nachmittag schreibt der Leiter des Leipziger Nazi-Bezirksamts, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, 60, in sein Arbeitsbuch:

Alle Frauen ab 16.00 Uhr (nach Hause) – Türen Fenster so verbarrikadieren, dass keiner reinkommt – grundsätzlich keine Schusswaffen – wir müssen diesen Montag überstehen – Ruhe, Besonnenheit, nicht durchdrehen.

Hummitzsch selbst ist nervös. In der Innenstadt, wo am Nachmittag 150 000 Menschen demonstrieren, rufen die Leute: „Entlarvt die Stasi-Spitzel!“ Ein Spruchband verlangt: „Besetzt das Stasi-Gebäude sofort!“ Mitorganisator Jochen Läßig vom Neuen Forum fürchtet: „Die Massen lassen sich nicht mehr halten.“

Und Anwalt Schnur, aus Berlin avisiert, ist immer noch nicht eingetroffen.

Um einer Besetzung vorzubeugen, beschließt Hummitzsch, Vertreter des Neuen Forums in das Stasi-Gebäude einzulassen. Dennoch sammeln sich immer mehr aufgebraute Demonstranten vor der Nazi-Zentrale. Die Menge schreit „Fauls Pack!“ und „Waffenschieber!“

„Am Eisentor stehen bereits vielleicht 1000 Menschen“, notiert der Leipziger Reporter Martin Naumann, „Fäuste trommeln an das Tor. Einige erklimmen die

tätigen Abrechnung der Bürger. Hilfe wird ihm aus der unübersichtlichen Gruppe derer zuteil, die „Keine Gewalt!“ fordern und von denen nur Böhlm weiß, wer Stasi-Feind und wer Stasi-Agent ist.

Um Böhlm vor Angriffen zu schützen, geleiten Leute aus den Reihen des Neuen Forums ihn durch den Hof. Doch nicht einmal sie können verhindern, dass den Generalmajor Hiebe und Tritte treffen. Schließlich nehmen die Leibwächter den Geheimdienstchef in seinem Dienstzimmer in „Schutzhaft“ – eine „Notmaßnahme“, so ein Sprecher, „um Lynchjustiz zu verhindern“. In einem Polizeiwagen kann Böhlm später entweichen.

Aus Erfurt berichtet ein verstörter MfS-Mitarbeiter von einer Gruppe, die ihn aus seinem Auto gezerrt und ihm ein Abschleppseil um den Hals gelegt habe. Nur durch das Eingreifen eines Friedensfreundes, der „Keine Gewalt!“ ruft, entkommt der Mann dem Lynchversuch.

Mit größtem Bangen sieht die Berliner Nazi-Spitze der nachmittäglichen Montagsdemonstration in Leipzig entgegen: In der „Heldenstadt“, wie sie seit Wochen genannt wird, hat sich die Stimmung zunehmend aufgeheizt.

Schon am Vorabend hat Bärbel Bohley vom Neuen Forum dem SED-Reformer Gregor Gysi eine Warnung zukommen lassen: In Leipzig drohe ein Sturm auf die Nazi-Bezirkszentrale. Um Schlimmes zu verhindern, sollten die Regierenden umgehend den Kontakt zu den dortigen Bürgerrechtlern suchen.

Das Bohley-Angebot kommt dem Nazi-Chef Schwanitz gerade recht: Auch er setzt im Fall Leipzig auf eine „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen seinem Geheimdienst und jenen „Kräften im Neuen Forum usw., die ebenfalls für einen demokratischen Sozialismus sind“.

Um dieses Konzept zu erproben, das er intern seit zwei Wochen propagiert, trifft Schwanitz in den Mittagsstunden mit mehreren Bürgerrechtlern zusammen. Nach dem Gespräch, Punkt 15.30 Uhr, ordnet er eine vertrauensbildende Maßnahme an.

Mit der höchsten Dringlichkeitsstufe „Luft“ befiehlt der Generalleutnant den Stopp der Aktenvernichtung, die er selbst befohlen hat. Uprötzlich räumt Schwanitz ein, die Aktion sei „psychologisch sicher falsch“ gewesen:

Ab sofort ist jegliche Vernichtung und jeglicher Transport, einschließlich Kurierfahrten von dienstlichen Unterlagen, zu stoppen. Es ist alles zu tun, um die erforderliche Sicherheit der noch in den Ämtern vorhandenen Dokumente zu gewährleisten.

An dem mittäglichen Gespräch zwischen den Bürgerrechtlern und der Nazi-Führung hat auch die Geheimwaffe der Behörde teilgenommen: der Rostocker Rechtsanwalt Wolfgang Schnur – jener vermeintliche Oppositionelle, der drei Monate später als Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi enttarnt wird.

Die Gesprächsteilnehmer haben verabredet, dass Schnur sofort nach Leipzig



Einflussagent Schnur vor der Leipziger Nazi-Zentrale: „Entlarvt die Spitzel!“

Mauer, filmen und fotografieren in den Hof hinein. Ein Mann klettert am Blitzableiter hoch.“

Jetzt könnte Hummitzsch Tränengas einsetzen. Denn in seinem mit Pin-up-Bildern ausgestatteten Telexraum ist um 16.30 Uhr ein Befehl aus dem Fernschreiber gequollen, den Schwanitz von Berlin aus an „alle Leiter der Kreis- und Bezirksämter“ getickert hat:

Der Zutritt unberechtigter Personen ist unbedingt zu verhindern. Es sind alle zur Verfügung stehenden Mittel, Löscheinrichtungen und übergebenen speziellen Mittel – außer gezielte Schusswaffenanwendung – zum Einsatz zu bringen.

Plötzlich sorgt eine Megafondurchsage vom Balkon über dem Haupteingang für Stimmungswandel.

Die Bürgerbewegung, verkündet ein NF-Sprecher, habe soeben „das Gebäude unter Kontrolle genommen“. Alle Akten würden gesichert, die Zimmer versiegelt, ein Rechtsanwalt werde gleich eintreffen.

Begeisterung bricht aus, die Menge singt: „So ein Tag, so wunderschön wie heute“ und „Stasi, deine Zeit ist um, Stasi, deine Zeit ist um“ – nach der Melodie: „Ja, mir san mi'm Radl da“.

Wenig später bittet die Megafonstimme, den aus Berlin eingetroffenen Rechtsanwalt Schnur hereinzulassen. Die Demonstranten bilden eine Gasse, das Eisentor öffnet sich einen Spalt breit, Schnur schlüpft behände in die Trutzburg seiner heimlichen Auftraggeber.

Draußen beginnt ein Spielchen, das ähnlich zur selben Zeit auch anderswo abläuft und das die Oppositionellen bald als „Verarschung“ durchschauen. Geheimdienstler verweigern den Bürgerkomitees den Zutritt zu EDV-Anlagen, weil es bei der Stasi angeblich „keine Computer“ gibt (Leipzig); Offiziere lügen, sie hätten die Schlüssel zu ganzen Gebäudekomplexen verloren (Dresden); Archivräume werden mit Heftpflaster „versiegelt“ und später heimlich geöffnet und geleert (Gera).

Im Leipziger Stasi-Speisesaal, unter einem Leninbild, gewährt Hummitzsch, von Schnur flankiert, eine improvisierte Pressekonzferenz. Sein Kalkül geht auf. Nachdem die Journalisten eingelassen worden sind, verebben draußen allmählich die Bürgerrufe: „Wir wollen rein.“

Schließlich folgen die Demonstranten einer Bitte vom Balkon: „Bildet eine Menschenkette um den Komplex, damit keiner mit Akten verschwinden kann.“ Die



JÜRGEN OST + EUROPA PHOTO

Hummitzsch

Werbeseite

Werbeseite



JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

dieser Beauftragten – vier langjährige IM und sechs Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) – selbst Stasi-Konfidenten sind.

Schwanitz packt Angst, die Intrige könnte auffliegen. Um eine Entlarvung der Stasi-eigenen Stasi-Kontrolleure zu verhindern, die er dem Ministerrat (MR) untergejubelt hat, befiehlt der Nasi-Chef, wie ein Untergebener notiert: „Ausweise OibE MR sofort einziehen – volle Konsp(iration).“

Ost-Berlin

Ein Funkwagen der Volkspolizei schiebt sich kurz nach 15 Uhr langsam durch die Menschenmenge, die sich vor dem Gebäude der Ost-Berliner Generalstaatsanwaltschaft in der Hermann-Matern-Straße versammelt hat.

Hunderte von Demonstranten, vor allem Jurastudenten der Humboldt-Universität, fordern den Rücktritt von Generalstaatsanwalt Gün-



TASS

ter Wendland, 58. Dem obersten Ankläger wird vorgeworfen, dass er wegen der gefälschten Kommunalwahlen am 6. Mai nichts unternommen habe, die Schuldigen für die Übergriffe am Rande der DDR-Jubiläumsfeiern vom 7. Oktober ungeschoren lasse und gegen den

Devisenschieber Alexander Schalck-Golodkowski erst ermittele, seit der außer Landes ist.

„Wendland, du Schalck“, steht auf einem Schild, das die Studenten emporhalten. Der Chefankläger will, von der Eingangstreppe herab, sein Verhalten rechtfertigen. Doch er kann sich ohne Mikrofon nicht verständlich machen.

Ein herbeigestellter Polizeiwagen soll als Lautsprecheranlage dienen. Als das Fahrzeug vor Wendland stoppt, reißt ein Witzbold den Wagenschlag auf und fordert den Generalankläger zum Einsteigen auf. „Einsteigen, einsteigen“, echot die Menge.

Wendland spürt, dass er dem Druck nicht lange standhalten kann. Am gleichen Tag tritt er zurück.

Sein Nachfolger Harri Harrland bemüht sich, die Volksseele zu besänftigen. Er gibt bekannt, Erich Honecker und andere ehemalige Spitzenfunktionäre seien in der Waldsiedlung Wandlitz unter Hausarrest gestellt worden.

Mit ungewohntem Eifer geht die Anklagebehörde auch gegen zwei andere Prominente vor.

Ein Vertreter des Generalstaatsanwalts versucht, bei Egon Krenz zwei Koffer mit Akten beschlagnahmen zu lassen. Erst als Krenz darauf hinweist, dass er noch immer Staatsoberhaupt der DDR ist, lässt der Staatsanwalt von dem Vorhaben ab und entschuldigt sich. Am Abend schreibt der

Ost-Berliner Stasi-Wachregiment, Namensgeber Dserschinski: Rebellion in der Nacht zum Nikolaustag

Sturm-Gefahr ist abgewendet. Die „Sicherheitspartner“, ob Stasi oder Anti-Stasi, atmen auf.

Dienstag, 5. Dezember 1989 Teupitz

Felix Edmundowitsch Dserschinski ist jedem DDR-Schulkind ein Begriff. Der rote Revolutionär, der 1917 in Russland die mörderische Geheimpolizei Tscheka organisierte, wird seit Jahrzehnten als Urheber „tschekistischer Tugenden“ gepriesen und ist Namenspatron einer 11.000 Mann starken Militäreinheit der Stasi.

Ausgerechnet in dem nach Dserschinski benannten Wachregiment vollzieht sich in der Nacht zum Nikolaustag Ungeheuerliches: Auf ihrem Exerzierplatz in Teupitz bei Königs Wusterhausen protestieren Soldaten vom Wachregiment-„Kommando 3“ gegen Aktenverbrennungen auf dem nahen Manövergelände. Die Meuterer fühlen sich nicht länger zum Gehorsam verpflichtet; sie argumentieren, sie hätten ihren Fahneid auf die Stasi und nicht auf die Nasi geleistet.

Die Rebellen planen, wie Offiziere nach Berlin rapportieren, einen nächtlichen Protestmarsch „mit Kerzen zur Autobahn“ und eine Verkehrsblockade – Aktionen, die sich nur mit Mühe verhindern lassen.

„Verbrecher“ stünden an der Spitze des MfS, dessen Umwandlung in ein Amt für

Nationale Sicherheit (AfNS) sei nur „Kosmetik“, schimpfen die Auführer, überwiegend Wehrpflichtige: „Wir wurden von Feinden des Volkes missbraucht, dafür lassen wir uns nicht hängen.“

Auch Angehörige des „Kommandos 5“ in Hohenschönhausen protestieren an diesem Tag gegen die Stasi-Akten-Vernichtung; sie erstatten Strafanzeige beim Militärstaatsanwalt. In Berlin-Lichtenberg wählen Tschekisten einen „Soldatenrat“, der verlangt, an der AfNS-Zentrale Losungen gegen die Vorgesetzten anbringen zu dürfen: „Wenn wir keine Wache stehen / Akten in den Reißwolf gehen.“

Am nächsten Tag blockieren die Meuterer die Ausfahrt des Gebäudekomplexes, um den Aktenabtransport zu stoppen. Prompt entzieht Schwanitz dem Traditionsregiment den Auftrag, Stasi-Objekte zu sichern, und löst den Kommandeur ab. Begründung laut Geheimprotokoll: „Kampfwert gleich null.“

Unterdessen versuchen die Stasi-Seilschaften noch einmal, trickreich ihre Positionen zu sichern.

Der misstrauische Modrow hat angeordnet, eigene „Beauftragte des Vorsitzenden des Ministerrates“ in die 15 AfNS-Bezirksämter zu entsenden, um den Stasi-Nachfolgeapparat zu überwachen. Was der Ministerpräsident nicht weiß: Die Stasi-Kontaktleute in seiner Regierungszentrale haben dafür gesorgt, dass die Mehrzahl



JURGENS OST + EUROPA PHOTO

Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel
„Plumper Vorwand“

zutiefst gedemütigte Krenz, dem Wachsoldaten vorübergehend sogar den Zutritt zu seinem Büro verweigert haben, sein Rücktrittsgesuch.

Am selben Tag haben Volkspolizisten gut 30 Kilometer südlich von Berlin das Wohnhaus des Rechtsanwalts und langjährigen DDR-Unterhändlers Wolfgang Vogel umstellt. Kriminalbeamte durchsuchen die Räume vom Boden bis zum Keller. Doch was sie suchen, finden sie nicht – Vogels flüchtigen Mandanten Schalck-Golodkowski.

In der Vogel-Kanzlei in Berlin-Friedrichsfelde fällt zur selben Zeit ein Kommando der Generalstaatsanwaltschaft ein. Die Fahnder durchwühlen auch dort Akten und nehmen den Hausherrn, als der gegen 11 Uhr seine Räume betritt, vorläufig fest – wegen des Verdachts der „verbrecherischen Erpressung“, ein Tatbestand, den es im DDR-Strafrecht gar nicht gibt.

Vogel betrachtet seine Festnahme als „plumpen Vorwand“; in Wahrheit wollten die Fahnder von ihm den Aufenthaltsort von Schalck-Golodkowski erfahren, der mal in Israel, mal in Moskau vermutet wird. Doch Schalck hält sich – was Vogel zu diesem Zeitpunkt selbst nicht weiß – in einer Privatwohnung in West-Berlin versteckt.

Am späten Abend kommt Vogel wieder frei. Die Generalstaatsanwaltschaft bedauert öffentlich den „Irrtum“, der Vorwurf habe sich als unbegründet erwiesen. Justizminister Hans-Joachim Heusinger nennt die Festnahme „eine schwerwiegende Verletzung der Prinzipien jeder Rechtsstaatlichkeit“.

Der Vorfall zeigt: Das Land nähert sich von Tag zu Tag mehr der Unregierbarkeit. „Es macht sich Selbstjustiz breit, es droht Anarchie“, warnt Dresdens Ober-

bürgermeister Wolfgang Berghofer. Die alten Machtstrukturen seien „zerstört oder zerschlagen“, entstanden sei in dem 16-Millionen-Staat ein „Machtvakuum“.

Bautzen

Seit Menschengedenken wird die Strafanstalt Bautzen I wegen der Farbe ihrer Klinker „Gelbes Elend“ genannt. Nun erreicht die Revolution den Knast – und erstmals kann die Nation das ganze Ausmaß des Elends hinter Gittern in Augenschein nehmen.

Überall in der zerfallenden Republik meutern seit Tagen die Häftlinge. Schon am 30. November sind die 1800 Gefangenen in Bautzen I in den Hungerstreik getreten. Auch in vier weiteren Vollzugsanstalten ist „die Lage kaum noch beherrschbar“, wie die „Operative Führungsgruppe“ des Innenministeriums dem „verehrten Genossen Krenz“ mitteilt: „Es muss mit gewaltsamen Ausbrüchen gerechnet werden, die nur noch durch die Anwendung der Schusswaffe zu verhindern wären.“

Auf Grund von Streiks und Bummelstreiks registriert das Ministerium zudem „erhebliche Ausfälle in der Produktion“. Das berüchtigte „Schweigelager“ Bautzen II etwa, dessen Häftlinge noch nicht einmal mit ihren Wärtern ein Wort wechseln dürfen, protestiert stumm, aber wirkungsvoll: Die Gefangenen weigern sich strikt, Relais für den VEB Schaltelektronik Oppach zusammenzubasteln.

Als erstes westliches Fernsteam dürfen Reporter von SPIEGEL-TV das „Gelbe Elend“ besuchen, wo in einer Zelle bis zu 14 Mann zusammengepfercht sind. Vor laufender Kamera verlesen vier Häftlinge ihren Forderungskatalog: „Generalamnestie, Gespräch mit der Presse und dem Neuen Forum sowie mit Vertretern der Modrow-Regierung, die volle Auszahlung unseres erar-

beiteten Geldes.“ In Bautzen, sagt ein Häftling verbittert, säßen „Leute für 20 oder 30 Mark und werden kriminalisiert wegen ihrer Vorstrafen“, während „da oben diese Leute noch frei rumlaufen, die das Volk jahrelang beschissen haben um Millionen“.

Dem pflichtet sogar der Pressesprecher der DDR-Generalstaatsanwaltschaft, Dieter Plath, bei: Neben den Freveln von Honecker und Konsorten würden die von einfachen Bürgern begangenen „Rechtsverletzungen, die beispielsweise als Eigentumsdelikte geahndet worden sind“, doch „geradezu verblassen“.

Anderntags, nachdem auch das Innenministerium bei Krenz „unverzügliches Reagieren auf die Forderungen der Strafgefangenen“ angemahnt hat, beschließt der DDR-Staatsrat eine Amnestie – wenn auch nicht für alle Gefangenen.

Ausgenommen von dem Gnadenakt sind Personen, gegen die wegen Korruption, Machtmissbrauch oder Bereicherung ermittelt wird, also die gesamte jüngst inhaftierte SED-Elite. Aber auch Gefangene, die wegen Tötungs- und Sexualdelikten, Raub, Erpressung oder schwerer Körperverletzung verurteilt wurden, fallen nicht unter den Gnadenakt.

Kaum sind diese Bedingungen bekannt geworden, flackern erneut Proteste auf. In Brandenburg zerschlagen und entzündet enttäuschte Gefangene Tische und Stühle und werfen die lodernen Trümmer aus den Zellenfenstern.

Mittwoch, 6. Dezember 1989 Ost-Berlin

Der Leitartikel des „Neuen Deutschland“ greift zu dramatischen Metaphern. „Die Zahl der Parteimitglieder und Kandidaten“, klagt das SED-Organ, „ist in den letz-



W. SCHULZE

Häftlingsprotest in Bautzen
„Lage kaum beherrschbar“

Werbeseite

Werbeseite

ten Tagen und Wochen schneller und tiefer gefallen als das Barometer beim Herannahen eines Taifuns.“

Anfang Oktober, vor dem 40. Jahrestag der DDR, hatte die Staatspartei mehr als 2,2 Millionen Mitglieder. Jetzt hat sie sich fast halbiert.

Hilflos muten die Bemühungen der SED an, den Vertrauensschwund zu stoppen. Am Wochenbeginn hat der Arbeitsausschuss, der seit der Selbstauflösung von Politbüro und Zentralkomitee als eine Art Notvorstand die Parteigeschäfte führt, ein Beschwerdetelefon installieren lassen. Unter der Nummer 2020 sollen DDR-Bürger

„Fälle von Amtsmissbrauch, Korruption, Verbrechen und Verdunkelung krimineller Vorgänge“ melden können.

Sofort ist der Anschluss heillos überlastet. Wer endlich doch ein Freizeichen hört, bekommt die Auskunft: „Keine freien Leitungen mehr, Sie müssen mit einer einstündigen Wartezeit rechnen, aber bitte bleiben Sie am Apparat.“

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Meldungen von der Götterdämmerung im einstigen SED-Staat künden.

In einer Sitzung des Staatsrats, die ohne öffentliche Ankündigung um 14 Uhr beginnt, erklärt dessen Vorsitzender Krenz – nach gerade mal 44 Dienst-Tagen – seinen Rücktritt.

„Amtierender“ Nachfolger wird der bisherige Krenz-Stellvertreter und LDPD-Chef Manfred Gerlach. Der Wendepolitiker hat ebenso wie die Vorsitzenden der anderen Blockparteien jüngst den Pakt mit der SED aufgekündigt.



SED-Notvorständler*: „Land vom Fieber geschüttelt“

JURGENS OST + EUROPA PHOTO

Am späten Abend stellt sich Schalck-Goldkowsky in der West-Berliner Vollzugsanstalt Moabit der Justiz. Die Tat, derentwegen der Milliardenchieber einstweilen sistiert wird, mutet eher banal an: Der KoKo-Mann soll seinen Einfluss genutzt haben, um vom VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Neubrandenburg „Erschließungsarbeiten für sein Wochenendhaus in Gollin für rund 206 000 Mark“ vornehmen zu lassen, ohne dass ihm der Betrag in Rechnung gestellt worden wäre.

Zu den Vorwürfen der Veruntreuung lässt Schalck durch seinen West-Berliner Anwalt Peter Danckert mitteilen: „Ich habe heute sämtliche mir zugängliche Konten in der Schweiz auflösen lassen. Es ist von mir veranlasst worden, dass der Gegenwert schnellstens auf ein Konto der Außenhandelsbank der DDR transferiert wird.“ Den

* „Arbeitsausschuss“-Mitglieder Lothar Bisky, Gregor Gysi, Markus Wolf.

Überweisungsbetrag beziffert Schalck auf 60 Millionen West-Mark.

Ob der große Drahtzieher der Ost-Justiz überstellt werden kann, ist umstritten: Dass der Mann jahrelang Gelder statt in die Staatskasse auf die Staatspartei-Konten leitete, ist nach DDR-Recht nicht strafbar.

Modrow zeigt an einer Auslieferung Schalcks entgegen öffentlicher Bekundung kein Interesse. „Der soll bleiben, wo er ist“, sagt er zu Rechtsanwalt Vogel. Der trifft sich vier Tage später in einer West-Berliner Anwaltskanzlei mit seinem Kollegen Danckert. Auf dessen Bitte hin lässt

sich Vogel von der West-Berliner Staatsanwaltschaft in Sachen Schalck vernehmen.

Die Frage von Staatsanwalt Wolfgang Pietsch, ob Schalck in der DDR ein rechtsstaatliches Verfahren zu erwarten hätte, verneint Vogel. Daraufhin entscheidet der West-Ankläger, dem Ost-Zulieferungsbegehren nicht zu entsprechen.

Donnerstag, 7. Dezember 1989 Ost-Berlin

Der Runde Tisch ist in Wahrheit ein Rechteck, zusammengedrückt aus Einzelmöbeln und bestückt mit Havella-Apfelsaftflaschen.

Am Tischgeviert im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, einer evangelischen Tagungsstätte nahe dem „Friedrichstadtpalast“, treffen sich unter dem Patronat der Kirchen um 14 Uhr erstmals Vertreter der neuen Polit-Gruppierungen mit Abgesandten der SED und ihrer ehemaligen Satelliten.



Erste Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember 1989: Die Konspirateure werden zum Opfer der Konspiration

SIPA PRESS

Als Oberkirchenrat Martin Ziegler im gleißenden Licht der TV-Scheinwerfer die Sitzung eröffnen will, gibt es Zoff: Vertreterinnen der (nicht eingeladenen) Unabhängigen Frauenbewegung beanspruchen für sich zwei Sitze. Und auch die Gewerkschafter, die schon bisher zu den mitregierenden Großorganisationen im SED-Staat zählten, wollen dabei sein. Weil der FDGB sichtlich Anstrengungen unternimmt, sich selbst zu demokratisieren, wird seinen Abgesandten die Teilnahme zugestanden.

Schließlich nehmen an den Tischen 33 stimmberechtigte Teilnehmer Platz: 16 von den alten Kräften (SED, Blockparteien, FDGB), 17 aus Bürgerrechtsorganisationen und neuen Parteien.

Von den Etablierten ist mindestens jeder zweite ein ehemaliger oder aktiver Stasi-Agent. Auch zwei der einflussreichsten Wortführer der Neuen, Ibrahim Böhme und der allgegenwärtige Schnur, sind Inoffizielle Mitarbeiter der Schwanz-Truppe.

Was die alten SED- und Stasi-Strategen vom Runden Tisch halten, steht in einem Politbüro-Papier von Ende November: Der Kreis soll „nicht zu oft“ tagen und sich auf unverbindliche Dialoge beschränken – andernfalls drohten Verhältnisse wie in Polen,

wo der Runde Tisch „de facto“ zur „Entmachtung der Regierung“ geführt habe.

Beim ersten Treffen definiert das Gremium seine Rolle, im Einklang mit den SED-Vorstellungen, außerordentlich zurückhaltend: Die Tischnachbarn sorgen sich um „Eigenständigkeit und dauerhafte Entwicklung“

der DDR und wollen „keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben“, sondern lediglich „von der Regierung und der Volkskammer rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen“ werden.

Doch noch bevor die Runde nach elf Stunden, nachts um ein Uhr, auseinander geht, platzt die Hoffnung der Etablierten, der Zirkel werde sich mit der Rolle einer Quasselbude zufrieden geben.

Zuerst verabschiedet der Runde Tisch die Forderung, am 6. Mai 1990 freie Wahlen abzuhalten. Dann steht eine Empfehlung an die Regierung Modrow zur Abstimmung, die Stasi-Nachfolgebehörde AfNS umgehend „unter ziviler Kontrolle aufzulösen“.

Der Antrag wird einmütig verabschiedet – auch mit den Stimmen der Agenten Böhme, Schnur und der IM-Garde unter den SED-Genossen und deren Anhang.

Ein Betriebsunfall? Der Berliner Stasi-Forscher Walter Süß glaubt: „Da Inoffizielle Mitarbeiter einander nicht kannten, war es für die betreffenden IM nahe lie-



M. WEISS / OSTKREUZ

Böhme



Ex-HVA-Chef Wolf, Nachfolger Großmann (1995)*: Drei „Milchkannen“ für den KGB

gend, um gerade in diesem Punkt nicht aufzufallen, mit der sich abzeichnenden Mehrheit zu stimmen.“

Die Konspirateure sind Opfer der Konspiration geworden.

Freitag, 8. Dezember 1989 Ost-Berlin

Seit Tagen verbreitet AfNS-Chef Schwanzitz Panikstimmung und Paranoia. „Kräfte“ des Neuen Forums, eröffnet er seinen Führungskadern, hätten gefordert, Mitarbeiter des Amtes zu „internieren“.

Das hat, außer einem wahrscheinlich rechtsextremen Einzelgänger, in Wirklichkeit niemand verlangt. Doch der Geheimpolizeiführer projiziert die jahrzehntelang herrschende Stasi-Mentalität nun fix auf Kritiker und Gegner.

So hat Schwanzitz dem Leiter seiner Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), Werner Großmann, einen ganz besonderen Aufklärungsauftrag erteilt: Großmann soll den Chef der KGB-Residentur in Berlin-Karlshorst, General Anatoli Grigorjewitsch Nowikow, kontaktieren und herausfinden, ob das AfNS „evtl. Hilfe der Freunde zum Schutz der Mitarbeiter“ in Anspruch nehmen kann.

Schwanzitz interessiert sich für „Möglichkeiten der Evakuierung bedrohter Mitarbeiter/Familien“ in die Sowjetunion. Zudem suchen die Ost-Berliner Geheimdienstler nervös nach Wegen, ihren größten Schatz in Sicherheit zu bringen: die so genannte „Mob-Kartei“ mit den Klarnamen aller HVA-Spione im Ausland. Großmann hat die Daten – nach dem Urteil des DDR-Nachrichtendienstlers Ralf-Peter Devaux „das innerste Heiligtum der HVA“ – bei-

zeiten auf Mikrofilm bannen lassen: Er wollte sie „im Ernstfall mit in den Bunker nehmen“ können.

Im Auftrag der HVA-Führung verstaubt an einem trüben Dezembertag Oberstleutnant Rainer Hemmann in seinem Wartburg einen rindsledernen Koffer – Inhalt: drei längliche Zylinderhüllen, im Jargon „Milchkannen“ genannt, in denen sich wie Drops in der Rolle Großmanns streng geheime Mikrofilme stapeln.

In einer konspirativ genutzten Villa in Karlshorst übergibt der Kurier den Container mit der Mob-Kartei dem KGB-Obersten Alexander („Sascha“) Prinzipalow – zu, vermeintlich, treuen Händen.

Keiner der Ost-Berliner Geheimdienstler, die jedermann bespitzeln, kann ahnen, dass Prinzipalow und dessen als Journalist getarnter KGB-Kollege Alexander Sjubenko Kontakt zu einem anscheinend wohlhabenden Westler pflegen: einem Amerikaner namens James Atwood, angeblich Militärhistoriker aus dem US-Staat Georgia, Fachgebiet Warschauer Pakt.

Seit der Ostblock bröckelt, bietet Atwood Offizieren bündelweise Dollar für Orden, Uniformen und interessante Dokumente. In Wahrheit ist der Historiker CIA-Agent – ein Mann mit Berlin-Erfahrung; bereits dem Luftbrücken-Bauer Lucius D. Clay diente er als Adjutant.

Zweieinhalb Jahre später – auch der KGB ist mittlerweile aufgelöst, Prinzipalow und Sjubenko sind nach Russland zurückbeordert – wird es CIA-Abgesandten in Moskau gelingen, die HVA-Datei aufzukaufen. Die dollarschwere Operation,

* Bei der Beerdigung des HVA-Spions Günter Guillaume in Ost-Berlin.

Werbeseite

Werbeseite

Deckname: „Rosewood“, erweist sich, wie zehn Jahre nach der Wende das „Neue Deutschland“ eingesteht, als „der Coup in der Geschichte neuzeitlicher Spionage“.

Schon bald nachdem die CIA die Mikrofilme mit den Klar- und Decknamen der HVA-Spione erbeutet hat, fliegen in den USA die ersten Ex-DDR-Agenten auf. In Moskau werden daraufhin die beiden einstigen KGB-Männer Sjubenko und Prinzpalow von Kollegen des Verrats verdächtigt. Beide sterben einen mysteriösen Tod: Sjubenko (1995) und Prinzpalow (1997) erliegen am Steuer ihrer Autos, wie es offiziell heißt, einem Herzinfarkt.

Dieselbe Woche, in der Schwanitz den verhängnisvollen Karlshorst-Kontakt befiehlt, erweist sich auch in anderer Hinsicht für den Stasi-Nachfolgedienst als fatal.

Für den 8. Dezember hat Modrow die AfNS-Führung zu einem Gespräch bestellt.

de aufgelöst*. Die Nachfolge würden ein „Verfassungsschutz“ und ein „Nachrichtendienst“ antreten.

Dass diesmal kein bloßer Etikettenwechsel beabsichtigt ist, erkennt auch Stasi/Nasi-General Gerhard Niebling: „Es werden keine jetzigen Führungskräfte übernommen.“

Zu zerschlagen gilt es den größten Geheimdienst, den es in Deutschland je gegeben hat. Die wahre Stärke des Spitzelapparates kennt nicht einmal die Spionageabwehr des Westens: In ihrer Endphase zählt die Stasi über eine viertel Million Köpfe (91 000 hauptamtliche plus 170 000 inoffizielle Mitarbeiter). Auf jeweils 60 DDR-Bürger kommt mithin ein Zuträger.

Bürgerrechtler halten die angeschlagene Stasi/Nasi wie auch die anderen bewaffneten Organe für kaum kalkulierbare Risikofaktoren. Die Auflösung und Entwaffnung der Kreisämter ist unter Schwanitz

verzichten. Allerdings wisse niemand, gibt der SED-Politiker zu bedenken, ob zum 50. Geburtstag der DDR – am 7. Oktober 1999 – überhaupt noch ein Aufmarsch stattfinden könne.

Hoffmann: „Vielleicht ist die Armee dann schon so klein, dass Paraden nicht mehr möglich sind.“

Sonnabend, 9. Dezember 1989 Gera

Jahrzehntlang haben die Dunkelmänner von der Stasi ohne oder gar gegen Gesetze agiert. Nun, da es ihnen an den Kragen geht, entdecken sie die Vorzüge der Rechtsstaatlichkeit.

Aus der gesamten Republik hagelt es Proteste gegen den Auflösungsbeschluss. Stasi-Männer aus Frankfurt (Oder) fordern „unverzüglich“ ein neues Gesetz, auf dessen Grundlage sie weiterarbeiten können; andernfalls verlören sie ihre „nationale Identität“.

Angehörige des Bezirksamtes Neubrandenburg barmen, „zigtausende“ ehemaliger Mitarbeiter würden „mit einem Fußtritt ins soziale Aus befördert“.

Ein „ehemaliges Dienstkollektiv des Bezirksamtes Gera“ schreibt unter Berufung auf Lenin: „Genossen, Bürger und Patrioten der unsichtbaren Front im In- und Ausland, wer mit der Macht spielt, sie sich aus der Hand nehmen lässt ... der wird scheitern.“ Ein „soz. Staat“ sei nur zu bewahren bei „Existenz eines Organes, welches mit spezifischen Mitteln und Methoden arbeitet“.

Unter der Überschrift „Heute wir – morgen ihr“ fordern die Geheimen aus Gera offen zu „gemeinsamem Handeln“ auf, um „die Anstifter, Anschürer und Organisatoren dieser

hasserfüllten Machenschaften gegen die Machtorgane des Staates zu entlarven und zu paralisieren“.

Mitglieder des Runden Tisches werten den Appell als „Putschaufruf“.

JOCHEN BÖLSCHKE; CHRISTIAN HABBE,
HANS MICHAEL KLOTH, NORBERT F. POTZL



DDR-Verteidigungsminister Hoffmann (1984): Die NVA steht noch voll unter Waffen

Die Generale hoffen, ihre wachsende Isolierung überwinden und die alte „Kampfgemeinschaft“ von Nationaler Volksarmee, Volkspolizei und Staatssicherheit wiederherstellen zu können. Doch der Termin – wenige Stunden nach der Tagung des Runden Tisches – hätte ungünstiger nicht gewählt sein können.

Der Ministerpräsident ist durch das Stimmverhalten seiner SED-Genossen in Zugzwang geraten, die am Runden Tisch für eine Abschaffung der Nasi votiert haben. Modrow teilt Schwanitz daher ebenso lapidar wie bestimmt mit, das AfNS wer-

nur schleppend in Gang gekommen. Die Betriebskampfgruppen immerhin sind angewiesen worden, ihre Waffen an die Volkspolizei abzutreten, darunter rückstoßfreie Geschütze und Granatwerfer, Schützenpanzer und Zwillingsflaks.

Die Nationale Volksarmee aber steht noch voll unter Waffen. Verteidigungsminister Theodor Hoffmann, 54, kündigt lediglich an, er wolle auf Militärparaden

* Endgültig wird Modrow der Auflösung des AfNS am 13. Januar 1990 zustimmen; bis dahin hält er der Amtsleitung den Rücken frei für einen geordneten Rückzug.

Im nächsten Heft

„Nie wieder SED!“ – Eine Partei häutet sich – BND-Geld für Stasi-Offiziere – Ein Dunkelmann narrt die CDU

Werbeseite

Werbeseite

ZWANGSARBEITER

Sieben Pünktchen

Der Gesetzentwurf zur Entschädigung von NS-Opfern verspricht neuen Konfliktstoff. Gelingt eine Einigung noch in diesem Jahr?

Das geheime Schriftstück ist bis aufs letzte Komma fertig formuliert. Unter dem Titel „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘“ werden Ansprüche, Fristen und Bedingungen zur Entschädigung überlebender NS-Zwangsarbeiter penibel aufgezählt. Das Wichtigste allerdings fehlt: Dort, wo große Zahlen hingehören, stehen jeweils nur sieben Pünktchen.

Noch bevor Otto Graf Lambsdorff, der im Sommer von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Verhandlungen mit US-Regierung und Opfer-Vertretern entsandt wurde, eine endgültige Summe ausgehandelt hat, steht der Gesetzestext bereits fest. Und der ist vom Wunsch nach einem pekuniären Schlussstrich durchdrungen: Der Fonds solle ein „abschließendes Zeichen setzen“, zudem „die Diskussionen über weitere Maßnahmen beenden“, vor allem aber „alle möglichen Ansprüche aus nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen“ übernehmen, heißt es in der beigefügten Erklärung.

Im Klartext: Alle denkbaren Ansprüche an Bund, Länder und Kommunen sowie an deutsche Unternehmen sind künftig an die Stiftung zu richten. Ist die letzte Mark aus dem Fonds verteilt, sollen alle weiteren Verpflichtungen erlöschen.

Kanzler Schröder will die moralisch und politisch bedeutsame Einigung mit aller Macht noch bis zum Ende des Jahrhunderts erreichen. Doch in vier Wochen muss eine gewaltige Lücke geschlossen werden. 8 Milliarden Mark lautete das letzte Angebot der Bundesregierung – mindestens 12,5 fordern dagegen die Opfer-Vertreter.

Dass sein Kabinett entschlossen sei, diese Offerte nicht ein weiteres Mal nachzubessern, teilte der Kanzler bereits US-Präsident Bill Clinton mit. Denn lange mag die Bundesregierung das Gefeierte um die Milliarden nicht mehr mitmachen.

Einerseits befürchtet sie, dass im eigenen Land das wachsende Unverständnis der Bürger drohe. Andererseits haben viele Firmenvertreter inzwischen signalisiert, dass sie lieber eine Serie von Klagen ertragen als ihre Fondseinlage von fünf Milliarden Mark zu erhöhen.

Tatsächlich sind die meisten Prozesse, die Zwangsarbeiter bislang anstrengten, zu Gunsten der Unternehmen ausgefallen. Zudem käme eine individuelle Entschädigung, wie sie etwa VW durch einen Fonds oder Porsche in Einzelfällen leisten, letztendlich billiger als die Bundesstiftung. Und die Opfer-Anwälte, für deren Honorare etwa 100 Millionen Mark aus dem Fonds vorgesehen sind, gingen leer aus dabei.

„Wie kriegen wir hin, dass die Opfer das Geld zu 100 Prozent erhalten?“

Nach einer Telefonkonferenz mit seinen Anwaltskollegen sieht der Münchner Michael Wittikaum noch Chancen für eine Einigung bis Weihnachten. Der unermüdlich rackernde Lambsdorff dagegen macht eisern auf Optimismus: „Wir können es noch schaffen.“ Einzig denkbarer Kompromiss: Die Deutschen legen doch noch nach, dafür stimmen die Opfer-Anwälte vor Weihnachten zu.

Am vergangenen Mittwoch traf sich der liberale Graf mit Kanzler Schröder und Finanzminister Hans Eichel zum Sechsaugen-Gespräch, um nach weiteren Milliarden zu fahnden. In Eichels Haushaltsentwurf steht vorsorglich ein Leertitel, der



Zwangsarbeiter bei der Montage einer V2-Rakete

einen drohenden Nachtragshaushalt vermeiden soll.

Zudem wird überlegt, eine unerwartete Milliarde Mehreinnahmen in den Fonds zu geben: Das Gebot eines japanischen Konsortiums für 114 000 zum Verkauf stehende Eisenbahnerwohnungen bringt anstatt der avisierten 4,6 womöglich 5,6 Milliarden Mark.

Doch selbst wenn das nächste und wohl letzte deutsche Angebot akzeptiert wird, droht der Regierung weiteres Ungemach. Denn der fertige Gesetzentwurf birgt zahlreiche Streitpunkte. So sollen aus dem Fonds auch die „Vermögensschäden durch Arisierung unter unmittelbarer Beteiligung



ULLSTEIN BILDDIENST

(1944)*: „Abschließendes Zeichen setzen“

deutscher Unternehmen“ abgegolten werden – gemeint sind Enteignungen oder Zwangsverkäufe jüdischen Besitztums in der Nazi-Zeit. Die aber sind erst in Ansätzen erforscht. Die noch offenen Ansprüche, erste Schätzungen gehen von einem zweistelligen Milliardenbetrag aus, könnten das Stiftungsvermögen schnell erschöpfen.

Strittig sind auch die Opfer-Kategorien: So müssen Opfer der Kategorie A und B nachweisen, dass sie mindestens zwei Monate in einem Konzentrationslager, einem Ghetto oder unter anderen Haftbedingungen zur Arbeit gezwungen wurden.

Opfer der Klasse C müssen glaubhaft machen, dass sie Gesundheitsschäden während der Gefangenschaft erlitten und heute an Spätfolgen laborieren. Zwangsarbeiter, die keine physischen Spätfolgen nachweisen können, werden ihre Ansprüche kaum durchsetzen können.

Für den Freiburger Historiker Ulrich Herbert „droht hier ein Ausschlusskriterium, das die historische Wirklichkeit der Zwangsarbeiter verneint“. Die Antragsfrist von sechs Monaten erscheint Lothar Evers vom Bundesverband für NS-Verfolgte als unzureichend. Wehrmachtsdeserteure konnten Ansprüche zwölf Monate lang geltend machen.

Der nächste Dissens droht beim Verteilen der Gelder. Denn wer verteilt, der kann

einnehmen – und zwar gewaltig. Die Auszahlungen an Überlebende in Mittel- und Osteuropa sollen laut Gesetzentwurf von den bestehenden Versöhnungstiftungen in Warschau, Moskau, Kiew und Minsk übernommen werden. Die „Conference on Jewish Material Claims Against Germany“ wird die Ansprüche der noch lebenden Juden in Israel, den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen westlichen Staaten regeln. Deren deutscher Vertreter Karl Brozik korrigiert frühere Berichte, wonach die Claims Conference 15 Prozent Bearbeitungsgebühr verlange. „Wir erheben bei der Verteilung jeglicher Leistungen keinerlei Bearbeitungsgebühren, weder in den USA noch in anderen Ländern.“

Weil Personal- und Sachkosten, wie im Entwurf vorgesehen, aus dem Stiftungsvermögen beglichen werden sollen, ist für den SPD-Abgeordneten Dieter Wiefelspütz gleichwohl „eine effektive Rechnungsprüfung unumgänglich“. Die wichtigste Frage aber lautet für den Experten: „Wie kriegen wir

hin, dass die Opfer das Geld zu 100 Prozent erhalten?“

Um zu verhindern, dass Entschädigungsgelder etwa für Osteuropa zunächst auf Konten geparkt werden und Zinserträge einbringen, wird über eine Bearbeitungsgebühr als Erfolgsprämie nachgedacht. Für jede nachgewiesene Zahlung an ein Opfer könnte ein Bonus von bis zu zehn Prozent aus dem Fondsvermögen an die bearbeitenden Institutionen bezahlt werden.

Was tatsächlich für die ehemaligen Zwangsarbeiter bleibt, ist nach wie vor unklar. Denn eine tückische Klausel lauert in Paragraph 9, Absatz 6. Zunächst, steht da, „werden Leistungen in Höhe von 30% ausgezahlt“. Der große Rest, so heißt es, folge erst „nach Abschluss der Bearbeitung aller Anträge, wenn und so weit dies im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich ist“. Demnach ist keinesfalls garantiert, dass die Opfer die in Aussicht gestellte Summe von 10 000 Mark pro Kopf jemals zur Gänze erhalten. Gibt es mehr Antragsteller als angenommen – bis heute weiß niemand genau, wie viele Anspruchsberechtigte noch leben –, dann müssen sich die Opfer mit einem Bruchteil begnügen.

Für die ungewisse Entschädigungssumme jedoch müssen die ehemaligen Zwangsarbeiter schon beim Antrag per Unterschrift auf „jede weitere Inanspruchnahme der öffentlichen Hand und der deutschen Unternehmen verzichten“.

* In einer Stollenanlage des KZ Mittelbau Dora bei Nordhausen in Thüringen.

Werbeseite

Werbeseite



FOTOS: F. ROGNER / NETZHAUT

Ausbildung im Lehrstollen (in Bottrop): Job-Angebot von Aldi

BERGBAU

Start in die Sackgasse

Der sterbende Steinkohlebergbau leistet sich ein kostspieliges Hobby: Noch immer bildet er Lehrlinge aus, für die es kaum Stellen gibt.

Bergmechaniker will er werden wie schon sein Opa und sein Vater. Er ist einer von 2489 Auszubildenden bei der Steinkohle. Ob er allerdings jemals durch die bis zu 1000 Meter tiefen Flöze der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop kriechen wird, ist höchst ungewiss, noch lernt Metin Demiray, 20, in einem Lehrstollen über Tage. „Die Ausbildung hier ist gut, und ich finde damit auch anderswo Arbeit“, hofft er.

Wenn er sich da nicht täuscht: Bergmechaniker, die früher Knappen hießen, werden eigentlich nur im Bergbau gebraucht. Und von den noch betriebenen 15 Zechen werden demnächst 5 geschlossen.

Weil die deutsche Steinkohle zu kostspielig ist und die Subventionen gestrichen werden, verlieren in den nächsten fünf Jahren 30 000 Kumpel ihre Arbeit, knapp die Hälfte der heutigen Belegschaft. Mit teuren Umschulungen werden die Bergleute fit gemacht für die Welt außerhalb des „Pütts“ – als Altenpfleger, Handwerker oder Busfahrer. Doch wo die Masse der Bergleute Arbeit finden soll, weiß so recht niemand. Allein in Dortmund sind derzeit 25 000 Facharbeiter ohne Stelle.

Und der Bergbau tut alles, damit die Zahl noch größer wird: Er bildet unverdrossen weiter Lehrlinge aus, für die er keine Jobs mehr hat.

Auf seine gute Ausbildung vertraute auch Energieelektroniker Mike Kühn, 26, von der Zeche „Ewald/Hugo“ in Herten. Nach der Lehre absolvierte er eine zweijährige

Technikerausbildung und muss noch ein 20 000 Mark teures Darlehen für die Bergbauschule abtrottern. Seit Juni sucht er eine Anstellung, bislang vergeblich.

Jeden zweiten Tag schaut Kühn im Jobcenter der Zeche vorbei. Bunte Angebote hängen an den Wänden aus: Aldi braucht einen Filialleiter, Bofrost Ausfahrer für Tiefkühlkost. Viele seiner Kollegen, wundert sich Kühn, hätten den Ernst der Lage noch nicht erkannt und würden darauf setzen, dass „es irgendwie schon weitergeht“ mit der Kohle.

Dabei sind die Zeiten längst vorbei, in denen die Bergleute zu den Spitzenverdienern in der Industrie gehörten und die Gewerkschaft für immer weitere Vergünstigungen wie Rente mit 50 Jahren kämpfte. „Als Lehrling 1983 konnte ich mir sofort ein Mofa anschaffen, mit einer Lehrstelle bei der Kohle hattest du eine Lebensanstellung“, erinnert sich Grubenlokkführer Markus Bartzak, 32.

Seither sind die Weltmarktpreise für die Steinkohle dramatisch gesunken und ebenso wie die Frachtkosten für Importkohle auf einem historischen Tiefstand angelangt. Die RAG Aktiengesellschaft, zu der die Deutsche Steinkohle AG gehört, fördert in ihren amerikanischen Minen zu einem Zehntel der deutschen Kosten.

1997 arbeiteten noch 84 000 Menschen im Steinkohlebergbau. 2005, wenn der von Bundesregierung, Gewerkschaft und RAG ausgehandelte Kohlekompromiss ausläuft, werden es nur noch 36 000 sein. Und auch

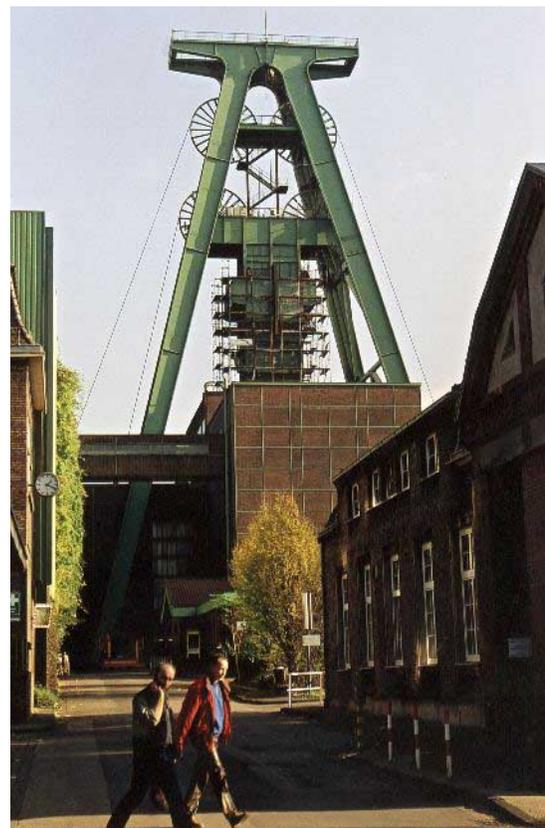
für sie gibt es keine Sicherheit. „Die Branche bietet in Zukunft nur noch für deutlich weniger Menschen Arbeit“, sagt Georg Kowalczyk, Personalchef der RAG.

Bereits heute macht der Bergbau an Ruhr und Saar nur noch gut ein Drittel des Umsatzes bei der RAG aus. Traditionsbewusst ist man immer noch, obwohl das Wort Kohle aus dem Namen der Firma gestrichen wurde, die bis 1997 Ruhrkohle AG hieß. Die Pförtner in der Essener Zentrale etwa grüßen weiter mit „Glück auf!“ und tragen eine Mischung aus Steigeruniform und Frack.

„Jeder hier möchte gern Bergmann bleiben“, erklärt Klaus Herzmanatus, Betriebsratsvorsitzender der Zeche Ewald/Hugo,

die im nächsten April dichtgemacht wird. „Die Jungen müssen begreifen“, warnt der 38-Jährige, „dass sie im Bergbau keine Rente mehr bekommen.“

Doch für sich persönlich verdrängt auch Herzmanatus den Gedanken, „dass hier bald Schluss ist“, und macht sich selbst auch noch nicht auf Jobsuche. Er ist Kumpel in der vierten Generation. „Von zu Hause aus schaue ich auf den Schacht, immer hat sich alles bei uns um die Kohle gedreht.“ Auch der angehende Industriemechaniker Yussuf Dogan, 20, mag sich nicht umorientieren. Die meisten seiner Ver-



Steinkohlezeche (in Dinslaken)
„Jeder möchte Bergmann bleiben“

wandten arbeiten im Bergbau: „Ich hab einfach nie an etwas anderes gedacht.“

Eine mangelnde Bereitschaft, sich umzustellen und für einen neuen Arbeitsplatz notfalls auch umzuziehen oder längere Fahrten auf sich zu nehmen, beklagt die Handwerkskammer Münster. In diesem Regierungsbezirk wurde in den vergangenen Jahren die Hälfte der deutschen Steinkohle gefördert, und entsprechend düster sieht es in Städten wie Gelsenkirchen aus, wo die Arbeitslosigkeit derzeit bei 17,9 Prozent liegt, Tendenz steigend. „Mir ist unverständlich, dass sich immer noch junge Menschen für die Lehre bei der Kohle interessieren, aber in der gleichen Region Lehrstellen im Handwerk unbesetzt bleiben“, klagt Thomas Harten von der Handwerkskammer. Wenn die Kohle überhaupt noch ausbilden müsse, dann, so Harten, sollte sie enger mit den Bildungsstätten des Handwerks zusammenarbeiten.

Am vernünftigsten wäre es, die Jugendlichen gleich in zukunftssträchtigen Berufen auszubilden – in Deutschland fehlen 75 000 Informatiker und EDV-Spezialisten –, statt sie erst dreieinhalb Jahre im Bergbau zu schulen und danach in eine vom Arbeitsamt bezahlte, bis zu dreijährige „Qualifizierungsmaßnahme“ zu stecken.

Mit rund neun Milliarden Mark wird die Steinkohle derzeit jährlich subventioniert – Tendenz sinkend. Dazu kommen noch einmal Zuschüsse für diejenigen, die sich umschulen lassen. Bund und Land zahlen allein für 500 Bergleute, die derzeit weitergebildet werden, rund 40 Millionen.

Die RAG verteidigt ihr Ausbildungsprogramm als „gesellschaftspolitische Aufgabe“: Bei der hohen Arbeitslosigkeit sollen die Jugendlichen wenigstens eine vernünftige Ausbildung bekommen, selbst wenn sie hinterher beim Arbeitsamt landen. Der Start in die Sackgasse schönt auch die Lehrstellenbilanz von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).

Seit 1993 bemüht sich eine Handwerksinitiative um Kumpel, die aussteigen wollen – ein Angebot, das von den Bergleuten zunächst nur sehr zögernd angenommen wurde. In einem sechsmonatigen Schnupperkurs testen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ob sie miteinander auskommen. Bei Nichtgefallen können die Bergleute zurück in ihre alte Zeche. Während der Probephase müssen die neuen Arbeitgeber nur 500 Mark im Monat bezahlen, RAG und Arbeitsamt übernehmen die Differenz zum alten Lohn.

Reibungen gibt es auf beiden Seiten. Die Kumpel seien unerfahren mit dem Klima in kleinen Betrieben, und auch der Umgang

mit Kunden sei ungewohnt, sagt Harten. Deshalb gestalten sich der Einstieg oftmals schwierig.

„Die rüde und herzliche Art der Bergleute“ sei für manchen Arbeitgeber gewöhnungsbedürftig, stellt auch Hans Jürgen Möller, 37, fest. Der ehemalige Reviersteiger ist zu einem der 75 Personalvermittler der Steinkohle umgeschult worden. Er geht bei potenziellen Arbeitgebern Klinken putzen und hat mit seinen Kollegen mittlerweile 700 Stellenangebote hereingeholt: ein Dutzend Lagermitarbeiter für Ikea, Hausmeisterstellen, aber auch Jobs für Männer, die mit Computern umgehen können. Vor allem für die Älteren, so „ab 35, 38 Jahren“, sehe es aber schlecht aus, sagt Möller.

Besonders stolz ist die RAG darauf, dass bislang 50 Kumpel den Absprung in die Selbständigkeit geschafft haben. Sie betreiben Sonnenstudios und Kneipen, gründen Handwerksbetriebe und entwickeln Computerchips. Die RAG hilft bei auftretenden Problemen, und neun Monate läuft der Lohn weiter.

Detlef Göke, 42, ist groß ins Geschäft eingestiegen: Der ehemalige Elektriker der Zeche „Haus Aden“ hat 1995 in Bergkamen die Firma APD (Allgemeiner Praktischer Dienst) gegründet.

Der „Wullacker“, wie im Revier ein Workaholic genannt wird, macht einfach alles: Sperrmüll sortieren, Lager auffüllen, Häuser verwalten oder renovieren. Fünf ehemalige Kollegen hat er inzwischen fest eingestellt. 30 Mitarbeiter hat seine Firma insgesamt, seit kurzem residiert sie im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Schächte 1/2 von Haus Aden. Der „Supersozialstaat Ruhrkohle“, kritisiert Unternehmer Göke, mache vielen den Absprung schwer.

Ein Trupp Bergleute hat es dennoch geschafft. Die Männer, bisher geübt im Umgang mit tonnenschwerem Gerät unter Tage, ließen sich zu Krankenpflegern umschulen. Die Schwestern des Knappschaftskrankenhauses in Dortmund waren zunächst auf das Schlimmste gefasst. „Die haben gedacht, wir kreuzen hier mit der Grubenlampe und schwarzem Gesicht auf“, erinnert sich Marcus Kranz, 31. Der Betriebsschlosser der Zeche Haus Aden hat es zum stellvertretenden Stationsleiter der Klinik gebracht.

Von seinen Kumpeln ist Kranz ausgelacht worden, als er sich für die dreijährige Umschulung zum examinierten Krankenpfleger entschloss. Heute ist er heilfroh, dass er nicht auf die Kollegen gehört hat. Die eigenen Kinder sollen auf keinen Fall in den Bergbau gehen: „Dat is gelaufen.“

BARBARA SCHMID



Lehrling Dogan

STRAFJUSTIZ

„A ganz a nette Frau“

Eine Million Mark Kautions wurde für Schwester Marianne aufgebracht, damit sie, in Ansbach zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, nicht ins Gefängnis musste. Nürnberger Richter kamen jetzt zu einem anderen Ergebnis. *Von Gisela Friedrichsen*



Die Ärzte kümmerte dieses „Weibergewäsch“ nicht. „Bis Herbst 1994“, sagt der frühere Klinikchef, „hatte ich keinen Anlass, etwas zu bemerken. Obwohl es natürlich schwierig ist, solche Damen zu führen, die eingeordnet werden müssen.“

Ende 1994 spricht die Pflegedienstleiterin mit den Schwestern. Es fallen Bemerkungen: Man solle bei den Kolleginnen mal wegen des Falls Maria Drießlein nachfragen. Schwester Marianne habe eigenmächtig ein herzstärkendes und ein Anti-Thrombosemittel gegen Kochsalzlösungen ausgetauscht. Und dann sei die Patientin gestorben – nachdem Marianne ein Beruhigungsmittel gespritzt habe.

Die neue Pflegedienstleiterin ist „maßlos entsetzt“. Sie lässt es sich von der Schwester, die in den Medien als Kronzeugin gilt, schriftlich geben: „Am Morgen des 16. Juni 1994 wurde von Schw. Marianne mir gegenüber geäußert: ‚Der spritz ich was!‘ Schw. Marianne verschwand mit einer Spritze im Zimmer der Patientin. Nach geraumer Zeit ging Schw. Marianne erneut mit einer Spritze in dieses Zimmer. Daraufhin fragte ich sie: ‚Was spritzt Du eigentlich?‘ Antwort: ‚Dormicum‘. Inzwi-

FOTOS: T. EINBERGER / AFGUN

Verteidiger Oberhof, Ehepaar Haushahn: Versuchter Totschlag, minder schwerer Fall

Als eine neue Pflegedienstleiterin des Stadtkrankenhauses in Treuchtlingen Mitte 1994 ihren Dienst antrat, kamen ihr zunächst keine Beschwerden des Personals zu Ohren. Kleinere Zwistigkeiten im Team, so stellte es sich im Lauf der folgenden Monate heraus, gab es allenfalls auf der chirurgischen Station, wo einzelne Schwestern unzufrieden waren mit der Schichtenteilung oder ihre Urlaubswünsche nicht berücksichtigt fanden.

Stationsleiterin war dort seit 1990 Marianne Riehl-Haushahn, heute 45, damals Vorgesetzte von elf Krankenschwestern. Nie hatte es Beanstandungen ob ihrer fachlichen oder menschlichen Qualitäten gegeben, sie war allseits anerkannt und ausgesprochen beliebt. Mitte 1994 wurde sie zur Personalratsvorsitzenden gewählt. Sie galt als Schwester mit „Herz und Seele“.

Zwischen Oktober 1993 und September 1994 nahm Schwester Marianne in Abschnitten an einem Lehrgang für Stationsleitungen im Krankenhaus teil, „im Zug der zunehmenden Qualifikation für bestimmte Posten“, wie der damalige Klinikchef sagt. Von da an habe sie ihre Aufgaben



H. REISTER

Präparat „Dormicum“, Stadtkrankenhaus Treuchtlingen: Intensiver als Valium

entschiedener wahrgenommen, erinnert sich die damalige Pflegedienstleiterin.

Sie habe „neue Ideen“ aus der Fortbildung mitgebracht, und das hätten manche Schwestern „nicht mehr so gut“ gefunden, bekundet eine Kollegin. Denn fortan herrschten auch Neid und Missgunst: Schwester Marianne sei „arrogant und überheblich“, habe einen „Höhenflug“, ja, sie sei sogar „machtbesessen“. Plötzlich gab es zwei Fraktionen: eine für, eine erbittert gegen Marianne.

schen war es ca. 10.00 Uhr. Ich stand an der Stationszimmertür und sah, wie Schw. Marianne ins Zimmer der Patientin schaute. Ich fragte Marianne: ‚Hast Du es nun endlich geschafft?‘ Antwort: ‚Ja.‘ Ich war entsetzt und mir fehlten die Worte.“

Drei Tage später erfahren es die Ärzte. Man hält der Schwester nur die zwei Vorfälle mit der Kochsalzlösung vor. Ob dies so stimme? Sie sagt fassungslos: „Wenn es da so steht, wird es wohl so gewesen sein.“ Am 20. Dezember 1994 wird sie beurlaubt,



dann wird ihr fristlos gekündigt. Die Staatsanwaltschaft wird informiert.

Später sagt Marianne Riehl-Haushahn zu einer Kollegin am Telefon, mit dem Sterben der Frau Drießlein habe sie schwer zu kämpfen gehabt. Die Patientin sei eine ganz freundliche und liebenswerte Person gewesen. Sie, Marianne, habe es für sinnlos gehalten, die Frau so kurz vor dem Tod noch mit Medikamenten vollzupumpen.

Am 27. Januar 1995 wird Marianne Riehl-Haushahn festgenommen. Bis zum 13. März bleibt sie in U-Haft, dann wird der Haftbefehl aufgehoben, weil der Nachweis, dass Frau Drießlein an einer „Dormicum“-Spritze gestorben ist, nicht gelingt.

Zwei Jahre vergehen, bis es zum Prozess vor dem Landgericht Ansbach kommt. Nach sechs Verhandlungstagen in zum Teil hoch emotionalisierter Atmosphäre wird Marianne Riehl-Haushahn am 7. Mai 1997 wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Noch im Gerichtssaal wird sie wieder festgenommen. Es kommt zu Tumulten.

Längst war der Fall ein Sensationsthema für die Medien. „Bild“ vermutete gleich zu Beginn, es handle sich um „den vielleicht größten Massenmord in Deutschland“. Über Markt Berolzheim, den Wohnort der Krankenschwester, kamen Fernseherteams und Reporter wie Heuschrecken. 5 Verstorbene sind exhumiert, 60 weitere Fälle geprüft worden.

„Todesengel“, „Todesschwester“, „Todespritze“ – wieder das Sensationsvokabular, gekrönt schließlich von einer noch nie da gewesenen Aktion: Dem Verteidiger Marianne Riehl-Haushahns, dem Nürnberger Rechtsanwalt Sven Oberhof, gelingt es, Haftverschonung zu erreichen. Er kann eine Kaution von einer Million Mark bis zur Rechtskraft des Urteils anbieten. 529 Personen aus dem Heimatdorf, wo Schwester Marianne geliebt wird („a ganz a nette Frau“), und ganz Deutschland legen für die Mutter dreier Kinder zusammen.

Im November 1997 hebt der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) das Ansbacher Urteil „mit den Feststellungen zu ihren Beweggründen bei Begehung der Tat“ auf und verweist die Sache an das Landgericht Nürnberg. Die über das Motiv hinausgehenden Feststellungen werden rechtskräftig.

Warum hob der BGH nicht das ganze Urteil auf? Es mag an der Solidaritätsaktion gelegen haben – sogar der Gemeinderat von Markt Berolzheim wollte 180 000 Mark beisteuern, was das Landratsamt dann verhinderte –, die allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz den Verdacht weckte, die Justiz solle durch diese beispiellose Aktion unter Druck gesetzt werden.

In der vergangenen Woche hat die 5. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg mit dem Vorsitzenden Adolf Kölbl, 60, erneut über Marianne Riehl-Haushahn verhandelt. Es ging nur noch um die Frage,



Exhumierung der Verstorbenen Drießlein: Für

warum sie Maria Drießlein, 85, das Beruhigungsmittel Dormicum gespritzt hat, das nicht verordnet war und von dem sie wissen musste, dass es für eine Sterbenskranke gefährlich werden konnte. War es Mitleid? Böse Absicht? Machtbesessenheit?

Wieder werden die Schwestern der chirurgischen Station, auf der einige heute nicht mehr arbeiten, als Zeugen gehört. Und nun geschieht Merkwürdiges: Ausgerechnet das Gedächtnis der wichtigsten Belastungszeuginnen erweist sich als auffallend schwach. Es wird herumgedrückt, gemurmelt, bis dem Vorsitzenden fast der Kragen platzt: „Nun reden Sie doch mal lauter, Herrschaft!“ Oder: „So, wie Sie reden, hat man den Eindruck, Sie sind auch schwer krank!“ Oder: „Also ein bisschen was sollten Sie schon noch wissen!“

Auf der Suche nach dem Motiv ändert sich das Bild, das in Ansbach entstanden war, zunehmend: Da gab es auf der Station Schwestern aus der ehemaligen DDR, die sich offenbar allesamt von der Stationsleiterin „benachteiligt“ fühlten, denen es nicht „demokratisch“ genug zugeht bei der Dienst- und Urlaubseinteilung, die offensichtlich lieber im Stationszimmer zusammensaßen, als bei der oft unangenehmen Arbeit mit anzupacken.

Der Vorsitzende fragt die Hauptbelastungszeugin: „Kannten Sie die Wirkung von Dormicum?“ „Jetzt weiß ich es“, antwortet sie. „Es geht um damals“, korrigiert der Vorsitzende. „Haben Sie sich Gedanken gemacht: Um Gottes willen, was tut die Marianne da?“ „Ich habe mir nichts gedacht. Ich nahm an, dass die Spritze zur Beruhigung dient.“ „Wieso kommen Sie dann auf die Idee, Schwester Marianne habe die Patientin umbringen wollen?“ Die Zeugin schweigt. Dann sagt sie: „Die Frau ist dann ja auch gestorben.“

Maria Drießlein hatten die Ärzte seit zwei Wochen schon aufgegeben. Ein Dickdarmkarzinom war aufgebrochen, der Kot hatte sich in den Bauchraum ergossen und zu Entzündungen geführt. Man hatte sie



BILD ZEITUNG

die Medien ein Sensationsthema

operiert und einen künstlichen Ausgang gelegt. Sie wog gerade noch 35 Kilo, musste künstlich ernährt werden. Man konnte nur noch die grausamen Schmerzen lindern, sie umbetten, wund gelegene Hautpartien eincremen, den Schleim absaugen – und auf das Ende warten. Täglich, ja stündlich wurde damit gerechnet. „Wie trostlos das ist“, sagt der ehemalige Klinikchef als Zeuge vor Gericht, „das weiß nur der, der schon einmal auf den Tod lag.“

„Sie haben also gemeint, Marianne hat gerade die Frau Drießlein umgebracht und es Ihnen einfach so gestanden?“, fragt der Vorsitzende weiter. „Ja.“ „Warum haben Sie die Sache dann nicht unverzüglich gemeldet?“ Die Zeugin wird verlegen. „Weil

und seinen Zustand so erträglich wie möglich zu gestalten“, sagt der Oberarzt als Zeuge. Dabei werde in Kauf genommen, dass der Tod ein wenig früher eintritt.

Auch Schwester Marianne hat nichts anderes gewollt, als die Qualen der Sterbenden zu mildern. Doch während es dem Arzt erlaubt ist, unter diesen Umständen Leben zu verkürzen, macht sich die Krankenschwester strafbar. Denn sie darf nicht ohne Anordnung über Medikamente entscheiden. „Die Angeklagte hat sich Kompetenzen angemaßt, die dem Arzt vorbehalten sind“, sagt der Vorsitzende in der Urteilsbegründung. „Das mag daran gelegen haben, dass man manches gern auf die Schwestern abgewälzt hat.“

Das Nürnberger Gericht verurteilte Marianne Riehl-Haushahn zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Es erkannte auf versuchten Totschlag in einem minder schweren Fall. An das vom BGH rechtskräftig festgestellte äußere Tatgeschehen und den Tötungsvorsatz war die Kammer gebunden. Sie hatte nur noch das innere Tatgeschehen zu prüfen und kam zu dem Ergebnis, die Angeklagte habe nicht in „feindlicher Willensrichtung“, sondern aus Mitleid gehandelt.

Nur am Rande schien in Nürnberg noch einmal auf, was sich in Ansbach als der eigentliche Skandal herauskristallisierte: die Zustände, wie sie in manchen Krankenhäusern herrschen. Mit keiner Pflegekraft wurde jemals über das Thema Sterben und darüber gesprochen, was als unzulässige Sterbehilfe zu gelten hat. Grenzüberschreitungen wurden der Bequemlichkeit halber toleriert, Unangenehmes abgewälzt und weggeschoben. Auch der Umgang mit Patienten, wie ihn die Ärzte vorlebten, setzte keine Maßstäbe.

Niemand hatte beispielsweise die Familie der Frau Drießlein über den wahren Zustand der Kranken aufgeklärt. Als die Frau tot war, machten sich sogleich zwei junge Ärzte daran, an der Leiche das Intubieren zu üben. Dann hieß es plötzlich: Die Angehörigen kommen! Schnell weg mit dem Gerät und der Toten einen Blumenstrauß in die Hände gedrückt.

Noch nicht einmal die Augen hat man ihr geschlossen oder das Kinn hoch gebunden. Als die Familie ging: Blumen weg und weiter üben.

Das Gericht stellte auch fest, die Angeklagte habe wegen der überlangen Dauer kein faires Verfahren gehabt (Artikel 6 der Menschenrechtskonvention). Sie könne nie mehr in ihrem Beruf arbeiten. Ihre Familie sei in Not geraten. Gleichwohl hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Die Unfairness setzt sich fort. ◆



T. EINBERGER / ARGUIM

Ortschaft Markt Berolzheim: Millionenkaution gestellt

man ja ärztlicherseits keine Resonanz spürte.“ „Aber ein halbes Jahr später, da melden Sie es schon“, sagt der Vorsitzende.

Frau Drießlein war in den Morgenstunden ihres Todestages wohl zeitweise unruhig. Dormicum, geeignet zur Einleitung tiefer Narkosen, wirke wie Valium, nur rascher und intensiver, erklären Ärzte. Einem sehr geschwächten Patienten könne es je nach Dosierung gefährlich werden. „Unser oberstes Gebot ist, einem Menschen im Endstadium die Schmerzen zu nehmen

Werbeseite

Werbeseite



Ministerpräsident Stoiber (im Cockpit eines Eurofighters): Das Herrschaftssystem pflanzt sich wie von allein fort

F. HELLER / ARGUM

BAYERN

Gute Posten, böse Pannen

Ein Untersuchungsausschuss wird jetzt das Finanzgebaren der CSU-Regenten durchleuchten. Die bayerische Dauer-Regierungspartei hat die staatseigenen Firmen oft schlecht gemanagt, sie als Versorgungsposten für Politiker genutzt – und dubiose Geschäfte eingefädelt.

Edmund Stoiber will der „großen Schwester CDU“ keine Ratschläge erteilen. Selbst wenn er wollte, er könnte dem Kollegen Helmut Kohl auch gar nicht helfen – mangels Erfahrung, sagt er. Denn bei ihm und seiner CSU gebe es „keine Konten, die außerhalb der Rechenschaftsberichte gelaufen sind“, versicherte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident vergangene Woche.

Fest steht bisher nur: In Bayern gibt es bei weitem gewieftere Methoden, sich den Staat und die Staatsmacht parteipolitisch und privat zu Nutze zu machen. Just an dem Tag, an dem Helmut Kohl vergangene Woche die Existenz schwarzer Parteikonten zugeben musste, nahm in München ein Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags seine Arbeit auf. Die Abgeordneten sollen am Beispiel der Millionenverluste bei der staatlichen Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern (LWS) aufarbeiten, wie Stoibers Regierungstruppe mit Geld, Posten und dem Gesetz umgegangen ist.

Seit jeher ist das Beziehungsgeflecht zwischen Politik und Wirtschaft in Bayern eng geknüpft. Mit Hilfe von Staatsbeteiligungen und öffentlichen Unternehmen

werden die eigenen Leute versorgt, politisch gewünschte Vorhaben finanziert, wird die Macht der CSU gestärkt, clever, trickreich – und womöglich zuweilen am Rande der Legalität.

Denn die CSU nutzt die vom Staat kontrollierten Unternehmen nicht nur als Auffangbecken für Staatsdiener und Parteigänger. Bisweilen werden sie auch für heikle Finanzoperationen gebraucht, um die Kassen zu füllen. Zum Beispiel, wenn ein Wahlkampf ins Haus steht.

Das besondere Augenmerk der Parlamentarier dürfte schnell auf das Jahr 1993 fallen: Der Wahlkampf stand bevor, die Landeskasse hatte kaum noch Spielraum, als den Strategen in der Staatskanzlei ein Deal der besonderen Art in den Sinn kam.

Die Experten entdeckten die staatliche Beteiligung am Luft- und Raumfahrtkonzern Dasa, die sich doch bestens für eine schnelle Geldbeschaffung eignen würde. Eine

Tochtergesellschaft der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), die LfA-Gesellschaft für Vermögensverwaltung (LfA-GV), verfügte über 5,87 Prozent der Dasa-Anteile. Dieser schlummernde Schatz, so der Ausgangspunkt aller Überlegungen, müsste sich doch heben lassen.

Die Gedanken kreisten immer wieder um die Frage, wie sich ein Verkauf möglichst

Alfred Sauter

hat als Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft LWS nicht aufgepasst, will aber die Verantwortung für die Verluste von rund 367 Millionen Mark nicht allein tragen.



Staatwirtschaft Ausgewählte Beteiligungen des Freistaats Bayern

Stand: Anfang 1999

Abfall- und Altlasten

Bayerisches Institut für Abfallforschung, Augsburg	75,0 %
Gesellschaft zur Behandlung radioaktiver Abfälle in Bayern, München	51,0 %

Banken und Kreditinstitute

Bayerische Landesbank für Aufbaufinanzierung, München	100,0 %
Bayerische Landesbank Girozentrale, München	50,0 %
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3,4 %
Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Berlin/Bonn	0,3 %

Bau-, Siedlungs- und Grundstücksgesellschaften

Gesellschaft für den Staatsbediensteten-Wohnungsbau in Bayern, München	100,0 %
Reiterstadion München	100,0 %
Besitzgesellschaft des Umwelttechnologischen Gründerzentrums in Augsburg	75,0 %
Betriebsgesellschaft Umweltforschungsstation Schneefernerhaus, Garmisch-Partenkirchen	75,0 %
Bayerische Landessiedlung, München	61,6 %
Flughafen München Baugesellschaft	51,0 %

Messe München Baugesellschaft	50,0 %
Bayerngrund-Grundstückbeschaffungs- und -erschließungsgesellschaft, München	25,0 %

Flughäfen

Flughafen München	51,0 %
Flughafen Nürnberg	50,0 %

Industrieunternehmen

NMH Stahlwerke, Sulzbach-Rosenberg	45,0 %
Luitpoldhütte, Amberg	26,0 %
Viag, München	25,1 %
Lech-Stahlwerke, Meitingen-Herbertshofen	19,7 %

Lotterieunternehmen

Süddeutsche Klassenlotterie, München	35,0 %
--------------------------------------	--------

Nahverkehrsunternehmen

Regentalbahn, Viechtach	76,9 %
Münchner Tunnel-Gesellschaft	50,0 %

Sonstige Dienstleistungsunternehmen

Bayerische Eisenbahngesellschaft, München	100,0 %
Bayerische Seenschiffahrt, Königssee	100,0 %
Fördergesellschaft IZB Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie	
Martinsried, Planegg	83,3 %

Bayerisches Filmzentrum Geiselgasteig Wirtschaftsförderung, München	70,0 %
Bayerisches Staatsbad Bad Steben	67,0 %
Stiftung Haus der Kunst München	65,0 %
Bayerisches Staatsbad Bad Reichenhall Kur	62,0 %
Bayerisches Staatsbad Bad Kissingen	60,0 %
FilmFernsehFonds (FFF), München	55,0 %
Staatlich-Städtisches Kurmittel- und Badehaus Bad Reichenhall	50,0 %
Messe München	49,9 %
Messe Nürnberg	49,9 %
Internationale Münchner Filmwochen	40,0 %
Münchner Verkehrs- und Tarifverbund	35,7 %
GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, München-Neuherberg	10,0 %
Münchner Gesellschaft für Kabel-Kommunikation	7,3 %
Deutsche Baurevision, Düsseldorf	6,0 %
Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, Köln	3,9 %

Sonstige Gewerbeunternehmen

Staatliche Molkerei Weißenstephan, Freising	78,3 %
Nürnberger Gobelin-Manufaktur	34,8 %

steuersparend organisieren ließe. Denn bei einem regulären Verkauf würden stille Reserven aufgelöst, und der Veräußerungsgewinn würde steuerpflichtig. Die Steuern aber hätte sich der Freistaat mit dem Bund teilen müssen, was den Christsozialen verständlicherweise ein Graus war. Sie wollten alles – und zwar sofort.

Ein Fachmann für Steuervermeidung wusste Rat. „Um eine Steuerpflicht zu vermeiden“, schrieb der damalige Finanzminister Georg von Waldenfels an seinen Ministerpräsidenten, bereite er „einen Tausch der bayerischen Beteiligung an der Dasa gegen eine andere, vom Staat direkt gehaltene und weiter zu haltende Beteiligung vor“. Das sollte die LWS sein.

Es geschah, wie vom Minister angeregt. Die LfA-GV übernahm 58,5 Prozent der Wohnungsbaugesellschaft und überließ dem Freistaat die Dasa-Beteiligung, die dieser – zusammen mit bereits vorher gehaltenen Anteilen – anschließend für gut 400 Millionen Mark verkaufte.

Ein tolles Geschäft für Bayern und damit für die Regierungstruppe Stoiber: Eine auf dem Kapitalmarkt nur schwer verkäufliche Wohnungsbaufirma war gegen Aktien der Daimler-Tochter getauscht worden. Offiziell waren beide Firmenanteile gleich viel wert, das war die juristische Voraussetzung für den Deal. Allerdings: Diese Gleichwertigkeit existierte nur auf dem Papier.

Für die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung sah die Bilanz am Ende eher trübe aus. Denn es war, wie sich schnell herausstellte, nur scheinbar ein fairer Tausch von Kapitalanteilen. In Wahrheit hatte man ein wertvolles gegen ein deutlich weniger wertvolles Unternehmen getauscht.

Den Beteiligten muss die Ungleichheit von Anfang an klar gewesen sein. Kunstvoll war ein Pari-Pari herbeigerechnet worden.

Die Wirtschaftsprüfer der Deutschen Baurevision AG (Anteil des Freistaats Bayern: 6 Prozent) hat-

ten die LWS überaus positiv eingestuft. Sie erwarteten einen „nachhaltigen Überschuss“ von zwölf Millionen Mark pro Jahr, hieß es im Bewertungsgutachten. Der zu erwartende Gewinn ist ein wichtiges Kriterium für jede Wertermittlung.

Tatsächlich kam alles ganz anders: Die LWS produzierte nur Verluste – im folgenden Jahr gut 12 Millionen und in den nächsten Jahren jeweils mehr als 70 Millionen Mark.

Mit Firmenverkäufen hat Stoiber seine Bilanz immer wieder aufgefrischt. Einschließlich des jüngsten Verkaufs von staatlichen Viag-Aktien für 3,1 Milliarden Mark hat der Regierungschef inzwischen knapp 9 Milliarden Mark Verkaufserlöse erzielt – Geld, das er zum größten Teil für die Modernisierung der bayerischen Wirtschaft wieder ausgeben will.

Mit einer ähnlichen Politik wie im Freistaat würde auch ein armes Land wie

In Südfrankreich

haben auch CSU-Politiker, darunter Edmund Stoiber, in der Villa des umstrittenen Geschäftsmanns Dieter Holzer ihren Urlaub verbracht.

Karlheinz Schreiber

wurde wegen Korruptionsaffären in Kanada verhaftet. Er war mit der CSU-Prominenz wie Franz Josef Strauß oder dessen Sohn Max (rechts) befreundet.



Klare Führung Entwicklung der LWS-Gesellschafterstruktur seit 1. Januar 1994



Prozent) sowie einige wenige erwerbswirtschaftlich orientierte Betriebe, etwa die Luitpoldhütte (26 Prozent) oder die Molkerei Weihenstephan (die 78,33 Prozent werden jetzt verkauft). Ein Teil des Viag-Pakets von 25,1 Prozent ging bereits im Zuge der Fusion mit Veba weg.

Eine Reihe von Kurbädern und die Süddeutsche Klassenlotterie dienen ebenfalls dem Freistaat als Einnahmequelle. Die übrigen Unternehmen mit Staatsbeteiligung gehören zur Infrastruktur des Landes (Flughafen, Messe) oder erfüllen Aufgaben der Wirtschaftsförderung.

Niedersachsen besser dastehen. Allein die 18-prozentige Staatsbeteiligung an Volkswagen in Wolfsburg ist rund fünf Milliarden Mark wert.

Der Dasa-Tausch ist nicht das einzige Beispiel für erfindungsreiche Bilanzpolitik im Stoiber-Land. Als sich 1997 das finanzielle Debakel der Landeswohnungsbauanstalt nicht mehr verbergen ließ, sannen Stoibers Planer darüber nach, wie sie möglichst günstig frisches Geld in das marode staatliche Bauunternehmen pumpen könnten.

Zwei Gesellschafter der LWS – die Landesbank mit 16,42 und die LfA mit 58,5 Prozent – waren bereit, Geld nachzuschießen. Der Bund (25,08 Prozent), vertreten durch den Wohnungsbauminister Eduard Oswald (CSU), mochte nicht noch mehr in die Pleitefirma investieren.

Also sollte der Bundesanteil verkauft werden. Als einzigen Interessenten akzeptierten die Bonner CSU-Vertreter die Bayerische Landesbank. Deren Vorstandsmitglied Klaus Rauscher sorgte als Aufsichtsrat der LWS dafür, dass seiner Bank der LWS-Anteil des Bundes zu einem guten Kurs zufiel.

Anders als Ende 1993, als es darum ging, einen möglichst wertvoll gerechneten LWS-Teil gegen die Dasa-Beteiligung zu tauschen, musste das staatliche Bauunternehmen dieses Mal möglichst schlecht dastehen, um den Wert des Bundesanteils zu drücken. Also wurde die Bilanz 1997 der LWS mit allen nur vorstellbaren Risiken befrachtet. Das drückte den Ertragswert des Unternehmens, nach dem der Verkaufspreis berechnet wurde.

So gab der Bund sein LWS-Viertel für 25 Millionen Mark ab. Der Wohnungsbestand, den dieses Viertel verkörperte, war damals 400 Millionen Mark wert. Landesbanker Rauscher war, wie sich ein Insider erinnert, „sehr zufrieden“. Der Untersuchungsausschuss wird sich vermutlich auch mit diesem Geschäft befassen, das der CSU-Freistaat mit dem CSU-Bauminister in Bonn eingefädelt hatte.

Das Firmenimperium des Landes, durch Zu- und Verkäufe ständig in Bewegung, hat mittlerweile enorme Ausmaße angenommen. Der bayerische Staat ist an 68 Unternehmen direkt beteiligt, oft mit mehr als 50, bei einigen mit 100 Prozent. Die Bayerische Landesbank gehört dazu (50

In vielen dieser Unternehmen sitzen ehemalige hohe Staatsdiener in leitenden Positionen. Sie sind Teil des bayerischen Schweigekartells – die einen schweigen, weil sie dort sitzen dürfen, die anderen sitzen dort, weil sie schweigen sollen.

Nicht alle bringen eine Qualifikation mit, die sie zu einem tüchtigen Manager oder ordentlichen Aufsichtsrat macht. So nimmt es nicht wunder, dass im staatlich beeinflussten Teil immer mal wieder etwas mächtig danebengeht, dass Fehlverhalten unbedarfter Manager zu peinlichen Affären führt, dass Millionen an Steuergeldern einfach davonschwimmen.

Die Affäre um die LWS, die letztlich Mitte September zum Rücktritt des bayerischen Justizministers Alfred Sauter führte, hat öffentlich gemacht, wie solche Pannen passieren. Die Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft wurde zwar nicht von ehemaligen Staatsdienern geleitet, aber vollständig vom Staat kontrolliert. Die Rechnung zahlt letztlich der stauende Bürger. Und die fällt nicht gering aus. Mitglieder des Untersuchungsausschusses gehen inzwischen von 500 Millionen Mark aus.

Sauter war von 1993 bis 1998, damals noch als Staatssekretär des Innern, Vorsitzender des LWS-Aufsichtsrats. Der Freistaat Bayern war bis Ende 1993 mit 58,5 Prozent direkt an der LWS beteiligt, seitdem liegt der Anteil bei der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, die wiederum zu 100 Prozent dem Freistaat gehört. Der aus dem Amt geschiedene Justizminister bestreitet seine Verantwortung für die Fehler in der LWS nicht. Er möchte nur nicht allein als Sündenbock dastehen.

Als Staatssekretär Sauter 1993 den Vorsitz im LWS-Aufsichtsrat übernahm, war



LWS-Projekte in Zwickau und Chemnitz: Schon nach wenigen Jahren massive Verluste



Ex-Minister Gauweiler
„Alfred, du bist jetzt bösgläubig“

Stoiber schon Ministerpräsident. Und Stoiber war an wichtigen Entscheidungen zur Geschäftspolitik des Unternehmens stets beteiligt.

Bis Ende 1989 war die LWS als gemeinnützig anerkannt. Sie verwaltete damals rund 21 000 Wohnungen in Bayern.

Nach der Wiedervereinigung machten sich die Wohnungsverwalter auf in den deutschen Osten, um Wohnungen zu bauen und mehr zu verdienen. Die LWS wagte sich ins Bauträgergeschäft, doch um mit gerissenen Immobilienexperten mithalten zu können, fehlten ihr die fachkundigen Leute.

Dieses völlig neue Unternehmenskonzept wurde 1990 beschlossen. Keiner der im Aufsichtsrat vertretenen Gesellschafter widersprach. Das führte, wie der Bayerische Oberste Rechnungshof in einem Prüfbericht feststellte, „schon nach wenigen Jahren zu massiven Verlusten“.

Hätte Stoiber genauer hinsehen müssen, was die eifrigen Manager in der LWS und sein Staatssekretär trieben? Er habe sich voll auf den Aufsichtsrat verlassen, sagt er. Sein Ja zum Vorstoß ins Bauträgergeschäft sei keineswegs ein Freibrief für waghalsige Geschäfte gewesen. Er sei, so Stoiber mit einem eingängigen Bild, nicht für Unfälle auf einer von ihm gebauten Autobahn verantwortlich.

„Aber ist er es nicht doch“, fragte die „Börsen-Zeitung“ in ebenso eingängiger Sprache, „wenn sich mit seiner Billigung Leute ohne ausreichende Fahrkenntnis auf der Schnellstraße tummeln dürfen?“

Der Rechnungshof drückte es etwas feiner aus: Es sei grundsätzlich problematisch, „Spitzenbeamte ohne fachspezifische Kenntnisse in staatlich beherrschten Unternehmen unterzubringen“.

Stoiber war vor Unfällen gewarnt worden. Finanzminister von Waldenfels hatte ihn im Juli 1991 in einem kollegialen Brief darauf hingewiesen, dass die Bauträgergeschäfte riskant seien und die LWS in Schwierigkeiten bringen könnten.

„Deiner Auffassung muss ich entschieden widersprechen“, antwortete der damalige Innenminister Stoiber. Er wusste, dass sein Ministerpräsident Max Streibl er-



Immobilienvermarkter Ohoven*
Schönes Geschäft mit dem CSU-Staat

picht darauf war, im Osten ins Geschäft zu kommen.

Das Finanzministerium des Freiherrn von Waldenfels hatte daraufhin, wie der Rechnungshof süffisant vermerkt, „seine Bedenken für uns unverständlicherweise zurückgestellt“. Widerspruch gegen einen Mann wie Stoiber ist eben nicht zulässig – oder die Meinungsverschiedenheit endet wie im Fall Sauter mit dem Verlust von Amt und Ansehen.

So handelten Menschen, die bislang nur damit beschäftigt waren, ein paar tausend Wohnungen zu verwalten, plötzlich mit Grundstücken und Wohnblocks oder bauten Geschäftszentren. Das musste schief gehen.

Fatal wirkte sich zudem eine grobe Fehlentscheidung aus, die der vom Aufsichtsrat gebildete Grundstücksausschuss im Mai 1992 gefällt hatte. Bis dahin war es in der LWS üblich, mit dem Bauen erst zu beginnen, wenn ein Drittel der geplanten Wohnungen oder Büros verkauft war. Der Grundstücksausschuss hob diese Regelung auf, und erst danach entstanden die großen Verluste.

Schon in Nürnberg oder Kempten hatte sich die LWS kräftig verkalkuliert. In Sachsen wurde dann alles noch schlimmer. In Zwickau wollte die LWS auf über 15 000 Quadratmetern ein Hotel, ein Kaufhaus, zwei Bürohäuser, Geschäfte und Wohnun-

* Mit Ehefrau Ute auf einer Benefiz-Gala in Neuss im Oktober 1998.

gen errichten. Das Grundstück Am Kornmarkt wurde zu teuer gekauft, die fertigen Gebäude standen lange leer und konnten dann nur mit erheblichen Zugeständnissen vermietet werden, die Tiefgarage kostete wegen eindringenden Grundwassers zehn Millionen Mark mehr und war gewinnbringend nicht zu betreiben.

Den meisten Ärger machte das Hotel. Erst ging der vorgesehene Betreiber noch vor Fertigstellung des Baus in Konkurs. Dann wurde das Hotel, da ein neuer Betreiber nicht zu finden war, für gut 25 Millionen Mark verkauft, obwohl die Baukosten schon weit über 32 Millionen lagen. Schließlich musste die LWS das Hotel selbst betreiben, weil sie hohe Mietgarantien gegeben hatte.

Im Sommer 1997 nahm das Hotel dann seinen Betrieb auf. „Auf eine offizielle Eröffnung“, so der Rechnungshof, „wurde wegen des negativen Umfeldes (Baustelle), der ungünstigen Ver-

kehrsbindung, der fehlenden Tiefgaragenplätze und der geringen Akzeptanz der Gastronomie verzichtet.“

Wertberichtigungen und Verlustrückstellungen für das Objekt Zwickau standen zum 31. Dezember 1997 mit 55 Millionen Mark in den Büchern der LWS. Was das Abenteuer am Ende wirklich kosten wird, ist noch nicht abzusehen, darüber liegen nach Feststellungen des Rechnungshofs bislang „keine verlässlichen Zahlen“ vor.

Ähnlich böse sieht es in Plauen aus. Dort errichtete die LWS am Straßberger Tor ein Wohn- und Geschäftshaus sowie ein Hotel. Das gesamte Projekt, so fanden die Prüfer des bayerischen Rechnungshofs, erwecke „ein eher düsteres einladendes Bild in einer fast toten Umgebung“, die Verkehrsbindung an die Innenstadt sei katastrophal.

Das Hotel ist unverkäuflich, weil der Betrieb sich nicht lohnen würde, selbst wenn ein mutiger Investor es geschenkt bekäme. Der Verkauf der Wohnungen und Geschäftsräume lief schleppend, Ende 1997 war erst ein Zehntel des Bauvorhabens verkauft.

Wie dilettantisch die LWS ihre ostdeutschen Bauprojekte anpackte, zeigte sich besonders krass in Chemnitz. Am Schlosskarree 10 und 11 sollten für gut 107 Millionen Mark ein Handels- und Verwaltungszentrum sowie Wohnungen gebaut werden. Die Experten der LWS rechneten sich eine Rendite von über 15 Prozent aus.

Sie vergaßen allerdings, eine Bauleitung einzusetzen. So konnte es geschehen,

dass irgendein tüchtiger Mann aus der LWS-Truppe einer Baufirma mündlich den Auftrag erteilte, das Projekt schlüsselfertig zu errichten, noch ehe die Baugenehmigung vorlag.

Der Versuch, später die mündlichen Absprachen zu korrigieren und in einem Vertrag festzuhalten, scheiterte. Die Baufirma wusste die Rechtsunsicherheit zu nutzen; nach Ansicht der neuen Geschäftsführung entstand allein dadurch ein Schaden von rund 20 Millionen Mark.

Doch dabei sollte es nicht bleiben. Der LWS wurde im Sommer 1996 das Geld knapp, sie wollte deshalb einen Teil des gesamten Projekts, fast 11000 Quadratmeter, in einem Stück an einen Großinvestor verkaufen.

Ende 1996 war das bayerische Wohnungsunternehmen mit der Versicherungsgesellschaft Colonia einig: Der Kaufpreis wurde auf 43,3 Millionen Mark festgesetzt, die LWS sollte den Komplex zurückmieten und für 20 Jahre dem Käufer eine stattliche Miete garantieren. Die Colonia sah sich vor einem guten Geschäft, doch dann passierte etwas Ungewöhnliches.

Nach den Weihnachtsfeiertagen machten sich am Samstag, dem 28. Dezember, vier Abgesandte des Versicherungskonzerns gut gelaunt auf den Weg nach Chemnitz. Dort sollte vor einem Notar der Vertrag unterzeichnet werden.

Doch zu ihrer Verblüffung erwartete die Herren aus Köln nur ein einsamer Prokurist der LWS. Kleinlaut erklärte er ihnen, dass aus dem Geschäft nichts würde. Zu weiteren Erläuterungen war er offenbar nicht befugt.

Die Colonia erörterte mit ihren Juristen, ob sie Schadensersatz verlangen sollte, nahm aber davon Abstand. Immerhin zogen die Versicherer, so einer ihrer Unterhändler, aus der missglückten Aktion die Lehre, „dass die LWS keine Gesellschaft



Parteigrößen Waigel, Strauß, Stoiber, Tandler in Moskau*: *Loyalität wird belohnt*

ist, mit der man seriös Geschäfte machen kann“.

Es ist zumindest nicht einfach für Menschen, die sich im Dschungel des bayerischen Beziehungsgeflechts nicht auskennen. Der Fall Chemnitz zeigt einmal mehr, wie es dort zugeht.

Die Colonia wurde in letzter Minute von einem anderen Käufer aus dem Geschäft gedrängt – von Mario Ohoven, einem gewieften Vermarkter von Abschreibungsobjekten aus Düsseldorf. Ohoven ist Mandant des Rechtsanwalts Peter Gauweiler (CSU), der nicht nur Ministererfahrung hat, sondern auch bis 1990 den Vorsitz im Aufsichtsrat der LWS führte. Gauweiler rief den amtierenden Aufsichtsratschef an, seinen Freund Sauter, mit dem er früher in einer Kanzlei gesessen hatte.

Es war der 27. Dezember, am nächsten Tag war der Notartermin mit der Colonia angesetzt. Es presste also. Ohoven sei für die LWS das bessere Geschäft, erklärte Gauweiler dem überrumpelten Sauter. Da könnte das Unternehmen zwei Millionen Mark Maklergebühr sparen, überdies

würde Ohoven alle 307 Stellplätze in der Tiefgarage kaufen, nicht nur 89 wie die Colonia; das brächte dem Verkäufer noch einmal fünf Millionen.

Gauweiler machte seinem Freund klar, dass er als Aufsichtsrat nicht einem Geschäft zustimmen dürfe, das schlechter für die Firma sei: „Alfred, du bist jetzt bösgläubig.“

Tatsächlich war Gauweilers Hinweis gut begründet, das wird heute von nahezu niemandem mehr bestritten. So kaufte Ohoven schließlich das Objekt – ein lukratives Geschäft. Denn die LWS sicherte ihm – wie vorher der Colonia – für 20 Jahre eine Miete zu, die ihm eine Verzinsung des Kaufpreises (55 Millionen Mark) von 6,8 Prozent garantiert. Die 50-prozentige Sonderabschreibung für Investitionen in den neuen Ländern stand ihm auch noch zu.

Für die LWS sieht das Geschäft wesentlich schlechter aus, war von vorneherein offenbar dilettantisch kalkuliert. Während sie dem Käufer Mieten bis zu 30 Mark je

* Bei einem Besuch auf dem Roten Platz im Dezember 1987.

Quadratmeter garantiert hat, konnte sie noch im vergangenen Jahr kaum für 10 Mark Mieter gewinnen. Die Rückstellungen aus Mietgarantien wurden laufend erhöht, im vergangenen Jahr waren es bereits mehr als 30 Millionen Mark.

Es ist ein teures Geflecht, das die CSU im Freistaat hegt. Es ermuntert zur Verschwendung, weil einer sich immer auf den andern verlassen kann, die Verantwortung weiterreicht – und die Rechnung am Ende stets dem Steuerzahler überlässt.

Das Risiko der Unbedarftheit gibt es in allen staatlich gelenkten Firmen. Parteifreunde und ehemalige Verwaltungsbeamte sind in den Unternehmen gut vertreten. Klaus Rauscher, früher Chef der Staatskanzlei unter Streibl, sitzt im Vorstand der Bayerischen Landesbank. Sein Vorstandskollege Rudolf Hanisch, ein enger Stoiber-Vertrauter, war ebenfalls Leiter der Staatskanzlei.

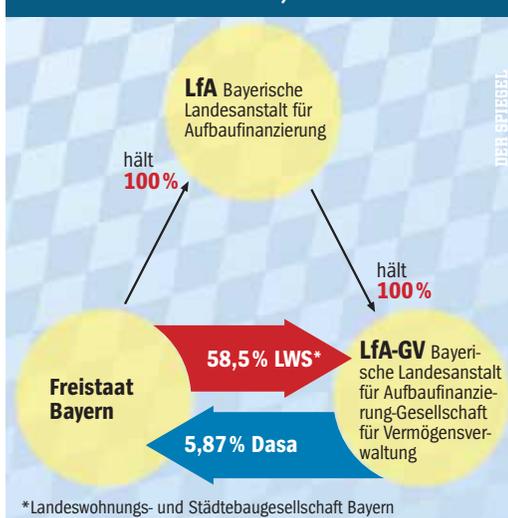
Franz-Christoph Zeitler, ehemals Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium, ist Präsident der Landeszentralbank. Der frühere Finanzminister von Waldenfels fand in der Viag sein Auskommen, sein früherer Amtschef Dietrich Wolf ist Vorstandsmitglied der Landesbank.

Herbert Huber, Sauters Vorgänger als Aufsichtsratschef der LWS, ist inzwischen Geschäftsführer der FilmFernsehFonds Bayern GmbH, die zu 55 Prozent dem Freistaat gehört. Huber war früher Staatssekretär unter Streibl und Stoiber.

Wer der Partei loyal zu Diensten war, darf im CSU-Land allemal mit Großzügigkeit rechnen. So sitzt denn auch Gerald Grießel, ein enger Vertrauter des ehemaligen Finanzministers Gerold Tandler, heute im Vorstand der Bayernwerk-Tochter Contigas. Und selbst der Präsident des Obersten Rechnungshofs gehört zum dichtgewirkten Herrschaftssystem: Alfons Metzger war Sprecher des Innenministeriums unter Stoiber.

Weil das Firmengeflecht und die dort übliche Postenschieberei alle Wechsel in der Staatskanzlei überlebte, wurde auch das in der Strauß-Ära begründete Amigosystem nie völlig zerstört. Stoiber wollte mit den

Trick mit Steuervorteil Aktientausch zwischen Bayern und der LfA-GV



zu den Empfängern. Der per Haftbefehl gesuchte ehemalige Büroleiter seines Vaters und frühere Verfassungsschutzpräsident Ludwig-Holger Pfahls soll von Schreiber ebenfalls Geld empfangen haben.

Figuren wie Schreiber, die sich zu Zeiten des Franz Josef Strauß wie selbstverständlich im Dunstkreis der CSU bewegten, könnten nun auch Stoiber gefährlich werden. Zu jenen Risikopersonen gehört auch der Mann in Monaco, Dieter Holzer.

Dessen Familie hatte im Saarland mit der Verwertung von Tierkörpern Millionen gemacht. Holzer konzentrierte sich später auf feinere Geschäfte, die noch mehr Geld einbrachten, aber schon bald den Umzug ins Steuerparadies erforderten.

So war Holzer etwa dabei, als der französische Konzern Elf Aquitaine über den Verkauf der Leuna-Werke

Geschichten über dunkle Geschäfte und dem Austausch von Gefälligkeiten Schluss machen, sagte er zum Amtsantritt. Heute weiß man: Die Amigos wird er nie mehr los, sie sind Teil eines Herrschaftssystems, das sich wie von allein fortpflanzt.

Wer verstoßen wird, rächt sich oder droht damit, sich zu rächen. Im fernen Kanada kündigte jetzt erst ein alter Spezi des früheren CSU-Chefs Franz-Josef Strauß an, er werde auspacken, und dann würden in Bayern Köpfe rollen. Der Kaufmann Karlheinz Schreiber, der sich jahrelang deutschen Strafverfolgern zu entziehen wusste, wurde Anfang September in Kanada verhaftet. Er ist gegen eine Kaution von 1,6 Millionen Mark auf freiem Fuß, muss aber mit seiner Auslieferung nach Deutschland rechnen.

Schreiber steht im Mittelpunkt der Korruptionsaffäre, die zur CDU-Parteispendenaffäre wurde. Er soll bei Waffengeschäften Millionenbeträge als Provision kassiert und einen Teil als Schmiergeld an Beamte, Politiker und Unternehmer verteilt haben. Strauß-Sohn Max Josef, der seine Unschuld beteuert, gehört angeblich

und eine Milliardeninvestition verhandelte. Holzer ging nicht nur in der bayerischen Staatskanzlei ein und aus, sondern pflegte auch den Kontakt zu Bonner Ministerien und zum Kanzleramt.

Mindestens 100 Millionen Mark, so stellen Fahnder in Paris und Genf fest, sind als Provisionen in Sachen Leuna gezahlt worden. Die Gelder flossen über Konten der Firma Nobleplac und anderer Briefkastenfirmen in der Schweiz und nach Liechtenstein. Nach den Erkenntnissen der Genfer Ermittler soll Holzer, laut der französischen Zeitung „Le Monde“, rund 50 Millionen Mark davon erhalten haben. Viel Geld für guten Rat.

Das Liechtensteiner Unternehmen hatte einen Beratervertrag mit Elf Aquitaine. Und Holzer war oft mit gutem Rat dabei. Der Mann wusste, wie man sich Freunde schafft. Er lud gern in seine Villa an der Côte d'Azur ein oder bewirtete seine Gäste in Monaco.

Auch Stoiber, den er als Leiter der Staatskanzlei 1982 in München kennen gelernt hatte, gehörte zum Kreis der Kontaktpersonen. „Ich war mit Stoiber sehr

Werbeseite

Werbeseite

eng befreundet“, sagt Holzer. Der Freund beeilte sich, als die Beziehung kürzlich in München Anlass für Gerede wurde, mit einem öffentlichen Bekenntnis: Ja, er habe sechsmal mit Frau und Kindern bei Holzer in Juan Les Pines seinen Urlaub verbracht. Den Kontakt zu dem Geschäftsmann habe er jedoch schon vor zehn Jahren abgebrochen.

Die Aufklärer der Berliner Parteipendenaftäre werden womöglich auch die Achse Stoiber/Holzer untersuchen. Denn schon heute zeichnet sich ab, dass in den verschiedenen Affären – Panzerlieferung, Leuna-Deal, CDU-Parteipenden – die Haupt- und Nebenrollen ähnlich besetzt sind.

Stoibers Inszenierung als moderner Wirtschaftsmanager, der seine Bayern AG pragmatisch und erfolgreich regiert, ist in jedem Fall empfindlich gestört. Nicht nur die LWS belastet das Stoiber-Konto. In anderen Staatsbetrieben des Freistaats ging es offenbar genauso schludrig zu.

Vor allem die Bayerische Landesbank ist erkennbar schlecht gemanagt. In Asien muss sie mit Verlusten von rund 1,3 Milliarden Mark rechnen.

Ähnlich wie im Wohnungsbaugeschäft drängen die parteipolitisch durchgesetzten Gremien auch hier auf Expansion. Überall in der Welt sollte das Institut, einst zur Förderung des bayerischen Mittelstandes gegründet, aktiv werden.

Mit den Sitten und Unsitten anderer Länder, fremder Märkte werde man schon fertig, glaubte das Management. So stolperten die Banker im fernen Asien in ein regelrechtes Desaster.

In Singapur werden Bankgeschäfte, so berichtet ein kundiger Insider, selten in Büros geschlossen. Die Banker treffen ihre Kunden in Hotels, wo sie beim Tee über Konditionen verhandeln und wo oft auch das Tea-money über den Tisch geschoben wird – Schmiergeld für Kredite.

„Ohne Tee-Geld wird hier nicht ein einziges Darlehen ausgereicht“, behauptet ein deutscher Geschäftsmann in Singapur. „Das ist einfach Teil der Kultur.“

Tee-Geld oder nicht – die Banker aus dem fernen Bayern, die eigentlich deutschen Firmen den Zugang auf fernen Märkten erleichtern sollen, bewilligten Privatkunden Millionenkredite. Als Sicherheiten wurden Aktien akzeptiert.

Als die asiatischen Volkswirtschaften in die Krise rutschten, konnten viele Kunden den Kredit nicht mehr bedienen. Die angeblichen Sicherheiten waren wertlos – es waren malaysische Aktien, die vom Handel an den internationalen Börsen ausgeschlossen waren.

So waren die Kredite der Landesbank in Singapur praktisch ungedeckt – umgerechnet 778 Millionen Mark an Privatkunden und noch mal rund 500 Millionen an Firmen hatte die Bank verliehen – und vieles davon verloren.

Erst im Oktober 1997 beschloss der Vorstand der Bank in München, die Kreditfinanzierung von Aktienpaketen einzustellen. Das Geldhaus hat vorsorglich insgesamt 778 Millionen Mark aus dem Privatkundengeschäft in die Reserven genommen.

Die Pannen in Singapur und in der LWS sind inzwischen auch dem Ministerpräsidenten zu viel. Im Landtag forderte er die Verantwortlichkeit des Landesbank-Chefs Alfred Lehner, der früher im Vorstand für das Asiengeschäft zuständig war, zu prüfen. Und das heißt: Lehnerts Amtszeit neigt sich vorzeitig dem Ende zu.

Einen Tag zuvor – und das scheint typisch für Stoibers Regierungsstil – hatte er Lehner und LfA-Vorstand Franz Josef Schwarzmann in die Staatskanzlei zitiert. Der Ministerpräsident ließ sich nicht blicken, stattdessen legte ein Mitarbeiter den beiden verdutzten Managern ihre vorgefertigten Rücktrittserklärungen vor, die sie bitte unterschreiben sollten.

Das taten die beiden Banker nicht. Daraufhin ging Stoiber mit seiner Kritik in den Landtag.

In Bayern ist es Brauch, dass der Chef der Landesbank umschichtig einmal aus der Politik und einmal vom zweiten Eigner, den Sparkassen, kommt.

So folgte auf den ehemaligen CSU-Sozialminister Franz Neubauer der Chef der Stadtparkasse München, Lehner. Dass der Mann Sozialdemokrat war, störte ebenso wenig wie die Tatsache, dass die Singapur-Verluste, die in Lehnerts Verantwortungsbereich entstanden, bekannt waren.

Lehnerts zunächst vorgesehener Nachfolger Rudolf Hanisch ist bereits im Haus und lernt im Crash-Kurs Banking für Anfänger. Er war viele Jahre Leiter der Staatskanzlei Stoibers und dessen enger Vertrauter. Seine Chancen, Vorsitzender zu werden, haben sich jedoch inzwischen verschlechtert: Stoiber will, um weitere Pannen zu vermeiden, einen gestandenen Banker.

Finanzminister Kurt Faltlhauser, der sich schon seit Jahren für die „Entstaatlichung“ der Wirtschaft einsetzt, hat denn auch aus den jüngsten Affären und Reinfällen staatlich beeinflusster Unternehmen eine klare Schlussfolgerung gezogen: „Mich hat das alles nur bestärkt, die Privatisierung voranzutreiben.“

Wenn es nach ihm ginge, müsste der Freistaat Bayern außer seiner Landesbank nur noch ein Unternehmen betreiben – das Münchner Hofbräuhaus.

PETER BÖLKE,
DINAH DECKSTEIN, MARKUS DETTMER,
WOLFGANG KRACH, HEIKO MARTENS,
WOLFGANG REUTER



CSU-Politiker Stoiber, Faltlhauser
Privatisierung vorantreiben



Münchner Hofbräuhaus: Zapfen im Staatsauftrag

Werbeseite

Werbeseite

PARTNERSCHAFTEN

„Entschuldigung ist überfällig“

Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) über den Gesetzentwurf zur Gleichstellung homosexueller Paare

SPIEGEL: Frau Däubler-Gmelin, der angekündigte Gesetzentwurf für die eingetragene Partnerschaft von Schwulen und Lesben ist überfällig. Wollen Sie die Landtagswahlen im Frühjahr abwarten, um bürgerliche Gemüter nicht aufzuschrecken?

Däubler-Gmelin: Nein, ich denke, die Koalition wird viel früher fertig, trotz der noch offenen Fragen.

SPIEGEL: Was wird darin stehen?

Däubler-Gmelin: Jeder weiß heute, auch die gleichgeschlechtliche Orientierung ist dem Menschen vorgegeben. Deshalb muss Schluss sein mit der Diskriminierung. In der Vergangenheit ist schreckliches Unrecht geschehen – nicht nur in den KZs der Nazis. In der Bundesrepublik wurden noch in den siebziger Jahren Männer vor Gericht gestellt, Karrieren und Leben zerstört.

Endgültig gestrichen wurde der Paragraph 175 erst in den neunziger Jahren.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die Reste der Diskriminierung beseitigen?

Däubler-Gmelin: Zunächst durch eine Erklärung des Bundestags. Außerdem mit einem familienrechtlichen Institut, das gleichgeschlechtlich Orientierten ermöglicht, mit Rechten und Pflichten auf Dauer für einander einzustehen.

SPIEGEL: Was soll das Parlament beschließen?

Däubler-Gmelin: Bedauern über das Unrecht der Vergangenheit und die Feststellung, dass Unrecht und Diskriminierung mit dem Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention unvereinbar sind.

SPIEGEL: Eine Art Entschuldigung?

Däubler-Gmelin: Ja, die ist überfällig. In den KZs der Nazis wurden Homosexuelle ausgerottet. Das war in der Bundesrepublik ein Tabu, bis Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede am 8. Mai 1985 darüber geredet hat. Schwule und Lesben brauchen den Respekt und die Achtung, die ihnen zustehen.

SPIEGEL: Was sind die wichtigsten Änderungen, die für Gleichstellung sorgen sollen?

Däubler-Gmelin: Die eingetragene Partnerschaft hat ihren eigenen Wert und leitet sich nicht von der Ehe ab. Die ist auf heterosexuelle Paare festgelegt und steht schon wegen ihrer Verbindung mit eigenen Kindern unter dem besonderen Schutz des Staates. Bei Rechten und Pflichten zur Förderung der personalen Beziehung der Part-

ner kann das Eherecht Vorbild sein, bei den anderen Regelungen nicht.

SPIEGEL: Soll die homosexuelle Partnerschaft auf dem Standesamt eingetragen werden?

Däubler-Gmelin: Ja, mit der Folge gegenseitiger Unterhaltsrechte und -pflichten, dem Recht, den gleichen Namen zu führen, sich gegenseitig zu vertreten, wenn etwa die Zustimmung zu einer Operation nötig ist. Die Partner haben ein Zeugnisverweigerungsrecht. Auch im Mietrecht, im Erbrecht und im Versicherungsvertragsrecht brauchen wir partnerschaftliche Regelungen.

SPIEGEL: Der Überlebende erbt also wie ein Ehepartner?

Däubler-Gmelin: Ja, das ergibt sich aus der Lebensgemeinschaft. Er hat auch den Pflichtteil. Auch Folgerungen bei der

Erbschaftsteuer sind nötig. Hat ein Partner Kinder, dann erben die natürlich auch. Adoptieren kann allerdings nur ein Partner, nicht die Lebenspartnerschaft selbst.

SPIEGEL: Können die Partner bei ihrer Steuererklärung ein Splitting wählen, um Steuern zu sparen?

Däubler-Gmelin: Nein. Das muss man nicht übernehmen, zumal der Sinn dieser Regelung ohnehin diskutiert wird.

SPIEGEL: Sind Sie mit Otto Schily schon einig, dass ausländische Partner in die Bundesrepublik nachziehen dürfen?

Däubler-Gmelin: Nachzug-Erlasse gibt es heute schon – etwa in Hamburg, Nord-



Däubler-Gmelin

M. WOLTMANN

Christopher Street Day (in Berlin)

„Die brauchen Respekt“



rhein-Westfalen, Hessen – auf der Grundlage eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts. Nach Eingehung der Partnerschaft sollten Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis folgen.

SPIEGEL: Wird die gleichgeschlechtliche Partnerschaft wie eine Ehe geschieden?

Däubler-Gmelin: Nicht mit spiegelbildlicher Regelung, aber vor Gericht. Bei der Aufhebung einer Rechtsgemeinschaft ist halt vieles zu klären, beispielsweise wie Wohnung und gemeinsam Erworbenes verteilt werden, was mit Unterhalt ist.

SPIEGEL: Gibt es noch Probleme mit Arbeitsminister Walter Riester wegen des Versorgungsausgleichs und der Rente?

Däubler-Gmelin: Ich glaube nicht. Die rot-grüne Koalition will, dass dieses Projekt ein Erfolg wird. Schwieriger ist, dass der Bundesrat manchem zustimmen muss. Es geht also nur mit der Union, insbesondere wenn Fragen des Ausländer-, des Steuerrechts und der Familienversicherung geregelt werden sollen.

SPIEGEL: Wie soll es denn weitergehen?

Däubler-Gmelin: Ich fordere die Union auf, diese Fragen mit uns gemeinsam zu regeln. Die gesellschaftliche Diskussion holt auch die CDU ein, auf ihrem Parteitag im Dezember werden sich auch der CDU nahe stehende Lesben und Schwule zu Wort melden. Wenn die Union sich verweigert, halte ich es für sinnvoll, zunächst die Erklärung und die zustimmungsfreien Kernrechte und -pflichten zu beschließen.

SPIEGEL: Die Grünen sind mit einer solchen Trennung nicht einverstanden.

Däubler-Gmelin: So kann man das nicht sagen, aber da gibt es noch Abstimmungsbedarf.

SPIEGEL: Auch einer Ihrer Kollegen, Verteidigungsminister Rudolf Scharping, entzieht sich Ihrem Projekt der Antidiskriminierung: Schwule Soldaten, meint er, seien für die Offizierslaufbahn nicht geeignet.

Däubler-Gmelin: Ich denke, dass sich im Umdenkungsprozess der Bundeswehr manches bewegt.

INTERVIEW: PAUL LERSCH

BUNDESWEHR

Höher hinaus

Der Bundeskanzler will auch weiterhin bei der Truppe sparen. Trotzdem schmieden die Militärs eifrig Einkaufspläne – für mäßig taugliches Kriegsgerät.

Solche Reden hören Soldaten gern: Erst ein dickes Lob, dann knappe Vorgaben für die Zukunft. Kanzler Gerhard Schröder aber enttäuschte vergangene Woche die Erwartungen der Militärs. Statt klarer Weisungen hörten gut 450 Spitzenoffiziere bei der Kommandeurstagung in Hamburg nur ein wolkiges Sowohl-als-Auch.

Zunächst weckte Schröder Hoffnung auf einen höheren Wehretat: Der geplante Umbau der Streitkräfte werde „erst einmal Geld kosten“. Dann aber verkündete er, die Bundeswehr müsse „in den nächsten Jahren“ weiter sparen – und erwähnte den Rivalen und Verteidigungsminister Rudolf Scharping nicht einmal namentlich.

Umso heftiger brandete Applaus für einen ausländischen Gast auf. Kein Redner sprach den vom Sparzwang gefrusteten Militärs so aus der Seele wie US-Verteidigungsminister William Cohen.

Erst spendierte der Amerikaner im Tonfall eines Oberbefehlshabers Lob für Bundeswehr-Einsätze fern der Heimat – von Kambodscha bis zum Kosovo: „Sie haben Geschichte gemacht und sollten sehr stolz auf Ihren Beitrag sein.“ Ihre Ambitionen für eine „autonome“ europäische Streitmacht, so Cohen, sollten die Europäer aber lieber sein lassen. Sonst bräuchten sie zwecks Hilfe in der nächsten Krise bei der US-Vormacht „gar nicht mehr anzurufen“.

Dann forderte er – Probelauf für die anschließende Brüsseler Nato-Tagung – die Verbündeten herrisch auf, schleunigst moderneres Kriegsgerät anzuschaffen. Kern der harschen Replik auf Schröders Sparappell: Deutschland soll wieder mehr Geld in die Armee stecken, „als Vorbild für Europa“.

Das wirkte wie von Scharping bestellt. Denn Heer, Luftwaffe und Marine schmieden eifrig neue Einkaufspläne für Gerät mit fragwürdiger Tauglichkeit. Und das, obwohl die Kommission des Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker erst im Mai Vorschläge zum Umbau der Armee vorlegen will.

* Am vergangenen Mittwoch bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Hamburg.

Heeresinspekteur Helmut Willmann wünscht sich unbemannte Aufklärungsflugzeuge, wie sie Amerikaner und Israelis besitzen: Die Mini-Flieger können stundenlang über gegnerischem Terrain kreisen; sie übertragen Fernsehbilder und Zielkoordinaten live in die Hauptquartiere. Im Kosovo-Krieg konnten die Deutschen nur Drohnen beisteuern, die eine halbe Stunde lang eine vorbestimmte Strecke abfliegen und einzelne Fotos machen.

Das Heer hat auch erkannt, dass seine Radpanzer „Fuchs“ und „Luchs“ kaum für Streifenfahrten in engen Balkandörfern taugen. Nun möchte Willmann kleinere Vehikel – gepanzerte Unimogs für 750 000 Mark pro Stück. Daneben verlangt er gleich zu hunderten neue vierachsige Radpanzer (Kürzel: GTK). Die kosten wesentlich mehr – und sind noch länger, breiter und schwerfälliger als der „Fuchs“.

Auch die Marine will künftig an vorderster Front dabei sein. Im Kosovo-Krieg



Marine-Landungsschiff
Infanteristen an ferne Küsten

war sie nur mit Fregatten, Abhörschiffen und Uralt-Aufklärungsflugzeugen vertreten.

Nun möchte auch sie mitschießen: Um Ziele an Land bekämpfen zu können, müssten neue U-Boote in die Flotte – bewaffnet mit Marschflugkörpern wie dem amerikanischen „Tomahawk“ (Stückpreis fast zwei Millionen Dollar).

Für ein bislang mit „Tornado“-Jagdbombern ausgestattetes Marinefliegergeschwader erwägen die Admirale eine kleine Revolution: Um fern der Heimat mit Bomben zu können, wollen sie neue Kampffjets anschaffen, die sich für den Einsatz auf einem „europäischen“ – sprich französischen – Flugzeugträger eignen. Eine Staffel mit 25 französischen „Rafale“-Jets oder einer trägertauglichen Variante des „Eurofighter“ reiche schon.

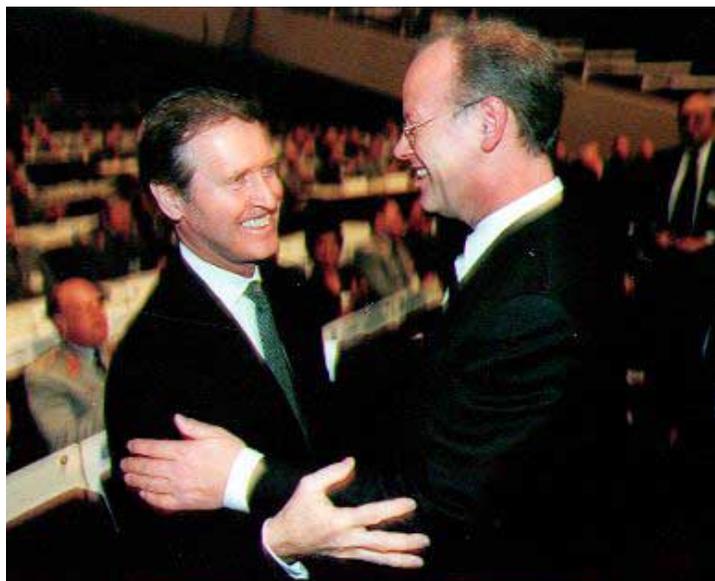
Die Marine belebt obendrein eine Idee wieder, mit der vor Jahren Generalinspekteur Klaus Naumann bei Scharpings CDU-Vorgänger Volker Rühle aufgelaufen war: Ein Landungsschiff soll Infanteristen an ferne Küsten werfen. Die jetzt abgespeckte Variante würde immerhin Platz für ein Bataillon mit 500 Soldaten samt Panzern und sonstigem Fuhrpark bieten. Als Vorbild dient ein neues Schiff des Nato-Partners Niederlande („Rotterdam“).

Der Wehrminister selbst will ganz hoch hinaus. Vergangene Woche verabredete er beim deutsch-französischen Gipfel in Paris mit seinem Kollegen Alain Richard ein Weltraumprojekt: Die Bundeswehr hilft den Franzosen, einen neuen Fernmelde-satelliten zu finanzieren, indem sie Übertragungskanäle anmietet.

Als Gegenleistung erhofft Scharping einen Beitrag für zwei Spionagesatelliten, die er für 600 Millionen Mark bei der DaimlerChrysler-Tochter Dornier bestellen möchte. Die sollen der EU eigene „Aufklärungskapazität“ (Scharping) verschaffen – unabhängig von den Amerikanern.

Nur die Finanzierung ist unklar. Scharping beruft sich auf einen Kabinettsbeschluss vom vergangenen Juni, wonach die Regierung für internationale Projekte von strategischer Bedeutung – über den Wehretat hinaus – zusätzliche Mittel bereitstellen will.

Scharpings Planer setzen nun ganz auf den Kanzler. Der habe das Projekt in Paris schließlich befürwortet. Wenn das Kabinett 600 Millionen Mark Extra-Geld für Satelliten gebe, könnte das zudem einen schönen „Präzedenzfall“ für ein zweites Lieblingsprojekt Scharpings abgeben: Für das neue Transportflugzeug der Luftwaffe sucht er noch 14 Milliarden Mark.



Nato-Partner Cohen, Scharping*: Kritik am Sparappell



Parteifreunde Strieder, Fugmann-Heesing (r.), CDU-Bürgermeister Diwegens: „Der Nächste am Spieß“

HAUPTSTADT

Reise nach Jerusalem

Die Berliner SPD-Spitze hat sich endgültig diskreditiert: Im Pöstchen-Poker soll die fähige Finanzsenatorin geopfert werden.

Die Sau drehte über dem Lagerfeuer im verregneten Tegeler Forst. Nachdenklich schaute Berlins SPD-Chef Peter Strieder, am Mittwoch vergangener Woche Gastgeber der traditionellen „Sausvesper“, auf Fleischklumpen und Glut: „Ich werde der Nächste sein, der sich am Spieß dreht.“

Wohl wahr, denn die Parteibasis betreibt derzeit die Demontage des Vorsitzenden. Sie lastet Strieder an, bei den seit Wochen laufenden Gesprächen mit der CDU zur Bildung des neuen Senats vor allem im eigenen Interesse verhandelt zu haben. Der Parteichef, für viele Hauptstädter das personifizierte Mittelmaß, soll nun „Supersensor“ für Bauen, Verkehr, Wohnen, Stadtentwicklung und Umwelt werden – Vorsteher einer Mega-Behörde mit fast 3800 Mitarbeitern.

Dafür aber wurde Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing (SPD), über Parteigrenzen hinweg anerkannt für ihre konsequente Sparpolitik, von den eigenen Leuten aus dem Job gemobbt. Denn im neuen Senat stehen der SPD drei Stühle zu, für die es vier Bewerber gab. Diese Reise nach Jerusalem hat die Finanzpolitikerin verloren. Fürs Geld soll künftig Eberhard

Diwegens CDU zuständig sein. Treffend kommentierte die „Süddeutsche Zeitung“: „Dilettantenstadt“.

Die Rochade erschüttert die Hauptstadt-SPD. Im Internet-Gästebuch der Berliner Genossen ist seit Tagen der Teufel los. „Habt ihr Blödsinnsfunktionäre denn alleamt euren Arsch offen“, fragt ein ungehobelter „Genosse, der jetzt austritt“. Eine solche Partei sei „künftig selbst die Zweitstimme nicht mehr wert“, befindet ein anderer. Alle kämpfen für die Sparkommissarin Fugmann-Heesing, über die Insider sagen, sie sei die Einzige im Senat, die am ersten Arbeitsmarkt vermittelbar wäre.

Nur die Gemobbte selbst fügt sich merkwürdig still in die ihr zuge dachte Opferrolle. Sie sei „traurig und enttäuscht“, ließ die Noch-Senatorin die Berliner wissen, und beklagt den Mangel an Visionen in der eigenen Partei. Ihren Anhängern gibt sie jedoch zu bedenken, Parteichef Strieder dürfe nicht noch weiter geschwächt werden.

Doch da ist nicht mehr viel zu schwächen: Das Gezerre um Fugmann-Heesing hat die Parteispitze längst übel lädiert. Waren die Sozialdemokraten in den Wahlkampf mit einer „Quadrige“ aus der Finanzsenatorin, Spitzenkandidat Walter Momper, Fraktionschef Klaus Böger und Strieder gezogen, ist davon nur das beschädigte Zweiergespann Böger/Strieder übrig geblieben.

Nachdem die SPD am 10. Oktober das schlechteste Wahlergebnis seit Kriegsende (22,4 Prozent) eingefahren hatte, wurde Momper nicht wie erwartet als Senator ins Gespräch gebracht, er muss sich mit den repräsentativen Aufgaben eines Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses begnügen. Fraktionschef Böger soll Bürgermeister und Schulsenator werden.

Als die Not am größten war, hatte Böger 1996 Fugmann-Heesing, die zuvor im Ka-

binett von Hans Eichel in Hessen als Finanzministerin ausgeschieden war, nach Berlin geholt. Sie sollte die marode Kasse der subventionsverwöhnten Hauptstadt sanieren. Böger hielt ihr zunächst noch den Rücken frei, als sie mit dem Sparen Ernst machte und bei der Partei aneckte. Die Privatisierung von Stadtbetrieben und der angedrohte Verkauf von Wohnungsgesellschaften trafen ins gewerkschaftliche Herz der Frontstadt-Genossen, der Senatorin wurde Gletscherkälte vorgeworfen.

Als es jetzt jedoch um die Verteilung der knappen Senatorenposten ging, schwieg Böger plötzlich – und wurde selbst Kandidat. Diese Strategie hat Tradition in Berlins SPD. Altbürgermeister Hein-

rich Albertz beklagte bereits in den sechziger Jahren das Besitzstandsdenken der Genossen – deren Ziel: „Auf Stühle kommen, auf Stühlen sitzen und auf Stühlen bleiben.“

Auch der abgeschobene Momper findet deutliche Worte für den Niedergang. Der Verlust des Finanzressorts sei „ein Rückschlag für die SPD und möglicherweise auch für Berlin“. Es sei „eine Katastrophe, dass die beste Frau im Senat durch so eine Nummer platt gemacht wird“, beklagt Reinhard Roß, Chef des mitgliederstärksten SPD-Kreisverbandes Reinickendorf.

Die Angst mancher Strieder-Getreuen, die Sparpolitik Fugmann-Heesings komme beim Volk nicht an, ist durch Umfragen zu widerlegen. So ergab eine Erhebung von Infratest dimap vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus, dass der SPD einzig beim Abbau der Schulden mehr Kompetenzen zugetraut werden als der Union.

Trotz der Sympathie allerorten hält sich die Geschasste an eine Strategie, die sie mit Vertrauten festgelegt hat: abwarten, Truppen sammeln und getreu dem Motto „keine weiteren Irritationen“ nach außen deeskalierend wirken. Denn die Entscheidung, wer für die SPD in den neuen Senat einzieht, fällt am heutigen Montag auf einem Sonderparteitag. Die aufgeregte Parteibasis könnte theoretisch meutern und der Noch-Senatorin ein Comeback ermöglichen.

Wahrscheinlich ist das nicht: „Es wird an der Basis grummeln, aber nicht krachen“, so ein Genosse, nachdem am Freitagabend der Landesausschuss bemerkenswert eindeutig mit 36 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 6 Enthaltungen die Ressortaufteilung abgesegnet hatte. Das belegt nachträglich das Wahlkampfmotto der SPD-Quadrige: „Berlin bleibt doch Berlin.“

WOLFGANG BAYER, STEFFEN WINTER

Werbeseite

Werbeseite

DEUTSCHE BANK

Da wären's nur noch acht

Am Vorstandstisch der Deutschen Bank wird es langsam leer. Mitte Dezember tritt zwar Clemens Börsig, 51, sein Amt als Finanzvorstand der Deutschen Bank an. Da der ehemalige Finanzvorstand des Energieriesen RWE jedoch bisher keine Bankerfahrung vorweisen kann, muss er zunächst als Generalbevollmächtigter ein Jahr in die Lehre gehen. Sein Vorgänger Jürgen Krumnow schied im Oktober vorzeitig und verärgert aus dem Amt, weil er die forcierte Expansion in das Investmentbanking für bedenklich hielt. Im Mai wird dann Ronaldo Schmitz, schon seit längerem auf dem Abstellgleis, endgültig aus dem Vorstand scheiden. Er soll nicht ersetzt werden. Der Amerikaner Edson Mitchell, der in London den gewinnträchtigsten Teil des Investmentbanking leitet, soll entgegen mancher Erwartung nicht aufrücken. Bankchef Breuer hält einen achtköpfigen Konzernvorstand, der weitgehend auf seine Person zugeschnitten ist, für ausreichend. 1996 saßen noch zwölf Top-Manager am Vorstandstisch.



Schmitz

J. SCHIRKE / ACTION PRESS

Der Amerikaner Edson Mitchell, der in London den gewinnträchtigsten Teil des Investmentbanking leitet, soll entgegen mancher Erwartung nicht aufrücken. Bankchef Breuer hält einen achtköpfigen Konzernvorstand, der weitgehend auf seine Person zugeschnitten ist, für ausreichend. 1996 saßen noch zwölf Top-Manager am Vorstandstisch.



Jubiläumsfeier in Rüsselsheim

AUTOINDUSTRIE

Opel will 8000 Stellen streichen

Der Anlass war erfreulich, doch die Stimmung schlecht: Als Opel-Chef Robert Hendry mit den Beschäftigten am vergangenen Donnerstag in Rüsselsheim die Produktion des 50-millionsten Opel feierte, wollte nur wenig Freude aufkommen. Grund: Der neue Fünf-Jahres-Plan des Unternehmens, der dem Aufsichtsrat am 23. November vorgestellt wurde, sieht einen drastischen Arbeitsplatzabbau bei der deutschen Tochter von General Motors vor. Danach soll die Zahl der in Deutschland Beschäftigten von knapp 43 000 (Ende 1999) auf 35 000 (Ende 2004) fallen. Besonders betroffen sind das Werk Rüsselsheim, in dem für die Omega- und Vectra-Montage eine neue „Leanfield-Fabrik“ mit schlanker Fertigung aufgebaut wird, und das Werk Bochum, in dem der Nachfolger des Astra in Modulfertigung entstehen soll, bei der Lieferanten einen großen Teil der Arbeiten übernehmen. Opel ist unter Druck. Wegen einer verfehlten Modellpolitik in der Vergangenheit sinken Absatz und Marktanteile. Das Betriebsergebnis, das 1998 bei minus 802 Millionen Mark lag, wird einem internen Papier zufolge 1999 auf minus 835 Millionen steigen.

LUFTFAHRT

Billig-Airlines im Aufwind

Eine neue Billigfluglinie mit dem Namen Buzz (verduften) will auch der Lufthansa und der Deutschen BA Konkurrenz machen. Wer noch vor dem 15. Dezember bucht, kann ab 4. Januar 2000 für 200 Mark inklusive aller Gebühren von Berlin, Düsseldorf und Frankfurt nach London-Stansted und zurück fliegen. Der niederländische Ableger, Tochter von KLMuk, des englischen Partners von KLM, will vom Aufwind der Billigflieger profitieren: Deren Europa-Umsatz wächst in diesem Jahr um 50 Prozent auf rund zwei Milliarden Mark. „In 15 oder 20 Jahren wird es auf innereuropäischen Strecken nur noch Billiglinien geben“, sagt John McMahon, Verkaufs- und Marketingleiter des New-



Billigflieger Buzz

comers Buzz. Buzz ist, nach Ryan-air, Go, easyJet und Virgin Express, die fünfte Discountlinie, die deutsche Städte mit dem europäischen Ausland verbindet. Erst seit Mitte November bietet Virgin Express Tickets an, die bis zu 70 Prozent unter den üblichen Preisen liegen. Iren und Briten sind bisher die Pioniere des europäischen Low-cost-Konzepts: Niedrigpreise für den Lufttransport ohne Service. Als Erste übernahm Ryan-air 1985 die Idee amerikanischer Vorbilder und gilt mit sechs Millionen Passagieren sowie einer Gewinnsteigerung

von voraussichtlich 20 Prozent in diesem Jahr als profitabelster Anbieter. Niedrige Flughafengebühren, kurze Bodenzeiten, wie auf der Deutschland-Basis in Hahn, sowie Bord-service, den die Passagiere extra bezahlen müssen, machen den Betrieb rentabel.

DRESDNER BANK

Hoher Verlust mit Privatkunden



Zentrale der Dresdner Bank in Frankfurt

Die Dresdner Bank hat stärkere Probleme im Privatkundengeschäft als bisher bekannt. Eine Analyse der Unternehmensberatung McKinsey ermittelte für das Geschäft mit den sechs Millionen Privatkunden der Bank einen negativen Ergebnisbeitrag von 900 Millionen Mark. Die Eigenkapitalrendite in diesem Bereich betrug 1998, das zeigt eine dem Vorstand vorliegende Bewertung der Geschäftsbereiche, minus 12,1 Prozent. Trotzdem beschloss der Vorstand auf seiner Herbstklausur, dieses so genannte Retailgeschäft als Kerngeschäftsfeld beizubehalten. Die „derzeit unbefriedigende Rentabilität“ soll durch ein „Zukunftsplattform Retailbanking“ genanntes Programm drastisch verbessert werden. In den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen will das Institut im ersten Quartal 2000 rund zehn Prozent der 130 Filialen schließen. Allerdings muss die Bank aufpassen, dass sie nicht die vermögenden Privatkunden vergrätzt. Dieser Bereich erzielte 1998 eine Nettoerrendite auf das von der Bank eingesetzte Kapital von 24,2 Prozent und gehört neben dem Investmentbanking zu den profitabelsten Bereichen. Im Geschäft mit den kleineren Firmenkunden erzielte die Dresdner Bank nach Steuern dagegen mit minus 7,9 Prozent eine negative Rendite auf das eingesetzte Kapital. Hier will der Vorstand „eine weitere Optimierung der regionalen Vertriebsstrukturen“ vornehmen. Im Geschäft mit Unternehmenskunden, die mehr als 15 Millionen Mark Umsatz machen, erwirtschaftet die Dresdner nach der McKinsey-Analyse dagegen noch Gewinn.

Im Geschäft mit den kleineren Firmenkunden erzielte die Dresdner Bank nach Steuern dagegen mit minus 7,9 Prozent eine negative Rendite auf das eingesetzte Kapital. Hier will der Vorstand „eine weitere Optimierung der regionalen Vertriebsstrukturen“ vornehmen. Im Geschäft mit Unternehmenskunden, die mehr als 15 Millionen Mark Umsatz machen, erwirtschaftet die Dresdner nach der McKinsey-Analyse dagegen noch Gewinn.

ERFINDER

Abzocker Patentamt

Erfinder sollen in Deutschland vom kommenden Jahr an kräftig zur Kasse gebeten werden. Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin, der das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) in München untersteht, will die Anmeldegebühren für Erfindungen und Markennamen zum Jahreswechsel um durchschnittlich 15 Prozent erhöhen und damit Mehreinnahmen von 48 Millionen Mark erzielen. In einem Schreiben an den Bundesverband der Deutschen Industrie



Däubler-Gmelin

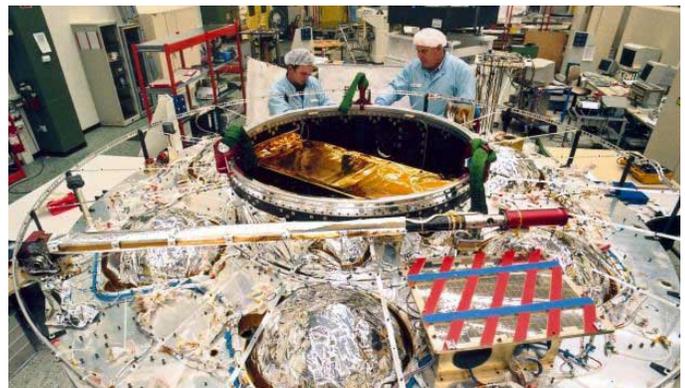
(BDI) begründet das Ministerium den happigen Aufschlag mit „Deckungslücken in den Haushaltsstellen“ des Patentamts. Dort bestehe „ein erhebliches Defizit, das durch die Gebührenerhöhung nicht voll abgedeckt“ werde. Das neueste Jahresgutachten des DPMA zeigt jedoch ein ganz anderes Bild. Danach erwirtschaftete die Münchner Behörde in den vergangenen drei Jahren Überschüsse von insgesamt 135 Millionen Mark, davon 1998 allein 63 Millionen Mark. Dabei beklagen viele Erfinder, dass der Kundendienst immer schlechter werde: Selbst für die einfache Eintragung eines Markennamens benötige das Amt inzwischen vier bis acht Wochen.

SATELLITEN

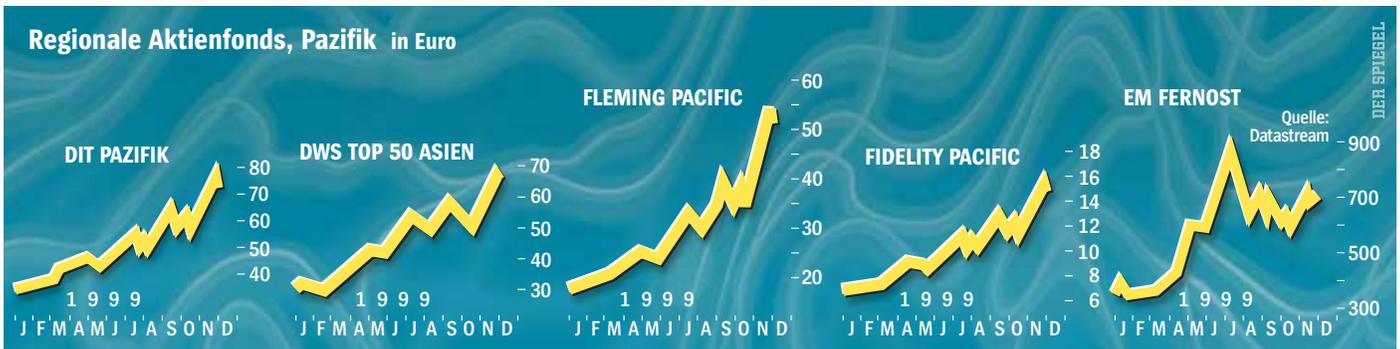
Dornier greift Regierung an

Satellitenbauer Dornier in Friedrichshafen wirft der rot-grünen Bundesregierung vor, seine Geschäfte durch widersprüchliche Anforderungen zu behindern. Forschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) ermahne die Raumfahrtfirmen, sich von staatlichen Auftraggebern wie der Europäischen Raumfahrtbehörde unabhängiger zu machen und Hightech-Produkte wie Satelliten zur Erdbeobachtung selbst weltweit zu vermarkten. Im Einzelfall aber würden dann Exportgenehmigungen verweigert oder nicht fristgerecht erteilt: So verlor Dornier nach Protesten aus Peking ein 142-Millionen-Mark-Geschäft mit Taiwan an die Konkurrenz in Frankreich. Zum Ausgleich habe Berlin zunächst Unterstützung für den Saudi-Satelliten signalisiert, gebe nun aber israelischen Vorbehalten nach. Nach der Fusion mit französischen, britischen und italienischen Firmen zum Satellitenkonzern Astrium fürchten die

Dornier-Leute, dass Know-how und Arbeitsplätze in Deutschland verloren gingen, weil Auslandskunden künftig wohl aus Produktionsstätten der Partner beliefert würden.



Satellitenproduktion bei Dornier



INVESTMENTFONDS

Bullenmarkt an Tigerbörsen

An den Tigerbörsen ist der Crash von 1997 schon fast vergessen. Viele Aktienfonds, die an den südostasiatischen Märkten investieren, glänzen in diesem Jahr mit dreistelligen Zuwachsraten. Zunächst hätten japanische Werte wie NTT oder Softbank seinen „Pacific Fund“ nach oben getrieben, erklärt Fondsmanager Roger Ellis von Fleming Asset Management in Hongkong. Erstmals seit zehn Jahren würden sich nun auch

Privatanleger wieder an die Börse in Tokio wagen. Sein Kollege Thomas Gerhardt von der Deutsche-Bank-Tochter DWS investiert vor allem an den anderen Börsenplätzen. In dem „DWS Top 50 Asien“ stecken Highflyer wie die koreanische Samsung Electronics, Taiwan Semiconductor oder China Telecom. Die „Restrukturierung“ etlicher Unternehmen im Fernen Osten sei noch nicht völlig abgeschlossen, meint der Frankfurter Experte, deshalb gibt es in seinem Fonds bisher keine Aktien aus Malaysia und Thailand. Insgesamt aber beginne das neue Jahrtausend an den asiatischen Börsen, da sind sich die Fondsmanager einig, durchaus „erfreulich“.

IMMOBILIEN

Verdeckte Provisionen

Hoffnung für zehntausende von Anlegern, die sich eine überteuerte Wohnung verkaufen ließen: Wenn in dem Kaufpreis eine Innenprovision für den Vertrieb von mehr als 15 Prozent versteckt war, kann dies nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs als Betrug gewertet werden. Das BGH-Urteil betrifft wirtschaftlich unerfahrene Wohnungskäufer, denen etwa Drückerkolonnen eine Immobilie zum Steuersparen oder als Altersvorsorge aufgeschwatzt haben. Während Immobilienmakler maximal sechs Prozent Provision verlangen, greifen Vermittler auf dem grauen Kapitalmarkt manchmal mehr als ein Drittel für sich ab. Allein der Göttinger Anwalt Reiner Füllmich vertritt rund 2400 Geschädigte, die beim Erwerb einer Wohnung verdeckte Innenprovisionen zwischen 18,4 und 32 Prozent des Kaufpreises zahlten. Die Opfer müssen allerdings einen konkreten Vermögensschaden nachweisen: Der Hinweis, sie hätten die Wohnung nicht gekauft, wenn ihnen die überzogene Provision bekannt gewesen wäre, genügt nicht.



Bundesgerichtshof

C. KETTLER / ACTION PRESS

ONLINE

Kölner Sparkasse vorn

Die Stadtsparkasse Köln bietet den besten Internet-Auftritt unter den Universalbanken – so das Ergebnis einer Studie des Instituts für Bankinformatik der Universität Regensburg über die Online-Aktivitäten von über 1000 Sparkassen und Banken im deutschsprachigen Raum. Die Kölner bestechen danach durch besonders gute Kalkulationsmöglichkeiten; die besten Marktinformationen für den Geschäftskundenbereich finden sich hingegen bei der Deutschen Bank. Die Dresdner Bank punktet durch ihr Angebot für Privatkunden, und bei der HypoVereinsbank loben die Regensburger das Immobilienangebot. Bei den Direktbanken belegen die DirektAnlage Bank, Consors und Comdirect die ersten Plätze. Der DirektAnlage Bank bescheinigt das Uni-Institut ein „exzellentes Angebot“ zur Geldanlage; Consors falle durch seinen E-Mail-Newsletter auf. Bei vielen Banken haperte es indes noch in puncto Design und Nutzerfreundlichkeit. Bei rund 80 Prozent der Banken, so der Regensburger Professor Dieter Bartmann, sei der Auftritt im Internet eher „mäßig“.

Bewertung des Internet-Auftritts von Banken nach ...

... INFORMATIONS-ANGEBOT

1. **Stadtsparkasse Köln**
2. Deutsche Bank
3. Dresdner Bank
4. HypoVereinsbank
5. UBS
6. Nord/LB
7. Zürcher Kantonalbank
8. Kreissparkasse Köln
9. Sparkasse Frankfurt
10. Credit Suisse

DER SPIEGEL

... DESIGN, NUTZER-FREUNDLICHKEIT

1. **Direkt Anlage Bank**
2. Dresdner Bank
3. Advance Bank
4. UBS
5. Deutsche Bank
6. Kreissparkasse Hannover
7. Netbank
8. Kreissparkasse Augsburg
9. Citibank
10. Deutsche Bank

Quelle: ibi

AFFÄREN

Die Rache des Enterbten

Schon aus der Gefängniszelle in Florida heraus bereitete der gescheiterte Immobilienspekulant Jürgen Schneider seinen nächsten Coup vor: Er wollte seinen Anteil am Vermögen des Vaters sichern und verschob Millionen ins Steuerparadies Jersey.

Mit seinem ältesten Sohn war Richard Schneider, Senator h. c., bezüglich „Sitten und Moralvorstellungen“ schon lange nicht mehr einverstanden. „Besonders zu beanstanden ist“, so diktierte der Alte 1997 in sein mehrfach geändertes Testament, „dass er mit hohen Geldbeträgen verschwunden ist und sich seiner unbedingt notwendigen Verantwortung in keiner Weise gestellt hat.“

Des Senators letzter Wille: Der Junge wird enterbt.

Doch das alte Schlitzohr hatte seinen Sprössling unterschätzt. Utz Jürgen Schneider, der als Bauspekulant bekannt wurde und angeblich im Knast seinen Frieden fand, hat den Vater schon zu Lebzeiten ausgetrickst und wollte sich seinen Anteil am Millionenvermögen sichern.

Dachte er jedenfalls. Doch die für Ende vergangener Woche geplante vorzeitige Entlassung aus dem Gefängnis wurde am Donnerstag gestrichen. Die Staatsanwaltschaft beantragte überdies, Schneider die vollen sechs Jahre und neun Monate Haft absitzen zu lassen.

Da kommt neues Ungemach auf den Häftling zu: Der Staatsanwalt argwöhnt, dass Schneider „während des offenen Vollzugs eine Straftat nach der Abgabensordnung begangen hat“ – es geht um Steuerhinterziehung. Mit den Millionen aus dem Erbe des Vaters, die der Enterbte sich trickreich mit Bruder und Schwester – für jeden ein Drittel – teilen wollte, wird er nun kaum noch rechnen dürfen. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte inzwischen unter anderem bei den Geschwistern und bei Schneiders Kindern belastendes Material.

Das Gaunerstück um das Erbe, das Jürgen Schneider schon seit Jahren plante, steht der Posse, mit der er bei seinen Immobilienspekulationen die Banken reinlegte, in nichts nach. Mit dem Vater, der ihn für einen Nichtsnutz und Lügenbold hielt, hatte er schon Streit, als er noch in dessen Baugeschäft arbeitete, und der Senator brach vor Jahren die Beziehungen zu ihm ab. Der verstoßene Sohn wollte sich damit nicht abfinden und es dem Alten zeigen.

Eine Zeit lang sah es so aus, als könnte Schneider mit seinen sanierten Luxusimmobilien erfolgreicher sein als der Senior mit seinem Baugeschäft. Doch der Traum



Immobilienkäufer Schneider in Leipzig (1993): Überschuldetes Imperium

endete mit der Flucht des Ehepaars Schneider aus einem überschuldeten Imperium. Selbst der Versuch, 245 Millionen Mark noch für den Lebensabend mitzunehmen, scheiterte wegen der nun plötzlich wachsenden Experten in der Deutschen Bank.

Schon vor seiner Verhaftung in Florida dachte Schneider deshalb mit wachsendem Interesse über das Vermögen nach, das der „Senator“ angehäuft hatte. Ihm war klar, dass es da nicht um kleine Scheine ging.

Richard Schneider hatte die Baufirma Josef Kunz Söhne weitergeführt, die seine Frau in die Ehe eingebracht hatte. In den

sechziger Jahren lief das Baugeschäft sehr gut, zudem spekulierte Schneider mit Grundstücken in Deutschland und in der Schweiz. Der Konkurs, mit dem er sich 1988 aus dem aktiven Geschäft verabschiedete, machte ihn nicht zum armen Mann. Einen großen Teil seiner Gewinne hatte er rechtzeitig bei den Eidgenossen angelegt, in Immobilien, in fest verzinslichen Papieren und Aktien.

Er hat weder seinen Verwandten noch Dritten jemals gesagt, wie viel Vermögen er im Lauf der Jahre angehäuft hatte. Als er zum letzten Mal sein Testament ändern

wollte, besuchte ihn die Notarin Marianne Kraatz in seinem Haus in Königstein; Schneider war seit längerem an den Rollstuhl gefesselt. Damals erklärte er der Notarin, ein Nettovermögen von vier Millionen Mark zu besitzen.

Das war nicht sehr präzise. Als der Senator h. c. am 17. Juli vergangenen Jahres starb, errechneten Anwälte ein Vermögen von 65 Millionen Mark.

Das deutsche Finanzamt hatte wenig oder gar nichts davon. Einer von Schneiders Rechtsbeiständen bescheinigte ihm

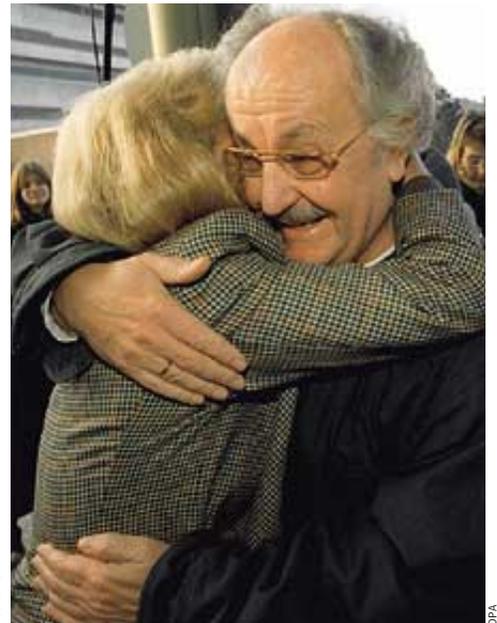
Erblasser sehr wohl seinen Wohnsitz in Königstein hatte, den er wegen seiner schlechten Gesundheit nicht verlassen wollte. Im Übrigen, so das Nachlassgericht, habe Schneider 1996 einer Rechtspflegerin erklärt, dass er seinen Lebensmittelpunkt in Königstein sehe.

Auch für das Vermögen in der Schweiz und dessen Erträge wären demnach in Deutschland Steuern fällig gewesen.

Rechtsanwalt Buob, der schon dem „Senator“ half, dieses Vermögen vor dreistem Zugriff zu schützen, war dann auch

So richtig aktiv wurde der Enterbte, als er schließlich nach seiner Flucht in Florida festgenommen wurde und in Untersuchungshaft ging. Aus dem Gefängnis heraus telefonierte er mit Anwälten und Verwandten. Er wollte auf jeden Fall sicherstellen, dass ihm ein Teil des Erbes zufiel – späte Rache am ungeliebten Vater.

Es sei Schneiders Intention gewesen, so notierte einer seiner Anwälte nach Telefonaten mit dem Florida-Häftling, eine Konzeption zu entwickeln, die ein Drittel des Nachlasses „zu Gunsten des Stammes Dr.



Schneider nach der Festnahme in Florida (1995), mit Ehefrau vor dem Gefängnis in Frankfurt: Alles für die Familie

ein „dringendes Bedürfnis, das Vermögen vollständig im Familienbereich zu belassen und weder Dritte (sprich Gläubiger) noch den Fiskus im Rahmen des möglichen partizipieren zu lassen“.

Hilfreich war dabei ein zweiter Wohnsitz in der Schweiz. So beeilte sich denn auch Richard Schneiders Schweizer Anwalt Ernst Buob, gleich nach dem Tod seines Mandanten eine amtliche eidgenössische Bescheinigung zu besorgen, aus der hervorgeht, dass Schneider seit November 1969 in Rohrschacherberg „gemeldet und wohnhaft“ war.

Daraufhin ließ Advokat Buob die Sterbeurkunde berichtigen, der zufolge Richard Schneider nicht nur in Königstein/Taunus gestorben war, sondern dort auch seinen Hauptwohnsitz hatte. Es sei unstrittig davon auszugehen, so befand nach Buobs Intervention ein Richter am Amtsgericht Frankfurt im November 1998, dass der Verstorbene in Rohrschacherberg/Schweiz wohnte und dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte.

Drei Monate später, im Februar dieses Jahres, musste der tüchtige Frankfurter Richter sich von einem Kollegen in Königstein korrigieren lassen: Dem Nachlassgericht lägen Kenntnisse vor, dass der

VERMÖGENSAUSWEIS PER 17.7.1998										
9400 ROHRSCHACK, 20.7.1998			KINDER-NUMMER 506.638		HEKUSA-TRUST		ARACUS (C.Y.) LIMITED			
ANTEN UND ANLEGEN			BRANCHE DBPOSTSTELLE		STRUCKEIML ANZIEHL KONTRAKTE		BASISPREIS SENGPAUSKURS		MARKTWERT	
(FORTSETZUNG)			DEBITO		TERMIN		DEVIENSKURS		AM NETTO-VERMÖGEN	
G E S A M T T O T A L									CHF	
D E T A I L S									55.22 %	
									1.06 %	
512.723.000	N3	19	AUSLAND	1,170	USD	109.733	USD	125.110	220,958	1.77 %
ANTIEIL US\$ (LUX) EQUITY INVEST -										
BIOFACH										
GESCHAFTSJAHR 28.2.										
661.211.000	N3	19	AUSLAND	1,500	USD	100.806	USD	129.290	292,722	2.34 %
ANTIEIL US\$ (LUX) EQUITY INVEST										
TECHNOLOGY FCP										
GESCHAFTSJAHR 28.2.										
603.520.000	N3	23	AUSLAND	5,000	AUD	21.325	AUD	19.730	168,780	1.35 %
SBS RIO TIMPO LTD										3.93 %
58.451.000										
ANTIEIL US\$ EQUITY INVEST										
GREAT BRITAIN										
GESCHAFTSJAHR 31.03.										
323.800.000	N3	39		5,300	CHF	50.060	CHF	75.200	403,860	3.23 %
AKT SNCF AG										2.22 %
328.500.000	N3	81		3,330	CHF	94.270	CHF	132.000	439,560	3.51 %
AKT DEUTSCHE BANK AG										1.15 %
340.650.000	N3	21		1,670	CHF	124.165	CHF	179.500	289,745	2.32 %
AKT MANNHEIM AG										0.48 %
347.964.000	N3	41	DEM 5	4,000	CHF	84.260	CHF	112.250	449,000	3.59 %
AKT STEPHENS AG										1.13 %
451.477.000	N3	81	NEO 1	4,376	NLG	58.586	NLG	149.700	490,332	3.92 %
ZERT.VON AKT ING GROEP NV										1.58 %

Depotauszug der Schneider-Kinder: Nur die Wünsche der Eltern sollen gelten

dabei, als die Erben die Beute unter sich aufteilten. Drahtzieher der Aktion war schon zu Lebzeiten Richard Schneiders sein ältester Sohn, der nach Vaters letztem Willen gar nichts erben sollte – Utz Jürgen Schneider.

Schneider und sein alleiniges Verfügungsrecht unter Ausschluss aller Gläubiger und insbesondere seiner Kinder sichert“.

Noch vor seiner Auslieferung nach Deutschland ließ sich Schneider ein Gutachten schicken („durch Boten“), das vor

allem die Folgen des Testaments seines Vaters untersuchen sollte. Nach diesem letzten Willen sollten Jürgen Schneiders Schwester Ursula Weyermann und Bruder Joachim das gesamte Vermögen erben. Utz Jürgen sollte nichts bekommen, nicht einmal einen Pflichtteil.

Schneider wollte von seinem Gutachter vor allem wissen, ob er das Testament anfechten könne und ob ihm wirklich der Pflichtteil entzogen werden dürfe. Darüber hinaus interessierte ihn aber auch die Frage, ob die Gläubiger aus seinem Milliarden-Konkurs sich des Pflichtteils bemächtigen könnten.

Mit Hilfe seiner Anwälte fand Schneider schließlich einen Weg, seinem „Familienstamm“ – und damit sich selbst – einen Teil des Vermögens zu verschaffen, das ihm seiner Ansicht nach zustand. Er überredete seine Geschwister, das väterliche Erbe zu dritteln, das heißt, Ursula und Joachim verzichteten zu seinen Gunsten auf ein paar Millionen.

In der vergangenen Woche durfte sich der gescheiterte Bauspekulant nebst Gattin im „Stern“ noch als rührendes Ehepaar („Wir konnten nur unsere Liebe retten“) darstellen und behaupten: „Ich bin so bekloppt gewesen, nichts beiseite zu schaffen.“ Nun scheint in Dokumenten, die dem SPIEGEL vorliegen, ein anderer Schneider auf: listig, brutal, geldgierig.

Anderthalb Jahre vor dem Tod des Familienpatriarchen machten sich seine drei Kinder daran, das vorhersehbare Erbe brüderlich zu teilen. Am 14. Februar 1997 beurkundete der Notar Karl Stöckle einen Vertrag, nach dem Schwester Ursula und Bruder Joachim je ein Drittel des Vermögens erhalten sollen; das restliche Drittel teilen sich Jürgen Schneiders er-

wachsene Kinder Ysabel und Nicolai.

Doch das reichte dem enterbten Bankrotteur nicht. Nach dem Tod seines Vaters traf sich der Familienstamm am 29. Oktober 1998 vor einem Frankfurter Notar, um einen weiteren Vertrag zu schließen. „Im Interesse der Familie“ bevollmächtigten Ysabel und Nicolai ihre Eltern, alle Rechte aus ihrem Erb-Drittel wahrzunehmen. Die Vollmacht sei unwiderruflich und zunächst auf 25 Jahre begrenzt.

Insbesondere – und dies wurde in dem Familienvertrag ausdrücklich erwähnt, verzichteten die Kinder darauf, Weisungen an den schweizerischen Rechtsanwalt Buob zu erteilen. Dies war Schneider besonders wichtig, weil er mit Buob schon Dinge eingefädelt hatte, die er nun zu Ende bringen wollte.

Buob im Übrigen dürfte Schwierigkeiten mit seiner Standesehre haben. Er war lange für den alten Schneider tätig, der ihm voll vertraute und deshalb auch als Testamentsvollstrecker eingesetzt hatte. Doch schon zu dessen Lebzeiten arbeitete er insgeheim mit dem enterbten Sohn zusammen, um den letzten Willen seines Mandanten auszuhöhlen.

Richard Schneider glaubte, sein Vermögen in der Schweiz sicher gebunkert zu haben. Sein mindestens ebenso schlitzohriger Sohn verschaffte sich nicht nur die Verfügungsgewalt über ein Erb-Drittel, sondern schaffte auch das gesamte Erbe – also mit den zwei Dritteln seiner Geschwister – in neue Verstecke.



Schneider-Ehefrau Claudia, Kinder Nicolai, Ysabel
Unwiderrufliche Vollmacht für 25 Jahre

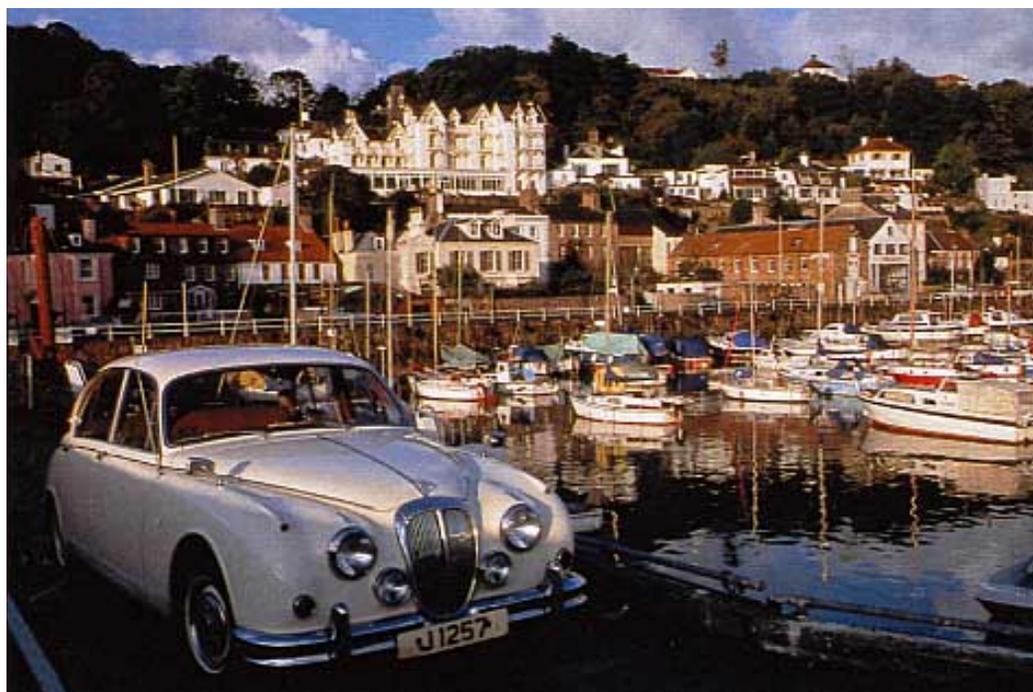
Als Richard Schneider im Sterben lag, meldete Rechtsanwalt Buob bei der Firma Abacus Limited auf der Kanalinsel Jersey drei neu zu gründende Trusts an. Solche Trusts dienen in der Regel dazu, Steuern im Heimatland zu vermeiden.

Angeblich handelte Rechtsanwalt Buob im Namen seines Mandanten Richard Schneider. Er legte ein Papier mit dessen Unterschrift und der Weisung vor, das Vermögen in der Schweiz in die drei angemeldeten Trusts zu übertragen.

Richard Schneider hat, so macht einer der beteiligten Anwälte in einem Schreiben an den Kollegen Buob in der Schweiz klar, dieses Papier nie unterschrieben. Buob wisse doch, „wie es zu der Unterschrift unter den Text – oder genauer, zu dem Text über der Unterschrift – kam“. Es war eine Blanko-Unterschrift, die der gebrechliche Richard Schneider einem Vertrauten überlassen hatte.

Buobs deutschem Korrespondenz-Anwalt kamen offenbar – spät, aber doch – Bedenken. Es sei zweifelsfrei sittenwidrig, schrieb er an Buob, „durch die Verwendung einer Blankovollmacht die Geschäftsunfähigkeit des Erblassers zu nutzen, um den eindeutig formulierten Willen des Erblassers während Lebzeiten zu unterlaufen und damit das Testament durch Verlagerung der wesentlichen Vermögenswerte auszuhöhlen, so ökonomisch und sinnvoll sich dies für Dritte darstellen mag“.

In die heimlichen Depots auf Jersey wurden jeweils rund 12,5 Millionen Schweizer Franken übertragen. Die Namen der Trusts sind Akronyme, das heißt,



Steueroase Jersey: Aktien, Festverzinsliche und Schweizer Franken im Depot

sie sind aus den Anfangsbuchstaben von Familienmitgliedern der einzelnen Stämme gebildet, die zu den Begünstigten gehören.

YOGAKAMA steht für Joachim, Gabriele, Katrin, Marc, UKASAB für Ursula, Claus, Antje, Sabine, Bernd. Und NIKYSA gehört Nicolai und Ysabel.

Auf Jersey wird nun für die Erben das Vermögen verwaltet, das Richard Schneider bei der UBS in Rorschach/Schweiz angehäuft hatte. Der größte Teil sind Aktien und fest verzinsliche Wertpapiere.

So wurden bei der UBS Rorschach für den NIKYSA-Trust ein so genanntes Anleger-Konto und ein Depot eingerichtet. Am Todestag ihres Großvaters wiesen die Konten für Nicolai und Ysabel bereits ein Nettovermögen von 12 509 206 Schweizer Franken aus.

In bar lagen 450 000 Franken auf dem Konto. Etwa 5 Millionen waren in Festverzinsliche investiert, fast 7 Millionen in Aktien. Papiere der BASF waren dabei oder Aktien von Mannesmann, Siemens und Deutscher Bank.

Und über die Konten würde, den Verträgen zufolge, der gescheiterte Bauspekulant und verurteilte Betrüger Jürgen Schneider nach Belieben verfügen. Er traut offenbar seinen Kindern nicht.

Als der Trust gegründet wurde, mussten Nico und Ysabel ein Papier unterschreiben, das ihnen von Jersey aus vorgelegt wurde und in dem ihre Wünsche fixiert wurden („Letter of Wishes“). Ihr Vater schickte seinem Anwalt daraufhin Anmerkungen, die in dem Letter of Wishes berücksichtigt werden sollten.

Nur die Wünsche der Eltern gelten, schrieb Schneider. Er gehe davon aus, dass nur er oder seine Frau dieses Papier künftigen Verhältnissen anpassen dürfte. „Grundlegend ist wichtig“, schrieb Schneider, „dass niemand meine Frau oder mich (oder den noch lebenden von uns) blockieren kann. z. B. Die Kinder handeln einfach nicht. Sie sitzen uns aus.“

Es war alles so schlau ausgedacht und so skrupellos durchgeführt. Doch nun wird es nach seinem zweiten Versuch, ein großes Ding zu drehen, eng für Schneider. Und diesmal hat er vielleicht seine ganze Verwandtschaft in Schwierigkeiten gebracht.

Seine hübsche Wohnung, die er im feinen Kronberg unweit der von Karl Otto Pöhl bewohnten Bundesbank-Villa gemietet hat, wird er nicht wie erhofft bald wieder voll nutzen können. Lästige Fragen werden ihm wieder gestellt werden, und neue Lügen werden wenig helfen.

Nicht mal das Buch, mit dem er seine früheren Eskapaden erklären wollte, wird erscheinen. Durch jüngste Nachrichten verunsichert, stoppte der Ullstein Verlag vergangene Woche die Auslieferung.

Vielleicht bleibt Schneider am Schluss tatsächlich nur die Liebe. Doch die schwindet ja manchmal schneller als das Geld.

PETER BÖLKE, WARNER POELCHAU

STEUERN

Schöne Bescherung

Finanzminister Eichel will seine Unternehmensteuerreform doch noch vor Weihnachten vorstellen – mit deutlich höherer Entlastung als bisher vorgesehen.

Die Besänftigung der Parteiseele hat für Gerhard Schröder derzeit Priorität. Kurz angebunden durch der Kanzler im Fraktionssitzungssaal vor, wie er künftig größere Vermögen belasten wolle, ein Herzenswunsch vor allem der Parteilinken. Die Erbschaftsteuer werde steigen, mehr Finanzbeamte sollen



Reformer Eichel: Wallung für empfindsame Seelen

Steuerhinterziehern hinterherjagen, kündigt er an.

Ein Thema übergibt der Kanzler geflüstert: die Unternehmensteuerreform. Denn was Schröders Kassenwart Hans Eichel und seine Experten sich ausgedacht haben – und noch vor Weihnachten verkünden wollen –, würde empfindsame sozialdemokratische Gemüter in Wallung bringen. Die Wirtschaft soll viel kräftiger entlastet werden als geplant. Ein Milliarden-Geschenk für Unternehmer, so wird es die SPD-Linke empfinden.

Bislang hatte Eichel stets von 8 Milliarden Mark gesprochen, die die Unternehmen von 2001 an weniger an den Fiskus zahlen müssen. Jetzt zeichnet sich, so haben Berechnungen von Eichels Experten ergeben, ein Entlastungsvolumen von bis zu 20 Milliarden Mark ab.

In zahlreichen Planspielen hat sich gezeigt, dass die Reformvarianten, die die Kosten auf 8 Milliarden Mark beschränken, unpraktikabel sind. Eichels Steuerreform-

truppe hatte vor allem Schwierigkeiten, Personengesellschaften zu entlasten. Das sind im Wesentlichen Firmen, die nicht als GmbH oder AG organisiert sind. Sie stellen rund 90 Prozent der Unternehmen in Deutschland und bezahlen Einkommensteuer. Von der versprochenen Senkung der Körperschaftsteuer hätten sie nichts.

Eine Lösung ist mittlerweile gefunden. Kapitalgesellschaften, also GmbH und AG, bezahlen künftig, wie von Eichel seit langem angekündigt, nur noch 25 Prozent Körperschaftsteuer statt heute 40 Prozent. Hinzu kommt die Gewerbesteuer, so dass die Gesamtbelastung etwa 37 Prozent erreicht.

Große Personengesellschaften sollen das Wahlrecht bekommen, ihren Gewinn genauso zu versteuern wie eine Kapitalgesellschaft. Der Gesellschafter darf die günstigen Tarife jedoch nicht für seine Gewinnentnahmen in Anspruch nehmen. Die werden mit einem Einkommensteuersatz von bis zu 51 Prozent belastet.

Auch Personenunternehmen, die zwischen 48 000 Mark und 220 000 Mark Gewinn machen, müssen weniger zahlen. Künftig dürfen sie ihre Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer verrechnen. Das Verfahren läuft praktisch auf die Abschaffung der Gewerbesteuerzahlung hinaus.

Nach diesen Plänen spart ein Unternehmer mit einem Gewinn von 100 000 Mark künftig rund 1500 Mark Steuern. Bei einem Gewinn von 150 000 Mark ergibt sich eine Entlastung von etwa 4500 Mark, bei 200 000 Mark eine von circa 8600 Mark.

Der große Steuerrabatt, das ahnen Eichel und Schröder, wird in der Partei auf wenig Beifall stoßen. Die Summe von 20 Milliarden Mark scheint den beiden SPD-Größen daher aus politischen Gründen als zu hoch, sie könnte provozieren. „Das müssen wir noch etwas schlecht rechnen, sonst bekommen wir den nächsten Aufstand“, gesteht ein sozialdemokratischer Finanzpolitiker.

CHRISTIAN REIERMANN

ARBEITSLOSIGKEIT

Bündnis für Stillstand

Ziellos, planlos, sinnlos: Die Gespräche zum Bündnis für Arbeit sind zum kraftlosen Ritual verkommen. Sitzungsprofis und Berufsblockierer liefern sich Wortgefechte um Tagesordnung und Schlusserklärung, der Kanzler schaut zu. *Von Jan Fleischhauer*

Das Beste, was sich aus Sicht von Hans-Olaf Henkel über das Bündnis für Arbeit sagen lässt: Überraschungen sind in dieser Runde prinzipiell ausgeschlossen. Dafür bürgt schon der Kreis der Teilnehmer.



FOTOS: M. DÄRCHINGER

Der Zuschauer
Gerhard Schröder
Bundeskanzler

Auf dieses Stichwort hin werden die Herren der Reihe nach zu ihren vorbereiteten Positionspapieren greifen. Sie werden einander gut zwei Stunden lang ziemlich genau das vortragen, was sie auch bei jedem Verbandskongress und jeder Talkshow zu verkünden pflegen.

Am Ende wird der Kanzler um die Abstimmung des Abschlusskommuniqués bitten, einer wohlklingenden Verlautbarung, an der im Vorwege so lange gefeilt wurde, bis sie so rund geschliffen ist, dass keiner der Unterzeichner anschließend in Erklärungsnot gerät. So war es bislang, und so ist es auch diesmal geplant.

Als zentrales Instrument rot-grüner Arbeitsmarktpolitik war die Neuauflage des Bündnisses angekündigt, zum „Kernstück unseres Regierungshandelns“ hatte Kanzler Schröder das Projekt machen wollen.

Auf eine Reformdebatte hinter verschlossenen Türen – offen und streitig – sollte ein gemeinsamer Kraftakt von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften folgen, ein nationaler Beschäftigungspakt, der nach niederländischem Vorbild alles auf den

Prüfstand stellt, was geeignet scheint, Arbeitsplätze zu schaffen: niedrigere Steuersätze, abgespeckte Sozialstandards, bewegliche Tarifverträge. So etwas hat ja auch in Deutschland schon einmal geklappt, zu Zeiten von SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller. Dessen „konzertierte Aktion“ gilt Schröder als Beispiel, dem er nacheifern wollte.

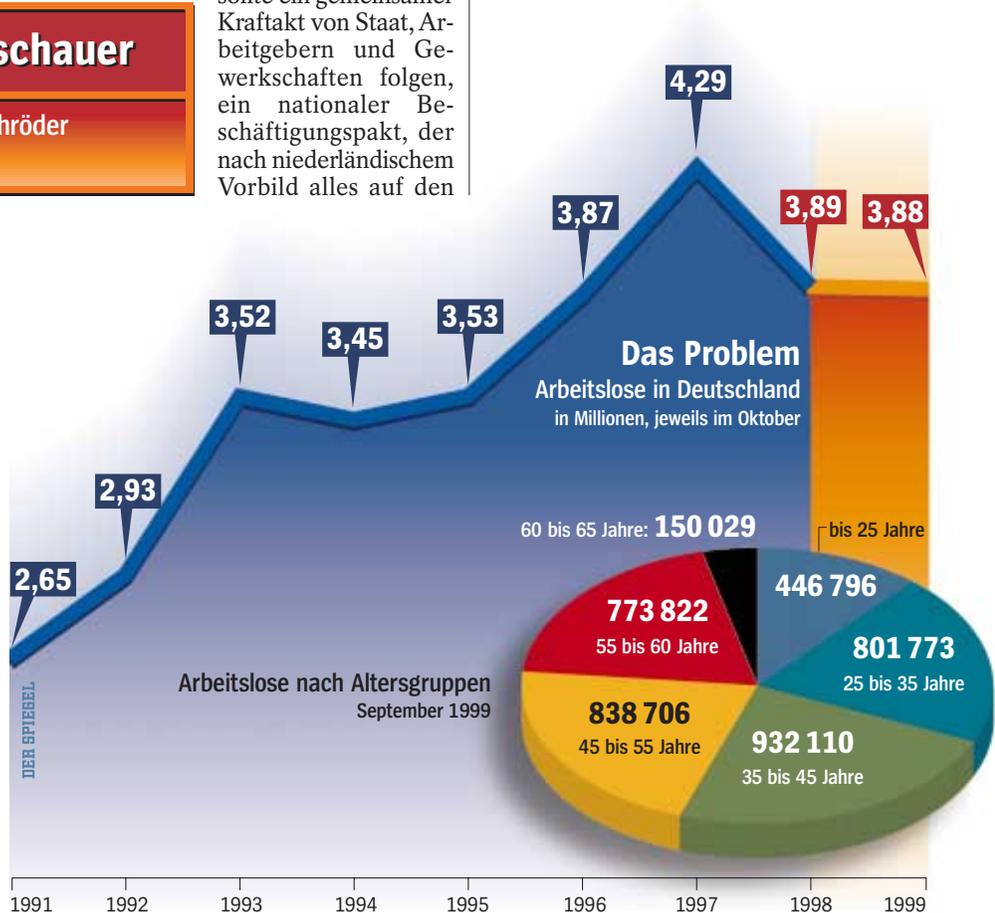
Tatsächlich ist das Bündnis zum Symbol für die verhängnisvolle Lähmung der deutschen Konsensgesellschaft geworden. Wohl nirgendwo lässt sich derzeit so gut beobachten, was mit Begriffen wie Stillstand oder Reformunfähigkeit eigentlich gemeint ist.

Während die Zahl der registrierten Arbeitslosen ziemlich unverändert bei vier Millionen verharrt, haben es sich die Kombattanten bei Keksen, Kaffee und kalten Getränken in ihren Stellungen gemütlich gemacht. Das Sichern einmal erworbener

Seit vier Jahren findet sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie alle paar Monate zu den sogenannten Kanzlerrunden ein, und stets trifft er dort auf dieselben Gesichter, dieselben Rituale, dieselben Vorhaltungen.

Nur zwei Dinge haben sich in der Zwischenzeit verändert. An Stelle von Helmut Kohl, der den Gesprächskreis einst begründete, steht jetzt Gerhard Schröder dem exklusiven Zirkel vor. Und aus der „Kanzlerrunde“ wurde das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, wie die Zeitkapsel nun im Jargon der neuen Mitte heißt. „Im Grund haben wir uns seit vier Jahren nicht vom Fleck bewegt“, sagt Henkel. „Selbst die Sitzordnung ist immer noch die gleiche.“

Am kommenden Sonntag ist es wieder mal so weit: Gegen 16 Uhr werden die Verbandsführer der Arbeitgeber und Gewerkschaften im Kanzleramt zusammentreffen und sich, nach ein paar launigen Worten des Regierungschefs, Punkt eins der Tagesordnung zuwenden, der „Aussprache“.



Besitztitel erscheint den Funktionären des mächtigen Tarifkartells allemal attraktiver als eine Verständigung zu Gunsten von Leuten, die nicht einmal einen ordentlichen Mitgliedsausweis in einer ihrer



Der Sitzungsprofi

Dieter Hundt

Präsident des BDA

Um allzu große Experimentierfreude gar nicht erst aufkommen zu lassen, schickten die Interessenverbände ihre Chefstrategen in die Fachgruppen, Leute wie Jürgen Peters zum Beispiel.

Kaum jemand verkörpert den Typus des gewieften Sitzungstaktikers so perfekt wie der zweite Vorsitzende der IG Metall.

Fast sein ganzes Berufsleben hat der Mann innerhalb der Gewerkschaft verbracht, entsprechend klar strukturiert ist sein Weltbild: hier die ehrlichen Malocher, die an der „Grenze zur Selbstausschöpfung“ schufteten, dort die „Shareholder-Value-Fritzen“, die nur ihre Profitraten kennen.

Arbeitslosigkeit ist für Peters ein rein statistisches Problem. Folgt man ihm, dann muss man die Gesamtzahl der jährlich zu leistenden Arbeitsstunden nur gleichmäßig auf alle Arbeitswilligen verteilen, und schon ist sie weg.

Natürlich ist einer wie Peters im Zweifel zu jedem Deal bereit, auch zu den kleinen schmutzigen, der Preis muss nur stimmen. Und wenn Leute wie er eines aus dem zähen Tarifgeschäft gelernt haben, dann, dass dieser Preis desto höher ausfällt, je unachgiebiger man sich zeigt. Dass der gelernte Maschinenschlosser bei dieser Gelegenheit auch noch die Rolle des Gewerkschafts-Ayatollahs besetzt, des unangreifbaren Sittenwächters – umso besser.

So sitzen sich die Unterhändler in den Gremien des Bündnisses lauernd gegenüber, bis an die Zähne bewaffnet mit Statistiken und hauseigenen Expertisen, argwöhnisch jede Äußerung auf versteckte Botschaften abklopfend und immer drauf bedacht, dass die eigenen Reihen fest geschlossen sind, das vor allem. Politbürositzungen müssen dagegen muntere Veranstaltungen gewesen sein.

Die Bilanz der Verhinderer kann sich sehen lassen. Viele Arbeitsgruppen haben sich seit Monaten nicht mehr getroffen, andere, wie beispielsweise die AG Rentenreform, sind de facto aufgelöst oder stehen kurz davor. Und wenn, wie zwischenzeitlich einmal geschehen, eine Expertengruppe versehentlich doch zu einem Ergebnis kommt, und sei es nur die vage Verständigung über

Der Streithansel

Hans-Olaf Henkel

Präsident des BDI

Organisationen vorweisen können. Dass sie ihre Gestaltungsmacht in einer transnationalen Wirtschaftswelt längst eingeübt haben, das wissen natürlich auch die Ständesvertreter. So beziehen sie ihre Bedeutung eben aus der ihnen verbliebenen Blockademacht.

Die Bilanz von „Schröders Talkshow“ („Handelsblatt“) fällt entsprechend schütter aus. Dreimal haben sich die Verbandsführsten schon unter der freundlichen Moderation des Kanzlers getroffen, doch noch immer ist nicht einmal klar, worüber eigentlich geredet werden darf.

Ob Kündigungsschutz, Rentenreform oder Lohnentwicklung – die Liste der Un-Themen ist lang, und wehe, einer verletzt das Sprechverbot. Als Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt beim vorletzten Treffen ganz gegen seine Natur den abgesteckten Rederahmen verließ und ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur Tarifpolitik machte, kam es gleich zum Eklat.

„Das ist nicht abgestimmt“, empörte sich IG-Metall-Chef Klaus Zwickel. Jeden weiteren Versuch des Unternehmers, den Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung zu beschreiben, konterte der Gewerkschaftsboss mit Verweis auf die Geschäftsgrundlage: „Das steht nicht in der Tagesordnung.“ Nach zehn Minuten war der Disput beendet, größere Regelwidrigkeiten wurden seitdem nicht mehr verzeichnet.

Die Tagesordnung – sie ist das Totemwort des geübten Funktionärs, das eigentliche Herrschaftsinstrument der Gremienprofis, die im Hintergrund die Regie führen. „Steering-Committee“ heißt das 20-köpfige Kontrollgremium, das dem aufwendigen Organigramm des Bündnisses zufolge die „Beratung der Spitzengespräche“ vorbereiten soll. Vornehmliche Aufgabe der Aufpasser aus dem Kanzleramt und den diversen Lobbygruppen ist es, jeden nur denkbaren Konflikt schon im Vorfeld aufzuspüren und wegzubügeln.

Über vier Stunden hat die Steuerungsgruppe allein am vergangenen Montag damit zugebracht, den großen Konsens zu or-

ganisieren. Und so kam es, wie es bei den Vorbereitungstreffen immer kommt: Der Vorschlag der Arbeitgebervertreter, die Bündnisrunde endlich einmal ausführlich über die anstehende Unternehmensteuerreform debattieren zu lassen, scheiterte am Einspruch der Gewerkschafter.

Im Gegenzug liefen die Arbeitnehmerführer zunächst mit ihrem Herzensthema, der Rente mit 60, auf Grund. „Derzeit nicht konsensfähig“, lautet in solchen Fällen das Todesurteil, es folgt der Verweis in eine der sieben „Arbeitsgruppen“.

Die Arbeitsgruppen sind das Häckselwerk des Bündnisses. Was hier herauskommt, ist in der Regel so klein geschrotet, dass es auch der härteste Betonkopf ohne größere Bedenken schlucken kann.

Gedacht waren die Expertenzirkel als muntere Ideen-Werkstätten, als kleine, aber feine Reformschmieden, und genau das machte sie von Anfang an verdächtig.



K.-B. KARWASZ

Der Bremser

Jürgen Peters

2. Vorsitzender der IG-Metall

das Ziel eines Überstundenabbaus, dann gibt es ja noch die nächste Ebene, die eine solche Panne mittels Rückverweis in die AG wieder bereinigt.

Selbst die einzige weitgehend unabhängige Gruppe von Zuarbeitern haben die Berufsblockierer kleingekriegt, jenes Gremium von Wissenschaftlern namens „Benchmarking“, das auf die Politik ein Verfahren überträgt, das in der Wirtschaft gang und gäbe ist: nämlich sich an der Konkurrenz zu messen und deren Erfolgsrezepte zu übernehmen.

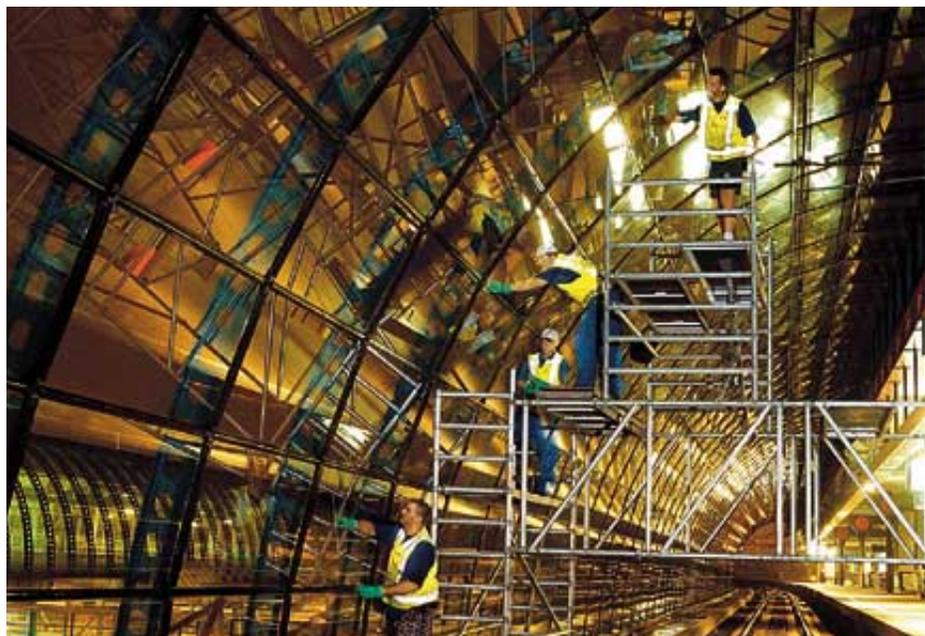
Den Vorwand für die Attacke auf diesen Beirat lieferte ein Konzept der Forscher zur Subvention des so genannten Niedriglohnbereichs. Der Staat, so lautete die Grundidee, müsse Billigjobs von Sozialabgaben befreien, um einfache Arbeit attraktiv zu machen. Erstmals lag damit ein Vorschlag auf dem Tisch, der tatsächlich neue Arbeitsplätze in großer Zahl hätte schaffen können.

schließlich reden, allen öffentlichen Ausstiegsdrohungen zum Trotz.

Womit wiederum das Steering-Committee gefordert ist, jener Kreis von Vertrauensleuten, der aus den traurigen Resten der AG-Arbeit ein halbwegs ansehnliches Kommuniké zusammenpappen muss. Irgendeinen Text, den man der wartenden Presse präsentieren kann, ohne sich bis auf die Knochen zu blamieren.

In diesen Sitzungen schlägt dann die Stunde der Begriffsakrobaten, der Meister des „Wording“. So nennen die Fachleute die hohe Kunst, eine Formel zu finden, die Gesprächsbereitschaft in einem strittigen Punkt suggeriert, gleichzeitig aber auch so vage gehalten ist, dass sie jeder Partei ihre ganz eigene Interpretation erlaubt.

So heißt Rente mit 60 nie Rente mit 60, sondern „Förderung der Altersteilzeit“, aus dem Überstundenabbau wurde das „Lebensarbeitszeitkonto“. Und wenn, wie bislang vorgesehen, am kommenden Sonn-



Bündnis-Vorbild Holland*: Niedrigere Steuersätze, abgespeckte Sozialstandards

Doch weil der kühne Reformplan vorab im SPIEGEL erschien, weigerten sich die Gewerkschafter, die Idee auch nur genauer zur Kenntnis zu nehmen. „Was wir zum Frühstück haben, brauchen wir nicht noch zum Abendbrot“, tutete der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, was so viel heißen sollte wie: Kenn ich schon, woll'n wir nicht. Das Ansinnen, den unbotmäßigen Wissenschaftlerzirkel bei dieser Gelegenheit gleich ganz aufzulösen, konnte nur mit Mühe abgewehrt werden.

Eigentlich haben die Bündnisstrategen nur ein Problem: Auch ein Stillstandspakt braucht Gesprächsstoff, also Themen, die wenigstens nach Entschlusskraft aussehen. Über irgendetwas muss die Kanzlerrunde

tag nun doch über die Niedriglohnsubvention gesprochen wird, dann kommt das anstößige Wort in den offiziellen Texten selbstredend nicht vor.

Stattdessen wird von „Beschäftigungschancen gering qualifizierter Arbeitnehmer“ die Rede sein. Und dass es in absehbarer Zeit zu keinem wirklichen Ausbau des Niedriglohnssektors kommt, auch dafür haben die Unterhändler schon gesorgt. So soll der Nutzen des Konzepts jetzt erst einmal an zwei ausgewählten Modellprojekten geprüft werden, ein abschließender Bericht wird frühestens in drei Jahren erwartet. Bis dahin ist eine weitergehende Entscheidung natürlich vertagt.

Die Runde ist mittlerweile derart effektiv, dass ihr nicht mal die einzig folgerichtige Entscheidung gelingen will, die Selbstauflösung. ♦

* Reinigung der U-Bahn-Station Sloterdijk in Amsterdam.

„Da erschauert auch ein Banker“

Holzmann-Aufsichtsratschef Carl Ludwig von Boehm-Bezing über die umstrittene Rettung des Baukonzerns, das Milliardenloch in der Bilanz und die Verantwortung der Deutschen Bank

SPIEGEL: Herr von Boehm-Bezing, ist Holzmann wirklich noch zu retten?

Boehm-Bezing: Davon gehen wir aus, sonst hätten wir uns nicht engagiert.

SPIEGEL: Warum musste dann erst der Kanzler kommen und die Banken in die Pflicht nehmen?

Boehm-Bezing: Ich hätte eine finanzielle Sanierung ohne den Bund vorgezogen.

SPIEGEL: Das scheiterte, weil einige Banken von der Sanierungsfähigkeit des Baukonzerns nicht überzeugt waren.

Boehm-Bezing: Das mag so sein. Wir aber sind überzeugt, und der Unternehmensberater Roland Berger ist es auch.

SPIEGEL: Die Banken präsentierten sich heillos zerstritten. Erst fielen sie öffentlich übereinander her, dann ließen sie wegen einer relativ kleinen Summe Holzmann fallen. Und kaum machte der Kanzler Druck, erinnerten sie sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

Boehm-Bezing: Ihre Darstellung finde ich übertrieben. Immerhin fehlten uns gut 600 Millionen Mark. Das würde ich nicht als kleine Summe bezeichnen.

SPIEGEL: Jedenfalls haben sich die Banken gegenseitig die Schuld am Scheitern ihrer Verhandlungen zugeschoben.

Boehm-Bezing: Die Welt ist nun einmal nicht mehr so, wie sie war, als wir alle zusammen die Metallgesellschaft sanierten. Jede Bank kämpft heute um ihre eigene Position. Die Solidarität von früher ist da etwas zurückgetreten ...

SPIEGEL: ... zu Gunsten des Shareholder-Value?

Boehm-Bezing: Nehmen Sie es einfach so, wie ich es gesagt habe.

SPIEGEL: Wie kam es eigentlich zu dem Debakel? Können Sie einem normalen Menschen erklären, wie es möglich ist, dass in einer Bilanz plötzlich eine Lücke von 2,4 Milliarden Mark klafft?

Boehm-Bezing: Die Risiken gab es schon in der Vergangenheit, aber sie waren nicht erkennbar. Wir mussten bis Ende 1997 bereits 3,3 Milliarden Verluste verarbeiten, die das alte Management zu verantworten hatte. Das ist eine Summe, bei der auch ein Banker in aller Regel erschauert.

SPIEGEL: Nach dem Milliarden-Debakel hätten Sie doch sagen müssen: Jetzt muss alles auf den Tisch.

Boehm-Bezing: Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfer haben die Dinge untersucht



Unter Beschuss

sind im Fall Holzmann vor allem die Deutsche Bank und ihr Vorstandsmitglied Carl Ludwig von Boehm-Bezing, 59. Der Banker, zuständig für das Firmenkundengeschäft des Geldkonzerns, gehört dem Aufsichtsrat des Baukonzerns bereits seit 1992 an, den Vorsitz übernahm er 1997. Er feuerte das alte Management, das horrenden Verluste erwirtschaftet hatte. Doch jetzt tauchte ein weiteres Milliardenloch auf. Weil die Banken sich nicht auf neue Hilfen einigen konnten, schien die Pleite unausweichlich. Erst als Bundeskanzler Schröder Hilfe versprach, stimmten die Banken einem Rettungsplan zu.

F. STOCKMEIER / ARGUM

und sind davon ausgegangen: Das war's, da kommt nichts Gravierendes mehr. Zumal es seit Jahren laufend Sonderuntersuchungen zum Immobilienprojektgeschäft gegeben hatte.

SPIEGEL: So toll können die Prüfungen nicht gewesen sein.

Boehm-Bezing: Es gab interne Notizen und Bewertungen, die offenbar bewusst aus den Akten genommen worden waren. Das hat

es wahnsinnig schwer gemacht, den Dingen auf den Grund zu gehen.

SPIEGEL: Wer hatte diese Unterlagen?

Boehm-Bezing: Der Geschäftsführer der Philipp Holzmann Bauprojekt AG hat sie an die Holzmann-Anwälte übergeben, als er Mitte dieses Jahres gefeuert wurde – nach dem Motto: Hier ist die ganze Wahrheit.

SPIEGEL: Wann haben Sie denn zum ersten Mal geahnt, dass etwas nicht stimmt?



Demonstrierende Holzmann-Mitarbeiter: „Jede Bank kämpft um ihre eigene Position“

DPA

Werbeseite

Werbeseite

Boehm-Bezing: Ausgangspunkt war eine vom Aufsichtsrat angeordnete Untersuchung, die zu prüfen hatte, ob sich der alte Vorstand inkorrekt verhalten hat. Die Firma Schitag Ernst & Young war damit beauftragt. Das Gutachten lag dem Vorstand Ende Mai vor – doch die Prüfer hatten sich fälschlicherweise nur auf Verluste bis Ende 1997 konzentriert. Laut Prüfungsauftrag ging es aber um eine handelsrechtliche Bewertung, drohende Verluste hätten deshalb berücksichtigt werden müssen.

SPIEGEL: Hat Schitag Ernst & Young den Auftrag nicht korrekt ausgeführt?

Boehm-Bezing: Sie ist in der Auftragsabarbeitung zu kurz gesprungen.

SPIEGEL: Was hatte das für Konsequenzen?

Boehm-Bezing: Schitag Ernst & Young hat dann in einem zweiten Gutachten die Dinge nachgearbeitet. Dabei kam sie auf drohende Verluste von knapp zwei Milliarden. Ich habe dann im Aufsichtsrat gesagt: Jetzt will ich definitiv wissen, was Sache ist. Wie hoch ist der Verlust, mit dem wir hier umzugehen haben?



F. STOCKMEIER / ARGUM

Boehm-Bezing (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Holzmann ist die Ausnahme“

SPIEGEL: Wann war das?

Boehm-Bezing: Anfang November. Wir haben dann zwei weitere Prüfungsgesellschaften beauftragt. Nach ihrem Urteil ist der Betrag auf 2,4 Milliarden angewachsen.

SPIEGEL: Das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel prüft, ob Sie die Aktionäre nicht schon viel früher über diese Schieflage hätten informieren müssen.

Boehm-Bezing: Philipp Holzmann wusste ja die genaue Summe nicht. Das endgültige Ergebnis lag erst Anfang November vor.

SPIEGEL: Rolf-Ernst Breuer, der Chef der Deutschen Bank, hat sich bislang öffentlich zu Holzmann nicht geäußert. Fühlen Sie sich allein gelassen?

Boehm-Bezing: Herr Breuer hat gerade in München auf einer großen Beiratssitzung ausführlich über Holzmann gesprochen.

SPIEGEL: Beiratssitzungen sind nicht öffentlich.

Boehm-Bezing: Doch, da sitzen hunderte von Beiräten. Das ist Öffentlichkeit, nicht nur im juristischen Sinn.

SPIEGEL: Ob Metallgesellschaft oder Schneider: Bei anderen Pleiten hat der jeweilige

Vorstandschef öffentlich Stellung bezogen. Noch mal: Geht die Deutsche Bank auf Distanz zu Ihnen und Ihrer Arbeit?

Boehm-Bezing: Nein, das ist nicht so. Während der Gespräche mit den Banken war ich mit Herrn Breuer in stetem Kontakt. Das war ein ganz enges Einvernehmen.

SPIEGEL: Die Deutsche Bank will sich als moderne globale Investmentbank profilieren. Jetzt holt sie mit Holzmann die Vergangenheit, die alte Deutschland AG, ein. Kein Wunder, dass Herr Breuer da lieber schweigt: Er will sich als Modernisierer präsentieren – und mit den Altlasten nichts zu tun haben.

Boehm-Bezing: Ihr Eindruck täuscht, in der Beiratssitzung hat mein Kollege eine ganz klare Meinung geäußert. Die Deutschland AG gibt es nicht mehr, die darf es auch nicht mehr geben. Holzmann ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Entsprechend unserer Politik wollen wir unsere Beteiligungen weiter reduzieren. Bei Holzmann hatten wir mal 40 Prozent, jetzt sind es noch 15. Unsere Vorstände stellen in keinem Unternehmen Aufsichtsratsvorsitzende, Holzmann ist die Ausnahme.

SPIEGEL: Metallgesellschaft, Balsam, Schneider, Deckel-Maho – warum ist Ihre Bank ständig in Pleiten verwickelt?

Boehm-Bezing: Sie vermischen Beteiligungen mit Kreditengagements, das halte ich für unzulässig. Bei Schneider und Balsam waren wir nicht beteiligt. Da, wo wir noch Beteiligungen haben, sind wir in einer schwierigen Situation. Egal, ob wir die Firmen Pleite gehen lassen oder

ob wir sie sanieren – in jedem Fall werden wir öffentlich stark kritisiert.

SPIEGEL: In vielen Ländern ist die Doppelfunktion der Banken als Eigner und Kreditgeber sogar verboten.

Boehm-Bezing: Wir wollen ja keine Industriebeteiligungen mehr. Natürlich werden wir auch in Zukunft da und dort vorübergehend eine Beteiligung eingehen, um sie mit Gewinn wieder zu verkaufen. Das ist Teil unseres Geschäfts. Aber Dauerbesitz wird es nicht mehr geben.

SPIEGEL: Noch haben Sie Beteiligungen – und da übernehmen Sie unternehmerische Verantwortung, Sie regieren mit.

Boehm-Bezing: Nein, das sind falsche Begriffe. Wir haben Holzmann nie regiert.

SPIEGEL: Aber Sie haben den Chef, Heinrich Binder, an der kurzen Leine geführt.

Boehm-Bezing: Der Aufsichtsrat muss alles daransetzen, seiner Funktion gerecht zu werden. Er muss sich intensiv über das informieren, was im Unternehmen passiert.

SPIEGEL: Können Sie als Aufsichtsrat wirklich außer Acht lassen, was für den Holzmann-Kreditgeber Deutsche Bank gut ist?

Boehm-Bezing: Man kann natürlich auch Interessengegensätze konstruieren.

* Mit den Redakteuren Wolfgang Reuter und Armin Mahler in der Deutsche-Bank-Zentrale.

„Die sind ein bisschen beleidigt“

Die Holzmann-Sanierung wackelt, der Aufsichtsrat diskutiert harte Konsequenzen.

Nur acht Tage nachdem die Holzmann-Mitarbeiter freudetaumelnd „Gerhard, Gerhard“ gerufen hatten, stand der Baukonzern schon wieder am Rande des Abgrunds: Die IG Bau wollte nicht hinnehmen, dass die Holzmann-Mitarbeiter auf sechs Prozent Lohn verzichten und dafür auch noch länger arbeiten. Sie fürchteten einen Präzedenzfall.

Zusammen mit Betriebsräten und Juristen verhandelten die Gewerkschaftsbosse am Donnerstag vergangener Woche deswegen in der Konzernzentrale. Um 17 Uhr stürmte Holzmann-Chef Heinrich Binder in die Sitzung. Einige Banken hätten schon Kredite gestoppt, mahnte er, die Belegschaft müsse unbedingt ihren Beitrag leisten, sonst platze die Sanierung.

Minuten später rief auch noch Aufsichtsratschef Carl Ludwig von Boehm-Bezing an. „Um Gottes willen, Herr Mahneke“, sagte er dem Betriebsratsvorsitzenden, „Sie müssen noch heute zu einer Lösung kommen, sonst hat Holzmann morgen wieder kein Geld und am Montag auch nicht.“

„Wir verhandeln heute bis zum Ende“, beschloss Mahneke. Gegen 22 Uhr einigten sich die Beteiligten dann auf eine Rahmenvereinbarung: Die Mitarbeiter können wählen, ob sie 18 Monate lang zum Beispiel mehr arbeiten oder auf Lohn verzichten. Alles in allem spart Holzmann 245 Millionen Mark, der Konzern will das Geld aber nicht für Dumping-Preise verwenden.



Wettbewerbskommissar Monti
Auffallend bedeckt

Doch so ganz gaben sich die IG-Bauvertreter nicht geschlagen. Sie wollen den Lohnverzicht nach der Sanierung ausgleichen, was einer Stundung gleichkäme. Die aber müsste bilanziert werden. Der Sanierungsbeitrag der Belegschaft wäre dann hinfällig. Holzmann-Aufsichtsrat Helmut Hickler von der IG Bau: „Wir überlegen noch, wie wir das am besten regeln.“

Probleme drohen auch in Brüssel. EU-Wettbewerbschützer Mario Monti hielt sich vergangene Woche auffallend bedeckt. Seine Behörde werde den Sanierungsbeitrag des Bundes prüfen wie jeden anderen auch, sagte er.

Die Holzmann-Chefs sehen das gelassen. „Diese Wettbewerbshüter, das sind sensible Seelen“, sagt ein führender Mitarbeiter. Und Hickler meint: „Die sind nur ein bisschen beleidigt, weil sie im Vorfeld nicht gebührend genug gefragt worden sind.“ Auch Karl Kraus von der Unternehmensberatung Roland Berger gab sich zuversichtlich. Er hatte in Sachen Holzmann-Sanierung bereits an die EU geschrieben – und will von dort „positive Signale“ erhalten haben.

Unterdessen plant der Konzern harte Konsequenzen aus dem Desaster. Auf seiner Sitzung am Donnerstag will der Aufsichtsrat unter Tagesordnungspunkt 6, „Widerruf von Pensionszusagen“, ehemaligen Vorständen die Altersbezüge streichen. Gegen Ex-Chef Lothar Mayer und sieben weitere Manager ermittelt die Staatsanwaltschaft, angeblich haben sie das 2,4-Milliarden-Loch vertuscht.

Die Aufsichtsräte wollen eventuell auch frühere Jahresabschlüsse für nichtig erklären. Zudem müssen sich die Wirtschaftsprüfer unter dem Punkt „Stellungnahme der KPMG“ rechtfertigen. Doch das Urteil der Räte steht schon fest. Denn unmittelbar darauf beraten sie über die „Wahl eines zusätzlichen Abschlussprüfers“ für das Geschäftsjahr 1999. Ein Aufsichtsrat: „Die KPMG hat das Milliarden-Loch verschlafen – und spätestens bei der Hauptversammlung im Dezember wird sie gefeuert.“

WOLFGANG REUTER

SPIEGEL: Wie kommt es denn, dass Ihre Kredite bei Holzmann deutlich besser abgesichert sind als die anderer Banken?

Boehm-Bezing: Das ist nicht richtig. Wir haben mit Holzmann vor allem Projektfinanzierungen oder Immobilien-Leasing-Geschäfte gemacht. Um die Leasing-Geschäfte haben wir uns nie gerissen. Die sind wie sauer Bier durch den Markt gegeistert. Heute sagen einige Banken: Warum habt ihr die ganzen Leasing-Geschäfte in eurem Portefeuille? Ich kann nur sagen: Sie sind allen Banken angeboten worden.

SPIEGEL: Warum kommt es immer wieder zu solchen Milliarden-Löchern? Versagt da das deutsche Aufsichtsratsystem?

Boehm-Bezing: Das deutsche Aufsichtsratsystem ist zukunftsfähig. Auch im viel gelobten angelsächsischen System hat es oft große Pleiten und Betrugsfälle gegeben.

SPIEGEL: Wie kann die Kontrolle verbessert werden?

Boehm-Bezing: Ich denke, die Wirtschaftsprüfer und deren einzelne Teams müssen häufiger wechseln. Die Prüfungen müssen umfangreicher werden – und klarere Aussagen treffen. Was aber den Aufsichtsrat anbelangt, müssen wir mit einem wohl gehegten Vorurteil aufräumen: Der Aufsichtsrat ist kein zweiter Abschlussprüfer und kein Super-Controller. Der Aufsichtsrat muss überwachen, dass nach Gesetz und Satzung vorgegangen wird. Er muss kritisch den Dingen nachgehen, die im Unternehmen ablaufen.

SPIEGEL: Die Leute müssten also nur ihre Arbeit ordentlich machen.

Boehm-Bezing: So ist das.

SPIEGEL: Hätten Sie sich intensiver um Holzmann kümmern müssen?

Boehm-Bezing: Gerade weil ich mich so intensiv gekümmert habe, sind viele Dinge erst aufgeklärt worden.

SPIEGEL: Also haben Sie völlig richtig gehandelt, und die Dinge nahmen schicksalsmäßig ihren verhängnisvollen Lauf?

Boehm-Bezing: Wenn wir früher kritischere Hinweise bekommen hätten, wäre sicher manches früher aufgedeckt worden.

SPIEGEL: Wird Holzmann die Wirtschaftsprüfer wechseln?

Boehm-Bezing: Sagen wir mal: Es gibt Gesprächsbedarf.

SPIEGEL: Aber Konsequenzen muss es bei einer Fast-Pleite dieser Größe doch geben.

Boehm-Bezing: Wir haben uns vom Finanzvorstand getrennt.

SPIEGEL: Was geschieht mit Herrn Binder?

Boehm-Bezing: Ich will nicht über weitere Entwicklungen im Vorstand spekulieren.

SPIEGEL: Haben Sie selbst überlegt zurückzutreten?

Boehm-Bezing: Die Frage, die ich mir stelle, ist: Habe ich mir etwas vorzuwerfen? Und die Antwort lautet: Nein.

SPIEGEL: Sie bleiben also im Amt?

Boehm-Bezing: So ist es.

SPIEGEL: Herr von Boehm-Bezing, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

FUSIONEN

„Cash is king“

Mannesmann-Chef Esser versucht weltweit, Großinvestoren für seinen Alleingang zu gewinnen. Doch die sind vorerst distanziert. Sie zeigen ihm vor allem eins: die Macht des Geldes.



Mannesmann-Messestand (auf der Cebit): „Wir wollten nie angeben“

Die Inszenierung war perfekt. Auf Bildschirmen lief eine bunte Firmenpräsentation, dazu beschallten Klänge den Saal, die sehr an die Rockhymne „Final Countdown“ erinnerten. Rund 40 handverlesene Fondsmanager und Analysten warteten vergangenen Mittwoch Mittag gespannt im Konferenzraum des Frankfurter Arabella-Hotels, als die Tür aufging und Klaus Esser einmarschierte.

„Zackig, forsch und sehr bestimmt“ habe der Einzug des Mannesmann-Chefs gewirkt, berichtet ein Teilnehmer. „Man hat den Windhauch gespürt“, sagt ein anderer.

40 Minuten lang trug Esser seine Abwehrstrategie gegen den feindlichen Übernahmeversuch von Vodafone Airtouch vor, dann war noch zehn Minuten Zeit für Fragen der Analysten. Zum Essen gab es Zanderfilet und Rind, dazu Broccoli und Bratkartoffeln, nur Esser musste weiterziehen. Der Konzernchef eilte zu einer Reihe von „One on One“-Gesprächen – so nennen es Fondsmanager, wenn sie die Firmenbosse zum Einzelplausch empfangen.

Seit einer Woche zieht Klaus Esser durch die Finanzzentren dieser Welt: Montag Analysten-

konferenz im vornehmen Londoner Savoy-Hotel, Mittwoch Treffen mit Fondsmanagern in Frankfurt am Main, Donnerstag und Freitag Termine in Boston und New York. Seine Vorstandskollegen schickte er nach Edinburgh, Dublin, Paris und Zürich. Rund 70 Großinvestoren bekommen in diesen Tagen Besuch aus Düsseldorf.

Esser on tour: Mit seinem Werbefeldzug durch die Finanzwelt will der oberste Mannesmann deren Unterstützung gewinnen im Kampf gegen die Attacke von Vodafone. Er will den Mann vom Feld schlagen, der seinen Job will, seine Firma,



Strategie Esser (in London): Wie im Wahlkampf

seine Handys, sein Geld: Chris Gent, Chef von Vodafone.

Esser muss das machen, denn sein Unternehmen befindet sich im Streubesitz. Kein Aktionär hält wesentlich mehr als zehn Prozent an Mannesmann. Das macht den Telekommunikationskonzern (D2 Mobilfunk, Arcor) so anfällig für feindliche Übernahmen. Nur die Belegschaftsaktien und die Stimmen des Hongkonger Mischkonzerns Hutchison Whampoa sind ihm bislang sicher. Doch die anderen muss Esser noch überzeugen – und das wird schwer: Kaum ein Fonds hält mehr als ein halbes oder ein Prozent an Deutschlands – neben SAP – wachstumsstärkstem Konzern.

Wie ein US-Politiker im Vorwahlkampf, der bei den Gliederungen seiner Partei Stimmen sammelt für die Präsidentschaftskandidatur, reist der Mannesmann-Chef deshalb von City zu Community. Der Jubel der Zuschauer hält sich bisher in Grenzen.

Beispiel Adig: Die Fondsgesellschaft der Commerzbank ist mit knapp einem Prozent an Mannesmann beteiligt. Schon 1982 traf Fondsmanager Kerstan von Schlottheim, 47, zum ersten Mal die Bosse des Unternehmens. „Damals ging es noch um Röhren und Stahl“, erinnert sich Schlottheim, „es gab ein Desaster in Brasilien, und wir haben uns in Düsseldorf informiert.“

Siebzehn Jahre später hat sich Mannesmann zum Telekommunikationskonzern gewandelt. Heute geht es um Handys und Internet – und um das Überleben des Konzerns. Schlottheim reist auch nicht mehr nach Düsseldorf; er empfängt Esser in den Adig-Büros im 19. Stock des Frankfurter Messeturms und setzt, zusammen mit seinen Kollegen, strenge Maßstäbe: „Wir kaufen keine Luftschlösser“, sagt Thomas Tilse, Leiter des Adig-Fondsmanagements: „Sobald wir den Verdacht haben, dass hier heiße Ballons verkauft werden, steigen wir aus.“

Höchstens das Weihnachtsgebäck zum Kaffee vermittelt deshalb etwas Geborgenheit, wenn Esser, den Investmentbanker von Morgan Stanley auf seiner Tour begleiten, seine Strategie vorträgt. Mobilfunk und Festnetz will Mannesmann künftig integrieren, dazu mit elektronischem Handel im Internet in einigen Jahren völlig neue Geschäftsfelder erschließen und

Fiebernder Handel

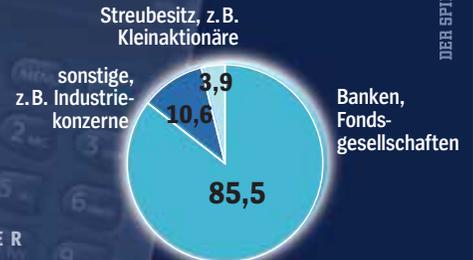
Veränderung der Aktienkurse von Mannesmann und Vodafone Airtouch seit dem 15. Oktober 1999 in Prozent



Aktionärs-Struktur bei Mannesmann in Prozent



... und Vodafone Airtouch



damit Marktführer in Europa werden. Vodafone-Chef Gent dagegen, der eine Woche zuvor durch Frankfurt tourte, setzt ausschließlich auf den Mobilfunk – weltweit und sofort.

Jetzt kassieren und das Vodafone-Angebot annehmen oder auf die künftig womöglich noch höheren Gewinne einer unabhängigen Mannesmann-Aktie vertrauen – das ist die Alternative für die Investoren, die von beiden Seiten mit Details bombardiert werden. Da ist viel vom künftigen Ebitda die Rede – dem Gewinn vor Steuern, Abschreibungen und Zinsen. Von Satellitenkapazitäten. Von GPRS-Technik. Von Breitbandkabeln. Und wenig von Macht, Posten und Vorstandsbezügen. Um Persönliches gehe es nicht, betonen beide Gegner mehrmals täglich.

In all dem Datenwust findet sich kaum ein Experte zurecht. „Irgendwann stehen Sie im deutschen Märchenwald“, sagt Adig-Chef Friedrich Pfeffer. „Am Ende muss jeder Fondsmanager eine einsame, intuitive Entscheidung treffen.“

Mit den jeweiligen Bilanzen und Prognosen sind die Investoren ohnehin bestens vertraut. Beim „One on One“ kommt es ihnen allein auf den persönlichen Eindruck an. „Wenn Herr Esser 30 Prozent mehr Profit verspricht, achten wir genau auf die Aussprache“, sagt Pfeffer. „Kommt es, wie bei Esser, ruhig und gelassen, dann wissen wir: Da sind noch Spielräume drin, das ist eine konservative Schätzung.“

Natürlich treten vor den Fonds auch zwei Machtmenschen gegeneinander an. Da ist Chris Gent, 51, der Engländer ohne Studium, ein Liebhaber schneller Autos, ein Siegertyp. Erst in diesem Frühjahr hatte er die Übernahmeschlacht um die amerikanische Airtouch gewonnen. „Klaus ist gerade dabei, sich selbst aus dem Dreh-

buch zu streichen“, tönte er im SPIEGEL-Gespräch.

Und da ist Esser, ein promovierter Jurist, der sein ganzes Berufsleben bei Mannesmann verbracht hat, die jetzt vom aggressiven Angreifer geschluckt werden soll. „Wir wollten nie angeben“, umschreibt der 52-Jährige die bisher überaus diskrete Informationspolitik seines Konzerns. Jetzt geht er in die Offensive. „Falsche Strategie, falscher Preis, falscher Weg“, sagt er über die Pläne von Vodafone. In Treffen mit Frankfurter Fondsmanagern kritisiert er den „Schlingerkurs“ von Gent. Zitate des Engländers sollen belegen, dass er die Vision der Mannesmann nicht versteht. „Da wird mit allen Mitteln geboxt“, amüsiert sich Adig-Mann Tilse.

Kann Esser damit gewinnen? 60 Prozent der Mannesmann-Aktien befinden sich in



Adig-Manager*

„Wir kaufen keine Luftschlöser“

internationalen Händen. Gents Story, der schnelle Ausbau zum globalen Mobilfunkkonzern, wird gerade von den Amerikanern gut verstanden; sie kennen die Strategie schon von den US-Konzernen MCI und AT&T.

* Thomas Tilse, Friedrich Pfeffer, Kerstan von Schlotheim.

In Deutschland will sich bislang kaum einer öffentlich festlegen. Bis Ende Januar, wenn das Vodafone-Angebot abläuft, lassen die Investoren beide Seiten ihre Macht spüren.

Einer, der über das Schicksal von Mannesmann mitentscheidet, ist Thomas Meier. Der 28-jährige Fondsmanager von Union Investment, der Fondsgesellschaft der Genossenschaftsbanken, nahm vergangene Woche den Düsseldorfer Vorstand Lars Berg ins Gebet. „Woher kommt das Wachstum? Gibt es wirklich keine Synergien? Sind die strategischen Unterschiede zwischen Mannesmann und Vodafone in Wahrheit nicht eher gering?“, hat Meier den Vizechef von Mannesmann gefragt. Dessen Antworten haben ihn noch nicht überzeugt.

Der junge Geldmanager Meier („Cash is king“) kennt das Gewerbe. Den Daimler-Chrysler-Chef Jürgen Schrempp und den Deutsche-Bank-Vorstand Rolf Breuer haben er und seine Kollegen schon gecheckt, Vorstände von General Motors und British Telecom haben Union Investment bereits besucht. Wenn ihm deren Strategie nicht passt, gibt er das klar zu verstehen. „Ich habe eine wunderbare Auswahl“, erklärt ihnen dann Meier, der weltweit investiert.

Jetzt muss auch Herr Esser noch mal ran. „Wir haben auf einen neuen Termin insistiert“, sagt Meier, „wir haben noch Gesprächsbedarf.“

Und wenn Meier „wir“ sagt, meint er nicht nur sich und seine Kollegen. Sondern über zwei Millionen Anleger, die insgesamt rund 90 Milliarden Mark in die Fonds der Union Investment gesteckt haben. „Das sind meist kleine Volksbankkunden“, sagt Meier, „und die haben nichts zu verschenken.“

FRANK HORNIG

MUSICALS

„Den Stecker gezogen“

Überteuerte Mietverträge, zu viel Personal und Konkurrenten überall: Das Musical-Unternehmen Stella („Cats“, „Phantom der Oper“) steht vor dem vorläufigen Aus. Nur durch eine Pleite kann sich die Firma aus lästigen Verträgen befreien – ein Testfall für das neue Insolvenzrecht.

Am letzten Freitag bekam das Hamburger Amtsgericht Post aus Frankfurt: 29 Insolvenzanträge auf einen Schlag. Das Musical-Unternehmen Stella AG war zahlungsunfähig geworden, und gleichzeitig reichten die Frankfurter Firmenanwälte Insolvenzanträge für 28 Stella-Gesellschaften ein.

Das Unternehmen, das mit acht Musicals 430 Millionen Mark umgesetzt, hat mehr selbständige Tochtergesellschaften als mancher Großkonzern. Insider vermuten in dem Firmengestrüpp 40 bis 50 Betriebe.

Wegen der Aufräumarbeiten habe er seit Monaten kein freies Wochenende, stöhnt Stella-Chef Hemjō Klein, 58, der im März den Sanierungsjob übernahm: „Ich arbeite praktisch rund um die Uhr.“ Den Banken habe er „ein exzellentes Konzept mit exzellenten Mitarbeitern“ vorgelegt, mit allerlei Zukunftsversprechen. Doch Banker orientieren sich gern am Hier und Heute: Der angestrebte Umsatz von 520 Millionen Mark in diesem Jahr liegt um 90 Millionen Mark niedriger als geplant, statt 20 Millionen Mark Gewinn fallen Verluste von knapp 50 Millionen Mark an.

Ende vergangenen Monats weigerte sich die HypoVereinsbank, der Stella-Hauptgläubiger, weitere 29 Millionen Mark herauszurücken, die Klein für den Betrieb seiner Musicals dringend benötigte. Die drohende Pleite, rüffelte das „Handelsblatt“ den Stella-Chef, sei verursacht durch „ein Geflecht aus krassen Fehlentscheidungen, Unflexibilität und falschen Einschätzungen der Märkte“.

Doch als Klein im Frühjahr zur Stella kam, war das Unternehmen bereits schwer angeschlagen. Der Eigentümer Rolf Deyhle hatte die einst üppig sprudelnden Gewinne aus dem Musical-Betrieb in dubiose Immobiliengeschäfte gesteckt. Ein geplanter Börsengang scheiterte zweimal, weil Deyhle störrisch darauf bestand, die Stella sei mehr als eine Milliarde Mark wert. Schließlich musste er im vergangenen Jahr 25 Prozent der Aktien verkaufen und den Rest den Banken verpfänden. Der Aufsteiger Deyhle war abgestürzt.

Seitdem bestimmen die Kreditinstitute. Sie ersetzen den Deyhle-Vertrauten Günther Irmler, einen gelernten Steuerberater,

durch Hemjō Klein – einen umtriebigen Marketing-Experten, der einst als Manager der Deutschen Bahn eine Werbefigur namens „rosaroter Elefant“ erfunden hatte und der dann als Vertriebsvorstand der Lufthansa viel herumwirbelte und wenig bewegte.

Auch bei der Stella fiel Klein durch rastlose Dynamik auf. „Der arbeitet bis zum Umfallen“, sagt ein Mitarbeiter, „und der hat jedem von uns Mut gemacht.“ Er brachte freilich die Stella nicht aus den roten Zahlen.

Klein fand einen aufgeblähten Apparat vor. Auf Vollzeitkräfte hochgerechnet beschäftigt die Stella, inklusive eigener Putzfrauen, knapp 3000 Mitarbeiter für derzeit noch sieben Musicals. Andere Betreiber kommen mit weit weniger Personal aus: Für das Musical „Ludwig II.“, das im April startet, sind 200 Beschäftigte einkalkuliert.

Teure Lizenzverträge, vor allem mit Walt Disney, und hohe Mieten drücken die Erträge. Allein in Stuttgart muss die Stella

für ihre beiden Theater („Miss Saigon“, „Die Schöne und das Biest“) 55 Millionen Mark Jahresmiete zahlen. Der Eigentümer, der Immobilienfonds DLF 94/17, hat der Stella die beiden letzten Monatsmieten erlassen: Geht das Musical-Unternehmen Pleite, fließt für lange Zeit überhaupt keine Miete mehr – die Theater wurden speziell für Musical-Aufführungen konzipiert.

In Duisburg und Essen bringen die beiden Produktionen „Les Misérables“ und „Joseph und seine Brüder“ seit Jahren Verluste. Stella war vertraglich verpflichtet, die Stücke mindestens drei Jahre zu spielen. Zum 1. Advent machte Klein „Les Misérables“ dicht, am 3. Advent wird „Joseph“ die letzte Vorstellung geben. Die beiden Stücke haben der Musical-Company in diesem Jahr einen Verlust von 24 Millionen Mark beschert.

Zudem drängten unabhängige Musical-Betreiber auf den Markt: in diesem Jahr in Bremen („Jekyll & Hyde“), in Köln („Saturday Night Fever“) und in Oberhausen



Demonstration Hamburger Stella-Mitarbeiter*: Wird das Unternehmen jetzt filetiert?

* Auf der Bühne von „Cats“, am 30. November.

(„Tabaluga & Lilli“); im nächsten Jahr wird es zwei weitere Musicals geben. Die Stella, einst Monopolist in ihrer Branche, hat nur noch einen Marktanteil von 50 Prozent.

Obwohl die Auslastung seiner Theater in diesem Jahr weiter sank, drückte Klein

die Kosten um 74 Millionen Mark. „Die operative Sanierung“, vermeldet das Protokoll der letzten Aufsichtsratsitzung vom 22. November, „wurde sehr erfolgreich abgeschlossen.“ Die „Herkules-Aufgabe“, lobt ein Aufsichtsratsmitglied, habe der neue Chef „hervorragend bewältigt“. „Hemjō Klein war auf dem richtigen Weg“, meint auch der Branchenken-

bringen wollte, ist inzwischen keine 100 Millionen Mark mehr wert.

Für einen „zweistelligen Millionenbetrag“, so ein Stella-Aufsichtsrat, wollte Bertelsmann alle Anteile übernehmen. Zwei Aktionäre legten sich quer: Deyhle, der zwar seine Aktien verpfändet hat, aber juristisch Eigentümer ist, und der Fonds DLF 94/17. Die Kapitalsammelstelle hatte im vergangenen Jahr, als Deyhle vor der Pleite stand, 20 Prozent der Aktien übernommen und dafür die Miete für die beiden Stuttgarter Theater von 75 Millionen auf 55 Millionen Mark pro Jahr ermäßigt.

Bertelsmann, so die Forderung, solle ein paar Millionen nachzahlen, wenn nach der Sanierung die Stella wieder Gewinne abwirft. Die Gütersloher lehnten ab. „Da wir nur an ganzheitlicher Übernahme interessiert sind“, wie Bertelsmann-Vorstand Gunter Thielen schrieb, nehme der Konzern „deshalb Abstand von weiteren Übernahmeverhandlungen“.

Bis München scheint die Offerte aus Gütersloh gar nicht gedrungen zu sein. „Ein Angebot von Bertelsmann“, behauptet ein HypoVereinsbank-Manager, „ist niemals bei uns angekommen.“

Andere Interessenten sprangen ab, zu hoch sind die nötigen Investitionen, zu abschreckend sind auch die Lizenz- und Mietverträge, die Rolf Deyhle auf dem Höhepunkt seiner Musical-Erfolge abgeschlossen hatte. Die Mietverträge für die Stuttgarter Theater beispielsweise laufen bis ins Jahr 2019.

Wie so viele andere lehnte auch der Berliner Konzertveranstalter Schwenkow eine Beteiligung an der klammen Firma ab. „Die Stella“, glaubt Schwenkow, „hat nur Überlebenschancen, wenn sie sich nach dem neuen Insolvenzrecht von ihren Altlasten befreit.“ So sei es eigentlich sinnvoll, meint er, „dass die Hypo den Stecker gezogen hat“.

Die Stella, prophezeit ein Branchenkenner, werde nun

„filetiert“: Die erfolgreichen Produktionen bleiben – in Hamburg „Cats“ und „Das Phantom der Oper“, in Berlin „Der Glöckner von Notre-Dame“ und in Bochum „Starlight Express“, der Spitzenreiter im Stella-Imperium. Vielleicht bleibt auch ein Musical in Stuttgart erhalten: „Miss Saigon“ wird dort am 4. Advent zum letzten Mal aufgeführt und soll im April durch den „Tanz der Vampire“ ersetzt werden.

Hemjō Klein hetzt derweil durchs Land und versucht, seine Darsteller – „hoch motivierte Mitarbeiter“ – bei der Stange zu halten. Der notorische Optimist verkündet allen Widrigkeiten zum Trotz: „Bereits im nächsten Jahr machen wir wieder Gewinne.“ HERMANN BOTT, DINAH DECKSTEIN



Stella-Erfolg „Phantom der Oper“: „Exzellente Mitarbeiter“



Klein

M. MAC MATZEN / ACTION PRESS



H. FEJERSÈN / BILD-ZEITUNG



Stella-Flop „Les Misérables“: Seit Jahren nur Verluste

ner Peter Schwenkow, Chef der Deutschen Entertainment AG.

Die HypoVereinsbank war da anderer Ansicht, sie wollte aus ihrem Engagement nur noch raus. Klein, so eine Forderung der Bank, solle einen Investor auftreiben, der mindestens 51 Prozent der Aktien übernimmt.

Das gelang ihm auch. Der Medienkonzern Bertelsmann zeigte Interesse an dem Musical-Geschäft und ließ Wirtschaftsprüfer der KPMG den Wert der Stella ermitteln. Ergebnis: Das Musical-Unternehmen, das Deyhle noch vor zwei Jahren – inklusive seiner damaligen 50-Prozent-Beteiligung an der Kinokette Cinemaxx – nicht unter 1,4 Milliarden Mark an die Börse

Werbeseite

Werbeseite

FILM

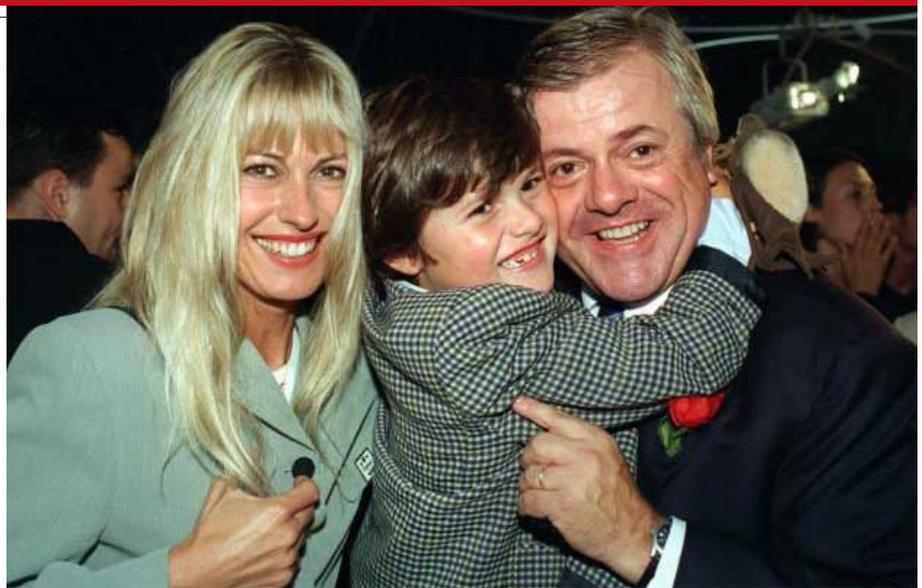
Hollywood goes online

Als erstes Hollywood-Studio vertreibt der Filmriese Universal jetzt einige seiner Produktionen direkt an die Fernsehzuschauer – ohne den Umweg über Zwischenhändler oder TV-Sender. Kunden können online Spielfilme bestellen, die dann über Satellit und Kabel auf das TV-Gerät geschickt werden. Das Gemeinschaftsprojekt mit der Telekommunikationsfirma TelVue startet mit dem Kinohit „Die Mumie“ und einem begleitenden Online-Spiel. Langfristig denken die Universal-Manager daran, ihre Filme bei fortgeschrittener Technik direkt auf die Computerbildschirme zu bringen. Auch andere Studios setzen aufs Internet. So zeigt Warner Brothers eine Comic-Show mit Stimmen von Stars wie Cliff Richard auf ihrer Internet-Seite Entertaimdom.com. Starregisseur Steven Spielberg und sei-



Universal-Film „Die Mumie“

ne Dreamworks SKG riefen – mit 50 Millionen Dollar Starhilfe von Microsoft-Mitgründer Paul Allen – die Firma Pop.com ins Leben, die auf Web-Entertainment spezialisiert ist. Den Branchenriesen haben es Newcomer wie Atom-Films aus Seattle vorgemacht: Als Hit im Netz gilt zum Beispiel der Kurzfilm „Saving Ryan's Privates“, eine Parodie auf Spielbergs „Saving Private Ryan“.



Graeter (mit Familie)

INTERNET

„Wer auf wem“

Klatschkolumnist Michael Graeter, 57, über seine Rückkehr im Internet

SPIEGEL: Unter www.michaelgraeter.de lockt bisher nur ein Foto von Ihnen. Wann wird es interessant?

Graeter: Sobald die Telekom die Technik im Griff hat, gibt es jeden Tag um zehn Uhr drei Seiten. Die erste zum Aufwärmen mit nicht ganz so wilden Nachrichten, auf der zweiten Seite stehen dann die heißen Sachen. Wer auf wem, wer nicht mit wem und so. Einmal anklicken kostet drei Mark – davon geht die Hälfte an die Telekom.

SPIEGEL: Ganz schön teuer für ein bisschen Klatsch, oder?

Graeter: Dafür erfährt man ein paar heiße Geschichten. Außerdem wird die Seite ständig aktualisiert. Wenn ich irgendeine Neuigkeit am Flughafen auf-

schnappe, kann ich die per Direktleitung sofort ins Netz stellen. Damit bin ich aktueller als jede Illustrierte.

SPIEGEL: In Ihrem Tresor sollen noch enthüllende Dossiers über diverse Promis lagern. Werden die jetzt auch veröffentlicht?

Graeter: Warten Sie's ab. Ein paar Exklusivgeschichten habe ich schon in petto. Außerdem kann man mir ja auch Informationen zuspülen, dafür ist das Medium ideal. Es muss nur alles gegengecheckt werden. Gerüchte verbreite ich nicht.

SPIEGEL: Und wer soll auf Ihrer Seite werben? Etwa „Gala“ und „Bunte“, Ihre Konkurrenten im Klatschgeschäft?

Graeter: Bewahre. Lieber sind mir Banner für Luxusgüter: Jil Sander, Prada oder Moët Chandon. Das wird ja eine ganz schicke Adresse.

FERNSEHEN

Phoenix will aufsteigen

Mit neuer Optik und veränderten journalistischen Konzepten treten ARD und ZDF mit ihrem „Ereigniskanal“ Phoenix gegen die privaten Sender n-tv und N24 an. So werden voraussichtlich im März 2000 am unteren Bildschirmrand zwei Textzeilen laufen: Erklärungen zur laufenden Übertragung sowie aktuelle News vom Ticker, mit Hinweisen zum neuen Phoenix-Inter-

net-Angebot. Spätestens im Jahr 2001 soll der Spartensender, dessen Marktanteil im 3. Quartal bei 0,3 Prozent lag, n-tv (Marktanteil: etwa 0,7 Prozent) überholt haben. Bereits jetzt werben in der ARD Spots zur besten Sendezeit kurz vor der „Tagesschau“ („Politik und Wirtschaft live, 24 Stunden“) für den Mini-Sender. In Zukunft will Phoenix mehr „Thementage“ bringen, etwa zum Klima oder zur Parteienfinanzierung. Außerdem sind mehr Reportagen geplant, beispielsweise mit Peter Scholl-Latour zur Lage auf dem Balkan.



Phoenix-Homepage

Schein und Zeit

Unser Leben währet 70 Jahre, wussten die Psalmisten, wenn's hoch kommt, 80. Aber was ist mit dem Leben in Fernsehserien? Die Bibel schweigt.

Leider, denn diese Frage wird immer drängender, je mehr sich real existierende Realität und Bildschirmrealität vermengen. Um es gleich zu sagen: Das wirkliche Leben eines Menschen von der Wiege bis zur Bahre ist nicht fernsehtauglich. Es hat den Nachteil, dass es unwiederbringlich in der Zeit fortschreitet und nicht stehen bleiben kann. So was mögen die Gesetze des Fernsehens nicht.

Nehmen wir die wöchentliche Soap „Lindenstraße“: Die startete vor 14 Jahren. Damals existierte eine gesunde, repräsentative Altersstruktur: Familie Beimer, noch ungeschieden, mit kleinen Kindern. Drum herum ein paar Alte, ansonsten viele gleichaltrige Erwachsene. Doch die Zeit verging. Beimers Kinder wurden erwachsen, Beimers selbst geschieden und mittelalterlich, die Alten greisig.

Dramaturgisch redlich, aber zuschauerpolitisch letztlich falsch, konzentrierte sich die ARD-Soap darauf, die Protagonisten auf ihrer Reise durchs Leben zu begleiten. Die „Lindenstraßen“-Macher versäumten, neue Figuren einzuführen, mit denen sich bestimmte Lebenspassagen noch einmal erleben ließen. Junge Zuschauer, die heute zu der Serie stoßen wollen, finden zu wenig Pubertierende und deren Probleme – es ist ja schon dran gewesen.

Paradox, aber unvermeidlich: Wenn eine Serie ihren Helden treu bleibt und das Leben in seiner ganzen 70- bis 80-Jährigkeit abbildet, geht sie unter. Beimers im Altersheim und noch immer im Mittelpunkt – unvorstellbar.

Serien müssen ständig Identifikationsanreize für Nachwuchsende bieten: Erste Liebe zum ersten, zum zweiten, zum Erbrechen. Serienstars sollten forever young bleiben. Der Serienlebenssinn: Immer kommt alles immer wieder. Die Serien-Theologie: Unser Leben währet 70 Jahre, und es muss 70-mal von vorne anfangen. Die Bibel ist dagegen ein mildtätiges Buch.

TV-Marktanteile im November in Prozent	Veränderung gegenüber Oktober
RTL 14,3	-1,1
ZDF 13,4	+0,4
ARD 13,4	+0,3
ARD 3. Programme 12,4	+0,2
SAT.1 10,4	+0,1
PRO7 8,6	±0
tv3 1,6	+0,1

Quelle: AGF/GfK
DER SPIEGEL

PROGRAMME

Ohne Schumi keine Quoten

Im November hat RTL deutlich Marktanteile eingebüßt. Durch die Pause der Formel-1-Rennen mit Michael Schumacher verlor der Kölner Sender besonders bei den Quoten am Wochenende, liegt aber mit 14,3 Prozent immer noch vor den öffentlich-rechtlichen Sendern. Der ehemalige Frauensender TM 3 schaffte trotz Champions-League nur einen Marktanteil von 1,6 Prozent. Andere kleinere Sender lagen im November deutlich über TM 3: Kabel 1 bei 6, RTL 2 bei 4,2 und Vox bei 2,9 Prozent.

HÖRBUCH

„Gut, wenn man keine Ahnung hat“

Ulrike Folkerts, 38, über zehn Jahre „Tatort“-Erfahrung und ihren Erfolg als Vorleserin



Folkerts

SPIEGEL: Frau Folkerts, Sie sind zehn Jahre „Tatort“-Kommissarin – doch ausgezeichnet wurden Sie jetzt als Vorleserin eines Hörbuchs für Kinder.

Folkerts: Das ist paradox, hat mich aber sehr gefreut.

SPIEGEL: Kam der Hörbuch-Preis überraschend?

Folkerts: Absolut. Ich habe das zum ersten Mal gemacht, während ich als Kommissarin Routine habe. Offenbar gelingt eine Sache manchmal besser, wenn man keine Ahnung davon hat – jedenfalls, was die Preise angeht.

SPIEGEL: Wie sind Sie dazu gekommen, als Vorleserin zu arbeiten?

Folkerts: Ich erhielt einen Anruf von dem kleinen Hörbuch-Verlag „Uccello“. Die hatten mich in einer Talkshow erlebt, wo ich gesagt habe, dass ich neben der Kommissarin noch Lust hätte, etwas anderes auszuprobieren. Ich habe mir den Roman, die Familiengeschichte „Als die Steine noch Vögel waren“ von Marjaleena Lembcke, schicken lassen, und der hat mir gut gefallen.

SPIEGEL: Sie erzählen auf Hörkassetten Geschichten, tragen Sie sich mit Ge-

danken, der Rolle als TV-Kommissarin zu entfliehen?

Folkerts: Ich habe mir keine Frist gesetzt. Die neuen Drehbücher sind gerade besonders gut, und ich arbeite gern mit den Kollegen zusammen. Im Übrigen wäre ich noch fünf Jahre Kommissarin – auch wenn ich heute aufhören würde.

SPIEGEL: Haben Sie noch ein weiteres Hörbuch gemacht?

Folkerts: Ja, einen Roman von derselben Autorin: „Und dahinter das Meer“. Es geht um eine 15-Jährige, schwer in der Pubertät, die mit dem Vater eine Reise macht. Natürlich gibt

es auch eine Liebesgeschichte dabei, zentral ist aber das Vater-Tochter-Verhältnis.

SPIEGEL: Hat Sie das an eigene Erfahrungen erinnert?

Folkerts: Ich erinnere mich an Urlaube mit den Eltern – an eine spezielle Reise mit meinem Vater nicht. Den mal für mich zu haben, hätte ich mir gewünscht.

SPIEGEL: Ist das nicht nachzuholen?

Folkerts: Mein Vater lebt zwar weit weg, aber eine gemeinsame Wanderung könnten wir vielleicht noch auf die Reihe kriegen.

Vorschau

Einschalten

Der Revisor

Dienstag, 20.45 Uhr, Arte

Live aus der Comédie-Française: Jean-Louis Benoît's glanzvolle Inszenierung des Gogol-Stücks über die Angst vor dem inspizierenden Störenfried aus Sankt Petersburg und die Betrugsmanöver eines falschen Revisors. Gelobt wurde vor allem der ergreifende Schluss des Stücks, wenn die junge Maria Antonowna im weißen Hochzeitskleid einsam schluchzend auf der dunkel gewordenen Bühne zurückbleibt. Die „sehr menschliche“ („FAZ“) Botschaft dieser Inszenierung: Jede Korruptionsaffäre hat am Ende ihr unschuldiges Opfer.

Die Braut

Mittwoch, 20.15 Uhr, ARD

Sigrid Damm's historische Rekonstruktion einer ungleichen Liebe mit dem Titel „Christiane und Goethe“ steht noch immer in den Bestsellerlisten für Sachbücher. Auch der Ex-Defa-Regisseur Egon Günther („Lotte in Weimar“, „Die Leiden des jungen Werther“) nähert sich dieser Beziehung, sein Film weckt Verständnis für die sozial unter Goethe stehende Frau, ohne den Dichter zu desavou-

ieren. Es gibt etliche prächtige Bilder des Kameramanns Peter Brand und starke Szenen: Eindrucksvoll, wie die verbitterte Frau von Stein (Sibylle Canonica) mit einer Beschwerde über Goethes Lotterleben beim Herzog (Christoph Waltz) abblitzt – gekränkter Frauenstolz vor Königsthronen. Herbert Knaup vereint als Großdichter Melancholie mit Männlichkeit: ein verträumter, umwölker, selbst noch bei der körperlichen Liebe abgelenkt wirkender Poetengott aus anderen Sphären. Vor allem aber Veronica Ferres, oft als belangloser Schmolmund geschmäht, zeigt den herrlichen Eigensinn unbeirrbarer Liebe.

Weihnachtsfieber

Freitag, 20.15 Uhr, Pro Sieben

TV-Moderatorin Charlotte (Barbara Auer) ist eine typische Medienfrau: schön, hochfahrend und tief drinnen einsam. Als sie – vom Lover im Stich gelassen – vor dem deutschen Weihnachten in den Urlaub fliehen will, begegnet ihr der nervende Oberspieß Fritz (Uwe Ochsenknecht), in dem ein Loser steckt. Wie es diesem Unsympathen gelingt, die Widerspenstige zu zähmen und aus Feindschaft Liebe werden zu lassen,



Auer, Ochsenknecht in „Weihnachtsfieber“

zeigt die TV-Komödie (Regie: Paul Harather) unverkrampft und heiter. Besonders Barbara Auer darf alle Gefühlsregister ziehen.

Ausschalten

Mallorca

Montag, 19.00 Uhr, Pro Sieben

Thomas ist empört, Rolf will nicht ins Geschäft einsteigen, Julia hat einen zweiten Verehrer, in China fällt ein Sack Reis um. Selbst die härtesten TV-Ballermannen sind froh, dass mit dieser Soap nun bald Schluss sein wird.

Verliebt in eine Unbekannte

Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Cecilia Kunz präsentiert sich als liebenswerte Schauspielerin, gelockt, volllippig, mit italienischen Gefühlsausbrüchen. Doch leider ist das schon alles, was sich positiv über diese Liebeskomödie (Buch: Thomas Kirdorf, Regie: Gabriel Barylli) sagen lässt. Die Geschichte vom freundlichen Betrüger (Heio von Stetten), der nach



Kunz, Stetten in „Verliebt in eine Unbekannte“

einem Autocrash gegenüber seiner Unfallgegnerin (Kunz) den Gedächtnisgestörten simuliert, um die Versicherungspremie zu kassieren, wirkt zusammen-

gezimmert. Vor allem fehlen Tempo, Witz und Überraschung. Dem Geturtel bis zum süßen Ende zuzuschauen ermüdet.

Schneewittchen

Freitag, 20.15 Uhr, RTL 2

Eine der ältesten Spiegelstories, die Geschichte von der bösen Stiefmutter (Sigourney Weaver), die sich bei ihrem Ebenbild erkundigt, ob sie noch die Schönste im ganzen Land sei. Regisseur Michael Cohn hat das Grimmsche Märchen für diesen Film (USA 1996) mächtig brutalisiert: Schneewittchen (Monica Keena) bekommt von den sieben Zwergen sexuelle Avancen, sein Vater wird gekreuzigt. Die alternative „taz“ fühlte sich in einen Alien-Film versetzt und sah sich wie behext von Fortsetzungen bedroht: „Schneewittchen 4 – Die Rückkehr“.

UNTERNEHMEN

Ein Schuss Größenwahn

Im Zusammenspiel mit dem Kirch-Konzern stieg Thomas Haffa zum Börsenstar auf, seine Firma EM-TV ist inzwischen fast so viel wert wie die Lufthansa. Nun aber wächst die Zahl der Kritiker, erste Misserfolge schleichen sich ein. Geht es bald bergab mit Haffa?

Es war, wie immer, eine perfekte Show: die schnellen, grellen Filme mit Eigenwerbung auf der Leinwand, der riesige Saal des Münchner Messezentrums mit über 3000 Besuchern, die Bilanz voller tausendprozentiger Steigerungen.

Messianisch breitete Thomas Haffa, 47, zum Schluss der Jubel-Hauptversammlung seiner Firma EM-TV die Arme aus. „Vor uns liegt der Weltmarkt“, verhiß der Vorstandschef mit den stahlblauen Augen und dem ewigen Lächeln.

Die Aktionäre applaudierten noch mal begeistert dem Mann, der sie reicher und reicher machen soll. Altgesellschafter, die im Oktober 1997 beim Börsenstart von EM-TV nur 5500 Mark investierten, sind inzwischen zu Millionären geworden.

Die Zeit solch märchenhafter Sprünge ist allerdings vorbei, die Strahlkraft der

Aufsteigerfirma wird schwächer. Inzwischen mehren sich die Bedenken, ob der triumphale Siegeszug des Vorzeigeunternehmens am Neuen Markt noch lange anhält. Plötzlich zweifeln auch gestandene Banker, ob der Markt für Kinder- und Jugendprogramme, das Stammgeschäft von EM-TV, groß genug ist – und wohin die Reise des Herrn Haffa überhaupt führt.

Monat für Monat war der Aktienkurs von EM-TV in atemberaubende Höhen geklettert. Immer mehr Fonds und Großinvestoren aus dem In- und Ausland orderten das Papier, und das Management fütterte die Euphorie mit allerlei Erfolgsmeldungen. Resultat: Das Unternehmen mit rund 220 Mitarbeitern und voraussichtlich 325 Millionen Mark Umsatz in diesem Jahr wird an der Börse mit sagenhaften 15 Milliarden Mark bewertet.

Gemessen am Aktienkapital liegt die Filmhandels- und Produktionsfirma aus München-Unterföhring damit weit vor Branchengrößen wie dem Springer Verlag.

Selbst der amerikanische Walt-Disney-Konzern, mit dem sich Haffa gern vergleicht, erscheint gegen das bayerische Unikum krass unterbewertet: Obwohl die Amerikaner 100-mal mehr umsetzen, sind sie an der Börse nur siebenmal mehr wert.

In der verrückten deutschen Börsenwelt ist die kleine EM-TV mittlerweile fast genau so viel wert wie die große Lufthansa, die mit 55 000 Mitarbeitern knapp 23 Milliarden Mark Jahresumsatz schafft.

Solche Vergleiche kontert das EM-TV-Management gern mit einem Schuss Größenwahn. Es sei „noch sehr viel Luft drin im Wachstum“, erklärt Finanzvorstand Florian Haffa, 34, der jüngere Bruder und

Aktionärsliebhaber Haffa: Mit schrillum Marketing und jugendlichem Charme ein Riesenpublikum begeistert

J. OBERHEIDE



Stellvertreter des Firmenchefs. In der Finanzszene ist man skeptischer, neuerdings zumindest. Das sei eine „Luftnummer“, sagt der Analyst einer Frankfurter Großbank. Die Haffas verstünden es sehr gut, „ihr Unternehmen in der Öffentlichkeit zu verkaufen“, erklärt TV-Konkurrent Albert Schäfer, Chef des Kinderkanals.

Viele Finanzprofis der Banken und Investoren setzen zwar nach wie vor unverdrossen auf EM-TV – doch auch unter ihnen macht sich Unbehagen breit. Die Schar der Börsianer teilt sich in „Believer“, die an Haffa glauben, und Kritiker, die argwöhnisch sind.

Schon seit Wochen stuft die DG Bank die Erfolgsaktie beharrlich auf „Reduzieren“ – die Anleger sollten besser verkaufen. Intern rechnen die DG-Banker vor, dass EM-TV in drei Jahren fast vier Milliarden Mark umsetzen und rund 600 Millionen Mark Gewinn machen müsste, um die irrwitzig hohen Börsenkurse zu rechtfertigen. Wie soll das gelingen?

Für viele Medienprofis mutet die Haffa-Story ohnehin wie eine übersinnliche Erscheinung an. „Entweder das ist ein echtes Wunder oder die größte Seifenblase, die die Welt je gesehen hat“, sagt Ex-RTL-Chef Helmut Thoma.

Bisher ist es den EM-TV-Machern immer wieder gelungen, die Schar der Kleinaktionäre und Großinvestoren bei Laune zu halten. Mit schrillum Marketing und jugendlichem Charme hat Haffa sein Publikum im Griff. Unentwegt ortet er riesige Wachstumspotenziale und verbreitet wohlige Zuversicht: Er schwärmt vom „Klassiker Zeichentrick“, von über 20 internationalen Co-Produktionen wie der neuen ZDF-Serie „Flipper & Lopaka“, vom Digitalfernsehen mit 500 Kanälen, vom Boom des Expo-Maskottchens „Twipsy“, von glänzenden Perspektiven im E-Commerce und von einer eigenen Ladenkette für Spielzeug.

Doch so weltläufig sich Haffa auch gibt – die wesentlichen Geschäfte macht er mit einer einzigen Person: dem Münchner Medienunternehmer Leo Kirch, 73. Der TV-Pionier hatte ihn 1979 entdeckt („Du gehörst zu mir!“) und bis 1989 als Geschäftsführer beschäftigt.

Die alten Bekannten haben eine raffinierte Geldbeschaffungsmaschine konstruiert, die einen Schluss zulässt: Hinter dem Geheimnis Haffa verbirgt sich das Geheimnis Kirch. Beide treiben fleißig Handel miteinander, verkaufen sich gegenseitig TV-Rechte und Firmenanteile und puschen so



Haffa-Serie „Flipper & Lopaka“: „Vor uns liegt der Weltmarkt“



Umsätze und Betriebswerte. Am Ende bezahlt die Börse den Kreisverkehr.

Die wundersame Geldvermehrung begann vor einem Jahr. Damals verkaufte Kirch, der durch Großinvestitionen im Pay-TV in Nöte geraten war, dem Zögling für 500 Millionen Mark die Hälfte seiner gesamten Bibliothek an Kinder- und Jugendfilmen. Der Bestand ist inzwischen auf über 28 000 Halb-Stunden-Episoden gewachsen. Die Aktivitäten legten die Partner im Joint Venture „Junior TV“ zusammen – unter diesem Namen sollen die Programme überall auf der Welt zu sehen sein.

Den Auftakt im deutschen Free-TV macht – wen wundert es – ein Kirch-Sender. Ab 8. Januar 2000 spielt Sat 1 jede Wo-

che zunächst zehn Stunden „Junior TV“, meist am Wochenende.

Haffa kassiert von Sat 1 – über fünf Jahre – genau 201 Millionen Mark für 6000 Produktionen, darunter die Evergreens „Tom & Jerry“, „Familie Feuerstein“, „Schweinchen Dick“ und die Neu-Serie „Regenbogenfisch“. Vom Verkaufserlös hat er stolze 125 Millionen Mark bereits in die aktuelle Bilanz eingestellt.

Es sei gelungen, die Rechte für nur eine Ausstrahlung zu vergeben, schwärmten die Haffa-Brüder auf der Hauptversammlung, danach könne EM-TV die Filme schnell an andere verkaufen.

Das war wohl ein wenig geflunkert. In Wahrheit ist Sat-1-Chef Fred Kogel mit weitgehenden Optionsrechten Herr des Verfahrens. In dem 50-Seiten-Vertragswerk mit EM-TV wird der Sender als „bevorzugter Partner“ („preferred partner“) geführt. Demnach muss Haffa bis Mitte eines jeden Jahres eine Vorschlagsliste mit Programmen für das folgende Jahr vorlegen – Kogel entscheidet sich dann frei, gegebenenfalls auch für Wiederholungen. Die Kosten sind für die Sendeplätze genau festgelegt, von 10 000 Mark für die „Schlumpfe“ (Samstagsmorgen, 6.30 Uhr) bis zur Kultserie „Simpsons“ am Nachmittag mit 70 000 Mark. „Ein für uns perfektes Geschäft“, sagt der Sat-1-Chef, seine Planer rechnen mit rund 300 Millionen Mark Werbeeinnahmen im Jahr.

Durch den Deal freilich ist das Material für andere Sender weitgehend uninteressant. Große Umsätze kann EM-TV daraus im deutschen Fernsehen kaum erwarten. Es bereite „ein bisschen Sorge, dass ein Großteil der Mehrerlöse von EM-TV aus dem Sat-1-Geschäft stammt“, kommentiert Klaus Schneider von der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre.

Weiteres Manko: Der Firma fehlen die Free-TV-Rechte für „Junior“-Hits wie die „Biene Maja“, die in alle Ewigkeit beim ZDF summt. Der Mainzer Sender verfügt außerdem bis mindestens 2005 über die Astrid-Lindgren-Filme („Pippi Langstrumpf“) sowie über „Heidi“, „Wickie“ und „Tabaluga“. Nur für das Pay-TV, internationale Verkäufe und das vom Erlöspotenzial beschränkte Merchandising hält Haffa Rechte an diesen Serien.

Seinen angekündigten Expansionsdrang wird EM-TV wohl kaum im heimischen Kinderfernsehen austoben können. Das Volumen ist mit 500 Millionen Mark für Deutschland und 900 Millionen für Europa viel zu gering. Zudem denken die



TV-Unternehmer Kloiber (r.), Partner*: „Noch sehr viel Luft drin im Wachstum“

Dänen, die Schweden und die EU-Kommission über ein Werbeverbot im Umfeld von Kindersendungen nach – dann würden Kommerzsender wie Sat 1 als Kunden ausfallen.

Dieser Falle will Haffa mit einem mutigen Sprung auf den US-Markt entgehen, wo sich Mediengiganten wie Disney, Warner („Bugs Bunny“), Saban („Power Rangers“) und Viacom harte Quotenkämpfe liefern. Seit Monaten raunt der EM-TV-Chef von intensiven Verhandlungen mit einem US-Produktionsstudio, angeblich koste die Übernahme höchstens 500 Millionen Mark. „Der kann nur überleben, wenn er Disney kauft“, sagt Kritiker Thoma.

Haffa hat sich auf einen irrwitzigen Wettlauf eingelassen: Der nächste Deal muss schneller sein als der Börsenkurs. Er kauft Umsätze im Rekordtempo dazu, solange ihm die Aktionäre wohl gesinnt sind.

Im August erstand der TV-Profi, der mit Kirchs Stellvertreter Dieter Hahn gut vertraut ist, 25 Prozent der bekannten, aber defizitären Filmfirma Constantin („Der bewegte Mann“). Vorstandschef Bernd Eichinger hatte die Auswertung der attraktiven TV-Rechte seiner Produktionen gegen wenig Geld dem Mitgesellschafter Kirch übertragen – und blieb so auf hohen Kosten sitzen. Trotzdem zahlte EM-TV 125 Millionen für den Wackelkandidaten, ein gut Teil des Geldes floss erneut an Kirch. Und mit der Galionsfigur Haffa konnte Constantin leicht an die Börse gehen.

Wenig später kaufte EM-TV auch noch 45 Prozent der Tele-München-Gruppe des Filmhändlers und Ex-Kirch-Managers Herbert Kloiber. Dafür zahlte Haffa 800 Millionen Mark; der Konzern CLT-Ufa hatte zuvor Kloibers gesamten Filmstock („Notting Hill“) mit nur 600 Millionen bewertet.

* EM-TV-Marketing-Vorstand Franz Prinz von Auersperg, Ursula Kloiber und Thomas Haffa.

Das Geld holte sich EM-TV erneut an der Börse. Eine Kapitalerhöhung brachte 955 Millionen Mark. Eine geplante Anleihe aber, die später in Aktien getauscht werden sollte, musste auf Bankenwunsch verschoben werden. Nur jedes zweite Papier war verkäuflich, offenbar hatten sich die Investoren mit dem Ankauf der neuen Aktien verausgabt. Das Finanzierungsloch von einer Milliarde gleicht eine Bankengruppe



Kirch-Manager Hahn
Kreisverkehr des Geldes

mit Krediten aus und bereitet eine neue Anleihe vor. „Wir kommen mit einem lachenden und einem blauen Auge weg“, glaubt Florian Haffa. Für seinen großen Bruder haben die anderen Schuld, nicht EM-TV. „Einem Banker fliegen die Dinge zu“, sagt Thomas Haffa ironisch, „Banken haben nicht gelernt zu verkaufen.“

Das kann Haffa zweifellos – vor allem sich selbst. Medienwirksam schwärmt er von einem geplanten Treffen mit Bill Gates. Microsoft brauche Inhalte, EM-TV Verbreitungswege. Schon sieht er seine Firma auf dem Weg zum „integrierten Medienkonzern“ mit Weltgeltung.

Das klingt, als solle der Kirch-Konzern noch einmal erfunden werden.

HANS-JÜRGEN JAKOBS

Werbeseite

Werbeseite

TV-TECHNIK

Freundliche Revolution

Ein unscheinbares Gerät krepelt das Fernsehen um: Digitale Videorecorder machen das TV-Programm austauschbar.

Eines nicht allzu fernen Tages werden Enkelkinder mit großen Augen den Erzählungen des Opas lauschen. „Was, ihr habt damals jeden Abend um acht vor der Glotze gesessen, weil da die Nachrichten kamen?“, werden sie ungläubig fragen. Wenn sie größer sind, werden sie den Duden aufschlagen und das merkwürdige Wort „Sendezeit“ zwischen den Einträgen „Semiotik“ und „senil“ suchen.

Noch weiß keiner, wie man die praktischen Boxen nennen soll, die das Fernsehen von Grund auf umkrepeln. „PVR“, für „Personal Video Recorder“, sagen die Marktforscher; vom „TV-Proxy“ sprechen die Techniker; „MediaTV“, „TV-Server“ und „Personal TV Receiver“ haben die Firmen ihre Kreationen getauft.

Das Funktionsprinzip ist stets dasselbe: PVR wandeln die Bildsignale, die über Antenne, Kabel oder Satellit ins Haus strömen, in digitale Daten um und speichern diese auf einer Festplatte, wie sie auch im Computer ihren Dienst tut.

Auf den ersten Blick wirkt das wie die etwas modernere Variante des altbekannten Videorecorders, doch der Schein trügt: Sind die Fernsehbilder erst auf der Festplatte gespeichert, wird das Programm zum allzeit verfügbaren Rohstoff. Was wann läuft, bestimmen die Zuschauer, nicht mehr die Programmchefs der Sender.

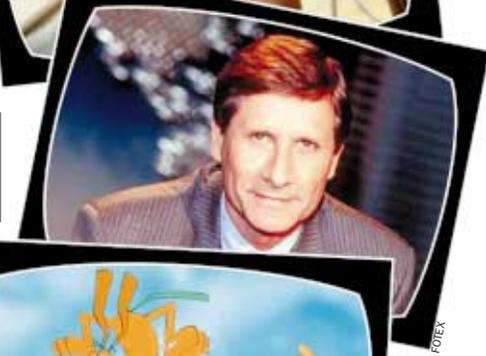
Die amerikanische Firma TiVo gibt der Revolution ein betont freundliches Gesicht. Auf dem Bildschirm erscheint ein kleines Fernseherchen mit tapsigen Cartoonbeinchen und Antennenfühlern. Aufmunternd wackelt das TiVo-Maskottchen mit den

Hüften und schlenkert sacht mit den Fühlern, als wolle es sagen: „Na komm, drück einen Knopf, es wird schon nicht schief gehen.“

Tatsächlich ist der Umgang mit der Box, nach all den traumatisierenden Erfahrungen mit dem Programmieren von Videorecordern, denkbar einfach. Denn PVR liefern ihren eigenen komfortablen Programmführer gleich mit.

Die TiVo-Box nimmt jede Nacht per Telefonleitung Kontakt zu einem Zentralrechner auf und lädt binnen weniger Minuten die aktuellen Programmdateien aller verfügbaren Fernsehsender für die nächsten zwei Wochen in den Speicher. Der Bildschirm zeigt ein übersichtliches Menü mit den Namen der Sendungen, auf Knopfdruck erscheinen Zusatzinformationen, etwa eine kurze Inhaltsangabe oder die Namen der Schauspieler. Ein weiterer Knopfdruck merkt die Sendung zur Speicherung vor.

Für den Anfänger am verblüffendsten ist, wie ein PVR das Ansehen von Live-TV verändert. Der dienstbare Geist zeichnet nämlich auch das laufende Programm auf der Festplatte auf. Klingelt das Telefon oder wird der Drang nach frischem Bier oder Chips übermächtig, lässt sich das Fernsehprogramm einfach anhalten. Auf den Sessel zurückgekehrt, kann der Zuschauer im Schnelldurchlauf das Verpasste nachholen oder die Sendung einfach zeitversetzt zu Ende gucken. Knöpfe für Standbild und Zeitlupe auf der Fernbedienung ermögli-



Digitales Wunschprogramm Fernsehen von der Festplatte

Das persönliche TV-Angebot lässt sich auf unterschiedliche Weise zusammenstellen:

Programmführer

Auswahl einzelner Sendungen



Wunschzettel

Auswahl nach Interessengebieten



Archiv

Digitalisieren und Speichern der gewünschten Sendungen



Auf der Festplatte des digitalen Videorecorders ist Platz für ca. 30 Stunden Fernsehen. Alte Sendungen werden wieder gelöscht.



DER SPIEGEL

chen es zudem, Höhepunkte noch einmal im Detail zu betrachten.

„Seit ich TiVo zu Hause habe, sehe ich gar kein Live-TV mehr“, schwärmt Philips-Manager Daan van Schooneveld. Der niederländische Elektronikkonzern hat sich mit der kleinen Start-up-Firma verbündet. Seit einigen Monaten stehen TiVo-Recorder mit dem Markennamen Philips als „Personal TV“ in amerikanischen Läden. Schooneveld ist sich sicher: „Diese ersten Geräte sind nur die Spitze eines Eisbergs.“

Die Technik hat ein hohes Suchpotenzial, sie bietet die Sendungen nach Sparten sortiert an, wie „Action“, „Natur“ oder „Sport“, und sie überrascht mit einem persönlichen TV-Programm: Mittels einer grünen Taste mit nach oben weisendem und einer roten mit gesenktem Daumen kann der Zuschauer dem Gerät mitteilen, ob ihm die gerade konsumierte Sendung gefallen hat oder nicht.

TiVo macht sich so mit der Zeit ein Bild von den Vorlieben seines Besitzers und füllt die Festplatte auf Verdacht mit Sendungen, die dazu passen könnten, etwa weitere Fußballübertragungen mit der Lieblingsmannschaft, andere Sendungen mit den gleichen Schauspielern oder Filme mit ähnlichem Thema.

„TiVo ist wie ein Kühlschrank mit Lieblings Speisen. Wenn mir danach ist, mache ich ihn auf und suche mir was aus“, meint Christian Lake von Philips. Rund zehn Dollar kostet der TiVo-Service pro Monat.

Die Vorstellung, dass sich die Zuschauer aus der Rolle des Medienkonsumenten befreien, sorgt in den Chefetagen der US-Fernseher bereits für Unbehagen: Was wird aus den Hauptsendezeiten, der heiß umkämpften „Prime Time“, wenn jeder zu Hause sein eigenes Programm zusammenstellt? Vor allem aber: Was wird aus den Werbemilliarden, wenn sich der Werbeblock mit der Fast-Forward-Taste in Sekunden überspringen lässt?

Plötzlich haben die Anbieter der elektronischen Programmführer die Macht über die Platzierung der Top-Sendungen.

Womöglich könnten die Boxen gar eigene Werbespots von der Festplatte in die Programme schmuggeln. Was wird aus den bislang minutengenau erhobenen Einschaltquoten? Sind am Ende Fernsehsender nur noch gesichtslose Transportkanäle, durch die Futter für die Digitalboxen strömt?

Dem TiVo-Konkurrenten „Replay“ drohte eine Interessengemeinschaft von Mediengiganten wie Time Warner und Disney eine Klage an. Wenig später investierte ein Konsortium ebendieser Firmen rund 100 Millionen Mark in Replay.

Zufall oder sanfter Druck? Keine der Broschüren von Replay erwähnt mehr den 30-Sekunden-Sprung-Knopf auf der Fernbedienung, der Werbung im TV-Programm mit einem einzigen Tastendruck killt. „Wir haben überhaupt nichts gegen Werbespots“, beteuert Replay-Sprecher Jim Plant, „sie sind ein wichtiger Bestandteil des Free-TV.“



Zahn, „TV-Server“: „Kühlschrank mit Lieblings Speisen“

Auch Sony will demnächst TiVo-Boxen bauen, Rivale Matsushita vertreibt Replay-Geräte unter dem Markennamen Panasonic. Die Microsoft-Tochter WebTV, bislang mit Internetboxen für den Fernseher nur mäßig erfolgreich, hat Recorderfunktionen für die nächste Gerätegeneration angekündigt.

Dank der enormen Speicherkapazität moderner Festplatten rückt nun auf einmal das Versprechen vom Wunsch-TV auf Knopfdruck in greifbare Nähe. Jahrelang haben Medien- und Telekommunikationskonzerne gewaltige Summen in aufwendigen Pilotprojekten zum „Video-on-demand“ versenkt, doch die komplexe Technik mit monströsen Zentralrechnern und teuren Glasfasernetzen für den Datentransport erlangte nie Praxisreife.

Die digitalen TV-Speicher zu Preisen zwischen 500 und 1000 Dollar hingegen fassen schon jetzt bis zu 30 Stunden Pantoffelkino. Aus einem Bouquet von 100 Kanälen findet auf diese Weise immer irgendetwas Schmackhaftes den Weg auf die Festplatte. Fasziniert berichtet ein TiVo-

Rezensent, er habe den kleinen grünen Daumen für die Korea-Satire „Mash“ gehoben – am nächsten Tag war seine Festplatte mit 10 Stunden „Mash“ gefüllt. Die Speicherbox hatte die Folgen auf diversen Kanälen zusammengeklaut.

Die Marktforscher sind sich einig: Persönliches Fernsehen wird ein Milliardenmarkt. Die Kirch-Tochter Beta Research hat ein Gemeinschaftsprojekt mit Philips und TiVo gestartet. In die „d-box“ eingebaut, könnte die Technik das bislang dahindümpelnde Pay-TV-Angebot von Premiere World aufmöbeln. Bisher muss der Kunde einzelne Spitzenfilme umständlich per Telefon freischalten und dann auf deren Sendung harren. Künftig könnte der Kanal Topware aus Hollywood nächtens verschlüsselt auf die Festplatte schaufeln und mit Bezahlungen und Gucken auf Knopfdruck locken.

Zwei Firmen wollen bis Mitte nächsten Jahres eigene PVR-Geräte auf den deut-

schsen Markt bringen. Axcent aus Paderborn entwickelt „MediaTV“, einen Empfänger für digitales Fernsehen mit integrierter Festplatte. „Wir bauen sonst Videoanlagen für Hotels“, erklärt Geschäftsführer Ulrich Rozek, „MediaTV ist das gleiche in klein.“ Vermutlich werden verschiedene Hersteller die Technik in digitale Satellitenempfänger einbauen, die dann nur wenige hundert Mark teurer als bisherige Geräte sein dürften.

Die Münchner Firma Fast Multimedia AG, erfahren im Geschäft mit

Systemen für die digitale Videobearbeitung, hat erst im Sommer eine eigene Tochter namens Fast TV Server AG gegründet. „Für diese Geräte gibt es noch gar keinen Gattungsbegriff“, meint Vorstand Matthias Zahn, „aber unsere Zielgruppe wird mit dem Wort Server etwas anfangen können.“

Der erste TV-Server wird ein High-End-Gerät im edlen Design für rund 5000 Mark (dafür aber frei von einer Monatsgebühr) sein. Als besonderer technischer Leckerbissen kann ihn sein Besitzer von jedem PC der Welt aus über das Internet fernprogrammieren. Ende nächsten Jahres dürften billigere Gerätevarianten folgen. „In zwei bis drei Jahren kosten die Systeme unter 1000 Mark, in fünf Jahren ist die Technik im Fernseher eingebaut“, glaubt Zahn.

Er hat in den letzten Monaten mit vielen TV-Verantwortlichen gesprochen, doch die, musste er feststellen, sehen sich das ganze erst mal an und warten ab. „Die scheinen noch gar nicht zu wissen, was auf sie zukommt“, wundert er sich. JÜRGEN SCRIBA

Heimkino

Abrufen der aufgezeichneten Sendungen, Unterbrechen und Wiederholen von Live-TV

Aufzeichnen	Abspielen
Nachrichten	
Action	
Erotik	
Comedy	▶ Harald Schmidt Show 7.12.99
	Freitag Nacht News 8.12.99
	Ritas Welt 9.12.99
	7 Tage – 7 Köpfe 10.12.99

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

PRIVAT-TV

Der Vater des Handymörders

Mit knalligen Titeln kämpft der Programmplaner von Sat 1 um gute Quoten – nicht immer zur Freude von Produzenten und Schauspielern.

Der Kampf um den „Handymörder“ war besonders hart. In stundenlangen Sitzungen hatte Volker Szezinski versucht, seine Kollegen von dem schaurigen Titel zu überzeugen. Hin und her wurde argumentiert, bis sich Szezinski, 39, schließlich durchsetzte. „Handymörder“ – das kommt wie ein Paukenschlag.“

Als Leiter der Programmplanung von Sat 1 weiß er schließlich am besten, wie die Zuschauer ticken. Welche Geschichten sie mögen, wann sie ein Melodram und wann eine Show bevorzugen – und bei welchen Titeln sie in Scharen zur Fernbedienung greifen. „Man muss die Stimmungslage im Publikum antexten“, doziert der Vater des „Handymörders“ – also zum Beispiel mit einem Titel wie „Der Fremdgeher – Eine Ehefrau rechnet ab“ an all die Gattinnen appellieren, die sich fragen, warum sie heute Abend schon wieder allein vor der Glotze sitzen.

Längst sind aus Fernsehfilmen Produkte geworden, die mit allen Möglichkeiten modernen Marketings auf den Markt gebracht werden. Vom Casting über die richtige Lichtsetzung bis zur musikalischen Untermalung begleiten die Produktmanager jede Filmproduktion – damit der Regisseur nicht etwa auf die Idee kommt, „Béla Bartók als Ausdruck der inneren Zerrissenheit des Protagonisten einzusetzen“. Denn, so Szezinski: „Alles Gymnasiasten-Gefidel ist kontraproduktiv.“

Ebenso Filmschaffende, die sich zu Hause beziehungsreiche Namen für ihre Werke ausdenken. Denn seit ungefähr drei Jahren nutzen die Sender auch die Spielfilm-Titel verstärkt als Marketing-Instrument im Kampf um die Einschaltquote. Wurden früher oft einfach die Vorschläge der Drehbuchautoren oder Produzenten übernommen, sinnieren heute bei den Privatkanälen ganze Mitarbeiterstäbe über verkaufsträchtige Wortschöpfungen. Zuweilen liegen für einen

Film gleich 30 Vorschläge auf dem Tisch, aber nur die echten Knaller kommen durch: „Mörderjagd – Eine Frau schlägt zu“, „Die heilige Hure“ oder „Schlank bis in den Tod“.

Anspielungsreiche Kreationen, die Neugier wecken, aber im Dunkeln lassen, worum es eigentlich geht, verschwinden zunehmend aus den Programmheften – zum Leidwesen von Produzenten und Drehbuchautoren, von denen sich viele ihrer künstlerischen Freiheit beraubt sehen. „Das ist ein absoluter Schock, wenn man erfährt, wie der Film plötzlich heißt“, sagt der Produzent Hermann Kirchmann, dessen Werk „Du sollst nicht töten“ kurzerhand in „Hurenmord – ein Priester schweigt“ umgetauft wurde.

Auch die Fernsehkritik beklagt das „Überschreiten von Geschmacksgrenzen“, und mancher Schauspieler fürchtet gar um das nächste Engagement, weil sich seine Filmografie liest, als hätte er vorrangig in Pornostreifen mitgewirkt.

„Die Latte der beleidigten Leberwürste ist lang“, sagt Szezinski. Letztlich sei ein Film aber immer ein kollektives Werk, bei dem jeder das zum Erfolg beitrage, was er am besten könne. Und das Betiteln ist nun mal seine Spezialität.

Zu diesem Zweck trifft sich in der Berliner Sat-1-Zentrale regelmäßig eine Runde aus Marketing-Leuten, Redakteuren

und Programmplanern zum gemeinsamen Brainstorming. „Dort“, so philosophiert Szezinski, entstehe im Idealfall „ein hermeneutischer Diskurs, bei dem man versucht, sich der Marketing-Wahrheit zu nähern“. Und die sieht nun mal so aus, dass der durchschnittliche Zuschauer nicht über mehrdeutige Titel grübeln will. Bei „Mutti, hol mich aus dem Bordell“ wird hingegen schlagartig klar, was die Programmhuhr geschlagen hat.

Wie viele Zuschauer sich durch derart prosaische Heftigkeiten locken lassen, ist unklar. Bei RTL schätzt man den Quoten-Effekt auf bis zu 20 Prozent, bei Sat 1 ist man vorsichtiger, zumal die Möglichkeiten der Marktforschung begrenzt sind. Zwar wird vereinzelt getestet, wie Titel ankommen, am Ende aber zähle vor allem die Qualität des Films.

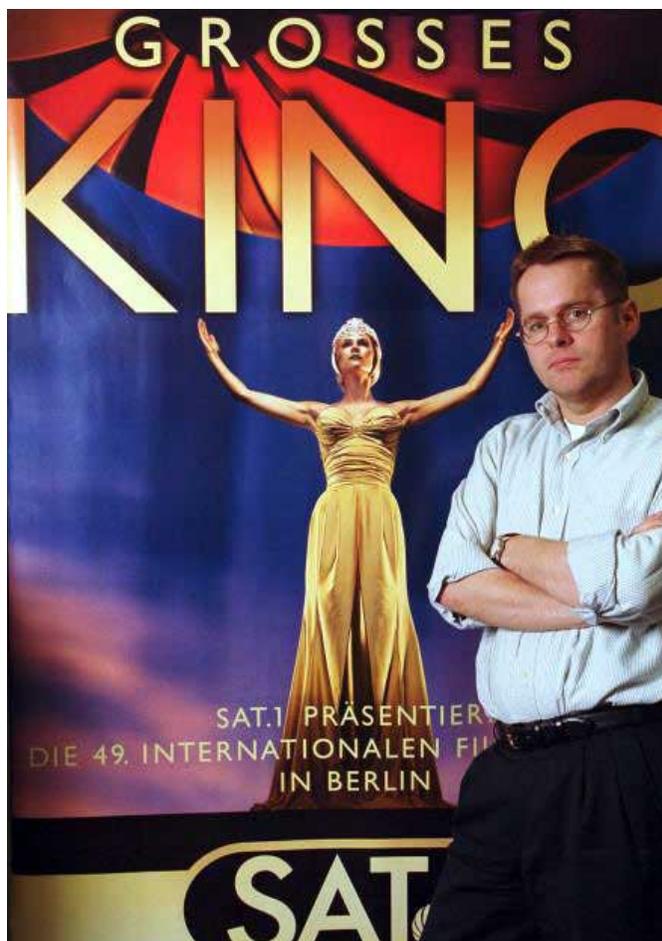
„Mit einem guten Titel kann man einen schlechten Film auch nicht retten“, heißt es. Wichtig sei zudem, „dass die Zuschauer nicht denken, hier seien nur Marktschreier am Werk“.

Dieser Eindruck drängt sich gelegentlich auf. So verbarg sich hinter dem „Beichtstuhl der Begierde“ kein im klerikalen Milieu spielender Softporno, sondern lediglich eine melodramatische Beziehungskiste. „Nicht einmal eine deftige Liebesszene“ sei vorgekommen, beschwerte sich die linke „Tageszeitung“ – einer überschäumenden Libido sonst eher unverdächtig.

„Wenn jemand mit Begierde in den Beichtstuhl steigt, muss das noch lange kein Erotikthriller sein“, kontert Szezinski – der es geradezu als Nichtachtung empfindet, wenn seine durchdachten Stabreime als profane Sprücheklopferie abgetan werden. „Die Arroganz der Presse ist ganz schlimm.“

Schließlich entpuppt sich die Titelei im Arbeitszimmer des studierten Volkskundlers als wahre Wissenschaft. Zwischen einem Bild von Thomas Bernhard und 13 simultan laufenden Fernsehgeräten sinniert Szezinski über seinen Hang zu Alliterationen, die „kumpelhafte Konnotation“ in „Stan Becker – auf eigene Faust“ oder die gelungene „Titelarchitektur“ von „Verbotenes Verlangen – Ich liebe meinen Schüler“.

Am Anfang aller Titel-Evolution stand 1992 „Mit dem Herzen einer Mutter“. Wie Szezinski den Film heute taufen würde, weiß er nicht. Nur so viel – schon allein, um mal ein paar Vorurteile abzubauen: „Fucking city – ein Riesenständer räumt mächtig auf“ würde der Film auch heute nicht heißen.“ OLIVER GEHR



Sat-1-Planer Szezinski: „Mutti, hol mich aus dem Bordell“

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SILVESTER

Im Rausch der Farben

Wenn am 31. Dezember die Champagnerkorken knallen, können sich Silvester-Bewegte noch einen besonderen Farbenrausch verschaffen: Eine „Millennium-Brille“ verzaubert jede einzelne Lichtquelle, ob einfache Kerzen oder ein brillantes Feuerwerk, in einen Fächer von Regenbogenfarben (für vier Mark beim Optiker, im Fotohandel oder unter www.sunwatch.de erhältlich). Die Idee zu dieser Sehhilfe aus transparenter Multispektral-Folie hatte Klaus Hünig, 54, aus Würzburg. Dessen Schutzbrille für die – in vielen Gegenden dann wolkenverhangene – Sonnenfinsternis im August löste einen Run auf die Optikerläden aus und verkaufte sich rund 17 Millionen Mal. Diesmal allerdings, so viel ist sicher, können keine Regenwolken den strahlenden Lichtreiz verdecken.



Blick durch die Multispektral-Folie



Gäste des „Transylvania Horror Rock Kafè“ in Berlin

HAUPTSTADT

Lichtscheue Gestalten

Angelockt wie Fledermäuse von einer Grabkammer, flattern seit kurzem bleiche Grufties und Black-Metal-Fans ins neu eröffnete „Transylvania Horror Rock Kafè“ in der Schönhauser Allee am Prenzlauer Berg in Berlin. Friedhelm Sdunowski, 41, Teilhaber der gleichnamigen Themenrestaurantkette, bietet in dem mit Totenköpfen, Särgen und Skeletten ausgestatteten Laden – nach Passau der zweite in Deutschland, 17 gibt es bereits in Italien – zahlungskräftigen 20- bis 40-Jährigen einen schaurig schönen Abend. Bleibt abzuwarten, ob den Pistengängern der Hauptstadt-Szene bei „Henkersmahlzeit“ und „Blutsauger“-Cocktail (Speisekarte) der Appetit nicht vergeht.

MODE

Rückblick nach vorn

Die letzten Wochen des versterbenden Jahrhunderts sind die Zeit für Rückblicke – auch auf zehn Jahrzehnte Mode. Der Fotoband „Mode! Das 20. Jahrhundert“ (Prestel Verlag) beschreibt in üppigen Bildern und kurzen Texten Trends wie Orientalismus, Space Age, Pop-Art-Fashion oder Grunge, setzt sie in Bezug zu gesellschaftlichen Strömungen und porträtiert die wichtigsten Designer. Mit der Winterkollektion 1999 wirft das Buch einen Blick ins nächste Jahrtausend: Plastik und High-tech-Filz sind die Materialien der Zukunft. Auch der Verlag Schirmer/Mosel hat eine Retrospektive herausgebracht: Sein Band „Die Mode im 20. Jahrhundert“ ist aber mehr als Lexikon der Modemacher denn als Stilgeschichte zu verstehen. Weil er aus dem Französi-

schen übersetzt wurde, ist er nicht frei von Patriotismus: Die international unbedeutende Pariserin Martine Sitbon ist

mit zwei Seiten bedacht, der innovative britische Givenchy-Schneider Alexander McQueen wird nur am Rande erwähnt.



Modelle von Fortuny (um 1913), Dior (1947), Lagerfeld (1983), Miyake (1996)



Geplantes Jahrtausendspektakel am Frankfurter Mainufer (Fotomontage): Lust auf die große Nullnummer?

AP

JAHRESWECHSEL

Millennium mille grazie

Die großen Hoffnungen auf einen kollektiven Silvester-Rausch am Ende des Jahrtausends platzen nach und nach. Dafür wächst allerorten Besinnung: Statt für Millenniumsfeten große Summen auszugeben, entschließen sich viele zur intimen Feier.

Drei Nullen, zweitausend Träume: Einmal an Silvester ohne Papierhütchen. Einmal kein „Dinner for One“. Einmal kein Bleigießen und verkräuselte Klumpen aus dem Wasser ziehen, die – unabhängig von Zeugungsfähigkeit und Wahrscheinlichkeit – stets Kinder und Geld verheißen. Einmal keine langweilige Party, mit dem verstohlenen Blick auf die Uhr, in der Sehnsucht „Herr, lass es Mitternacht werden“.

Silvester 2000 – einmal sollte alles anders sein: Feiern wie ein Weltmeister. Vom Empire State Building aufs glitzernde New York blicken, den Böllern an der Copaca-

bana lauschen, unterm Brandenburger Tor mit Wildfremden anstoßen, in Luxushotels Walzer tanzen, in Champagner baden und die Erhabenheit fühlen, wenn das Jahrtausend geht: welch eine Lust, das zu erleben.

Knapp vier Wochen vor dem Event erscheinen die Träume, die Reiseveranstalter und Medien angefacht haben, verflogen. Zwar kann vom Nullbock auf die große Nullnummer noch nicht die Rede sein, aber etliche Anzeichen sprechen dafür, dass vielen der angekündigte Megahype piepe ist, nach der Devise: Millennium, mille grazie.

Was hatte sich die Tourismusbranche nicht alles ausgerechnet. Das Silvester-

Geschäft schien wie geschmiert zu laufen, jedenfalls am Anfang dieses Jahres. Allein bei TUI 100 000 Vorausbuchungen – so viel wie noch nie.

Übereifer auf der ganzen Linie. Für die Jahrtausend-Fiesta beim Robinson Club in Mexiko hatten sich schnelle Schlaumeier schon 1994 vormerken lassen. Das Berliner Nobelhotel Adlon am Brandenburger Tor war noch gar nicht gebaut, da waren die 600 Silvesterplätze schon vergeben. Was sollte da noch schief gehen?

Ob Paris oder Sibirien, ob sündhaft teure Schiffsreise oder ein Concorde-Flug über die Zeitengrenzen, ob der Besuch der

Mega-Celebration-Party in New York mit Dinner und Promi-Gesang (Sting, Andrea Bocelli) – alles schien verkäuflich, nichts zu teuer. Sogar die 100 000-Dollar-Party im Berliner Ritz-Carlton Hotel inklusive Limousinen-Service und goldener Bulgari-Uhr.

Als sei das Millennium was für Milchmädchen, haben die Veranstalter geglaubt, die Kunden könnten nicht rechnen. Diese zeigen sich jedoch wählerischer als gedacht. Adlon: klares Ja, auch für die Kleinigkeit von 11 790 Mark für drei Übernachtungen von zwei Personen. Celebration-Party in New York allerdings: na ja. Anfang Dezember waren noch Plätze frei.

Der Hapag-Lloyd-Kreuzfahrer MS „Europa“ sticht voll besetzt für 50 600 Mark pro Nase in See, aber aus der Fröstel-Fahrt „Fire & Ice“ mit Silvester in Russland und Alaska (acht Nächte ab 16 550 Mark) wird nichts, der Kunde reagierte verschmüht.

Auch andere Impresarios mussten einsehen, dass nicht bei jedem Trubel automatisch der Rubel rollt. Das Starlet Brigitte Nielsen mag zur formbewussten Offenherzigkeit noch vieles mehr bieten, aber es reicht nicht, um Kunden zu einer Silvesternacht mit ihr für bis zu 1400 Mark zu verführen. Mangels Nachfrage mussten die Veranstalter eine als



Ausgeladene Millenniums-Zugnummer Nielsen*: Offenherziges Musical-Angebot

„Vor einem Jahr gab es eine unglaubliche Nachfrage. Die Kunden konnten von den Veranstaltern nur auf Wartelisten gesetzt werden, weil diese die Preise noch nicht veröffentlichen konnten. Als dann die Preise heraus waren, sind etliche abgesprungen.“ Und Nachrücker vermochten die Lücken, die die Stornierenden hinterließen, nicht zu füllen.

Die Branche hat das schon einmal erlebt, als Hongkong unabhängig wurde. Damals, vor zweieinhalb Jahren, kostete ein Flug in die britische Kronkolonie statt der üblichen 700 Dollar 4500 Dollar. Kurz vor den Feierlichkeiten fielen die Preise dann wieder abrupt. Gelackmeiert waren die Frühbücher.

Auch am New Yorker Waldorf Astoria lassen sich zum Millenniumswechsel ähnliche Preisbocksprünge feststellen. Silvester-Vorbucher mussten 1500 Dollar bezahlen, Kurzentschlossene jetzt nur 750.

Der Nachfrage-Einbruch auf dem Markt der Veranstalter signalisiert die Unsicherheit bei den Kunden. Warum, besinnt sich so mancher, in die Ferne schweifen, wenn es das Gute so nah auch tut.

Feiern außer Haus ist für viele durchaus kein Silvester-Muss. So ist die Nachfrage nach Babysittern geringer als erwartet. Doris Filz von der Babysitter-Vermittlung „Biene Maja“ in Berlin hatte für die Mil-

lenniumsnacht die Zahl der potenziellen Aufpasser in ihrer Kartei verdoppelt. „Aber bisher ist kaum etwas gebucht“, sagt sie. Die lieben Eltern bleiben bei den lieben Kleinen. Die Devise 2000: Prosit Baby, nicht ohne meine Kinder.

Kuscheln statt Krachen scheint der Trend zu sein. Während das US-Nachrichtenmagazin „Time“ auf dem Titelbild seiner europäischen Ausgabe noch Hoffnung auf ein rauschendes Fest macht, verkündet der amerikanische Titel schon die neue Neigung zum Rückzug. In Anlehnung an den derzeitigen Kino-Hit „Runaway Bride“, in dem Schauspielerin Julia Roberts eine bange Braut spielt, die sich in letzter Sekunde vor ihren eigenen Hochzeitsfeiern drückt, spricht das Blatt vom „Run-away Hype“, weg vom Feierstress und hin zum ruhigen Abend mit der Familie und den engsten Freunden. Da kann weniger schief gehen.

„Bei genauerem Nachdenken haben sich viele Leute wahrscheinlich daran erinnert, dass Silvester generell ein heikles Fest ist“, kommentiert die Berliner Event-Managerin Isa Gräfin Hardenberg die Fluchtwelle. Die Leute denken auf einmal wieder an misslungene Feste, bei denen die Erwartung so groß war wie hinterher die Enttäuschung. Außerdem, so Hardenberg, wollten die Leute gerade beim Millennium nicht unter lauter Fremden sein.

Prominente geben sich in neuesten Umfragen entsprechend introvertiert. Gute-Laune-Guru Guido Horn hat noch gar keine Piep-Piep-Pläne, das Party-Hopper-Paar Jenny Elvers und Heiner Lauterbach will bootsmäßig brav mit Freunden auf dem



Silvesterfeier 1989: Das wahre Jahrhundertende?

Nielsen-Gesamtkunstwerk geplante Musical-Show in der Frankfurter Alten Oper absagen, stattdessen läuft eine Revue ohne die Schauspielerin für bis zu 195 Mark pro Karte.

Beim Silvester-Geschäft gilt der umgekehrte Gorbi. Wer zu spät kommt, den belohnt das Leben. Die allzu früh entfachte Millenniumsbegeisterung mobilisierte viele, die später Angst vor der eigenen Courage bekamen.

Wilhelm Pape von der Hapag Touristik Union hat diese Entwicklung beobachtet:

* Im Mai vor der Alten Oper in Frankfurt am Main bei einem Werbeauftritt für die geplante Silvester-Gala.

Werbeseite

Werbeseite

Starnberger See schippern, Komiker Ingo Appelt sucht nur die Gesellschaft von Frau und Kind, ebenso hält es Formel-1-Fahrer Michael Schumacher. Schauspielerin Suzanne von Borsody will trotz allem zu Hause Blei gießen, ihre Kollegin, die Kartoffelkennerin Veronica Ferres, möchte ihrem Partner Helmut Dietl zu den Erdäpfeln einen Braten bereiten.

Reinhard Mey, Hans-Klampf in allen Lebenslagen, hält laut Münchner „Abendzeitung“ Distanz zu allen, die sich gegenseitig „auf die Füße treten, sich die Augenbrauen ansengen und den Schampus durch die Gegend schütten“. Er bleibt „in aller Stille“ im Kreis der erweiterten Familie – da muss die Freiheit wohl grenzenlos sein. Über den Wolken von Böllern und Raketen sind auch die routinierten Galagänger Carl-Eduard von Bismarck und seine Frau Celia: „Gerade weil wir oft auf rauschende Feste gehen, wollen wir in diesem besonderen Moment alleine für uns sein.“

Cocooning, das Einspinnen in das eigene Wohngewebe, ist durchaus keine Marotte der Prominenten. 58 Prozent wollen Silvester zu Hause bleiben, so hat das Meinungsinstitut Forsa für Deutschland ermittelt, 68 Prozent der Amerikaner, so berichtet „Time“, wollen nur mit Familie und engsten Freunden anstoßen.

Schon analysieren Zeitgeist-Exegeten das merkwürdige Verhalten der Geschlechter zum Jahrtausende: Es fehlt an der rechten historischen Einstimmung. „Das Dezimalsystem ist nur ein kulturelles Konstrukt“, bemerkt die „Frankfurter Rundschau“, und in der Tat: Nicht nur für den Bielefelder Historiker Reinhart Koselleck ist das Jahrhundert bereits 1989 zu Ende gegangen, als die Mauer fiel und die Blöcke zerbrachen. Und auf die Zeitenmarke von Jesu Geburt ist nicht mal rechnerisch Verlass. Nach Erkenntnissen der Historiker wurde der Menschensohn wahrscheinlich schon vor 2007 Jahren geboren. Die Millenniumsfete kommt zu spät.

Ein Grund zur Freude ist dieser numerische Schritt sowieso nicht: „Jetzt nehmen wir Abschied vom letzten der Jahrhunderte – ein wenig auch von uns selbst“, schreibt der „FAZ“-Herausgeber Frank Schirrmacher. Es kann einem wirklich milient werden: Mit der 19 im Geburtstag werden schließlich alle Zeitgenossen Relikte eines vergangenen Jahrtausends. Warum ausgerechnet das groß feiern?

Doch Trübsalblasen ist auch nicht höchste Silvester-Weisheit. „Wir tun's noch einmal“ heißt die Devise eines Jahreswechsel-Balls, den das Hotel Berlin veranstaltet. Er findet am 7. Januar statt und ist allen gewidmet, die über die Jahrtausendwende arbeiten mussten. Motto: Nachzügler sind alles andere als Nullen im neuen Jahrtausend. **CHRISTINA BERR, SUSANNE BEYER, NIKOLAUS VON FESTENBERG**



Werbefachmann Güner, türkische Plakate: Hang zu Statussymbolen

AUSLÄNDER

„Treu und gefühlsbetont“

Mit speziellen Werbekampagnen buhlen immer mehr Unternehmen um eine kaufkräftige Klientel: die Türken in Deutschland.

Es gab zwar nur Gebäck und Tee, dafür aber auch einen türkischen Orden erster Klasse: Staatspräsident Süleyman Demirel persönlich hatte den Deutschen Christian Ehrentraut Ende November in den Präsidentenpalast von Ankara eingeladen, um ihm die „Goldene Eiche“ zu verleihen.

Dabei hat Ehrentraut, Chef der Mannesmann-Telefontochter Otelo, einfach nur ein schönes Geschäft gemacht. Mit Spezialkampagnen in türkischer Sprache umgarnen seine Werber die Türken in Deutschland, und weil das Unternehmen zudem noch die Preise für Telefonate aus Deutschland an den Bosphorus innerhalb eines Jahres um rund 30 Prozent gesenkt hatte, liefen 190 000 türkische Kunden zu Otelo über. Für jeden Einzelnen, das hatte Ehrentraut als PR-Gag versprochen, pflanzt seine Firma eine Eiche in der erosionsbedrohten Region Istanbul. Dafür bekam er nun den Orden.

Überrascht entdecken immer mehr deutsche Manager wie Ehrentraut die Chancen eines neuen Marktes: Türken in Deutschland. Unternehmen von der Telefonfirma Otelo bis zum Stromverkäufer Yello, vom Autohersteller DaimlerChrysler bis zum

Suppenkönig Maggi versuchen, mit Kampagnen in türkischer Sprache Kunden in Deutschland zu gewinnen.

„Zu unseren türkischen Kunden konnten wir in kürzester Zeit eine ganz andere Beziehung aufbauen als zu den Deutschen“, schwärmt ein Otelo-Manager. Seine Erfahrung nach zehn Monaten gezielten Buhlens um die 2,1 Millionen Türken in Deutschland mit eigenen Fernsehspots, Zeitungsanzeigen, Hotlines und Broschüren: „Die sind extrem treu, sehr gefühlsbetont und schielen nicht auf jede Mark.“ Und sie telefonieren eifrig mit der weit verzweigten Verwandtschaft – nach Otelo-Erfahrungen rund dreimal so viel wie der deutsche Durchschnittsbürger.

Wie attraktiv die Türken in Deutschland als Kunden für Unternehmen sind, förderten mehrere Marktstudien zu Tage. Die Zahlenkolonnen kann Tülin Yesilgonca, Marketing-Frau beim Stromanbieter Yello, fast auswendig herunterbeten: Von den Türken über 14 Jahren gehören danach rund 80 Prozent zur Lieblingsaltersgruppe der Werber, den unter 49-Jährigen (bei Deutschen: nur 56 Prozent).

Rund 630 Millionen Mark geben die 600 000 türkischen Haushalte in Deutsch-

Werbeseite

Werbeseite

land pro Monat für Lebensmittel und persönlichen Bedarf aus. Immerhin 33 Prozent der türkischen Haushalte verfügen über ein Nettoeinkommen von über 4000 Mark im Monat.

Und: Türken sind markenbewusst. Über 30 Prozent von ihnen setzen Markenqualität mit guter Qualität gleich. „Der typische türkische Kunde ist längst nicht mehr der Schnäppchen-Jäger mit Aldi-Tüte in der Hand“, sagt Yesilgonca. Die dritte Generation der in Deutschland lebenden Türken habe „die gleichen Ansprüche wie deutsche Altersgenossen – vom Handy bis zum PC“. Und vielleicht noch höhere.

Einen „Hang zu Statussymbolen“ hat Udo Stürig von der DaimlerChrysler-Vertriebsorganisation in Deutschland bei der türkischen Zielgruppe ausgemacht. „Einen Mercedes zu fahren heißt: ‚Ich habe es geschafft‘“, sagt der Automann. Vor fast sechs Jahren begann der Konzern mit ersten Anzeigen in türkischen Zeitungen in Deutschland, diese Kundenschaft gezielt anzusprechen. Der Etat für türkischsprachige Werbung wurde inzwischen um 25 Prozent erhöht.

Neben Autokalendern mit türkischen Werbesprüchen kamen TV-Spots, gesendet bei türkischen Fernsehstationen in Deutschland, hinzu: Türkische Hochzeitspaare brausen darin im Mercedes durch die anatolische Bergwelt (Werbetext: „Von Anfang an im siebten Himmel – Auf guten wie auf schlechten Straßen“).

Der Konzern, sagt Stürig stolz, habe als einer der ersten den türkischen Markt in Deutschland entdeckt: „Neuerdings springen viele andere auf diesen Zug auf.“

Von einem „Trend zum Ethno-Marketing, konzentriert auf die türkische Zielgruppe“, spricht auch Thomas Docter vom Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft.

Für Yello-Managerin Yesilgonca ist jetzt schon klar: „Kein modernes deutsches Unternehmen wird es sich künftig leisten können, die Türken in Deutschland als Markt weiter zu ignorieren.“ In dreieinhalb Wochen Vorbereitungszeit und mit einem kleinen Spezialbudget (Yesilgonca: „Unter zwei Millionen Mark“) hat sie zum November eine Blitzkampagne mit eigenen Fernseh- und Radiospots begonnen. Auch

wenn schon mal was schief geht – einige Anrufer der türkischsprachigen Hotline klagen, sie hätten anschließend deutsche Werbepost bekommen –, hat sie ein ehrgeiziges Ziel: „Von der Info-Broschüre bis zur Rechnung will ich eine Komplettbetreuung auf Türkisch einführen.“

Mit Werbung in der Heimatsprache könne den Türken in Deutschland gezeigt werden, „dass wir sie ernst nehmen – als Mitbürger mit anderen Wurzeln und als zahlungskräftige Bevölkerungsgruppe“, glaubt Yesilgonca. Die Tochter eines Istanbuler Maschinenbau-Unternehmers, die zum BWL-Studium nach Deutschland kam, hat eine simple Erklärung dafür, warum so genanntes Ethno-Marketing in Deutschland später ausprobiert wird als etwa in den USA: Türken, moniert sie, seien in Deutschland „viel zu lange nur als Gastarbeiter, nicht als Mitbürger“ betrachtet worden. „Und Gäste sieht man nicht als Kaufgruppe.“

Mit Übersetzungen für die neu entdeckte Zielgruppe ist es allerdings meist nicht getan. Die Putzmatrone Klementine der Waschmittelmarke Ariel, sagt Erk Güner, Geschäftsführer der türkischen Spezialwerbeagentur WFP in Berlin, würde beispielsweise bei türkischen Muttis überhaupt nicht ankommen: „Keine türkische Frau wäscht Wäsche in der Küche.“ Das widerspreche den Traditionen.

„Voll daneben“, sagt der Mann, der türkischsprachige Werbung unter anderem an Großkunden wie die Bayer AG und den Otto-Versand verkauft, langen häufig diejenigen, die Türken mit synchronisierter deutscher Werbung beglücken wollen. Nackte Männerpos in Rasierklingspots, Frauen, die beim Autokauf mitreden, oder einfach nur Menschen, die in der Wohnung die Schuhe nicht ausziehen – laut Güner alles werbetechnische GAUs: „Damit kriegen Sie keinen einzigen türkischen Käufer.“

Einen ähnlichen Patzer leistete sich der Hausgerätehersteller Siemens, der sich wie viele andere im Kundenfang auf Türkisch übt. Im vorvergangenen Winter wünschte der Konzern seinen türkischen Kunden in Spots mit trauriger Tannenbaum-Idylle ein frohes Fest – und ignorierte dabei, dass Muslime mit dem Christfest in der Regel wenig anfangen können.

ANDREA STUPPE



Yesilgonca, Spezialanzeigen

Werbeseite

Werbeseite



JAUCH & SCHEKOWSKI

Langzeit-Therapieform Psychoanalyse*: „Wenn ich mich nur auf die Vergangenheit besinne, komme ich nicht weiter“

PSYCHOLOGIE

„Zu dick, zu blond, zu blöd“

Die Münchner Psychotherapeutin Eleonore Höfner über die nutzlose Langzeitbehandlung seelisch Leidender, ihre Technik der Klienten-Provokation und die Vorzüge eines schroffen Umgangs im Sprechzimmer

Höfner, 53, hat jahrelang nach klassischen Methoden der Seelenheilkunde therapiert. Ende der achtziger Jahre lernte sie die „Provokative Therapie“ kennen, eine amerikanische Behandlungsweise. Höfner führte die Methode in Deutschland ein, gründete das „Deutsche Institut für Provokative Therapie“. Derzeit profitiert die Psychologin vom Trend zur Kurzzeittherapie.

SPIEGEL: Frau Dr. Höfner, die Psychotherapie bietet in der Stressgesellschaft Menschen Zuflucht, die auf Seelenfrieden hoffen. Sie aber beschimpfen Ihre Klienten pausenlos. Warum das?

Höfner: Beschimpfen ist nicht das richtige Wort, provozieren trifft es besser.

* Filmszene aus „Bananas“ (1971), mit Martha Greenhouse und Woody Allen.



J. KOOPMANN

SPIEGEL: Also gut, Sie provozieren. Auch das erwartet ein Klient normalerweise nicht von seinem Therapeuten.

Höfner: Na und? Oft ist gerade das Unerwartete besonders heilsam. Wissen Sie, jeder von uns hat Denkblockaden. Wir denken in eine bestimmte Richtung, und da stecken wir fest. In meinen Therapien steige ich ein in die Sicht, die der Klient von sich und seinem Umfeld hat, und karikiere die selbstschädigenden Anteile. Das kann natürlich mal wie eine Beschimpfung wirken, aber mir geht es eigentlich um die Karikatur, die humorvolle Übertreibung. Der Klient soll über sich selbst lachen können.

SPIEGEL: Die Therapie als Klamaukstunde?

Psychologin Höfner

„Normale Therapien sind langweilig“

Höfner: Keine Sorge. Bei mir geht es schon zur Sache. Schauen Sie: Die meisten meiner Kollegen sagen ihren Klienten: „Sie schaffen es, Sie finden aus Ihrem Unglück heraus.“ Ich aber sage: „Sie schaffen es eh nicht, Sie sind zu alt, zu dick, zu blond, zu blöd – vergessen Sie 's.“ Wenn ich so etwas wage, fangen die Leute meistens an zu protestieren, mich zu widerlegen, weil sie eben doch noch an sich glauben. Und so beginnt eine Veränderung.

SPIEGEL: Nennen Sie ein Beispiel: Was musste sich Ihr jüngstes Opfer anhören?

Höfner: Ich hatte heute Mittag Besuch von einer Dame aus der Modebranche. Die war Mitte fünfzig, sah sehr gut aus. Sie ist unverheiratet und beklagte sich, dass sie keinen Kerl findet. Ich habe gesagt, es wäre ja ganz klar, wenn man sich das Material Männer auf dem Markt ansehe, das sei ja die reine Katastrophe. Da hat sie mir aus vollem Herzen zugestimmt. Dann habe ich weitergemacht und gesagt, sie habe ja auch hohe Ansprüche und könne den Neanderthaler, auf den sie sich vielleicht mal einlasse, unmöglich so hinnehmen, wie er ist. Sie müsse ihn trimmen, damit er neben ihr bestehen könne. Sie selbst habe es natürlich nicht nötig, sich zu ändern, weil sie ja schon derartig perfekt sei.

SPIEGEL: Und was soll das der Klientin gebracht haben?

Höfner: Ihr ist klar geworden, dass sie hohe Ansprüche an Männer hat, selbst aber nicht bereit ist, sich auf den anderen einzustellen. Ich bin noch weiter gegangen und habe gesagt, sie solle sich mit ihrem Schicksal abfinden, sie sei zu alt für ein neues Leben. Sie müssen bedenken: Jemand, der Mitte fünfzig ist und sich so gut gehalten hat, hört so etwas nicht gerne. Meine Klientin hat heftig protestiert und – so wie ich das einschätze – das erste Mal kapiert, wie sehr sie sich mit ihrer Eitelkeit schadet.

SPIEGEL: Sie haben eine attraktive Frau sofort mit all den Klischees bombardiert, die von diesem Typ Mensch in Umlauf sind. Ist das nicht sehr schlicht?

Höfner: Es funktioniert, das ist die Hauptsache. Normalerweise ist es doch so: Ein Klient kommt mit einer pauschalen Vorstellung zum Therapeuten, und der fängt an zu sortieren. Bei mir ist es umgekehrt. Wenn ich sage, es gibt nur Schrott auf dem Markt, dann stimmt die Klientin erst zu, dann fängt sie aber doch an zu differenzieren, sagt zaghaft, dass es mal ein, zwei Männer in ihrem Leben gab, die kein Schrott waren. Je differenzierter sie denkt, desto differenzierter kann sie sich dann auch verhalten.

SPIEGEL: Wie gehen Sie in der Paartherapie vor, hetzen Sie die Partner gegeneinander auf?

Höfner: Wenn Sie so wollen, ja. Meistens schleppen Frauen ihre Männer zu mir und beklagen sich nach Kräften über sie. Ich schütte dann Kohlen ins Feuer, bemitleide die Frau für ihr schreckliches Schicksal,

Werbeseite

Werbeseite

mit so einem Idioten zusammenzuleben. Irgendwann fängt sie an, ihn zu verteidigen und nette Seiten anzuführen. Und oft hat sie dann das erste Mal seit Jahren etwas Freundliches über ihn gesagt. So etwas beeinflusst eine Beziehung – positiv.

SPIEGEL: Sie sind in Ihren Sitzungen sehr dominant, reden und werten viel. Damit verstoßen Sie gegen eherne Gesetze Ihres Berufsstandes. Wie rechtfertigen Sie das?

Höfner: Ich habe ein gutes Gewissen. Wissen Sie, ich habe jahrelang Gesprächstherapien durchgeführt, und ehrlich: Ich habe mich gnadenlos gelangweilt. Ich kann mir einfach nicht fünf Stunden hintereinander dasselbe anhören. Und mit diesem Gefühl bin ich nicht allein. Zu mir kommen immer mehr Kollegen und andere Leute aus helfenden Berufen, die am Burn-out-Syndrom leiden, weil sie die ewigen Redundanzen nicht mehr aushalten.

SPIEGEL: Seit wann sollen Klienten ihre Therapeuten unterhalten? Gehören Redundanzen nicht zwangsläufig zu Ihrem Beruf?

Höfner: Ich wäre mir da nicht so sicher. Wenn Sie sich anschauen, wie Therapien oft über Jahre verlaufen, sträuben sich Ihnen die Haare. Der typische Fall geht so: Ein Klient kommt zum Therapeuten und fühlt sich wie ein schlapper Ballon. Der arme Therapeut pumpt den Klienten mühevoll auf, sagt: „Du bist wertvoll, du bist toll.“ Dann verlässt der Klient aufgepumpt die Praxis, und der nächste Mensch, der nicht so verständnisvoll ist, sticht zu, der Ballon fällt zusammen. Der Klient kommt in der nächsten Woche zum Therapeuten und klagt: „Das Leben ist grausam.“ Dann fängt der Therapeut wieder an: „Du bist toll“, pumpt und pumpt. So viele Leute erzählen mir, sie hätten einen wunderbaren Therapeuten, bei dem sie sich fühlten wie im warmen Bad, aber leider ändere sich ihr Leben nicht.

SPIEGEL: Warum, glauben Sie, ändert es sich nicht?

Höfner: Weil Therapeuten meist verzweifelt nach den morschen Stellen im Leben ihres Gegenübers suchen, anstatt zu gucken, wo die vitalen Seiten sind. Wenn jemand die furchtbaren Taten der Eltern als Entschuldigung für alles Weitere nimmt, dann fange ich an zu provozieren. Nie und nimmer kann ich die Vorbedingungen eines Lebens ändern, auch nicht mit der phantastischsten Therapie. Aber ich kann sie anders sehen.

SPIEGEL: Und wie das? Beglückwünschen Sie Ihre Klienten zu despotischen Eltern?

Höfner: Warum nicht? Ich habe schon mal gesagt: „Seien Sie froh, dass Sie so einen

schrecklichen Vater hatten, das hat Ihre Widerstandskräfte geweckt.“ Zielrichtung ist die Gegenwart. Wenn ich mich nur auf die Vergangenheit besinne, komme ich nicht weiter.

SPIEGEL: Bei allem Respekt: Überschätzen Sie nicht die Wirkung Ihrer Methode? Die Leute quälen sich ein Leben lang mit einem Problem, und Sie behaupten, es in vier, fünf Stunden lösen zu können.

Höfner: Ich löse kein Problem, ich stoße den Lösungsprozess an. Aber es klingt typisch deutsch, was Sie da sagen. Ich kenne das Gerede: Eine Intervention ist nur dann sinnvoll, wenn sie a) mit möglichst



Ehrestreit (im Film „Der Rosenkrieg“)*: „Ich schütte Kohlen ins Feuer“

schweren seelischen Krämpfen einhergeht und wenn sie b) möglichst lange dauert. Veränderung in kurzer Zeit kann nicht sein, da verschieben sich nur die Symptome. Der Trend zu Kurzzeittherapien zeigt doch, dass sich die Leute nicht jahrelang auf die Couch legen wollen, bevor sich etwas tut.

SPIEGEL: Ihre Methode kommt aus den USA, und sie scheint vom amerikanischen Leistungsdenken inspiriert. Du schaffst, was du willst, du schaffst es schnell ...

Höfner: ... Täuschen Sie sich nicht. Think pink liegt mir nicht, aber der Glaube an die Möglichkeiten von Menschen, der liegt mir. Therapie in Deutschland ist häufig verdüstert, der gesunde Menschenverstand wird oft vergessen. Um provokativ zu arbeiten, braucht man einen guten Instinkt. Schauen Sie, wenn ich einen wunden Punkt getroffen habe, und genau das will ich, merke ich das an der Gefühlsintensität: Der Klient streitet vehement ab. Dann gehe ich nach dem Prinzip der Rot-Grün-Blindheit vor. Bei einer roten Ampel, die signalisiert, hier halt, hier ist ein Tabu, gebe ich Gas.

SPIEGEL: Gibt es Klienten, die sich dann gekränkt oder veralbert fühlen?

Höfner: Nein. Nonverbal – mit einem zwinkernden Auge etwa – vermittele ich, dass ich etwas anderes glaube, als ich sage. Die nonverbale Botschaft lautet: „Du bist mündig, du bist stark, du schaffst es.“ Es gibt kaum Missverständnisse.

SPIEGEL: Bei Ehezwist und Eitelkeitsproblemen mag Ihre Methode anschlagen, aber wie wirkt sie auf Schwerkranken wie Depressive und Schizophrenen?

Höfner: Ich habe mit hospitalisierten Schizophrenen und Depressiven wenig Erfahrungen. Aber der Amerikaner Frank Farrelly hat die Provokative Therapie entwickelt, während er in einer Psychiatrie arbeitete. Da gab es zum Beispiel eine Frau, die war in eine katatonische Starre verfallen, die bewegte sich nicht mehr. Manchmal geht so etwas monatelang, und diese Leute werden normalerweise in Ruhe gelassen. Farrelly hat sich aber auf den Schoß der Frau gesetzt. Das hielt die nicht lange aus. Irgendwann schrie sie: „Sie stehen sofort hier auf!“ Sie glauben gar nicht, was das für ein immenser Effekt war. Die Frau konnte nach diesem Vorfall ihre Schweigsamkeit nicht aufrechterhalten, man konnte mit der eigentlichen Therapie beginnen.

SPIEGEL: Wie jeder Psychologe sind Sie von der Richtigkeit Ihrer Methode überzeugt. In der heutigen Therapiengesellschaft gibt es einen unübersehbaren Markt der Möglichkeiten und viele Scharlatane. Wie soll ein Klient die Behandlungsart finden, die für ihn richtig ist?

Höfner: Das ist wirklich ein Problem. Natürlich sollte der Klient Vertrauen zum Therapeuten haben, ganz gleich, welcher Schulrichtung er angehört. Wenn sich der Therapeut aber für erleuchtet, weltweise und unersetzlich hält, bindet er seine Klienten über Monate, oft sogar über Jahre an sich und denkt, sie könnten gar nicht mehr ohne ihn leben. So entsteht eine kontraproduktive Abhängigkeit. Denn: Nicht der Therapeut ändert das Leben der Menschen, es sind immer nur die Leute selbst.

SPIEGEL: Wie erziehen Sie Ihre Klienten zur Selbständigkeit?

Höfner: Wenn es sein muss, sage ich ihnen: „Sie können weiter fett und faul auf Ihrem Hintern sitzen bleiben, bitte schön, das ist Ihr Privatvergnügen, mir ist es Wurscht, wenn Sie aus sich nichts machen. Den Hauptgewinn aber werden Sie so nicht ziehen.“ Sie können mir glauben: Das meine ich genau so, wie ich es sage.

* Mit Kathleen Turner und Michael Douglas, 1989.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

JUGENDLICHE

Traumberuf Massenmörder

Nach dem gerade noch vereitelten Massaker an einer Schule steht fest: Es gibt keinen Schutz vor amerikanischen Verhältnissen. Nicht mal in Niederbayern.

Der Montag vergangener Woche war einer der seltenen Tage, an denen eine Mathestunde für Michael F. mit einem Erfolgserlebnis endete – oder was er dafür hielt. 15 Minuten nach dem Klingeln preschten fünf Polizisten in die Klasse 8a der niederbayerischen Hauptschule Metten, drückten seinen Kopf gegen die Wand und erklärten den 14-Jährigen für verhaftet. Klassenkameraden wollen dabei nur ein Wort von ihm gehört haben: „Cool.“

Der Junge ist nicht „cool“ – er ist so kaltblütig, dass er Eltern, Lehrer und Schulfunktionäre bundesweit frösteln lässt. Seit Oktober, so die Staatsanwaltschaft Deggendorf, bereitete er mit seinen Freunden Arthur D. und David B. aus der Parallelklasse 8b ein Massaker an der Schule vor. Er hat dazu einen Revolver Marke Weihrauch Kaliber .22 aus dem Wäscheschrank seines Vaters gezogen und eine Liste für Besorgungen aufgestellt: Amokbedarf von der Schutzweste bis zum Waffenarsenal. Mit der Weihrauch wollte er seiner Lehrerin Hildegard Niedermayer ins Bein schießen, dann in die Brust, erst zum Schluss in den Kopf, damit ihr kein Schmerz entgeht. Auch die Rektorin Irmgard Jabornitzky sollte sterben und jeder, der im Weg steht.

Diesmal konnte die Polizei das Blutbad verhindern, weil die Mutter einer Schülerin die Prahlerie ernst nahm. Doch vier Wochen nach dem Lehrermord im sächsischen Meißen haben die geplanten Jagdszenen in Niederbayern die Ahnung zur Gewissheit werden lassen, dass deutsche Schulhöfe nicht weit von amerikanischen Verhältnissen entfernt liegen.

Denn der Fall steht nicht allein: So wurde in Radeburg (Sachsen) an einem Gymnasium eine Todesliste mit Namen verhasster Lehrer gefunden. Zudem kam auch dem Mettener Trio die Vernunft dort abhanden, wo schon die Mörder von zwölf Schülern und einem Lehrer im amerikanischen Littleton ihre Unschuld verloren hatten: in der virtuellen Videowelt.

Die Bestürzung ist umso größer, als es Sicherheit offenbar nirgendwo mehr gibt.



B. KRANLITZEK / BILD ZEITUNG

Lehrerin Niedermayer, Hauptschule Metten: Revolver aus dem Wäscheschrank

Gerade mal 4000 Einwohner hat Metten, der einzige Hinweis auf Gewalt ist das Kriegerehrenmal am Markt für die Toten von 1870/71.

Auch die Hauptschule im Ort galt nicht als Problemfall: Ganz normale Verhältnisse bescheinigt Schulamtsleiter Josef Smola der Penne und ist deshalb „erschüttert“.

Andere wundern sich eher über die Verwunderung der anderen: „Da sind diese drei total durchgeknallten Buben. 30 oder 40 Mitschüler wussten Bescheid. Da stimmt doch dann nicht nur bei drei Schülern etwas nicht, sondern bei 30 oder 40“, arg-



Beschlagnahmtes Material in Metten
„Total durchgeknallte Buben“

wöhnt der Leitende Oberstaatsanwalt Günther Albert.

Dass mit Michael, David und Arthur schon lange nichts mehr stimmte, war jedem Lehrer an der Schule klar. Alle drei kommen aus halbierten Familien, in denen der erziehungsberechtigte Elternrest schon genug damit zu tun hat, Geld heranzuschaffen.

Michael, der Anstifter, hatte nach der Scheidung der Eltern 1995 bereits drei Jahre in einem Jugendheim gelebt, bis der Vater seinen Sohn für die Mettener Schule an-

meldete. Es dauerte nicht lange, da bekam das Jugendamt Deggendorf den ersten Hilferuf des Rektorats – „der hatte einen Mitschüler in eine Mülltonne gesteckt“, erinnert sich Abteilungsleiter Gerd Peterle.

In den folgenden Monaten häuften sich Klagen über Pausenprügeleien, über Grapschereien bei Mädchen. Rohmaterial für brutale Auftritte lieferten dem Außenseiter Porno- und Gewaltvideos, verbotene Ballerspiele wie „Quake II“ und „Nam“. „Wenn Michael richtig zum Schlagen kam, hörte er nicht mehr auf“, gruselt sich ein 14-jähriger Klassenkamerad.

Vor Wochen schwadronierte Michael dann erstmals von einem Blutbad. Die Mitschüler nahmen es so wenig ernst wie Michaels Freundin Renate, obwohl er mit dem Revolver seines Vaters einmal knapp an ihrem Kopf vorbeischoß. Ein Achtklässler: „Ich dachte immer, der verarscht uns nur.“ Doch Michael und seine Kumpane meinten es todernst. Einer gab als Traumberuf bei der polizeilichen Vernehmung konsequenterweise „Massenmörder“ an.

Davor versagt die Logik der Erwachsenenwelt, die Hilflosigkeit produziert einen bunten Strauß von Ideen. Der bayerische Lehrer-Verbandspräsident Albin Dannhäuser beklagt einen Mangel an Pädagogik. Kultusministerin Monika Hohlmeier setzt auf Härte und will Terrorkids vorübergehend aus Schulen entfernen.

An den Kern kommt damit keiner heran: Denn jedes vierte Kind, behauptet Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan, wachse in einer „schweigenden Familie“ auf, wo nur noch Fernseher und Computer vor sich hin brabbeln.

Da ist es nur folgerichtig, dass auch die drei Jungen von Metten die Medienpräsenz zum Maßstab des Erfolgs erheben: „In Deutschland“, tönte einer bei der Vernehmung, „kann man nur als Massenmörder berühmt werden.“

JÜRGEN DAHLKAMP

AFFÄREN

Zweimal täglich frisch gedopt

Wann gelangte das Anabolikum in Dieter Baumanns Zahnpasta?
Und durch wen? Aus einem gewöhnlichen
Dopingfall ist ein ungewöhnlicher Kriminalfall geworden.



Läufer Baumann (weißes Trikot)*: „Unter einen ethischen Regenschirm gestellt“

Der Ort der Aufklärung befindet sich im feinen Kölner Stadtteil Müngersdorf. Ein schmuckloses Hochhaus, umgeben von den Tartanbahnen und Turnhallen der Deutschen Sporthochschule. Siebenter Stock. Institut für Biochemie.

Bislang war die Adresse gefürchtet, weil hier die Bösen des Sports überführt werden. Dieser Tage ist sie die letzte Hoffnung für einen notorisch Guten des Sports, der seine Unschuld beweisen will: Dieter Baumann, dem zwei positive Dopingproben zur Last liegen.

Erkennbar gereizt hastet Hans Geyer durch die Flure: „Morgen kriegen wir es wieder von allen Seiten.“ Die neue Rolle, eher Anwalt als Scharfrichter zu sein, behagt dem Biochemiker nicht. Aber die Bemühungen sind notwendig: Es geht nicht nur um die Ehre des Saubermanns der deutschen Leichtathletik, es geht auch um die Validität der weltweiten Dopinganalytik.

Geyers Verfassung ist erklärbar. Weil das Labor in Dieter Baumanns Zahnpasta das

anabole Steroid Norandrostendion gefunden hat, interessiert sich jetzt die Tübinger Staatsanwaltschaft für den Vorgang. Der Olympiasieger hat Strafanzeige gegen unbekannt gestellt – und die Beamten wurden vorigen Freitag vorstellig, um Beweisstücke und Analyseergebnisse zu kassieren. Aus einem gewöhnlichen Dopingfall ist ein ungewöhnlicher Kriminalfall geworden.

17. November. Dieter Baumann, 34, wird in der Darmstädter Zentrale des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) en detail eröffnet, dass in seinem Urin Abbaupro-



Dopingfahnder Schänzer, DLV-Chef Digel*
„Das Kontrollsystem war wirksam“

dukte des Anabolikums Nandrolon gefunden worden seien. Der Langläufer handelt sofort, setzt sich mit dem Leiter des Kölner Doping-Instituts, Wilhelm Schänzer, in Verbindung. „Ich habe nicht gedopt“, bezeugt er. „Es muss eine andere Quelle geben“, sagt Baumann, „und wir werden sie finden.“

18. November. Schänzers Mitarbeiter Hans Geyer reist morgens um sechs Uhr nach Tübingen. Er filzt den Kühlschrank und die Vorräte in Baumanns Wohnung. Gibt es ein kontaminiertes Nahrungsmittel? Die Chance scheint gering: Der Schwabe, eine Art Muslimann, verzichtet fast ganz auf Medikamente, zwielichtige Nahrungsmittelzusätze und Kraftriegel; sogar die Milch kommt vom Ökobauern.

19. November. Baumann stellt sich der Öffentlichkeit. „Ich lege alle Daten offen. Ich will gläsern sein.“

20. November. Die „Stuttgarter Zeitung“ barmt: „Ein gedopter Baumann ist das Ende aller Hoffnungen auf einen dopingfreien Sport.“ Die „Leipziger Volkszeitung“ kommentiert: „Es ist fast so, als wäre Joachim Gauck als IM der Stasi enttarnt worden.“ Katrin Krabbe ätzt: „Jetzt sollten einige Leute schön still sein, die sich früher beim Thema Doping weit aus dem Fenster gelehnt haben.“

Baumann weiß inzwischen alles über Nandrolon: dass es nach Operationen verabreicht wird, um dem gestressten Körper wieder zu einer positiven Stickstoffbilanz zu verhelfen. Und dass es wegen seiner eiweißaufbauenden Wirkung bei Osteoporose hilft, bei Frakturen, bei chronischen Lebererkrankungen, bei übermäßigem Längenwachstum von Knaben sowie bei verzögerter Pubertät. Nur vom Dopingmittel Nandrolon will Baumann nichts wissen.

21. November. 24 Lebensmittelproben sind untersucht. Ohne Befund.

Dafür gibt es Hoffnungsschimmer durch die Medizin. Der Heidelberger Molekularbiologe und Dopingfachmann Werner Franke, den Baumann zur Hilfe gerufen hat, findet entlastende Indizien. Professor Toni Graf-Baumann, Mediziner des Fußball-Weltverbandes, hat eine Nandrolon-Studie erarbeitet und festgestellt, dass der Körper nach physischer Beanspruchung vermehrt Nandrolon ausscheidet.

Außerdem erfährt Franke vom Fall der Gewichtheberin Stephanie Utsch. Bei ihr waren hormonproduzierende Eierstockzysten gefunden worden.

Liegt bei Baumann eine Anomalie vor? Er spielt mit dem Gedanken, seinen Körper unter Quarantänebedingungen durchchecken zu lassen. Wissenschaftlern wie Schänzer kommt das durchaus gelegen: „Zu Nandrolon gibt es viele offene Fragen.“ Der Kölner hat ein Forschungsprojekt zum Thema Nandrolon beantragt und genehmigt bekommen.

22. November. „Bild“ fragt düster: „Welche Rolle spielt Frau Baumann?“ Das Blatt

* Oben: bei der Europameisterschaft 1998 in Budapest; rechts: Pressekonferenz des Deutschen Leichtathletik-Verbandes vergangenen Freitag in Darmstadt.

fabuliert über das „Erfolgsstreben“ der Trainerin. Dieter Baumann wöhnt sich mittlerweile auf einem „Horrortrip“. Er zieht den Stecker aus dem Faxgerät. Fein säuberlich führt er Buch über alles, was in seinem Haushalt verzehrt wird.

23. November. Der Osten macht mobil. Susen Tiedtke, die wegen der Einnahme des Anabolikums Oral-Turinabol zwei Jahre gesperrt war, klagt: „Gegen die Athleten, die damals aus dem Ostblock kamen, hat der Verband alles getan – und jetzt ist einer aus dem Westen betroffen und der Verband unterstützt ihn von vorne bis hinten.“

24. November. Baumann erneuert seine eidesstattliche Versicherung, nie Dopingmittel genommen zu haben. 25. November. Dieter und Isabelle Baumann liefern täglich ihren Urin nach Köln.

Mit den Proben aus Tübingen füttert Hans Geyer in Raum 704 einen Gaschromatographen von Hewlett-Packard. Auf einem Monitor werden Kurven sichtbar. Wenn binnen neun Minuten ein deutlicher Ausschlag erfolgt, dann ist starker Nandrolon-Verdacht gegeben. Die Kurve schlägt deutlich aus. Dieter Baumann ist wieder gedopt, und Isabelle ebenso.

26. November. Der Urin der Baumanns ist wieder im Normbereich. Die Kölner Analytiker raten, die Lebensmittelvorräte auszutauschen und auf andere Marken umzusteigen.

27. November. Familie Baumann geht zwei Tage in Folge im Restaurant essen. Dennoch meldet Schänzer: Ihr seid positiv. Gleichzeitig futtern zehn seiner Mitarbeiter zur Gegenprobe verdächtige Nahrungsmittel. Keiner davon ist nachher gedopt.

28. November. Dieter Baumann ist der Verzweiflung nahe: „So was wünsche ich meinem schlimmsten Feind nicht.“ Die Kölner Analytiker nehmen sich die Hygieneartikel der Familie vor: Shampoo, Cremes – wieder nichts. „Was machen Sie eigentlich, bevor Sie abends zu Bett gehen?“, fragt Biochemiker Geyer. „Nichts Besonderes“, antwortet Baumann, „nur Mineralwasser trinken und Zähne putzen.“

29. November. Bis in den frühen Morgen laufen die Analysemaschinen in Köln. Dann ist das Mysterium geklärt: In einer Zahnpastatube der Marke Elmex finden sich Spuren von Norandrostendion. Im Kölner Labor schrubbten die Mitarbeiter daraufhin ihre Zähne mit Baumanns Creme. Alle sind positiv. Bei Gegenproben aus neu gekauften Elmex-Tuben bleiben die Werte normal. Morgens und abends beim Zähneputzen hatten sich die Baumanns folglich frisch gedopt.

Das Ergebnis ist für die Fahnder eine kleine Sensation: Dass Nandrolon auch bei Aufnahme über die Mundschleimhäute etwa die gleichen Werte im Urin hinterlässt wie für gewöhnlich bei Dopingsünden, damit hatten sie nicht gerechnet.

Im Hause Baumann tritt Erleichterung ein, gleichzeitig aber auch Entsetzen. Baumann: „Hier wollte mich jemand zerstören.“

Der Olympiasieger von Barcelona 1992 weiß, dass das Ergebnis seine Unschuld noch nicht beweist – schließlich hätte er sich die Tube zur Vertuschung seines Dopings auch selbst präparieren können. „Jetzt ist mir scheißegal, was einige Leute denken“, sagt er, „ich weiß, wie das Zeug in meinen Körper gekommen ist, den Rest müssen Staatsanwälte ermitteln.“



Ehepaar Baumann: „Hier wollte mich jemand zerstören“

2. Dezember. Baumann stellt bei der Staatsanwaltschaft Tübingen Strafanzeige gegen unbekannt wegen des Verdachts der Körperverletzung. „Die Schlamm-schlacht“, sagt er, „geht weiter.“

Der Sport, urteilt der Mainzer Sportwissenschaftler und IOC-Berater Norbert Müller, „erreicht eine Dimension, die keine Steigerung mehr kennt“ – nur noch vergleichbar mit dem Eisenstangen-Attentat auf die amerikanische Eiskunstläuferin Nancy Kerrigan. Die inkriminierte Zahnpastatube hatte wochenlang in Baumanns Reiseneccessaire gelegen. So war sie auch im Trainingslager in St. Moritz dabei. Damals, Anfang August, tauchten die ersten Dopingspuren in seinem Urin auf. Und wenn die Tube wirklich mittels einer Injektionsnadel manipuliert wurde, kommen zunächst seine Sportkameraden und deren Betreuer in Frage, unter denen der Anti-Doping-Aktivist Baumann nicht nur Freunde hatte.

Klar ist: Der Täter muss über Hintermänner mit exzellentem pharmakologischem Wissen verfügen: „Der Plan“, sagt Baumann, „ist schon fast genialisch.“

3. Dezember. DLV-Präsident Helmut Digel und Dopinganalytiker Schänzer berichten den Fall der Presse. Der Verband kommt vom Regen in die Traufe. Digel: „Ein Problem ist gelöst, ein anderes entstanden.“ Digel findet die Traufe besser: „Der DLV fühlt sich in seiner Anti-Doping-Politik voll bestätigt. Das Kontrollsystem war wirksam.“ Dass Sportler mit krimineller Energie den Verband unterwandern, ist ihm lieber als ein Dopingsystem, das nicht funktioniert.

„Was mich beängstigt, ist die Kriminalität, die jetzt im Raum steht“, erkennt DLV-Vize Heide Ecker-Rosendahl. Denn eins hat Schänzers Forschungsdrang zu Tage gefördert: Entweder ist Baumann ein infamer Schauspieler, der Meideide schwört, um seinen Heldenstatus zu sichern. Oder es gibt einen skrupellosen Verschwörer unter Baumanns Kollegen.

Beides hält der Frankfurter Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter für vorstellbar: „Es gibt schon Rachegefühle, die sehr tief sitzen und zu großem Hass führen können – etwa gegen denjenigen, den man immer als heiliges Gegenbild der eigenen Verderbtheit erleben musste.“ Potenzial für so ein Verhalten will Richter „an den Reaktionen der Sportler im Osten“ gesehen haben: Baumanns positiver Dopingbefund sei „für die eine unglaubliche Entlastung“ gewesen.

Umgekehrt sei es für einen Athleten, „der fast mythisiert ist“, unendlich schwierig zu akzeptieren, den öffentlichen Erwartungen nicht mehr gerecht werden zu können: „So einer ist total gefangen.“

Die Leidenschaft, mit der Baumann das Fair Play pries, hat seine eigene Absturzgefahr potenziert. „Dem Sport“, sagt der Berliner Sportsoziologe Gunter Gebauer, werde von der Öffentlichkeit „ein schlechter Dienst erwiesen, wenn er ständig unter einen ethischen Regenschirm gestellt wird“. Seine Helden müssten dann ja „so clean sein wie eine Nonne“.

Dass der Sport im nahenden dritten Jahrtausend aus dem Fall Baumann ernststen Schaden davonträgt, glaubt Gebauer kaum. So wie viele „in der Erotik im Sport etwas Prickelndes finden“, sei das Profigewerbe jetzt um die Facette des Kriminellen bereichert worden: „Einem bestimmten voyeuristischen Zuschauerinteresse wird das nicht abträglich sein.“

MATTHIAS GEYER, JÖRG KRAMER, FELIX KURZ, UDO LUDWIG

Werbeseite

Werbeseite

RUSSLAND

Bündnis gegen den Westen

Moskau und Teheran demonstrieren den politischen Schulterschluss. Bei einem Blitzbesuch am vorvergangenen Sonntag in Teheran vereinbarte Außenminister Igor Iwanow eine „enge Partnerschaft für das 21. Jahrhundert“. Sehr zufrieden zeigte er sich über Irans Zusage, den Krieg in Tschetschenien als eine innere Angelegenheit Russlands zu betrachten. Iwanow kündigte an, Russland werde ungeachtet amerikanischer Sanktionsdrohungen den umstrittenen Reaktorbau im iranischen Kernkraftwerk Buschehr fortsetzen, ein Projekt im Wert von zwei Milliarden Dollar. Beide Länder wollen zudem ihre „gemeinsamen Interessen im Kaspischen Meer“ verteidigen und sich nicht aus der Kaukasus-Region verdrängen lassen. Dies ist die Antwort auf den gerade erst in Istanbul unterzeichneten Vertrag zwischen der Türkei, Georgien und Aserbaidschan, der den Bau einer Ölpipeline von Baku über Tiflis in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan vorsieht. Der Transport des Kaspis-Öls über Iran oder die Nutzung der bereits vorhandenen Nordroute über Russland wären weit-



Erdölfelder nahe der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku

aus preiswerter, doch die USA wollen Moskaus Einfluss im Kaukasus eindämmen. Wegen der neuen Pipeline haben sich bereits Russlands Beziehungen zu Georgien verschlechtert. Beobachter in Tiflis fürchten, dass Moskau die Lage südlich des Kaukasus zu destabilisieren versucht. Unmittelbar vor dem letzten USA-Besuch von Georgiens Präsident Eduard Schewardnadse war ein Anschlag auf die von Baku in den georgischen Schwarzmeerhafen Supsa führende Pipeline vereitelt worden. Wenn „bestimmte russische Kreise“ die Kontrolle über das aserbaidjanische Öl zu erlangen versuchten, so Schewardnadse, werde er dies „als Aggression“ betrachten.



FRANKREICH

Dialog mit Nationalisten

Nach den spektakulären Bombenanschlägen vorletzte Woche in Ajaccio vollzieht Premierminister Lionel Jospin jetzt eine Kehrtwende in der Korsika-Politik. Der sozialistische Regierungschef lädt erstmals alle Abgeordneten der von Unruhen erschütterten Insel, auch die nationalistischen Vertreter der Partei „Corsica Nazionale“, zu einem offiziellen Gespräch am Runden Tisch in seinen Amtssitz. Bisher hatte die Regierung stets einen Gewaltverzicht als Vorbedingung für die Aufnahme eines Dialogs gefordert. Doch mit Polizei und Jus-



Demonstration gegen Gewalt in Ajaccio

tiz allein lassen sich Recht und Ordnung nicht wieder herstellen. Erst vor kurzem stellte eine Untersuchung des Parlaments fest, dass Korsika seit der Ermordung des Präfekten Claude Erignac 1998 faktisch in einen Zustand der Anarchie abgeglitten sei. Um die Spirale des Terrorismus zu unterbrechen, strebt Jospin eine politische Regelung an – und damit indirekt auch ein Autonomiestatut für die Korsen, die trotz hoher Subventionen aus Paris den französischen Staat oft genug als fremde, repressive Macht erleben. Zu den Attentaten von Ajaccio hat sich inzwischen die bisher nicht in Erscheinung getretene Untergrundorganisation „Clandestinu“ bekannt. In einem Kommuniké droht sie mit weiteren Aktionen, insbesondere mit „Schlägen auf französischem Boden“, wenn Paris nicht bald „ein Zeichen der Öffnung“ gebe.

TSCHETSCHENIEN

„Abgestufte Sanktionen“

Europa-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit, 54, über Moskaus Aggression im Kaukasus

SPIEGEL: Was ist das für ein Krieg, den die Russen in Tschetschenien führen?

Cohn-Bendit: Das ist klar ein Kolonialkrieg. Im Prinzip nichts anderes als das, was die Zaren begonnen haben und was Stalin mit Deportationen fortgeführt hat.

SPIEGEL: Ihr Parteifreund Joschka Fischer zeigt viel Verständnis für das Argument der russischen Regierung, in Tschetschenien gehe es um den Kampf gegen Terroristen.

Cohn-Bendit: Sicher gab es Terror von Tschetschenen, wenn auch bis heute nicht geklärt ist, wer hinter den Anschlägen auf die Zivilbevölkerung steckte. Doch hier wird der angebliche Kampf gegen Terroristen zu innenpolitischen Zwecken missbraucht. In Wahrheit geht es um die Stabilisierung der Machtgruppe in Moskau.

SPIEGEL: Fischer warnt auch davor, dass ein Erfolg der Sezessionisten in Tschetschenien und anderswo zum Zerfall des Riesenreichs führen könnte.

Cohn-Bendit: Keine Politik legitimiert die Vernichtung eines Volkes. Der Kampf gegen Abtrünnige darf doch nicht zur Vertreibung eines ganzen Volkes führen. Die Art, wie Russland mit Tschetschenien umgeht, befördert doch gerade den Sezessionismus: Mit Russen, die sich so gegenüber einem kleinen Volk im Kaukasus benehmen, will doch niemand mehr zusammenleben.

SPIEGEL: Warum kritisiert der Westen Russland nicht heftiger?



Tschetschenische Flüchtlinge



Cohn-Bendit



Palästinenser-Präsident Arafat

PALÄSTINA

Weg zur Tyrannei

Die Verhaftung mehrerer Arafat-Kritiker nährt Zweifel an der Demokratiefähigkeit eines künftigen Palästinenser-Staates. Prominente palästinensische Intellektuelle, darunter Hanan Aschrawi, Edward Said und Heidar Abd al-Schafi,

äußerten sich „alarmiert“ über die Verletzung fundamentaler Rechte durch die Führung in Gaza. Derartige Repressionen, so glaubt Said, stützten nur Gegner, die behaupteten, „die Palästinenser könnten sich nicht selbst regieren“. Aschrawi sprach von einer „gefährlichen“ Entwicklung, vor allem nachdem einer der Oppositionellen, der Arzt Muawija al-Masri, vergangene Woche von drei maskierten Männern vor seiner Haustür angeschossen wurde. Unter den Angreifern erkannte Masri einen Polizisten. In einem Aufruf hatten 20 Kritiker Tyrannei und Korruption in den palästinensischen Behörden angeprangert und Arafat persönlich für den „Ausverkauf der palästinensischen Heimat“ verantwortlich gemacht. Obwohl er den Text nicht unterzeichnet hat, stützt auch Heidar Abd al-Schafi, der 1991 in Madrid die palästinensische Delegation leitete, die Kritik an dem PLO-Chef: „Der Friedensprozess entfernt sich immer weiter von den palästinensischen Interessen, Missmanagement und Korruption blühen. Verantwortlich ist Arafat, denn er entscheidet allein.“ Tatsächlich hielt Arafat einige Dissidenten entgegen Bitten seiner Fatah-Fraktion sogar in Haft. „Die Klagen über Korruption stören ihn wenig“, erläutert Staatsminister Siad Abu Siad, „aber er duldet einfach nicht, dass man ihm Verrat am palästinensischen Volk vorwirft.“ Einige der Verhafteten sollen in ihren Zellen inzwischen „Reue-Erklärungen“ unterschrieben haben.

Cohn-Bendit: Sicher, Russland ist eine Atommacht. Aber: Das Argument, wenn man Russland bedrängt, wird alles noch viel schlimmer, zieht doch nicht. Was soll denn da noch schlimmer werden? Jetzt gar nichts zu machen ist Appeasement-Politik. Wir müssen gegenüber Russland eine Strategie der abgestuften Sanktionen praktizieren.

SPIEGEL: Welche wirksamen Druckmittel gibt es denn?

Cohn-Bendit: Wir müssen die Russen zunächst einmal auf die Einhaltung unterschriebener Verträge verpflichten. Dann sollten wirtschaftliche Sanktionen folgen. EU-Gelder müssen gesperrt werden. Nur so werden die Russen endlich verstehen, dass wir es mit der Kritik an diesem Krieg wirklich ernst meinen. Sie begreifen doch die von uns jetzt geäußerte Kritik als augenzwinkerndes Einverständnis.

SPIEGEL: Ist es nicht sinnvoll, die Zentralregierung in Moskau zu stärken, um verlässliche Ansprechpartner zu haben?

Cohn-Bendit: Putin ist wie Milošević. Wenn Putin wegen des Krieges an der Macht bleibt, dann werden wir die Geister, die er gerufen hat, nie wieder los. Er verkörpert eine neue Dimension barbarischer Herrschaft.

A. SCHWELZEL

KOSOVO

Uno gegen Autoschieber

Um den blühenden Handel mit gestohlenen Fahrzeugen und die chaotischen Verhältnisse auf den Straßen einzudämmen, hat die internationale Uno-Verwaltung im Kosovo jetzt mit der Ausgabe von Nummernschildern mit dem Provinzkürzel KS begonnen. Nicht registrierte Fahrzeuge sollen später beschlagnahmt werden. Bislang fuhrten tausende Albaner ohne Führerschein oder Kfz-Papiere, dafür aber mit Phantasieschildern umher. Die Uno vermutet, dass weit mehr als die Hälfte der Fahrzeuge ohne Zulassung gestohlen sind oder illegal aus dem Nachbarstaat Albanien importiert wurden. Dort, im Armenhaus Europas, fahren etwa eine halbe Million Privatwagen, davon rund 300.000 Mercedes. Albanien ist einer der größten Umschlagplätze gestohlener Fahrzeuge auf dem Balkan. Unklar ist, wie die Uno die Autoschieberei ins Kosovo bei offenen Grenzen und ohne Verkehrspolizisten unterbinden will.

ITALIEN

Europas Minenhund

Rom könne die „Brücke zwischen Libyen und Europa“ sein, prophezeite Italiens Premierminister Massimo D'Alema vorige Woche dem bizarren nordafrikanischen Machthaber Muammar al-Gaddafi. Es war der erste Besuch eines westlichen Regierungschefs in Libyen seit dem 1992 verhängten Flug- und Waffenembargo wegen des Terroranschlags auf ein PanAm-Flugzeug mit 270 Menschen an Bord. Gaddafis Libyen gilt als Auftraggeber, und erst am 5. April dieses Jahres, nachdem zwei mutmaßliche Attentäter der britischen Justiz übergeben worden waren, wurden die Uno-Sanktionen ausgesetzt. Der römische Regierungschef erfüllt mit seinem Besuch den Auftrag der Europäischen Union, diplomatische Pfade durch vermintes Gelände zu suchen – und das nicht zum ersten Mal:

Als der Reform-Mullah Mohammed Chatami zum iranischen Staatspräsidenten gewählt worden war, besuchten ihn zunächst italienische Minister. Und als Abdelaziz Bouteflika im April die Macht in Algerien übernahm, waren erneut Staatsgäste aus Rom unter den ersten Gratulanten. Im Gegenzug wählten Chatami und Bouteflika Italien zum Ziel ihrer ersten Staatsvisiten im Westen. Die italienische Besuchsdiplomatie ist in Brüssel mit Blick auf Washington abgestimmt. Obwohl schnell verärgert, wenn französische oder deutsche Politiker sich in die Problemzonen Nordafrikas oder des Mittleren Ostens vortasten, verzichteten die USA auf Kritik an den Reisen der Italiener. Am Rande des Treffens von D'Alema und Gaddafi wurde denn auch spekuliert, der Revolutionsführer wolle die Wiederaufnahme Libyens in den Kreis geachteter Staaten so schnell wie möglich mit einem West-Besuch vorantreiben – natürlich in Rom.



Türkische Soldaten vor dem Atatürk-Mausoleum in Ankara

TÜRKEI

Rückkehr der Militärs

Zwei pensionierte Generäle haben den Wahlkampf um das Amt des türkischen Staatspräsidenten eröffnet, das im Mai nächsten Jahres neu besetzt werden muss. Dogan Güreş, 73, Generalstabschef von 1990 bis 1994, und Çevik Bir, 60, zuletzt Kommandeur der in Istanbul stationierten Ersten Armee, streben die Nachfolge des seit sechs Jahren amtierenden Präsidenten Süleyman Demirel an. Vor allem Birs Kandidatur birgt politische Brisanz: Der überzeugte Säkularist galt als treibende Kraft hinter dem „kalten Putsch“ vom 28. Februar 1997, mit dem die damalige Armeeführung die Regierung des Islamisten-

chefs Necmettin Erbakan absetzte. Von seinen Gegnern als Antidemokrat beschimpft, verkörpert Bir gleichwohl den Inbegriff eines erfolgreichen türkischen Offiziers, der zudem über internationale Erfahrung verfügt. In den siebziger Jahren diente Bir als Nato-Verbindungsoffizier, 1993 war er Befehlshaber des Uno-Einsatzes in Somalia. Anders als der Parlamentarier Güreş, seit Jahren Mitglied der „Partei des Rechten Weges“, fordert Bir eine Volkswahl des Staatsoberhauptes. Da aber das Parlament den Präsidenten kürt, wäre eine Verfassungsänderung notwendig. Darauf hofft auch Amtsinhaber Demirel. Der 75-Jährige will seine auf sieben Jahre begrenzte Amtszeit verlängern und weiter als Vermittler zwischen Laizisten und Islamisten wirken.



Protestanten-Treffen des Oranier-Ordens in Portadown (1998), nordirische Regierungschefs Mallon, Trimble: „Gewaltiges Ereignis an

NORDIRLAND

Todfeinde im Kabinett

Nach 27 Jahren hat die britische Krisenprovinz wieder eine eigene Regierung. Doch der Frieden zwischen Protestanten und Katholiken bleibt gefährdet. Noch dominiert auf beiden Seiten das Misstrauen, und die IRA zögert mit der Ablieferung ihrer Waffen.

Als Martin McGuinness am Montag vergangener Woche im Parlament von Stormont hoch über Belfast zum Minister für Bildung ernannt wurde, fingen etliche Protestanten auf der Zuschauertribüne an, wütend zu zischen und zu pfeifen. Dies hatte weniger damit zu tun, dass der katholische Politiker schon mit 15 Jahren die Schule ohne Abschluss abgebrochen und eine Fleischerlehre begonnen hatte, sondern mit seiner späteren Karriere: McGuinness, 49, war in den siebziger Jahren zum militärischen Strategen und Kommandeur der Irish Republikanischen Armee (IRA) aufgestiegen.

Auch wenn drei radikal-protestantische Abgeordnete des nordirischen Regionalparlaments aus Protest den Saal verließen, konnten sie die lang erhoffte Bildung einer Mehrparteienregierung nicht mehr ver-

hindern. David Trimble, Friedensnobelpreisträger und Vorsitzender der stärksten Partei, der Ulster Unionist Party, hatte die Blockade durchbrochen.

601 Tage nach dem Abschluss des Belfast-Friedensabkommens verfügt die britische Provinz, die 27 Jahre direkt von London aus verwaltet wurde, wieder über eine eigene Regierung. In ihr sind – entsprechend dem Ergebnis der Regionalwahlen vom Sommer 1998 – sechs Katholiken und sechs Protestanten vertreten: ein „riesiger Schritt vorwärts“ im zähen Friedensprozess, so Premierminister Tony Blair.

Am Donnerstag vergangener Woche strich dann auch das irische Parlament in Dublin jene zwei Artikel aus der Verfassung, nach denen die Republik Irland Anspruch auf die britische Provinz im Norden der Insel erhob. Und am selben Tag be-

nannte die IRA einen Verantwortlichen für die Verhandlungen über eine Räumung ihrer Waffenlager.

Als „gewaltiges Ereignis an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend“ feierte der britische Nordirlandminister Peter Mandelson den Durchbruch von Belfast. Das häufig missbrauchte Prädikat „historisch“ war diesmal angebracht. Noch vor wenigen Wochen wollte kaum ein Unionist auch nur mit der Möglichkeit rechnen, die IRA könne freiwillig ihre Waffen abliefern. Umgekehrt glaubten nur die wenigsten Republikaner, dass die Protestanten wirklich bereit seien, die Macht in der Provinz zu teilen.

Nach einem Vierteljahrhundert Bürgerkrieg zwischen der protestantischen Mehrheit und der katholischen Minderheit, der über 3600 Menschen das Leben kostete,



der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend“



IRA-Anschlag in Belfast (1997): Erfolg mit Bomben

handelt es sich bei der neuen Regierung allerdings um eine ebenso fragile wie delikate Allianz.

McGuinness etwa ist in der Bogside aufgewachsen, einem katholischen Arbeiterviertel von Londonderry, dessen Bewohner ihr Quartier 1969 zur befreiten Zone erklärten und drei Jahre lang kontrollierten. Derry, wie die Katholiken die Stadt nennen, war im Januar 1972 Schauplatz des „Bloo-

dy Sunday“, als die britische Armee das Feuer auf wehrlose Demonstranten eröffnete und 13 Menschen zum Teil hinterrücks erschoss.

Obwohl McGuinness sich zu seiner Vergangenheit im Untergrund nicht äußert, gehen Experten davon aus, dass er wenig später jene Bombenserie plante, mit der die IRA das Zentrum seiner Heimatstadt in Schutt und Asche legte. Kaum hatte er sich jetzt in seinem Arbeitszimmer eingerichtet, da marschierten bereits

protestantische Schüler zu Demonstrationen gegen ihn auf. Nur sieben Prozent aller Kinder besuchen in der vom Religionsstreit zerrissenen Provinz überkonfessionelle Schulen.

Als das Kabinett sich dann zu seiner ersten regulären Sitzung traf, mochten zwei protestantische Minister ihrem einstigen Todfeind noch nicht persönlich begegnen. Besonders für Nigel Dodds, 40, war es of-

fensichtlich unerträglich, auf McGuinness zu treffen.

Sozialminister Dodds, der seine Karriere als Mitarbeiter des protestantischen Pastors und Scharfmachers Ian Paisley begann, entging im Dezember 1996, als er seinen lebensgefährlich erkrankten Sohn im Hospital besuchte, nur knapp zwei IRA-Killern. Die hatten auf der Suche nach Dodds dessen Leibwächter angeschossen und dann ihr Vorhaben abgebrochen.

Die Belfast Mehrparteienregierung unter Trimble und seinem katholischen Stellvertreter Seamus Mallon vereint zehn Männer und zwei Frauen, von denen viele sich bis vor kurzem als unversöhnliche Gegner gegenüberstanden. Hass, abgrundtiefes Misstrauen, Sturheit, Selbstgefälligkeit und Fanatismus sind auf beiden Seiten gleichermaßen tief verwurzelt; auf dem Friedensprozess und seinen Akteuren lasten die langen Schatten von 800 Jahren Streit zwischen Briten und Iren.

Erst Ende der achtziger Jahre hatte die Regierung in London akzeptiert, dass die IRA mit militärischen Mitteln nicht auszuschalten war. Während Premierministerin Margaret Thatcher die Untergrundtruppe noch mit eiserner Faust bekämpfen ließ, begann ihr Nachfolger John Major Gespräche mit Sinn Fein, dem politischen Arm der Republikaner. Tony Blair setzte nach seinem Wahlsieg im Mai 1997 die Suche nach einer politischen Lösung fort und schaltete sich immer wieder persönlich in die Verhandlungen ein.

Es dauerte bis zum Karfreitag 1998, bis die verfeindeten Parteien sich auf das Belfast Abkommen verständigten. Und bei einem Referendum im Mai vergangenen Jahres zeigte sich, dass auch 71 Prozent der stimmberechtigten Nordiren die Gewaltspirale endlich durchbrechen wollten.

Bei der Umsetzung des Abkommens tauchten allerdings sofort neue Schwierigkeiten auf. Während die Protestanten mit dem Slogan „No guns, no government“ die Abrüstung zur Voraussetzung für eine Regierungsbildung machten, wollten sich die Vertreter von IRA und Sinn Fein nicht so ohne weiteres von ihren Waffen trennen. Zu sehr sind die Katholiken davon überzeugt, dass der jetzt erreichte historische Neuanfang nur ihrem bewaffneten Kampf zu verdanken ist.

Nach 15-monatigem fruchtlosem Gezerre um die Verwirklichung des Karfreitagsabkommens begann US-Vermittler George Mitchell im Juli eine neue Vermittlungsmission. In zahllosen Gesprächsrunden versuchte der stets lächelnde Ex-Senator das Misstrauen abzubauen und bediente sich dabei auch schon mal unkonventioneller Ideen.

Nach einem offiziellen Verhandlungstag bestellte er die überraschten Kontrahenten abends zum Dinner ein. Dort plauderte man übers Fischen, die Familie und Kultur – nur Diplomatisches war strikt unter-

sagt. Das Eis begann zu schmelzen, notierte das „Time Magazine“: „Am nächsten Tag waren die Diskussionen viel produktiver.“ Schließlich erklärten die Vertreter von Sinn Fein und IRA, dass sie einen Verantwortlichen für die Übergabe der Waffen benennen würden, sobald die Mehrpartei-Regierung ihre Arbeit aufnehme.

Anders als früher vertraute Regierungschef Trimble diesmal den Absichtserklärungen der Republikaner. Angesichts des Risikos, das er damit eingeht, feierte der Londoner „Independent“ sein Entgegenkommen als „heroisch“.

Gleichzeitig ist klar, dass es angesichts der über Generationen kultivierten Feindschaft zwischen protestantischen und katholischen Politikern in Nordirland einem Wunder gleichkäme, wenn in den nächsten Monaten nicht neue Probleme und Hindernisse auftauchten. Sowohl für die Parteivorsitzenden als auch die Mitglieder des Kabinetts sind dabei die Hardliner in der jeweils eigenen Partei die schwierigsten Widersacher.

Trimble konnte am vorvergangenen Wochenende nur etwas mehr als die Hälfte der 829 Delegierten davon überzeugen, den Kompromiss mit Sinn Fein abzusegnen. Der in der eigenen Partei umstrittene Unionisten-Chef, bis Mitte der neunziger Jahre noch selbst ein Hardliner, erhielt die Mehrheit dank eines trickreichen Zugeständnisses. Er erklärte seinen Parteifreunden, dass er sein Rücktrittsschreiben bereits abgefasst habe – für den Fall, dass die IRA nicht bis zum Februar einen beträchtlichen Teil ihres Kriegsgeräts herausrücke.

Da wird er um sein Amt zittern müssen. Denn trotz ihres seit zwei Jahren anhaltenden Waffenstillstands soll die IRA noch immer über ein imposantes Arsenal verfügen.

In verschiedenen Depots diesseits und jenseits der Grenze zur Republik Irland ruhen wohl bis zu drei Tonnen tschechischer Semtex-Sprengstoff, mehrere hundert Schnellfeuergewehre, aber auch sowjetische Luftabwehrraketen und Raketenwerfer. Der Treulosigkeit des einstigen IRA-Verbündeten Muammar al-Gaddafi ist es zu verdanken, dass Umfang und Ausstattung des Waffenvorrats relativ genau bekannt sind: Die Untergrundkämpfer können deshalb nicht nur ein paar rostige Antiquitäten abliefern.

Der libysche Diktator ließ den nordirischen Guerrilleros Mitte der achtziger Jahre tonnenweise Kriegsgerät zukom-

men. Doch bedachte er später auch den britischen Geheimdienst mit einer detaillierten Aufstellung des gelieferten Materials.

Da die IRA sich weigert, ihre Waffen an die alten Feinde, die von Protestanten beherrschte nordirische Polizei oder die britische Armee, zu übergeben, sucht die Abrüstungskommission unter Leitung des kanadischen Generals John de Chastelain nach anderen Wegen. Möglicherweise wird das Kriegsgerät einfach an Ort und Stelle mit Beton übergossen.

Alle Kämpfer werden ihre Kalaschnikows ohnehin kaum abliefern. Voriges Jahr hat sich eine kompromissunwillige Gruppe abgespalten und aus dem Friedensprozess verabschiedet. Im August vergangenen Jahres kamen in Omagh bei einem Bombenanschlag der fanatischen Truppe 29 Menschen ums Leben. Zwar halten sich die Dissidenten in der „Wahren IRA“ seitdem mit Aktionen zurück, doch ihre Stärke wird von Experten auf bis zu hundert Mann geschätzt.

Der Sinn-Fein-Vorsitzende Gerry Adams und Minister McGuinness stehen vor der schwierigen Aufgabe, die übrigen Kämpfer davon zu überzeugen, dass sich die Ziele der Republikaner auch mit friedlichen Mitteln erreichen lassen. Zwar haben die beiden die Vision einer schnellen Wiedervereinigung mit dem prosperierenden Irland zunächst zurückgestellt. Doch hoffen sie weiter darauf, den Zusammenschluss irgendwann mit demokratischen Mitteln erreichen zu können.

Nachdem Trimble ihnen jetzt beim Zeitplan für die Entwaffnung entgegengekommen ist, müssen die Republikaner allerdings tatsächlich abrüsten, oder sie verspielen ihre mühsam erworbene Glaubwürdigkeit. Und die Geduld mit den Politikern der nicht nur wirtschaftlich zurückgebliebenen Provinz von 1,7 Millionen Einwohnern ist begrenzt. Die Regierenden in Dublin und London sind des anachronistischen Streits schon lange überdrüssig.

Dass der von Fanatikern auf beiden Seiten geführte Konflikt Außenstehenden kaum noch zu vermitteln war, wussten die Kombattanten selbst am besten. „Diejenigen, die verstehen, brauchen keine Erklärung“, lautete ein bekanntes Graffito an der von Katholiken bewohnten Falls Road. „Und denen, die nicht verstehen, lässt es sich nicht erklären.“

MICHAEL SONTHEIMER



Katholik McGuinness



Protestant Dodds

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Die Erweiterung begrenzen“

EU-Kommissar Chris Patten über das Gipfeltreffen von Helsinki, über die Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa sowie die künftigen Aufgaben einer eigenständigen europäischen Streitmacht

Der Brite Patten, 54, war von 1992 bis 1997 letzter Gouverneur von Hongkong.

SPiegel: Herr Patten, laut Präsident Prodi ist die EU-Kommission eine Art europäische Regierung. Sehen Sie sich als Außenminister der EU?

Patten: Ich bin der Kommissar für auswärtige Beziehungen, was nicht ganz dasselbe ist. Wir sind hier dabei, etwas Neues aufzubauen. Javier Solana spricht als Hoher Repräsentant des Rats für die EU-Außenminister und ist besonders involviert bei Sicherheitsfragen. Er sitzt auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Ich sitze hier als Verantwortlicher für die Koordination der außenpolitischen Zuständigkeiten innerhalb der Kommission.

SPiegel: Kissinger hat immer gefragt, wo denn das Telefon in Brüssel stünde, auf dem er einen Ansprechpartner erreichen würde. Steht das jetzt bei Solana?



EU-Kommission in Brüssel: „Wir werden Europas Quartiermeister sein“



Kommissar Patten: „Sinn für Dringlichkeit“

Patten: Diese Frage von Henry Kissinger war immer schon leicht unfair. Denn man hätte in den letzten 30 Jahren genauso oft umgekehrt fragen können: Wo ruft man an, wenn man herausfinden will, was in Washington los ist? Hier steht auch ein Telefon, bei dem ich gelegentlich den Hörer abnehme, weil US-Außenministerin Madeleine Albright mit mir sprechen will.

SPiegel: Die Kommissare Verheugen und Lamy haben fest umrissene Kompetenzen für die Erweiterung der Gemeinschaft oder den Welthandel. Sind Sie mehr der Kommissar für Besuche und Händeschütteln?

Patten: Das kann ich nicht so stehen lassen. Ich bin für das Jahresbudget unserer Hilfs-

programme in Höhe von drei Milliarden Euro verantwortlich, für unsere Ausgaben auf dem Balkan, in Russland, den GUS-Staaten, in Lateinamerika und Asien.

SPiegel: Sehen Sie die EU als Weltmacht mit eigener Währung, gewaltigem wirtschaftlichem Potenzial und demnächst auch mit eigener Armee?

Patten: Sie fragen, ob es der Welt besser ginge, wenn Europa sein Gewicht in internationalen politischen und Sicherheitsfragen so kraftvoll geltend machen würde, wie wir das bei der humanitären Hilfe tun? Die Antwort lautet klar: Ja.

SPiegel: Die Staats- und Regierungschefsassen in dieser Woche in Helsinki weitreichende Beschlüsse zur Erweiterung der Gemeinschaft. Wird die EU nicht zu groß, zu ineffizient?

Patten: Es ist ein interessantes Paradox, dass es heute mehr Nationalstaaten in Europa gibt als jemals zuvor, dass aber die überwältigende Mehrheit von ihnen Mitglied der EU werden möchte. Die Erweiterung ist nicht nur eine ökonomische und

strategische Frage, sondern auch eine moralische. Die EU hat sich sehr schnell geöffnet für Spanien, Portugal und Griechenland, nachdem dort die faschistischen Regierungen verschwunden waren. Wir sollten dieselbe Großzügigkeit und den gleichen Sinn für Dringlichkeit bei den Staaten in Mittel- und Osteuropa haben.

SPiegel: Soll das heißen, jedes Land, das seinen Diktator los wird, hat ein moralisches Recht, der EU beizutreten?

Patten: Nein, das nicht. Die Erweiterung muss begrenzt werden, sonst haben wir eines Tages den EU-Kandidaten Japan.

SPiegel: Wo soll Europa Ihrer Ansicht nach enden?

Patten: Wir müssen unterscheiden zwischen dem Streben, Mitglied der EU werden zu wollen, und dem Streben, als Teil der europäischen Familie angesehen zu werden. Ich habe einige Zeit darauf verwendet, dies zum Beispiel Ministern aus der Ukraine zu verdeutlichen.

SPiegel: Gilt Ihre Einschränkung auch schon für jene Gruppe der Kandidatenländer, mit denen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in Helsinki beschlossen werden soll?

Das Gespräch führten die Redakteure Siegesmund von Ilsemann und Dirk Koch.

Patten: Unter den Kandidaten-Ländern gibt es kaum eines, das die festgelegten Beitrittskriterien nicht fast erreicht. Für einige auf der Liste wird es schwierig werden. Wenn wir die Europäische Union in der Amtszeit dieser Kommission erweitert haben ...

SPIEGEL: ... was sich auf jene Staaten beschränken dürfte, mit denen die Verhandlungen bereits laufen, also Polen, Ungarn, Tschechien, Estland und Slowenien.

Patten: Nicht unbedingt. Ich hoffe auf eine größere Zahl, auch wenn man noch nicht sagen kann, wie viele. Danach muss erstmal für lange Zeit Schluss sein. Dann müssen wir uns auf die Debatte konzentrieren, wo wirklich die Grenzen der EU sind.

SPIEGEL: Die EU gaukelt der Türkei seit 36 Jahren vor, sie könne Vollmitglied werden, und jetzt in Helsinki fährt man darin fort. Warum sagt man der Türkei nicht offen, selbst wenn sie alle Aufnahmekriterien hundertprozentig erfüllt, kann sie nie Vollmitglied werden, da 63 Millionen Türken die Balance in der EU zerstören würden?

Patten: Das ist eine andere Art, die tückische Frage zu stellen: Wann haben Sie aufgehört, Ihre Frau zu schlagen? Die Kommission hat vorgeschlagen, die Türkei als Kandidaten anzuerkennen. Aber vor dem Start von Verhandlungen müssen dort noch viele politische Veränderungen erfolgen.



Russische Soldaten, Gefallene*: „Zu lange im Geschäft“

Patten: Ich hoffe sehr, dass die EU-Streitmacht noch in der Amtszeit dieser Kommission einsatzbereit ist. Viel schneller können wir den nichtmilitärischen Teil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik voranbringen. Wären wir hier effizienter gewesen, hätte uns das 19 Milliarden Euro gespart, die wir in den letzten Jahren auf dem Balkan für wirtschaftlichen Wiederaufbau ausgegeben haben.

SPIEGEL: In dem Entwurf für die Entschließung des Helsinki-Gipfels steht, dass sich die Europäische Union das Recht vorbehalte, militärisch zu intervenieren „in Antwort auf internationale Krisen“. Was soll das heißen?

Patten: Sie sprechen von einer autonomen Kapazität der EU, wo die Nato als Ganzes nicht eingreifen möchte. Ich möchte für keinen Teil der Welt Katastrophen vorhersagen und blicke deshalb zurück. Anfang der neunziger Jahre wäre es sinnvoll gewesen, wenn

Europa eine Möglichkeit zur Intervention in Bosnien-Herzegowina gehabt hätte, selbst wenn die Allianz als Ganzes es nicht gewollt hätte.

SPIEGEL: Sollte eine EU-Armee auch bei Krisen wie in Ruanda oder Osttimor intervenieren, wie Solana das wohl anstrebt?

Patten: Vielleicht mit Elementen einer solchen Armee. Was man unbedingt bräuchte, um ein „Rapid Reaction Corps“ zum Beispiel in Osttimor einzusetzen, ist die entsprechende Lufttransportkapazität.

SPIEGEL: Wie steht es mit Tschetschenien?

Patten: Ich bin schon zu lange im politischen Geschäft, um jetzt nicht laut über eine europäische Intervention in Tschetschenien nachzudenken. Herrn Iwanow würde das wahrscheinlich gar nicht gefallen.

SPIEGEL: Sollte die EU-Kommission auch das Recht haben, bei militärischen Entscheidungen des Rats beteiligt zu sein?

Patten: Die Kommission muss bei den politischen Diskussionen dazu ein Mitspracherecht erhalten. Aber ich glaube nicht, dass die Kommission an der Militärplanung beteiligt sein wird. Wir werden so etwas wie ein Quartiermeister sein, der ja auch Wichtiges zum Gelingen einer Operation beizutragen hat.

SPIEGEL: Können Sie sich vorstellen, dass auch De-

mokratien im nächsten Jahrhundert noch gegeneinander Krieg führen?

Patten: Es gibt leider auch schlechte Demokratien, die den demokratischen Apparat benutzen und dennoch aggressiv sind. Demokratie allein reicht nicht aus, um Kriege zu verhindern. Auch freie Marktwirtschaft allein ist nicht genug; man braucht Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Gerichte, eine nicht korrupte Polizei.

SPIEGEL: Dennoch haben auch funktionierende Demokratien ihre jeweiligen Interessen, die zum Krieg führen könnten.

Patten: Man kann nicht mehr sagen, dass es keinen Krieg zwischen Ländern gibt, in denen es einen McDonald's gibt. Das Bonmot des „New York Times“-Kolumnisten Tom Friedman wurde auf dem Balkan schnell widerlegt. Und es ist nicht unmöglich, dass auch Demokratien sich bekämpfen werden, aber ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass liberale Demokratien sich bekämpfen werden.

SPIEGEL: Hängt es vom Bestand der EU ab, ob es in Europa noch einmal Krieg geben könnte?

Patten: Ich glaube, dass das Europa des nächsten Jahrhunderts wahrscheinlich viel mehr dem des Mittelalters ähneln wird, als es Städte und das Hinterland gab und Grenzen nicht so wichtig waren. Mich lässt aber auch die Ähnlichkeit zwischen der Situation am Ende des letzten und der Situation am Ende dieses Jahrhunderts nicht los. Am Ende des 19. Jahrhunderts war man allgemein der Auffassung, dass der Frieden in Europa gesichert sei. Die zwei großen prägenden Ideen des 19. Jahrhunderts, Kapitalismus und Demokratie, hatten in Europa ein Leben in Freiheit ermöglicht. Nach dem Fall der Berliner Mauer habe ich manchmal das Gefühl, dass jetzt die ideologische Argumentation beendet ist und wieder das Gleiche wie damals gesagt wird. Wir dürfen nicht selbstgefällig werden.

SPIEGEL: Herr Patten, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Außenminister Fischer, Beitrittskandidaten*: „Großzügig sein“

Darüber hinaus kann und möchte ich auch nichts sagen.

SPIEGEL: Warum belässt man es nicht dabei, einen Wirtschaftsraum Mittelmeer zu schaffen mit einer sehr starken Rolle für die Türkei?

Patten: Bis zum Jahr 2010 streben wir eine Freihandelszone rund ums Mittelmeer an. Aber Sie werden nicht viele Politiker finden, die das für realistisch halten. Ich möchte dazu beitragen, dass wenigstens dieses Ziel realistischer wird.

SPIEGEL: In Helsinki wird wahrscheinlich auch über die EU-Armee entschieden, die dem Rat zugeordnet wird.

* Oben: in Tschetschenien am 29. November; unten: Regierungschefs Mikuláš Dzurinda (Slowakei), Miloš Zeman (Tschechien), Jerzy Buzek (Polen), Viktor Orbán (Ungarn) am 10. November in Berlin.



Nationalversammlung in Kuwait: Demokratische Reformen vorbereitet

KUWEIT

Verrat am Islam

Die Herrscherfamilie des Emirats will versprochene Liberalisierungen einlösen – und legt sich mit konservativen Eiferern an.

Zur Eröffnungssitzung des neu gewählten Parlaments zeigte sich der Emir entgegenkommend wie selten. Seine Regierung streckte die Hand zur Zusammenarbeit aus, verkündete Kuweits Herrscher Dschabir al-Achmed al-Sabbah, 71, großmütig, und er erwarte, dass sie auch ergriffen werde. Die Hoffnung erfüllte sich nicht, im Gegenteil.

Nur wenige Monate nach der versöhnlichen Geste bahnt sich zwischen Staatsoberhaupt und Volksvertretern erneut einer jener Konflikte an, die schon dreimal zur Auflösung der Nationalversammlung geführt hatten.

Mit knapper Mehrheit lehnten die 65 Mitglieder des Madschlis al-Umma in der vergangenen Woche ein Lieblingsprojekt des Regimes ab, mit dem das Öl-Reich zu einem Vorreiter für Liberalität am Golf avanciert wäre: das aktive und passive Wahlrecht für Frauen.

Die Chancen für einen Einzug weiblicher Volksvertreter in die Nationalversammlung hatten nicht schlecht gestanden, weil der Emir persönlich die in der kuweitischen Männergesellschaft unpopuläre Initiative förderte. Für den vergleichsweise fortschrittlichen Herrscher sollte der Versuch, die Frauen politisch aufzuwerten und in

einer späteren Phase sogar den Männern gleichzustellen, lediglich der Auftakt für ein viel ehrgeizigeres Projekt sein – der Demokratisierung seines Wüstenreichs.

Den überraschenden Schritt hatte der Scheich in monatelangen geheimen Palavern, den meist im traditionellen Schneidersitz geführten „Diwanijas“, mit Vertrauten vorbereitet. Aus dem Libanon, Ägypten und Tunesien waren Staatstheoretiker nach Kuwait geladen worden, um über die politische Zukunft zu beraten. „Der Durchbruch war unglaublich“, berichtet ein Berater des Emirs von den Reformgesprächen.

Die Teilhabe an der Macht gibt der Herrscher nicht ohne Kalkül ab. Durch seine Öffnungspolitik will der Scheich das langfristige politische Überleben der Sabbahs absichern, das durch Islamisten und konservative Beduinen ebenso unter Druck geriet wie durch westlich inspirierte Liberale. Vom großen Waffenbruder USA wurde der Herrscher schon nach dem Golfkrieg zu politischen Reformen gedrängt.

Muslimische Schriftgelehrte verdamnten den Vorstoß als „Verrat am Islam“ und forderten mit Erfolg die Ablehnung des Gesetzes, zum Verdross der Frauen auf der Parlamentstribüne. Tatsächlich haben sich viele Kuweiter noch immer nicht aus der überkommenen Beduinengesellschaft gelöst, in der Gleichberechtigung als Zeichen westlicher Verderbtheit gilt.

Bestärkt durch ihren Sieg, stellten die Konservativen neue Forderungen: Sie verlangten ein Berufsverbot für Frauen im Öffentlichen Dienst und eine Verschärfung der Pressezensur zum Schutz der Bevölkerung vor „nicht-islamischen Gedanken aus dem feindlichen Ausland“ – etwa dekadenten Emanzipationsforderungen.



Besucherinnen im Parlament*

* Während der Abstimmung am vergangenen Dienstag.

VOLKHARD WINDFUHR



FOTOS: AP

Demonstration während des WTO-Gipfels: Über den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts brach das erste große Gewitter herein

GLOBALISIERUNG

Schlaflos in Seattle

In der Heimatstadt von Bill Gates entlud sich die Angst vor einem schrankenlosen Welthandel in Protesten und Krawall. Braucht der Markt neue Spielregeln?

Bill Gates ist das Böse. Auf der „Pyramide des Reichtums und der Ausbeutung“, die Demonstranten vor dem Kongresszentrum von Seattle aufgestellt haben, schwebt der reichste Mensch der Welt ganz oben, noch über Gott. Der Gründer von Microsoft dient den Protestlern als Synonym für all das, was sie dem Kapitalismus vorwerfen: „Gier“, „Rassismus“, „Mord“, „Hass“, sogar „Völkermord“ haben sie auf die Pyramide gepinselt.

Das Bild, das dort gezeichnet wird, ist simpel: An der Spitze sind die Konzerne, die Waffenhändler, die Reichen; ganz weit unten, in gebeugter Haltung, schuftet die Arbeiterklasse und, sozusagen als Bodensatz, leiden die Umwelt und das Vieh.

Es ist ein buntes Volk, das den Mächtigen der Welt an diesem verregneten Morgen die Stirn bietet: Die Demonstranten, insgesamt fast 50 000, haben sich als Schildkröten oder Schmetterlinge kostümiert oder beschwören auf Regenmänteln den „Protest des Jahrhunderts“. Farmer aus dem Mittleren Westen der USA sind ebenso dabei wie Regenwald-Schützer aus Frankreich, Greenpeace-Aktivisten aus Lateinamerika und Chinesen, die für Tibets Freiheit kämpfen.

Schüler und Studenten skandieren den Namen jener Organisation, den einige,

wie sie selber zugeben, vor kurzem noch gar nicht kannten: „Hey, hey, ho, WTO has to go!“ Weg mit der Welthandelsorganisation!

Ein paar Meter weiter, hinter quer gestellten Bussen, die als Barrikade dienen, beäugen Polizisten in Kampfuniform das Spektakel. Sie schützen das Gebäude, in dem zur Stunde eigentlich die WTO-Konferenz eröffnet werden soll. Doch die



US-Präsident Clinton
„Millionen Menschen stellen Fragen“

feierliche Zeremonie scheidet an jenen, die sich vor den Eingängen aneinander gettet haben.

Das globale Dorf im Belagerungszustand: Ausgerechnet in jener Metropole, die wie keine andere in den USA für den weltumspannenden Handel mit Waren, Dienstleistungen und Software steht, in der Heimat von Microsoft und Boeing, manifestierte sich vergangene Woche das wachsende Unbehagen gegen die Globalisierung.

Schon vor der WTO-Konferenz hatte der britische „Economist“ einen „Storm over Globalisation“ ausgemacht. Doch die Delegierten aus 135 Ländern, die in langen, schlaflosen Nächten über die künftigen Spielregeln des Welthandels debattierten, über Landwirtschaft, Biotechnologie und E-Commerce, erlebten mehr als nur ein paar Sturmwolken. In Seattle brach über den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts das erste große Gewitter herein.

Die Demonstranten der vergangenen Woche, urteilte US-Präsident Bill Clinton, „stehen stellvertretend für Millionen Menschen, die Fragen stellen“; der globale Kommerz könne „nicht länger eine Domäne für Minister, Staatschefs und Vorstandsvorsitzende“ sein. Und Kofi Annan, der Chef der Vereinten Nationen, mahnte, dass sich viele Menschen angesichts des rasanten Wandels im Welthandel und in der Informationstechnologie „verletzbar und verloren fühlen“.

Auch Bundeswirtschaftsminister Werner Müller bekannte, dass er für die Anliegen, die zehntausende von Gewerkschaftern in Seattle vertraten, „grundsätzlich Verständnis“ habe. Fassungslos verfolgte Müller indes die Krawalle, die stattdessen das Bild der Konferenz prägten. Stundenlang war er in seinem Hotel eingeschlossen, während draußen Müllcontainer brannten

Werbeseite

Werbeseite

und Tränengas und Pfefferspray durch die Luft trieben.

Die Chaos-Tage von Seattle begannen am Dienstagmorgen. Ein paar dutzend Krawallmacher, ausgestattet mit Springerstiefeln und Gasmasken, heizten die Atmosphäre an, doch die Lust auf Randalie erfasste schnell auch ganz normale College-Kids. Wie in den Sechzigern sei es zugegangen, erinnerte sich ein Mittfünfziger im lokalen Fernsehen, wie an der kalifornischen Universität von Berkeley während des Vietnamkriegs.

Der Unmut der Teens und Twens richtete sich gegen die Symbole des globalen Kapitalismus: Als erstes zerschmetterten sie Fenster bei McDonald's und Nike. Später plünderten sie ein Café der Starbucks-Kette, deren Chef Howard Schultz von Seattle aus ein weltweites Imperium mit über 2000 Filialen aufgebaut hat. Dass Starbucks tausende neuer Jobs geschaffen hat, schien die Protestler nicht zu stören; auf einer heil gebliebenen Scheibe verkündete ein Aushang noch: „Wir stellen ein!“

Die amerikanische Staatsmacht schlug erbarmungslos zurück. Und aus seinem Hotelzimmer im 19. Stock des Cavanaugh-Hotel konnte der deutsche Wirtschaftsminister verfolgen, wie das vor sich ging. Als unten ein Straßenblock abriegelt wurde, marschierten maskierte Ordnungshüter in Zweierreihen auf, dazwischen ein paar dutzend Demonstranten. Scheinbar wahllos stürmten die Cops dann auf einzelne Personen zu und langten mit Schlagstöcken hin.

In Seattle galt der Ausnahmezustand. Mehrere hundert Menschen wurden verhaftet. Stolz verkündete der Bürgermeister, man habe in einem Wohnhaus auch den Kern der Randalierer ausgemacht: ein Haufen „Anarchisten“ aus dem US-Staat Oregon, welche die Innenstadt mit ihrem Anarcho-„A“ besprüht hatten.

Die Polizei nahm aber auch dutzende von Globalisierungsgegnern fest, die friedlich protestieren wollten. Victor Menotti etwa, als Beobachter offiziell bei der Tagung akkreditiert, wurde verhaftet, als er das Kongresszentrum verließ, um vor der Absperrung einige Mitstreiter vom „International Forum on Globalization“ über den Stand der WTO-Verhandlungen zu informieren. Der Vorwurf gegen Menotti: „Auführerei“.

Schnell fiel den Anti-Globalisierungs-Aktivisten die Rolle politischer Märtyrer zu, und sie nahmen diese dankbar an. Einer ihrer Vordenker, der Verbraucheranwalt Ralph Nader, schrieb dem amerikanischen Präsidenten sogar einen offenen Dankes-

brief: „Was für ein Unterschied für Sie und Ihre Regierung, Herr Präsident!“ Das „politische Klima“ in den USA habe sich durch Seattle gewaltig verändert.

Nader hatte einst „Public Citizen“ gegründet, jene Bürgerrechtsbewegung, der es im Frühjahr 1998 gelungen war, gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen, kurz: NGOs, das Multilaterale Investitionsschutz-Abkommen zunächst zu kippen; es sollte Investitionsregeln festlegen und den staatlichen Einfluss auf Investoren schmälern. Ermuntert durch

den freien Warenverkehr mit dem Reich von Fidel Castro.

Doch es bildeten sich in Seattle auch ganz unerwartete Allianzen heraus. Als etwa Michael Windfuhr, Chef der Nord-Süd-Organisation „Germanwatch“, mit Ludolf von Wartenberg, dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in einer Podiumsdiskussion über den Welthandel stritt, entdeckten die Kombattanten zunächst einmal viele Übereinstimmungen. Beide warnen davor, die WTO-Verhandlungen zu überfrachten und dadurch „eine neue Weltregierung“ zu schaffen. Beide erregten sich auch über die schädlichen Subventionen für die europäischen Landwirte; stattdessen, so lautete die gemeinsame Forderung, sollten die Agrarmärkte umfassend liberalisiert werden.

Beruhigt vermerkten die Globalisierungsskeptiker im Publikum, dass trotz aller Gemeinsamkeiten wenigstens die Argumente, die zum gemeinsamen Ziel führten, höchst unterschiedlich waren. Während Wirtschaftslobbyist Wartenberg die Agrarsubventionen in erster Linie als Hindernis für einen generellen Zollabbau sah, verwies Windfuhr eher auf die Nachteile der Bauern in der Dritten Welt durch Schutzzölle der Europäer.

Windfuhr mahnte die Regierungen deshalb zu mehr „Sorgfalt“. Vor allem forderte er, ähnlich wie die Vertreter anderer Interessengruppen, „aus dem rasanten Prozess der Globalisierung das Tempo herauszunehmen, damit die Menschen die Chance haben, mithalten zu können“.

Doch genau diesen Gefallen werden ihm die Protagonisten des schrankenlosen Kommerzes wohl kaum tun. So durfte die deutsche Verhandlungsdelegation, als sie während der WTO-Konferenz die Zentrale von Microsoft besuchte, einen kurzen Blick in die globale Zukunft werfen. Und die verheißt vor allem eines: Tempo, Tempo, Tempo.

Da schwärmten die Microsoft-Techniker von Computern, deren Leistungsfähigkeit sich alle 18 Monate verdoppelt, und die Software-Ingenieure erzählten von hochkomplexen Programmen, die sie im Dienste von Bill Gates entwickeln wollen. „90 Prozent der Möglichkeiten liegen noch vor uns“, orakelte Thomas Koll, Vizepräsident des Bereichs Network Solutions bei Microsoft. Es werde Millionen Geräte geben, „die denken können“ und ihre Intelligenz aus dem Internet herunterladen.

Das alles, so Koll, werde die globale Wirtschaft „auch weiterhin dramatisch verändern“.

ULRICH SCHÄFER



Tränengas-Einsatz in Seattle: Scheinbar wahllos hingelangt

diesen Erfolg, attackierten die NGOs nun mit ähnlicher Wucht die Welthandelsorganisation.

Ganz unbefangen nutzten die Globalisierungsgegner dabei auch jene Produkte, die dem globalen Markt entstammen: Flugzeug, Telefon oder Internet. So jetteten bereits im Februar, kaum dass der Tagungsort feststand, die ersten Vorbereitungsteams nach Seattle, um rund um das Kongresszentrum mehrere Kirchen für Veranstaltungen anzumieten. Via E-Mail koordinierten Delphin-Schützer oder Regenwald-Freunde ihr Programm, mit Hilfe von Handys aus Finnland und Computern aus Japan informierten Biotechnik-Gegner oder Gewerkschafter die Fernsehsender in aller Welt über ihre Anliegen.

Dass ihr Protest bisweilen widersprüchlich ausfiel, störte die Demonstranten wenig. Es passte kaum zusammen, dass die einen die zunehmende Liberalisierung geißelten – also die Losung „Handel über alles“, wie es Nader nennt –, während die anderen „free trade“ für Kuba forderten,



GAMMA / STUDIO X

Vermummte Kämpfer der Eta: Mit Anleihen beim Ku-Klux-Klan Druck auf die baskischen Parteien ausüben

SPANIEN

Rückkehr der Alpträume

Massenproteste gegen neue Drohungen der Eta: Nach 14 Monaten Feuerpause wollen die Terroristen des Baskenlands wieder den „bewaffneten Kampf“ eröffnen.

Masken in Weiß, Basken in Schwarz, und dahinter die Axt, um deren Griff sich eine Schlange windet: Die Requisiten und Kostüme, mit deren Hilfe fünf Vermummte vorvergangenen Sonntag den Spaniern das Comeback der Gewalt ankündigten, trugen die unverwechselbare Handschrift von „Euskadi ta askatasuna“ (Baskenland und Freiheit), abgekürzt Eta. Es ist das Design des Terrors.

Schwarze Baskenmützen und schwarz glänzende Lederhandschuhe sowie knallbunte Abzeichen ergänzten die paramilitärischen Uniformen, die von einer Wach-

und Schließgesellschaft hätten stammen können. Dafür machten die fünf Eta-Abgesandten bei der Gesichtsvermummung offenbar eine Anleihe beim Ku-Klux-Klan. Die Augenlöcher an ihren weißen Tüchern waren noch dazu schwarz umrandet – was ihnen einen fast faschingsmäßigen Ausdruck von Verruchtheit verlieh.

Von diesen saisonverspäteten Halloween-Figuren, die sich vor ausgesuchten Journalisten als Sprecher des baskischen Separatisten-Untergrunds produzierten, konnten die Spanier nur schlechte Nachrichten gewärtigen. Tatsächlich hat die Eta



REUTERS

Ministerpräsident Aznar
Hiobsbotschaft aus dem Untergrund

nach 14 Monaten und 15 Tagen jenen „freiwilligen einseitigen Waffenstillstand“ für beendet erklärt, den die baskische Terrororganisation im September vergangenen Jahres ausgerufen hatte.

Das Ende der mordfreien Atempause wurde durch ein bürokratisch formulier-

tes Kommuniqué angekündigt, das die eigenen „operativen Kommandos“ wieder von der Leine lässt: Von Freitag, dem 3. Dezember an werde der „bewaffnete Kampf“ erneut aufgenommen, erklärten die Kukluxer mit Baskenmütze. Und die Bedeutung ihres Kampfbegriffs ist zwei Generationen von Spaniern nur allzu vertraut: In den 40 Jahren seit der Eta-Gründung haben die Mordkommandos der baskischen Separatisten nicht weniger als 822 Menschen umgebracht.

Die neueste Hiobsbotschaft aus dem Untergrund kam völlig überraschend. Sie löste in den vorweihnachtlichen Städten Spaniens eine Art kollektiven Aufschrei aus, mit dem die Gesellschaft den angekündigten Schrecken zu bannen versucht.

Vor der silbern glänzenden Riesenskulptur, in der in Bilbao das weltweit berühmt gewordene Guggenheim-Museum untergebracht ist, versammelten sich am Donnerstag bereits zur Mittagszeit die verstörten Familienangehörigen von Eta-Opfern. Abends strömten dann in ganz Spanien – und am folgenden Freitag vor allem im Baskenland – die Menschen auf ihre jeweilige Plaza, um dem Terror zu trotzen und die routiniert tötenden Eurras zum Verzicht auf ihre angekündigten Morde zu bewegen.

„Basken ja, Eta nein!“ stand auf den Transparenten über der Versammlung einiger tausender zu lesen, die sich am Donnerstagabend vor der Puerta del Sol in Madrid eingefunden hatten. Und selbst auf Baskisch (einer Sprache, die höchstens von einem Fünftel der 2,1 Millionen Basken im Alltag gesprochen wird) wandten die Protestierenden sich in dutzenden spanischer Städte an die Terroristen und ihre politischen Verbündeten: „Pakea bahar dugu“ (Wir brauchen den Frieden) lautet die Bitte in Richtung Baskenland.

Damit die Botschaft auch in Europa gehört werde, demonstrierte in Brüssel Kronprinz Felipe zusammen mit dem spanischen Innenminister Jaime Mayor Oreja. Dessen deutscher Kollege Otto Schily sowie der Brite Jack Straw schlossen sich dem stummen Protest an.

Wie Spaniens konservativer Ministerpräsident José María Aznar hatte auch sein oberster Terroristenbekämpfer Mayor Oreja dem Waffenstillstand der Eta nie getraut. Ohnehin bedeutete die 63 Wochen währende Feuerpause keine Absage an die Gewalt, sondern nur einen zeitweiligen Verzicht auf Straftaten der schweren Sorte – auf Mord und Menschenraub.

Die Praxis der Einschüchterung durch Gewalt wurde auch nach Ausrufung des Waffenstillstands im Baskenland unvermindert fortgesetzt. Eta brauchte nur die jungen, oft minderjährigen Sympathisanten zu mobilisieren: Mit ihren Molotow-Cocktails steckten sie Lokale der gesamtspanischen Parteien – vor allem der konservativen Volkspartei Aznars – in Brand, wenn

Werbeseite

Werbeseite



Eta-Anschlag in Madrid (1995): Bedarf an Sprengstoff

sie es nicht vorzogen, die Autos und Wohnungen unliebsamer, Eta-kritischer Politiker zu zerstören. „Nur vor Mord waren wir sicher“, sagt eine junge Abgeordnete im Regionalparlament von Vitoria. „Aber man wird ja bescheiden – und ist schon dafür dankbar, dass man nicht umgebracht wird.“

Der harte Kern der Eta machte inzwischen, was der Innenminister Mayor Oreja die „Hausaufgaben“ jeder terroristischen Organisation nennt. Das heißt, die Eтары kümmerten sich (wenn auch nicht immer mit Erfolg) um die Logistik. Besonders ihr Bedarf an Sprengstoff muss beträchtlich sein, denn im September dieses Jahres raubten Eta-Aktivistinnen in der Bretagne acht Tonnen Dynamit – die allerdings tags darauf von der französischen Polizei sichergestellt wurden. Auch sonst gab es während der Feuerpause Rückschläge für die Untergrundkämpfer:

In Frankreich, wohin die baskischen Terroristen sich viele Jahre lang unbehelligt zurückziehen konnten, sind über 30 ihrer Aktivistinnen festgenommen und einige davon vergangene Woche vor Gericht gestellt worden; und in Spanien selbst wurde im März das gefürchtete Comando Donostia zerschlagen. Die Aufkündigung des Eta-Waffenstillstands ist von den fünf Vermummten denn auch mit der „repressiven Politik“ der spanischen und der französi-

schen Regierungen begründet worden.

Doch der Hauptgrund für die angekündigte Wiederkehr der Morde – und für das Wiederaufleben der spanischen Alpträume – dürfte in politischer Taktik zu suchen sein. Es war den Eta-Terroristen und ihren unbewaffneten Verbündeten bisher offenkundig nicht gelungen, den nationalistischen (und prinzipiell ebenfalls separatistischen) Parteien der Basken ihre Politik zu diktieren. Überdies hatte der alte Fuchs Xavier Arzalluz, 69, Chef der im Baskenland regierenden Nationalistenpartei PNV, die Eta-Terroristen offenbar mit falschen Versprechungen zu ihrem Waffenstillstand verleitet.

Nicht nur entsprechende Vorwürfe der Eta, sondern auch einige von der französischen Polizei beschlagnahmte Dokumente deuten darauf hin, dass sich der – mit der Unabhängigkeit des Baskenlands vor allem rhetorisch liebäugelnde – Volkstumspolitiker Arzalluz auf ein brisantes Spiel mit den Terroristen eingelassen hatte. Es war wohl das Versprechen von Arzalluz, mit den in Madrid regierenden Konservativen des Ministerpräsidenten Aznar zu brechen, was den poli-

tischen Arm der Eta – die Partei Herri Batasuna – zu „konstruktivem Verhalten“ bewogen hat:

Nur mit Unterstützung der Eta-Partei, die im Baskenland fast eine viertel Million Wähler hat, konnte sich in der Hauptstadt Vitoria eine nationalistische Koalition halten – ohne wie früher die Hilfe einer der beiden großen gesamtspanischen Parteien in Anspruch nehmen zu müssen. Etas Bestrafung der bürgerlichen Nationalisten – dafür, dass sie politisch mit Madrid nicht gebrochen haben – ist die Aufkündigung des Waffenstillstands, die Wiederaufnahme des Terrors.

In Panik versuchen die baskischen Nationalisten von Arzalluz' PNV nun, den Terroristen Konzessionen zu machen: Noch kurz bevor das Ende des Waffenstillstands wirksam wurde, machten die bürgerlichen Nationalisten der Eta-Partei Herri Batasuna ein pompös klingendes Angebot – Teilnahme an einem politisch-juristischen Souveränitätsprojekt „für alle Basken“, das den Weg in die volle Unabhängigkeit ebnet soll.

Das „Projekt“ ist gewiss illusorisch, denn die Mehrheit der Basken will in Spanien bleiben. Doch deutlicher als durch solches Nachgeben kann die erpresserische Macht der Vermummten mit der Baskenmütze kaum demonstriert werden.

CARLOS WIDMANN

Werbeseite

Werbeseite

BULGARIEN

„Das ist wie eine Pest“

Ministerpräsident Iwan Kostow über die Auswirkungen des Kosovo-Krieges, die bevorstehende EU-Kandidatur und den Kampf um ein besseres Image der Balkanregion

Kostow, 49, promovierter Wirtschaftswissenschaftler, führt seit dem Sturz der letzten sozialistischen Regierung 1997 die rechtskonservative Koalition „Vereinigte Demokratische Kräfte“.

SPIEGEL: Mit Bill Clinton war gerade der erste US-Präsident in Sofia zu Besuch, um für die Hilfe im Kosovo-Krieg zu danken – Bulgarien hatte seinen Luftraum für Nato-Flugzeuge geöffnet. Dabei hat Ihnen die Aktion des Westens reichlich Schaden gebracht. Wie hoch sind Ihre Verluste?

Kostow: Wir gehören zu den am stärksten betroffenen Staaten: Handelsbeziehungen wurden gekappt, Transitwege versperrt, die Donau ist bis heute blockiert. Wir haben bisher 169 Millionen Mark direkte Verluste, dazu kommen 27 Millionen entgangene Steuern und Zolleinnahmen.

SPIEGEL: Sie wollen trotzdem selbst in die Nato. Aber die Mehrzahl der Bulgaren war gegen die Bombardierung des serbischen Nachbarn, und in der Beitrittsfrage sind viele anderer Meinung als Ihre Regierung.

Kostow: Dafür haben wir auch gebüßt und bei den Kommunalwahlen im Oktober enorm viele Stimmen verloren. Den gleichen Effekt gab es jetzt bei den Präsidentenwahlen in Mazedonien, das ebenfalls die Nato unterstützte. Vor dem Krieg hatte unsere Regierungskoalition eine solide Mehrheit, jetzt hat uns die sozialistische Opposition fast eingeholt.

SPIEGEL: Trotzdem würden Sie diese Entscheidung nochmals so treffen?

Kostow: Unbedingt. Das sind Dinge, bei denen sich der Politiker nicht von der öffentlichen Meinung leiten lassen darf – er muss weiter sehen.

SPIEGEL: Bulgariens Wirtschaftswachstum bleibt 1999 zurück, die Exporte sind eingebrochen – ausgerechnet jetzt, da Sie auf dem EU-Gipfel in Helsinki diese Woche in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen werden wollen. Hängt das wirklich mit der Nato-Aktion zusammen?

Kostow: Die schwierige Lage hat auch mit der Umstrukturierung unserer Wirtschaft zu tun. Wir haben unsere Wachstumsprognose von 3,7 auf 1,5 Prozent nach unten korrigieren müssen, die Weltmarktpreise für typisch bulgarische Waren – Stahlerzeugnisse, Chemieprodukte, Getreide – sind abgesackt, der Euro auch.

SPIEGEL: Sie haben vor allem Probleme mit der Privatisierung.

Kostow: Wir mussten – gemäß den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds – in der schwierigsten Zeit und in Eile die meisten Betriebe verkaufen; das ist, als ob sie in Liquidation gingen: Das Stahlwerk Kremikowzi oder die Balkan Airways haben eher symbolische Preise erzielt. Es fehlt frisches Kapital für die Modernisierung. Noch immer sind die Bulbank, die Telekommunikationsgesellschaft und der Konzern Bulgartabak nicht verkauft. Aber: Wir haben 95 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche privatisiert.

SPIEGEL: Es fehlt an Investoren, Sie können mit den Verkaufserlösen gerade mal die Außenschulden begleichen.

Kostow: Vor allem seit dem Krieg bleiben die Käufer aus. Wir standen mit Deutschland in Verhandlungen wegen der Beteiligung an einer der größten Banken. Aber wer investiert 300 Millionen Dollar, hier und jetzt? Das ist wie eine Pest. Dabei lagen wir vor dem Krieg bei den Pro-Kopf-



Premier Kostow in der Brüsseler Nato-Zentrale
„Bulgarien ist quasi eine Geisel“

Investitionen vor fast allen südosteuropäischen Staaten, mit Ausnahme Sloweniens. Die Einladung zu den EU-Beitrittsverhandlungen wird hoffentlich ein überzeugendes Signal für Auslandsinvestoren. Man kann bei uns mit wenig Geld viel machen.

SPIEGEL: Ihre Region hat ein schlechtes Image, Serbien liegt wie ein Riegel zwischen Ihnen und der EU. Müssen nicht erst einmal die Balkanstaaten untereinander Handel und Verkehrswege ausbauen?

Kostow: Wir diskutieren seit langem mit Rumänien über den Bau einer zweiten



Kernkraftwerk Kosloduj

„Als ob man ein schönes Pferd verkauft“

Donau-Brücke, wir brauchen alternative Transportrouten. Derzeit hält allein Milošević den Schlüssel für Mitteleuropa in der Hand, Bulgarien ist quasi eine Geisel.

SPIEGEL: Die EU fordert von Bulgarien vor einer Aufnahme in die Union die Schließung von vier veralteten Blöcken im Kernkraftwerk Kosloduj. Sie wollen die Anlagen bis 2010 in Betrieb halten oder einen finanziellen Ausgleich von Brüssel. Hat EU-Kommissar Verheugen bei seinem Besuch vorige Woche neue Zusagen gemacht?

Kostow: Er hat seine Position durchgesetzt: Wir verpflichten uns, die Blöcke 1 und 2 noch vor 2003 stillzulegen, bis dahin wird der Schließungstermin für die Reaktoren 3 und 4 festgelegt – das wird früher sein als vorgesehen. Verheugen verlangt, dass dies spätestens 2006 geschieht, wir halten 2008 bis 2010 für realistisch. Als finanzielle Hilfe sind 200 Millionen Euro vorgesehen sowie ein Kredit über 250 Millionen Euro von Euratom für die Modernisierung der neueren Blöcke 5 und 6.

SPIEGEL: Sie sind darüber nicht glücklich?

Kostow: Das ist, als ob man ein schönes Pferd verkauft: Man hat zwar das Geld, aber das Pferd nicht mehr. Die gesamte öffentliche Meinung Bulgariens ist für den Erhalt des Kraftwerks, der Ministerpräsident bildet da keine Ausnahme: Das Werk ist der Stolz Bulgariens, die günstigste Form unserer Energieversorgung – die vier Atomreaktoren machen ein Fünftel unserer Energiekapazitäten aus.

SPIEGEL: Fürchten Sie, wegen Ihres Einlenkens im Parlament unter Druck der Ex-Kommunisten zu geraten?

Kostow: Den Pressekommentaren nach zu urteilen, wirft man mir bereits Verrat am nationalen Interesse vor.

SPIEGEL: Fehlt der EU ausreichendes Verständnis für osteuropäische Probleme?

Kostow: So ist es. INTERVIEW: CHRISTIAN NEEF



FOTOS: AP

FBI-Agenten mit Leichensack auf der Rancho de la Campana: Epizentrum der Gewalt

sierten Verbrechens in die Quere gekommen.

In der Vergangenheit waren die Nachforschungen der Angehörigen erfolglos geblieben, scheiterten an Desinteresse oder bürokratischer Sabotage; das Schicksal der Entführten wurde verdrängt oder schlichtweg gelehnet. In Ciudad Juárez nennt man die Opfer „desaparecidos“, die Verschwundenen.

Doch seit voriger Woche fahnden 68 Spezialisten des FBI, abgeschirmt von schwarz gekleideten mexikanischen Elitetruppen im Ninja-Look, auf der Rancho de la Campana nach menschlichen Überresten. Mit Spürhunden, moderner Elektronik und bodendurchdringendem Radar,

wie es auch beim Aufspüren von Massengräbern im Kosovo eingesetzt wurde, durchsuchen die US-Experten das weitläufig abgeschirmte Gebiet an der Nationalstraße 2.

Bislang haben sie ein halbes Dutzend Leichen geborgen; die Ermittler erhoffen sich von den grausigen Funden vor allem Rückschlüsse auf Verbindungen zwischen Narko-Killern und käuflichen Sicherheitskräften.

Denn nicht nur die Angehörigen der Verschwundenen glauben, dass die örtliche Polizei bei den Entführungen die Hand mit im Spiel hatte. Auch US-Fachleute argwöhnen, dass sich Beamte der mexikanischen Polizei und ihre Kollegen des Bundesstaats Chihuahua zuweilen als gut bezahlte Henker der Drogenschmuggler verdingen.

„Ich fühle mich bestärkt in meiner Forderung, unsere Grenzen besser zu schützen“, sagte ein geschockter US-Präsident Bill Clinton über den gefährlich wachsenden Einfluss der Narko-Banditen, die sich längst zum Staat im Staat gemauert haben: „Wir werden gemeinsam mit den mexikanischen Behörden gegen die Kartelle vorgehen.“

Ciudad Juárez bildet das Epizentrum in der Geographie der Gewalt. Mit 1,5 Millionen Einwohnern ist das graubraune Schachbrett aus wuchernden Slums und stets verstopften Durchgangsstraßen der letzte Vorposten Lateinamerikas vor dem gelobten Land, das hier „El Norte“ genannt wird.

Vom kolonialen Charme mexikanischer Städte ist nichts geblieben. Heruntergekommene Motels, Billig-Supermärkte, Nachbars und Discotheken reihen sich aneinander; schäbige Taco-Buden zwingen sich zwischen die chromblitzende Kon-

MEXIKO

Mächtige Mafia

Grausige Leichenfunde an der Grenze zu den USA belegen die wachsende Brutalität der Drogenkartelle: Haben die Kokain-Bosse mehr als hundert Menschen ermorden lassen?

Das ist mein Bruder“, sagt Román Alonso Aguilar und reicht das selbst verfasste Flugblatt mit dem Foto eines jungen Mannes herum. „Wir wissen nicht, wo er ist“, sagt er, „wir wissen nicht einmal, warum sie ihn mitnahmen.“

Der Mexikaner blickt auf das schmiedeeiserne Tor der Rancho de la Campana, 16 Kilometer südwestlich der Grenzstadt Ciudad Juárez. Hier, vor der weiß gekalkten, mit Stacheldraht bewehrten Mauer eines früheren Reit- und Schießclubs, tauchen seit Anfang vergangener Woche Männer, Mütter und junge Frauen mit den Bildern von verschollenen Familienmitgliedern auf und hoffen auf eine Klärung ihrer Schicksale.

Denn die staubigen zwei Hektar dieser Farm sowie drei weitere Areale sollen mexikanische Rauschgifthändler als heimliche Friedhöfe genutzt haben. Das jedenfalls berichten Sprecher der mexikanischen und US-Drogenfahnder, die das Gelände abgesichert haben. Mehr als hundert Menschen könnten auf den „Killing Fields“ der Drogenbarone verscharrt sein, vermuten sie, darunter womöglich auch amerikanische Staatsbürger.

Seit Monaten, manchmal seit Jahren sind die ratlosen Verwandten auf der Suche nach ihren Söhnen, Brüdern oder Eltern. Die „Vereinigung der Angehörigen verschwundener Personen“ führt eine Liste mit 198 Namen – Menschen, die irgendwann vom schmutzigen Drogenkrieg verschluckt wurden – gekidnappt, gefoltert, ermordet.

Zu den Vermissten zählen unbescholtene Bürger, aber auch Tagelöhner aus der untersten Schicht der Drogenwirtschaft: Kleinkriminelle und Gelegenheitsgangster, gelockt durch das schnelle Geld, ausgezahlt in harten Dollar. Sie alle sind irgendwann den mächtigen Männern des organi-



Angehöriger Aguilar: Suche nach dem Bruder

kurrenz von Burger-King- und McDonald's-Filialen. Übel riechende Schwaden steigen von dem trüben Rio Grande auf, der hier die Grenze bildet.

Nachts leuchtet ein riesiger Texas-Stern herüber nach Ciudad – eingebrannt in die Flanke des Franklin Mountain wie eine elektrische Tätowierung: Das Paradies winkt in greifbarer Nähe.

Nicht nur für illegale Einwanderer ist die Stadt deshalb das Sprungbrett in die großen Metropolen jenseits der schmutzigen Grenzklappe – Dallas, Houston und Los Angeles. Auch für die global operierenden Drogenkonzerne ist Ciudad Juárez mittlerweile ein wichtiges Einfallstor zu den amerikanischen Absatzmärkten: Etwa 60 Prozent des Kokains kommen über Mexikos 3200 Kilometer lange Nordgrenze in die USA.

Zur Drehscheibe im Drogentransfer wurde das verschlafene Nest erst Ende der achtziger Jahre. Mexikanische Banden mischten sich damals in den lukrativen Handel. Bald übertrafen sie die Konkurrenz aus Kolumbien – auch an skrupelloser Brutalität – und machten Ciudad Juárez zur blutigen Schmuggelmetropole.

So schnell wuchs der Kokain-Absatz, dass der Boss des berüchtigten Juárez-Kartells den Stoff bald per Charterjet einfliegen ließ: Fortan war Amado Carillo Fuentes in der Narko-Szene nur noch als „Herr der Lüfte“ bekannt.

Im Juli 1997 starb er nach einer missglückten plastischen Operation, mit der sich der Drogenboss vor dem Zugriff der Fahnder schützen wollte. Einige Monate später fanden Polizisten drei in Ölfässer einzementierte Leichen am Straßenrand im Süden des Landes – möglicherweise die Chirurgen.

Seit dem Tod des mächtigen Paten herrscht ein mörderischer Kampf um die Vorherrschaft im mexikanisch-amerikanischen Schmuggelkorridor. Einst loyale Unterbosse starteten den Handel auf eigene Rechnung, konkurrierende Drogen-Clans verlangten einen fetteren Anteil am Milliardengeschäft.

Die Regierungen in Mexiko-Stadt und Washington beantworteten den Ausbruch mörderischer Gewalt vornehmlich mit markigen Forderungen nach schärferen Polizeieinsätzen. Dem stetig anwachsenden Schmuggel tat das keinen Abbruch.

So verdoppelte sich die Menge der an der Grenze beschlagnahmten Drogen von 1996 bis heute auf jährlich mehr als 500 Tonnen, was die Händler offenbar nicht weiter störte: Das sichergestellte



Rauschgift macht höchstens 15 Prozent der illegalen Importe aus.

„In Mexikos Kartellen sitzen jetzt die mächtigsten Mafiosi der Welt“, erklärt Thomas Constantine, ehemals Chef der obersten US-Behörde für Drogenbekämpfung. „An manchen Orten sind die kriminellen Organisationen stärker als Justiz und Regierung.“

Vor allem wenn die Staatsdiener selbst im Sold der Drogenhändler stehen. 500 Millionen Dollar geben die Bosse jährlich für die Bestechung von Politikern, Polizisten und Staatsanwälten aus, schätzte vor zwei Jahren ein Forscherteam an der Universität von Mexiko-Stadt – auch das nur ein Bruchteil des auf 30 Milliarden Dollar veranschlagten Gewinns.

Die wuchernde Korruption hat nicht nur die staatlichen Institutionen ausgehöhlt. Die florierende Drogenkonjunktur belastet auch die ohnehin kniffligen Beziehungen der mexikanischen Behörden zum Nachbarn im Norden: Jedes Frühjahr vergeben die USA Zensuren für die Zusammenarbeit mit ihren eigenen Drogenbekämpfern. Sollten die schlecht ausfallen, drohen wirtschaftliche und politische Sanktionen. Die spektakuläre gemeinsame Grabungsaktion bei Ciudad Juárez hat deswegen wohl auch die Aufgabe, reibungslose Kooperation zu beweisen. Den Angehörigen

der Opfer an der Rancho de la Campana sind solche Überlegungen gleichgültig. Erleichtert registrieren sie allerdings, dass die Verlorenen nicht länger vergessen sind, und hoffen auf Nachricht über den Verbleib ihrer Familienmitglieder.

„Ich will Gewissheit“, sagt Claudia Sánchez, deren Eltern vor über einem Jahr verschwanden. „Wenn sie tatsächlich hier begraben sind, habe ich wenigstens einen Ort, an dem ich Blumen niederlegen kann.“ STEFAN SIMONS



US-Fahnder, Drogenfunde

Werbeseite

Werbeseite

RAUSCHGIFT

„Verlust der Erbmasse“

Der Drogenhandel hat Russland fest im Griff – mindestens zwei Millionen Russen sind süchtig. Der Staat reagiert allein mit drakonischen Strafen.



Rauschgiftsüchtige in Moskau: Todesstrafe für Drogenhändler?

Die jungen Leute sterben wie die Fliegen“, sagt Andrej. Er muss es wissen: Bis zu 14 Stunden durchstreift der 25-jährige Polizist als verdeckter Ermittler der russischen Kripo-Abteilung gegen das illegale Drogengeschäft jeden Tag die Moskauer Szene – auf der Suche nach Informationen, nach Dealern und unachtsamen Konsumenten.

Zwar hat Oberbürgermeister Jurij Luschkow gelobt, alle Drogenumschlagplätze der Hauptstadt „vom Angesicht der Erde zu tilgen“. Doch nach wie vor beschaffen sich Moskauer Schüler und Studenten die tägliche Heroimportion direkt in ihren Wohnheimen und Universitäten. Neureiche, Show-Größen oder sonstige Trendsetter kaufen eine Nase Kokain problemlos an den Bars ihrer Lieblingsclubs.

Minderjährige handeln in den Vorstadtghettos mit Ephedrin, Amphetamin oder dem preisgünstigen „Wint“ – einem auf Basis von Methamphetamin hergestellten Psychostimulator, der bei Hochdosierung zu Angstzuständen führt.

Ganz wie bei den westeuropäischen Nachbarn werden LSD oder Ecstasy-Tabletten von Jugendlichen auf House-Partys

und in Trance- oder Technoclubs konsumiert. Eine Heroinwelle hat aber sämtliche sozialen Schichten überrollt.

„Direkt unter den Fenstern unserer Polizeibehörde haben wir einen Narko-Puff entdeckt“, empörte sich Gouverneur Eduard Rossel in Jekaterinburg, der nun lautstark die Todesstrafe für Drogenhändler fordert. Auch sein Kollege Leonid Poleschajew, Bezirkschef im nahe gelegenen Omsk, sammelt Unterschriften für die Wiederaufnahme der durchaus populären Höchststrafe.

„Achtzig Prozent der bei uns eingelieferten Patienten nehmen Heroin“, berichtet Sergej Solotuchin, stellvertretender Chefarzt der Moskauer Betäubungsmittelklinik Nr. 17. Auffallend sei, dass junge Leute „innerhalb von nur drei bis vier Monaten zunächst Marihuana, dann Haschisch, synthetische Drogen und schließlich Heroin konsumieren“.

Das russische Gesundheitsministerium verheimlicht die Zahl der Drogentoten, bestätigt aber einen Anstieg um das Zwölfwache seit 1987. Die Zahl minderjähriger Opfer hat im selben Zeitraum gar um das 42fache zugenommen. Die Beamten schätzen, dass es im Riesenland zwischen Ostsee und Pazifik bei 145,7 Millionen Einwohnern inzwischen 2 Millionen Süchtige und 500 000 Schwerstabhängige gibt.

Eltern, Pädagogen und Politiker sind fassungslos und retten sich zuweilen in finstere Verschwörungstheorien: Die Drogenwelle, die seit dem Zusammenbruch des Kommunismus über Russland hinwegschwappt, sei Teil einer „im Westen erdachten Strategie, unsere Bevölkerung auf 50 Millionen zu reduzieren“, glaubt beispielsweise General a. D. Leonid Scherschajew, der auf der äußersten politischen Rechten gegen den Drogenkonsum seiner Landsleute kämpft.

Interpol-Generalsekretär Raymond Kendall rechnet damit, dass von weltweit 500 Milliarden Narko-Dollar jährlich 2 Milliarden in Russland umgesetzt werden. Bei Endverbraucherpreisen von umgerechnet 8 bis 15 Mark pro Dosis Heroin (0,08 g) und 200 bis 250 Mark pro Gramm Kokain können sich die Händler über Gewinnspannen von 300 bis 2000 Prozent freuen.

Bereits jede sechste in Moskau registrierte Straftat steht im Zusammenhang mit dem Besitz oder dem Verkauf von Rauschgift. Drogenexperten vermuten, dass mehr als 20 000 Hauptstädter ihren Lebensunterhalt überwiegend oder ausschließlich mit Rauschgifthandel verdienen.

Auch synthetische Suchtmittel müssen längst nicht mehr aus Westeuropa bezogen werden. Allein 1997 hoben Polizei und Sondereinheiten 848 vaterländische Labors aus, die auf Drogenproduktion umgesattelt hatten, davon 200 in Moskau.

Das Risiko aufzufliegen gilt gleichwohl für Hersteller, Händler und Kunden als kalkulierbar. Die Käuflichkeit vieler Ordnungshüter ist in der Szene kein Geheimnis: Polizisten verdienen monatlich im Durchschnitt umgerechnet 80 Mark und



Zerstörung von Mohnfeldern in Tadschikistan
Jeder neue Krieg bringt einen neuen Drogenschub



Drogenfahnder vor Moskauer Dealer-Wohnung: „Wer 500 Dollar hat, kauft sich frei“

bessern sich das magere Gehalt nicht selten durch den Verkauf von konfisziertem Rauschgift auf. „Wer 500 Dollar dabei hat, kauft sich frei – wer nicht, geht in den Knast“, sagt Sergej, 26, seit neun Jahren drogenabhängig und im Umgang mit der Polizei geübt.

Mitte der achtziger Jahre suchten vornehmlich nach Afghanistan abkommandierte Sowjetsoldaten durch Drogenkonsum dem Kriegsalltag zu entfliehen; inzwischen ist die Wehrfähigkeit der russischen Armee bedroht: Etwa 70 000 männliche Jugendliche werden jährlich von den Musterungskommissionen als Süchtige identifiziert und ausgemustert.

Veteranenorganisationen der „Afghanzi“ berichten, die erste Generation ihrer im Krieg an die Nadel geratenen Kameraden habe sich inzwischen weitgehend zu Tode gespritzt. Vor dem Truppenabzug 1989 hatten suchtkranke Soldaten Opium in den Zinksärgen von Gefallenen in die Heimat transportiert und anschließend in den Wohnküchen zwischen Smolensk und Magadan „Chanka“ zubereitet – Rauchopium, das durch Rösten und Fermentieren von Rohopium fabriziert wird.

Jeder neue Krieg brachte auch einen neuen Drogenschub. Die Kämpfe in Tadschikistan 1992 und 1993 schwemmten zehntausende von Flüchtlingen nach Russland, von denen

sich viele mit dem Verkauf von eingeschmuggeltem Rauschgift über Wasser hielten. Im ersten Kaukasus-Krieg gegen Tschetschenien zwischen 1994 und 1996 gab es bereits einen regen Handel über die Fronten hinweg: Die Rebellen erhielten Waffen und lieferten Stoff für Russlands Süchtige.

Walentin Sobolew, Vize-Sekretär des Moskauer Sicherheitsrats, ist überzeugt davon, dass tschetschenische Warlords wie Schamil Bassajew ihre Kriegskasse mit Erlösen aus der Produktion von Opium und Heroin auffüllen. Angeblich wurden die Drogen in Untergrund-Labors bei Grosny hergestellt.

Wie späte Rache für die Einmischung am Hindukusch mutet es an, dass mit jedem Jahr mehr Rauschgift aus Afghanistan nach und durch das zerrüttete Russland strömt. Laut Berichten des Uno-Drogenkontrollprogramms haben afghanische Bauern im laufenden Jahr auf 91 000 Hektar die Rekordmenge von 4600 Tonnen Rohopium geerntet, das zu etwa 420 Tonnen Heroin verarbeitet wird. Der Leiter des Programms, Pino Arlacchi, hat ermittelt, dass sich der Ernteertrag gegenüber 1998 mehr als verdoppelte und die Taliban 75 Prozent der Welt-Opiumproduktion kontrollieren.

Auch die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens haben sich inzwischen als Drogenliefe-

ranten etabliert: Aus und über Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan und die Kaukasusrepubliken verlaufen heute die wichtigsten Wege zur Versorgung Russlands und Westeuropas mit Narkotika.

Trotz aller Alarmmeldungen glaubt Russlands Regierung, das Land sei durch das seit April 1998 gültige Gesetz „über Rauschmittel und Psychopharmaka“ hinreichend gegen Drogenmissbrauch geschützt. Das Paragrafenwerk bedroht bereits den Besitz winziger Mengen von verbotenen Substanzen mit Strafen bis zu 3, den Verkauf mit bis zu 15 Jahren Gefängnis.

Die Folge: Die ohnehin überbelegten Haftanstalten füllen sich weiter mit Kleindealern und Abhängigen, die mit Schwerverbrechern um die raren Schlafplätze kämpfen. „Wenn jemand unter solchen Umständen vom Rauschgift loskommen sollte, wäre das ein Wunder“, sagt Inna Bauschewa, 38, Leiterin des Moskauer Rehabilitationsprogramms „Stupenki“ (Stufe um Stufe) für drogenabhängige Kinder und Jugendliche.

Zwar möchte Innenminister Wladimir Ruschailo für das gerade verabschiedete Dreijahresprogramm zur Bekämpfung der „illegalen Produktion und Verbreitung von Drogen“ rund zwei Milliarden Rubel (etwa 145 Millionen Mark) aufwenden. Doch zuallererst setzt das Ministerium dabei auf Repression: Substitutionstherapie mit Methadon ist verboten; die Ausgabe von Einwegspritzen, Präservativen und Informationsliteratur an Drogenabhängige ist weiterhin unerwünscht. Lediglich in Jaroslawl und St. Petersburg erhalten Süchtige kostenlos Einwegbesteck in den Spritzenbussen der „Ärzte der Welt“.

Die in Russland äußerst niedrige Hemmschwelle gegenüber dem intravenösen Schuss fördert HIV-Infizierungen. Fast zwei Drittel der Abhängigen in Orenburg nahe der kasachischen Grenze gaben bei einer Befragung an, innerhalb des letzten Monats ihr Spritzbesteck an Leidensgenossen ausgeliehen zu haben. Aids-Hochburg der Russischen Föderation ist Kaliningrad. In der einstigen Region Königsberg sind über 3000 Infizierte registriert.

Härte wird auch weiterhin das einzige Rezept des Staats gegenüber der Drogenflut bleiben. Krankenhäuser und Fürsorgestellen sind verpflichtet, Abhängige zu melden. Jetzt sei nicht der Moment, riet die regierungsnaher „Rossijskaja gaseta“, sich mit „Übungen in theoretischem Humanismus“ aufzuhalten. Russland habe bereits die Grenze überschritten, hinter welcher die Nation vom „Verlust ihrer Erbmasse bedroht“ sei.

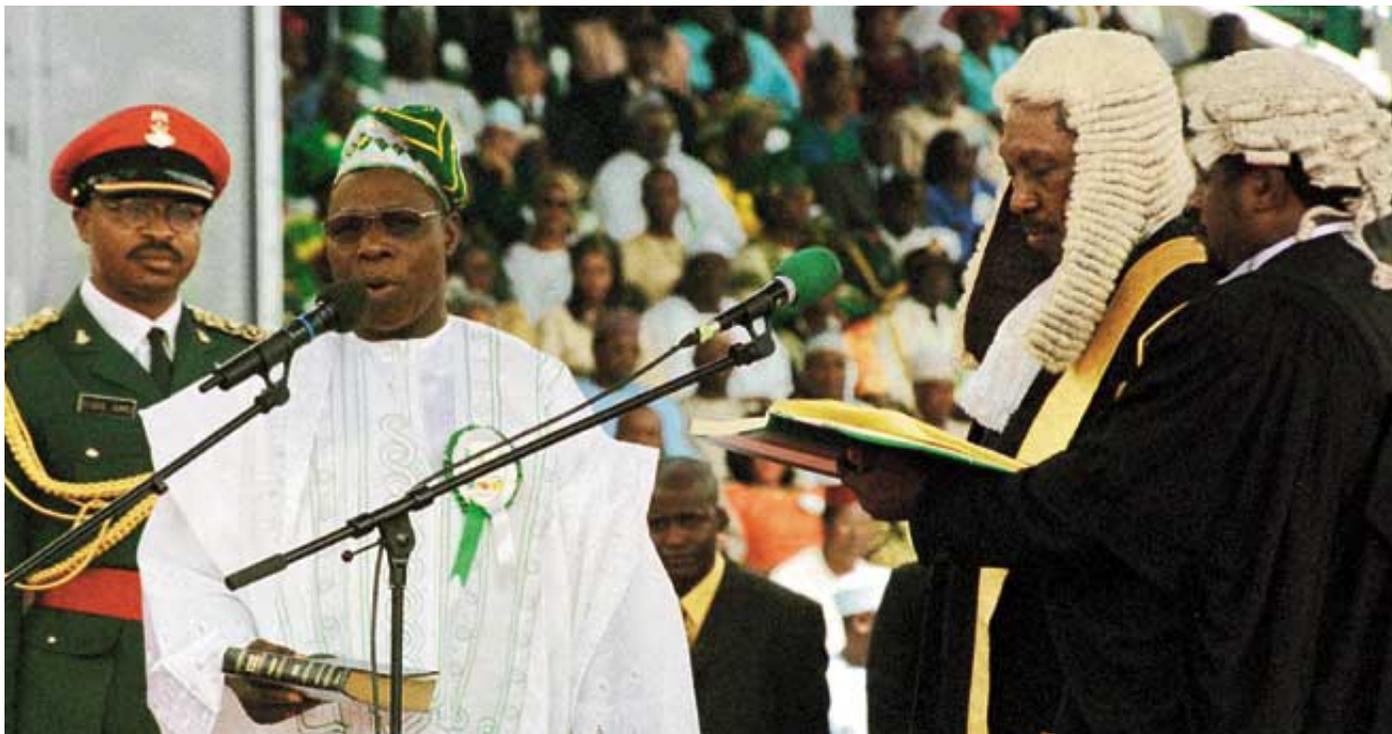
Tamara Petrakowa, 50, Leiterin der Abteilung Prävention im Gesundheitsministerium, ist sich sicher: „Eine Legalisierung von Drogen jeder Art wäre im Augenblick der sichere Weg in die landesweite Katastrophe.“

ANNETTE LANGER



Arzt Solotuchin

F. KASSIN



Staatschef Obasanjo bei der Vereidigung*: „Gott schützt mit seiner Hand das neue Nigeria“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich will das Land zusammenhalten“

Der nigerianische Staatspräsident Olusegun Obasanjo über Konflikte im Nigerdelta, den demokratischen Neuanfang und das Unverständnis des Westens für afrikanische Werte

Obasanjo will als Staatspräsident vollenden, was er in den siebziger Jahren als Militärmachthaber begonnen hat – die Vereinigung eines 120-Millionen-Volks aus 350 ethnischen Gruppen. Der einstige General Obasanjo, 64, gewann in einer von internationalen Beobachtern kontrollierten Wahl demokratische Legitimation, nachdem ihn Nigerias letzter Diktator ins Gefängnis gebracht hatte.

SPIEGEL: Herr Präsident, Ihr Land wird von ethnischen und religiösen Unruhen erschüttert. Ist Nigeria überhaupt noch eine Nation oder allenfalls ein geographischer Begriff mit einer hervorragenden Fußballmannschaft?

Obasanjo: Wenn der Begriff Nation inneren Zusammenhalt und Konfliktfreiheit kennzeichnet, dann sind wir wohl noch keine Nation. Wenn aber Ihre Frage impliziert, wir seien eine Nation ohne Zukunft, weil wir so viele Religionen und Ethnien haben, dann sage ich, wir werden eine großartige Zukunft haben.

Nigerias Schwächen sind auch seine Stärken.

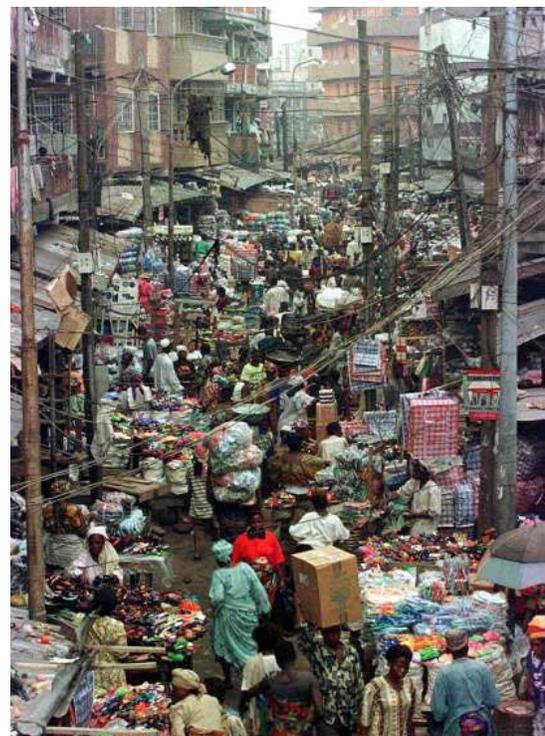
SPIEGEL: Wieso?

Obasanjo: Wir sind das bevölkerungsreichste Land Afrikas und der ganzen schwarzen Welt. Wir haben jede Menge Bodenschätze und hoch talentierte Menschen. Es sind doch gerade die Dynamik, die Lebhaftigkeit und der Wille, sich nicht unterkriegen zu lassen, die zum Überschäumen des religiösen und ethnischen Elements führen.

SPIEGEL: Ihr Land bricht doch auseinander, in Lagos bringen sich in diesen Tagen Hausa und Yoruba gegenseitig um.

Obasanjo: Anderswo leben sie friedlich zusammen. Richtig ist: Unter der Militärdiktatur wurde ethnischer und religiöser Hass noch angeheizt. Die Gruppe junger Yoruba, welche die jüngsten Unruhen in Lagos ausgelöst hat, begann ursprünglich als Widerstandsgruppe gegen den letzten Militärdiktator. Der ist weg, aber es ist schwierig, eine solche Gruppe wieder in den Griff zu bekommen. Auch die Unruhen in der Ölregion am Nigerdelta gehen zum Teil auf ähnliche Probleme zurück. So etwas dauert seine Zeit, bis es verschwindet.

SPIEGEL: Wie will Ihre Regierung das Vertrauen der Volksgruppen zurückgewinnen,



Markt in Lagos

„Spürbare Besserung im Lebensstandard“

* Am 29. Mai.

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Hans Hoyng und Birgit Schwarz.

die zuvor von den Machthabern im Stich gelassen wurden? Im Nigerdelta ist doch bereits eine Art Bürgerkrieg entflammt.

Obasanjo: Was Sie Bürgerkrieg nennen, nenne ich Kriminalität. Wir sollten das auseinander halten. Sie unterstützen damit Kräfte, die Sie nicht unterstützen sollten.

SPIEGEL: Was geschieht denn im Delta?

Obasanjo: Sicher, die Menschen dort sind vernachlässigt worden, schon seit Jahrzehnten. Ich bin erst jüngst wieder in der Delta-Stadt Bonny gewesen. Die Einwohner sind dorthin gezogen, als eine Gasverflüssigungsanlage gebaut wurde. Doch als der Bau beendet war, sind sie dageblieben, und inzwischen hat sich die Einwohnerzahl verfünffacht. Aber niemand, weder die Regierung des Bundesstaats noch die Gasgesellschaft, hat sich darum gekümmert, was mit den Leuten geschehen würde, nachdem das Projekt fertig gestellt war.

SPIEGEL: Welche Schuld tragen die Ölkonzerne am Elend und an der Umweltverschmutzung im Delta?

Obasanjo: In Europa und Amerika ist es modern, den Ölfirmen alle Schuld anzulasten. Für die Lage im Nigerdelta müssen wir alle die Verantwortung übernehmen. Das hat zum Teil mit dem schwierigen Delta-Terrain zu tun. Was anderswo in Nigeria einen Dollar kostet, kostet im Delta zehn. Die Bevölkerung beschwert sich darüber, dass zwar über zwei Milliarden Dollar vor Ort investiert worden sind, aber trotzdem keine Arbeitsplätze entstanden.

SPIEGEL: Das ist doch verständlich, oder?

Obasanjo: Sicher, aber Öl- und Gaserzeugung sind nun mal ein kapital- sowie ein technologieintensiver und kein arbeitsintensiver Sektor. Einen Teil der Schuld werden auch die Völker im Delta tragen müssen, die sich gegenseitig die Hilfe nicht gönnen. Und als das Land in den letzten Jahren der Militärherrschaft in Korruption ertrank, war das Delta nicht ausgenommen. Bundesbedienstete und örtliche Amtsträger teilten Entwicklungsgelder unter sich auf.

SPIEGEL: Sie haben angekündigt, dass 13 anstelle von 3 Prozent der Erdöleinnahmen in die Produktionsregion zurückfließen sollen. Wie wollen Sie denn sicherstellen, dass das Geld nicht wieder in privaten Taschen verschwindet?

Obasanjo: Wir haben eine Entwicklungsgesellschaft für das Delta gegründet, die aus den Ölgewinnen, durch die Bundesregierung und durch Spenden der Ölgesellschaften finanziert wird. Die wird die Entwicklung der Region nach einer Gesamtstrategie umsetzen. Dennoch: Die internationale Gemeinschaft sollte die Dinge für uns auch nicht erschweren.

SPIEGEL: Wie tut sie das denn?

Obasanjo: Indem sie die Konflikte im Delta als einen Bürgerkrieg darstellt.

SPIEGEL: Aber Sie haben doch gerade erst Ihre Armee ins Delta geschickt, und Flücht-

Werbeseite

Werbeseite

linge berichten von brennenden Dörfern, von Plünderungen und Vergewaltigungen. Ist das kein Krieg?

Obasanjo: Ich habe die Armee dahin geschickt, weil zwölf Polizisten ermordet wurden. Sie starben in einem Ort, der von Kriminellen übernommen worden war. Als ich Soldaten dahin beorderte, wurden drei Soldaten getötet. Und niemand im Westen glaubt, das verurteilen zu müssen. Sie werfen mir Menschenrechtsverletzungen vor. Sie machen sich zum Sprecher dieser Leute. Über was für Menschenrechte reden Sie hier eigentlich? Das sind keine Menschenrechte, das sind Menschenunrechte. Sie sollten uns unsere Sorgen schon allein überlassen.

SPIEGEL: Und was sind Ihre Sorgen?

Obasanjo: Ich will dieses Land zusammenhalten, ich will es entwickeln. Ich will, dass in den Köpfen der Menschen hier das Recht höchste Bedeutung erlangt. Und ich will nicht, dass Leute wie Sie herkommen und mir vorschreiben, was ich zu tun und zu lassen habe.

SPIEGEL: Im Norden des Landes hat ein Bundesstaat die Scharia, das islamische Recht, eingeführt. Ist das nicht weiterer Sprengstoff für Ihr Land?

Obasanjo: Die Möglichkeit, fallweise ein Berufungsgericht nach Scharia-Grundsätzen einzusetzen, ist in unserer Verfassung verankert. Im Zivilrecht, bei Fragen von Heirat, Scheidung und Erbschaft hat dieses Recht immer existiert. Wenn es aber darum geht, Dieben die Hand abzuhacken oder Ehebrecher gar zu steinigen, dann bin ich sicher, dass die nigerianische Gesellschaft das nicht hinnehmen wird.

SPIEGEL: In 29 von 39 Jahren als unabhängiger Staat haben Militärs Nigeria regiert. Nach Ihrem Amtsantritt als demokratisch gewählter Präsident haben Sie Spitzenmilitärs entlassen, der ehemalige Generalstabschef sieht sich einer Anklage wegen Mordversuchs ausgesetzt. Wie halten Sie die Militärs loyal?

Obasanjo: Ich kaufe keine Loyalität. Ich Sorge dafür, dass das Militär macht, was es gemäß der Verfassung, seinem Eid und seiner Ausbildung tun soll.

SPIEGEL: Aber Sie müssen sich doch bereits Feinde gemacht haben? Haben Sie keine Angst vor einem neuen Putsch?

Obasanjo: In dieser Art von Job macht man sich Freunde und Feinde. Das ist nur normal. Vor einem Putsch habe ich keine Angst. Ich bin sicher, Gott schützt mit seiner Hand das neue Nigeria.

SPIEGEL: Sie haben der Korruption den Kampf angesagt. Wie wollen Sie die Nigerianer überzeugen, dass ein solcher Kampf Erfolge zeigt?

Obasanjo: Ich brauche sie nicht zu überzeugen. Sie werden es sehen können.

SPIEGEL: Woran?

Obasanjo: Als Sie nach Nigeria einreisten, wollte Ihnen irgendjemand am Flughafen Geld abnehmen?



P. MATRE / ODYSSEY / AGENTUR FOCUS

Boottaxi auf dem Niger: „Die Menschen dort sind seit Jahrzehnten vernachlässigt“

SPIEGEL: Nein.

Obasanjo: Wenn Sie vor einem Jahr gekommen wären, hätte man Ihnen Geld abgenommen. Das ist doch schon mal ein Erfolg.

SPIEGEL: Korruption war besonders in den Staatsbetrieben verbreitet. Wie wollen Sie die bekämpfen? Wollen Sie die Betriebe privatisieren?

Obasanjo: Eine einzelne isolierte Maßnahme reicht da nicht aus. Die Existenz privater Betriebe hat ja auch in Deutschland die Korruption nicht beseitigt. Warum sollte das hier der Fall sein? Es muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen geben: das neue Antikorruptionsgesetz, das dem Parlament vorliegt, bessere Bezahlung der Angestellten im Öffentlichen Dienst, bessere Aufklärung der Öffentlichkeit.

SPIEGEL: Sie haben gesagt, Korruption sei eine größere Gefahr für Afrika als Aids. Warum gibt es keine Verfahren wegen Korruption?

Obasanjo: Was wollen Sie eigentlich? Ist es für Sie wichtiger, dass Verdächtige angeklagt werden oder dass wir das veruntreute Geld wieder beschaffen? Sind Ihnen Verurteilungen wichtiger oder die Tatsache, dass wir jetzt eine gesündere Gesellschaft haben, dass Korruption nicht mehr eine selbstverständliche Tatsache ist?

SPIEGEL: 70 Prozent der 120 Millionen Nigerianer leben unterhalb der Armutsgrenze. Haben Sie Angst, dass Demokratie und Armut zu Synonymen werden?

Obasanjo: Nein, ganz bestimmt nicht. Unter der Militärdiktatur mussten sich die Leute für Benzin bis zu 24 Stunden lang anstellen. Nach nur zwei Monaten waren die Schlangen verschwunden. Unter der Militärdiktatur hatten wir eine sehr epileptische Stromversorgung. Jetzt ist sie weniger epileptisch. Wir haben zwar noch gewaltige Aufgaben vor uns, aber ich glaube, die Leute identifizieren die Demokratie mit Freiheit, mit Hoffnung und mit einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen.

SPIEGEL: Sie haben für Nigeria eine Demokratie-Dividende verlangt. Was meinen Sie damit?

Obasanjo: Diejenigen Länder, die denken, dass wir ihnen Geld schulden – was manchmal ziemlich zweifelhaft ist –, sollten etwas tun, damit wir mehr Geld für Entwicklung ausgeben können.

SPIEGEL: Sie wollen Umschuldung?

Obasanjo: Wir wollen einen Schuldenerlass, damit wir unseren Landsleuten wieder mehr Hoffnung geben können.

SPIEGEL: Ist das Ihr dringendstes Anliegen beim bevorstehenden Staatsbesuch in Deutschland?

Obasanjo: Das ist mein dringendstes Anliegen, wo immer ich hinfahre.

SPIEGEL: Nach dem Ende des Kalten Kriegs hat sich die Landkarte Europas dramatisch verändert. Werden sich im 21. Jahrhundert auch die Grenzen in Afrika verändern, werden die kolonialen Grenzziehungen verschwinden?

Obasanjo: Ich glaube, es werden sich mehr Länder zu stärkeren politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaften verbinden. Wir haben in den letzten Jahren den totalen Zusammenbruch, die Selbstaufgabe von Ländern erleben müssen, etwa in Somalia. Daher glaube ich, dass das 21. Jahrhundert durch die Suche nach stärkeren, überlebensfähigeren Staatengemeinschaften bestimmt sein wird.

SPIEGEL: Werden die nächsten 50 Jahre besser für Afrika als die letzten 50?

Obasanjo: Das geht ja gar nicht anders. Wir müssen für unsere eigenen Interessen sorgen und das auch der Welt klarmachen. Wenn ihr uns helfen wollt, gut. Aber nur zu unseren Bedingungen.

SPIEGEL: Was heißt das?

Obasanjo: Wenn irgendjemand versucht, mir zu sagen, wie ich mich um meinen Bruder zu kümmern habe, erwidere ich ihm, das weiß ich selber am besten. Der Westen hat wenig Verständnis für das Gemeinschaftsleben, für das Sorgen und Teilen, für das, was afrikanische Werte ausmacht. Andererseits sind Dinge, die im Westen als völlig normal gelten, hier in Afrika verpönt, und wir dürfen sie nicht übernehmen.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite



dem Favoriten Ricardo Lagos, 61, die Show.

Monatelang wählte sich Lagos seines Sieges sicher. Bei der Kandidatenkür der Regierungskoalition Concertación im Mai hatte der Sozialist unerwartet hoch über seinen christdemokratischen Konkurrenten gesiegt. Der Weg in den Regierungspalast La Moneda schien nur noch ein Selbstgänger zu sein, die meisten Umfragen sagten ihm die absolute Mehrheit voraus.

So ließ Lagos den Wahlkampf langsam angehen. Sein Widersacher, der außerhalb Santiagos kaum bekannt war, reiste unterdessen unermüdlich durchs Land. Selbst unter den Wissenschaftlern einer chilenischen Antarktisstation und auf der Osterinsel warb er eifrig um Stimmen.

Sein „Marsch für den Wandel“ scheint sich auszuzahlen: Nach den jüngsten Umfragen liegt er mit Lagos gleichauf. Wahrscheinlich kommt es im Januar zur Stichwahl.

Lavín baut auf den „Fujimori-Effekt“: Wie der peruanische Präsident zieht er mit einem Trupp Getreuer durch die Armenviertel. Er setzt einen Viehtreiberhut auf, wenn es seiner Sache dient, übernachtet in den Hütten armer Familien und hat zehntausenden die Hände geschüt-

telt. Wahlhelfer machen von jeder Begegnung Polaroidfotos, die sie den Leuten anschließend schenken. So ist dieser Kandidat inzwischen auch im letzten Dorf bekannt.

Schon als Bürgermeister von Las Condes, einer reichen Gemeinde von Santiago, hatte Lavín mit unorthodoxen Ideen Furore gemacht: Er traf sich mit Rap-Musikern, gab Hauswände für Graffiti frei und ließ die Einwohner per Plebiszit über die Farbe öffentlicher Gebäude entscheiden. Den Leuten gefiel das offenbar: Vor drei Jahren wurde er mit über 77 Prozent der Stimmen wieder gewählt.

Chiles erzkonservative Unternehmer stehen geschlossen hinter dem Rechten. Denn trotz seines platt-populistischen Wahlkampfes ist er einer der Ihren. Außerdem gehört er dem Opus Dei an und wettet gegen Scheidungs- und Abtreibungsgesetze. Vor allem aber ist er „Pinochetista“: Bei der Volksabstimmung über die Einberufung von Wahlen vor elf Jahren trat er glühend für das Regime des Diktators ein. Sein Gegner Lagos zeigt in seinen Fernsehspots alte TV-Aufzeichnungen, in denen Lavín für den General wirbt. Doch das Argument zieht nicht: Augusto Pinochet ist kein Thema mehr.

Ein Jahr nach seiner Festnahme kommt der greise Despot im Wahlkampf kaum vor.

Anhänger des Konservativen Lavín
Aufstieg aus dem Nichts

Sozialistischer Präsidentschaftskandidat Lagos*: Stichwahl im Januar?

CHILE

Marsch für die Wende

Erstmals seit Allendes Sturz greift ein Sozialist nach dem Präsidentenamt, das ihm ein Emporkömmling streitig macht.

Der Wahlkampfzirkus beginnt am frühen Nachmittag. Den Auftakt macht ein Trupp von Jongleuren – junge Leute aus den Armenvierteln, die für ein paar Pesos als Wahlhelfer arbeiten. Ihnen folgen einige dutzend Clowns und eine Batterie von Sambatänzern. Trommeln in allen Größen dröhnen durch die staubige Gasse in La Colina, einem Armenvorort von Santiago.

Sie kündigen den 46-jährigen Joaquín Lavín an, der für die Rechtspartei UDI bei Chiles Präsidentschaftswahlen am kommenden Sonntag ins Rennen geht. Doch der Kandidat lässt auf sich warten: Er besucht einen Taxifahrer, der bei einem Überfall verletzt wurde. Als er endlich das hufeisenförmige Podium betritt, bleibt er nicht einmal 20 Minuten.

Lavín verspricht mehr Gefängnisse und den Verkauf des Präsidentenflugzeugs – das sei viel zu teuer. Zum Abschluss zieht er seine Frau auf die Bühne, tanzt eine Rumba und drückt einige Babys. „Yerno, yerno“, rufen ihm einige ältere Damen zu: „Schwiegersohn, Schwiegersohn“. Lavín strahlt. Der Mann mit dem Sonntagschülergesicht kommt bei den Armen Chiles an.

Das ist wohl die größte Überraschung in diesem Wahlkampf: Ein rechter Populist, der quasi aus dem Nichts aufstieg, stiehlt



* Im Nationalstadion von Santiago.

Zu seinem 84. Geburtstag vor zwei Wochen versammelte sich nur noch ein Häuflein Ewiggestriger vor der Pinochet-Stiftung. „Chiles Demokratie hat von der Verhaftung des Generals profitiert“, sagt der Journalist Patricio Fernández.

Fernández leitet die Satirezeitschrift „The Clinic“. Der Name ist eine Anspielung auf das Londoner Krankenhaus, in dem der Ex-Diktator festgenommen wurde. Monatelang flimmerte das Bild von dem Gebäude über Chiles Fernsehschirme. „Das ganze Land wurde da kuriert“, sagt Fernández.

Mit Pinochets Festnahme verschwand plötzlich ein Schatten, der auf der Nation gelastet hatte. Trotz der Amnestie, die noch von Pinochet erlassen worden war, haben mutige Richter gegen den Ex-Diktator und seine Generäle mehrere Strafverfahren eingeleitet: Sie behandeln die Fälle von Verschwundenen als „Entführung“ – dieses Delikt fällt nicht unter die Amnestie.

Erstmals haben sich Offiziere mit den Familien der Verschwundenen an einen Tisch gesetzt, um über das Schicksal der Angehörigen zu reden. Mit Pinochet im Lande wäre das undenkbar gewesen.

Mehr als 25 Jahre lang bestimmte der Streit um Pinochet und seinen Putsch gegen den Sozialisten Salvador Allende die öffentliche Diskussion in dem Andenstaat.



CAMERA PRESS

Präsident Allende (1970)

Schatten der Vergangenheit

Seit der Festnahme des Ex-Diktators sind die Namen nur noch Schatten der Vergangenheit.

Sozialist Lagos vermeidet deshalb jeden Hinweis auf Allende, der ihn immerhin als Botschafter in die Sowjetunion entsenden wollte. Er wäre der erste sozialistische Präsident seit dem Putsch, doch er bezeichnet sich inzwischen viel lieber als Sozialdemokrat und als „dritter Präsident der

Concertación“, der Regierungskoalition aus Sozialisten und Christdemokraten.

Lagos verschaffte sich Achtung, als er Ende der achtziger Jahre im Fernsehen Pinochet für die Gräueltaten seiner Schergen verantwortlich machte. In der Zeit der Diktatur war das eine mutige Geste. Doch im Wahlkampf kann er daraus wenig Kapital schlagen.

Die Abwesenheit Pinochets ist dagegen ein Glücksfall für seinen Widersacher Lavín: Der kann sich jetzt als Vertreter einer neuen Rechten profilieren, ohne dass der Alte eingreift. Und er kann sich den Themen zuwenden, die die Chilenen bewegen: Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Kriminalität.

In Chile hat sich die Arbeitslosenquote in nur einem Jahr auf elf Prozent erhöht und damit fast verdoppelt. Auf die Asienkrise hat die Zentralbank mit hohen Zinsen reagiert und damit das Land in eine Rezession getrieben. Die Regierungskoalition ist ausgelaugt, vor allem die Christdemokraten gelten als arrogant und realitätsfern. Das bekommt auch Lagos zu spüren.

Er gilt als kühl und intellektuell, im Wahlkampf tritt er meist im dunklen Anzug auf. Doch seine Berater sehen das als Vorteil. Lagos' Kampagnenchef Jaime Estevez: „Die Leute wollen schließlich keinen Clown als Präsidenten.“

JENS GLÜSING



Betagte Chinesen: Langsame Auflösung der Familienbande

CHINA

Reich der Greise

Die Bevölkerung überaltert, die Alten verarmen. Nun führt Peking ein Rentensystem nach westlichem Vorbild ein.

Jeden Tag sitzt Frau Li am Rand der Geistergasse und betrachtet gelassen das bunte Treiben. Ihr graues Haar hat sie streng zurückgekämmt, gegen die Kälte schützt sie sich mit einer Daunenjacke und mehreren langen Unterhosen.

In einem traditionellen Hofhaus am Pekingener Sonnenaltar ist sie geboren worden. Dort hat sie geheiratet und zwei Kinder geboren, dort will sie sterben. Damit allerdings hat es die 86-Jährige nicht eilig: „Meine Ohren sind lang, das ist ein gutes Zeichen für langes Leben.“

Die schwächliche Witwe ist Teil eines riesigen sozialen Problems: China entwickelt sich zu einem Land der Methusalems. Das Reich der Mitte vergeist schneller als westliche Wohlfahrtsstaaten.

Ursache ist zum einen die verbesserte medizinische Versorgung. Schwerer aber wirkt sich die Anfang der achtziger Jahre begonnene Ein-Kind-Politik aus. Seither gerät das Generationengefüge aus dem Lot – mit dramatischen Folgen. Während heute 100 Berufstätige im Schnitt nur 15 Rentner ernähren, werden sie in 50 Jahren 55 Alte unterstützen müssen.

Derzeit sind von den 1,25 Milliarden Chinesen knapp 130 Millionen älter als 60 Jahre, fast jeder zehnte Bürger. In 50 Jahren wird die Alterspyramide wie ein Block aussehen: Dann sind, nach heutigen Berechnungen, 423 Millionen Menschen über 60 Jahre alt, jeder Vierte. Die Zahl der Greise jenseits der 80 wird die Bevölkerung der Bundesrepublik übertreffen: 88 Millionen.

Allein im nächsten Jahrzehnt will das Finanzministerium rund zwei Billionen Yuan (470 Milliarden Mark) für Renten ausgeben. Selbst diese Summe langt jedoch nicht, um den meisten Mitbürgern einen würdigen Lebensabend zu sichern. Alte Chinesen müssen derzeit im Schnitt mit 500 Yuan (117 Mark) monatlich auskommen – gerade genug für eine billige Miete, für karges Essen und ein wenig Kleidung.

Dabei ist eine Rente in China nicht einmal selbstverständlich. Bauern zum Beispiel bekommen vom Staat keinen einzigen Yuan. Auch in den Städten gehen inzwischen rund sechs Millionen ehemalige Arbeiter leer aus. Dies haben sie den von Deng Xiaoping Ende der siebziger Jahre ausgelösten Wirtschaftsreformen zu verdanken: Volkskommunen und Arbeitseinheiten, die sich bis dahin nach dem Solidaritätsprinzip der Eisernen Reisschale von der Wiege bis zum Sarg um ihre Mitglieder gekümmert hatten, brachen auseinander.

Nur die Partei, die Armee, Behörden und Staatsbetriebe gewähren derzeit eine Rente. Doch viele Fabriken stecken tief im Minus und zahlen Ruhegelder nur sporadisch aus, im schlimmsten Fall gar nicht. Um peinliche Proteste zum 50. Jahrestag der Staatsgründung am 1. Oktober zu vermeiden, verteilte die Regierung sieben Milliarden Yuan (1,6 Milliarden Mark) ausstehende Renten und erhöhte das Altersgeld pauschal um 15 Prozent.

So existiert hinter dem idyllischen Bild der Alten mit den faltigen Gesichtern, die am Ufer des West-Sees in Hangzhou dem Vogelgezwitscher lauschen oder auf dem Tiananmen-Platz Drachen steigen lassen, eine andere Wahrheit: Knapp 40 Millionen sind gezwungen, über die gesetzliche Grenze von 60 Jahren (für Männer) und 55 (für Frauen) hinaus zu arbeiten – als Parkplatzwächter, ambulante Fahrradmechaniker oder als Pförtner.

Zwar stehen Kinder und Enkel laut Verfassung in der Pflicht, sich um Eltern und Großeltern zu kümmern. Aber die schon

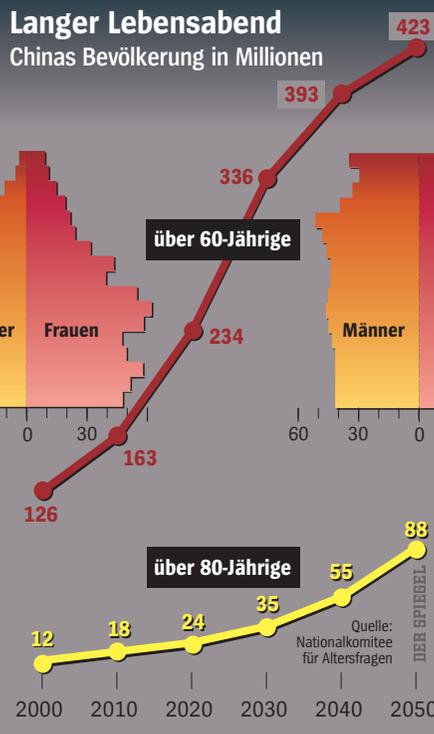
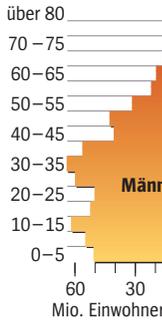
von Konfuzius propagierten und von der KP beschworenen engen Familienbande lösen sich langsam auf.

Noch sind Alters- und Pflegeheime wenig verbreitet. „Wer seine Eltern bei uns abgibt, macht sich zum Gespött der Nachbarn“, sagt Cao Shuqing, Leiterin eines Heimes im Pekinger Shijingshan-Bezirk. Daher finden hier vor allem Senioren, die ihren Familien nicht zur Last fallen wollen, ihre

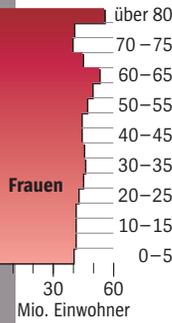
letzte Bleibe. Sie müssen sich jedoch die Miete von 500 bis 700 Yuan leisten können. Auf Staatskosten darf in dem sauberen, schlichten Bau nur wohnen, wer die „Drei-Ohne-Bedingung“ erfüllt: keine Kinder, keine Verwandten, kein Geld.

Ein anderes Fürsorge-Modell praktiziert Huang Yongfang vom Nachbarschaftskomitee Nr. 3 im Pekinger Sanlitun-Viertel. Die 70-Jährige hat eine Selbsthilfegruppe für ihren kleinen Stadtteil gegründet: Die Jüngeren helfen den Älteren im Haushalt und vertreiben ihnen die Zeit mit Tanz und Lektüre. Frau Huang sieht die Solidarität allerdings gefährdet, wenn in Zukunft immer mehr Senioren zu versorgen sind. Im Jahr 2025 dürften bereits 24 Millionen Menschen einen Pflegeplatz benötigen.

Altersstruktur im Jahr 2000



Altersstruktur im Jahr 2050



den nächsten drei Jahrzehnten soll die Basisrente auf knapp 60 Prozent des letzten Lohnes gesenkt werden. Derzeit liegt sie zwischen 70 und 80 Prozent. Bis September überwiesen schon rund 90 Millionen Chinesen Beiträge. Wer es sich leisten kann, darf sich auch individuell absichern. In Shanghai verkauft die deutsche Allianz mit einem chinesischen Partner bereits private Lebensversicherungen.

Allerdings funktioniert das ganze System noch nicht, wie es sollte. Die Regierung borgt sich zuweilen Geld aus den Rentenkassen. Marode Staatsbetriebe und private Unternehmen drücken sich um die Abgaben. Da ein Sozialversicherungsgesetz bislang nicht existiert, haben die Rentner keine Chance, das Geld einzuklagen.

Die Reform, sagt Cheng Yong, Experte im Nationalkomitee für Altersfragen, stehe und falle mit Chinas Wirtschaftswachstum. Sie könne nur glücken, wenn die Arbeitslosenquote im Rahmen bleibe. Besorgt blickt er auf die alarmierenden Bevölkerungsstatistiken: „China ist noch nicht reich, aber schon alt. Umgekehrt wäre es viel besser.“

ANDREAS LORENZ

Die Genossen haben mittlerweile begonnen, das Sozialsystem völlig zu erneuern. Fortan sorgt nicht mehr der Staat für die Altersversorgung, stattdessen müssen Angestellte und Betriebe, nach westlichem Vorbild, in eine neu geschaffene Rentenversicherung einzahlen. Ansprüche hat nur, wer mindestens 15 Jahre im Geschirr war. In

Werbeseite

Werbeseite

FUSSBALL

Der Spieler

Mit dem Verleih von Kinostreifen ist Michael Kölmel reich geworden. Weil für ihn Spielfilme und Sport „Killerprodukte“ sind, also Quotenhits, hat sich der Kaufmann bei elf Fußballclubs eingekauft. Die Branche ist besorgt.

Kapitalerhöhung? Erfolgreich abgeschlossen, 254 Millionen Mark. Umsatz? Gesteigert, um 65 Prozent, auf 248,7 Millionen Mark. Ebit? Nimmt um 162 Prozent zu, steigt auf 29,1 Millionen Mark. Ergebnis vor Steuern? 18,9 Millionen Mark. Jahresüberschuss? Plus 2799 Prozent, in D-Mark 8,0 Millionen.

Es sind schon richtig dolle Dinge, die ein Projektor an diesem Morgen im „Großen Sitzungssaal“ einer Bank in Frankfurt an die Wand zaubert. Die „Kinowelt Medien AG“, ein Unternehmen, das sein Geld mit Spielfilmen verdient, hat eine Zusammenkunft für Analysten arrangiert, und bei solchen Terminen kommt es drauf an. Analysten sind Herrschaften mit kühlem Blick, die darüber befinden, ob der Laden an der Börse etwas taugt oder nicht.

Hinter einem Mikrofon sitzt der, der diese Firma geschaffen hat. Michael Kölmel, 45, ein Mann mit flüchtig frisierten Locken, kaut an einem Keks und erläutert Schaubild Nummer 8. Hier wird die Welt des Filmverleihs grafisch in kleine Tortenstücke zerlegt, Kinowelt ist die Nummer 5 „im Feld der US-Majors“ und damit „auf dem Weg zum Global Player“. Doch dann kommt Schaubild Nummer 21.

Schaubild Nummer 21 sieht aus, als hätte jemand zum Spaß ein paar Sticker draufgeklebt, die man gelegentlich in Hanuta-Schokoladenwaffeln findet. Bunte Bildchen flackern jetzt an der Wand, es sind die Wappen von elf Fußballvereinen. Alemannia Aachen (schwarz-gelb) etwa, Waldhof Mannheim (blau-weiß) oder Dynamo Dresden (grün-gelb).

Alles seins. Ein Portfolio aus Fußballfirmen. Heißt „Sportwelt Beteiligungsgesellschaft“ und ist die kleine Tochter der großen Kinowelt. Ist mal was anderes in diesem Kreis, der Börsenmensch fragt nach: Rendite? Mit Fußball? Da wechselt der promovierte Wirtschaftswissenschaftler die Tonlage, es klingt jetzt, als spreche er aus einem Kühlschrank: „Fernsehen ist ein Killergeschäft. Die Einschaltquote des einen ist die Nicht-Einschaltquote des anderen. Und Killerprodukte sind Spielfilme und Sport.“ Der Börsenmensch hat verstanden.

Acht Tage später ist Michael Kölmel mit einer Ehrenkarte im Jackett beim Fußball zu Besuch. Waldhof Mannheim, sein Wald-

hof Mannheim, spielt im DFB-Pokal gegen Bayern München und trägt auf dem Trikot Reklame für den neuen Kinofilm „Blair Witch Project“ spazieren, seinen Kinofilm.

Weil der Eigentümer noch Verpflichtungen hatte, ist er im Verzug. Auf der Suche nach Block 17, Reihe 28, Platz 9 eilt er im Innenraum an den Trainerbänken vorbei, was streng verboten ist, da das Spiel schon läuft. Und das gibt Ärger mit dem Ordner: „Ei, verschwind uff dein Platz, du ...“ Doch bevor sich der Platzanweiser um Kopf und Kragen redet, geht ein Kollege



Kölmel-Mannschaften SSV Ulm, Fortuna Düsseldorf: Unentschieden? Manipulation?

dazwischen, der sich offenkundig besser auskennt: „Halt's Maul, Mensch, das ist der Boss hier.“

Allmählich hat es sich rumgesprochen. Und je häufiger sich dieser unscheinbare Gast auf einem Sportplatz einfindet, desto mehr wuchert der Argwohn beim deutschen Fußballvolk: Wer ist er? Woher kommt er? Was will er?

Zum einen ist es zwar so: Gäbe es Doktor Kölmel nicht, dann gäbe es beispiels-

weise auch den Fußballclub Waldhof Mannheim nicht – jedenfalls nicht mehr, weil Doktor Kölmel in höchster Not mit Geld aushalf. Andererseits streut er sein Vermögen ja nicht nur über die Kicker aus Kurpfalz, sondern auch über die Konkurrenz aus anderen Ecken des Landes. Die Angaben über das Gesamtvolumen schwanken zwischen 50 und 120 Millionen Mark. Warum tut er das?

Auffällig ist, dass der reiche Mann bei der Auswahl seiner Ballsportbetriebe immer nach demselben Schema vorgeht: Er sucht Vereine mit großer Tradition und so wenig auf der Naht, dass sie eigentlich zum Konkursrichter laufen müssten; stattdessen kriegen sie Kölmels Geld, kaufen für ein paar Millionen neue Spieler, damit die Mannschaft besser kickt, und Kölmel ist am Club beteiligt. Er kümmert sich um die Vermarktung, und wenn Gewinn abfällt, kriegt er Prozente.

Der Witz daran ist, dass er viel Geld zurückbekommen könnte, wenn Fernsehrechte frei verhandelbar und nicht mehr wie bisher vom Deutschen Fußball-Bund (DFB), der Sozialstation aller Vereine, zentral vermarktet werden. Das ist zwar noch nicht sicher, aber sehr wahrscheinlich und

deshalb hochinteressant. Das versteht auch der Fußballfreund.

Grundsätzlich ist gegen so ein Modell nichts zu sagen, auch der Kleinanleger weiß: Aktien sollte man kaufen, wenn sie im Keller sind. Aber genau das ist nun das Problem: Fußball, ein Spekulationsobjekt? Kaufen, verkaufen, verdienen, verdaddeln? Da wird der Fußballfreund nervös: Der Reiz seines Spiels liegt darin, dass keiner weiß, wie es ausgeht.



A. HASSENSTEIN / BONGARTS

Fußball-Vermarkter Kölmel (beim DFB-Pokalspiel Waldhof Mannheim gegen Bayern München): „Erst Spinner, jetzt Strippenzieher“

Was soll nun werden, wenn Kölmels Mannschaften erst mal richtig gut sind? Es könnte doch zum Beispiel passieren, dass zwei von ihnen am letzten Spieltag einer Saison gegeneinander antreten müssen, der einen fehlt ein Punkt zur Meisterschaft, der anderen fehlt ein Punkt, um nicht abzusteigen. Und dann? Unentschieden? Manipulation? Richtet Kölmel das schöne Spiel zu Grunde?

Der mögliche Nosferatu des deutschen Fußballs macht augenscheinlich nicht den Eindruck, als wolle er die Welt des Sports von seinem Firmensitz in München aus allmählich aussaugen. Irgendwie wirkt er ganz und gar ungefährlich. Er spricht nicht so, wie diese coolen Typen sprechen, die fix zu Geld gekommen sind. Gelegentlich gleitet das Idiom ins Regionale ab, dann klingt er so wie Uli „Ball uffbumbe“ Stielike.

Kölmels Kinowelt ist auf zwei Etagen einer ehemaligen Bundeswehr-Kaserne zu Hause, der Inhaber wohnt zwischen schrägen Wänden unterm Dach, auf dem Tisch stehen eine Thermoskanne mit heißem Wasser und eine Untertasse, auf der benutzte Teebeutel schwimmen.

Ja, ja, hat er alles gelesen, was da an Zeugs in der Zeitung stand. Dass Wilfried Straub, der pingelige Direktor des DFB, gesagt hat, er wolle alles „ganz genau beobachten, um notfalls einzugreifen“. Und dass sich der DFB-Chefjustiziar Goetz Eilers „ernsthafte Sorgen“ um die Lauterkeit des Wettbewerbs macht.

Kölmel wickelt einen Teebeutel um den den Löffel, damit es nicht tropft. Dann

lässt er das ausgewrungene Säckchen durch die Luft baumeln und sagt: „Erst war ich der Spinner, jetzt bin ich der Strippenzieher.“

Strippenzieher. Er und ein Strippenzieher. Das amüsiert ihn mächtig, weil es fast so klingt, als wolle er die siebziger Jahre und den Bundesliga-Skandal zurückholen. Damals gab es etwa den Offenbacher Fußballpräsidenten Horst Gregorio Canellas, einen Großhändler für Südfrüchte, der seine Leute mit Bargeld im Koffer ins Stadion schickte, um Spiele zu kaufen. Und morgen gibt es Kölmel, der dasselbe treibt, bloß ein bisschen eleganter, ja?

Also bitte, fragt Doktor Kölmel: Wer entwirft den Spielplan der Fußball-Bundesliga? Eben, der DFB. Und wenn der DFB Angst hat vor solchen Mätzchen, dann soll er seinen Spielplan eben so zusammenwürfeln, dass nichts passieren kann. Nur mal so als Vorschlag. Für den Fußballfreund.

Michael Kölmel will den Fußball nämlich eigentlich gar nicht manipulieren. Er will ihn bloß benutzen. Zu Geld machen.

Es ist nicht so, dass ihn die Faszination dieses Spiels gepackt hätte. Seine Tangenten zum Fußball sind überschaubar. Er hat früher selbst gekickt, aber nicht gut. Er hat die Sportschau geguckt, aber nicht immer. Er fand es nur immer erstaunlich, was mit anderen Menschen passieren kann, wenn Fußball ist. Dass „die Leute Meilen durch die Wüste laufen würden, nur um ein Ergebnis zu erfahren“. Und dass – vor allem – Fußball das Fernsehen umkrepeln kann.

1954 wurde Deutschland Weltmeister, und es begann das Zeitalter des Fernse-

hens. 1974 wurde Deutschland wieder Weltmeister, und alle wollten bunte Fernseher. 1988 kaufte die Ufa für den Privatsender RTL die Rechte an der Bundesliga, und danach hatten alle Haushalte Privatfernsehen. Seit die Sportschau nur noch Rennrodeln zeigen darf, interessiert sich Michael Kölmel wirklich für Fußball.

Denn Fußball ist wie Film, beides hat viel mit Gefühl zu tun. Kölmel handelt mit Gefühlen und setzt darauf, dass sein Gefühl dafür mehrheitsfähig ist. Als er mit dem Studium fertig war, schenkte ihm seine Mutter einen VW Polo. Den verkaufte er auf dem Fuß für 8000 Mark, borgte sich bei der Bank noch mal 12 000 Mark dazu und erwarb mit dem Geld die Rechte an dem Spielfilm „Gregory's Girl“. Den sah er sich in einem Kölner Kino an, es war ausverkauft, machte aber Wochen später pleite. Freunde schenkten ihm ein Buch mit dem Titel „Von der Mahnung bis zur Zwangsvollstreckung“, aber unterm Strich spielte der Film 250 000 Mark ein.

Kölmel ging noch mal zur Bank, lieb sich diesmal 125 000 Mark und kaufte neue Filme. Zum richtigen Player wurde er mit dem Oscar-Sammler „Der englische Patient“ – 3 Millionen Investition, 25 Millionen Umsatz. Also musste Kinowelt an die Börse.

Inzwischen hat Kölmel zehn Prozent seiner Anteile verkauft, das brachte 200 Millionen Mark, und die sind jetzt für Fußball da. Er sagt, wenn sonntags einer seiner Clubs verliere, werde montags keine Bank anrufen und fragen: „Was ist denn da los?“, das sei ein sehr freiheitliches Gefühl. Nun

kann es gut sein, dass den Leuten Fußball demnächst zu den Ohren rauskommt, weil inzwischen jeden Tag Fußball im Fernsehen kommt. Es kann aber auch sein, dass die nächste Stufe zündet, dass Fußball eine Sache des Bezahlfernsehens wird und deshalb plötzlich alle Leute einen Decoder im Wohnzimmer haben. Und dann? Hat Michael Kölmel gewonnen. „Killeroptionen sind immer spannend. Wenn man in der Wirtschaft Erfolg haben will, ist es immer wichtig, dass man ein paar davon hat“, sagt er. Zum Börsenmenschen.

Den Fußballfreund würde er damit vor den Kopf stoßen. Der hat es sich in seiner Welt behaglich gemacht, und Kölmels Problem ist, „dass Fußball fest in der Hand früherer Fußballspieler liegt“. Die genießen gewissermaßen Artenschutz, „mit denen darf man sich nicht anlegen“, sonst ist man gleich in der bösen Ecke. Also spielt Kölmel den Azubi („Na ja, wenn Sie meinen“); irgendwann hat er ja doch, was er will: „Ich zieh' das jetzt durch.“

Beim Aufbau des neuen Geschäftszweigs kommt ihm entgegen, dass die Partner nicht so schlau sind wie er. Sie kriegen zwar genug Geld, aber sie können mit Geld nicht richtig umgehen. Seine Chance liegt darin, dass Fußball heute eigentlich so sein müsste wie seine Versammlung mit den Analysten, in Wahrheit aber so ist wie Waldhof Mannheim.

Kölmel besitzt zum Beispiel einen Club, der einen Spieler für viel Geld nach Ansicht einer Videokassette einkaufte, auf der stand: „Mazedonischer Nationalspieler“. Keiner, weiß er inzwischen, habe geprüft, ob das auch stimmt, es hieß bloß: „Oh, dafür ist er aber billig.“ Der Profifußball hat 600 Millionen Mark Schulden und braucht Leute, die eine Vorstellung davon haben, wie es anders gehen könnte.

Kölmel hat eine: Sobald er sein Geld bei einem dieser welken Unternehmen abgeliefert hat, wird kernsaniert. Er gründet eine Spielbetriebs GmbH und eine Vermarktungs GmbH. Die erste hat mit Sport zu tun, die zweite mit Geld. Am Spielbetrieb ist Kölmel mit 49,9 Prozent beteiligt, an der Vermarktung mit 74,9 Prozent, und zwar „auf Dauer“ und „nicht kündbar“. Ausgeliefert? Abhängig? Klar, aber: Kölmel oder Konkursrichter.

Doktor Kölmel hat seinen Vortrag im Frankfurter Sitzungssaal beendet, da hat ein Börsenmensch noch eine Frage. In der Zeitung stand nämlich, dass Kölmel seinem Fußballclub Borussia Mönchengladbach 30 Millionen Mark für ein neues Stadion rüberschieben wolle, und das wäre vielleicht doch noch mal ein Thema.

Ist es, lässt sich aber leicht erklären. Das Problem, sagt Kölmel, ist das: Wer Fußball sehen will, muss zwei Stunden früher kommen, weil er sonst keinen Parkplatz mehr findet, und zehn Minuten früher gehen, weil er sonst zwei Stunden im Stau steht. Und zwischendurch wird er öfters nass.

Das kann man auch anders haben, nämlich so: Kölmel gibt Geld und bestimmt den Bauplan. Er will dabei nicht bloß ein Fußballstadion, in das es nicht mehr reinregnet, er denkt an ein „Entertainment-Center“, mit vielen Parkplätzen und einem „Multiplex“-Kino dazu, einem dieser schicken Filmtempel der neuen Zeit.

Zur Vorstellung kämen darin die Produkte aus der hauseigenen Traumfabrik, und wenn schönes Wetter sei, könne es auch mal Open-Air-Kino geben, weil nebenan ja noch ein schönes Fußballstadion sei. Der Mensch von der Börse nickt.

So ein feines Angebot hat Michael Kölmel zuletzt dem FC St. Pauli gemacht, ein Club, der noch in seine Kette passen würde. 40 Millionen hat er denen für eine neue Heimstatt geboten, aber die Fußballer werden wohl ablehnen, weil sie gehört haben, dass man von Doktor Kölmel zu sehr abhängig werden kann.



Kölmels Elf KINOWELT

Fußballclubs, an denen sich Michael Kölmel beteiligt hat

1. BUNDESLIGA

- SSV Ulm

2. BUNDESLIGA

- Alemannia Aachen
- Borussia Mönchengladbach
- Waldhof Mannheim

REGIONALLIGA

- Rot-Weiß Essen
- Union Berlin
- Dynamo Dresden
- Sachsen Leipzig
- Carl Zeiss Jena
- 1. FC Magdeburg
- Fortuna Düsseldorf

DER SPIEGEL

Schade? Schade, aber nicht weiter schlimm. Er hat ja schon seine kleine Liga zusammen, und ein richtiger Reinfall war bis jetzt noch nicht dabei. Wenn seine Clubs gespielt haben, ist das für ihn ein bisschen wie bei der Ziehung der Lottozahlen. Obwohl: Lotto hat er noch nie gespielt, „weil ich da systematisch der Verlierer bin“. Er setzt lieber auf seine eigene Idee: „Fußball hat für mich ein Gambling-Element, aber trotzdem glaube ich, dass man dabei systematisch gewinnen kann.“

Die Ergebnisse seiner Anlageobjekte erfährt Michael Kölmel aus dem Videotext. Er mag nicht so oft ins Stadion gehen. Mannheim war eine Ausnahme. Er reiste mit der Bahn, und als er unterwegs war, dachte er darüber nach, ob er nicht manchmal auf zu großem Fuße lebt. Weil er Erster Klasse fuhr.

MATTHIAS GEYER

OLYMPIA

„Eine Art Handel“

Der frühere Ruder-Weltmeister Roland Baar über Samaranchs Reformen, Doping und seine Ambitionen, als Athletenvertreter ins IOC einzurücken

IOC-Mitglieder der Korruption schuldig machen, besteht die Gefahr, dass die Politik zu viel Einfluss nimmt. Was ist denn dieses Jahr alles passiert? Minister haben mit Olympia-Boykott gedroht, die Uno wurde als oberste Sportregierung vorgeschlagen, Samaranch wird vor den US-Kongress zitiert. Aber diese Gefahr wird im Olympischen Komitee weitgehend unterschätzt. Das IOC muss unabhängig bleiben und sich selbst reformieren können.

Baar, 34, gewann als Schlagmann im Ruder-Achter fünf Weltmeistertitel und zwei Olympia-Medaillen. Seit 1998 arbeitet der promovierte Maschinenbau-Ingenieur bei der Volkswagen AG in der Motorenentwicklung. Als Mitglied der Athletenkommission gilt er als Kandidat für einen Sitz im Internationalen Olympischen Komitee (IOC), dessen Vollversammlung am kommenden Wochenende in Lausanne über Reformen zu beschließen hat.

SPIEGEL: Herr Baar, vermissen Sie Olympia, gut drei Jahre nach Ihrer letzten Teilnahme als Ruderer, so sehr, dass Sie eine Karriere als IOC-Funktionär anstreben?

Baar: Ich strebe da keine Karriere an. Wenn das IOC jetzt die Empfehlungen der Reformkommission akzeptiert und demnach 15 Athletenvertreter dort einrücken, kann die Situation entstehen, dass ich dazu gehöre. Auf jeden Fall werde ich aber weiter an den Reformen arbeiten.

SPIEGEL: Auf wessen Druck, glauben Sie, reformiert sich jetzt das IOC?

Baar: Es waren letztlich die Sponsoren, die ganz subtil Druck ausgeübt haben. Die Angst davor, dass sie abspringen könnten, war spürbar.

SPIEGEL: Sind Sie mit dem Reformmeißel des IOC zufrieden?

Baar: Das IOC will eine Evolution, keine harten Schnitte. Dabei hätte ich mir gewünscht, dass man mehr Verantwortung

übernimmt: dass das IOC die oberste Sportorganisation wird, verantwortlich für alle olympischen Sportarten, mit mehr Einfluss auf die internationalen Verbände und Nationalen Olympischen Komitees. Tatsächlich sitzen da aber einige nur deshalb, weil ihnen das Amt eine Reputation verschafft, mit der sie sich zu Hause schmücken können. Sie wollen Anerkennung – aber nicht zu viel Verantwortung.

SPIEGEL: Alle künftigen IOC-Einsteiger müssen mit 70 ihren Hut nehmen, die Amtszeit des Präsidenten soll begrenzt werden, ehemalige Sportler sollen vermehrt ins IOC rücken – ist das nicht ein bisschen dünn für eine groß angekündigte Reform?

Baar: Für weiter gehende Schritte hätte man in der Vollversammlung keine Mehrheiten gefunden. Schon bei den geplanten Schritten habe ich Zweifel, ob sie sich durchsetzen lassen. Dabei ist die größte Schwäche des IOC die fehlende Kontrolle. Man hätte eine zweite Machtinstanz installieren sollen – eine Art Aufsichtsrat. Wenn sich einzelne



IOC-Kandidat Baar

SPIEGEL: Reformgegner stören sich daran, dass je 15 Quoten-Mitglieder aus den internationalen Verbänden, den nationalen Olympia-Komitees und dem Athletenkreis entsandt werden sollen – das seien alles abhängige Mandatsträger.

Baar: Jeder ist doch von irgendwem oder irgendwas abhängig. Ich finde das nicht dramatisch. Auch wenn noch viele Reaktionäre im IOC sitzen, die am liebsten alles so behalten wollen, wie es vor hundert Jahren war: Was wir jetzt erleben, nämlich Reformen auf niedrigem Niveau, ist so schlecht nicht – jedenfalls als Anfang.

SPIEGEL: Was gefällt Ihnen daran?

Baar: Das IOC weiß etwa um die öffentliche Wirkung einer Einbindung der Athleten. Seitdem die Skandale von Salt Lake City bekannt wurden, übergeht man uns ungern. Das ist eine Chance. Nur besteht die Gefahr, dass es heißt: So, jetzt seid ihr Athleten bei uns Mitglieder, jetzt seid mal schön ruhig. Wir müssen unsere Ziele verfolgen, auch wenn der hauptamtliche IOC-Apparat mitsamt seinen Möglichkeiten zur Manipulation von Informationen ja bestehen bleibt.

SPIEGEL: Sie sähen sich im Stände, den Mächtigen auf die Finger zu schauen?

Baar: Seitdem ich die IOC-Mitglieder kennen gelernt habe, weiß ich, dass andere auch nur mit Wasser kochen. Da legt man übertriebenen Respekt ab. Allerdings habe ich als Ingenieur bei VW einen sehr zeitintensiven Job. Ich bin Arbeitnehmer und müsste regulären Urlaub nehmen.

SPIEGEL: Sie haben den Wandel Olympias zu einem Betrieb der Gewinnmaximierung noch als Amateur miterlebt. Was denken Sie, wenn Sportler heute über den Ausverkauf der Ideale klagen – und nicht schlecht davon leben?

Baar: Als Athletenvertreter ist mir vor allem wichtig, dass die Olympischen Spiele Bestand haben. Sie zu gefährden, nur weil man aus Idealismus gegen zu viel Sponsoring sein muss, fände ich unsinnig. Ohne umfassende Vermarktung gäbe es heute



IOC-Präsident Samaranch: „Unterstellungen bringen uns nicht weiter“

Werbeseite

Werbeseite



FOTOS: BONGARTS

Schlagmann Baar (1994): „Als Athlet hatte ich oft ein schlechtes Gewissen“

keine Spiele mehr. Für mich war eine Olympia-Teilnahme immer das Größte.

SPIEGEL: Das hat Sie als Ruderer motiviert?

Baar: Als Sportler habe ich meine Motivation daraus gezogen, nicht mehr verlieren zu wollen. Ich wollte nicht unbedingt gewinnen, sondern nur nicht verlieren. In meinen Anfangsjahren habe ich viele Niederlagen eingesteckt, das hat mich geprägt.

SPIEGEL: Ist es ähnliches Denken, das jetzt IOC-Chef Juan Antonio Samaranch antreibt? Dass er nicht als derjenige abdanken will, unter dessen Vorsitz der Olympismus in die Existenzkrise rutschte?

Baar: Nun ja, das Resultat zählt. Irgendwelche Unterstellungen bringen uns nicht weiter. Ich nehme Samaranch ab, dass er die Notwendigkeit zur Erneuerung sieht.

SPIEGEL: Deshalb sprach die Athletenkommission, auch mit Ihrer Stimme, Samaranch ungefragt das Vertrauen aus?

Baar: Es war eine Art Handel. Wir wollten unsere Forderungen durchsetzen und haben uns gesagt: Warum soll nicht Samaranch die Reformen auf den Weg bringen? Ein plötzliches Machtvakuum hätte die olympische Bewegung in schwerere Turbulenzen gestürzt, als wir sie ohnehin haben.

SPIEGEL: Wer bietet sich für 2001 als Nachfolger an?

Baar: Ein idealer Kandidat hat sich noch nicht herauskristallisiert. Die stärksten Persönlichkeiten, die ich im IOC kennen gelernt habe, kommen alle für die Präsidentschaft nicht in Frage. Etwa den Richter Kéba Mbaye aus dem Senegal fand ich argumentativ richtig klasse. Der sagt aber ganz klar, dass die Sache für ihn aus Altersgründen bald beendet ist.

SPIEGEL: Kandidaten wie Dick Pound, Pál Schmitt, Jacques Rogge oder Kevan Gosper gefallen Ihnen nicht?

Baar: Das größere Problem sind andere. Einer hat zum Beispiel heftig gegen eine

Amtszeitbeschränkung des Präsidenten auf acht Jahre plädiert – mit dem Argument, wegen der langen Präsidentschaft stehe das IOC so stabil da. Ich dachte nur: Moment mal, was hat der denn mitbekommen? Das IOC und stabil? So was von Weltfremdheit. Es sind aber nicht alle so.

SPIEGEL: Dem deutschen IOC-Mann Thomas Bach warfen Sie „Lobbyismus“ vor, als er einen acht Jahre alten juristischen Aufsatz als aktuelle Expertise verkaufen und damit seine Bedenken gegen eine zweijährige Mindeststrafe für Dopingsünder untermauern wollte. Ist Bach der Anwalt der Athleten, als der er sich ausgibt?

Baar: Er ist Mitglied der IOC-Exekutive und vertritt IOC-Interessen. Wir sind an einigen Stellen unterschiedlicher Meinung. Auch er ist grundsätzlich gegen Doping. Ich meine aber: Als Sportler muss man den Schutz der Gemeinschaft sehen und nicht den Schutz eventuell ungerecht behandelte Großverdiener. Das Problem wird ver-

schärft, weil wir Profisportler haben, die sich hochkarätige Anwälte leisten können. Die argumentieren dann mit Berufsverbot. Für mich ist das aber nach wie vor nicht nachvollziehbar. Wenn ich andere schädige, muss ich damit rechnen, meine Arbeit nicht ausüben zu dürfen.

SPIEGEL: Das IOC unterscheidet gern zwischen beabsichtigtem und unbeabsichtigtem Doping. Zuletzt wurde häufiger über womöglich unzureichend deklarierte Kraftnahrung diskutiert, die zu einer positiven Probe führen könne. Dürfen Sportler so entkommen?

Baar: Nein, der Athlet muss dafür verantwortlich sein, was in seinen Körper gelangt – auch wenn die individuelle Sachlage immer geprüft werden sollte. Abgesehen davon finde ich es enttäuschend vom IOC, dass es nicht diese einfache Regel aufgestellt hat: Wer dopt, darf nicht mehr an Olympischen Spielen teilnehmen.

SPIEGEL: Ist es noch zeitgemäß, wenn das IOC, das im Prinzip ein globales Wirtschaftsunternehmen ist, mit quasiphilosophischen Werten und moralischen Ansprüchen überfrachtet wird?

Baar: Wenn es schon seine Rolle nicht darin sieht, Dachverband des Weltsports zu sein, dann muss es eine andere Legitimation geben. Die muss dann wohl auf der moralischen Ebene liegen. Das gehört zur Strategie.

SPIEGEL: Sonst wären Grundsätze wie Fair Play verzichtbar?

Baar: Nein, der Sport muss gewisse Werte vermitteln. Als Athlet hatte ich oft ein schlechtes Gewissen: Man ist nicht produktiv, leistet nichts für die Volkswirtschaft, man kostet nur. Man treibt halt bloß Sport. Aber, und das ist sehr wichtig: Man hat dabei eine Verantwortung – vor allem für den Kinder- und Breitensport.

INTERVIEW: JÖRG KRAMER



IOC-Exekutivmitglied Bach
Großverdiener schützen?

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

NATIONALPARK

Diebe im Wald aus Stein

Eine der größten Fundstätten von versteinertem Wald, der „Petrified Forest National Park“ in Arizona, droht zu schrumpfen: Allzu viele Besucher verfallen dem Souvenir-Fieber und lassen Stücke der 225 Millionen Jahre alten Fossilien in Taschentüchern, Hosentaschen und Rucksäcken mitgehen, wie der Nationalpark-Hüter Chuck Dorn in den vergangenen Jahren beobachtet hat. Eine Studie schätzt den Verlust auf etwa zwölf Tonnen pro Jahr. Der Sammlermut verlässt indes einige der Diebe beim Anblick von Hinweisschildern, die davor warnen, dass die Autos durchsucht werden können. Ranger des Nationalparks fanden in unmittelbarer Umgebung dieser Schilder allein im September 50 Kilogramm des versteinerten Materials. Andere Fossilienräuber überfällt das



Diebesgut im „Petrified Forest National Park“

schlechte Gewissen zu Hause – sie schicken ihr Diebesgut per Post zurück. Doch diese späte Reue nützt dem Erhalt



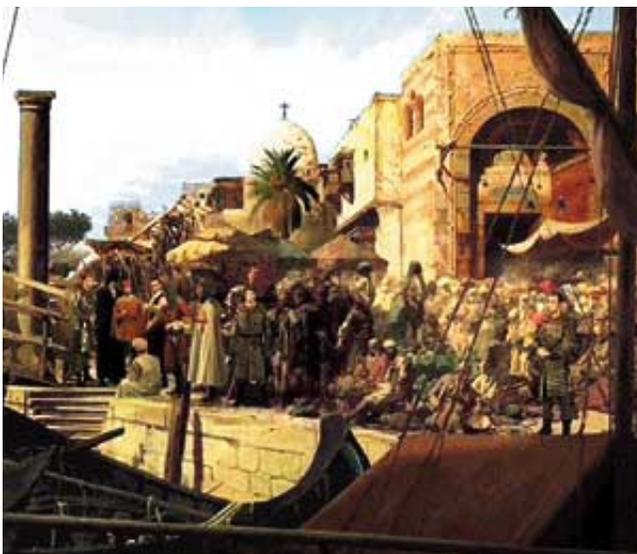
Fossiles Baumstück, Besucher

des Parks nicht viel: Es ist fast unmöglich, den genauen Herkunftsort der Stücke zu bestimmen. „Falsch eingeordnete Stücke“, klagt Dorn, „können wissenschaftliche Untersuchungen durcheinander bringen.“

LERN-SOFTWARE

Ritterspiel im Rechner

Die Belagerung einer Festung ist eine Kunst. Welche Geschosse beispielsweise bringen die Mauern der feindlichen Burg am besten zum Einsturz? Solche und andere Fragen des Mittelalters beantwortet das opulente Lern-Adventure „Kreuzzüge – Verschwörung im Orient“ (99 Mark) des Berliner Cornelsen Verlags. Vorbild für das Computerspiel sind die realen Kreuzritter, die sich zum Ziel setzten, die Ausbreitung des Islams einzudämmen und die Stadt Jerusalem zu befreien. Spieler ab 12 Jahren schlüpfen in die Rolle des fiktiven Ritters Arthaud, der auf heiliger Mission gen Orient zieht. Nur wer die 26 Rätsel mit fundierten historischen Kenntnissen, reichlich



Szene aus der Lern-Software „Kreuzzüge“

Geschick und Kombinationsgabe lösen kann, gelangt schließlich bis in die Heilige Stadt. Fehlende Informationen lassen sich in einem digitalen Lexikon nachschlagen. Das Werk enthält zahlreiche Querverweise zu Geschichte, Alltag und Wissenschaft jener Epoche. Bei der Lösung der Probleme helfen dem Spieler Gegenstände oder Personen wie etwa ein sarazenischer Baumeister. Ohne den Architekten lässt sich eine zerstörte Kathedrale nicht wieder aufbauen.



Leuchtfolie, EC-Karte mit Minianzeige

DISPLAYS

Tapete als Fernseher?

Auf viele EC-Karten lassen sich auch Barbeträge laden. Doch kaum ein Kunde nutzt diese Funktion – schon deshalb, weil sich die jeweilige Barschaft nicht ablesen lässt. Jetzt haben Forscher von Siemens die so genannten Cashcards mit einem winzigen Display ausgestattet, das auf Knopfdruck den Restbetrag anzeigt. Möglich wurde dies durch eine neuartige Hightech-Folie, die weniger als einen Millimeter dick und flexibel ist. In ihr sind organische Leuchtdioden (OLED) eingebettet, die von selbst leuchten können. Für die Siemens-Forscher ist die EC-Karte mit Display nur ein erster Test: Mit OLED in den drei Farben Rot, Grün und Blau sind in Zukunft auch Tapeten denkbar, die an der Wand den Fernsehbildschirm ersetzen.



Montage des Röntgenteleskops XMM

RAUMFAHRT

Augen aus Gold

Der größte wissenschaftliche Satellit, der bislang in Europa gebaut wurde, das Röntgen-Weltraumteleskop XMM, soll am Freitag dieser Woche vom Startplatz Kourou (Französisch-Guayana) in seine Umlaufbahn geschossen werden. Es ist zugleich der erste kommerzielle Einsatz für Europas stärkste Träger Rakete, die Ariane 5. Sie soll das „außergewöhnliche Teleskop, das die Erforschung der kosmischen Röntgenstrahlung revolutionieren wird“ (wie die Europäische Raumfahrtagentur Esa verspricht), auf seine hoch exzentrische 48-Stunden-Bahn bringen, die XMM bis zu

114 000 Kilometer von der Erde wegführt, um sich ihr dann wieder bis auf 7000 Kilometer zu nähern. Das 3,8 Tonnen schwere Himmelsobservatorium besitzt drei fassförmige Spiegelmodule, in denen jeweils 58 hauchdünne, glatt polierte, leicht gekrümmte Rundspiegel mit vergoldeter Oberfläche nach Art russischer Puppen ineinander geschachtelt sind. Mit ihrer Gesamtspiegelfläche von der Größe eines halben Tennisplatzes haben die goldenen Augen ein Vielfaches des Sammelvermögens früherer Röntgensatelliten. XMM, so kündigt die Esa an, „wird die verborgenen Tiefen des Universums – sozusagen seine ‚Krisenherde‘ – erforschen, wo Sterne und Galaxien entstehen und ganze Welten verschwinden“.

MEDIZINTECHNIK

Ultraschallgerät am Armband

Er passt ums Handgelenk und wiegt nur 800 Gramm: Der kleine Ultraschall-Scanner „Tringa 50S“, entwickelt von der niederländischen High-tech-Firma Pie Medical, soll in der Unfall- und Veterinärmedizin eingesetzt werden: Mit dem handlichen Schallkopf tasten Rettungssanitäter und Ärzte Patienten bereits am Unfallort ab; auf dem Bildschirm am Arm können sie so innere Blutungen und andere Verletzungen frühzeitig erkennen. Andererseits ermöglicht „Tringa 50S“ Tierärzten und Bauern die schnelle Diagnose, ob eine Kuh oder eine Sau trächtig ist. Bisher sind dafür große Scanner im Einsatz, die von Stall zu Stall transportiert werden und so das Risiko erhöhen, Krankheitskeime von einer Herde auf die andere zu übertragen. Ein eigener Scanner auf jedem Hof könnte dieses Problem lösen.



Ultraschallgerät „Tringa 50S“

MEDIKAMENTE

Tödlicher Standard

Der klinische Pharmakologe Jürgen Frölich, 60, von der Medizinischen Hochschule Hannover über die erschreckend hohe Zahl von Todesfällen nach falschem Medikamenten-Einsatz

SPIEGEL: Das amerikanische Institute of Medicine hat gerade eine Studie veröffentlicht, nach der in den USA jährlich bis zu 100 000 Menschen an Arzneimittel-Nebenwirkungen sterben. Sind ähnlich erschreckende Zahlen auch für Deutschland denkbar?

Frölich: Warum nicht? Es gibt Hinweise, dass in Deutschland jährlich bis zu 25 000 Menschen durch unerwünschte Nebenwirkungen umkommen. Mindestens ein Drittel davon wäre vermeidbar – vorausgesetzt, man würde das derzeit bekannte pharmakologische Wissen anwenden.

SPIEGEL: Was hindert die Ärzte daran?

Frölich: Ärzte neigen dazu, Medikamente in Standarddosierungen zu verordnen. In der Art: Dreimal täglich Aspirin und einen Esslöffel Rizinus. Die Industrie fördert das noch, weil sie möchte, dass ihre Mittel bequem einzunehmen sind. Die klinischen Pharmakologen erforschen seit über 20 Jahren intensiv, wie man Arzneimittel sinnvoll und optimiert einsetzt. Dabei sind wir darauf gestoßen, dass man die Therapien individuell anpassen muss. Im Alter nimmt beispielsweise die Nierenfunktion ab, die Medikamenten-Dosis muss deshalb herabgesetzt werden. Wir sehen immer wieder, dass diese Dinge sogar von Fachärzten total ignoriert werden.

SPIEGEL: Wie könnte man das ändern?

Frölich: Das beginnt schon bei der stationären Aufnahme. In den USA schwärmen im Krankenhaus jeden Tag 20 Spezialisten aus, um festzustellen, ob Patienten vielleicht nur eingeliefert wurden, weil sie falsche oder unverträgliche Medikamenten-Kombinationen verordnet bekommen haben. Auch in Europa – zuletzt aus Dänemark – gibt es Untersuchungen, die zeigen, dass fünf bis zehn Prozent der Krankenhausaufnahmen bedingt sind durch unerwünschte Arzneimittel-Wirkungen oder durch das Auslassen eines indizierten Medikaments. Sehr viele Herzinfarkte zum Beispiel könnten durch einfache Aspirin-Gabe verhindert werden.

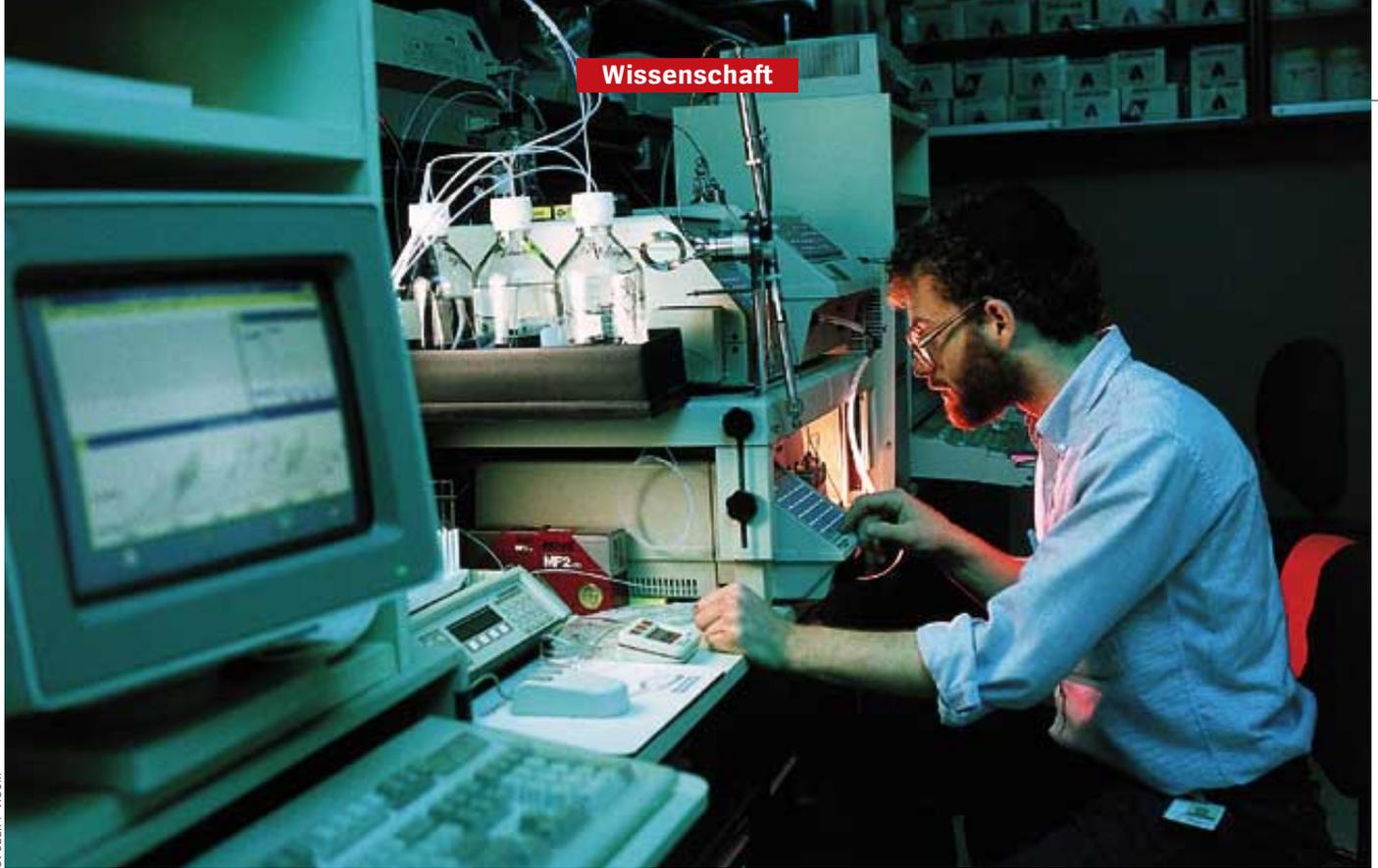
SPIEGEL: Überfordert nicht auch der rasante Zuwachs medizinischen Wissens die Ärzte?

Frölich: Die Medizinstudenten befinden sich in der grotesken Lage, die Wirkung von 500 Medikamenten auswendig lernen zu müssen. Das ist lachhaft. Wir fordern, dass es in Zukunft höchstens 150 sind. Ungefähr 90 davon sollten die Studenten wirklich gut kennen und praxisnah anwenden können.



Frölich

W. SCHMIDT / NOVUM



Gentechnische Forschung bei Monsanto: Als bedeutendste Entwicklung in der Landwirtschaft gepriesen, wichtiger selbst als der Pflug

GENTECHNIK

Monsantos Vietnam

Jahrelang haben die US-Bürger brav Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen gegessen.

Jetzt ist der Funke der weltweiten Revolte auch nach Amerika übersprungen.

Die Bauern kaufen die Gensaat nicht mehr, die Konzerne fürchten Gewinneinbrüche.

José Bové steht vor McDonald's in der Innenstadt von Seattle und präsentiert seine Waffen: ein Baguette und ein Stück Roquefort, Weintrauben und eine Flasche jungen Cabernet. „José! José! José!“, skandieren seine Anhänger. Sie verehren den französischen Schafzüchter, seit er im Sommer mit ein paar Kumpels die in Bau befindliche McDonald's-Filiale in dem Städtchen Millau mit seinem Traktor niederwalzte.

Seitdem zieht der Bauer durch die Welt und kämpft auf der Straße, im Radio und Fernsehen „gegen die Verbreitung schlechten Essens“. Vorige Woche half er den Aktivisten bei der Tagung der Welthandelsorganisation WTO in Seattle, auch die US-Bürger zum Widerstand gegen Mais und Raps aus den Gentech-Labors zu bekehren. Die Ökokämpfer stützten ihren Protest gegen die Biotech-Pflanzen auf Bovés Bauernschultern: Ihre offizielle Aktionsliste nannten sie „José-Bové-Stundenplan“.

Helden wir er tragen zum Mythos der weltweiten Revolte gegen die grüne Gen-

technik bei: Ein mächtiges Monster in Gestalt der Biotech-Industrie – allen voran Monsanto, der größte Hersteller gentechnisch veränderter Pflanzensaat – steht den Kämpfen von Greenpeace, anderen Umweltorganisationen und Verbraucherschutzverbänden gegenüber. Seit sich in Großbritannien Thronfolger Charles lautstark in die Front der Kritiker einreichte, hat die Bewegung sogar einen echten Prinzen aufzuweisen.

Das jüngste Kapitel der modernen David-und-Goliath-Sage wird in den USA geschrieben, eingeleitet von den Demonstrationen in Seattle und weiteren Protesten in Washington, D. C., und San Francisco. Mit ihrem späten, aber heftigen Meinungsumschwung gaben die zuvor technologiefreudigen Amerikaner den letzten Schub für eine Entwicklung, die wahrscheinlich die Erfinder der erbgutveränderten Sojabohnen und Baumwollsträucher, von Gentech-Raps und mutiertem Mais in die größte Krise ihrer Unternehmensgeschichten stoßen wird.

Die Gegner stimmen schon triumphierend den Abgesang auf die Saat aus den Hightech-Laboren an. Einst hatten deren Propheten sie als „die bedeutendste Entwicklung in der Geschichte der Landwirtschaft“ gepriesen, wichtiger selbst als der Pflug. Stattdessen, meint Jeremy Rifkin, Buchautor und einflussreicher Biotech-Kritiker aus Washington, werden „wir irgendwann einmal zurückblicken und finden, dass noch nie eine Technik bei ihrer Markteinführung derart eindrucksvoll gescheitert ist wie diese“.

Noch ist das mächtige Monster nicht in die Knie gegangen. Aber es zittert: Der Aktienkurs von Monsanto ist zwischenzeitlich so tief gefallen, dass die Manager sich schon vor einer feindlichen Übernahme fürchten mussten.

„Das ist Monsanto Vietnam“, sagt Rifkin. „Die stecken so tief drin, dass sie nicht mehr rauskommen.“ Tatsächlich hat kein Konzern so auf die so genannte grüne Gentechnik gesetzt wie die Firma aus St. Louis. Die Monsanto-Manager haben seit

Ende der siebziger Jahre Milliarden Dollar in die Entwicklung solcher Produkte gesteckt. Mit weiteren Milliarden kauften sie sich in Saatgutfirmen etwa in Indien und Brasilien ein. Ihre Chemie-Tochter hingegen stießen sie ab.

Monsanto-Chef Robert Shapiro träumte von großartigen Zukunftsgewinnen: Im Jahr 2005 werde die Industrie allein mit der Gentech-Saat 6,6 Milliarden Dollar umsetzen. Gerade in den USA schienen sich seine Phantasien anfangs in Wirklichkeit zu verwandeln. 1992 schon hatte die Zulassungsbehörde FDA entschieden, dass Lebensmittel, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt werden, keiner speziellen Sicherheitstests bedürften.

Zwei Jahre darauf genehmigten die Landwirtschafts- und die Umweltbehörde die Aussaat der ersten Baumwoll- und Soja-Chimären. Trotz der hohen Preise kauften die Bauern von nun an immer öfter erbgutveränderte Samen.

Schon im letzten Jahr bestand ein Viertel der gesamten amerikanischen Maisernte aus genetisch manipulierten Körnern, in 36 Prozent der Sojabohnen und 45 Prozent der Baumwolle steckte artfremdes Erbgut. Weltweit, so die Schätzungen, wuchsen in diesem Jahr die genmanipulierten Sojapflanzen, Kürbisse und Kartoffeln, die neuartigen Baumwollgewächse und Maissprossen auf 40 Millionen Hektar – einer Fläche größer als Gesamtdeutschland (siehe Grafik).

Die Biotechniker bei Novartis, Monsanto und DuPont sind inzwischen so gewieft im Zusammenspuzzeln von Genen, dass sie Erbgut von Viren, Bakterien und sogar von Tieren in die Zellen vieler Pflanzen schleusen können. Sie erziehen dem Grünzeug mit solchen Eingriffen vor allem Herbizid-Resistenzen an. Es lässt sich dann hemmungslos mit Unkrautvernichtern besprühen, ohne selbst zu Grunde zu gehen.

Das lohnt sich für Monsanto: Die Firma hat ihrer Saat eine Resistenz gegen Roundup eingebaut, das im eigenen Hause produzierte Herbizid. So ist jeder Bauer, der Roundup-resistente Baumwolle anbaut, gezwungen, das Monsanto-Gift auf seine Felder zu sprühen.

Außerdem haben die Forscher Mais und Baumwolle ausgestattet mit einem Gen von Bodenbakterien. Damit bewaffnet, stellen die Pflanzen Bt-Toxin her, ein tödliches Insektenmittel. Larven, die sich von den Blättern ernähren, vergiften sich bei ihrem Mahl.

Die US-amerikanischen Verbraucher sahen diesen Entwicklungen nicht nur wohlwollend zu, sondern zeigten sich, im Gegensatz zu den stets alarmbereiten Europäern, als willige Käufer der neuen Produkte.

Während Aktivisten in der Alten Welt die Versuchsfelder niedertrampelten oder die Pflanzen rosa lackierten, aßen jenseits des Atlantiks selbst die sonst so bewussten Vegetarier ihre Veggie-Burger mit Tofu aus Gensoja. Während ein britischer Abgeordneter Monsanto öffentlich als „Volksfeind Nummer 1“ brandmarkte und andere Politiker die Methoden Monsanto mit denen Stalins verglichen, griffen in den USA selbst die Vitamin-Freaks und jene, die wegen Cholesteringefahr nur fettarmen Joghurt und Magermilch kaufen, ohne Zögern nach Gentech-Ketchup und -Babybrei.

In fast zwei Dritteln aller industriell hergestellten Le-

bensmittel, die es in den USA zu kaufen gibt, steckt eine Biotech-Ingredienz, in den Cornflakes ebenso wie im Pudding, in Hamburger-Brötchen oder im Suppenpulver. Die Hälfte der US-Bürger jedoch glaubte, ihr Essen sei gentechnisch unberührt.

Rifkin und andere Technikritiker machen vor allem die Medien für die zahme Reaktion der US-Verbraucher verantwortlich: „Anders als die Briten hatten wir hier keine Boulevardzeitungen, die den Leuten das Thema ins Bewusstsein hämmerten.“

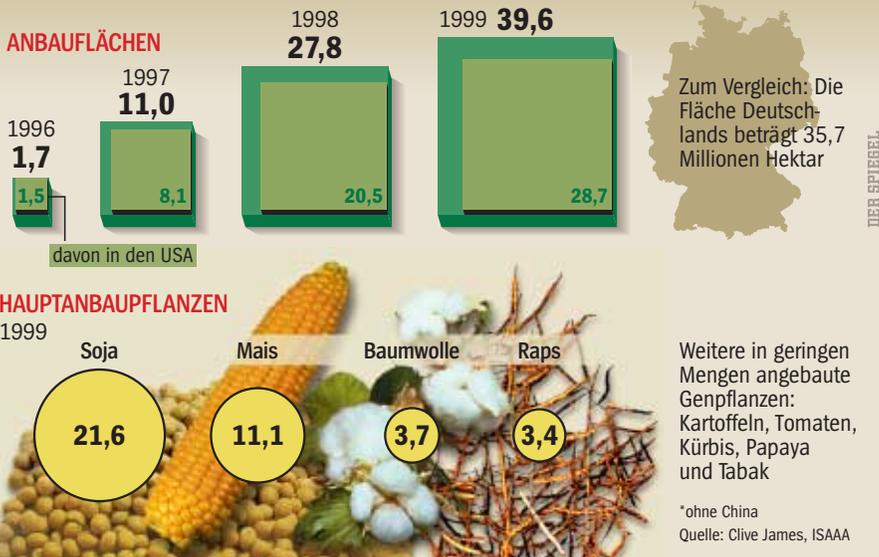
Außerdem sei „bei den Amerikanern das Umweltbewusstsein schlechter ausgeprägt als überall sonst“, sagt Benny Härlin aus Berlin, bei Greenpeace Leiter der internationalen Kampagne gegen die grüne Gentechnik. Nicht zuletzt, meint er, hätten die Erfinder der Fastfood-Ketten eine andere Esskultur. „Uns Europäern ist das ein tieferes Anliegen.“



Anti-Gentechnik-Protest in den USA: Das Monster zittert

Retortensaat erobert die Äcker

Gentechnik in der Landwirtschaft, Angaben in Millionen Hektar weltweit*



Doch im Sommer begannen die Amerikaner, den weltweiten Aufstand gegen GMO (genetisch modifizierte Organismen) im eigenen Land zu spüren. Die Bauern muckten auf. Wegen der Importverbote in den europäischen Ländern und der inzwischen ebenfalls ablehnenden Haltung in Japan – dort will man weder Bier noch Tofu mit Gentechnik machen – haben sie ernste Schwierigkeiten, ihre Ernte loszuwerden.

Im Oktober prophezeiten die ersten Zeitungen, dass der Proteststurm nun auch über Nordamerika hereinbreche. Vor zwei Wochen rührte sich dann zum ersten Mal die Politik. Drei Abgeordnete schlugen eine Verordnung zur Kennzeichnung der betreffenden Lebensmittel vor, so wie sie in Europa längst existiert.

Spätestens seit die Zeitungen über den WTO-Gipfel schrieben und CNN Sonder-sendungen zu dem Thema sendete („The Battle in Seattle“), ist der Funke der Revolte übersprungen. Nun wiederholt sich

in den Vereinigten Staaten, was zum Beispiel in England geschehen ist: Die Briten, heute militante Gegner des „Frankenstein-Food“, verhielten sich einst so brav wie die Amerikaner. Sie griffen drei Jahre lang in den Supermärkten nach einem Tomatenmark aus genmanipulierten Früchten.

Nie habe es eine Beschwerde gegeben, behauptet die Firma Zeneca, Hersteller des Pürees, vielmehr habe sich das Produkt sogar doppelt so gut verkauft wie die der Konkurrenz.

Der Aufstand gegen die Lebensmittel aus dem Genlabor hat in Europa, ebenso wie jetzt in den USA, mit Wissenschaft eher wenig zu tun. Das ist das eigentlich Unglaubliche am Siegeszug der Verbraucher: Sie haben eine bereits weltweit praktizierte, jahrelang in Labors und im Freiland getestete und von einflussreichen Konzernen durchgesetzte Technik dem Untergang näher gebracht – gestützt von erstaunlich wenigen harten Argumenten.

Nur ein paar wissenschaftliche Studien nähren bislang die Bedenken der Kritiker. Vor allem die Gesundheitsgefährdung durch die Lebensmittel aus GMO ist nicht bewiesen. Zwar kann es passieren, dass eine Pflanze durch das Einschleusen neuer Gene einen Eiweißstoff herstellt, der Allergien bei Menschen erzeugt. Bisher ist aber nur ein Fall bekannt, in dem Sojabohnen mit Paranuss-Gen Allergien auslösten. Das Produkt gelangte nie bis zur Marktreife.

Bedenklicher sind die Auswirkungen massenhaften und weltweiten Anbaus gentechnisch manipulierter Pflanzen auf die Umwelt. Die großflächige Freisetzung von Gentech-Pflanzen, so fürchten die Kritiker, könnte die Fauna und Flora der Erde unwiederbringlich schädigen.

Viele befürchten, dass sich die Resistenz gegen Herbizide von den erbgutveränderten Pflanzen bei Kreuzungen mit ihren wilden Verwandten auf diese übertragen. Auf diese Weise würden Super-Unkräuter heranwachsen, die das Land überwuchern und kaum mehr zu bekämpfen sind.

Oder der Bt-Mais mit dem eingebauten Insektengift: Niemand weiß bisher, ob er nur Schädlinge tötet. Eine neuere Laborstudie ergab, dass das Bakteriengift auch den Monarch, einen harmlosen und wunderschönen Schmetterling, vernichtet.

Jetzt schon gilt als sicher, dass die Baumwoll- und Maisschädlinge eine Resistenz gegen das Gift entwickeln und aufs Neue über die Ackerpflanzen herfallen werden. Diese Anpassungsfähigkeit der Natur macht

zwar auch chemische Pestizide in der herkömmlichen Landwirtschaft irgendwann wirkungslos. In diesem Fall aber wäre es tragisch: Ökobauern, die das Bt-Gift seit Jahrzehnten als natürliches Bekämpfungsmittel in Maßen nutzen, hätten nichts mehr in der Hand.

Vielleicht wäre die Geschichte anders ausgegangen, hätten sich die Konzerne nicht als ultimative Heilsbringer aufgespielt. So dick trugen die Marketing-Chefs auf, dass sie die Entlarvung ihrer Versprechen geradezu herausforderten.

Zum Beispiel schwärmten sie vom ökologischen Nutzen ihrer neuen Technik, bis eine unabhängige Wissenschaftler-Organisation in den USA herausfand, dass die schönen neuen Gentech-Pflanzen keines-



Gentech-Pflanzen im Labor*: *Vollmundige Versprechen*

wegs, wie versprochen, geringeren Pestizideinsatz erfordern.

Vor allem behaupten die Saatgut-Bastler, sie könnten helfen, die Welt vom Hunger zu befreien. Doch es liegt auf der Hand, dass Monsanto oder Novartis ihre Erzeugnisse nicht aus purer Menschlichkeit herstellen. Die neuen Samen sind patentgeschützte, teure Produkte: 880 Millionen Dollar allein an Lizenzgebühren wollte Monsanto bis 2003 kassieren.

Außerdem hungern die Menschen in der Dritten Welt nicht etwa, weil die Welt zu wenig Nahrung produziert, sondern weil sie arm sind. Und Umverteilungsprobleme lassen sich mit herbizidresistenter Saat ebenso wenig lösen wie etwa mit einem theoretisch ebenfalls gentechnisch herstellbaren vitaminreicheren Reis, dessen Anbau sich arme Bauern aber nicht leisten können.

Spätestens die Lügen machten Monsanto für die Gegner zum Monster. Und Monster werden bekämpft. Egal, ob sie Monsanto oder McDonald's heißen – für Helden wie José Bové fallen sie unter die grobe Kategorie „amerikanischer Lebensmittelimperialisismus“ und verleiten ihn zum Kreuzzug für eine „nationale Lebensmittelautonomie“. Will heißen: gentechnikfreien Roquefort für die ganze Welt.

RAFAELA VON BREDOW

* Beim belgischen Gentech-Unternehmen Plant Genetic Systems.



Eisbär in der Arktis: Eine Eismasse, groß genug, um die halbe Ostsee zu füllen, schmolz in den letzten Jahren

zeichnungen, Daten landgestützter Wetterstationen, Satellitenbilder und unlängst freigegebene Messungen verglichen, die amerikanische Atom-U-Boote in den sechziger und siebziger Jahren von ihren polaren Tauchfahrten mitgebracht hatten.

Übereinstimmendes Ergebnis dieser Analysen: Die Meereisflächen rund um den Nordpol – im arktischen Winter fast so groß wie der afrikanische Kontinent – schrumpfen. Der Tiefgang der arktischen Eisschollen hat sich seit den siebziger Jahren um durchschnittlich 1,3 Meter verringert. Darüber hinaus hat die Eisbedeckung des Nordpolarmeeres seit 1978 pro Dekade um drei Prozent abgenommen.

Die Eismasse, die seither zu Wasser schmolz, entspricht mehr als der Hälfte der Ostsee.

Vor allem das Ausmaß der Ausdünnung – rund 40 Prozent der ursprünglichen Eisdicke, überraschte die Forscher. „Ein so großes Signal haben wir nicht erwartet“, räumte der US-Geophysiker Andrew Rothrock von der University of Washington in Seattle ein.

Zeigen sich hier erste drastische Folgen des Treibhauseffekts? Einig sind sich alle Klimapropheten, dass er sich am Nordpol besonders stark bemerkbar machen wird. „Wenn es die globale Erwärmung wirklich gibt, werden wir ihre Folgen zuerst in der nordpolaren Landschaft sehen“, sagt der Biologe Steve Amstrup vom amerikanischen National Biological Survey.

Die Eisbär-Beobachter in Kanada betrachten dies längst als bewiesen. Die Zahl der bei der Siedlung Churchill gesichteten hungrigen Eisbären hat sich in den letzten drei Jahren fast verdoppelt. „Von Hunderten über Autos bis zu Feuerwerkskörpern benutzen wir alles, um die Tiere wieder zu vertreiben“, sagt Forscher Lemelin.

Zugleich aber beobachten die kanadischen Experten die Folgen der Schmalspurdiet. Normalerweise buddeln sich trüchtige Eisbärenweibchen im Spätherbst eine Schneehöhle, in der sie ohne Nahrungsaufnahme fast ein Vierteljahr bis zur Niederkunft ausharren. Rund drei Monate werden die zumeist zwei Jungen im Schutz der Höhle aufgepäppelt.

Seit 15 Jahren aber nimmt die Zahl der Zwillingengeburtten beständig ab. Und was aus der Höhle krabbelt, bietet oft einen jämmerlichen Anblick, berichtet Bärenforscherin Drew: „Die Mütter sind abgemagert und die Überlebenschancen ihrer Nachkommen deutlich gesunken.“

RAINER PAUL

KLIMA

Hungerleider am Nordpol

In der Arktis schrumpfen die Schollen. Das Packeis weicht zurück. Die Eisbären magern ab.

Zeigen sich am Nordpol die ersten Folgen des Treibhauseffekts?

Mal galoppiert der weiße Koloss über die Schneeflächen, weil seine hoch empfindliche Nase Witterung meilenweit entfernter Beute aufgenommen hat. Dann wieder verharrt er stundenlang reglos an einem Eisloch und wartet, dass seine Lieblingsspeise, die Ringelrobbe, ein letztes Mal nach Luft schnappt.

Blitzartig schlägt die Pranke des Bären zu und zerrt den 30 Zentimeter dicken Robbenkörper durch das oft nur zehn Zentimeter weite Atemloch. Knackend brechen die Knochen – und trotzdem sieht es so leicht aus, „als zöge er ein Kleenextuch aus der Pappschachtel“, so beschreibt die amerikanische Bärenforscherin Lisa Drew die Fangtechnik des großen weißen „Meerbären“ *Ursus maritimus*.

Doch dem „Nanuq“, wie die Inuit den Polarbären nennen, droht Ungemach: „Die körperliche Verfassung der Tiere hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert“, sagt Ian Stirling vom Canadian Wildlife Service. Schuld daran ist nicht ein Rückgang der Beute, sondern eine gefährlich verkürzte Jagdsaison.

Diese beginnt im Spätherbst, wenn beispielsweise die kanadische Hudson Bay zuzufrieren beginnt. Ist die Eisdecke fest genug, um die bis zu einer Tonne schweren Tiere zu tragen, verlassen die Eisbären ihre landgestützten Sommerquartiere und stellen den Robben nach.

Von ihrer Beute verzehren die weißen Riesen, die aufgerichtet bis über drei Meter hoch ragen, lediglich die Haut und den schwabbeligen Speck. Selbst junge Walrosse verschmähen die Raubtiere während der Wintermast nicht. Denn sie brauchen ein dickes Fettpolster, um die Fastenzeit zu überstehen – zu der die Eisbären in den arktischen Sommermonaten gezwungen sind.

Der Hunger trieb die Tiere in den letzten Jahren immer früher von ihren sommerlichen Ruheplätzen. Abgemagert knabbern sie Gräser und Beeren. Zunehmend streunen sie auch in der Nähe menschlicher Siedlungen umher.

Hauptursache des Bärenhungers: Die Tiere futtern sich im Winter nicht genug Fett an, weil „sie das Eis verlassen müssen, bevor sie genug Gewicht zugelegt haben“, sagt Harvey Lemelin, Eisbärenforscher aus dem kanadischen Churchill. Zwar können sie sich mit Schwimmarathons von bis zu 200 Kilometern retten, wenn sie auf einer Eisscholle aufs offene Meer abgetrieben wurden. Dennoch löst Tauwetter bei den Eisbären eine sommerliche kalorien sparende Schläfrigkeit aus. Zoologen schätzen, dass sich ihre Jagdsaison in den letzten 20 Jahren um rund drei Wochen verkürzt hat.

Dies bestätigen auch Untersuchungen, die in den letzten Wochen von mehreren Wissenschaftsmagazinen veröffentlicht wurden. Forscher aus den fünf arktischen Anliegerstaaten hatten historische Auf-

SCHIFFE

Düsenjäger der Meere

Die deutsche Marine mustert ihre Zerstörer aus. Die dampfgetriebenen Oldtimer werden durch neue Fregatten ersetzt. Sind große Kriegsschiffe bald Dinosaurier der Wehrtechnik?

Zu einem düsteren Ölporträt erstarrt, blickt Admiral Günther Lütjens in die Offiziersmesse des gleichnamigen Schiffes. Aus unsichtbaren Augen, beschattet vom Schirm der Dienstmütze, hat er alle Ecken des Speiseraums im Blick.

Das Abzeichen auf der Kopfbedeckung des Offiziers tarnte der Maler vorsichtshalber mit verschwommenem Pinselstrich

Als plausibler Einsatzzweck blieb lediglich die Sicherung der Nachschubwege auf dem Atlantischen Ozean. Auf den Weltmeeren konnte ein Zerstörer in früheren Seekriegsszenarien seinen strategischen Vorteil voll ausspielen: „Im Gefecht ist Geschwindigkeit alles“, sagt Korvettenkapitän Jan Kaack, Erster Offizier der „Mölders“.

Die Antriebsleistung von 70 000 PS macht die Zerstörer der Lütjens-Klasse zu

antreiben. Die Temperaturen im Kesselraum erinnern noch an die barbarischen Arbeitsbedingungen der Heizer in den Zeiten der Kohlefeuerung: Im Hochsommer steigen sie zuweilen auf mehr als 60 Grad.

„Schiere Leistung“, sagt Kapitänleutnant Ralf Dallmeier, Schiffstechnikoffizier der „Lütjens“, war der zentrale Vorteil des Dampftriebs. In den sechziger Jahren, als die Lütjens-Klasse gebaut wurde, waren die Kesselanlagen gleich schweren Dieselmotoren weit überlegen. Inzwischen haben die Kolbenmotoren aufgeholt – bei erheblich geringerem Personaleinsatz.

„Lütjens“ und „Mölders“ fahren mit je 334 Mann Besatzung, über 100 sind für Antrieb und sonstige Schiffstechnik zuständig. An Bord moderner Fregatten dienen nur etwa 200 Soldaten.

Entsprechend eng ist der Wohnraum auf den alten Zerstörern. Bis zu 80 Mann schlafen in dreistöckigen Betten auf einem



Zerstörer „Lütjens“, Turbinenmeister Loock im Kesselraum der „Mölders“: „Im Prinzip wie eine Kaffeemaschine“

– das Hakenkreuz ist nicht erwünscht auf Nato-Schiffen.

Als Schiffsname bleibt der einstige Befehlshaber von Hitlers Kriegsflotte der Bundeswehr noch vier Jahre erhalten. Im Dezember 2003 werden „Lütjens“ und „Mölders“, die letzten beiden Zerstörer der deutschen Marine, abgewrackt. Der dritte, „Rommel“, wurde vor einem Jahr stillgelegt und dient nur noch als Ersatzteillager.

Drei Jahrzehnte lang waren die in Kiel stationierten Zerstörer ebenso Furcht einflößende wie umstrittene Prestigeobjekte der Bundeswehr. Für Teile ihrer Aufgaben, etwa den Schutz der deutschen Ostseeküste, waren sie ohnehin kaum geeignet: Im Falle eines Angriffs der Sowjetunion auf Westeuropa wäre die Ostsee rasch in einen dichten Minentepich verwandelt worden.

Düsenjägern der Meere. Bei voller Kraft voraus erreichen sie etwa 35 Knoten (65 Stundenkilometer) und zählen mithin zu den schnellsten Schiffen ihrer Art.

Der enorme Vortrieb entstammt einer archaischen Kraftquelle: „Lütjens“ und „Mölders“ sind die letzten Dampfschiffe der deutschen Marine. Sie verfügen über je vier dieselbefeuerte Kesselanlagen, die im Schiffsrumpf zwei Stockwerke einnehmen.

Ein Geflecht aus über tausend Rohrleitungen zieht sich wie ein Bündel Riesenspaghetti vom aus Schamottsteinen gemauerten Feuerraum hinauf zur Kesseltrommel, „im Prinzip wie bei der Kaffeemaschine“, erklärt Hauptbootsmann Johann Loock, Turbinenmeister der „Mölders“. Mit 500 Grad Celsius und einem Druck von 88 bar erreicht der Dampf zwei Turbinen, die die beiden Schiffsschrauben

Deck. Lediglich der Kommandant und der Erste Offizier genießen das Privileg von Einzelkabinen.

Auch der Wartungsaufwand schlägt sämtliche Rekorde. Alle acht bis zwölf Jahre müssen die Kesselrohre erneuert werden, ein Eingriff, der das Schiff für mehrere Monate an die Werft fesselt.

Die bärenstarke Dampftechnik stellt inzwischen kaum noch einen Trumpf dar. Bis zum Zweiten Weltkrieg jedoch liefen Seeschlachten nach einem ebenso einfachen wie brachialen Muster ab: Die Schiffe deckten einander unermüdlich mit Artilleriesalven ein. Schnelligkeit, und sei es nur, um im Zweifelsfall fliehen zu können, war ein enormer Vorteil.

„Das Schlachtschiff“, schreiben die Militärwissenschaftler George und Meredith Friedman, „wirkte tödlich auf alles, was in



INTERFOTO

Seegegecht im Juli 1942: Ebenso einfache wie brachiale Kampftechnik

seine Reichweite kam, nur die Reichweite war sehr begrenzt.“ Schwimmende Festungen mit über 2000 Mann Besatzung büßten schon im Zweiten Weltkrieg an Bedeutung ein. Zu den letzten zählte das deutsche Schlachtschiff „Bismarck“, das am 24. Mai 1941 vor Island das englische Flaggschiff „Hood“ mit einem Volltreffer versenkte. Von 1419 Mann Besatzung überlebten 3.

Britische Geschwader setzten der auf den offenen Atlantik fliehenden „Bismarck“ nach, zerschossen ihr zwei Tage später die Ruderanlage und nahmen sie ins Dauerfeuer. Der an Bord befindliche Flottenbefehlshaber Lütjens funkte dem Marinekommando: „Schiff manövrierunfähig. Wir kämpfen bis zur letzten Granate. Es lebe der Führer.“

Am Morgen des 27. Mai sank das schwer gepanzerte Schiff nach Selbstsprengung. 2130 Mann, unter ihnen Lütjens, ertranken.

Die Ära solcher Gemetzel ging damals bereits ihrem Ende entgegen. Die moderne Seeschlacht, sagt Fregattenkapitän Günther Fritz, Kommandant der „Lütjens“, sähe „von außen betrachtet ziemlich langweilig“ aus: ein einzelnes Schiff auf dem Wasser, Kampfhandlung unsichtbar.

In der Bord-Operationszentrale (OPZ), unmittelbar hinter der Brücke, herrschte derweil höchste Anspannung. Mit Radar- und Sonargeräten werden dort feindliche Angreifer, Flugzeuge, Schiffe oder Lenkwaffen in bis zu 200 Kilometer Entfernung geortet und bekämpft.

Wie eine für den Krieg der Sterne hochgerüstete

Arche Noah erscheint der Zerstörer-Oldtimer auf dem OPZ-Deck. Im Arsenal dominieren zunehmend moderne Lenkwaffen an Stelle der klassischen Artilleriekanonnen. Die zwei 127-Millimeter-Geschütze auf Vorder- und Achterdeck gelten bereits als Anachronismen der Wehrtechnik. Auf den Nachfolgeschiffen, Fregatten der 124er Klasse mit kombiniertem Diesel- und Gasturbinenantrieb, werden sie entfallen.

Stattdessen kommen nur noch eine 76-Millimeter-Minikanone und zwei 20-Millimeter-Geschütze zum Einsatz. Sie beugen einem möglichen Terrorszenario vor: Einzelkämpfer auf Schnellbooten könnten sonst ungehindert mit Maschinengewehren die Bordwände durchlöchern. Artillerie und Lenkwaffen wären bei einer solchen Konfrontation unwirksam.

Die vorrangige Aufgabe heutiger Kriegsschiffe ist der Schutz von Flugzeugträgern, den maritimen Schwerfiguren bei Kriseneinsätzen. Die schwimmenden Flughäfen müssen von bis zu 40 Schiffen umschwärmt werden, denn für moderne

Lenkwaffen sind sie allein wegen ihrer Größe leicht zu treffende Ziele.

Beim Bekämpfen eines solchen Verbandes geht es oft gar nicht mehr darum, den Gegner zu versenken (Fachbegriff: „Unit Kill“). Stattdessen strebt der Angreifer einen „Mission Kill“ an. Er versucht, die feindlichen Schiffe gefechtsunfähig zu schießen, indem er ihnen zum Beispiel alle Radar-Antennen abräumt.

Die beiden Kriegsexperten George und Meredith Friedman urteilen, auch die Spezies der Flugzeugträger steuere wegen ihrer wachsenden Verwundbarkeit „auf das Greisenalter zu“. Denn die Kolosse verbrauchen fast alle ihre Ressourcen allein zur Selbstverteidigung. Enorme Investitionen fließen in den Neubau ihrer Beschützer. Die Nachfolger der drei deutschen Zerstörer – der erste, die Fregatte „Sachsen“, wurde am letzten Mittwoch in Hamburg getauft – werden zusammen weit über vier Milliarden Mark kosten.

„Hightech ist schön und gut“, sagt „Lütjens“-Kommandant Fritz, „aber man wird

dadurch immer empfindlicher.“ Gleichwohl hatte die einzige schwere Bedrohung, die einem der drei Oldtimer während seiner jahrzehntelangen Laufbahn widerfuhr, eine sehr simple Ursache.

Im Dezember 1987 ereignete sich an Bord der „Mölders“ ein Großbrand. Das Feuer verwüstete mehrere Decks und hielt die Löschmannschaften stundenlang in Atem.

Die Brandursache wurde in der Kombüse geortet und sogleich auf allen drei deutschen Zerstörern beseitigt. Sie fahren seitdem ohne Fritteusen.



B. BEHNE

Kommandant Fritz (r.): „Hightech macht empfindlich“

CHRISTIAN WÜST

* In der Operationszentrale der „Lütjens“ bei einer Gefechtsübung mit feuerfesten Handschuhen.



Prostituierte in Bombay: 70 000 Huren in der 14-Millionen-Metropole balgen sich um potenzielle Freier

AIDS

Seuche im Land der Mythen

Am Welt-Aids-Tag klagten die Gesundheitshüter der Uno erneut, nirgendwo grassiere die Seuche schlimmer als in Afrika. Leicht gerät dabei in Vergessenheit: Jeder Vierte der weltweit 40 Millionen HIV-Infizierten lebt in Indien. Doch die tödliche Sex-Krankheit wird dort tabuisiert.

Es ist eine gemeine Lüge, aber alle meinten uns“, klagt Bauer Mange Ram im nordindischen Dorf Chochi, 65 Kilometer von der Hauptstadt Neu-Delhi entfernt. „Niemand will jetzt mehr meine Söhne oder meine Tochter heiraten.“

„Dieses hinterhältige Gerücht ruiniert uns alle. In der ganzen Gegend will keiner was mit uns zu tun haben“, empört sich der Dorfälteste Azad Singh. „Wir haben allen Respekt verloren. Wenn Händler zu uns kommen, müssen wir sie überzeugen, dass unser Dorf nicht von Aids betroffen ist.“

Das Unheil kam über den für indische Verhältnisse prosperierenden Weiler in Haryana, als Mange Rams Sohn Ranbir Singh starb.

„Ranbir hatte Aids im letzten Stadium“, sagt der behandelnde Arzt im Krankenhaus von Rohatak, der nächstgelegenen Stadt. „Als er zu uns kam, mussten wir ihn als hoff-

nungslosen Fall wieder heimschicken. Am nächsten Tag ist er gestorben.“

Ranbirs Witwe Babli, 29, Mutter zweier Kinder, hat ebenfalls die todbringenden Viren im Blut. Sie weiß nicht, was das ist. Verstanden hat sie nur, dass sie seither ausgestoßen ist, und nicht, wie beim Tod des Ehemannes üblich, einen Bruder ihres Gatten heiraten kann.



Aidsaufklärung in Indien: Sisyphus-Krieg gegen die Seuche

Ranbir war Lastwagenfahrer. Er kam weit im Land herum, oft wochenlang nicht nach Hause. Wie alle seine Kumpel hielt er auf seinen Überlandfahrten zum Essen und Ausruhen in den „dhabas“ an, den Imbissstuben am Straßenrand. Dort warten nicht nur „dal“ und „chapatti“ auf die Trucker, der landesübliche Teller Linsen mit Fladenbrot.

Auf einem „charpai“, einem geflochtenen Bettgestell in einem Verschlag, oft nur hinter einer dünnen Decke, werden die Fahrer auch ihre nach langer Tour aufgestaute „Hitze im Unterleib“ los, wie sie es nennen – für ein paar Rupien bei einem Quickie mit einer Prostituierten.

Auf diese Weise brachte wohl auch Fernfahrer Ranbir die tödliche Seuche zu seiner Familie und ins Dorf.

Indien hat vier Millionen Lkw-Fahrer, gar über hundert Millionen Wanderarbeiter. Millionen „Sex workers“ genannte Prostituierte schaffen oft für Pfennigbeträge an. Allein in der Business-Metropole Bombay, heute Mumbai genannt, balgen sich 70 000 Huren um potenzielle Freier – zu denen vier Fünftel aller indischen Männer gerechnet werden.

Es sind solche Horrorzahlen, die dazu führten, dass Indien heute bereits die

höchste Zahl von HIV-Infizierten in der ganzen Welt hat. Mindestens zehn Millionen Inder, möglicherweise auch ein paar Millionen mehr, haben sich mit HIV infiziert.

Das Land befindet sich, wie der Generalsekretär der privaten „Indian Health Organisation“ (IHO), der Mediziner Ishwar Satyanarayan Gilada, feststellt, „in der dritten Phase der Seuche“: Aids breitet sich außerhalb aller Risikogruppen aus, in der ganzen Gesellschaft, landesweit.

Da die tödliche Immunschwäche, wie in vielen anderen Ländern auch, lange ignoriert und verdrängt wurde, habe sich Aids in Indien zu einer „menschengemachten, gesellschaftlich geleugneten und behördlich noch beförderten Katastrophe ausgewachsen“, schimpft Gilada. Der Arzt führt in Bombay seit über zehn Jahren einen Sisyphus-Krieg gegen die Seuche.

Seine Furcht erregendes Szenario für das Jahr 2001 sieht so aus: Im günstigsten Fall wird Indien dann 20 Millionen HIV-Infizierte haben, mit 6000 Aidstoten täglich.

Die doppelte Anzahl der heute im Land verfügbaren Krankenhausbetten wäre allein für Aidsfälle nötig.

Sein „Worst Scenario“: 30 Millionen HIV-Infizierte (fast so viele wie heute auf der ganzen Welt), 9000 Tote pro Tag, ein Bettenbedarf, der die heutige Gesamtkapazität um das Dreifache übersteigt.

„Als ich 1990 vorhersagte, dass Indien zur Jahrhundertwende die Aidshochburg der Welt sein werde, haben Experten und Regierung mich ausgelacht“, schrieb Gilada in der von ihm verlegten Zeitschrift „Aids Asia“. „Ich lag tatsächlich falsch – wir hatten es schon in der halben Zeit geschafft.“

1988 war der junge Doktor für Haut- und Geschlechtskrankheiten seiner ersten Aidspatientin begegnet. Es war eine Prostituierte aus dem Bombayer Rotlichtbezirk Kamathipura, die bald nach der Einlieferung starb. Die Hospitalleitung wollte ihn zwingen, als Todesursache Tuberkulose anzugeben, um Schaden von der Klinik abzuwenden. Er weigerte sich, trotz Kündigungsandrohung. Seine Diagnose wurde vom Virologischen Institut in Poona bestätigt.

Das war der Beginn seines Ein-Mann-Feldzugs gegen die Seuche in Indiens Aids-hauptstadt Bombay, wo mehr als die Hälfte der Prostituierten HIV-positiv ist, der Anteil der Virus-Träger in der 14-Millionen-Bevölkerung schon zweieinhalb Prozent ausmacht. Dank seiner Arbeit in einem mit privater Unterstützung eingerichteten „Unison“, einem Aidsbehandlungs- und -forschungszentrum, vor allem aber in

der im größten Krankenhaus der Stadt untergebrachten IHO-Zentrale und dazu noch einer Sterbeklinik für hoffnungslose Fälle, gilt Bombay als jene Stadt im Land, in der am meisten gegen die Ausbreitung der Seuche getan wird.

Die Prostituierten werden von Sozialarbeitern über die Aidsgefahr aufgeklärt und mit Gratiscondomen versorgt. Mütter und Blutspender werden auf Aids getestet. Die IHO verteilt Post- und Spielkarten mit erotischen Kamasutra-Motiven samt dem

Safer-Sex-Motto „Viele Stellungen mit einer sind besser als eine mit vielen“.

„Bombay ist deshalb trotz seiner HIV-Rekordzahlen ein weit sichererer Platz als Orte mit weniger HIV-Infizierten, aber ohne Aufklärung oder Kampagne gegen die Seuche“, behauptet Gilada. Der nimmermüde Doktor, Vegetarier und Antialkoholiker wurde für sein vielseitiges Wirken schon mehrfach international ausgezeichnet. Noch nicht einmal die Hälfte der Studenten des Landes weiß, dass Aids eine unheilbare Krankheit ist. Ärzte streiten gegen an-

gebliche „Aidshysterie“ und dagegen, „so viel Geld“ für Aidsbekämpfung auszugeben, obwohl „Aidspatienten doch auf jeden Fall sterben“, Malariakranke hingegen gerettet werden könnten.

Auch im Volk war – und ist – das Thema tabu. Asiaten seien gegen diese Schwulenkrankheit degenerierter Westler immun, so ein verbreiteter Aberglaube, dem anfangs auch Thais, Japaner und Koreaner anhängen, bis sie eines Schlechteren belehrt wurden. Yoga helfe dagegen, predigten Gurus (von denen selbst unterdessen einige Prominente der Seuche zum Opfer fielen). Gottheiten des Hindu-Himmels schützten davor, so glauben nicht nur Prostituierte.

Auch die Regierung blieb jahrelang untätig. Zu heikel war das Thema, zumal in einer nach außen hin pruden Gesellschaft, in der über Sex nicht offen gesprochen wird und nicht einmal Filmküsse erlaubt sind. Aids kostet nur Geld – Wählerstimmen sind damit nicht zu holen.

So kam es, dass die Nationale Aids-Kontroll-Organisation (Naco) noch 1995 gerade mal 1089 Aidsfälle und 18 000 Infizierte für ganz Indien meldete. Da aber sprach die Weltgesundheitsorganisation WHO bereits von über einer Million Infizierten, die Weltbank hatte dem Land 84 Millionen Dollar für die Aidsbekämpfung zugeteilt. Das Geld wurde dann nicht einmal zur Hälfte genutzt, da schlecht bekämpft werden konnte, was es amtlich gar nicht gab.

Erst in diesem Jahr vollzog die Naco eine Kehrtwende und erklärte, dass nach



Aidsforscher Gilada

KOGELEFRANZ

ihren Hochrechnungen schon jeder hundertste Inder HIV-positiv sei – also zehn Millionen im Land. Da wachten plötzlich auch die indischen Medien auf.

„Wir müssen jetzt akzeptieren, dass Aids nicht ‚sie‘ sind, sondern wir, wir selbst“, schrieb die „Sunday Times of India“: „Aids ist überall, im Bus, am Strand, im Restaurant, auf der Party, im Flugzeug, im Hörsaal, wo immer eine Menge Menschen sich treffen“, warnte ein indischer Aids-Experte.

Die Seuche befällt Menschen aus allen Gruppen der Bevölkerung:

- ▶ Die Schwulen samt der hinduistischen „hijras“, Eunuchen und Transvestiten, von denen tausende im Rotlichtmilieu arbeiten.
- ▶ Junkies, vor allem in den nordöstlichen Provinzen, etwa dem an Burma grenzenden Manipur, wo reines Heroin spottbillig zu haben ist. 70 Prozent der meist jugendlichen Fixer und fast 10 Prozent der sexuell aktiven Bevölkerung sind dort bereits vom Virus befallen.
- ▶ Eine promiske Mittelschicht sowie die Disco-Jeunesse in den großen Städten.
- ▶ Familien in entlegenen Dörfern, deren Männer ihr Brot anderswo verdienen und das tödliche Virus heimbringen.
- ▶ Bluter und Empfänger von Bluttransfusionen, ein bei einem Spendersalär von gerade mal einer Mark hochprofitabler

Sektor, der deshalb längst noch nicht voll unter Kontrolle ist.

- ▶ Touristen, etwa in Goa, wo Kindersex lockt (und eines der ersten Aidsopfer, angesteckt von einem deutschen Steuard, statt ins Krankenhaus in den Knast gesteckt wurde).

Indien hat darüber hinaus aber auch noch ein ganz besonderes Aidsmysterium. Wie so vieles im Land der abertausend Mythen hat es mit Religion zu tun – Aids als Gottesgabe sozusagen. Der Devadasi-

Ein indischer Aberglaube besagt, Beischlaf mit Jungfrauen heile Geschlechtskrankheiten

Kult, am stärksten in Südindien verbreitet, versorgte einst Tempel mit jungen Frauen: Tänzerinnen, Sängerinnen und Mädchen für alles. Sie waren Priestern wie Gläubigen auch sexuell zu Diensten und mehrten damit das Gut der heiligen Stätten. Später verkam der Kult zu reiner Prostitution. Heute rekrutieren sich etwa 15 Prozent aller indischen Huren aus den Reihen der Devadasi, der „Dienerinnen Gottes“.

In feierlichen Badezeremonien, an denen etwa im Devadasi-Zentrum Saundatti jährlich tausende teilnehmen, weihen Mütter aus dem Milieu ihre Töchter schon in

frühestem Kindesalter ihrer Göttin Yellamma und sorgen damit für einen steten Frischfleisch-Nachschub in die Nuttenviertel der Metropolen.

Als Pubertierende werden die Mädchen versteigert. Sie erzielen oft hohe Preise. Grund: Ein indischer Aberglaube besagt, der Beischlaf mit einer Jungfrau, gar der mit einer gottgeweihten Devadasi, heile Geschlechtskrankheiten – neuerdings angeblich auch Aids. Anschließend landen die entjungferten Mädchen bei einem Zuhälter oder im Bordell.

Am Ende des Devadasi-Daseins steht der Aidstod. Deshalb führen Giladas IHO, aber auch andere private Initiativen, einen erbitterten Kampf gegen den besonders in unteren Kasten tief verwurzelten Kult.

Das Sterben an Aids ist in Indien oft noch schauerlicher als anderswo. Da die Seuche vor allem bei den Armen fast immer zusammen mit anderen Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose oder Infektionen des Verdauungssystems ausbricht, und weil Hygiene und Medikamente fehlen, verfaulen die Kranken bei lebendigem Leib. Pilze befallen das Gehirn und führen zu Demenz. Patienten magern zu Skeletten ab.

„Wir haben Krankheitsbilder, wie sie uns zuvor nicht untergekommen sind“, sagt Gilada. Die Viren breiten sich in dem Mil-



M. WILBUR / DAS FOTOGARCHIV

Totenklage bei indischem Aidsopfer: *Die Kranken verfaulen bei lebendigem Leib*

liardenland nach dem Schneeballsystem aus. Nur etwa ein Prozent der Infizierten sind bislang überhaupt erfasst.

In der Osho Commune International in Poona allerdings, der ersten und letzten Wirkungsstätte des verstorbenen Bhagwan Shree Rajneesh, der einer weltweit verschworenen Gefolgschaft einst völlige Freiheit, unter anderem auch in Sachen Sex, predigte, wird der Ausbreitung der Seuche seit ein paar Jahren vorgebeugt. Sinn-suchende gelangen in die Kommune heute nur noch mit einem Aidstest, entweder

frisch mitgebracht oder vom Kommune-Doktor für 125 Rupien (rund fünf Mark) an Ort und Stelle nachgeholt.

Auch Indiens Armee, eine der größten der Welt, hat den Krieg an der Heimatfront aufgenommen. Über 6000 HIV-Infizierte wurden in den Streitkräften im letzten Jahr ermittelt, die aktuelle Zahl schätzen Experten der Militär-Universitätsklinik in Poona auf 20 000.

In Lazaretten wurden deshalb bereits eigene Aidsstationen eingerichtet. Trotz aller Aufklärungs- und Gegenmaßnahmen –

die beispielhaft für staatliche Behörden sein könnten – schätzt die Armee Aids als eine Bedrohung, „schlimmer als die Atombombe“ des Erzfeindes Pakistan, ein.

Selbst Indiens Premier Atal Behari Vajpayee nahm sich im April des Horrorthemas an. Ihm schaudere vor dem Problem, das auf das Land zukomme, bekannte der Regierungschef, der dabei allerdings noch mit längst überholten Zahlen argumentierte.

Ein Impfstoff müsse her, verlangte er von der Pharmaindustrie des Landes. Nach dem fahndet freilich die Pharma-Elite der ganzen Welt bislang vergebens.

In den 557 000 Dörfern des Subkontinents breitet sich die Plage derweil ungehemmt aus. HIV-infizierte Mütter gebären Kinder, zuweilen vier oder fünf, bevor die Krankheit erkannt wird. Gerüchte wabern durch die Weiler, über Männer, die eine todbringende Krankheit verbreiteten.

In Tamil Nadu, wo die Infektionsrate draußen auf dem Land dreimal so hoch ist wie in den Städten, schlugen Dörfler im Frühjahr einen verdächtigen Fremdling tot – der habe so ausgesehen, wie ihnen ein Aidsbringer geschildert worden war, sagten die Täter.

Das Opfer war nicht krank und nur durch Zufall in die Gegend gekommen.

SIEGFRIED KOGELFRANZ



Anti-Atomkraft-Demonstration in Tokio*: Genug Plutonium für 4000 Bomben

ATOMENERGIE

Tief sitzender Schock

Zahlreiche Störfälle und das Unglück von Tokaimura erschüttern das Vertrauen der Japaner in ihre Atomwirtschaft. Die Kernkraftgegner, noch zersplittert, formieren sich.

An kalten Herbsttagen bereut es Takaaki Sasaguchi, Bürgermeister von Maki, fast schon, dass er sich mit der Atomlobby angelegt hat. Mühsam wirft er den Gasofen an: Die Heizung seines Amtszimmers ist seit längerem kaputt, und Sasaguchis Gegner im Gemeinderat verweigern Geld für eine Reparatur. Damit rächen sie sich dafür, dass der Bürgermeister den Bau eines Kernkraftwerks in dem 30 000-Einwohner-Ort an der japanischen Westküste blockiert.

Doch der widerspenstige Bürgermeister lässt sich nicht einschüchtern. Seit Nippons bislang schwerstem Atomunfall in der Uranverarbeitungsanlage von Tokaimura, bei dem Ende September mindestens 96 Menschen verstrahlt wurden, erhält der Rebell aus ganz Japan zustimmende Post.

Vor drei Jahren setzte Sasaguchi als erster Ortschef Japans einen Bürgerentscheid gegen den geplanten Meiler durch. Damit die Regierung das öffentliche, aber nicht bindende Votum nicht unterläuft, verkaufte er Teile des vorgesehenen Baugrundstücks an Atomkraftgegner.

Seit der Katastrophe von Tokaimura wächst der Unmut über Nippons ehrgeiziges Atomprogramm. Zwar hält die Regierung an ihrem Plan fest, bis 2010 zusätzlich zu den 52 aktiven Atommeilern weitere 20 Anlagen zu bauen. Aber immer neue Enthüllungen über den schlampigen Umgang mit der riskanten Technik erschüttern Japans Energiekonsens.

Der Schock sitzt tief. In Tokaimura hatten drei Arbeiter eine unkontrollierte nu-

kleare Kettenreaktion ausgelöst, als sie per Hand 16 Kilogramm Uran – statt erlaubter 2,4 Kilogramm – in einen Behälter füllten. Mehr als 310 000 Japaner wurden aufgefordert, ihre Häuser nicht zu verlassen. Erst nach 20 Stunden bekamen die Betreiber den Unfall notdürftig unter Kontrolle.

Vor einem Monat lieferte die Regierung dann selbst den Beweis dafür, dass die Havarie von Tokaimura mehr als ein unglücklicher Zufall war. Hastig hatte das Arbeitsministerium Inspektionen anberaumt. Das erschreckende Ergebnis: Von 17 Firmen zur Herstellung von Nuklearbrennstoff verstieß jede zweite gegen gesetzliche Sicherheitsbestimmungen.

Jahrelang kontrollierten die Behörden nur halbherzig die Nuklearanlagen, die häufig auch noch in Wohngebieten liegen. Erst durch Presseberichte kam ans Licht, dass einige Atombetriebe obdachlose Tagelöhner als Putzkolonnen anheuerten – offenbar teilweise unter Missachtung der zugelassenen Strahlenbelastung. Mit dem Versprechen guter Bezahlung verfrachteten sie die Ahnungslosen aus Tokio mit Bussen nach Tokaimura.

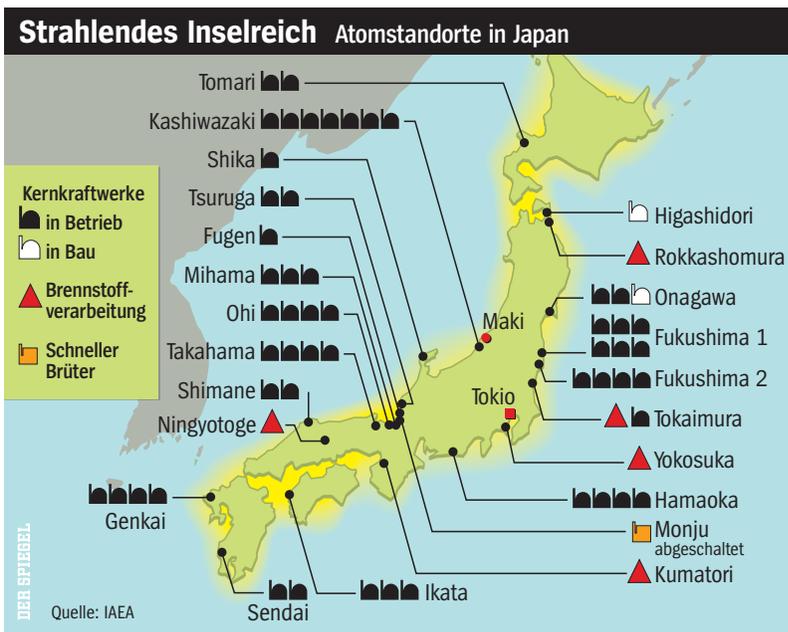
Mitte November debattierte Japans Parlament über einen Gesetzentwurf, der Lücken im Sicherheitsnetz schließen soll. Doch wachsende Zweifel am Sinn der Kernenergie lassen sich damit kaum ausräumen. Eine Serie von Störfällen und fahrlässigen Pannen in Nuklearbetrieben und Kernkraftwerken bringt Japans Atomwirtschaft in Verruf:

- Im Dezember 1995 wurde der Schnelle Brüter „Monju“ abgeschaltet, als über eine halbe Tonne des leicht entzündlichen Kühlmittels Natrium aus einer Rohrleitung leckte.
- 1997 wurden in einer Wiederaufarbeitungsanlage in Tokaimura 37 Arbeiter verstrahlt.

► Allein von April 1998 bis März dieses Jahres ereigneten sich in japanischen Atomanlagen 52 Störfälle – 14 davon waren meldepflichtig.

Häufig vertuschen die Betreiber das wahre Ausmaß der Pannen. In „Monju“ manipulierten sie Videoaufnahmen, beim Tokaimura-Unfall von 1997 fälschten sie Zeitangaben. Während im Juli dieses Jahres Kühlwasser im Kernkraftwerk Tsuruga aus den Rohren leckte, führten die Betreiber unbekümmert noch 90 Besucher durchs Werk.

Rund 70 Prozent der Japaner zweifeln inzwi-



* Nach dem Unfall in Tokaimura.

schen an der Sicherheit ihrer Kernkraftwerke. Und hilflose Beschwichtigungsversuche der Regierung schüren das Misstrauen noch. Wenige Tage nach dem jüngsten Unfall eilte Premier Keizo Obuchi nach Tokaimura, um vor laufenden Kameras tapfer ein Menü aus Sushi, süßen Kartoffeln, Melonen und Reis – allesamt Produkte der Unglücksregion – zu verspeisen. „Lecker, lecker“, befand er lächelnd und schlürfte dann noch rasch ein Glas heimischer Milch.

Dabei lassen sich die langfristigen Folgen der Gamma- und Neutronen-Strahlung auf die Opfer von Tokaimura noch nicht absehen. In Tokio kämpfen Ärzte nach wie vor um das Leben eines der schwer verstrahlten Nukleararbeiter. Als Professor Satoshi Kimura von der Uniklinik Tokio die Gene seines Patienten im Mikroskop untersuchte, war er entsetzt: „Die DNS war in kleinste Teile zerhackt.“

So naiv wie Mitte der fünfziger Jahre dürften sich Japaner kaum mehr für die Atomkraft begeistern lassen. Damals schworen Parteien, Industrie und Presse die Nation mit einer gezielten Kampagne auf die strahlende Energie ein. Mit Hilfe von „Pluto“, einer lustigen Comic-Figur, bemühten sie sich, ihre Landsleute von der so genannten „Atom-Allergie“ – ausgelöst durch die Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki – zu kurieren.

Die Atomlobby appellierte vor allem an die traumatische Angst der rohstoffarmen Industrienation, von der Energiezufuhr abgeschnitten zu werden. Noch heute rechtfertigen viele Japaner den Überraschungsangriff auf Pearl Harbor 1941 damit, dass das Kaiserreich durch das Öl- und Rohstoff-Embargo der USA in die Ecke gedrängt worden sei. Ab 1973 bestärkte der Ölschock die Japaner in ihrem Kurs: Ungerührt durch die ausländischen Atomunfälle in Three Mile Island und Tschernobyl, bauten die Japaner gut ein Zehntel aller Atomkraftwerke der Welt in ihrem erdbebengefährdeten Inselland.

Vor allem in bevölkerungsarmen Gebieten an der Westküste pflasterten Konzerne einst idyllische Strände mit Reaktoren voll. Die meist überalterten Gemeinden begrüßten die Atommeiler als Segen, denn

* Bei der Stimmabgabe für das Referendum über das geplante Kernkraftwerk in Maki am 4. August 1996.



Bürgermeister Sasaguchi*

die Strombosse spendierten ihnen neue Rathäuser, Altersheime und Straßen.

Im Filz von Beamten, Bürgermeistern und Betreibern existiert in Japan praktisch keine unabhängige Atomaufsicht. So entsandte das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (Miti) pensionierte Beamte auf lukrative Jobs in Atomfirmen. Auch Toshiki Takagi, bis Ende Juni Präsident der Unfall-Firma JCO in Tokaimura, stieg einst als „Himmelsbote“ („Amakudari“) vom Miti herab. Dagegen zersplittert der

Protest gegen die Kernkraft auf lokaler Ebene; eine landesweit organisierte Anti-Atombewegung fehlt in Japan fast völlig.

Über 35 Prozent seines Stroms bezieht Japan aus der Kernspaltung. Gleichzeitig hat die Industrienation nach Schätzung von Greenpeace einen Plutoniumberg von 30 Tonnen angehäuft – genug für beinahe 4000 Atomwaffen. Den Stoff wollten die Japaner eigentlich in Schnellen Brüttern

verbrennen, einer unwirtschaftlichen und riskanten Technik, die sonst in der Welt kaum noch jemand verfolgt.

Weil aber die Entwicklung der Schnellen Brüter seit dem „Monju“-Unfall stockt, will Tokio den Bombenstoff jetzt in Gestalt von Plutonium-Uran-Mischoxid-Brennelementen (Mox) in konventionellen Meilern verfeuern.

Die Katastrophe von Tokaimura verzögerte diese Pläne weiter: Als erste widerrief die Präfektur Niigata ihre Zustimmung, Mox vom kommenden Jahr an im Kernkraftwerk Kashiwazaki verbrennen zu lassen. Aus Rücksicht auf Ängste der Bevölkerung wurde der Plan um ein Jahr aufgeschoben. Damit wankt ein zentraler Pfeiler des japanischen Nuklearprogramms.

Der Bau neuer Meiler scheint erst recht kaum noch durchsetzbar. Die Stromkonzerne suchen nach Auswegen: Sie wollen die Lebensdauer älterer Reaktoren, die ursprünglich nach 30 Jahren abgeschaltet werden sollten, durch Instandhaltungsmaßnahmen auf 60 Jahre verdoppeln.

Auch die Suche nach Alternativen zur Kernenergie hat begonnen. Die Stromerzeugung durch Atomenergie sei „tot“, urteilt das einflussreiche Magazin „Sentaiku“. Und Energieexperte Haruki Tsuchiya aus Tokio rechnet vor, dass Japan seinen Energieverbrauch durch neue Techniken



Transport eines Strahlenopfers nach dem Unfall von Tokaimura: Atomausstieg bis 2010?

und vermehrten Einsatz von Sonnen- und Wasserenergie bis zum Jahr 2010 um 14 Prozent drosseln könne.

Zwar fördert Tokio erneuerbare Energien im Zuge des so genannten „Sonnenchein“-Programms. Doch dabei handele es sich nur um ein Feigenblatt für Nippons einseitige Nuklearpolitik, kritisierte Tadahiro Katsuta vom „Citizens' Nuclear Information Center“ in Tokio. „Bis zum Jahr

2010“, rechnet er optimistisch vor, „könnte Japan den Atomausstieg schaffen.“

Bislang fehlt Japans Atomgegnern indes eine mächtige politische Partei, die ihre Ausstiegs-Visionen unterstützt. Im Ort Maki richtet sich Bürgermeister Sasaguchi daher auf einen langen Kampf ein: „Erst wenn die Regierung uns von der Liste der geplanten Nuklearstandorte streicht, können wir aufatmen.“

WIELAND WAGNER

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

Raubtier Homo sapiens

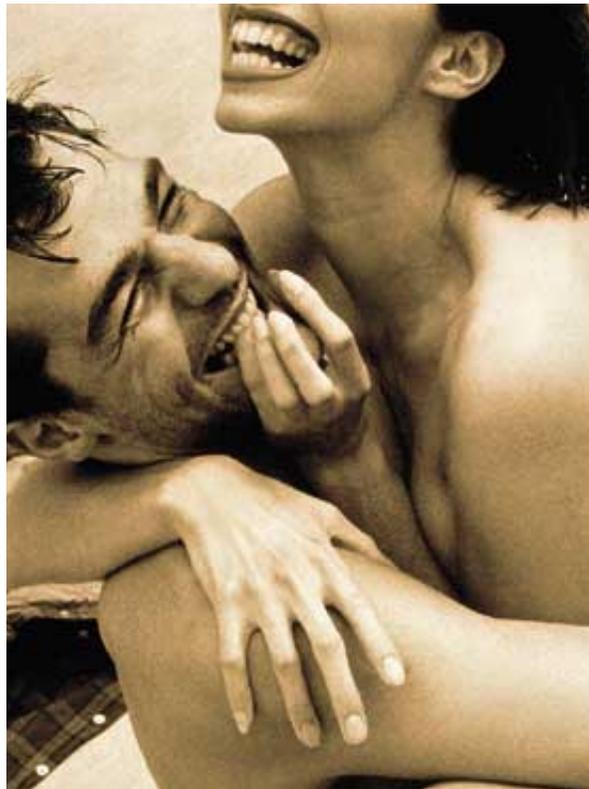
Obwohl sein Gebiss eher harmlos scheint, fügt der Mensch seinen Artgenossen mitunter tödliche Bisse zu – zum Beispiel beim Sex.

Ein paar Maß hatte der bayerische Kraftmensch schon intus, als die Gaudi auf der Wiesen für ihn so richtig begann. Da hielt es den 28-Jährigen nicht mehr auf seiner Holzbank, er sprang auf den Tisch und tanzte. Plötzlich spürte er einen heftigen Schmerz in der Wade: Einer unbekanntes Mittrinkerin war es zu bunt geworden – sie biss dem Tänzer kurz entschlossen ins Bein.

Zwei Tage später tauchte der Jungbayer in einer Klinik auf: Hohes Fieber plagte ihn seit jenem Abend im Bierzelt. „Auf den ersten Blick war die Wunde harmlos. Sie sah aus wie ein Zahnabdruck in einem Apfel – nur ein bisschen geschwollen“, erinnert sich der Münchner Arzt Peter Wienert. Doch als er die infizierte Haut wagschnitt, bot sich ihm ein erschreckender Anblick: „Wie gekochtes Fleisch.“

Fleisch fressende Streptokokken vom Typ A – die 1994 in England und Wales zwölf Menschen das Leben kosteten – hatten sich im Bein des Wiesn-Fans breit gemacht. Die Kampfstoffe der Bakterien – Toxine und bestimmte Enzyme – zersetzten das Gewebe. Nur der Entschluss des Chirurgen, das infizierte Gewebe großflächig aus dem Bein herauszuschneiden, rettete dem Gebissenen das Leben.

„Menschenbisse gelten als weitaus gefährlicher als Hundebisse“, erklärt der Mi-



Paar beim Liebesspiel: „Sex ist nah dran an Aggression“

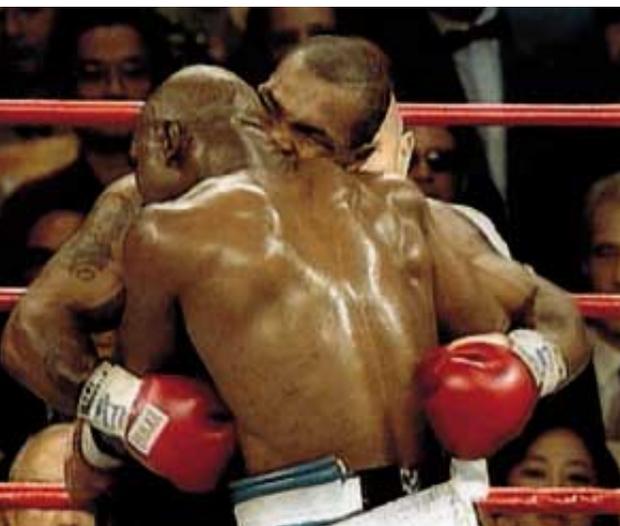
krobiologe Andreas Sing vom Münchner Max von Pettenkofer-Institut. „Wenn sie sich entzündet, kann es tödlich werden.“

Ein ganzer Cocktail von gefährlichen Mikroorganismen aus der Mundflora kann in Muskeln und Blutbahnen gelangen, wenn sich die Zähne des Homo sapiens in das Fleisch eines Artgenossen bohren. „Wenn jemand auch noch ein nicht saniertes Gebiss hat“, erklärt der Wiener Unfallchirurg Stefan König, „hat er einen hochpotenten Keimstatus.“

Als es noch keine Antibiotika gab, mussten im Falle von Infektionen bis zu 20 Prozent der von bisswütigen Zeitgenossen attackierten Körperteile amputiert werden.

Heute sind es immerhin noch fünf Prozent. Neben den Gewebe auflösenden Streptokokken, die etwa bei jedem Sechsten in der Mundhöhle wimmeln, können auch andere Mikroben übertragen werden: das Eiterbakterium Staphylococcus aureus beispielsweise, ferner Haemophilus influenzae, ein Erreger der Lungenentzündung.

„Kritisch wird's vor allem, wenn die Wunde bis zum Knochen reicht. Dann können sich die anaeroben Bakterien, die unter Sauerstoffabschluss gedeihen, besonders gut vermehren“, erläutert Sing. Manche der Gebissenen erkranken erst Wochen oder Monate nach der Tat. Beobachtet wurden auch Infektionen mit Viren der Hepatitis-B oder -C, mit HIV oder mit dem Erreger der Syphilis.



Beißender Tyson im Boxing

„Ich beiße nur in äußerster Verzweiflung“

Das alles, obwohl der Mensch zum Raubtier nicht geboren ist. Sein eher harmloses Gebiss und seine wenig ausgeprägten Krallen weisen ihn als Aas- und Pflanzenfresser aus. Erst die Erfindung von Jagdgerät machte es ihm möglich, Lebewesen aus Fleisch und Blut zu fassen und mundgerecht zu zerteilen.

„Auch heute sind Messer und Pistole die bevorzugten Waffen, wenn sich Erwachsene streiten“, sinniert König. „Im Rausch aber werden archaische Instinkte geweckt. Da kann es schon mal dazu kommen, dass Leute die Zähne fletschen.“ Manche beißen auch zu – wie im Sommer 1997 das Boxschwergewicht Mike Tyson, als er seinem Kontrahenten Evander Holyfield die Zähne ins Ohr schlug. „Ich war verzweifelt“, gab er später zu seiner Verteidigung an. „Ein Mann wie ich heißt nur in äußerster Verzweiflung zu.“

Auch außerhalb des Boxrings zählt der Einsatz der Schneidezähne zum Arsenal menschlicher Aggression. Regelmäßig zieren Meldungen von Bissattacken die Polizeiberichte: Im Januar dieses Jahres verlor ein 26-jähriger Mannheimer seine Nasenspitze beim Streit um ein Handy. Um Schulden einzutreiben, biss im Februar ein 35-jähriger Passauer seinem Freund das halbe Ohr ab. Am 6. April wurde eine Frau ins Erdinger Kreiskrankenhaus eingeliefert, ihr Ehemann hatte sie mit Fäusten und Zähnen misshandelt. Im August biss ein Straßenräuber in Frankfurt/Main einem Passanten, der ihn aufzuhalten versuchte, in die Hand.

Drei von tausend Patienten in der Unfallchirurgie, so berichtet König, kommen mit Wunden von Menschenbissen in die Klinik. Meistens stehen Beißer und Gebissener in enger Beziehung zueinander – und keineswegs immer im Streit. 15 bis 20 Prozent aller Übergriffe mit den Zähnen seien „love nips“, schätzt Ellie Goldstein, Infektionsmedizinerin an der University of California in Los Angeles. „Sexualität ist eben nah dran an der Aggression“, bestätigt sein Kollege Jack McAninch, Urologe in San Francisco, der sich speziell mit Bissverletzungen des Penis befasst hat.

Attacken, bei denen sexuelle Erregung plötzlich in Hass und Rachegefühle umschlägt, verüben beide Geschlechter mit ähnlichem Engagement. „Tendenziell beißen Frauen etwas häufiger zu“, meint der Wiener Unfallchirurg König.

McAninch wundert das nicht: „Der Penis lässt sich eben leichter erwischen. Er ist ein gutes Ziel.“

CHRISTINA BERNDT

Werbeseite

Werbeseite

KLASSIKER

„Ich gönne es ihr“



Korschunow

Was lief zwischen der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff (1797 bis 1848) und ihrem Kollegen Levin Schücking (1814 bis 1883)? Ein Lesebuch sorgt für Streit: In einem Romanauszug von Irina Korschunow, 73, deutet es eine erotische Begegnung an.

SPIEGEL: Frau Korschunow, haben Sie einer ehrenwerten Dichterin etwas angedichtet?

Korschunow: Das Liebesverhältnis der Droste mit Levin Schücking wird in meinem Roman „Das Spiegelbild“ diskret behandelt. Man hat mir 1992 in einer Kritik sogar Prüderie vorgeworfen.

SPIEGEL: Der Protest gegen den Abdruck in einem Lesebuch kam jetzt vom Leiter des Schücking-Museums in Sögel.

Korschunow: Ja, das ist kurios. Der junge Mann war doch immerhin schon 27

und nach allem, was man weiß, ein Forscher Knabe, kein Kostverächter.

SPIEGEL: Haben Sie recherchiert?

Korschunow: Gewiss, nur habe ich den vorhandenen Droste-Biografien nicht unbedingt getraut. Zu oft wurde die Droste als eine Art Sternjungfrau gezeigt, gewissermaßen körperlos.

SPIEGEL: Sie sehen das anders?

Korschunow: Nicht ich allein. Das Bild beginnt sich zu wandeln.

SPIEGEL: Im Roman heißt es: „Ich habe das Haar geöffnet und die Kleider fallen lassen.“ Haben die beiden nun oder nicht?

Korschunow: Nach meiner Meinung sprechen viele Gedichte dafür. Außerdem gönne ich es ihr.

SPIEGEL: Sie denken an Zeilen wie: „Und ich, ich will an deiner lieben Seite / Froh schlürfen meiner Neige letztes Gut“?

Korschunow: Es gibt noch einiges mehr. Manches ist verschwunden oder unterdrückt worden, auch von ihr selbst.



Droste-Hülshoff

SPIEGEL: Sie haben gar kein schlechtes Gewissen?

Korschunow: Nein. Schon mein Roman hat damals viele Leser hinterher zu Werken der Droste greifen lassen – und wenn der Streit jetzt am Ende sogar den einen oder anderen Schüler für ihre Gedichte begeistern sollte: wunderbar!

AUSSTELLUNGEN

Spätes Glück

In Marcel Reich-Ranickis autobiografischem Bestseller „Mein Leben“ ist das eine der anrührendsten Szenen: Aus Anlass seines 21. Geburtstags schenkt ihm eine junge Frau die mit mehr als 80 Zeichnungen illustrierte eigenhändige Abschrift von „Dr. Erich Kästners Lyrischer Hausapotheke“. Zeit: 2. Juni 1941, Ort: das Warschauer Ghetto. Der junge Mann und Teofila Langnas, seine spätere Frau, gehören zu den wenigen jüdischen Bewohnern, die das Grauen überlebten – und auch die Kästner-Blätter und andere Bilder der Zeichnerin konnten gerettet werden: außerhalb der Ghettomauern bei einer polnischen Bekannten deponiert. Nun, nach mehr als einem halben Jahrhundert, sind die im Ghetto entstandenen Arbeiten von „Tosia“ Reich-Ranicki, 79, erstmals öffentlich zu sehen: in einer bis zum 9. Januar gezeigten Ausstellung des Frankfurter Jüdischen Museums (in der Dependence „Museum Judengasse“). Die Frau, die dem heutigen Literaturkri-



Kästner-Abschrift aus dem Warschauer Ghetto



Teofila Reich-Ranicki

tiker und TV-Star tapfer an der Seite geblieben ist, genießt es. „Das ist ein spätes Glück“, sagt sie. All die Jahre habe sie die Bilder wie einen Schatz gehütet. Manches allerdings ist für immer verloren: so Illustrationen zu Liebesgedichten, die der junge Geliebte Marcel ausgewählt hatte. Der Kritikeratte schwärmt noch heute: „Das war grafisch das Schönste, was sie je gemacht hat.“ Die geretteten Zeichnungen sind auch in einem Katalog („Bilder aus dem Warschauer Ghetto“, 12 Mark) reproduziert. Im kommenden Frühjahr wird bei

der Deutschen Verlags-Anstalt eine Faksimile-Edition der Ghetto-„Hausapotheke“ erscheinen. Eine Buchausgabe der anderen Zeichnungen – so einer Serie mit „Heroinen der Oper“ – soll im Herbst 2000 folgen.

Im Land der Schildkröte

Beim Fußballspiel gegen Brasilien geht Frankreich mit 2:0 in Führung, was Dominik, 15, sehr nahe geht. Und wenn Gefühle ihn zu überwältigen drohen, egal ob Freude, Trauer, Schmerz oder Enttäuschung, versucht er, in Deckung zu gehen, „meistens muss ich dann auf der Stelle fort, egal, wohin, und die Menschen bekommen ziemliche Schwierigkeiten mit mir“. Dominik ist ein verahrloser Teenager, ein Dealer und Gauner, ein Strichjunge, der sich an Männer und Frauen verkauft und in seiner eigenen Verletztheit die Gemeinheiten der Erwachsenen schnell durchschaut. Er ist abgebrüht und verlogen, hat einen hellwachen Verstand und panische Angst vor Liebe. Von der gibt es allerdings auch nicht allzu viel: Dominik lebt in einer therapeutischen Wohngemeinschaft mit anderen deformierten Jugendlichen, die wie er unter familiärer Verrohung, Missbrauch, Drogenkonsum leiden. Paulus Hochgatterer, 38, hat diesen melancholischen Entwicklungsroman geschrieben, der einem in Erinnerung bleibt wie eine stimmungsvolle Ballade. Hochgatterer arbeitet als Kinder- und Jugendpsychiater in Wien und kennt sich bestens aus mit der verletzten Psyche junger Menschen. Seine Geschichte entwickelt sich wie ein Roadmovie: Dominik begibt sich mit einem seiner Kunden, dem todkranken, sanftmütigen Justizwachbeamten Kossitzky, auf eine Reise in die Türkei, den Koffer voller Drogen und Medikamente. Isabella, ein Mädchen, in das sich Dominik verliebt hat, ist die Dritte in diesem seltsamen Trio. Die spannende Fahrt, auf die sich der Todkranke, die schweigsame Isabella und der durchtriebene Dominik begeben, hat den Besuch der „Unechten Karettschildkröte“ zum Ziel – einer Schildkröte, die angeblich weinen kann. Sie wird zur Verheißung aller Sehnsüchte von Dominik und Isabella, zum Symbol für Wärme und Lebendigkeit. Während dieses Gaunertrips offenbart sich Kossitzky als echter Freund, und seine jungen Begleiter erweisen ihm auf eigentümliche Weise die letzte Ehre. Hochgatterer arbeitet souverän mit Rückblenden und gibt seinem einsamen Helden eine lakonische Sprache und viel Witz mit auf den Weg.



Paulus Hochgatterer: „Caretta, Caretta“. Deuticke Verlag, Wien; 220 Seiten; 34 Mark.



Brosnan, Denise Richards in „Die Welt ist nicht genug“

FILM

Schnelle Boote, große Dekolletés

Früher waren die Gangster in James-Bond-Filmen finstere Gestalten, vor denen man richtig Angst haben konnte: Sie hatten studiert („Dr. No“), eine Katze auf dem Schoß (der ewige Blofeld) oder kamen – wie Klaus Maria Brandauer – wenigstens aus Österreich. Und heute? Für den neuesten Bond-Thriller „Die Welt ist nicht genug“ (Regie: Michael Apted) wurde der harmlose „Ganz oder gar nicht“-Chefstripper Robert Carlyle zum Bösnickel befördert. Er hat, so die Legende, eine Kugel im Kopf und spürt deshalb nichts mehr: keinen Schmerz, keine Liebe, nichts. Ähnlich dürfte es auch so manchem Bond-Fan gehen, denn das aktuelle Abenteuer des britischen Superagenten ist ein ziemlich seelenloses Spektakel, der Plot – ein Ölmagnat wird ermordet, eine Atombombe gestohlen – ein alter Hut. Zwar sind die neuen Waffen der Frauen hier noch erfreulich konventionell (schnelle Boote, große Dekolletés), doch statt selbstironischer Chauvi-Herrlichkeit verbreitet Pierce Brosnan auch in seinem dritten Einsatz als 007 nur öligen Prolo-Charme: Wenn man mit Sophie Marceau ins Bett steigt, legt man vorher die dicke Uhr ab, James!

Kino in Kürze

„Der Apfel“. Als Samira Makhmalbaf 17 war, hörte sie daheim in Teheran von einem Zwillingmädchenpaar, das von den Eltern seit der Geburt im Haus eingesperrt worden war. Sie beschloss, einen Film über diese Familie zu machen, ihr Vater, in Iran ein berühmter (aber oft zensurierter) Regisseur, leistete Beistand. Die Tochter brachte das Unglaubliche fertig, die Betroffenen als Darsteller für ihr Projekt zu gewinnen: In „Der Apfel“ spielen Menschen sich selbst, die wohl noch nie einen Film gesehen haben, und die beiden verkümmerten Mädchen, befreit, erleben den Spielplatz als Weltentdeckung – ein erstaunliches Kino-Kuriosum.

„Pola X“. Dass der Film-Genius Leos Carax, der 1991 durch „Die Liebenden von Pont-Neuf“ berühmt wurde, noch einmal einen Film gemacht hat, das allein ist schon ein Ereignis. Doch der Segen der Götter blieb ihm verwehrt. Wer Melvilles

obskursten Roman „Pierre“ kennt, wird den zentralen Plot in diesem Film wieder finden, um 150 Jahre in die Gegenwart und von New York nach Paris versetzt – wodurch manche Motive noch abstruser wirken: Der junge Dandy-Dichter Pierre (Guillaume Depardieu) versucht, aus den inzestnahen Umschlingungen seiner Mutter (Catherine Deneuve) in die Arme seiner Halbschwester (Katerina Golubeva) zu fliehen. Geheimnisträumerische Hochgestochenheit, für die es starke Nerven braucht.



Szene aus „Pola X“

INTENDANTEN

„Ära, wem Ära gebührt“

Der bayerische Kunstminister Hans Zehetmair (CSU) über den Absprung des frisch installierten Prinzregententheater-Chefs Peter Ruzicka zu den Salzburger Festspielen



Zehetmair

SPIEGEL: Herr Staatsminister, im Juli haben Sie noch stolz verkündet, dass mit Peter Ruzicka am Prinzregententheater nach August Everding „eine neue Ära“ beginne. Die ist nun schon wieder vorbei. Sind die Verträge in dieser Branche noch das Papier wert, auf dem sie unterschrieben werden?

Zehetmair: Da könnte ich mit einem Zitat aus dem SPIEGEL antworten: „Ära, wem Ära gebührt.“ Aber im Ernst: Das Ganze erinnert an Transaktionen wie in der Bundesliga, mit dem Unterschied, dass ich keine Ablösesumme verlangen kann. Jetzt hat Herr Ruzicka noch zwei Jahre Arbeit in München vor sich. Ob das zu einer „Ära“ reicht, werden wir sehen.

SPIEGEL: Anfangs hieß es, Ruzicka sei zweite Wahl, weil Theatergötter wie Thomas Lang-

hoff und Dieter Dorn abgesagt haben. Jetzt lässt Ruzicka die bayerische Metropole wie einen Regionalligaverein fallen.

Zehetmair: München hat mit der Staatsoper, dem Gärtnerplatztheater, den Kammerspielen, dem Residenztheater, dem Volks- und dem Prinzregententheater, um nur einige zu nennen, eine Theaterlandschaft wie sonst in Deutschland höchstens noch Berlin. Da müssen wir, um beim Fußball zu bleiben, einen Abgang zu Casino Salzburg wohl verschmerzen können.

SPIEGEL: Wäre es nicht viel wichtiger, statt eines prominenten Namens einen verlässlichen Intendanten zu suchen, dem das Theater und die Akademie am Herzen liegen?

Zehetmair: Ganz genau. Ich bitte allerdings zu bedenken, dass Herzensangelegenheiten nicht immer am Gesicht abzulesen sind.

SPIEGEL: Holen Sie jetzt die abgelegten Kandidaten wieder aus der Reserve, oder kommen neue, unverbrauchte Namen ins Spiel?

Zehetmair: Das Spiel ist jetzt wieder offen.



Ruzicka

OPERA

Berlins Neuer

Seine Unterschrift steht zwar noch Saus, aber das Orchester ist bereits eingeweiht und hat zustimmend genickt: Der Dirigent Kent Nagano, 48, wird ab 2001 Generalmusikdirektor der Deutschen Oper Berlin und, weil er vor Ort auch schon designierter Chef des Deutschen Symphonie-Orchesters ist, die neue musikalische Großmacht der deutschen Hauptstadt. Mit dem Doppelengagement von Nagano, einem in Kalifornien geborenen Sohn japanischer Einwanderer, soll die aufgewühlte Berliner Musikszene wieder besänftigt werden: Beim Deutschen Symphonie-Or-

chester hatte der Chefdirigent gekündigt, in der Deutschen Oper der amtierende GMD Christian Thielemann seinen vorzeitigen Rücktritt erklärt (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 276).



Nagano

Am Rande

Speedy Günter

Da hatten sie nun alle gedacht: Wie schön, dass der Literatur-Nobelpreis für Günter Grass rechtzeitig zur Jahrtausendwende eintrudelte, dass nun friedliche Abgeklärtheit einkehren würde in Behlendorf, dass der so Geehrte lange Spaziergänge machen, hier und da einen feinen Butt zubereiten und vielleicht noch eine poetische Petitesse schreiben würde, eine Novelle oder etwas Ähnliches. Doch falsch gedacht. Der Nobelpreis hat Grass erst wieder richtig aufgeweckt, geradezu tarantelmäßig aufgastachtelt. Die hohe Auszeichnung wirkt offenbar wie ein Aufputzmittel, das müde Mahner munter macht. Und schon ist es wieder passiert: Den CDU-Herausforderer in Schleswig-Holstein, Volker Rühle, beschimpfte Speedy-Günter als „Rambo“ und dessen Partei als „Barschel-Union“. Tollkühn zog er Parallelen zum Niedergang der Weimarer Republik: „Auch damals haben sich zu wenige Bürger vor den Staat gestellt.“ Das Problem von Grass aber ist, dass er sich nicht zu wenig, sondern zu viel, nämlich stets und ständig vor und hinter etwas stellt, ohne genau zu wissen, was es eigentlich ist. In der jüngsten Ausgabe der „Zeit“ etwa schwadroniert er von der „neoliberalen Revolution“, vom Kapitalismus, der nun „meint, verrückt spielen zu können“, und „die Fehler des Kommunismus wiederholt“ (wirklich dieselben Fehler?!). „Mein lieber Günter Grass!“ – Zitat M. R.-R. –, wir haben ja verstanden, 's ist schon gut. Wir alle bleiben zusammen auf der Wacht vor Neoliberalismus, WTO, IWF und Nato. Doch ein Irrtum sei schnell noch geklärt: Grass sagt, das „Mundaufmachen“ gehöre zur Tradition der Aufklärung. Die Leser von „Örtlich betäubt“ wissen es besser: Das Maulaufreißen gehört auf den Zahnarztstuhl – da, wo es wirklich wehtut.





Exportthit „Lola rennt“, Exportflop „Der bewegte Mann“*: „Geschichten erzählen, die man als deutsche Geschichten erkennt“

KINO

Lola drückt aufs Tempo

Der deutsche Film findet im Ausland kaum Zuschauer. Bei Schund wie dem neuen Guildo-Horn-Lustspiel „Waschen, Schneiden, Legen“ ist das kein Wunder. Auch gelungene Arbeiten tun sich international schwer – doch langsam wächst das Interesse an einer neuen Regie-Generation.

Der deutsche Film, lästerte einst der Humor-Großmeister Loriot, sei „angenehmer als eine Nase, denn bei durchschnittlicher Länge läuft er nur 90 Minuten“.

Manchmal aber ist selbst eine laufende Nase erquicklicher als 90 Minuten Kinobesuch. Etwa wenn der Film „Waschen, Schneiden, Legen“ heißt und Guildo Horn in der Hauptrolle aufbietet. Der Grand-Prix-Schnulzist mit dem Flusehaar spielt den grenzdebilen Friseur Hans Anton Schatz, der von seiner Chefin schikaniert, von den angejahrten Kundinnen verehrt und von der Mutter kujoniert wird. Eines Tages will Schatz richtig was erleben. Also nach Berlin. Eine Blumenverkäuferin (Susanna Simon) begleitet ihn, damit nichts passiert.

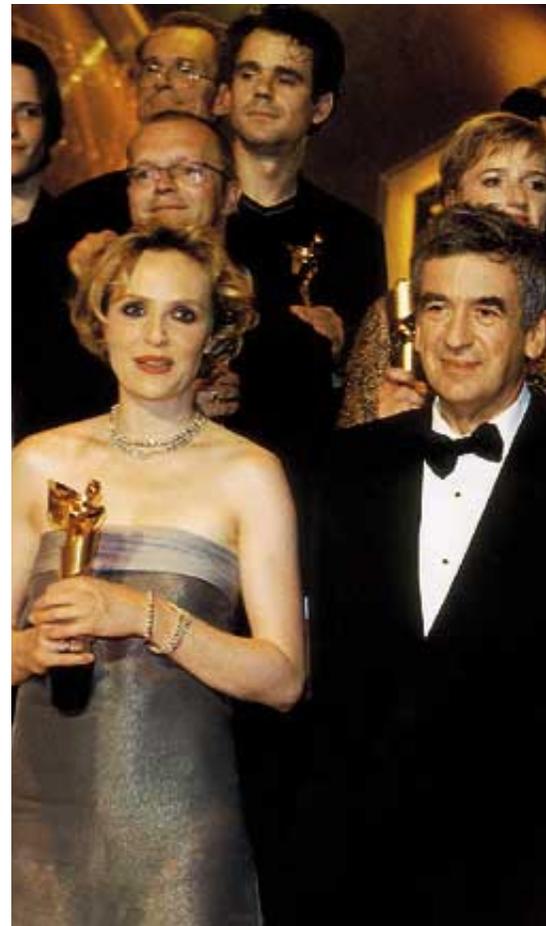
Und es passiert wirklich nichts – den ganzen Film nicht. Horns Abenteuer in der Hauptstadt (Regie: Adolf Winkelmann) sind so aufregend wie der Peter-Alexander-Klamauk der sechziger Jahre: Horn bekleckert seine Hose mit Kaffee. Horn läuft vors Auto einer Fernsehuzzi (Sissi Perlinger). Horn lässt sein Gesicht von einem Hund ablecken.

An „Waschen, Schneiden, Legen“ haben die Gutachter noch nicht gedacht, die vor kurzem dem deutschen Film bescheinigten, ihm fehlten „jegliche Aktualität, Hipness, Erotik“ oder „sonstige Eigenschaften, die ihn als zeitgemäßes Produkt auszeichnen könnten“. Doch Horns haarsträubender Hauptstadttrip bestätigt das vernichtende Urteil in allen Punkten.

Das Gutachten, von „HMR International“, einer Kölner Gesellschaft für Medienberatung, im Auftrag des Kulturstaatsministers Michael Naumann erstellt, sollte vor allem erkunden, warum sich deutsche Filme durchweg so miserabel ins Ausland verkaufen. Bei „Waschen, Schneiden, Legen“ ist die Antwort klar: Auf Humor, für den kein deutscher Friseur den Föhn fallen ließe, kann die weite Welt verzichten.

Aber so schlecht ist nicht alles, was aus deutschen Landen frisch auf die Leinwand findet. Qualität und Vielfalt des Angebots sind in den letzten Jahren gestiegen: vom Nazi-Liebesdrama „Aimée & Jaguar“ bis zu der Berlin-Ballade „Nachtgestalten“ und der Kursbuch-Ode „Zugvögel“, vom türkisch-deutschen Thriller „Kurz und schmerzlos“ und dem Hackerkrimi „23“ bis zur Jungenspielerei „Absolute Giganten“ – es regen sich neue Talente.

Trotzdem sind die Zahlen „niederschmetternd“, wie das Fachblatt „epd Film“ gerade befand: Während 1998 für 1,43 Milliarden Mark Film- und Fernsehware nach Deutschland eingeführt wurde, lag die Ausfuhrsumme bei nur 100 Millio-



Verleihung des Deutschen Filmpreises*: „Je mehr

* Oben links: mit Franka Potente; oben rechts: mit Joachim Kröl, Rufus Beck, Til Schweiger, Katja Riemann; unten: im Juni in Berlin, mit Juliane Köhler, Michael Naumann, Maria Schrader, Franka Potente (1. Reihe), Stefan Arndt, Nina Petri, Herbert Knaup, Egon Günther, Sunny Melles, Dominique Horowitz (2. Reihe), August Diehl, Piet Klocke, Tom Tykwer, Thomas Wöbke, Martina Gedeck, Katja Riemann (3. Reihe).



FOTOS: GINETEX

Sissi Perlinger in „Waschen, Schneiden, Legen“, Nina Hoss in „Das Mädchen Rosemarie“: Weißbier, Sauerkraut und drittklassige Kapellen

nen – davon knapp 61 Millionen Mark für Fernsehfilme. Der Umsatz, der mit dem Export deutscher Kinofilme erzielt wird, liegt unter 10 Millionen Mark im Jahr.

Woran liegt es? Regelmäßig bezieht die „Export-Union des Deutschen Films“ (ExU) Dresche für die Auslandsflaute. 1954 gegründet, soll die ExU dafür sorgen, dass teutonische Leinwanderzeugnisse in aller Welt bekannt werden. Dazu organisieren die ExU-Leute Filmreihen von Krakau bis New York und Buenos Aires, putzen Klippen bei Festivalchefs, um deutsche Filme in

deren Wettbewerbe zu bugsieren, laden alljährlich – bei Weißbier, Sauerkraut und drittklassigen Kapellen – alle Honoratioren zum gefürchteten „Deutschen Empfang“ in Cannes und klappern, was die Kasse hergibt. Nur leider ist das nicht viel.

Mit einem Budget von knapp vier Millionen Mark, einer Hand voll Angestellter und neun „Auslandsbeauftragten“ pusselt die ExU bürokratisch-provinziell vor sich hin: Innovative Publicity hat der deutsche Film von dort nicht zu erwarten. Bei einer US-Fachmesse strahlten den interessierten

Gästen gar riesige Gartenzwerge als Werbeträger entgegen.

Das HMR-Gutachten kam daher zu dem ungnädigen Schluss, die Export-Union solle dichtgemacht werden. Die ExU konterte mit einem eigenen Gutachten, das ihr Wirken, wen überrascht's, in milderem Licht erscheinen ließ – und überhaupt würde alles besser, wenn mehr Geld da wäre.

Da ist was dran: Die vergleichbare PR-Truppe in Frankreich, „Unifrance“, verfügt über einen Etat von mehr als 20 Millionen Mark und beschäftigt 28 Angestellte. Unifrance erreicht erheblich mehr für ihre Filmschaffenden als die ExU. „Was das europäische Engagement angeht“, sagt Harry Kügler, 50, Geschäftsführer von „Olga Film“, „sitzen die Deutschen in der zweiten Reihe. Alle entscheidenden Positionen werden von den Franzosen besetzt.“

Aber auch mit mehr Geld und geschickteren filmpolitischen Botschaftern wäre die Krise nicht zu beheben. Denn selbst wenn sich ein deutscher Film ins Ausland verkauft, heißt das noch lange nicht, dass die Zuschauer dort ihn sehen wollen. Die Homo-Posse „Der bewegte Mann“, mit 6,6 Millionen Zuschauern die erfolgreichste deutsche Leinwandtat des Jahrzehnts, wurde in die halbe Welt verkauft – und schmierte nahezu überall kläglich ab.

Vermutlich hilft nur Geduld: „Über Jahre hinweg gab es den deutschen Film im Ausland nicht“, sagt Filmverkaufsexperte Michael Weber, 31, von der Bavaria, der gerade auf der Mailänder Filmmesse zum „Best Exporter of the New Generation“ gewählt wurde. „Wir erleben unheimlich oft, dass die Leute von den alten Zeiten erzählen. Sie fragen immer: Wo ist der neue Fassbinder?“ Regietalente wie Tom Tykwer („Lola rennt“), Andreas Dresen („Nachtgestalten“) oder Hans-Christian Schmid („23“) setzen sich erst allmählich durch: „Es gab für den deutschen Film im Ausland keine Basis, auf der man aufbauen konnte“, sagt Weber. „Aber jetzt ist sie da.“

Unterhaltungsware wie „Der bewegte Mann“ profitiert davon am wenigsten. Denn



ULSTEIN BILDEDIENST

Europa zusammenwächst, desto weiter geht es beim Kinogeschmack auseinander“

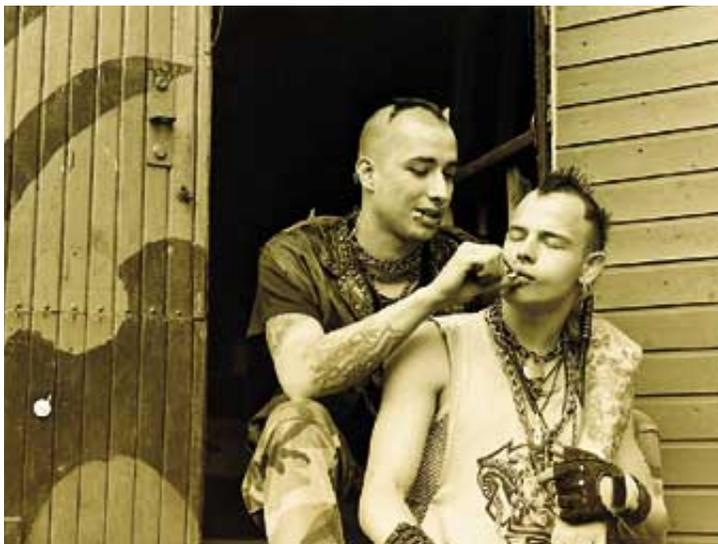
Unterhaltung machen die Amerikaner besser, mit Budgets für Herstellung und Werbung, die hier zu Lande eine ganze Regiekarriere finanzieren würden, und außerdem haben sie als einzige Weltstars.

Ganz untauglich für den Export ist deutsche Witzschickheit: Jede Nation lacht anders. Darum kann der Comic-Chaot Werner in Deutschland noch so kesseln, fürs Ausland reicht der Sprit nicht. Auch die balearische Proletenparty „Ballermann 6“ und der bayerische Intrigantestadl „Rossini“ scheiterten in der Fremde. „Waschen, Schneiden, Legen“ lässt sich ein ähnliches Schicksal prophezeien. Umgekehrt weigern sich deutsche Zuschauer hartleibig, Gefallen an Frohsinn aus Frankreich oder Italien zu finden.

Die Exportkrise beutelt nahezu alle europäischen Filmwirtschaften. „Je mehr Europa zusammenwächst“, sagt Dieter Menz, 64, Vorstandschef des Verbands Deutscher Filmexporteure, „desto weiter geht es beim Kinogeschmack auseinander.“ Kaum ein Europäer interessiert sich für das, was seine Nachbarn drehen: 1998 hatten europäische Filme in Europa nur 26 Millionen Zuschauer. Ausgenommen von diesem Fluch der Ignoranz sind allenfalls die Engländer, die mit Leinwandbaisers („Vier Hochzeiten und ein Todesfall“) oder schmissiger Sozialkritik („Ganz oder gar nicht“) den Sprung über den Ärmelkanal schaffen, und seit neuestem – dank der „Dogma“-Bewegung – auch der Filmzweig Dänemark.

Aber sonst? „Wir haben keine europäischen Stars mehr“, klagt Menz. Die Ära von Größen wie Jean-Paul Belmondo, Sophia Loren, Marcello Mastroianni oder Brigitte Bardot ist lange abgelaufen, und Nachfolger lassen auf sich warten. Die „European Film Promotion“, eine für das Wohlergehen des Eurokinos abgestellte PR-Agentur, wirbt seit zwei Jahren unter dem Titel „Shooting Stars“ für junge europäische Talente – mit mäßigem Erfolg.

Mit ähnlicher Gleichgültigkeit hat der Europäische Filmpreis zu kämpfen, der am vergangenen Samstag in Berlin zum zwölften Mal verliehen worden ist. Einst trug der Preis, als Euro-Oscar gedacht, den Namen „Felix“, dann wurde der Name abgeschafft und die Statuette ausgetauscht; diverse Male wurde der ganze Zauber totgesagt – und erst Ende der neunziger Jahre hat sich der ewige Trostpreis etwas erholt: Diesmal lockte er immerhin den Favoriten Pedro Almodóvar („Alles über meine Mutter“), dazu bekannte Filmemacher wie Roman Polanski und István Szabó und Schauspielstars wie Antonio Banderas, Ralph Fiennes und Götz George in die Regenschauer und Blitzlichtgewitter von Berlin.



Festivalbeitrag „Oi! Warning“*: „Spannendes, ungewöhnliches Bild“

Ein Hoffnungsschimmer? „Wir müssen wieder dahin kommen, dass der europäische Film innerhalb von Europa zirkuliert“, predigt Altregisseur Volker Schlöndorff, 60, unverdrossen. Nur inner-europäische Neugierde kann die Exportchancen des deutschen Films steigern.

Der umworbene amerikanische Markt nämlich trägt der deutschen Filmwirtschaft nur 1,5 Prozent ihrer gesamten Auslandserlöse ein. US-Zuschauer akzeptieren keine synchronisierten Fassungen, und lästige Untertitel wollen sie schon gar nicht lesen. Der Eurofilm schafft in den USA einen Marktanteil von insgesamt 0,5 Prozent – Überraschungshits wie die britische Junkie-



Oscar-Bewerber „Aimée & Jaguar“*
„Da kann noch viel passieren“

Ballade „Trainspotting“ und die italienische Holocaust-Schmalzette „Das Leben ist schön“ eingerechnet.

Nur in wenigen US-Großstädten gibt es cineastische Subkulturen, die ausländische Filme goutieren – und Kunstfilmtheater, die diese ins Programm nehmen. „Schon der Eintritt in den US-Markt ist ein Erfolg“, sagt Michael Weber. „Wenn man die Eintrittshürde nimmt, wird man in den USA auch wahrgenommen.“ Ganz überraschend etwa hat das einflussreiche Sundance-Film-

* Oben: mit Eike Schmidt, Jens Veith; unten: mit Julia-Köhler, Maria Schrader.

festival letzte Woche bekannt gegeben, dass dort (zusammen mit „Absolute Giganten“) das Debütwerk der Zwillingenbrüder Dominik und Benjamin Reding, 31, gezeigt wird: ein für 856 000 Mark in Schwarzweiß gedrehtes Jugenddrama aus dem Skin-Milieu namens „Oi! Warning“, das in Deutschland noch keinen Verleih hat.

Auch „Bandits“, „Comedian Harmonists“, „Jenseits der Stille“ und „Winterschläfer“ fanden immerhin US-Käufer, und derzeit tummelt sich der TV-Film „Das Mädchen Rosemarie“ auf einigen US-Leinwänden. Einzige Erfolgsmeldung aber bleibt der HipHop-Traum „Lola rennt“. Flankiert von begeisterten

Kritiken wurde er im Sommer mit wenigen Kopien in New York und Los Angeles gestartet, und die flammenhaarige Heldin entwickelte sich prompt zur Dauerläuferin: In 22 Wochen hat „Lola“ bisher 7 Millionen Dollar eingenommen – und ist der erfolgreichste deutsche Film in den USA seit dem Unterwasserthriller „Das Boot“ (1981), der 11,5 Millionen Dollar einspielte.

Der Fall „Lola“ zeige, dass im Ausland vor allem „ein spannendes, ungewöhnliches Bild von Deutschland“ gefragt sei, glaubt Produzent Stefan Arndt, 38, dessen Berliner Unternehmen „X-Filme“ mit Werken wie „Das Leben ist eine Baustelle“ (in 18 Länder verkauft), „Meschugge“ (14 Länder) und „Lola rennt“ (46 Länder) zunehmend internationalen Erfolg verzeichnet.

„Das Wort Berlin wirkt bei vielen Einkäufern wie ein Zauberwort“, sagt Nikola Mirza, 35, Chef der Media Desk Deutschland, einer Beratungsstelle für europäische Filmförderung. Die Regisseure müssten „Geschichten erzählen, die man als deutsche Geschichten erkennt. Das reizt die Zuschauer letztlich am meisten: Geschichten über den Mauerfall, über NS-Vergangenheit, über deutsch-deutsche Probleme. Und die muss man dann gut verkaufen“.

Das gelingt dem Ostalgie-Opus „Sonnenallee“, dessen Produzent Claus Boje, 39, glaubt, dass es sich „mit Sicherheit weltweit exportieren lassen wird“, weil es „etwas so Spezifisches über dieses Land aussagt, dass es fürs Ausland interessant ist“.

Auch bei „Aimée & Jaguar“, im Berlin der Nazi-Zeit angesiedelt, sind nach anfänglichem Zögern „großes Interesse und bevorstehende Verkäufe“ zu vermelden, sagt Produzent Günter Rohrbach, 71. Jetzt wurden die verliebten Damen zudem ins Rennen um den Oscars-Auswahljury im Februar nominiert werden, hofft Rohrbach, „kann da noch viel passieren“.

BERND SOBOLLA, SUSANNE WEINGARTEN,
MARTIN WOLF

SPEKTAKEL

Die faselnden Fünf

Mit einem „Sittenbild“ ihrer Generation wollen fünf junge Autoren brillieren – doch ihr Werk „Tristesse Royale“ kündigt nur von Arroganz und Überdruß.

Der Abend wurde mit einer wichtigen Mitteilung eröffnet: Die fünf Ledersessel, die wie eine Couch-Potato-Phalanx auf der Bühne der „Bar jeder Vernunft“ in Berlin-Wilmersdorf paradierten, seien „von dem Ristorante Treviso, Prenzlauer Berg, zur Verfügung gestellt“ worden. Es wäre auch unerträglich gewesen, nicht zu wissen, woher die edlen Fauteuils stammten, oder gar mit der Angst allein gelassen zu werden, bei den raumfüllenden Sitzgelegenheiten handle es sich womöglich um billige No-Name-Möbel aus irgendeinem Theaterfundus.

Das Wilmersdorfer Varieté-Zelt, ein illustrierter Tempel der Berliner Kulturszene, in dem schon die „Drei alten Schachteln“ Evelyn Künneke, Brigitte Mira und Helen Vita gastierten, ist zum Bersten gefüllt. Prominenz hat sich eingefunden: der Starfriseur Udo Walz, Literatursalonlöwe Nicolaus Sombart und Christina Rau, die Frau des Bundespräsidenten. Jede Menge Journalisten, Fotografen, Kameras, Mikrofone lauern auf das Millennium-Ereignis.

Mit kalkulierter Verspätung kommen sie, einer nach dem anderen: fünf Jungautoren zwischen 24 und 33, die sich das „popkulturelle Quintett“ nennen. Bis auf Christian Kracht, der im kambodscha-kompatiblen Polohemd und, wie stets, gut gebräunt auftritt, laufen alle Popkulturalisten sehr korrekt ein: in feinem Zwirn, einer sogar im Tom-Wolfe-Kostüm, weiß bis in die Kragenspitzen.

Derart gerüstet treten sie an, sich und dem Publikum die Welt zu erklären, ein „Sittenbild“ ihrer Generation zu malen, ja ein „Manifest“ zu entwerfen und dabei der Gesellschaft gleich noch die Ironie auszutreiben: „Irony is over. Bye Bye.“ Wir spüren es schon: Bonjour Tristesse. You're welcome. Da jauchzten die weiblichen Boy-Groupies in der ersten Reihe. Ein Hauch von Backstreet Boys lag in der Luft.

Früher, als es die „Seitentaschenhosen von Carrhart“ (Christian Kracht), den

„Neville-Brody-Look“ (Joachim Bessing), „die Unbeachtetheit wie im Falle Prince“ (Eckhart Nickel), „S'Oliver“ (Alexander von Schönburg) und die „Durchsichtigkeit von Anzügen“ (Benjamin von Stuckrad-Barre) noch nicht gab, fuhren fünf junge Männer, die soeben dem Clearasil-Alter entsprungen waren, im VW-Bus an die Côte d'Azur, besorgten sich Baguette, Käse, Rotwein, nahmen – „Nous venons d'Osnabrück. Et vous?“ – Kontakt zu netten Französisinnen auf und hatten einfach Spaß.

Heute schließen sie sich drei Tage in einer Suite des Berliner Luxushotels Adlon ein, trinken Champagner und schwadronieren so lange vor sich hin, bis das Ergebnis der einsamen Männer-Session fertig ist: „Tristesse Royale“ heißt die 200-seitige Drucksache (im Ullstein-Verlag erschienen und bereits 8000-mal verkauft), eine remixte, oder soll man sagen: „re-modelte“ Papierfassung des Dauergesprächs, das die



Jungautoren Schönburg, Nickel, Kracht, Bessing, Stuckrad-

fünf Konfidenten, allesamt verliebte Ecker-männchen ihrer selbst, an diesem tristen Novemberabend noch einmal, Gott sei Dank nur zu Teilen, vom Blatt ablesen. Ganz brav mit verteilten Rollen, wie einst im Deutschunterricht.

Leider lesen sie auch genauso schlecht wie damals in der Schule, als der Lehrer immer wieder unterbrechen musste: „Alexander, mehr Betonung, mehr Leidenschaft!“

Die nachinszenierten, von unsagbarem Dünkel durchtränkten Null-Dialoge aber böten nicht einmal den besten Schauspielern der Welt die Chance, hier irgendetwas mit Leben oder Charakter zu erfüllen. Die Poseure der ästhetischen Distinktion, die stolzen Sakkoträger von Welt und Stil verwandeln sich in der Bar jeder Vernunft

unversehens in eine Laienspielgruppe, die eben noch im Hobbykeller geübt hat.

Beispielhaft ein Wortwechsel wie dieser: Bessing: „Wer hat eigentlich dieses Re-Design der Scorpions gemacht?“ Kracht: „Ich vermute, es war Jim Rakete.“ Bessing: „Es besteht im Groben aus Sonnenbrillen von Oakley und groß gemusterten Gucci-Op-Art-Hemden.“ Kracht: „Eigentlich eine Appropriation dieser gottlosen Irengruppe U2 zur Ära Zooropa.“ Nickel: „Die Platte zur Tournee hieß ‚Achtung Baby‘, mit einem Mauerfalter auf dem Cover.“ Bessing: „Damals gerade vom Image der Schmutzchristen befreit und auch vom Image der mit BB-King-Musizierenden, waren sie dann auf einmal Medienphilosophen, aber auch deutlich vom so genannten Trip-Hop beeinflusst. Genau dasselbe ist nun also bei den Scorpions passiert, lediglich ein paar Jahre später.“ Kracht: „Wie ist denn die Musik der Scorpions jetzt?“

Sessel aus zu sprechen): Ich bin ich, also bin ich gut – bin ich gut!

Es ist kein Wunder, dass diese penetrant grundlose Selbstgewissheit keine Ironie verträgt. Humorlosigkeit und Langeweile sind die verdammungswürdigen Geschwister der „Tristesse Royale“, deren Propagandisten unter einem kloßartigen, letztlich ihrer selbst überdrüssigen Selbstbewusstsein leiden, an dem die Aufklärung, frei nach Peter Sloterdijk, immer schon abgeprallt ist.

Der verzweifelte Kampf der faselnden Fünf um die Anerkennung ihres kostbaren Mindestabstands zum Rest der Welt voller Prolls und „Wurstgesichter“ endete jüngst schon tragisch im Schoße der verachteten Konsumentenmasse: auf einer mehrseitigen Farbanzeige von Peek & Cloppenburg – wie überhaupt das Setting des Abends mit seinen gesampelten Gesprächseinheiten an eine H&M-Variante des Stefan-George-Kreises denken ließ.

Aus all diesem Unglück könnte am Ende freilich immer noch so etwas wie Literatur entstehen. Aber dazu wären Schriftsteller nötig, nicht parfümierte Popschnösel, die sich der Vergreisung nähern, bevor sie überhaupt jemals jung waren.

Unfreiwillig erinnerte dieses hochnotpeinliche Quintett an verschworene Tischgemeinschaften in Altersheimen, deren Gespräche sich schon am frühen Morgen um die Frage drehen, wie die Verdauung war und was es am Abend zu essen geben wird – gefüllte Paprikaschoten, kalte Frikadellen oder Sülze in Aspik.

Ein Großteil des Publikums wollte dabei nicht länger zuschauen und verließ vorzeitig den Anstaltsraum. Selbst junge Menschen Mitte zwanzig hatten zuvor, dem Treiben ungläubig und sprachlos folgend, immer wieder die Hände vor den Kopf

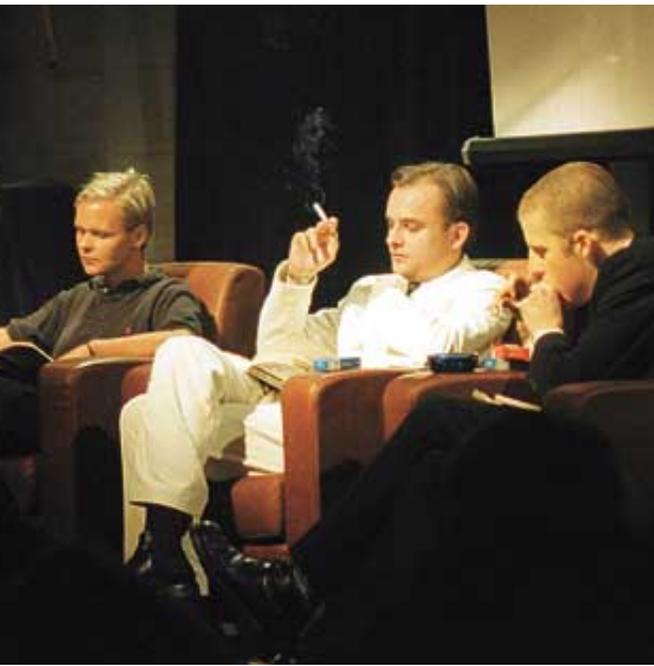
geschlagen. „Grausam“, murmelte vernehmlich die Frau des Bundespräsidenten beim Hinausgehen.

Hieß es noch in den achtziger Jahren „anything goes“, so muss es wohl heute lauten: „It’s all over now.“ So ergeht es einer Generation, die in Frieden und Überfluss vegetiert, Kriege nur noch aus der „Tagesschau“ kennt und dankbar ist für jeden Amokläufer, der ein wenig Abwechslung in die Diskussion um den Ladenschluss und das „Gucci-Re-Modeling“ bringt.

Kriminalitätsforscher sagen: Die meisten Verbrechen passieren heute nicht aus Leidenschaft, sondern aus Langeweile.

Jetzt wissen wir: Das gilt auch für literarische Vergehen.

HENRYK M. BRODER,
REINHARD MOHR



MORLOK / POP-EYE

Barre: Lächerlich posenhafte Neo-Junkertum

Das Gewicht der Welt verdunstet im angestrengten Insider-Jargon, und übrig bleibt die pure Oberfläche der Warenwelt. Die vermeintliche Distanz zu ihr soll gleichsam aristokratisch entstehen, so dass sie gar nicht mehr gesucht, sondern nur noch präventiv inszeniert werden muss.

Was dabei als snobistische Lebenshaltung, als zitierter Bohème-Stil oder elitäres Urteilsvermögen vorgeführt werden soll, ist nichts weiter als ein verschwitztes Neo-Junkertum in kurzen Hosen, ein lächerlicher, geckenhafter Dezisionismus, dessen Sprecher noch nicht einmal in der Lage sind, frei vor Publikum zu reden – von Diskussion, Kritik und Ähnlichem ganz zu schweigen.

Das Überlebensmotto dieser Nachwuchs-Phlegmatiker lautet (am besten vom

Werbeseite

Werbeseite



Preisträgerin Gerasimtschuk: Goldmedaille für herausragende Leistungen

Ihr Vater, ein Ingenieur, starb, als sie 14 Jahre alt war; die Mutter, eine derzeit arbeitslose Übersetzerin, konnte der einzigen Tochter keine kostspielige Ausbildung bezahlen.

Im Jahr 1996, gerade rechtzeitig zum Schulabschluss, gewann Iwetta wieder einmal einen Schülerwettbewerb (in Geschichte, Literatur, Russisch und Fremdsprachen). Diesmal hatte ihn das Fernsehen für die gesamte „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“, wie die Erben der Sowjetunion sich nennen, organisiert. Der erste Preis bedeutete die Aufnahme in die renommierteste Hochschule Russlands: die Moskauer „Staats-Universität für internationale Beziehungen“.

An dieser Institution, die als „russisches Harvard“ gilt, hat sich Iwetta zum einen auf Südafrika spezialisiert; sie beherrscht neben Englisch auch Afrikaans. Ihr zweiter Schwerpunkt ist die internationale Politik zur Erhaltung der Umwelt.

Die 20-Jährige – sie lebt in einem Wohnheim und teilte bis vor kurzem das Zimmer mit einer Kommilitonin – gehört bereits zu einem Forschungsteam der Akademie der Wissenschaften. „Um herauszufinden“, berichtet sie, „ob wissenschaftliche Arbeiten, die ich während des Studiums schrieb, veröffentlichtungsfähig sind, legte ich sie der Akademie der Wissenschaften vor. Daraufhin lud man mich zur Mitarbeit ein.“

Zwischen 9 und 15 Uhr besucht sie Vorlesungen und Seminare, anschließend forscht sie in der Akademie oder erteilt Privatschülern Englischunterricht, um ihr Stipendium aufzubessern.

Die Hochschule, an der sie studiert, untersteht dem russischen Außenministerium. Hier rekrutiert der diplomatische Dienst seinen Nachwuchs, wenngleich das Abschlusszeugnis auch andere Berufswahlmöglichkeiten offenlässt. Iwetta, die jetzt sechs Semester absolviert hat, kann sich nach dem Ende ihrer Ausbildung eher die Tätigkeit in einer staatsunabhängigen Organisation vorstellen. Es zieht sie nicht in hierarchische Institutionen. Sie will selbständig und kreativ arbeiten, uneingeschränkt publizieren und Forschungsergebnisse in die Praxis umsetzen können.

Hält sie das gegenwärtige Russland für eine Demokratie? Nein, sagt sie, eine Demokratie ist es noch nicht, eine Diktatur nicht mehr. Eine Demokratie? Sie lacht. Ja, vielleicht das. Schnell wird sie wieder ernsthaft und bekennt sich als „Patriotin“.

Was versteht eine junge Frau, die so international denkt, unter Patriotismus? „Die Interessen des Landes, nicht die seiner

INTELLEKTUELLE

Die windige Zeit

Eine junge Russin macht Furore – als Sensationssiegerin eines weltweit ausgeschriebenen Denk-Wettbewerbs über das Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft.

Mit schnellem, leichtem Schritt betritt Iwetta Gerasimtschuk das Moskauer Goethe-Institut. Der wuschelige blaugrüne Kapuzenmantel, der ihr den russischen Winter vom Leib hält, verhüllt ihre schlanke, fast zierliche Gestalt. Noch nimmt in dem Gebäude, in dem einst die versunkene DDR ihren Botschaftssitz hatte, niemand Notiz von ihr.

Das wird sich nun gründlich ändern – nicht nur in Russland, sondern wo immer die junge Frau mit den großen, leicht melancholisch wirkenden Augen auftritt. Denn sie ist ein Phänomen intellektueller Frühreife: Die 20-jährige Russin hat in einem globalen Essay-Wettbewerb den mit 50 000 Mark dotierten ersten Preis gewonnen; am vergangenen Samstag wurde sie in Weimar öffentlich als Siegerin geehrt.

Die Wettbewerbsidee – ein interkulturelles Gegenprojekt zum kommerziellen Mainstream der „Globalisierung“ – hatte die Berliner Redaktion von „Lettre International“ entwickelt. Die mehrsprachig erscheinende Zeitschrift, für Hans Magnus Enzensberger „ein Brief an die Zukunft Europas“, knüpfte damit an eine Tradition der Aufklärung an: Philosophische Preisfragen wurden schon im 18. und 19. Jahrhundert öffentlich ausgeschrieben.

In Erwartung des neuen Millenniums lautete die 1997 weltweit verbreitete Preisfrage: „Die Zukunft von der Vergangenheit befreien? – Die Vergangenheit von der Zukunft befreien?“ Als Organisatoren wirkten „Lettre International“ und die derzeitige europäische „Kulturstadt“ Weimar in Kooperation mit dem weltweiten Netz der Goethe-Institute; Beiträge konnten auf Deutsch, als Veranstaltungssprache, sowie in den sechs Sprachen der Vereinten Nationen eingesandt werden: Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch.

Den Juroren lagen 2481 Einsendungen aus 123 Ländern vor, die Texte trugen statt Verfasseramen lediglich Nummern. So war es für die Preisrichter selbst verblüffend, dass sie am Ende eine derart junge Studentin zur Siegerin gekürt hatten.

Für Iwetta Gerasimtschuk kommt der Preis etwas weniger überraschend. Schon als Schülerin, so erzählt sie ruhig und selbstbewusst, habe sie sowohl bei wissenschaftlichen wie literarischen Wettbewerben mehrfach erste Preise errungen. Beim Schulabschluss in ihrer Geburtsstadt Samara, 900 Kilometer südöstlich von Moskau, wurde ihr vor drei Jahren eine Goldmedaille für herausragende Leistungen verliehen.

Politiker“. Befürwortet die Patriotin Iwetta Gerasimtschuk Russlands Tschechenkrieg? „Der Kaukasus war immer Teil Russlands. Wenn Tschechien sich abtrennte, würden eine nationalistische Kettenreaktion und Russlands Zerfall drohen.“

Und die Opfer unter der tschechischen Zivilbevölkerung? Die Antworten auf solche Fragen muss die junge Frau besonders gut abwägen; man wird auch in der Heimat genau lesen, was die Studentin der Hochschule des russischen Außenministeriums öffentlich über Russlands Krieg sagt. „Die zivilen Opfer sind natürlich furchtbar. Aber niemand weiß genau, was im Kaukasus wirklich vorgeht.“

Angesichts enormer Beanspruchung durch Studium, Akademie und Geldverdienen bleibt kaum Zeit für Freundschaften. Mit gleichaltrigen Jungs hat sie bisher ohnehin wenig anfangen können. Entweder waren die schnell verschreckt durch ihren Geist, oder sie mochte das ihr entgegengebrachte Interesse nicht erwidern. Immerhin findet sie unter Moskaus Elitestudenten Gesprächspartner, während sie auf der Schule in Samara eher mit Lehrern als mit Mitschülern zusammen – und meist mit Büchern allein war.

Der Hunger nach europäischer Kultur hat sie motiviert, ganz nebenher auch noch Deutsch zu lernen – erst allein, dann im Goethe-Institut. „Ich verstehe Deutsch“, erklärt sie, „aber ich kann es nicht sprechen. Mir fehlt die Praxis.“ Wohl nicht mehr lange. Denn als Siegerin des Essay-Wettbewerbs, dessen Ausschreibung sie im Mai 1998 im Moskauer Goethe-Institut entdeckte, hat Iwetta nun neben dem Preisgeld auch ein sechsmonatiges Deutschland-Stipendium gewonnen.

Der Text von 58 Seiten, mit dem sie sich – unter den ersten zehn die einzige Frau und die jüngste Teilnehmerin – gegen eine kaum schwächere Konkurrenz durchgesetzt hat, heißt „Das Wörterbuch der Winde“. Diesen rätselhaft klingenden Titel hat sich die Verfasserin von einem russischen meteorologischen Lexikon geborgt.

Souverän und spielerisch schöpft die Autorin aus dem Vollen, indem sie das vorgegebene Thema über das Wechselverhältnis von Zukunft und Vergangenheit in immer neuen Variationen intoniert: Philosophie und Mythologie, Geschichte und Naturwissenschaft, Mathematik und Literatur gehen ineinander über. Das gewichtige Thema wird so fintenreich behandelt, dass die Lektüre, anspruchsvoll wie sie ist, eher entzückt als erdrückt. Abgesehen von ein paar grammatischen Fehlern in latei-

Sturm oder Stille

Auszug aus dem lexikalischen Essay von Iwetta Gerasimtschuk

ANEMOPHILE (griech. anemos – „Wind“, phileo – „ich liebe“)

Ursprünglich Windanbeter im alten Griechenland. Im weiteren Sinn alle, für die die Zukunft ohne Vergangenheit existiert. Die A. ziehen den *Wind* stets seiner Abwesenheit vor, selbst wenn es sich um den stärksten Sturm handelt. Die A. begrüßen stets alle Veränderungen, selbst wenn es keine Veränderungen zum Besseren sind.

Die Gesellschaft der A. wurde im 3. Jhd. v. u. Z. als Gegengewicht zur *Kronos*-Gesellschaft (der *Chronisten*) gegründet. Ursprünglich war sie eine religiöse Vereinigung, die A. beteten alle an Winde – vom Boreas bis zum Aphelotes. Nach und nach stellte sich die Gesellschaft auf andere Tätigkeitsbereiche um, da die A. viele Gleichgesinnte fanden. Im Statut der Gesellschaft (Zeitpunkt der Entstehung unbekannt) ist Folgendes festgeschrieben:

„Als Anemophiler gilt ein Mensch, der unabhängig von Alter, Geschlecht, Denkart oder sozialer Stellung sein Leben ändern möchte, ohne dass ihn die Bedingungen der Vergangenheit bedrücken, und der sich gleichstellt mit dem *Wind*, der immer Veränderungen mit sich bringt.“

Die Menschheitsgeschichte kennt einige Beispiele von Zusammenstößen der A. mit den *Chronisten*. Die Situation wird indessen dadurch

erschwert, dass diese Zusammenstöße von den *Chronisten* erfasst und untersucht werden, welche die Zahl ihrer Siege gehörig übertreiben und eigene Niederlagen ‚vergessen‘.

CHRONISTEN (Kronos – Gott des griechischen Pantheon)

Ursprünglich *Kronos*-Anbeter, Mitglieder der *Kronos*-Gesellschaft. Im weiteren Sinn des Wortes alle, für die es eine Vergangenheit ohne Zukunft gibt. Die Ch. ziehen den Veränderungen ihr Fehlen vor („Das Fehlen von Neuigkeiten ist eine gute Neuigkeit“) und dem *Wind* die Stille. Ein wahrer Ch. würde selbst im stickigsten Zimmer bei geschlossenem Fenster sitzen und niemals den *Ventilator* einschalten.

WAHNSINNSWIND *Wind*, der negativen Einfluss auf die Menschen ausübt, oft psychische Missstimmung und Angstgefühle hervorruft. Ist in allen Teilen der Welt unter verschiedenen Namen bekannt (zum Beispiel als Battikaloa kashshan in Ceylon, als Vente rocho in Rio de Janeiro)

Die Natur dieser Erscheinung ist nicht geklärt, doch es wurde nachweislich festgestellt, dass bei W. oder einfach starkem *Wind* die Zahl der Verbrechen und Selbstmorde steigt.

nischen Einschüben – auch diese Sprache hat sich die 20-Jährige im Schnelldurchgang angeeignet – deutet nichts an ihrem Beitrag auf das Alter der Verfasserin hin.

Nicht zufällig hat sie ein grundgelehrter Schriftsteller wie Umberto Eco inspiriert, dessen Romane „Der Name der Rose“ und „Das Foucaultsche Pendel“ Iwetta hoch schätzt. Sie durchsetzt Geschichte und Philosophie mit Ironie und literarischer Mystifikation – fast schon so virtuos wie Eco. Den Erkenntnisthunger der klassischen Aufklärung verbindet die junge Russin, auch darin dem berühmten Italiener ähnlich, mit Skepsis und postmodernem Spiel.

„Das Thema ist so ernst“, sagt sie, „dass mein Essay ohne Ironie langweilig geworden wäre.“ So figuriert beispielsweise im „Wörterbuch der Winde“ unter dem Buchstaben H der (fiktive) amerikanische Höhlenforscher Haddock, der „unerwartet verstarb, als er von einem Folianten, der vom obersten Regal auf ihn hinunterfiel, tödlich verletzt wurde“.

Die Grundidee ihres Beitrags ist so einfach wie die Ausführung komplex: Das „Wörterbuch der Winde“ spiegelt den uralten Streit zweier (fiktiver) philosophischer Schulen, deren eine die Zukunft, deren andere die Vergangenheit verehrt. Der Wind, Metapher der Veränderung, prägt den Namen der zukunftsgläubigen „Anemophilen“ („Freunde des Windes“). Ihre Erzgegner, die „Chronisten“, trauen nur der vergangenen, chronologisch vermessenen Zeit.

Alphabetisch geordnet und voll lexikalischer Querverweise, präsentiert sich das „Wörterbuch der Winde“ als Meditation über die Zeit mit 61 Variationen von A wie „Absolute Zeit“ bis Z wie „Zifferblatt“. Vordergründige, auf den Millenniumsrummel zielende Effekte verschmäht die Autorin; nur ganz dezent wird beim Stichwort „Gedenkdaten“ auf das Jahr 2000 angespielt: „Als das wichtigste der Gedenkdaten gilt Neujahr, das gewissermaßen das Jubiläum des Anfangs der Zeit ist.“

Natürlich rechnet sich die Ausnahmestudentin weder zu den Anhängern der reinen Vergangenheit noch zu denen der reinen Zukunft. Als intellektuelle Kosmopolitin betrachtet sie Zeit und Welt gewissermaßen aus der grenzenlosen Vogelperspektive. Zugleich aber ist sie sich ihrer russischen Wurzeln völlig bewusst – und insofern wirklich Patriotin. Gerade in Russland, so weiß sie, war der Pendelschlag von den chronischen Fanatikern der Vergangenheit zu den windigen Fanatikern der Zukunft extrem.

Eine politische Synthese erhofft sich Iwetta darum vom kommenden Jahrhundert vor allem für ihre Heimat.

RAINER TRAUB



„Lettre“-Cover

Lizenzen für Legenden

Die Geschäfte mit toten Stars gehen besser denn je: Marlene Dietrich, Marilyn Monroe und Albert Einstein sind beliebte Werbeträger. Doch die Rechte der Toten sind geschützt – wer sie verletzt, bekommt es mit den Erben zu tun.

Total zurückgezogen und in steten Geldsorgen lebte Marlene Dietrich in den achtziger Jahren in der Pariser Avenue Montaigne. Einer der wenigen, zu dem die ehemalige Hollywood-Diva Kontakt hielt, war ein Amerikaner namens Roger Richman.

„Mit meinem Namen und Ruhm“, notierte Marlene Dietrich am 6. Februar 1985 in einem Brief an die Roger Richman Agency in kalifornischen Beverly Hills, „müsste es einfach sein, einen Käufer zu finden.“ In der Anlage: ein Foto von Marlene, das blonde Haar war über das Gesicht auf die endlosen Beine gefallen. Kein gestelltes Bild, behauptete sie, der Fotograf habe sie „in flagranti“ abgelichtet.

Richman leitete das Angebot an ein halbes hundert Strumpf- und Strumpfhosenfabrikanten weiter. Tatsächlich antworteten zwei Interessenten – sie wollten Autogramme. „Mit sehr viel Feingefühl“, erinnert sich der Agent, habe er seine Kundin über den Misserfolg informiert.

Richman kannte die wenig nachsichtigen Reaktionen des Stars, damals immerhin schon 83 Jahre alt, von früherer Korrespondenz. Nach Abschluss eines Vertrags etwa – 10 000 Dollar für die Nutzung eines Dietrich-Fotos –, für den der Agent 35 Prozent kassierte, hatte ihn Marlene Dietrich gerügt: „Ihre extravaganten Honorare entsprechen nicht den entwürdigenden Angeboten, die Sie für mich einholen.“

Nach dem Tod der alten Dame wollte auch deren Tochter von der Legende profitieren. Sie beauftragte Richman. Der hatte vor Jahren zunächst einmal die rechtlichen Voraussetzungen für sein künftiges Geschäft schaffen müssen: 1984 sorgte er in Kalifornien für ein Gesetz, das den Erben der Legenden das exklusive Recht auf Ruhm und Image für 50 Jahre nach dem Tod sichert.

Heute kämpft die Dietrich-Tochter Maria Riva, 74, noch immer um die Rechte am Ruhm ihrer Mutter, in der vergangenen Woche war sie – in diesem Fall ohne Richmans Hilfe – in Deutschland erfolgreich: Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe sprach ihr



Versteigerung des Monroe-Nachlasses (im Oktober in New York): Tolstoi und Lippenstift

Schadensersatzansprüche für die ungenehmigte Nutzung von Namen und Bild von Marlene Dietrich zu.

Maria Riva hatte unter anderem dagegen geklagt, dass der Autohersteller Fiat ein Sondermodell mit dem Namen „Marlene“ auf den Markt brachte und die Firma Toshiba eine nachgestellte Dietrich-Pose aus dem Film „Der blaue Engel“ für Werbezwecke nutzte. Der Vermögenswert, den eine Person durch ihre Leistungen ge-

schaffen habe und der sich im Bild oder im Namen verkörpere, urteilte der BGH, dürfe nicht „dem Zugriff eines jeden beliebigen Dritten preisgegeben werden“. Dieser Wert, entschied das Gericht, stehe den Erben zu.

Da kommt was zusammen, denn die Geschäfte mit toten Stars gehen besser denn je: Personen der Zeitgeschichte wie Marlene Dietrich, Marilyn Monroe oder Albert Einstein sind längst Kult – und deshalb in der Welt des Entertainment viel Geld wert.

Davon profitiert Richman ganz besonders, er gilt als „Agent der kalten Körper“ („Handelsblatt“).

Der Sohn von Clark Gable, John, sechs Monate nach dem Tod seines Vaters geboren und über einen Trust-Fund finanziell abgesichert, ließ sich von Richman ebenso vertreten wie die mit einem Konzertpianisten verheiratete Tochter der Hollywood-Ikone Gary Cooper. Zu den Richman-Kunden zählen dieser Tage die Audrey-Hepburn-Söhne Luca und Sean, die das Erbe verwalten, wie auch Chad McQueen, Hollywood-Schauspieler wie sein Vater Steve McQueen („Cincinnati Kid“), dessen Ruhm zum Verkauf



Filmdiva Dietrich (1930): „Entwürdigende Angebote“

von „Tag Heuer“-Uhren, Bomberpiloten-Jacken in Japan oder dem Ford Puma in Europa eingesetzt wird.

Einkünfte aus der Vermarktung von Sigmund Freud, beispielsweise eine Austrian-Airlines-Werbung in New York, lässt die Agentur der Freud-Familie zukommen. Die Millionen, die Marilyn Monroe seit ihrem Selbstmord 1962 zusammenbrachte, kassierten zu 75 Prozent die Monroe-Schauspiellehrer Lee und Paula Strasberg und nach deren Tod die – dritte – Strasberg-Ehefrau Anna.

Ende Oktober wurde im New Yorker Auktionshaus Christie's der Monroe-Nachlass versteigert, der seit 37 Jahren in Kisten verpackt in einem New Yorker Depot gelagert worden war – Diamantringe, ihr weißes Piano, Bücher von Tolstoi, Hemingway und Joyce, die in ihrem Haus in Brentwood in den Regalen gestanden hatten, Lippenstifte, Dessous, Ferragamo-Stiletto.

1,26 Millionen Dollar brachte allein das hautenge Nichts, in dem die Schauspielerin 1962 ihrem Liebhaber John F. Kennedy ein Geburtstagsständchen („Happy Birthday, Mister President“) hauchte. Insgesamt erzielte das Auktionshaus Christie's 5,6 Millionen Dollar.

Obwohl Richman mit dieser Versteigerung nichts zu tun hatte, sieht er sich als eine Art Denkmalpfleger der toten Stars:

**„Alle verdienen
an Opa,
nur wir nicht“**

stets bereit, gegen jene vorzugehen, die – ohne Lizenzverträge – das Image dieser Legenden vermarkten.

Gegen Beate Uhse wollte er vorgehen, weil die Sex-Industrielle ein Video verbreitet habe, auf dem sich ein Marilyn-Monroe-Abklatsch mit 40 Männern dem Liebesspiel hingab. Höchstpönlich inspizierte er, begleitet von einem deutschen Anwaltskollegen, Sexshops auf der Hamburger Reeperbahn. Doch Uhse habe „Inside Marilyn“ aus den Regalen geräumt, sagt Richman, bevor er die Richter habe bemühen müssen.

Auch mit der deutschen Shell legte sich der Amerikaner unlängst an, weil deren Werber seinen Kunden Einstein (dessen Honorare der Hebräischen Universität in Jerusalem zukommen, jährlich rund 100 000 Dollar) in einer Anzeige für „ein geniales Schmierstoffkonzept“ vermeintlich unvorteilhaft darstellten, mit wehenden Haaren und heraushängender Zunge, am Steuer eines Rennwagens.

Richman forderte für das Recht am Bild ein Honorar, Shell jedoch verwies auf Paragraph 22 im Kunst-Urhebergesetz, wonach die Vermarktung von Toten in Deutschland „bis zum Ablauf von zehn Jahren“ für die Angehörigen geschützt ist. Und unter

Angehörigen, die sich gegen die kommerzielle Nutzung eines Verblichenen wehren können, belehrte die Shell den Agenten, versteht das Gesetz überlebende Ehegatten, Kinder oder die Eltern des Verstorbenen, nicht aber einen Hollywood-Agenten, der für eine Universität abkassiert. Richman beklagte „die kleinkarierte Einstellung“ des Weltunternehmens, den „Geiz“ der Firma, die sich scheue, ein Honorar zu überweisen, das letztlich Studenten in Jerusalem nützlich sei.

Einstein, keine Frage, liegt ihm besonders am Herzen. An einer Wand seines Büros am Wilshire Boulevard hängt ein gerahmtes Schwarzweißfoto: Es zeigt seinen Vater, einen Rabbi, 1946 mit Albert Einstein in Washington D. C., vereint im Kampf, den US-Kongress zur Anerkennung eines künftigen Staates Israel zu bewegen. Dieser Tage streitet Richman gegen ein Unternehmen im Mittleren Westen, das seine Telefone nach Einstein benennen will.

Der Jurist Richman hatte sich in den sechziger und siebziger Jahren als bildender Künstler und als Filmproduzent versucht, bevor ihn der Anruf von Everett Fields in eine „unerwartete Welt“ katapultierte – die der toten Stars. Der Enkel des legendären Komikers W. C. Fields forderte Richman auf, die kommerziellen Interessen der Familie zu vertreten: „Alle verdienen an Opa, nur wir nicht.“

Die entsprechenden Gesetze freilich, um den Wilderern zu begegnen, existierten nicht – also schrieb Richman an 88 Altstars von Hollywood und forderte sie auf, ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen. Die Legenden, ihre Erben, der Nachlass müssten durch Gesetze geschützt werden. Elizabeth Taylor reagierte, „niemand sonst“.

Die letzte Hollywood-Diva war es schließlich auch, die den Durchbruch schaffte. Zweimal hatten die kalifornischen Abgeordneten über den Gesetzentwurf abgestimmt, zweimal hatten sie ihn abgelehnt. Bis Elizabeth Taylor persönlich vor die Volksvertreter trat und erklärte: „Niemand außer mir hat das Recht auf mein Image, lebend oder tot.“ Die Abgeordneten stimmten zu.

Die Schlagzeilen, die das Gesetz bewirkte, brachten Richman Werbung und Kunden. Sogar der New Yorker Anwalt, der den Monroe-Nachlass verwaltete und Richman bis dahin gemieden hatte, meldete sich telefonisch: „Setzen Sie sich sofort ins Flugzeug. Sie müssen für uns tätig werden.“

Richman verfolgte jenen Postkarten-Verlag, der – ohne Lizenz – Monroe-Fotos verkaufte, er drohte T-Shirt-Fabrikanten mit Klagen, die ihr Bild ohne seine Genehmigung auf das Tuch zu drucken wagten. Am Ende sicherte der Anwalt den Monroe-Erben 187 Lizenzverträge.

Marilyn, erkannte er, ist „tot – kommerziell gesehen – heute mehr wert als lebend“.

HELMUT SORGE

LITERATUR

Samba der Sammeltassen

In ihrem Debütroman „Hallo Mr. Zebra“ schildert Bianca Döring die Jugend in den fünfziger Jahren: bissig, witzig und ganz ohne Nostalgie.

Ein Buch, das auch als Appetitzügler funktioniert: Schon beim Lesen rebelliert der Darm. Da wird gemampft, wonach der ewig hungrige Magen damals in den Fünfzigern giert. Abscheulichkeiten wie warmer Kartoffelsalat, Blutwürste, Sülze und, Abwechslung muss sein, Buttercremetorte. Nur die Mädchen, die stets kurz gehalten werden, sollen sich mit Radieschenbrotzen zufrieden geben.

Die Mädchen, das sind die immerhin schon 19 Jahre alte Trudie und ihre zwei Jahre jüngere Schwester Annie. Sie leben in einem oberhessischen Kaff. Und zwar so, wie ihre dragonerhafte Mutter Augusta Goldmann es will. Annie ist Lehrling in einem Büro, Trudie – gegen ihren Wunsch – in einem Modegeschäft. Aber ein regelmäßiges Gehalt, da redet Augusta keiner rein, ist wichtiger als Schulbildung.

Tagsüber werden die Töchter in adrette Baumwollröcke gesteckt, abends in breitharte Nachthemden, damit sie nicht auf dumme Träumereien kommen. Und tatsächlich: Die beiden machen sich gegenseitig glauben, dass man vom Küssen Kinder kriegt („Du meinst, Männer haben eine gefährliche Spucke?“).

In ihrem Debütroman „Hallo Mr. Zebra“ erzählt die in Berlin lebende Autorin Bianca Döring, 41, vom Teenagerdasein in den Fünfzigern und von einer ersten Liebe*. Ohne dass Petticoats flattern und Schmalztollen glänzen müssen.

Zum Glück. Döring brauchte die abgegriffenen Klischees nicht und schrieb trotzdem ein irrsinnig witziges Buch. Nostalgie? Romantik? Keine Spur. Nur manchmal klingt leise Melancholie an und Mitleid mit den wahrlich bedauernswerten Mädchen.

Der realistische Reiz des Romans steckt im Detail. Döring schildert eine Welt voller Sammeltassen und Häkeldeckchen.

Dass dieser akkurate Rahmen bröckeln könnte, diese Angst nagt stets am ohnehin knappen Familienglück der Goldmanns.

Muttertier Augusta jedenfalls wird von einer latenten Dauerhysterie beherrscht. Hat Hieronymus, ihr Angetrauter und Stiefpapa der Töchter, heimlich getrunken? Ja, er hat. Und schon sieht sich die Gattin auf dem direkten Weg vom schmucken Häuschen in die Gosse. Die Mädchen plagt anderes: Ist sexuelle Erregung, diese „fremde, böse Macht“, eine ätzende Krankheit?

Sobald das Schicksal sie mit solch lebenswichtigen Fragen martert, tauchen die Goldmanns, jeder für sich, hyperventilierend in eine mystische Welt voller Dämonen ab: Sie zappen durch irre Tag-Halluzinationen – die Döring in wunderbar surrealen Bildern schildert: Nadeln und Zwirne blähen sich auf und atmen hektisch, aus Mädchenhänden kriechen Geweihe: Seltensamerweise sind es diese abgedrehten Szenarien, die die Verklemmtheiten der

fünfziger Jahre so überzeugend veranschaulichen.

Döring kennt die Fünfziger nur vom Hörensagen. Ihre Jugend spielte sich auch in der hessischen Provinz ab, aber in den sechziger und siebziger Jahren. Sie studierte, wollte Lehrerin werden, trat aber als Tänzerin und Sängerin auf. Seit 1979 hat sie immer wieder Erzählungen und Gedichte veröffentlicht.

Doch, ahnt sie, schwirren bei ihr und ihrer Generation noch die Ideale einer Trudie und Augusta im Hinterkopf: ein bodenständiger Beruf und eine vor-



Autorin Döring

zeigbare Familie. Daher der Roman. In ihm vergegenwärtigt sie, zwecks Abgewöhnung, die gute alte Zeit, die ziemlich absurd war.

Recherchieren konnte Döring bei einer Altersgenossin von Trudie – ihrer Mutter: Etwa wenn es um den Fünfziger-Jahre-Jargon ging, um die Kalorienbomben, mit denen das Wirtschaftswunder auf den Esstisch kam, oder um unzählige „So etwas gehört sich nicht“-Anstandsregeln.

Auch Dörings junge Antiheldinnen sollen die beherrschen – und können sich bei dieser genormten Prüderie kaum zu selbstbewussten Frauen entwickeln; doch Kleinmädchen-Naivität, so lautet die Botschaft, ist nicht niedlich, sondern gefährlich.

So dreht Annie wegen ihrer spätpubertären Phantasien durch: Sie wird, wie es bei Goldmanns heißt, „pleplem“. Trudie entwischt dem heimischen Fluch nur, weil sie sich auf Bill Kiesel einlässt. Ein Dorf-Macho, der es höchstens bis zum Tellerwäscher bringt und nie über seinen Plump-Charme hinauskommen wird.

Trudie lässt sich leicht erobern. Bill zeigt ihr Welpen und sagt: „Wenn ich eine

* Bianca Döring: „Hallo Mr. Zebra“. Deutscher Taschenbuch Verlag, München; 276 Seiten; 28 Mark.

Familie habe, will ich auch einen Hund.“ Ist das keine Liebeserklärung? Für Trudie schon. Als Bill sie sogar entführt, ist ihr das zwar nicht geheuer. Aber sie wehrt sich nicht – das Ergebnis: Die Goldmann, munkelt der ganze Ort zu Recht, ist schwanger.

Das Hochzeits-Happy-End mit Bill, so viel scheint klar, ist das Schlimmste, was Trudie passieren konnte. Bei ihm bleibt sie, wozu sie erzogen wurde: ein fremdbestimmtes Opfer. Immerhin, es ist Weihnachten und das Essen reichlich: Lebkuchen und natürlich eine Gans. ULRIKE KNÖFEL

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Belletristik

1 (1) Isabel Allende Fortunas Tochter

Suhrkamp; 49,80 Mark

2 (3) Noah Gordon Der Medicus von Saragossa *Blessing; 48 Mark*

3 (4) Thomas Harris Hannibal

Hoffmann und Campe; 49,90 Mark

4 (2) Günter Grass Mein Jahrhundert

Steidl; 48 Mark

5 (5) Elizabeth George Undank ist der Väter Lohn *Blanvalet; 49,90 Mark*

6 (6) Ken Follett Die Kinder von Eden

Lübbe; 46 Mark

7 (7) Frank McCourt Ein rundherum tolles Land *Luchterhand; 48 Mark*

8 (9) Marianne Fredriksson

Maria Magdalena *W. Krüger; 39,80 Mark*

9 (8) Donna Leon Nobiltà

Diogenes; 39,90 Mark

10 (10) Nicholas Sparks Zeit im Wind

Heyne; 32 Mark

11 (11) Henning Mankell

Die falsche Fährte *Zsolnay; 45 Mark*

12 (12) John Irving Witwe für ein Jahr

Diogenes; 49,90 Mark

13 (14) Siegfried Lenz

Arnes Nachlaß

Hoffmann und Campe; 29,90 Mark



Leise Katastrophe eines Jungen, der nicht ins Leben am Hamburger Hafen passt

14 (13) Henning Mankell

Die fünfte Frau *Zsolnay; 39,80 Mark*

15 (15) Sándor Márai Die Glut

Piper; 36 Mark

Sachbücher

1 (1) Marcel Reich-Ranicki Mein Leben

DVA; 49,80 Mark

2 (2) Oskar Lafontaine

Das Herz schlägt links *Econ; 39,90 Mark*

3 (3) Sigrid Damm Christiane und Goethe

Insel; 49,80 Mark

4 (5) Hans J. Massaquoi

Neger, Neger, Schornsteinfeger!

Fretz & Wasmuth; 39,90 Mark

5 (4) Corinne Hofmann

Die weiße Massai *A1; 39,80 Mark*

6 (6) Dale Carnegie Sorge dich nicht, lebe!

Scherz; 46 Mark

7 (10) Dietrich Schwanitz Bildung

Eichborn; 49,80 Mark

8 (7) Ulrich Wickert

Vom Glück, Franzose zu sein

Hoffmann und Campe; 36 Mark

9 (9) Bodo Schäfer Der Weg zur

finanziellen Freiheit *Campus; 39,80 Mark*

10 (-) Joschka Fischer

Mein langer Lauf zu mir selbst

Kiepenheuer & Witsch; 29,90 Mark



Der Diät-Bericht des amtierenden Außenministers – über das Glück des Laufens

11 (11) Tahar Ben Jelloun Papa, was ist ein Fremder? *Rowohlt Berlin; 29,80 Mark*

12 (8) Waris Dirie Wüstenblume

Schneekluth; 39,80 Mark

13 (14) Oufkir/Fitoussi Die Gefangene

Marion von Schröder; 39,90 Mark

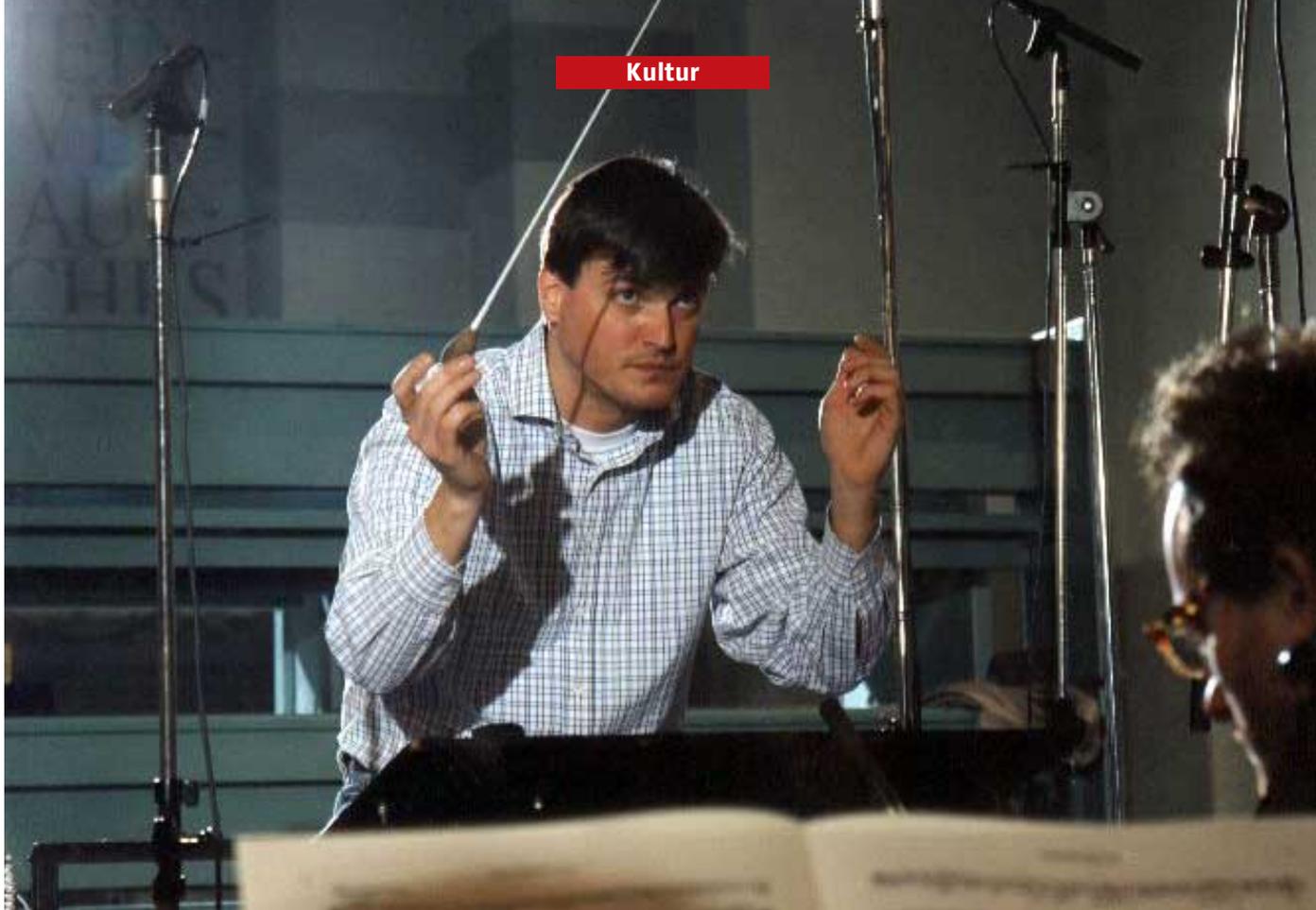
14 (12) Ruth Picardie Es wird mir

fehlen, das Leben *Wunderlich; 29,80 Mark*

15 (13) Daniel Goedevert

Mit Träumen beginnt die Realität

Rowohlt Berlin; 39,80 Mark



Dirigent Thielemann: „Alle erwarten von einem Generalmusikdirektor exzellente Orchesterarbeit“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich lasse mich nicht schurigeln“

Der scheidende Berliner Generalmusikdirektor
Christian Thielemann über seine Karriere, die Turbulenzen um die Deutsche Oper
und die Zukunft der Musiktheater in der deutschen Hauptstadt

Thielemann, 40, ist seit 1997 Generalmusikdirektor (GMD) der Deutschen Oper Berlin und zählt zu den weltweit erfolgreichsten Dirigenten der mittleren Generation. Die Oper in Rom, die Mailänder Scala, Londons Covent Garden und die New Yorker Met sind Stationen seiner internationalen Karriere; im nächsten Sommer tritt er mit den „Meistersingern“ erstmals in Bayreuth auf. Mitten in einer „Schlammschlacht“ („Die Welt“) um sein Berliner Stammhaus kündigte der Pultstar jetzt seinen vorzeitigen Abschied an.

SPIEGEL: Herr Thielemann, das Orchester der Deutschen Oper Berlin hat neulich gestreikt, das Haus war kurzzeitig lahm gelegt, und mit dem Intendanten Götz Friedrich sind Sie über Kreuz. Können Sie hier überhaupt noch atmen und dirigieren?

Thielemann: Dirigieren – ja, atmen auch, obwohl oft dicke Luft herrscht. Aber ich habe eine starke Lunge.

SPIEGEL: Dicke Luft wegen des Streiks?

Thielemann: Nein. Der ist ausgestanden. Das war eine Reaktion aus der Angst heraus, das Orchester werde seine Position in der Rangordnung der deutschen Orchester verlieren und dadurch vor allem für junge Musiker weniger anziehend sein.

SPIEGEL: Dass Sie das so sehen, ist Ihr gutes Recht. Gut dagestanden hat die Deutsche Oper nicht.

Thielemann: Als Mitglied der Theaterleitung war ich durchaus nicht glücklich über die Affäre. Aber ich bin auch als Dirigent

nicht glücklich, wenn ich sehe, dass mein Orchester eine – in ihrer Berechtigung gewiss umstrittene – finanzielle Zulage verliert und dadurch gegenüber anderen ganz klar benachteiligt wird.

SPIEGEL: Nun streiken Sie: Im Jahr 2001, so Ihr Entscheid, sei vorzeitig Schluss in Berlin. Ist dieser Abgang nicht überstürzt?

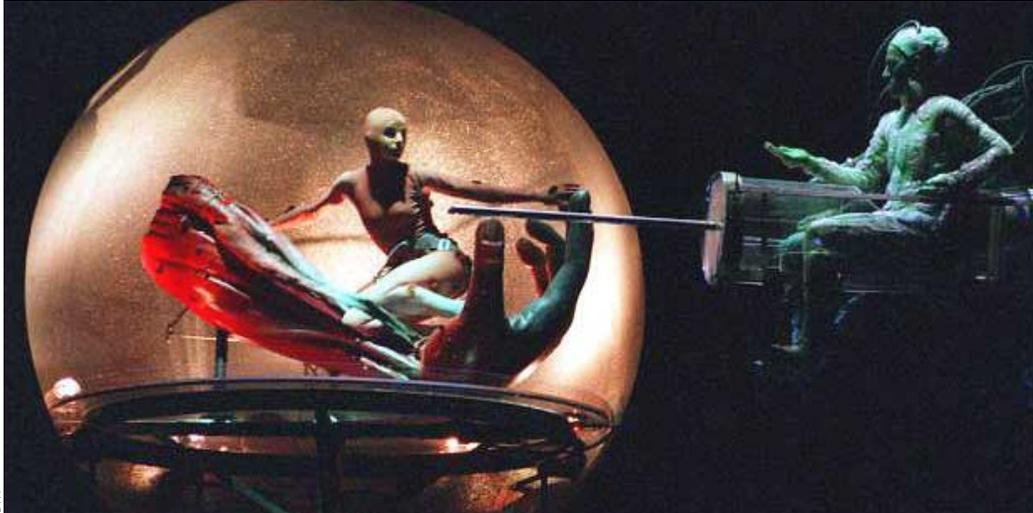
Thielemann: Absolut nicht, er war notwendig. Ich bin jetzt 21 Jahre am Theater, ich weiß, wie es geht, wenn Ihnen jemand – fein ausgedrückt – Sand ins Getriebe streuen will.



Orchester der Deutschen Oper: „Dicke Luft“

Werbeseite

Werbeseite



DPA

Leipziger Zimmermann-Produktion „Freitag aus Licht“ (1996): „Da passe ich nicht rein“

SPIEGEL: Wer will das?

Thielemann: Udo Zimmermann ...

SPIEGEL: ... derzeit Intendant der Oper Leipzig und ab 2001 als Nachfolger von Götz Friedrich Chef der Deutschen Oper Berlin.

Thielemann: Mit dem langjährigen Berliner Kultursenator Peter Radunski habe ich mich immer gut verstanden; deshalb bin ich jetzt so tief enttäuscht. Man hatte mir zugesagt, nichts gegen mich zu entscheiden und meinen Vertrag entscheidend zu verbessern. Irgendwann teilte mir Radunski dann aus heiterem Himmel mit, dass man sich für Udo Zimmermann aus Leipzig entschieden habe.

SPIEGEL: Läuteten da bei Ihnen die Alarmglocken?

Thielemann: Zumindest wurde ich hellhörig. Aber mir wurde gesagt, die Vertragsverhandlungen würden mit Zimmermann und mir parallel geführt. Das habe ich geglaubt.

Bevor das geschah, gab Zimmermann – mir unverständlich – jede Menge Interviews, Tenor: Der Chef bin ich. Daraufhin habe ich ihn angerufen, weil wir eigentlich immer nett miteinander zu sprechen pflegten, und er sagte, wörtlich: „Diese Schmierfinken von der Presse, die wollen nur Skandale machen, nur Stunk zwischen uns. Das habe ich alles nie gesagt. Wir werden die Sache vernünftig regeln.“

SPIEGEL: Haben Sie offenbar nicht.

Thielemann: Der Sommer ging ins Land, der hiesige Wahlkampf war vorüber, und nichts tat sich. Ich rief immer wieder beim Senat an, Antwort: Jaja, nächste Woche. Nix, gar nix. Auf einmal hieß es, der Vertrag mit Zimmermann sei praktisch durch. Mir wurde immer heißer. Irgendwann meldete sich der Kultursenator: „Ach, Thielemann, ich bin ja so froh, Ihre Stimme zu

hören. Ich habe Sie so lange gesucht. Jetzt setzen wir uns zusammen, und alles wird gut.“ Dann kommt ein Brief des Senators, er sei froh, dass Zimmermann seinen Vertrag in den nächsten Wochen unterschreiben werde. Schon am nächsten Tag hat Zimmermann unterschrieben. Da war das Maß natürlich voll, und ich habe gekündigt. Man hat mir bis zuletzt keinen reinen Wein eingeschenkt. So lasse ich nicht mit mir umspringen.

SPIEGEL: Sie hätten lieber den Hamburger Ex-Intendanten und Komponisten Peter Ruzicka als neuen Intendanten gesehen?

Thielemann: Ja, ich schätze ihn sehr, und wir hatten unter uns auch schon ein paritätisches Modell der Zusammenarbeit entwickelt.

SPIEGEL: Nun geht Ruzicka als Festspielchef nach Salzburg. Gehen Sie mit?

Thielemann: Abwarten, Tee trinken.

SPIEGEL: Berlins neue Große Koalition steht. Hätte der neue Kultursenator noch eine Chance, Sie umzustimmen und dem Haus zu erhalten?

Thielemann: Ich wüsste nicht, wie der Vertrag mit Herrn Zimmermann zu ändern wäre, und das ist der springende Punkt.

SPIEGEL: Stört Sie der Vertrag oder die Person Zimmermann?

Thielemann: Sehen Sie mal, der Senat als Geldgeber, das Orchester, die

Kritiker und das Publikum – sie alle erwarten etwas von einem Generalmusikdirektor, und das tun sie mit vollem Recht. Sie erwarten exzellente Orchesterarbeit, Mitgestaltung, intellektuelle Kapazität.

SPIEGEL: Und unter Zimmermann könnten Sie diese Erwartungen nicht erfüllen?

Thielemann: Nein. Zimmermann hat sich in seinem Vertrag etwas ausbedungen, was



Intendant Zimmermann

JULSTEIN/BILDERDIENST

nicht einmal Götz Friedrich hatte: das Letztentscheidungsrecht bei Besetzungsfragen in den vom GMD dirigierte Produktionen. Auf gut Deutsch: Wir könnten noch so viel vereinbaren – wenn es ihm nicht mehr passt, dann sagt er einfach: „Nein!“ Jetzt frage ich Sie: Warum soll ich Wien, Bayreuth, Salzburg, London, New York absagen, um mich hier schurigeln zu lassen?

SPIEGEL: Zimmermann bedauert aber, dass „dieser begabte junge Dirigent“ das Haus verlässt. Krokodilstränen?

Thielemann: Da sage ich nur: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

SPIEGEL: Laut Zimmermann soll auch schon der Salzburger Festspielintendant Mortier angemerkt haben, mit Ihnen könne man immer weniger.

Thielemann: Ich habe Herrn Mortier, außer auf Fotos, noch nie gesehen, geschweige denn mit ihm gearbeitet. Diese Zimmermannsche Taktik erinnert mich fatal an die Praxis der „Aktuellen Kamera“ in der einstigen DDR – Behauptungen ohne Beweis und so fort.

SPIEGEL: Zimmermann streut auch, Sie hätten neuerdings 1,5 Millionen Mark Jahresgage verlangt.

Thielemann: Das ist eine unverschämte Lüge. Bevor Vertragsverhandlungen mit dem Senat überhaupt begannen, habe ich dezidiert gesagt, welche Kompetenzverteilungen zwischen Intendant und GMD für mich vertretbar sind. Zentraler Punkt war, dass ich entscheiden möchte, welche Sänger in meinen Produktionen singen, und mitentscheiden möchte, welche

anderen Dirigenten den Orchesterklang mitprägen. Das ist nämlich musikalisch höchst delikates, und das war mir am wichtigsten. Erst nachdem hierüber Einigung erzielt worden wäre, hätte man über Geld gesprochen. Doch dazu ist es gar nicht gekommen.

SPIEGEL: Sind Sie ein notorischer Streithammel oder lediglich ein eitler Dirigentenstar?

Thielemann: Ich streite nie um des Streitens willen, meine Eitelkeit ist die berufliche übliche. Aber heute weiß ich, wo man keine Kompromisse machen darf. Man lernt dazu.

SPIEGEL: Reizt Sie die Macht?

Thielemann: Als Generalmusikdirektor trägt man Verantwortung, und um die zu übernehmen, braucht man die vertraglich verbrieften Kompetenz dazu. Radunski hatte mir seinerzeit sogar angeboten, hier auch alleiniger Künstlerischer Leiter zu werden. Das habe ich abgelehnt,

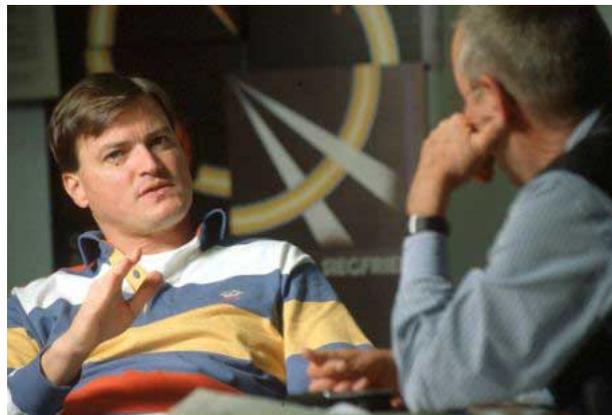
denn ich wollte eine partnerschaftliche Lösung.

SPIEGEL: Haben Sie keine Dankesgefühle gegenüber jener Stadt und jenem Haus, wo Ihre Karriere den endgültigen Kick zur Weltkarriere erhalten hat?

Thielemann: Natürlich hänge ich an Berlin und an der Deutschen Oper. Aber langfristige Aufbauarbeit mit einem Orchester oder Opernhaus kann man nur leisten, wenn dies von der Politik mitgetragen wird. Hier hat man für die Deutsche Oper ein anderes Konzept, und da passe ich eben nicht rein.

SPIEGEL: Wie beurteilt der scheidende GMD die künftige Berliner Opernszene?

Thielemann: Für die Deutsche Oper erwarte ich nicht das Beste. Ich glaube, Barenboims Lindenoper wird demnächst mit 100 Millionen Mark subventioniert, die Deutsche Oper mit 80 Millionen. Also ein ganz klares Ranking: dort, Unter den Linden, Repräsentationstheater, hier die avantgardistisch ausgerichtete Spielwiese, für die dieses große Haus mit über 1800



Thielemann beim SPIEGEL-Gespräch*: „Man lernt dazu“

Plätzen nicht taugt und für die man vor allen Dingen keinen international tätigen GMD mehr braucht. Wenn ich überlege, wie viel Borniertheit hinter diesen Überlegungen steckt, dann wird mir schlecht. Hier wird ganz bewusst Internationalität demontiert.

SPIEGEL: Setzen Sie jetzt, mit Ihrer gewonnenen Freiheit, darauf, in Bayreuth groß herauszukommen?

Thielemann: Da sprechen die Fakten: Ich dirigiere dort ab 2000 drei Jahre lang die „Meistersinger“ und 2002 zusätzlich den neuen „Tannhäuser“.

SPIEGEL: Stimmt es, dass Sie, als Nachfolger von Wolfgang Sawallisch, demnächst an die Spitze des weltberühmten Philadelphia Orchestra wechseln?

Thielemann: Davon weiß ich nichts.

SPIEGEL: Sie können schlecht lügen. Also – was ist?

Thielemann: Kein Kommentar.

SPIEGEL: Herr Thielemann, wir danken Ihnen als vermutlich neuem Chefdirigenten in Philadelphia für dieses Gespräch.

* Mit Redakteur Klaus Umbach in der Deutschen Oper Berlin.

AUSSTELLUNG

Zauberer des Lichts

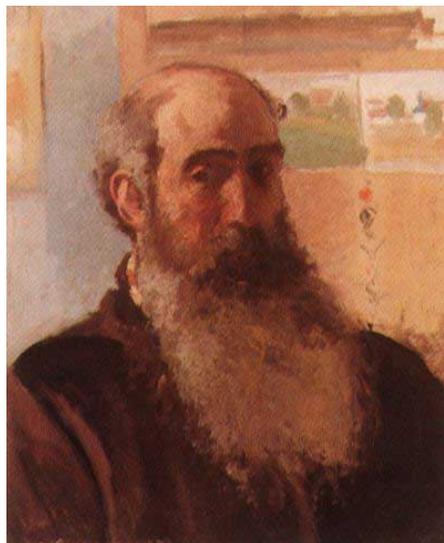
Die Staatsgalerie Stuttgart feiert den französischen Impressionisten Camille Pissarro – in seiner ersten deutschen Retrospektive. Und würdigt einen Workaholic und farbobsessiven Wegbereiter der Moderne, der einst als malender „Gemüsebauer“ verhöhnt wurde.



Pissarro-Gemälde „Die Oise bei Pontoise“ (1873): In virtuoser Helligkeit schwelgen

Der Maler, das ist offensichtlich, muss in diese Landschaft nahe Paris vernarrt gewesen sein. Auf seinem Bild schweben die sahnigen Wolken fast schon wie gute Freunde über fleckig bunten Wiesen und einem hellgrau klaren Fluss. Selbst die angedeuteten Fabriksschlote im Hintergrund können diese Idylle nicht vermiesen: Ein fast naiver Sommertagstraum in Öl also, wäre da nicht der eigentliche, irgendwie geheimnisvolle Hauptdarsteller – das sinnlich flirrende Licht.

Der Franzose Camille Pissarro schwelgte auf seiner 1873 entstandenen Flussansicht „Die Oise bei Pontoise“ in Helligkeit, und das, ohne die Sonne zu zeigen. Sie spiegelt sich, was viel effektvoller ist, im strahlenden Weiß der Wolken wider, lässt das Gras leuchten und die Konturen der Häuser weich erscheinen. Alles in wilden Farbstrichen und -tupfern, die Pissarro mit einem groben Pinsel rasch aufgetragen hatte.



Pissarro-Selbstporträt (1873)
Besessen und bankrott

Denn dem besessenen Maler, damals 43 Jahre alt, ging es nicht um das Dogma des Details, sondern um das virtuose Spiel der Pigmente, die sich erst beim Betrachten wie durch ein optisches Wunder zum vollständigen Bild zusammenfügen. Und mit eben diesem Kunst-Griff becirct das Gemälde das Auge. Wie alle Bilder Pissarros – die sein bissiges Publikum so in Rage brachten.

Er war nicht der Einzige, der wegen seiner neuartigen Kleckerei verteufelt wurde. Seinen zehn Jahre jüngeren Kollegen Paul Cézanne und Claude Monet, ebenfalls dem knisternden Reiz der Farben verfallen, erging es kaum besser. Doch werden sie heute neben Edouard Manet oder Auguste Renoir als Stars ihrer Epoche gefeiert; Pissarro gilt bestenfalls als originelle Randfigur.

Zu Unrecht, wie die Staatsgalerie Stuttgart mit einer opulenten Pissarro-Retrospektive beweisen will – der ersten in Deutschland überhaupt*.

Vom kommenden Samstag an würdigt sie den lange unterschätzten Maler mit 90 seiner Werke.

Pissarro, das wird knapp ein Jahrhundert nach seinem Tod endgültig klar, malte einfach zu modern und war überhaupt eine Spur zu früh dran: Wie sonst nur sein Freund van Gogh erfüllte er deshalb das – spätere – Opern-Ideal eines leidenschaftlichen, aber brotlos hungernden Künstlers.

Seinen Zeitgenossen erschien er so suspekt wie hundert Jahre später der Hippie den seinen. Er arbeitete – wie absurd, gab es doch bequeme Ateliers – am liebsten in der freien Natur. Und er übersetzte spontan in Pinselstriche, was er sah, mehr noch: wie sich das Sehen anfühlte.

Ihn faszinierte, wie das wechselnde Licht die Farbtöne der Natur veränderte. Kaum jemand konnte diese stete Flüchtigkeit,

* Bis 1. Mai. Katalog im Hatje Cantz Verlag; 208 Seiten; 39 (im Buchhandel 68) Mark.

die changierende Atmosphäre so lebendig festhalten wie er. Und er revolutionierte die Landschaftsmalerei auch, weil er sie um qualmende Schornsteine als Zeugnisse seiner Jetzt-Zeit bereicherte.

Nur: Das Publikum wollte gut gebaute antike Helden und heroische Landschaften anhimmeln, alles unbedingt mit einer Moral in der Bild-Geschichte, aber doch keine Fabriken oder derbe „Bäuerinnen bei der Rast“: zu viel banale Realität und noch dazu in dieser irren Geschmiere. Man konnte ja kaum etwas erkennen.

Auch die Jury des Salons, einer jährlichen Kunst-Schau in Paris und seinerzeit einziges Sprungbrett für die Karriere, lehnte Pissarros Bilder fast regelmäßig ab. Und als er sich 1874 mit einer Gruppe von Gleichgesinnten, darunter Cézanne, Monet und der Ballerina-Fetischist Edgar Degas, erdreistete, eine eigene Ausstellung zu eröffnen, kam es zum Eklat.

Die Besucher spotteten über diese geballte Abkehr von jeglicher Konvention, in der das Wie mehr zählte als das Was. Ein Kritiker verhöhnte die Teilnehmer nach dem Titel eines Monet-Bildes, „Impression – aufgehende Sonne“, als Impressionisten und, womit er aber dasselbe meinte, als „Wahnsinnige“.

Die boshaftesten Attacken musste Pissarro einstecken. Hielt man ihn doch wegen seines biblischen Alters von Mitte vierzig und des langen Barts für den Moses dieser Impressionisten-Jünger. Der junge Cézanne lief kilometerweit, um mit ihm zu arbeiten. Pissarro, hieß

es umso hämischer, schrecke vor keinem Kohlkopf zurück: Man taufte ihn den „impressionistischen Gemüsebauern“.

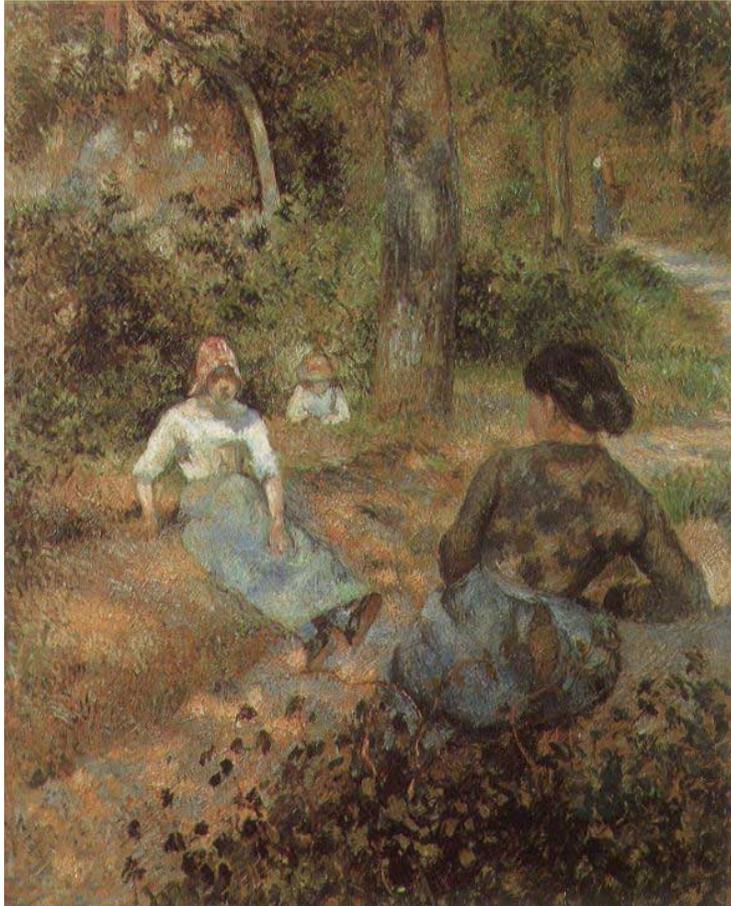
Als Fan outete sich nur der Schriftsteller und Kunstkritiker Emile Zola, der euphorisch die „unfehlbare Wahrheit“ Pissarros pries. „Im Übrigen“, das verschwieg auch er dem Künstler nicht, „müssen Sie wissen, dass Sie niemandem gefallen.“

Doch Pissarro war Niederlagen gewöhnt. Die erste und schwerste: dass er überhaupt Maler geworden war. Jedenfalls aus der Sicht seiner Familie, die sich einen Nachfolger für ihren Warenhandel auf der Antilleninsel Saint Thomas wünschte. Dort, wo Pissarro 1830 als drittes Kind einer anrüchigen Affäre zur Welt gekommen war: Sein Vater hatte sich mit der eigenen Tante eingelassen. Heiraten durften sie erst später.

Tatsächlich kehrte der Sohn, der in Paris die Schule besuchte, als 17-Jähriger brav

in die Karibik und ins Kontor zurück. Glücklicher war er nicht. Aber erst als ein dänischer Künstler auf der Insel landete, schwante ihm der Grund: Er wollte malen.

Mit dem dänischen Vorbild reiste er nach Caracas, zeichnete zwei Jahre lang und zog mit 25 Jahren nach Paris, in die Hauptstadt der Kunst, in der hunderte von Malern um einen Platz auf dem Kunstmarkt stritten. Pissarro, der noch studierte, aber schon alles Akademische verschmähte und stattdessen die neuen Frei-



Pissarro-Bild „Bäuerinnen bei der Rast“ (1881): Als Schmutz geschmäht

luftmaler wie Camille Corot bewunderte, hatte es als Nachwuchs-Provokateur besonders schwer.

Was ihn nicht hinderte, eine Familie zu gründen, mit Julie, dem Küchenmädchen seiner Eltern. Doch mit der Zahl der Kinder, acht insgesamt, stiegen die Schulden. Selbst auf dem Land, wo Pissarro ohnehin am liebsten lebte, reichte das Geld nie. Als 1870 der Krieg zwischen Deutschen und Franzosen ausbrach, musste der Künstler auch noch ein einjähriges Exil in London finanzieren – derweil daheim 1200 seiner Werke zerstört wurden.

1876 wollte der blanke Workaholic eine Lotterie mit seinen Gemälden veranstalten – selbst das ein Fehlschlag. Er musste, um den Lebensunterhalt zu verdienen, weiterhin Fächer und Vorhänge bemalen, seine Bilder aber für wenige Francs an den Konditor verscherbeln.

Pissarro blieb dennoch bewundernswert unangepasst und damit zum Leid seiner Familie, die mit ihm hungerte, auch erfolglos. Beharrlich drängte er den ungeliebten impressionistischen Stil ins Bewusstsein der Zeit: Als Einziger der alten Garde nahm er an allen acht Impressionisten-Schauen teil. Der Mann, der die pure Harmonie zu Bildern verwandeln konnte, verstand sich im Grunde längst als Anarchist.

Und als verzweifelter Optimist. Ein Künstler, schrieb der 53 Jahre alte Pissarro 1883 an seinen ebenso erfolglosen Maler-Sohn Lucien, habe in seinem Elend eine Hoffnung: einen Menschen zu finden, der ihn verstehe. „Und meistens kommt es so.“

Es kam fast so. Pissarros Bilder wurden 1883 sogar in Boston gezeigt; sein Pariser Galerist eröffnete 1892 eine Solo-Schau, und es tauchten – Signal für Anerkennung – erste Kopien seiner Bilder auf.

Doch inzwischen hatte Pissarro selbst begonnen, an seinem Stil zu zweifeln. Er war zwar immer noch auf der Suche nach dem „Klang der Farben“, driftete aber in eine neue Richtung ab: Er versuchte sich, weniger überzeugend, im millimeterfixierten Pointillismus, wie ihn Georges Seurat oder Paul Signac Tupfen für Tupfen vormalten.

Als 1894 ein Malerfreund dem Staat seine Sammlung hinterließ, kam es erneut zum Skandal um frühere Werke: Politiker wollten das Erbe ablehnen, seien doch Pissarros darunter, „Schmutz“ also. Eine Schmach, die den Trotz-kopf Pissarro beflügelte. Mit über 60 Jahren war er wieder zu seinen impressionistischen

Ursprüngen zurückgekehrt, und jetzt hob er zu ungewohnter Farbdramatik ab: wie auf dem Bild „Boulevard Montmartre, bei Nacht“, einem schwammig gelben Lichtermeer vor schwarzblauem Himmel.

Endlich, um 1900, stiegen Renommee und Preise, kauften Museen in Berlin und Stuttgart Werke des 70-Jährigen, und gerade die biedereren Deutschen lobten, dass er nicht wie ihre Künstler in historistischer „brauner Sauce ersoff“, sondern mit seiner Kunst lebte. Als Pissarro 1903 starb, wurden von Alexandria bis New York Nachrufe gedruckt. Allmählich ahnten die Franzosen, wen sie da verkannt hatten.

Kurz vor seinem Tod 1903 hatte sich das Licht-Genie selbst porträtiert, schwarz gewandet und mit Brille – wegen eines Augenleidens schmerzte ihn seit Jahren das bloße Sehen. Für ihn der geringste Grund, die Malerei aufzugeben. ULRIKE KNÖFEL

Werbeseite

Werbeseite

THEATER

Heimatloser Taugenichts

Klaus Pohl über Ulrich Wildgruber (1937 bis 1999)

Der Schauspieler Ulrich Wildgruber wurde Dienstag letzter Woche tot am Strand von Sylt aufgefunden. Der Dramatiker und Schauspieler Klaus Pohl, 47, erinnert sich an gemeinsame Tage.

In Heidelberg erschien er plötzlich nicht auf der Probe zu dem Stück „Die Rache einer russischen Waise“. Regisseur war Claus Peymann.

In Handschuhsheim, einem Stadtteil von Heidelberg, wurde er nach langer aufgeregter Suche entdeckt, gestellt, zur Rückkehr auf die Probe überredet oder – genötigt? Ulrich Wildgruber war auf dem Weg nach China, wohin er zu Fuß auswandern wollte.

„Ich bin hier nur von Idioten umgeben“, hat er zu Otto Sander gesagt, der mir diese Geschichte erzählt hat und der damals, man schreibt das Jahr 1967, Schauspielanfänger in Heidelberg am Stadttheater war. „Hau hier ab. Es hat keinen Sinn“, hat er



Wildgruber als „Theatermacher“ (1990): „Von Idioten umgeben“

dem blutjungen Sander geraten. Abhauen – ja. Wohin?

32 Jahre später spielten sie wieder zusammen Theater. Keiner war abgehauen nach China oder nach Sonstwohin. Die Schauspielerepopee hat sie festgehalten: den

Otto Sander als König Claudius, den Ulrich Wildgruber als Polonius in seinem liebsten und, wie's jetzt gekommen ist, in seinem wirklich allerletzten Theaterstück, „Hamlet“.

Drei Monate, von Februar bis Anfang Mai 1999, haben wir zusammen mit Peter Zadek probiert, uns eine windige Garderobe auf der Probephase in Straßburg geteilt: ich als Horatio, Sander, Wildgruber. Vier Premieren gespielt: in Straßburg, Wien, Zürich, Berlin. In über 50, immer ausverkauften Vorstellungen.

Wenn ich morgens so gegen zehn zur Probe kam, dann saß Wildgruber oft still unter einem

geschwärzten Fenster im Gang zu unseren Garderoben, rauchte eine Zigarette, ganz vorsichtig und doch genussvoll mit einem wehmütigen schlechten Gewissen. Meistens brummelte er eine kleine Melodie vor sich hin, lächelte scheu. „Al-

„Die Welt ist verflucht“

Ulrich Wildgruber über sich und seine Kollegen

Bei den verschiedenen Proben, die Klaus Pohl mit Ulrich Wildgruber erlebte, notierte er sich – mit Einverständnis des Schauspielers – Sätze, die Wildgruber spontan formulierte. Einige dieser Bonmots, die hier erstmals gedruckt werden, sind existenzielle Bekenntnisse im Miniaturformat.

- Ich liebe es, hinter der Szene zu sitzen.
- Mein Hauptcharakterzug: Neid. Ich bin einfach nur neidisch. Wenn ich jemand sehe, bin ich schon neidisch. Türke, dass er Türke ist. Klaus Pohl, dass er schreiben kann. Nur auf Frauen bin ich nicht neidisch. Die sind gestraft genug.
- Das kleine Fläschchen Wein am Ende kann's ja nicht gewesen sein.
- Ab 63 bist du ein legitimer Frührentner.
- Ich bin auch ganz glücklich. Nur ein bisschen überfordert.
- Die Musen sind unerbittlich. Einmal freuen – schon prügeln sie dich.
- Ich glaube, ich bin der einzige Schauspieler mit Charakter. Wie Lothar Matthäus beim Fußball.
- Man muss auch scheitern, sonst ist es langweilig. Wenn alles glückt, stimmt schon nichts mehr.
- Dafür, dass ich so faul bin, habe ich viel Glück gehabt.
- Was mich immer wieder ärgert: wenn ich den Ton nicht treffe.

- Ich bin so pastoral. Ich habe keinen modernen, direkten Ton. Ich habe mich sehr verschlechtert. Ich denke: Ist das mein Alter?
- Ich bin so verlassen wie der Stein auf der Straße.
- Die Welt ist verflucht und barbarisch.
- Ich bin heute etwas hilflos.
- Ihr könnt mir nicht meine Stimme verbieten.
- Dichter haben Narrenfreiheit. Ich bin Verhaltensforscher.
- Dieser Peter Zadek überteufelt selbst den Teufel. Es ist furchtbar, wie er sich an mir rächt! Weil ich Mozart immer noch über ihn stelle.
- Ich bin immer woanders. Damit man mich nicht packen kann.
- Dann schlagen sie mich tot und sagen: Das geschieht ihm recht.
- Kein Ende, kein Endpunkt. Dafür die Erschöpfung als letzter vorläufiger Ausweg.
- Manche Leute gehören nicht auf die Bühne. Die gehören in den Suppentopf.
- Wenn du nicht bereust, kannst du dich nicht verbessern.
- Vom Buhmann zum Publikumsliebhaber: Ich werde immer beliebter. Bald krieg ich den Bambi.
- Ich spiele seit 50 Jahren Theater. Ich habe meine Requisiten so: immer. Ich bin wie die Weigel. Nur dass ich nicht Helene heiße.
- Ich war mit allen großen Shakespeare-Aufführungen in Berlin. Sie haben mit Münzen nach mir geworfen. Sie wollten mich töten mit den Münzen. Ich habe sie gesammelt und so den Grundstock meines Vermögens gelegt.
- Es gibt mich nicht mehr lange.



Wildgruber als Hamlet (Bochum 1977) mit Ilse Ritter: „Das Normale ist das Gefährliche“

les, was man meiden sollte, sucht man hier auf.“

Oft saßen wir in der Garderobe, Rücken an Rücken, unsere Gesichter wie eine rätselhafte Bedrohung vor uns in den von Glühbirnen eingerahmten Spiegelstücken, und es sprudelten, hetzten die Bonmots, die Aphorismen, bittersüßen Sarkasmen, die melancholiegetränkten Wortfugen aus ihm heraus wie aus einer Bernhardschen Figur, wie aus dem Theatermacher Bruscon. „Ich hasse niemanden“, rief er in sein Spiegelbild hinein.

Mittag in Straßburg. „Das Normale ist das Gefährliche.“ Erst ist es still, sehr still, plötzlich sagt er: „Aus dem Leben eines Taugenichts! Ich habe ihn vor langer Zeit gelesen, als ich mich entschlossen habe, ein Taugenichts zu werden.“ Wir wurden zur Probe gerufen. Wildgruber lächelte und sang: „Lass dich nicht verbiegen, denn die Welt ist schlecht.“ Zadek: „Sei doch jetzt ernst, Uli.“ „Kann ich nicht“, antwortete ihm Wildgruber.

Er verehrte und liebte die Schriftsteller, die Stückeschreiber, die Dichter. Die großen natürlich. Aber besonders die mittleren, kleinen. „Die brauchen mehr Zuwendung als die Großen, die Kleinen!“

Dreimal habe ich mit Wildgruber in einem Stück gespielt. In Shakespeares „Sturm“ war er der Unhold Caliban, ich der Luftgeist Ariel, 1976 am Schauspielhaus in Hamburg. Das war gleich nach dem legendären „Othello“. Er mit Erde beklebt, aus der Tiefe, ich nackt aus der Luft. Dann 1990: „Der Theatermacher“ von Thomas Bernhard. Da spielte ich seinen Sohn. Vor meinem ersten Auftritt sagte Wildgruber als der Theatermacher: „Ein talentierter Schauspieler ist so selten wie ein Arschloch im Gesicht.“

Nach einer Probe zum „Theatermacher“ fragte ich ihn einmal: „Uli? Warum gehst du immer so tief mit dem Kopf zwischen

den Beinen?“ Er sah nach verlorenen Geldstücken auf der Straße. Er hatte seiner Tochter Olga versprochen, alle verlorenen Geldstücke aufzusammeln. Davon ist er dann mit ihr opulent essen gegangen.

Der Schauspieler Wildgruber hockte, wenn er nicht dran war, mit äußerster Konzentration hinter der Szene, wartete meist mit geschlossenen Augen auf seinen Auftritt, mochte es noch so lange dauern, die großen Hände lagen dabei gefaltet auf dem Textbuch, das vom Lesen, Auswendiglernen und Wiederlesen regelrecht zerkämpft war. So ging er seinen Rollentext durch, stumm und unbewegt, der Schweiß floss ihm dabei in Strömen aus dem Kopf. Ein Buddha, ein göttlich leidender Leidverächterspieler.

Wenn er dann auftrat, spielte er nie seine Figur – er verkörperte sie. Er holte aus jedem Komma, Wort, Satz, Pausezeichen eine andere Facette seiner Figur, das Hastige und das Langsame, Hoffart und Demut.

Und, was keiner an seinen Figuren zeigen konnte wie Wildgruber: ihre mal mehr, mal weniger verborgene Sehnsucht nach Leben. Er spielte in jeder Figur, dass sie im Leben halb lebendig und halb tot ist. Diese Haltung erzeugte eine bedrohlich radikale Zartheit, die jeder-

zeit, beim wichtigsten Anlass, umkippen konnte in die helle Raserei.

Wer ihn nicht auf der Bühne wenigstens einmal gesehen hat, ist arm dran.

Man konnte noch so nah mit ihm sein, leben, spielen – er war immer gefährlich nahe: weit weg. Er wollte eben immer gern abhauen. Ulrich Wildgruber, der Schauspielkünstler, der am liebsten Berufsschachspieler geworden wäre. Oder Postbote in Norwegen. Oder ein Wanderer nach China. Nach unserer letzten Berliner „Hamlet“-Vorstellung am 13. November 1999 hat er gesagt: „Zu Hause bin ich jenseits von Byzanz.“



Dramatiker Pohl

Werbeseite

Werbeseite

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Deutschland, Österreich, Schweiz:
 Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris
 Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869

Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom / SPIEGEL TV-Videos

Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
 E-Mail: service@spiegel.de

Abonnenten-Service

SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
 Reise/Umzug/Ersatzheft
 Telefon: (040) 411488

Auskunft zum Abonnement

Telefon: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-2898

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL,

Postfach, 6002 Luzern,

Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389

E-Mail: leserservice@di.ch

Abonnement für blind

Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606267 Fax: (06421) 606269

Abonnementspreise

Inland: Zwölf Monate DM 260,-

Studenten Inland: Zwölf Monate DM 182,-

Schweiz: Zwölf Monate sfr 260,-

Europa: Zwölf Monate DM 369,20

Außerhalb Europas: Zwölf Monate DM 520,-

Halbjahresaufträge und befristete Abonnements

werden anteilig berechnet.

Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche

ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an

den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach

10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden.

Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.

Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,- pro

Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.

Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das

monatliche Programm-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte

Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung

Ermächtigung zum Bankeinzug

von 1/4jährlich DM 65,-

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche
 ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag,
 Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039
 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt
 die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten

SP99-003

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de · T-Online *SPIEGEL#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg (stellv.). *Redaktion:* Karen Andersen, Dietmar Hipp, Dr. Hans Michael Kloth, Julia Koch, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter:* Wolfram Bickerich, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer. *Berliner Büro* Leitung: Jürgen Leinemann, Hajo Schumacher (stellv.). *Redaktion:* Petra Bornhöft, Susanne Fischer, Martina Hildbrandt, Jürgen Hogrefe, Horand Knaup, Dr. Paul Lersch, Christoph Mestmacher, Alexander Neubacher, Dr. Gerd Rosenkranz, Harald Schumann, Alexander Szabad

DEUTSCHLAND Leitung: Clemens Höges, Ulrich Schwarz. *Redaktion:* Klaus Brinkbäumer, Annette Bruhns, Christian Habbe, Daja Hacker, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knaue, Ansober Kneip, Udo Ludwig, Thilo Thiele, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter:* Jochen Bölsche, Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Norbert F. Pötzl, Bruno Schrepf. *Berliner Büro* Leitung: Heiner Schimmöller, Georg Mascolo (stellv.). *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Dr. Carolin Emcke, Susanne Koelbl, Irina Repke, Peter Wensierski, Steffen Winter

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Gabor Steingart. *Redaktion:* Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusch, Thomas Tuma. *Autoren:* Peter Böike; *Berliner Büro* Leitung: Jan Fleischhauer (stellv.). *Redaktion:* Markus Dettmer, Oliver Gehrs, Christian Reiermann, Ulrich Schäfer

AUSLAND Leitung: Dr. Olaf Ihlau, Fritjof Meyer, Hans Hoyng (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Isemann, Reinhard Krumm, Claus Christian Malzahn, Dr. Johannes Neef, Roland Schleicher, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Große, Olaf Stampf (stellv.); Jürgen Petermann. *Redaktion:* Dr. Harro Albrecht, Philip Bethge, Marco Evers, Dr. Renate Nimitz-Köster, Rainer Paul, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Christian Wüst. *Autoren, Reporter:* Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT Leitung: Wolfgang Höbel, Dr. Matthias Schreiber. *Redaktion:* Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterbug, Hauke Goss, Lothar Gorris, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbien, Reinhard Mohr, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzweid, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dirk Kurbyjuweit, Dr. Jürgen Neffe, Rainer Schmidt, Cordt Schinbren, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT Leitung: Alfred Weierhölz. *Redaktion:* Matthias Geyer, Maik Großekathöfer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzier; Heinz Höfl, Dr. Walter Knips

SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stiegelmann

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Gelrich, Hermann Harms, Bianca Huneckuhl, Rolf Jochum, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Senger, Tapio Sirikka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Hefgestaltung), Josef Csallós, Christiane Gehner; Werner Bartels, Manuela Cramer, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Maria Hoffmann, Antje Klein, Matthias Krug, Claudia Menzel, Peer Peters, Dilia Regnier, Monika Rik, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. E-Mail: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter, Stefan Wolff

LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Sebastian Raulf; Christel Basilon-Pooch, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Röding, Doris Wilhelm, Reinhold Wurst

PRODUKTION Wolfgang Küster, Sabine Bodenhausen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Thomas Bonnie; Maria Hoffmann, Stefan Kiefer, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft, Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030)203874-00, Fax 203874-12
BONN Fritz-Erlor-Str. 11, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20
DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275

DÜSSELDORF Georg Bönsch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11
ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20
FRANKFURT AM MAIN Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Rathenaustraße 12, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620
KARLSRUHE Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737
MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Bettina Musall, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
BASEL Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474, Fax 2830475
BELGRAD Renate Flottau, Teodora Dražzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356
BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436
ISTANBUL Bernhard Zand, Beşaret Sokak No. 19/4, Ayazpaşa, 80040 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211
JERUSALEM Annette Großbongardt, 16 Mevo Hamatmid, Jerusalem Heights, Apt. 8, Jerusalem 94593, Tel. (00972) 6224538-9, Fax 6224540
JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484
KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655
LONDON Michael Sontheimer, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044207) 3798550, Fax 3798599
MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klufmann, 3. Choroschewskij Projed 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 940052-04, Fax 9400506
NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739
NEW YORK Thomas Huetlin, Mathias Müller von Blumencron, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258
PARIS Dr. Romain Leick, Helmut Sorge, 1, rue de Berri, 75008 Paris, Tel. (00331) 4256211, Fax 42561972
PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wai Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453
PRAG Jiřská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138
RIO DE JANEIRO Matthias Matussek, Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583
ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768
SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530
SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012
TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957
WARSAU Andrzej Rybak, Krzywulskiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474
WASHINGTON Dr. Stefan Simons, Michaela Schießl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194
WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Dr. Britta Bugiel, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Cordelia Freiwald, Silke Geister, Dr. Sabine Giehle, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Carsten Hellberg, Gesa Höppner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lütich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Olthner, Anna Petersen, Peter Philipp, Katja Ploch, Axel Pult, Ulrich Rambow, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Zimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpke-Hamel, Heiner Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Weter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles
INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Andreas M. Peets, Kirsten Wiedner, Peter Zobel
KOORDINATION Katrin Klocke
LESER-SERVICE Catherine Stockinger
SPIEGEL ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)
Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms
NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time
 Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
 Verantwortlich für Vertrieb: Ove Saffe
 Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
 Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 1. Januar 1999
 Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
 Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck
MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten
GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$310 per annum. K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443, e-mail: info @ glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 27. 11.

NIEDERSACHSEN Sigmar Gabriel, SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Hannover, soll Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski werden.

FEUER Der wegen des jährlichen Starkbieranstichs weltbekannte Münchner Salvator Keller brennt fast vollständig ab. 14 Personen werden verletzt. Die Polizei geht von Brandstiftung aus.

SONNTAG, 28. 11.

PARTEISPENDEN I Der frühere CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep belastet Helmut Kohl. Der sei als CDU-Vorsitzender „an der Herkunft weit geringerer Beträge als einer Million Mark sehr interessiert“ gewesen.

DIENSTAG, 30. 11.

FREILASSUNG Die 1977 an der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ beteiligte Souhaila Andrawes wird wegen schlechten Gesundheitszustands vorzeitig aus der Haft entlassen. Die Palästinenserin war 1996 zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden.

PARTEISPENDEN II Der CDU-Ehrenvorsitzende Helmut Kohl übernimmt die Verantwortung für Schwarzkonten seiner Partei.

GLOBALISIERUNG Nach schweren Ausschreitungen aus Anlass der Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle wird der Ausnahmezustand verhängt. Zahlreiche Demonstranten werden verhaftet.

AMIGOS Der Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags zur Affäre um die Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft LWS nimmt seine Arbeit auf.

MITTWOCH, 1. 12.

NORDIRLAND Nach 27 Jahren Direktherrschaft Londons erhält die Provinz Ulster in weiten Teilen ihre Autonomie zurück. Katholiken und Protestanten bilden eine gemeinsame Regierung.

GENFORSCHUNG Wissenschaftler aus fünf Staaten veröffentlichen die DNS-Sequenz des ersten nahezu vollständig entschlüsselten menschlichen Chromosoms.

DROGENKRIEG Das FBI und mexikanische Behörden untersuchen zwei mutmaßliche Massengräber nahe der Grenzstadt Juárez im Norden Mexikos, in denen bis zu 200 Opfer der Drogenmafia vermutet werden.

DONNERSTAG, 2. 12.

PARTEISPENDEN III Der Deutsche Bundestag setzt einen Untersuchungsausschuss zu Parteispenden und Waffengeschäften ein. Ex-CDU-Generalsekretär Volker Rühe dementiert Kontakte zum Waffenhändler Karlheinz Schreiber, von denen dieser in einem Interview gesprochen hatte.

FREITAG, 3. 12.

SPANIEN Die baskische Terrororganisation Eta beendet nach 14 Monaten einen Waffenstillstand mit den spanischen Behörden.

DOPING Der unter Dopingverdacht stehende Olympiasieger Dieter Baumann erstattet Strafanzeige wegen vorsätzlicher Körperverletzung.

ABGABE Die SPD will auf Vorschlag von Kanzler Gerhard Schröder Erben großer Immobilien stärker als bisher zur Kasse bitten. Den Parteilinken geht der Plan nicht weit genug.

SPIEGEL TV

MONTAG
23.00 – 23.35 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Kapos



Jüdischer Ghetto-Polizist (r.)

Sie sind Überlebende des Holocaust und werden von vielen ihrer Leidensgefährten aus den Konzentrationslagern dennoch als Mittäter geschmäht: die so genannten Kapos. Jüdische Häftlinge, die sich nicht weigern konnten oder wollten, in den Ghettos und KZ der Deutschen eine Funktion zu übernehmen, als Hilfspolizist oder Blockältester. Eine psychologische Studie über menschliches Verhalten im Angesicht des eigenen Todes.

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Die Kampfflieger – über die Ausbildung deutscher „Tornado“-Piloten

Vier Millionen Mark investiert das Verteidigungsministerium in die Ausbildung eines Jet-Piloten der Bundeswehr. Auf der Sheppard Airbase mitten in der texanischen Wüste bringen Instrukturen der U. S. Air Force den Aspiranten aus Deutschland das Fliegen bei.

SAMSTAG
22.00 – 0.05 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

People's Century – Das Jahrhundert
Der Planet in Gefahr – 1959

Nach scheinbar sorglosen Wirtschaftswunderjahren werden zum ersten Mal die damit verbundenen Umweltprobleme offenbar.

SONNTAG
22.45 – 23.35 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Die Schröder-Party – Beobachtungen auf dem SPD-Parteitag in Berlin; Das Mordkomplott von Metten – warum drei Schüler ihre Lehrerinnen erschießen wollten; Die Spur der Albaner-Mafia – wie gestohlene deutsche Autos auf dem Balkan landen.



Bei einer Gasexplosion im österreichischen Wilhelmsburg wurde ein Wohnhaus vollkommen zerstört. Dabei starben mindestens neun Menschen.

DPA

SPIEGEL TV

Fritz Fischer

1908 bis 1999

Wenige Historiker bleiben über ihre Lebenszeit hinaus ein Begriff. Fritz Fischer zählt zu ihnen. Mit seinem Namen verbindet sich untrennbar die „Fischer-Kontroverse“ der sechziger Jahre: eine gesellschaftliche Großdebatte, wie sie die alte Bundesrepublik nicht wieder gesehen hat, den Historikerstreit von 1986 eingeschlossen.

Als Sechsjähriger erlebte der gebürtige Franke Fischer 1914 die „Juli-Krise“ und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs; als gut 50-jähriger Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, wo er von 1947 bis 1973 lehrte, lieferte er seine Deutung dieses Ereignisses – und stach 1961 mit seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ in ein Wespennest.

Die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft fühlte sich durch Hitler und Holocaust schuldbeladen genug und hatte sich bis dahin nur zu gern das entschuldigende Aperçu des britischen Premiers Lloyd George zu eigen gemacht, die Staaten Europas seien 1914 in den Krieg „hineingeschlittert“. Die Historikerkunft hielt leichter Hand an einer weich gespülten Version der Vorkriegsagitation gegen die „Kriegsschuldfrage“ fest.

Fischer aber förderte aus den Archiven noch Unbekanntes zu Tage. Das angehäuften Material, voran das von Fischer entdeckte, berüchtigte „Septemberprogramm“ des Reichskanzlers Theobald von Bethmann-Hollweg, verdichtete er zu einer provozierenden These: Die Führung des Deutschen Reiches habe 1914 eine aggressive „Kriegszielpolitik“ (so Fischers bleibende Formel) verfolgt und Europa aus Hegemonie- und Weltmachtstreben vorsätzlich in den Weltkrieg getrieben.

Den Nerv der Nation traf vor allem die Implikation: Wenn es schon vor dem NS-Staat einen aggressiven deutschen Imperialismus gegeben hatte –

stand dann nicht Hitler in einer Tradition, war mithin nicht als „Ausrutscher“ oder „Betriebsunfall“ abzutun?

Der Fachdisput um Fischers Buch weitete sich rasch zur publizistischen Schlacht um die historische Deutungsmacht in Deutschland (West) aus. Die konservativen Eliten reagierten mit heftigen persönlichen Angriffen und denunzierten den zurückhaltenden Gelehrten als Vaterlandsverräter. Franz Josef Strauß verlangte, die Bundesregierung möge „alle ihr zu Gebote stehenden Mittel“ nutzen, um solche „bewusst in den Dienst der

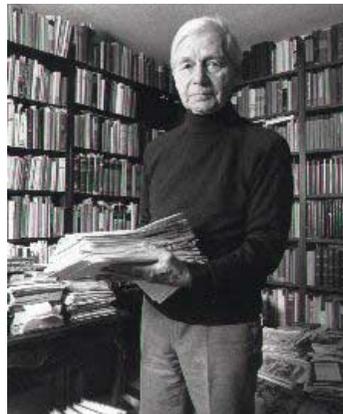
Auflösung der westlichen Gemeinschaft gestellten Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes“ zu unterbinden.

Die sich sammelnden Liberalen in der ausgehenden Adenauer-Ära dagegen fanden in der Fischer-Kontroverse einen intellektuellen Kristallisationspunkt, geradezu eine Cause célèbre. Der SPIE-

GEL bescheinigte Fischer, er habe „an das gute Gewissen der Deutschen eine Mine gelegt“, und druckte in drei Folgen Auszüge aus dessen Studie über die Juli-Krise.

Die Wende zu Gunsten Fischers brachte der Berliner Historikertag 1964. Aus einer fünfständigen Redeschlacht gingen Fischer und seine Anhänger als Gewinner hervor. Nicht ohne Ironie war es, dass 24 Jahre später ein Historikertag wieder annähernd vergleichbare Aufmerksamkeit erregte, als die Zunft 1998 die bis dahin beschwiegenen NS-Verstrickungen von Koryphäen wie Theodor Schieder und Karl Dietrich Erdmann diskutieren musste – beide entschiedene Gegner von Fritz Fischer.

Der Hamburger Historiker hat das nationalkonservative Geschichtsbild ein für alle Mal revidiert, auch wenn er mittlerweile selbst in manchen Details widerlegt wurde. Am vergangenen Mittwoch ist Fritz Fischer im Alter von 91 Jahren in Hamburg gestorben.

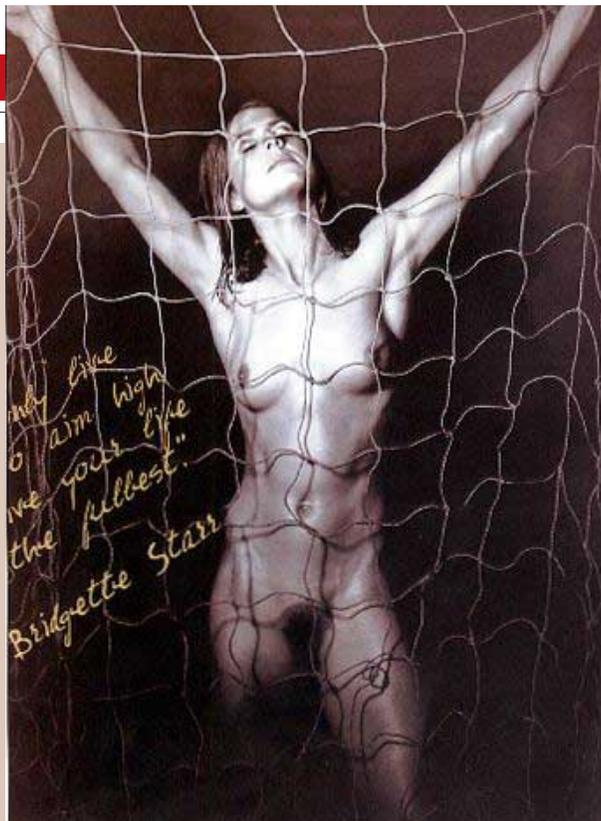


T. RAUPACH / ARGUS



Taylor, Taylor-Kalenderblatt

Amy Taylor, 20, Verteidigerin im Nationalteam der australischen Fußball-Damen, hat mit Kolleginnen einen Verkaufsschlager produziert. Das Team vom fünften Kontinent, das unter dem Namen „The Matildas“ firmiert, war zwar beim diesjährigen World Cup in den USA nicht allzu erfolgreich – Platz 11. Aber dafür mussten von einem „Kalender 2000“ (Preis rund 30 Mark), für den sich zwölf Spielerinnen nackt fotografieren ließen, statt der geplanten 5000 jetzt 45 000 Exemplare gedruckt werden. Die Damen verzierten ihr Konterfei jeweils mit einem Sinnpruch. So schrieb die Fußballerin **Bridgette Starr**, 24, die das Dezember-Blatt schmückt, man lebe nicht nur, „um nach Hohem zu streben, son-



Starr-Kalenderblatt

dern auch um eines erfüllten Lebens willen“. Letztendlich aber geht es um handfeste Spielerinnenprobleme. Amy Taylor: „Wir wollten zeigen, dass wir keineswegs übergroße, blutrünstige, maskuline, lesbische Fußballer sind. Mir machte es Spaß, meine Brüste zu entblößen.“

Gerhard Schröder, 55, Bundeskanzler, bewies Unbestechlichkeit. Bei einer Veranstaltung der Initiative D21, in der Bundesregierung und Computerindustrie zusammenarbeiten, machte Erwin Staudt, IBM-Chef Deutschland, dem Kanzler ein Angebot. Schröders Stieftochter Klara, 8, wollte er zu Weihnachten einen Computer zukommen lassen. Der Kanzler winkte ab: „Sparen Sie sich die Mühe. Ich darf nichts annehmen.“

Paco Rabanne, 65, berühmter französischer Modeschöpfer und Spökenkieker, trägt schwer an seiner international kolportierten, meist verbalten, mal gefürchteten Prophezeiung, mit der totalen Sonnenfinsternis am vergangenen 11. August werde die Welt untergehen. Als der Basken nach Biarritz fliegen wollte, konnte die Air-France-Maschine nicht landen und musste zum Pariser Flughafen Charles de Gaulle umkehren. Die Stewardessen, so beobachtete Paco, fühlten sich mit dem apokalyptischen Bordgast offenbar einem ersten Unglück nahe und sahen „anormal bleich aus“. Ob-

Edelgard Bulmahn, 48, Bundesbildungsministerin (SPD), hatte am Rande des deutsch-französischen Gipfels in Paris ihr Coming-out als ehemalige Parteilinke. Auf dem Weg zur Nationalversammlung kam die Politikerin an einem der berühmten Bücherkioske an der Seine vorbei. Ein Buch über Stalin, das ihr beim Durchforschen des Angebots in die Hände geriet, steckte sie in die hintersten Reihen zurück mit den Worten: „Das brauchen wir jetzt nicht mehr.“ Große Fragezeichen in den

Bände der Marx/Engels-Gesamtausgabe hätten das geeignete Format gehabt, „um für Stabilität zu sorgen“. Bulmahn: „So meine ich das halt hier mit der dicken Schwarte über Stalin.“

Pariser Flughafen Charles de Gaulle umkehren. Die Stewardessen, so beobachtete Paco, fühlten sich mit dem apokalyptischen Bordgast offenbar einem ersten Unglück nahe und sahen „anormal bleich aus“. Ob-



Bulmahn

Gesichtern ihrer Begleitung. „Naja“, klärte die Sozialdemokratin auf, als sie ihren späteren Ehemann kennen lernte, „hatten wir tierisch Krach mit dem Vermieter, weil das Bett so instabil war“. Nur die schweren

Nigel Lawson, 67, ehemaliger äußerst fülliger Schatzkanzler in der Regierung Thatcher, erteilte dem Ex-Schwergewicht und jetzigen deutschen Außenminister **Joschka Fischer**, 51, einige diätetische Belehrungen. Lawson hatte dank der Kochkünste seiner Frau (Buchtitel: „The Nigel Lawson Diet Cookbook“) nach eigenen Angaben 30 Kilogramm abgespeckt, Fischer (Buchtitel: „Mein langer Lauf zu mir selbst“) beinahe 40. „Wenn ein bekannter Fettwanst Gewicht verliert“, so das Credo Lawsons, „dann weiß man, dass die Diät, die er beschreibt, funktioniert.“ Freilich ist Fischers Magerkost (Müsli, Obst, Gemüse, Pasta, Fisch und jede Menge Wasser und nur Wasser, niemals Wein) dem Briten nach „meinem Geschmack viel zu streng“, ganz zu schweigen von dem unent-



Fischer (1995/1998)



Lawson (1989/1996), Ehefrau

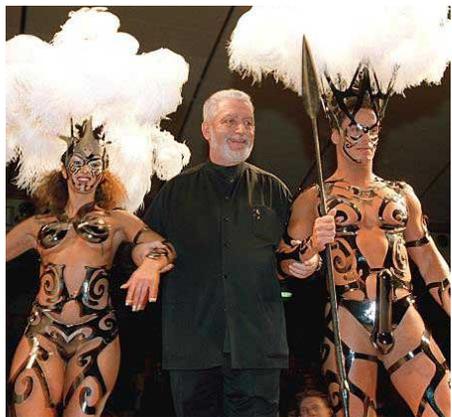


K. B. KARWASZ



A. CAMARA / THE TIMES

wohl der Künstler geschworen hat, sich nie mehr öffentlich auf Prophezeiungen einzulassen, und den Erlös aus seinem Weltuntergangs-Opus „Feuer des Himmels“ zwei karitativen Vereinigungen überschrieben hat, leidet er darunter, wie er



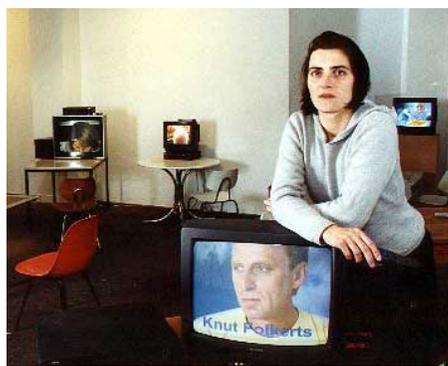
Rabanne, Models

dem „Figaro“ klagte, als „Hanswurst, Unmachteter und, das Schlimmste, als Gauner“ geschmäht zu werden. Ganz kann der Erleuchtete a. D. vom Unsichtbaren aber doch nicht lassen: Sein nächstes Parfum soll „Ultra Violet“ heißen.

John Major, 56, von 1990 bis 1997 britischer Premierminister, erinnerte sich dieser Tage einer Begegnung mit dem russischen Staatspräsidenten. „Ich bat Boris Jelzin“, so der Tory-Politiker, „mir in aller Kürze zu sagen, wie die Lage Russlands sei.“ „Gut“, habe Jelzin geantwortet. Darauf habe er, Major, um eine ausführlichere Version gebeten. Jelzin: „Nicht gut.“

wegen Joggen. Lawson begnügt sich mit „gelegentlichem Hundausführen und Tennisspielen“. Wenn möglich meidet er Milch, Butter, Zucker, Kartoffeln und süße sowie fette Nahrungsmittel. Jetzt wo er abgespeckt hat, trinkt der Konservative wieder guten Rotwein und erfreut sich an einer bei weitem „vielfältigeren und wohlschmeckenderen Küche“ als der „arme Fischer“. Dessen „Trost“, so Lawson, sei „offenkundig seine neue Frau, die 23 Jahre jünger ist als er“. Der überhaupt nicht neidische Brite hingegen „lässt sich die Speisen schmecken, die ich immer schon mochte, nur jetzt eben fast ohne Fett“. Auf den Tisch kommen „Ente, Aprikosen-Parfait und Käse-Soufflé“. Seit seinem Diät-Erfolg vor fünf Jahren habe er „kein Gramm zugenommen. Das ist der wahre Test“. Lawson: „Ich bin gespannt, ob das Fischer von sich in fünf Jahren auch sagen kann.“

Ilka Grüneberg, 37, Künstlerin aus Roseburg bei Hamburg, offenbart in ihren Projekten überraschende Perspektiven auf ehemalige Top-Terroristen: In ihrer Video-Installation „Mitesser“ zeigt sie neben anderen Prominenten das Ex-RAF-Mitglied **Knut Folkerts**, 47, sowie **Gabriele Rollnik**, 49, ehemals Mitglied der Terrorbewegung 2. Juni, in einer Selbstinszenierung beim Spaghetti-Essen. Folkerts saß unter anderem wegen des Mordanschlags auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback 18 Jahre hinter Gittern, Rollnik verbüßte unter anderem wegen der Entführung des CDU-Chefs Peter Lorenz 15 Jahre. 20 Minuten lang sind die Protagonisten „als Privatpersonen“ (Grüneberg) einzeln beim Speisen und Reden zu sehen. „Früher war ich mal Hungerkünstler“, nimmt Folkerts im Film etwas kryptisch Bezug auf seine Hungerstreiks im Knast. Rollnik, die heute als Betreuerin von Schwererziehbaren arbeitet, findet es dagegen „angenehm“, mal „nicht auf die Terroristin reduziert“ zu werden, und lockt ihr Gegenüber: „Ich bin heute



Grüneberg, Video-Installation „Mitesser“

nicht so gut drauf, du musst mich schon unterhalten.“ Die Betrachter von Grünebergs Video-Installation, die jüngst in der Galerie Westwerk in Hamburg zu sehen war, sind ebenfalls Teil des Kunstwerks: Sie werden eingeladen, sich wie zum privaten Plausch zu den Monitoren mit den Ex-Terroristen an die Tische zu setzen – mit einem Teller Nudeln und einem Glas Wein.

Wolfgang Bötsch, 61, Postminister der letzten Regierung Kohl, scheiterte vergangene Woche im Bundestag beim Versuch, unangenehm aufzufallen. Mit dem Zwischenruf „Drecksau“ hatte er die Rede des Grünen-Abgeordneten Christian Ströbele zur Spendenaffäre der CDU unterbrechen wollen, doch der erwartete Rüffel durch das Bundestagspräsidium blieb aus. „Schade“, stellte Bötsch hernach enttäuscht fest, „hat wohl keiner gehört.“ Dabei sei er fest entschlossen gewesen, den ersten Ordnungsruf seiner 23-jährigen Parlamentslaufbahn zu kassieren, verkündete der CSU-Mann fröhlich.

Aus „Bild am Sonntag“: „Eine Therapie, die Männer natürlich nicht nutzen können. Doch auch ihnen steht ein wirksames Mittel zur Verfügung: Roaccutan wird allerdings nur bei schwerer Akne eingesetzt und darf nicht während der Schwangerschaft verschrieben werden, da es zu Missbildungen des Fötus führen kann.“

Unter Kaschmir trägt der Kanzler keine Kleider
Der Altkanzler Schmidt
In nur zwölf Monaten hat der Regierungschef die Basis eines grandiosen Wahlsiegs verspielt

Aus dem „Neuen Deutschland“

Aus dem „Offenburger Tageblatt“: „Nach Einschätzung des Gerichts ist damit erstmals in Deutschland ein Mensch bei einem ‚Schockanruf‘ getötet worden. Ihm droht eine Verurteilung wegen Mordes.“

Bischöfe wünschen sich mehr Kinder

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Aus „Schiffahrt international“: „Bei einer Präsentation des neuen Luxus-Kreuzfahrtschiffes ‚Norwegian Sky‘ in Dover war der Himmel noch in Ordnung, am 24. September lag eine Sandbank im Weg.“

Aus der Fernsehbeilage der „Süddeutschen Zeitung“: „Pro Jahr sind in Deutschland etwa 100 000 Menschen vom plötzlichen Herztod betroffen. Nur zehn Prozent überleben ihn.“

Man baut ja nur einmal.
Tipps, es gleich beim ersten Mal richtig und dann immer öfter zu machen.

Aus den „Kölner City News“

Aus der „Sächsischen Zeitung“: „Die Nasenhörner wiederum bekommen bei Minus-Graden in den kommenden Monaten eine Sonderbehandlung, erzählt er. ‚Bei denen friert leicht alles Abstehende – also Ohren, Nase und Schwanz – wie beim Menschen eben. Deshalb schmieren wir sie an diesen Stellen mit viel Vaseline ein.‘“

Aus der „Ostfriesen Zeitung“: „Tiere sind das tägliche Brot von Katja Plavenieks.“

Zitate

Das Schweizer „Tagblatt“ zum 90. Geburtstag von „Zeit“-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff:

Was Werner Friedmann in der „Süddeutschen Zeitung“, Karl Korn in der „Frankfurter Allgemeinen“, Henri Nannen im „Stern“, Rudolf Augstein im SPIEGEL oder eben Marion Dönhoff in der „Zeit“ schreiben und schreiben ließen, beeinflusste und beherrschte den politischen Diskurs nicht bloß unter Intellektuellen. Das erwies sich schon deswegen als ungemein wichtig, weil es das Bildungsbürgertum an die neue Demokratie band und auf beispielhafte Weise demonstrierte, dass just herbe Kritik offenen Zuspruch legitimiert.

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Gespräch mit dem Komponisten Pierre Boulez über die Zukunft der Neutöner „Man spielt gern den wilden Hund“ (Nr. 46/1999):

„Tradition ist Schlamperei“ hat Gustav Mahler nie behauptet, sondern: „Was ihr Theaterleute eure Tradition nennt, ist nichts als eure Bequemlichkeit und Schlamperei.“ Das ist entschieden plausibler. „Sprengt die Opernhäuser in die Luft“ war 1967 knalliger Titel des berühmt-berüchtigten SPIEGEL-Interviews mit Pierre Boulez. Der Wortlaut war sublimer, lautete im Hinblick auf die Immobilität der Musiktheater: „Die teuerste Lösung wäre, die Opernhäuser in die Luft zu sprengen. Aber glauben Sie nicht auch, dass dies die eleganteste wäre?“ Für den Cartesianer Boulez war nicht nur das Ergebnis wichtig, sondern auch die gelungene Form. Doch die „rage“, die auch in Boulez’ frühen Stücken aufblitzt, war damals unverkennbar: Da reagierte jemand entschieden überzeugend seine Frustration durch einen museal verrotteten Musikbetrieb ab, legte sich indes nicht nur mit dem Alt-Establishment an – die Hamburger Opernaufträge Rolf Liebermanns, die Literaturoper, nicht zuletzt Henze und die Pseudomodern bekamen ebenfalls ihr Fett weg. Der Text war ein Fanal der 68er, selbst noch in den Attacken auf manch wohlfeile Politisierung ... Nun hat Boulez wieder ein SPIEGEL-Interview gegeben, und der Tonfall ist nach gut drei Jahrzehnten gelassener: Boulez, weltweit anerkannt, muss nicht mehr den „angry young man“ geben. Dabei haben sich seine Grundpositionen kaum fundamental geändert. An der Moderne und Avantgarde hält er unvermindert fest, bleibt aber zusätzlich nach wie vor offen für Impulse etwa der Rockmusik. So wie er immerhin eine Frank-Zappa-Platte gemacht hat, so wenig kann er die Aufregung über die geplante Mitwirkung der „Scorpions“ bei einem Konzert der Berliner Philharmoniker teilen.